Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Digitized by Google

17.4.16.

INDIANA UNIVERSITY LIBRARY

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

STADT. ... 1006

Inhalt:

Rohrbach, Wo führt der Weg zum deutschen Frieden und zur deutschen Zukunft? 1265
Thimme, Vaterlandspartei und innere Reformen 1272
Finnland und die demokratische Entwicklung 1277
Schiemann, Streiflichter zur Weltlage XII 1281
Otto, Warum hat England noch keine Brotkarte? 1288
Notizen / Neuerscheinungen . . . . . 129[illegible]

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 5. Oktober 1917 Heft 4[illegible]

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Rottweiler Jagdpatronen

D1
.D45
v.2
Oct.-Dec.
1917

Rottweiler rauchloses Scheibenpulver „P" für Bleigeschosse

INDIANA UNIVERSITY LIBRARY

Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken Berlin NW 7

Digitized by Google

2. Jahrgang • 5. Oktober 1917 • Heft 40

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Wo führt der Weg zum deutschen Frieden und zur deutschen Zukunft?

Von Dr. Paul Rohrbach

Wenn dieser Krieg vorbei ist, so wird die Welt für das nächste Menschenalter wohl genug am Blutvergießen und an der Zerstörung der Werte haben. Wie lange aber wird diese Stimmung dann vorhalten und wo liegt die Gewähr dafür, daß der Weltfriedensbund, den unsere Feinde zu erstreben vorgeben, eine Wirklichkeit wird? Der Bund mag erhofft werden; eine sichere Aussicht aber ist er nicht, und so lange er es nicht ist, bleibt uns die Pflicht, auch ohne ihn an unsere nationale Sicherung zu denken. Sie ist es, die uns der Friede bringen muß. Geschieht das, so ist er ein „deutscher" Friede; wo nicht, so wird es ein Friede, den wir aus der Hand des Gegners nehmen müssen, und ein Friede, der kein Friede bleibt. Mehr als Sicherheit für unser nationales Dasein und unsere nationale Zukunft begehren wir nicht; die aber müssen uns werden.

Sicherung und Sicherheiten in diesem Sinn sind oft gebrauchte Formeln, bei denen es auf den Inhalt ankommt. Wo von ihnen die Rede ist, und wo es aufrichtig geschieht, nicht nur zur Verdeckung von Macht- und Eroberungsbegierde, da müssen Gefahren vorliegen, gegen die man die zukünftige Sicherheit begehrt. Welches sind die Gefahren, von denen Deutschland bedroht wird, die Gefahren, durch die es in den Krieg um seine Erhaltung hineingetrieben worden ist?

Die erste Gefahr ist diese. Wir sind ein Volk, das mit einem wachsenden Teil seiner Existenz darauf angewiesen ist, auf dem Weltmarkt zu kaufen und zu verkaufen. Weltmarkt, Weltindustrie und Welthandel bedeuten Seehandel. Die Rohstoffe, die unser Gewerbe braucht, kommen bis auf Kohle und Eisen ganz überwiegend aus dem Auslande und zur See zu uns. Auch das Meiste von dem, was wir an verarbeiteten Waren an das Ausland abgeben, geht zur See hinaus. Jedes Stück aber, das zur See nach Deutschland kommt, muß am Ende seines Weges in den Winkel der Nordsee hineingelangen, der die Deutsche Bucht heißt. Die Ostsee spielt daneben keine

Digitized by Google

Rolle, und auch der Weg in die Ostsee führt durch die Nordsee. Unsere Wolle kommt aus Australien und Argentinien, unsere Baumwolle vom Mississippi und von Ägypten, die Erze die wir brauchen, kommen aus Spanien, Amerika, Indien, Kautschuk und Öle aus den afrikanischen Tropen, aus Brasilien, aus der Südsee, und so können wir bei Rohstoffen, bei Nahrungs- und Genußmitteln die Reihe fortsetzen — sie kommen von allen Enden der Erde, und die Kurse der Dampfer, die sie bringen, vereinigen sich vor der Mündung von Elbe und Weser. Geradeso ist es mit der Ausfuhr. Die Menschen, die die deutschen Waren kaufen, wohnen nicht nur in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, sondern auch am Mittelmeer, in Indien und China, in Nord- und Südamerika, im Innern von Afrika und hinter den Gebirgen des tiefsten Asien. Bevor aber der deutsche Stoff, das deutsche Werkzeug, die deutsche Maschine den Weg zu ihnen finden und bevor die Schiffahrtslinien, auf denen sie wandern, überallhin auseinanderstrahlen, bilden sie ein enges Bündel, das aus dem Innenwinkel der Nordsee hervorschießt.

Was ist nun hierbei Besonderes? Das Besondere, daß vor der Nordsee die Insel Großbritannien liegt, an der alles vorbei muß, was zur See nach Dentschland will und von Deutschland kommt, und daß auf dieser Insel ein Volk wohnt, dessen Existenz noch mehr als die unserige auf Weltwirtschaft und Seehandel beruht. Seine Eifersucht auf unser Wachstum hat es uns zum Feinde gemacht, und nichts ist sicherer, als daß auch in Zuknnft Deutschland und England die beiden größten Industrievölker Europas, vielleicht die größten der Welt, sein und für ihre Erhaltung und ihren Fortschritt auf den Wettbewerb miteinander angewiesen sein werden. Dabei ist es ein Naturgesetz, an dem kein Weltfriedensgedanke und kein Weltschiedsgericht etwas zu ändern vermögen, daß derjenige Teil, der durch seine geographische Lage imstande ist, einen entscheidenden Druck auf den andern auszuüben, sich immer versucht fühlen wird, diese Gunst seiner Lage zu beuutzen. England hält uns, seit wir zum Weltwirtschaftsvolk geworden sind, im geographischen Gefängnis. Es hat den Schlüssel zu unserer Tür nach der überseeischen Welt in der Tasche, und es kann uns diese Tür schließen, solange es eine stärkere Flotte hat als wir. Es hat das diesmal getan und hat sich, getreu seinem immer befolgten Grundsatz, dabei sofort über Völkerrecht und Menschlichkeit hinweggesetzt, und keinerlei Gewähr dagegen ist vorhanden, daß es dasselbe in einem Menschenalter nicht wieder tut, wenn seine Seemacht groß genug dazu ist und wenn wir ihm von neuem als Handelskonkurrent gefährlicher werden, als es ertragen zu können glaubt. Dieses, unsere geographische Gefängnislage, ist die eine große Gefahr, gegen die wir uns für die Zukunft sichern müssen. Nur wenn uns der Friede hier eine genügende Sicherung bringt, so ist er, wir wiederholen es, ein „deutscher" Friede, anders nicht. Früher, als wir nur ein europäisches Binnenvolk waren, konnte uns die Lage Englands vor der Nordsee gleichgültig sein. Heute bedeutet sie für uns eine Notlage, aus der wir heraus müssen, wenn nicht unsere ganze

Digitized by Google

zukünftige Entwicklung aufs Spiel gesetzt werden soll. Wer billig denkt und wer imstande ist, die Dinge so zu nehmen, wie sie wirklich liegen, der muß uns das zugeben; nur wer unser Feind ist, wird so tun, als ob er es nicht sieht, und uns das Recht auf Hilfe und Rettung aus dieser Notlage verweigern.

Man sagt, die U-Boote seien ein Mittel gegen diese Not. Sie helfen uns viel in diesem Kriege, und sie bringen uns, so hoffen wir, Tag um Tag dem Frieden näher, aber die U-Boote sind ein Stück menschlicher Technik, und es hat noch nie von Anbeginn der Menschheit ein technisches Kampfmittel gegeben, dem nicht eines Tages eine überlegene Gegentechnik erwuchs. Noch ist das Mittel gegen die U-Boote nicht gefunden, aber eines Tages in Zukunft wird es gefunden sein. Daraus folgt, daß der Friede, den wir brauchen, England gegenüber nicht allein ausschließlich auf ein Mittel gegründet sein darf, das nur gut ist, solange der Feind kein technisch stärkeres Gegenmittel hat. England als schließender Riegel vor der Nordsee ist in den Tiefen der Erdrinde selbst verankert, und dagegen kann uns nur eins helfen: ein Druckpunkt zum Ansetzen eines Gegenhebels gegen England, der ein ebenso fest gegründetes Fundament hat. Den brauchen wir und der kann nirgend wo anders liegen, als in der Nähe der großen Lebenslinie, die die Hauptteile des englischen Weltreichs verbindet. Wo liegt diese Linie? Sie führt von Gibraltar durch das Mittelmeer und durch den Suezkanal nach Indien. So wie England vor der Nordsee liegt, durch die unsere Lebenslinie führt, so müssen wir, wenn wir England nicht preisgegeben sein wollen, uns vor die englische Lebenslinie legen. Dann steht eine Möglichkeit des Drucks gegen die andere, dann sind die Chancen gleich, dann hat England nichts vor uns voraus und wir nichts vor England. Zu dem Zweck müssen wir die Verbindung mit dem Orient und das Bündnis mit dem Orient halten. Zu dem Zweck müssen wir fest geeint bleiben mit Österreich und Ungarn, mit Bulgarien und der Türkei. Zu dem Zweck darf die Türkei nicht geschwächt werden oder lebenswichtige Teile ihres Besitzes verlieren. Zu dem Zweck muß es von Hamburg bis Bagdad heißen: Alle für einen und einer für alle, denn auch unsere Verbündeten sind jeder für sich allein dem Druck Englands und der Entente gegen ihre Lebensbedingungen nicht gewachsen. Hierhin also muß der Weg zum deutschen Frieden und zur deutschen Zukunft uns führen. Dann haben wir auch das große Ziel erreicht: Meeresfreiheit!

Welches ist die zweite Gefahr, gegen die uns der Friede eine Sicherung bringen muß? Es ist der Mangel an Rückenfreiheit, unter dem wir und ganz Mitteleuropa infolge unserer Mittellage zwischen lauter starken Völkern leiden. Wir sind nicht rückenfrei gegen die Nordsee, nicht gegen Frankreich, nicht gegen Italien, das an unseren Bundesgenossen Österreich-Ungarn grenzt, nicht gegen Rußland. Es gibt überhaupt kein großes Volk in der Welt, das so von Natur umstellt ist, wie wir. Unsere Lage ist derart gefährdet, daß man sich keine ausdenken kann, die noch gefährdeter wäre. Gegen niemanden auf der Welt kann sich ein so gewaltiges und angriffsmächtiges Bündnis

Digitized by Google

zusammenschließen, wie gegen uns. Aus dieser zweiten Not müssen wir heraus wie aus der ersten. Die zweite Not, die fehlende Rückenfreiheit, wird überdies von Jahr zu Jahr gefährlicher werden, wenn wir nicht jetzt einen Weg finden, uns von ihr zu befreien. Wir sind ein Volk von heute nicht ganz 70 Millionen Menschen, mit einem jährlichen Wachstum von 0,8 Millionen, das fallende Tendenz zeigt. Deutschland und Österreich-Ungarn zusammen, also der Kern von Mitteleuropa, haben jetzt 120 Millionen und eine Zuwachsrate von ungefähr 1,3 Millionen im Jahr. Rußland dagegen hatte vor dem Kriege 175 Millionen Einwohner und sein Jahreswachstum betrug 3 Millionen. England und seine Siedlungskolonien haben 62 Millionen und wachsen jährlich um mehr als eine Million, die Vereinigten Staaten von Amerika haben 110 Millionen und wachsen normaler Weise jedes Jahr gleichfalls um mehr als eine Million. Für die Mitte dieses Jahrhunderts müßte man demnach mit einem Rußland von nahe an 300 Millionen, mit einen England von etwa 100 und einem Nordamerika von etwa 150 Millionen Menschen rechnen. Machen wir für Deutschland die sehr optimistische Annahme, daß unsere jährliche Geburtenzahl nicht weiter abnimmt, so können wir in einem Menschenalter zwischen 90 und 100 Millionen Einwohner haben und Österreich-Ungarn nahe an 70 Millionen. Frankreich und Italien, als mutmaßlich hinter dem Krieg zum Abstiege verurteilte Nationen, bleiben bei dieser Rechnung auf der Gegenseite sogar noch außer Betracht, aber auch wenn sie zukünftig Völker zweiten Ranges sein sollten, so werden sie zusammen mit den Weltvölkern, die gegen uns stehen, auch späterhin keine geringe Gefahr für unsere Rückenfreiheit ausmachen.

Die größte Gefahr auf dem Festlande für uns ist die russische, wenn Rußland die Krisis, in die es jetzt gestürzt ist, überwindet. Die russische Gefahr für uns besteht 1. in der Größe, in der Volkszahl, in der Wachstumsschnelligkeit und dem inneren Wachstumsspielraum, über den das bisherige Rußland verfügt. Sie besteht 2. in der Maßlosigkeit, in der Eroberungssucht und in dem Deutschenhaß, die dem Charakter des herrschenden großrussischen Stammes innewohnt. Sie besteht 3. in der Naturnotwendigkeit des russischen Strebens nach dem Besitz des Bosporus und der Dardanellen. Rußland hat in diesem Kriege die Erfahrung gemacht, was es bedeutet, wenn ihm die Meerengen geschlossen sind. Die Meerengensperre gefährdet nach fester russischer Überzeugung Rußland im höchsten Grade und lähmt seine Kraft. Ob Rußland republikanisch oder absolutistisch ist, es wird immer nach den Meerengen streben. Das Anerbieten, ihm die freie Durchfahrt zu gewährleisten, wird es nicht anders als mit der Frage beantworten, die auch wir erheben würden, wenn man uns im Friedensvertrag die Freiheit der Meere garantiert anböte: Wer garantiert die Garantie im Konfliktsfalle? Sitzt aber Rußland in Konstantinopel und in Gallipoli, so schneidet es uns vom Orient ab. Die geographisch verankerte Gegendruckstellung gegen England geht uns dann verloren, und ebenso ist unsere Hauptsicherung

Digitized by Google

dahin, in Zukunft trotz Seesperre für den Notfall genügend Lebensmittel und Rohstoffe aus dem wiedererweckten Orient nach Mitteleuropa zu bringen. Rußland wird nie ein sicherer Nachbar und brauchbarer politischer Partner für uns sein. Schon Bismarck hat auf das Gefährliche einer Bindung an Rußland wegen des unberechenbaren Charakters der russischen Politik hingewiesen; dazu kommt heute der verstärkte Zwang des russischen Strebens nach der Herrschaft über die Meerengen.

Die russische Seite ist diejenige, nach der wir uns in wirksamer, ja in entscheidender Weise Rückenfreiheit verschaffen und damit die Gefahr unserer eingeschlossenen Mittellage für die Zukunft beheben können. Nichts aber scheint schwerer zu sein, als in Deutschland richtige Vorstellungen vom russischen Wesen zu gewinnen. Unsere Bemühungen um den Sonderfrieden mit Rußland sind der letzte Beweis dafür. Wir müssen erkennen, daß es drei Rußlande gibt: das moskowitische, das ukrainische und das von Moskau während der beiden letzten Jahrhunderte dem Abendland entrissene russische Westgebiet, das sich von der finnländischen Eismeerküste bis zur Weichselquelle erstreckt. Diese drei Rußlande müssen und können voneinander getrennt werden; dann sind wir nach Osten rückenfrei. Wir erleben es heute, wie die Ukrainer nach ihrer staatlichen Wiederauferstehung streben, wie Finnland sich losringt, wie die Esten von Rußland fortwollen, wie Kurland mit Riga, wie Litauen und Polen den Russen bereits entrissen sind. Unsere Politik muß sein, alles, was von der moskowitischen Oberherrschaft fortstrebt, bei seinem Willen zu selbständiger Organisation zu unterstützen und ihm zu helfen, daß es mit dem Abendlande Verbindung gewinnt. Dann ist das zweite Hauptziel des Krieges, die Zerbrechung des uns von allen Seiten im Rücken zusammenpressenden Ringes, erreicht. Dann haben wir auch an der zweiten entscheidenden Stelle den Ausgleich der Härte, mit der das Schicksal uns zu prüfen begonnen hat, seit wir den Aufstieg zum Weltvolk nahmen, erreicht. Dann stehen wir wenigstens nicht absolut schlechter da, als die anderen Weltvölker.

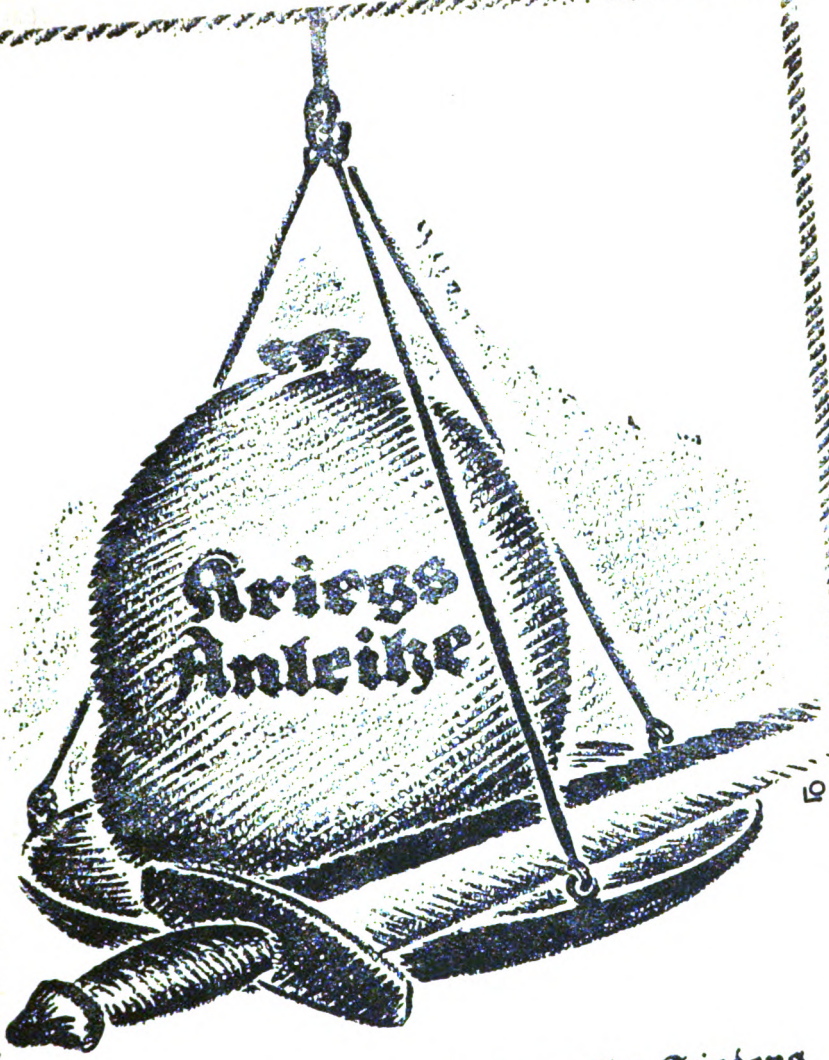
Rückenfrei nach Osten, mit Österreich-Ungarn, dem Balkan und dem Orient gemeinsam im Besitz einer die Nordsee-Gefängnislage ausgleichenden Stellung gegenüber der englischen Lebenslinie — so können wir hoffen, zukünftig in Frieden unsere Arbeit in der Welt zu tun, diesseits der Meere in der Heimat und jenseits der Meere in einem großen deutschen Kolonialreich zu Weltvolkstum und kraftvoll friedlicher Weltmacht uns emporhebend. So sieht der Weg zum deutschen Frieden und zur deutschen Zukunft aus. Ihn und nur ihn müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir heute von der Möglichkeit eines nahenden Friedens sprechen. Rußland ist am Zusammenbrechen. Italien wankt. Die französische Kraft läßt nach. In England regt sich eine Friedensströmung. Sie stammt aus der Furcht jener Klasse, die England seit Jahrhunderten beherrscht hat, vor der zunehmenden Demokratisierung Englands. England ist bisher keine Demokratie gewesen, sondern es ist von einer wenig zahlreichen, politisch gut geschulten, im Überfluß und Reichtum lebenden Oberschicht beherrscht worden. Lloyd

Digitized by Google

George, der jetzige Diktator Englands, ist der erste englische Proletarier, der auf dem Wege der Demokratie zur Macht gekommen ist. Um den Krieg und um sich selbst zu retten und um die Massen, durch die er die einstmals regierenden englischen Kreise beherrscht, weiter mit sich in den Krieg zu reißen, lieferte er ihnen immer mehr die politische Macht in England aus und führt den Krieg mit dem Portemannaie der Besitzenden. Daher fängt man in der englischen Oberschicht jetzt an, zu überlegen, ob es nicht besser ist, um von dem alten englischen Zustande zu retten, was noch zu retten ist, den gefährlichen Demokratisierer Lloyd George fortzuschicken und Deutschland einen Frieden der Verständigung anzubieten. Noch aber sind die Dinge nicht so weit, daß diese Stimmung in England zum Durchbruch käme. Noch hofft auch Herr Asquith, der vor einiger Zeit die nachdrückliche Frage wegen Belgien an den deutschen Reichskanzler stellte, uns einschüchtern und uns unvorteilhafte Bedingungen auferlegen zu können. Noch redet er nicht nur von Belgien, sondern auch von Elsaß-Lothringen, Serbien, Rumänien usw. Noch wirft er sich in die erheuchelte Pose des Richters über Deutschland. Noch hält er die moralische Offensivstellung gegen uns, dank der Unfähigkeit unserer Regierung und unserer Presse, den Feinden die moralische Offensive zu entreißen und sie an uns zu bringen. Noch müssen kräftige Schläge die Stellung treffen, von der Herr Asquith und Genossen ihren Ruf von der Demütigung Deutschlands ertönen lassen.

Das was uns also nottut, ist die Festigkeit des Willens zum Weiterkämpfen, bis England einsieht, daß sein Spiel verloren ist. Voll tiefen Vertrauens und Dankes haben wir Hindenburgs Wort empfangen: daß wir wirtschaftlich und militärisch für weiteren Kampf und Sieg gerüstet sind. Nun ist es an uns, unseren festen Glauben an unsere Kraft vor allen Völkern, kämpfenden und neutralen, zu beweisen. Nichts hat Wert, was nicht zur Tat wird. Heer und Marine leisten die Tat mit der Waffe, indem sie das Leben für das Vaterland einsetzen. Unsere Tat muß es sein, mit unseren Mitteln den entscheidenden Nachstoß zu führen, ohne den Erfolge und Siege nicht voll sind. Kriegsanleihe zeichnen, das ist der beste Nachstoß hinter der Einnahme von Riga und hinter der Abwehr in der Flandernschlacht. Zwölf Milliarden siebente Kriegsanleihe — sie werden auch für die zweifelnde, bald lockende, bald bluffende englische Friedensbereitschaft der wirksamste Nachdenkens- und Gewissensschärfer sein. Kein Weg zum deutschen Frieden und zur deutschen Zukunft, der wo anders hinführt, außer zur rettenden Gegenstellung gegen England und zur Rückenfreiheit nach Osten! Den Weg aber können wir gehen, wenn unsere Regierenden die Einsicht haben, ihn zu erkennen, und wenn wir selber, wir, das große mitarbeitende und mitfühlende Heer der Heimat, festen Schritts den Gang dorthin tun, wo das zur Tat wird, was wir empfinden: zur Stelle der Zeichnung für die Kriegsanleihe.

Digitized by Google



Zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens werden die gewaltigen Ergebnisse der Kriegs-Anleihen ebenso in die Wagschale fallen, wie unsere durch das Schwert errungenen großen Erfolge – – –

Darum zeichne!

Digitized by Google

Vaterlandspartei und innere Reformen

Von Friedrich Thimme

Die „Deutsche Politik“ ist seit ihren ersten Anfängen mit dem größten Nachdruck für die Zusammenfassung aller vaterländischen Kräfte ohne Unterschied der politischen Parteistellung eingetreten. Wieder und wieder ist die gemeinsame Arbeit aller Deutschen an den großen Aufgaben, die unserem Volke im Kriege und nach wiederhergestelltem Frieden beschieden sind, ist die gemeinsame Arbeit am Aufbau unserer Verfassung im erneuerten, nach außen starken, im Inneren befriedeten Deutschen Reich als unser Programm festgelegt und verkündet worden. Müßte unter diesen Umständen die „Deutsche Politik“ nicht die Gründung der „Deutschen Vaterlandspartei“, die sich ausdrücklich eine Einigungspartei nennt, und die genau gleich unserer Zeitschrift alle nationalen Kräfte ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit zusammenschließen zu wollen erklärt, mit Freuden begrüßen? Ja, sie müßte und würde es tun, wenn die Persönlichkeiten, die an der Spitze der Vaterlandspartei stehen, die Gewähr gäben, daß es ihr ernst um die Einigung aller vaterländisch gesinnten Deutschen sei, und wenn ihre ersten Kundgebungen und Schritte sich im vollen Einklang mit dem angeblichen Zwecke hielten. Leider ist beides nicht der Fall!

Der geistige Vater und eigentliche Leiter der neuen Partei ist bekanntlich ihr Zweiter Vorsitzender, jener Generallandschaftsdirektor a. D. Dr. Kapp, der in seiner vorjährigen Brandschrift gegen Herrn von Bethmann Hollweg die „Parole Einigkeit“, die keiner mit größerer Wärme, Eindringlichkeit und Entschiedenheit vertreten hat als der ehemalige Reichskanzler, geradezu verhöhnt und verspottet hat. „Die Parole Einigkeit“, so ließ sich Herr Kapp damals, als es den Sturm auf Herrn von Bethmann Hollweg galt, vernehmen, „fängt an, bei uns dieselbe unglückliche Rolle zu spielen wie einst im Jahre 1806 das nach Jena gefallene staatsverräterische Wort: ‚Ruhe ist die erste Bürgerpflicht‘, das in der preußischen Geschichte eine unrühmliche Erinnerung ist. Die vom Reichskanzler geforderte Einigkeit bedeutet: Schweigt, haltet Ruhe, glaubt und hofft alles, aber verschließt eure Sorgen in dieser größten, schönsten und schwersten Stunde deutscher Geschichte in eurer Brust.“

Und jetzt kommt derselbe Herr Kapp und gibt seinerseits die „staatsverräterische“ Parole aus: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht! Er ruft allen denen, die in der inneren Erneuerung Deutschlands das vornehmste innere Kriegsziel sehen, zu: Schweigt, haltet Ruhe, glaubt und hofft alles, aber verschließt eure Wünsche und Forderungen in eurer tiefsten Brust! Er dekretiert einfach, die Entscheidung über alle innerpolitischen Streitfragen, auch über die, die der Kaiser und König ausdrücklich als reif zur Lösung anerkannt hat, müsse auf die Zeit nach dem Kriege verschoben bleiben. Das ist ein Selbstwiderspruch, so kraß, so ungeheuerlich, daß er von vornherein die Gründung des Herrn Kapp unheilbar kompromittieren muß. Die großen organisatorischen

Digitized by Google

Fähigkeiten des Herrn Kapp in allen Ehren; aber bei dieser Partei, die mit dem Rufe nach Zusammenfassung aller vaterländischen Kräfte ohne Unterschied der Parteistellung geradezu mit dem Kalbe des verhaßten Herrn von Bethmann Hollweg pflügt, durfte und darf ein Mann nicht an der Spitze stehen, der sein Möglichstes getan hat, um die Parole Einigkeit zu diskreditieren. Sein Name bedeutet nicht Einigkeit und Harmonie, sondern Zwietracht und schrillen, unharmonischen Mißklang. So lange er die Leitung der Partei in Händen hat, wird immer in weiten Schichten der Bevölkerung das Mißtrauen rege sein, daß es ihm und seiner Parteigründung nicht um die Einigkeit Deutschlands, sondern um reaktionäre Nebenzwecke, um Vereitelung aller inneren, freiheitlichen Reformen zu tun sei.

Auch der erste Aufruf der Vaterlandspartei ist wahrlich nicht geeignet, solche Besorgnisse zu zerstreuen. Auch er ist, gleich der Haltung des Herrn Kapp, voll der gröbsten Widersprüche. Die Vaterlandspartei will angeblich in dieser größten und ernstesten Stunde deutscher Geschichte das deutsche Vaterland vor dem Erbübel der Uneinigkeit und Parteiung schützen und schirmen! Dabei beginnt sie ihren Aufruf mit einer ausgesprochenen Kampfansage gegen die Mehrheitsparteien des Reichstags, die sie der Gefährdung des Vaterlandes und der Förderung unserer Feinde beschuldigt. Kann sie im Ernste der Ansicht sein, daß auf diesem Wege einer scharfen Befehdung der Mehrheitsparteien die Eintracht des deutschen Volkes herbeizuführen sei? Kann sie glauben, daß sie dem inneren Frieden mit ihrer deutlichen, von Herrn von Bethmann Hollweg mit Recht scharf verurteilten Unterscheidung zwischen vaterländisch gerichteten, nationalen Parteien und nicht nationalen diene; muß sie nicht vielmehr ganz genau wissen, daß sie den inneren Unfrieden, die Zwietracht, gerade alle diejenigen Übel, die sie bekämpfen zu wollen erklärt, schürt? Hat sie ein Recht, sich als eine Stütze einer starken kaiserlichen Gewalt auszugeben, wenn sie sich so in den schroffsten Widerspruch zu der kaiserlichen Parole des 4. August stellt, die keine Parteien, nur noch Deutsche gelten läßt, und wenn sie in schneidendem Gegensatz zu der kaiserlichen Osterbotschaft und zu dem Erlaß vom 11. Juli die innerpolitische Reformarbeit bis zum Friedensschluß eingestellt sehen will?

Nein, die Deutsche Vaterlandspartei kann das alles nicht! Der Aufruf der Partei ist von derselben inneren Unwahrhaftigkeit getragen, von der das Verhalten des Herrn Kapp erfüllt scheint. Vollends mit Unrecht nehmen die Gründer der Partei das Vorbild für sich in Anspruch, das die Provinz Ostpreußen vor hundert Jahren zur Zeit der Befreiungskriege gegeben habe. Jene Bewegung war aber doch, sehr im Gegensatz zu der Vaterlandspartei, ganz aus freiheitlichem Geist geboren. Einer der Männer und Helden von 1813, der hochgelobte ostpreußische Nationalheros Theodor v. Schön, hat auf den Königsberger Landtag das Wort angewandt: „Kant lebt noch, und nur weil er lebte, ist das Leben da.“ Ja, in Königsberg lebte der Geist des großen Philosophen, der auch alles staatliche Leben auf Freiheit und Pflichtgefühl zurückführen

Digitized by Google

wollte, lebte der Geist der glühenden Reformer von 1807—1813, des gewaltigen Freiherrn vom Stein, der Scharnhorst, Gneisenau, Boyen und wie sie alle heißen, deren ganzes Dichten, Trachten und hochgemutes Wirken nur darauf gestellt war, dem darniederliegenden Staatswesen durch innere Reformen, insonderheit durch eine lebendige Anteilnahme des ganzen Volkes an dem Staatswesen, neue Kräfte zuzuführen. Königsberg ist geradezu der geistige Mittelpunkt der wundervollen Reformzeit gewesen, in der wir nächst der Reformationszeit die schönste und leuchtendste, in tiefinnerer Glut erstrahlende Periode unserer vaterländischen Geschichte sehen. Und diesen Geist der freiheitlichen Reformen, der intensivsten Teilnahme des ganzen Volkes an dem Staate, diesen Geist, der die größte innere Kraftquelle des Volkes ist, der 1813 wie heute die gewaltigen Leistungen unseres Volkes zum guten Teil erst ermöglicht hat, will die in Königsberg gegründete, auf das Königsberg von 1813 pochende Vaterlandspartei unter der Ägide des Herrn Kapp lahmlegen, indem sie alle innere Reformtätigkeit bis zum Kriegsende unterbinden will! Sieht sie denn nicht, daß sie mit dem Erneuerungswillen auch den Siegeswillen eines großen Teils der Bevölkerung unterbinden und lahmlegen würde? Ich kann nur Wort für Wort unterschreiben, was der freikonservative Politiker Adolf Grabowsky im letzten Heft des „Neuen Deutschland" von dem Aufruf der Vaterlandspartei sagt: „Jetzt gilt es nur zu siegen! sagt der Aufruf. Also diese Männer, die sich als Vertreter des Vaterlandes aufspielen, wissen immer noch nicht, daß der innere Aufbau geradezu einen Teil des Siegeswillens der Nation bedeutet! Sie wollen die Einigkeit befördern und entäußern sich von vornherein des stärksten Einigungsfaktors, des Gefühls, daß jeder Einzelne im Volke sich als vollgültiges Glied des Ganzen betrachtet. Immer noch ist ihnen nicht der untrennbare Zusammenhang von äußerer und innerer Politik aufgegangen. Man möchte ganz am politischen Sinne der zum Führertum bestimmten Kreise verzweifeln, wenn man immer wieder derartigen Verständnislosigkeiten begegnet. Und so etwas wird erklärt kurz vor einem Winter, der, wie jeder weiß, so hart wird wie keiner jemals zuvor. In einem Augenblick, da es gilt, die ganze Volksmasse aufs stärkste am Vaterland zu beteiligen, legt man es darauf an, das Vertrauen der breitesten Schichten zu verscherzen. Auf diese Weise arbeitet man nur den unabhängigen Sozialdemokraten in die Hände... Haben sich das die Verfasser und Unterzeichner des Aufrufs — zweifellos alles gute Patrioten — nur einmal klar gemacht? Sie wollen Deutschlands Rettung, Ehre und Zukunft, und sind auf dem besten Wege, uns alles zu verderben."

Zum Glück scheint es, daß wenigstens einzelne unter den Führern der Vaterlandspartei ein Gefühl dafür haben, auf welchen gefährlichen Irrweg der Aufruf der Partei lossteuert. Ausdrücklich hat Großadmiral von Tirpitz, der Erste Vorsitzende der Partei, in der Philharmonieversammlung vom 24. September betont, daß die Vaterlandspartei zu den innerpolitischen Fragen, speziell zu der preußischen Wahlrechtsreform,

Digitized by Google

keine Stellung nehmen wolle; „die (nämlich die Wahlrechtsreform) nimmt nun ihren Lauf". Das steht in schroffem Widerspruch zu dem Aufruf der Partei, nach dem die Reform als eine der brennendsten innerpolitischen Streitfragen eben nicht ihren Lauf nehmen darf. Wir richten öffentlich die Anfrage an den Großadmiral Tirpitz, was denn nun in der Vaterlandspartei Geltung haben soll, sein Wort oder der damit in schneidendem Kontrast stehende Aufruf der Partei? Und wenn Herr Tirpitz, den wir alle als einen klaren, kein trübes Dunkel liebenden, willensstarken Mann kennen, für sein Wort als maßgebend für die Partei eintritt, so möge er Sorge tragen, daß die verkappten reaktionären Eierschalen, die die Deutung nahe legen, als solle das deutsche Volk auf dem Umwege über die Vaterlandspartei reaktionären Zwecken dienstbar gemacht werden, schleunigst aus dem Aufruf der Partei entfernt werden. Nur wenn jede Spur einer Absicht, den Geist von 1914, der zugleich der Geist von 1813 ist, auszuschalten, aus dem Aufruf und aus den weiteren Kundgebungen der Partei ausgemerzt wird, kann sie mit ihren Führern hoffen, über die alldeutsch gerichteten Schichten des Volkes hinaus in die breiten Massen des Volkes zu dringen.

Völlig undenkbar erscheint uns, daß die Regierung, so lange als die Vaterlandspartei sich nicht klar und eindeutig über alle ihre, auch ihre letzten Ziele geäußert hat, mit ihr gemeinsame Sache machen sollte. Wenn in der Presse soviel von einer amtlichen Förderung der Partei die Rede ist, so kann es sich dabei nur um nachgeordnete Amtsstellen handeln, die von dem Willen der Reichsleitung nicht unterrichtet sind, nicht aber um die Reichsleitung selbst. Mit aller Bestimmtheit hat sich der Reichskanzler Michaelis eben erst wieder in seiner Rede vom 28. September zu dem Geiste von 1914 bekannt. Dieser Geist von 1914 kann doch nicht etwa von Herrn Dr. Michaelis als ein Geist, „wie ich ihn auffasse", definiert werden; vielmehr schließt er ganz unbedingt die Anerkennung aller Parteien als vaterländisch gerichteter im Sinne des Kaiserworts vom 4. August und den Willen auf eine innere Erneuerung des Volkes, auf die lebendige und verantwortungsfreudige Mitwirkung des ganzen Volkes am Staatsleben im Sinne der Osterbotschaft in sich. Es liegt denn auch offensichtlich zutage, daß der Reichskanzler keineswegs in der Friedensresolution des Reichstags eine „nervenschwache Kundgebung" für einen Hungerfrieden sieht, wie könnte er sich sonst in der Antwort auf die Papstnote ausdrücklich auf sie beziehen? Ebenso sicher ist es, daß die Reichsleitung gar nicht daran denkt, der Parole der Vaterlandspartei auf Ausschaltung der innerpolitischen Streitfragen Folge zu leisten. Die Wahlrechtsvorlage wird kommen, wenn auch mit einer kurzen Verzögerung, und sollte eine reaktionäre Mehrheit sie ablehnen, so wird die Regierung nicht etwa die Hände in den Schoß legen — eine solche Unterstellung wäre geradezu ehrenrührig für die am Ruder befindlichen Staatslenker —, sondern alle verfassungsmäßigen Konsequenzen ziehen.

Die Regierung wird, so hoffen wir zuversichtlich, auch über Friedensresolution und

Digitized by Google

Wahlrechtsvorlage hinaus die innere Erneuerung unseres Staatswesens zielbewußt und methodisch fortführen, auch wenn sie in dem Tempo und dem Ausmaß der Reformen hinter den Erwartungen zurückbleiben sollte. Mit Nachdruck haben es Herr Dr. Michaelis und Herr Dr. von Kühlmann noch am 28. September betont, daß der Versuch, in dem Siebener-Ausschuß des Reichstags eine enge Fühlung der Reichsleitung und des Parlaments herzustellen, sich voll bewährt habe. Es kann also gar nicht beabsichtigt sein, es bei diesem ersten tastenden Schritte bewenden zu lassen; wir dürfen vielmehr hoffen, daß aus dem Versuch eine ständige Einrichtung werde. Die ganze Entwicklung drängt dahin, daß das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament möglichst eng gestaltet wird. Wir möchten denn auch hoffen, daß dem Beschlusse des Verfassungsausschusses auf Streichung von Artikel 9 der Reichsverfassung, nach dem niemand gleichzeitig Mitglied des Bundesrats und des Reichstags sein kann, stattgegeben werde; die dagegen vorgebrachten Bedenken erscheinen wirklich nicht durchschlagend. Von größerer Bedeutung wäre es noch, wenn auch Artikel 11 der Verfassung, der dem Kaiser das Recht vorbehält, im Namen des Reiches Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, dahin erweitert würde, daß Kriegserklärung und Friedensschluß der Sanktionierung des Reichstags unterliegen. Wir brauchen nicht zu fürchten, daß die Krone in einer solchen Verfassungsänderung, die doch keineswegs, wie die reaktionären Zeitungen vom Schlage der „Deutschen Tageszeitung" behaupten, einen Verfassungsbruch bedeuten würde, eine capitis diminutio maxima, eine starke und wesentliche Machtminderung, sehen würde; denn unser Kaiser hat ja in seinem Telegramm an den Zaren vom Jahre 1905 ausdrücklich anerkannt, daß das russische Volk auf eine solche Verfassungsveränderung ein positives Recht habe. Wie sollte nicht unser Volk, das sich doch tausendmal kaisertreuer bewiesen hat als das russische, ein um vieles größeres Anrecht auf ein gleiches Mitbestimmungsrecht haben!

Würden wir aber ein solches Mitbestimmungsrecht des deutschen Volkes verfassungsmäßig festlegen, was uns doch niemals von Seiten der Entente als eine schwächliche Nachgiebigkeit gegen einen Wilson ausgelegt werden könnte — eben weil der Kaiser sich lange vor dem Kriege zu dem Grundsatz eines solchen Mitbestimmungsrechts bekannt hat —, so würde uns das ohne allen Zweifel dem Frieden, den ein jeder von uns ersehnt, um ein gutes Stück näher bringen.

Dem gleichen großen Zwecke würde es dienen, wenn die elsässisch-lothringische Frage endlich in der Richtung eines autonomen Staatswesens reguliert würde. Es mag noch einmal nachdrücklich auf die wertvollen Ausführungen des Landtagsabgeordneten Georg Wolf in Nr. 38 unserer Zeitschrift hingewiesen werden, die der sorgsamsten Beachtung wert erscheinen.

Endlich sei auch die Fortführung der Sozialreform, der freiheitliche Ausbau des Koalitions- und Arbeiterrechts als ein Mittel in Erinnerung gebracht, unsere Arbeiter-

Digitized by Google

schaft, deren Erfüllung mit Staatsgesinnung das größte innerpolitische Erlebnis des Weltkrieges ist und bleibt, noch enger an unser Staatswesen zu fesseln.

Wir sehen bei allen diesen Reformen gar keine Gefahren, sondern nur große Vorteile für die Friedensfrage wie für unsere innerpolitische Entwicklung. Voraussetzung ist natürlich eine Regierung, die den starken und entschlossenen Willen zu einer kraftvollen Reformtätigkeit auf allen Gebieten hat. Eine solche Reformtätigkeit wird natürlich nicht ohne Kämpfe, ohne innere Reibungen abgehen, aber aus derartigen Kämpfen und Reibungen werden sich gewaltige geistige Energien und Kräfte genau wie in den Reformjahren 1807—1813 entwickeln, die uns auf der ganzen Linie in innerer Macht und äußerer Weltgeltung voranführen.

Wir rufen der Regierung aus voller Überzeugung zu: Nur keine Politik des inneren Stillstandes, wie sie die Vaterlandspartei als Parole ausgibt, nur keine Vogelstraußpolitik! Nein, eine klare und zielbewußte Reformpolitik, die das Volk mit sich fortreißt und zu höchster nationaler Tätigkeit entflammt. Der Siegeswille des Volkes könnte durch eine solche auf allseitiger Teilnahme beruhende Reformtätigkeit nicht geschwächt, sondern nur gesteigert werden; von aller Tätigkeit geht ja ein belebender Strom aus. In unserer Zeitschrift ist auch schon besonders von Rudolf Otto wiederholt dargelegt, wieso gerade jetzt während des Krieges eine energische Reformpolitik große Ergebnisse verheiße, weit größere als selbst im Frieden. Ja, auch im Sinne der Vaterlandspartei könnte durch nichts einer Entartung des parlamentarischen Machtstrebens so leicht begegnet werden, als durch das bereits von Herrn von Bethmann Hollweg aufgezeigte Mittel des Zwangs zum Schaffen an einem großen und ausgedehnten Reformwerk. Möge unsere Regierung also den Mut zu einer Reformtätigkeit ganz großen Stiles haben; so, nur so wird sie das Ziel, das die Vaterlandspartei vorgibt, das aber in Wahrheit unser aller Ziel ist, die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte, d. h. des ganzen Volks, erreichen. Es gilt auch hier das schöne und verheißungsvolle Wort: Dem Mutigen gehört die Welt!

Hilf Deinen Söhnen und Brüdern im Felde! Zeichne Kriegsanleihe!

Finnland und die demokratische Entwicklung

Von einem demokratisch gesinnten Finnländer

Von Herrn Professor Rudolf Eucken, Vorsitzender der Deutsch-Finnländischen Gesellschaft, ist uns folgender Artikel eines namhaften finnländischen Gelehrten zugegangen, der aus politischen Gründen noch nicht in der Lage ist, mit seinem Namen öffentlich hervorzutreten.

Für Finnland hat eine neue Zeit im Zeichen großer konstitutioneller und Verfassungsreformen begonnen. Das finnische Volk wird — so hofft man künftighin — sich in Übereinstimmung mit seiner Eigenart entwickeln und schließlich in einem

Digitized by Google

selbständigen Staate seine Kräfte nach innen und nach außen frei entfalten können.

Aber ebenso wie kleine Staaten und ein Volk im allgemeinen ihre Vorbilder bei den größeren suchen und mit oder gegen ihren Willen unter deren Einfluß kommen, so ist es natürlich, daß das finnische Volk, welches so lange in seiner Entwicklung gehemmt worden ist und warten mußte, um seine Reformbestrebungen erfüllt zu sehen, darauf gewiesen ist, Rat, Leitung und Vorbilder bei anderen Völkern zu suchen, die in ihrer Entwicklung weiter gekommen sind und reichere Erfahrungen gemacht haben.

Wenn es nun von dem finnischen Volke abhinge, selbst den politischen und kulturellen Anschluß zu wählen, ohne den Finnland sich nicht helfen kann, bei welchen der großen Nationen Europas würde es wohl dann die Vorbilder suchen und finden, welche am besten die wahren Interessen der finnischen Demokratie fördern könnten?

Vielleicht bei dem großen Zukunftsland Rußland, welches bis jetzt hinsichtlich politischer und sozialer Freiheit weit hinter Finnland zurückgestanden hat. Man mag vielleicht behaupten, daß Rußland jetzt mit einem einzigen Sprung die alten Kulturvölker erreichen und sogar überflügeln wird. Innerhalb gewisser kritikloser Kreise ist diese Auffassung gar nicht ungewöhnlich; daß sie vollständig unrichtig ist, braucht kaum hervorgehoben zu werden; nur der mit den allgemeinen Gesetzen der Entwicklung Unbekannte stellt sich dieses als möglich vor. Neue Gesetze zu votieren, auf den schönsten humanitären und demokratischen Grundsätzen aufgebaut, ist noch nicht dasselbe wie Bedingungen für ihre Durchführung und Verwirklichung auf eine solche Weise zu schaffen, daß sie dem ganzen Volke zugute kommen. — Es wird noch eine geraume Zeit verfließen, ehe überhaupt das russische Volk Gelegenheit erhält, sich ungestört den großen inneren Reformen zu widmen. Daraus entstehen die Schwierigkeiten, sich über ihren Inhalt zu einigen und sie in die Praxis umzusetzen. — Besonders zwei Umstände sind zu erwägen; der eine ist die relativ geringe und noch in mancher Hinsicht unerprobte Organisationsfähigkeit der slawischen Völker. Der andere ist die außerordentlich große finanzielle Schwierigkeit, mit der dieses Volk während einer unabsehbaren Zukunft kämpfen muß, und die vielen sozialen Neugestaltungsansprüchen hindernd im Wege stehen wird.

Vielleicht werden Frankreich, England und die Vereinigten Staaten, welche so oft als die großen Stammländer der modernen Demokratie bezeichnet werden, dem finnischen Volke die Richtlinien geben, die seine zukünftige Entwicklung leiten werden? Viel haben diese Völker unzweifelhaft der Menschheit geschenkt. In Frankreich sind ja die großen Grundwörter: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zuerst ausgesprochen worden, und viel Blut ist ihretwegen geflossen. In England hat die jetzige politische Freiheit, wenn auch mit einem sehr starken Zusatz von Aristo-

Digitized by Google

kratie, unter langem Kampf sich zu einem recht hohen Grade technischer Vollendung entwickelt, und die lange verzögerten sozialen Reformen werden wohl früher oder später auch dort verwirklicht werden. In den Vereinigten Staaten bedeutet die Herkunft, die höhere Bildung und die Bureaukratie wenig im Vergleich mit dem materiellen Wohlstande — in welchem Maßstabe dieser Wohlstand die Formen und den Umfang angenommen hat, welche die im Zeichen des Klassenkampfes wirkende Demokratie betreffen, ist eine ganz andere Frage.

Es lohnt sich, etwas näher die großen Freiheitsideale zu beurteilen, wie sie sich in Wirklichkeit in Frankreich ausnehmen. Ungeachtet, daß das allgemeine Stimmrecht seit Jahrzehnten bestanden hat und trotzdem das Parlament allein die gesetzgebende Gewalt besitzt, sind die sozialen Ungerechtigkeiten nur in äußerst geringem Maße ausgeglichen worden. In wenigen Ländern nimmt die Ausbeutung des Proletariats so empörende und schamlose Formen wie in Frankreich an. In wenigen Ländern besteht ein solcher Gegensatz zwischen den offiziellen Theorien und dem wirklichen Leben, und in wenigen Ländern ist der soziale Egoismus und Indifferentismus stärker ausgeprägt. In wenigen Ländern erfahren die unteren Schichten der Bevölkerung in ebenso hohem Grade wie in Frankreich die Folgen von der Inkompetenz und Verantwortungslosigkeit der Regierenden, sowie die Folgen von dem Mangel an Bestimmtheit und Stabilität der Regierung und der Verwaltung. Ein berühmter französischer Volkspsychologe, G. Le Bon, äußerte unter anderem: „In Frankreich betätigt sich die Demokratie nur in Reden. Die lateinischen Demokratien sind rein theoretisch geblieben. Die Aristokratie des Vermögens hat sich an die Stelle der der Geburt gesetzt und ihre Privilegien sind nicht geringer als die jener."

Wer mißt die Tiefe des sozialen Elends in England und den Vereinigten Staaten Nordamerikas? Welch hartnäckiger Widerstand, welch vollkommener Mangel an Verständnis ist nicht immer bis zum heutigen Tage auch den geringsten Ansprüchen der sozialen Reformen begegnet. Wie oft sind nicht im Namen der politischen Freiheit und des Individualismus Forderungen einer wirklich sozialen Freiheit abgelehnt worden. Welches Zeugnis enthalten die Schilderungen von „dem Volk des Abgrundes" in London und anderen Großstädten, von dem traurigen Schicksal der englischen Landbevölkerung, von den Verhältnissen in Indien und Irland. — Wenn das englische Weltimperium jetzt infolge des Krieges auf natürlichere und richtigere Maße beschränkt werden könnte, so wäre es wohl wahrscheinlich, daß der Widerstand gegen viele Reformansprüche bald gebrochen sein würde, aber vorläufig ist die politische Gleichheit sehr unvollständig, vor allem sind die sozialen Ungerechtigkeiten groß.

In Amerika hat die Sozialdemokratie kein gelobtes Land. Die ganze Atmosphäre ist dort so, daß ihr Dogma meistens von jedermann abgeschworen wird, der einige Stufen zu dem Tempel des goldenen Kalbes erreicht hat. In der Tretmühle

Digitized by Google

des Großkapitalismus und der Großindustrie fragt man nicht viel nach dem Leben und der Wohlfahrt des Einzelnen. Schutz- und andere soziale Gesetze gibt es in äußerst begrenzter Anzahl, und diese sind oft dazu da, um gebrochen zu werden, nicht am wenigsten infolge der Korruption, die auch im öffentlichen Leben in bedenklichster Weise um sich gegriffen hat.

In Europa gibt es ein Land, welches besonders während der letzten Jahre von allen Ecken und Kanten mit Beschuldigungen wegen Autokratie und Reaktion, wegen Zwangsherrschaft und Volksfeindschaft, wegen Militarismus und Bureaukratie, außerdem noch mit vielen anderen Beschuldigungen überhäuft wird. Welcher Demokrat der Jetztzeit könnte wohl seine Vorbilder in oder im Anschluß an Deutschland wählen, an dem Lande, welches von all dieser vernichtenden Kritik getroffen wird?

Es ist nicht zu leugnen, daß die deutsche Staatsgewalt in strammen und oft wenig anziehenden Formen hervortritt. Auch kann man nicht in Abrede stellen, daß das Volk an alten erprobten Institutionen festhält, daß Deutschland seinen Militarismus ebenso hat wie andere Länder den ihren haben, daß die Regierung bestimmt und zielbewußt, oft konservativ und selbstgenügsam, aber rechtschaffen und nicht von jedem parteipolitischen Windstoß abhängig ist. Aber es muß auch daran erinnert werden, daß Deutschland ohne eine so bestimmte Regierungsgewalt niemals die sozialen Reformen hätte durchführen können, derengleichen man vergebens in anderen Ländern sucht und deren glückliche Verwirklichung es als sicher erscheinen läßt, daß man mit Erfolg den Kampf gegen die noch bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten zu Ende führen wird.

In Deutschland entbehrt man allerdings der großen demokratischen Phrasen. Auch ist es wahr, daß die politische Freiheit in gewissen deutschen Staaten, besonders in Preußen, bisher sehr begrenzt gewesen, daß ein — praktisch zwar nicht allzu bedeutender — Standesunterschied aufrecht erhalten worden ist usw. — Aber wo ist wohl während des Weltkrieges der Bürgersinn innerhalb aller Parteien reger gewesen und vor allem: wo ist die staatliche Organisationsfähigkeit größer und besser imstande gewesen, an alle Klassen das zu verteilen, was dem schwer bedrängten Volke zur Verfügung stand? Das deutsche Volk hat sich nicht darüber zu beklagen brauchen, eine starke und tatkräftige Regierungsmacht und einen brauchbaren Verwaltungsorganismus zu besitzen.

In einer baldigen Zukunft wird die politische Freiheit in Deutschland, speziell in Preußen, vollständiger verwirklicht werden. Es wird natürlich hiergegen eingewendet, daß die in Aussicht gestellten Reformen unter dem Drucke einer Zwangslage versprochen wurden. Dieses ist teilweise richtig, aber es benimmt ihnen keineswegs ihre große Bedeutung. Welche große Reformansprüche werden wohl ohne Zwang von einer oder andern Art, der den natürlichen Widerstand des Bestehenden bricht,

Digitized by Google

durchgeführt? Aber eins ist sicher: in dem Deutschland unserer Tage ist es nicht möglich, feierlich gegebene Versprechungen und Versicherungen zu widerrufen. Auch kann man davon überzeugt sein, daß Deutschland das Neue mit all der Gründlichkeit und Planmäßigkeit, welche es kennzeichnet, schaffen wird. Aber man muß es den Deutschen nicht verdenken, wenn sie bei den parlamentarischen und demokratischen Reformen es ablehnen, die staatliche Eigenart, die in einer starken und tatkräftigen Regierungsgewalt besteht, aufzugeben, die mit Nachdrücklichkeit und Folgerichtigkeit ihre Aufgaben vollführen kann.

Die Erfahrungen verschiedener Länder und Zeiten haben gezeigt, daß große soziale Reformen nicht auf andere Weise als von einer kräftigen, zielbewußten und in nötiger Ausdehnung unabhängigen Staatsgewalt konsequent durchgeführt werden können. Dieses enthält jedoch zunächst, daß die Regierungsgewalt, die vollziehende Gewalt, erwähnte Eigenschaften aufweisen muß, die Staatsform mag dann monarchisch oder republikanisch sein. Ein Parlament kann nur während einer vorübergehenden Zeit und unter ausnahmsweisen Verhältnissen, dann auch nicht ohne Gefahr, die eigentliche Regierungsgewalt handhaben: unter normalem Verlauf des Staatslebens muß dieselbe bei einem Monarchen, einem Präsidenten, einem Staatsrat oder einem andern Regierungskollegium, bestehend aus einer geringen Anzahl von Mitgliedern, konzentriert sein.

Das Beispiel Deutschlands zeigt, daß eine starke Regierungsgewalt für die Verwirklichung der sozialen Reformen innerhalb des Staatslebens erforderlich ist.

Die Ansprüche einer solchen Regierungsmacht liegen sogar auch im Innersten im Wesen der Sozialdemokratie. Bei revolutionärem Durchbruch haben der Individualismus und das individualistische Element in jeder Freiheitsbewegung ihr Recht; aber wenn das Staatsleben wieder befestigt wird, liegt es gerade in dem Interesse der sozialreformatorischen und sozialdemokratischen Ideen, eine starke Staats- und Regierungsmacht zu schaffen. Welchen lähmenden Einfluß der Mangel einer solchen ausübt, beweist Frankreich, wo man trotz aller Demokratie nicht weit auf dem Wege sozialer Reformen fortgeschritten ist, dieses gerade nicht am wenigsten infolge der Schwäche der Regierungsgewalt.

Streiflichter zur Weltlage XII

September 1917

Von Professor Dr. Schiemann

Wichtige Ereignisse in ununterbrochener Folge haben dem hinter uns liegenden September den Charakter eines bedeutsamen Wendepunkts in der Geschichte des Weltkrieges verliehen und uns seiner endgültigen Entscheidung unzweifelhaft

Digitized by Google

näher geführt. Wie stets richten sich die Blicke dabei zunächst auf den Verlauf des Kampfes an den Fronten im Westen, Osten und Süden. Wir haben alle Ursache mit dem Gefühl steigender Dankbarkeit zu den Männern aufzuschauen, die unsere militärischen Operationen leiten, und nicht minder zu den Offizieren und Soldaten, welche die Gedanken in Wirklichkeit umsetzen, die im Großen Hauptquartier gereift waren. In Flandern und im Kampfgebiet, in dessen Mittelpunkt Verdun liegt, haben Engländer und Franzosen mit nur geringen Erholungspausen, die ihre furchtbaren Verluste gebieterisch vorschrieben, immer aufs neue versucht, die Heldenwand zu durchbrechen, die wir ihnen entgegenstellen. Und immer aufs neue brach die Wut ihrer Angriffe zusammen; auch wo es ihnen gelang, über zerschossene Schützengräben in unsere Vorstellungen einzudringen, brachte ihnen der Erfolg des Augenblicks keinen dauernden Gewinn. Aber der Kampf hat einen Charakter angenommen, vor dem alles verblaßt, was die Geschichte — auch die dieses Krieges — von übermenschlichen Leistungen zu berichten weiß. Noch niemals sind so gewaltige Zerstörungswerkzeuge tätig gewesen, noch niemals haben alle Kräfte menschlichen Erfindungsgeistes sich so völlig in den Dienst des Kriegsgedankens gestellt, und haben Infanterie, Artillerie, die Geschwader der Flieger, die Divisionen der Torpedoboote und die jetzt ebenfalls nicht mehr vereinzelt kämpfenden U-Boote ihren Willen so ausschließlich auf den Gedanken des Sieges um jeden Preis gerichtet. Das Leben jedes einzelnen ist ein selbstverständlicher Einsatz geworden für die Zukunft des unsterblichen Vaterlandes und der Generationen, die nach uns an den Früchten des Sieges, im Bewußtsein der Opfer, die ihm gebracht wurden, zu sittlicher Größe emporwachsen sollen. Noch geht der Kampf weiter und wir unterschätzen unsere Feinde nicht. Auch sie wissen, daß es um Sein oder Nichtsein geht, aber das Bewußtsein, für eine gerechte Sache zu kämpfen, können sie nicht haben wie wir. Trotz der großen Worte, mit denen ihre Führer und ihre Presse um sich wirft, beginnt der Zweifel an ihnen zu nagen und die Einheitlichkeit der Gesinnung zu zersetzen, die durch eine Fälschung der Wahrheit über den Ursprung des Krieges, ursprünglich uns entgegentrat. Die Enthüllungen des Ssuchomlinowprozesses, die Entschleierung des Geheimnisses, mit dem der russisch-französische Vertrag von Januar 1917 verdeckt wurde, und die nicht mehr abzuweisende Erkenntnis, daß nicht wir, sondern England, Frankreich und Rußland diesen Krieg von langer Hand vorbereitet haben, das alles hat in seiner Summe dahin geführt, daß erst einzelne Stimmen und jetzt bereits ein Chor von Stimmen, den man vergebens zu unterdrücken bemüht ist, darauf dringt, daß ein Ende des Völkermordens endlich gemacht werde. Von den pazifistischen Regungen in England und Frankreich hören wir weniger als tatsächlich im Gang ist. Es spricht die höchste Wahrscheinlichkeit dafür, daß das päpstliche Friedensmanifest in Zusammenhang mit einer englischen Anregung steht, wofür unter anderem auch die Tatsache spricht, daß der Inhalt der Note Benedikts XV. mehr mit den Interessen der Entente als mit denen der Mittelmächte rechnet. Das

Digitized by Google

aber ist leicht zu verstehen. Der Papst ist der allezeit getreuen deutschen und österreichischen Katholiken ohnehin sicher; das abtrünnige Frankreich und das ketzerische England — in dem übrigens in den Kreisen der Aristokratie schon seit Jahren der Übertritt zum Katholizismus zunimmt und zeitweilig fast Mode war — zu gewinnen, aber ist ein Ziel, das die Kurie zu keiner Zeit aus dem Auge verloren hat. Wenn der Papst jetzt die irischen Bischöfe nach Rom geladen hat, kann es sich nur um einen großen Dienst handeln, den er den Engländern zu leisten im Begriff steht. In Frankreich hat der Grand Orient[1] offenbar gespürt, daß sich Dinge vorbereiten, die seinem bisher vorherrschenden Einfluß gefährlich werden könnten, und er wettert daher neuerdings gegen Klerikale, Pazifisten und alles was sonst nicht in sein Horn stößt. Da die Mitglieder der französischen Regierung und die überwiegende Zahl der Parlamentarier in Kammer und Senat zu ihm gehört, hören wir aus diesen Kundgebungen die Stimme des offiziellen Frankreich. Inzwischen haben nun die Regierungen der Mittelmächte sämtlich Benedikt XV. ihre Antwort zugehen lassen und soweit es irgend möglich war, ohne ihrerseits der Entente überflüssige Zugeständnisse zu machen, es an weitgehender Zustimmung nicht fehlen lassen. Daß die deutsche Antwort auf die Friedensresolution der Mehrheitsparteien des Reichstags hinwies, hat in unserer öffentlichen Meinung keineswegs volle Zustimmung gefunden. Die lange Reihe der Proteste, die sich gegen Wilsons Versuch richten, einen Gegensatz zwischen Kaiser und Volk zu konstruieren, zeigen deutlich, wohin der Wille unseres Volkes weist.

Immerhin glauben wir, daß die vom Vatikan ausgegangene Bewegung nicht verloren gehen wird, und daß der Gedanke an Boden gewinnt, eine Verständigung zu suchen, die zum Frieden führt. Die Voraussetzung dafür ist freilich eine Umkehr unserer Feinde, die sich jetzt noch in Friedensprogrammen bewegen, deren formulierte Bedingungen sich kurzweg als verrückt bezeichnen lassen. Es ist, als ob der Boden der Wirklichkeit ihnen verloren gegangen wäre und sie sich, wie man in England sagt, „into a fools paradise“ bewegen. Der Eindruck ist um so berechtigter, als die beiden Helfer, auf deren entscheidendes Eingreifen die beiden Westmächte rechneten, Amerika und Rußland, versagt haben. Wir haben soeben aus dem Munde von Asquith die Bestätigung dieser Ausführungen zu hören bekommen. Er, der alle Schliche der englischen Geheimpolitik kannte und billigte, der Schuld daran trägt, daß der Krieg wie ein überreifes Geschwür zum Ausbruch kommen mußte, hat die Stirn, zu behaupten, daß England für den Frieden der Welt kämpfe, und englische Friedensbedingungen zu formulieren, die klingen, als ob seine Tanks alles zermalmend den Weg zum Rhein und darüber hinaus nach Berlin und München gefunden hätten: die Räumung der von uns besetzten Gebiete in Frankreich und Rußland, Elsaß-Lothringens und Belgiens, Erfüllung der „gerechten und längst fälligen“ Ansprüche Italiens und Rumäniens, Restituierung Serbiens und Erweiterung seines Besitzstandes,

[1] d. h. die Freimaurerei.

Digitized by Google

und schließlich noch ein heuchlerisches Eintreten für polnische, griechische!! und südslawische Forderungen. Der Donner der Geschütze und der Todesruf der Divisionen, die bei Hollebeke und Langemark und an der ihnen verwehrten Straße, die nach Ypern führt, zusammengebrochen sind, hat ihm die Antwort auf die unerhörte Anmaßung dieser phantastischen „Friedensbedingungen" gegeben. Es muß schlimm um England stehen, wenn man seine Standhaftigkeit durch die Vorspiegelung solcher unerfüllbarer Illusionen aufreitschen muß. Eine Antwort unsererseits, welche die Räumung ganz Afrikas, den Abmarsch aller Engländer aus Indien, die Proklamierung der Unabhängigkeit Irlands und Maltas, der Rückgabe von Gibraltar an Spanien und von Cypern, Suez und Aden an die Türkei als deutsche Friedensbedingung feststellte, wäre eine entsprechende Gegenleistung. Aber wir haben solche Bedingungen, obgleich sie keineswegs aus historischen und moralischen Gründen zu verwerfen wären, nicht aufgestellt. Was wir erstreben, ist die zu allen Zeiten völkerrechtlich anerkannte Konsequenz eines siegreichen Krieges in denkbar maßvollster Fassung. Und davon werden die großen Worte von Asquith uns ebensowenig abbringen, wie die ohnmächtige Phraseologie Wilsons, das hysterische Revancherufen Frankreichs oder die unklare Weisheit der wechselnden Gewalthaber in Petersburg, Moskau oder Mohilew — denn wer kann sagen, wo der Sitz der tatsächlichen Regierung Rußlands heute liegt oder morgen liegen wird.

Die Erschütterungen, die der Lauf des September den Russen gebracht hat, finden ihresgleichen nur in den Ereignissen des März, als die 400jährige Herrschaft der moskowitischen, nach Petersburg verpflanzten Zaren zusammenbrach, um jener Republik das Regiment zu überlassen, die nicht weiß, wie sie leben und wie sie sterben soll. Die September-Agonie begann mit dem Fall von Riga, dessen Einnahme sich als eine Waffentat ersten Ranges darstellt, deren Folgen sich jetzt noch nicht absehen lassen. Haben sie zunächst Riga und das daranschließende neue Okkupationsgebiet von dem schier unerträglich gewordenen Joch der Russen befreit, so blickt man mit Sorgen auf die nördlich davon noch lebenden baltischen Deutschen, die so gut wie wehrlos einer unberechenbaren Willkür preisgegeben sind. Gott schenke ihnen Kraft und Klugheit, die schweren Tage, denen sie entgegengehen, zu überstehen. Dem 3. September folgte der 7. September, der den Bruch zwischen Kornilew und Kerenski einleitete. Es steht auch heute noch keineswegs mit Sicherheit fest, wer die Schuld an dem Konflikt der beiden Männer trägt, von denen jeder behauptete, daß ihn nur der eine Gedanke beherrschte, das unglückliche Rußland zu retten. Auf dem Moskauer Kongreß haben beide die Lage des Augenblicks mit hohem Pathos in den finstersten Farben geschildert. In England hatten diese Reden sofort ein allgemeines Angebot russischer Werte und einen panikartigen Rückgang des Rubelkurses zur Folge. Es war der Tag, an dem Lloyd George seine Rede in Birkenhead hielt, deren verstärktes Echo wir jetzt von Asquith gehört haben, der damit wohl seine Anwart-

Digitized by Google

schaft auf die Nachfolge des Diktators anmeldet, da die steigende Krisis in Rußland das Ausspielen höherer Trümpfe forderte. Um nämlich Kornilow den Boden unter den Füßen zu unterraben, trat Kerenski mit der Ankündigung hervor, daß eine große gegenrevolutionäre Verschwörung entdeckt sei. Er warf sich nunmehr den bisher von ihm bekämpften Extremisten des Sowjet, den Bolschewiki, in die Arme. Schon am 3. September waren die Großfürsten Paul und Michail Alexandrowitsch mit ihren Gemahlinnen, der eine in Zarskoje, der andere in Gatschina, verhaftet worden. Man hat sie später freigeben müssen, weil ihnen keinerlei Schuld nachgewiesen wurde. Aber das Aussprengen des Gerüchts von der Verschwörung, für welche der Prokureur des Moskauer Kriminalgerichts das Material geliefert hatte, hatte die gewünschte Wirkung. In Petersburg, Moskau, Kiew und in Tobolsk, wo der unglückliche Zar noch immer weilt, fanden zahlreiche Verhaftungen statt. Die Männer der Duma wurden kompromittiert, und bald hieß es, daß auch Kornilow gegen die Revolution agitiere. Die Welt ist in diesen Tagen über den Verlauf der Ereignisse nur durch den Telegraphen Kerenskis unterrichtet worden, und dieser Telegraph hat schamlos gelogen. Die Schlacht bei Luga scheint niemals geschlagen worden zu sein, und wir wissen nicht, wie weit der Anmarsch Kornilows gegen Petersburg gelangte. Feststehend ist nur das eine, daß es den Delegierten des Arbeiter- und Soldatenrats gelang, Kornilow zu isolieren. Er mußte, von seinen Truppen im Stich gelassen, sich schließlich gefangen geben. Jetzt ist er in Mohilew interniert und von seinen Anhängern hat nur der Hetman der Don-Kosaken sich bisher der Verhaftung entziehen können. Am 15. war der Sieg Kerenskis oder vielmehr der Sieg der Bolschewiki entschieden. Kerenski errichtete sein Direktorium, in dem er den Vorsitz übernahm und sich den Kriegsminister Werchowski, den Marineminister Werderewski, Tereschtschenko, den Minister des Auswärtigen, und Nikitin, den Minister der Posten und Telegraphen, an die Seite setzte. Die übrigen Mitglieder des Kabinetts sind diesen wirklichen Regenten gegenüber nicht mehr als Figuranten; am 16. ward dann kundgetan, daß Rußland fortan Republik sei. Was das zu bedeuten hat, zeigt die zwei Tage vorher gefaßte Entschließung der Bolschewiki, die die Forderungen des landhungrigen Bauern genehmigte, die gesamte Industrie unter staatliche Kontrolle stellte, alle Geheimverträge für aufgehoben erklärte, die Befriedigung der Forderungen Finnlands und der Ukraine, Auflösung von Duma und Reichsrat und Gleichheit aller Russen von dem Gesetz verlangte. Diese Beschlüsse hat der Kerenskische Telegraph gleich danach als von einer späteren Versammlung des Sowjet für aufgehoben erklärt; aber auch diese Nachricht hat sich nicht bewahrheitet, vielmehr haben die Führer des Menschiwiki, Tscheidse und Zeretelli stark an Einfluß verloren und der erstere seine Stellung als Vorsitzender des Sowjet niederlegen müssen. Dagegen haben die von Tschernow, dem ehemaligen Landwirtschaftsminister, geführten sozialrevolutionären Bauern sich den Maximalisten genähert, die jetzt die ausschlaggebende

Digitized by Google

Partei sind und auch Kerenski in Abhängigkeit halten, so daß dessen Stern zu verbleichen beginnt. Es ist schwer, aus dem Chaos dieser Wandlungen einen Einblick in die kommenden Dinge zu gewinnen. Da zum Programm der Bolschewiki auch der sofort abzuschließende Frieden und die Abschaffung der Todesstrafe gehörte — beides Forderungen, die in der großen Masse der Bevölkerung sehr populär sind — ist es wohl möglich, daß sie sich noch längere Zeit behaupten. Kerenski arbeitet auf Bildung eines Koalitionsministeriums hin, in das auch die geistigen Spitzen der Duma Aufnahme finden sollten, stößt aber dabei auf den nachhaltigen Widerstand der Bolschewiki, die zunächst festgestellt haben wollen, wie weit die Duma im Einverständnis mit Kornilow gestanden habe. Dafür aber liegen stark belastende Symptome vor. Belastet ist auch die diplomatische Vertretung der Entente, namentlich der englische Botschafter, Buchanan, und die Haltung der englischen und französischen Presse hat, wie nicht anders möglich war, den Verdacht gesteigert. Sie alle hatten „auf das falsche Pferd gesetzt". Fragt man, welche positive Bestrebungen durch den Verlauf der Krisis gevorteilt haben, so lautet die Antwort: die Fremdvölker Rußlands! Die Ukrainer, Finnländer, Kaukasier, die Mohammedaner, traten mit ihren Forderungen nachdrücklicher hervor als bisher, und es kann kaum noch bezweifelt werden, daß, wenn die demokratische Republik Rußland sich als politische Wirklichkeit behauptet, sie auf föderativer Grundlage aufgebaut werden wird. Die Krisis ist vor allem eine Krisis für die ausschließliche Vorherrschaft des Großrussentums, aber es ist jetzt noch zweifelhaft, ob nicht auch Ukrainer und Finnländer durch die Macht der Tatsachen zu einer vollen politischen Selbständigkeit geführt werden. Darüber jetzt schon das letzte Wort zu sagen, ist verfrüht, aber es muß doch darauf hingewiesen werden, daß sogar in konfessioneller Beziehung das Streben nach einer Absonderung ohne allen Zweifel vorhanden ist. Parallel mit diesen das innere Leben Rußlands bestimmenden Tatsachen hat die befreiende Tätigkeit Deutschlands in Kurland und in Litauen Gestalt gewonnen. Unter Heranziehung von Vertretern der Gesamtbevölkerung beider Gebiete sind Erklärungen erlassen worden, die sich mit voller Bestimmtheit von Rußland ab- und den Mittelmächten zuwenden. Der Schutz des mächtigen Deutschen Reiches ist von ihnen angerufen worden und dieser Ruf ist nicht wirkungslos verhallt. Sie sind unseres Schutzes gewiß und gehen einer Zukunft entgegen, die ihnen unter Wahrung ihrer Eigenart eine glückliche Zukunft verheißt. Daß der litauische Vertrauensrat in Wilna getagt hat, ist dabei als politisch bedeutsame Tatsache besonders hervorzuheben.

Mit sehr gemischten Gefühlen folgen wir der Entwickelung des politischen Lebens in Polen. Der vorläufige Staatsrat hat die Einberufung der Legionäre, die österreichische Untertanen sind, zur Teilnahme an dem Kampfe, der zur vollen Befreiung Galiziens führen wird, damit beantwortet, daß er demissionierte, was um so auffallender ist, als er genau wußte, daß Verhandlungen schwebten, die einen weiteren

Digitized by Google

Ausbau des Provisoriums in der Richtung zu weitergehender Selbständigkeit ins Auge faßte. Aber nicht darauf kam es den Herren an, ihre Kundgebung trug alle Merkmale des Haschens nach Popularität, was um so bedenklicher war, als ihnen gleichfalls nicht unbekannt geblieben ist, daß mittlerweile lebhaft in Polen für die Entente gearbeitet wird, deren platonisches Interesse an ihrer Zukunft die Polen aus den Lehren der Geschichte doch kennen sollten. Ohne sich dadurch beirren zu lassen, haben am 12. September beide Kaiser ein Manifest erlassen, das am 15. in Warschau und Lublin veröffentlicht ward, welches die Staatsgewalt in Polen in der Hauptsache schon jetzt in die Hand einer nationalen Regierung zu legen und die Rechte und Interessen des Volkes einem neuen erweiterten Staatsrat anzuvertrauen sich bereit erklärt. Den Okkupationsmächten werden, in wesentlicher Übereinstimmung mit den Anträgen der Vertrauensmänner des Landes, nur jene Befugnisse vorbehalten, die der Kriegszustand erfordert. Es knüpft sich daran der Ausdruck der Hoffnung, daß dieser neue Schritt zur Verwirklichung eines selbständigen polnischen Staates, Polen „im freien selbstgewollten Anschluß" an die Mittelmächte, einer friedlichen und gesegneten Zukunft entgegenführe. Angeschlossen ist der Text des Patents über die Staatsgewalt im Königreich Polen, in 6 Artikeln. Seither ist der Regentschaftsrat eingesetzt worden und sind die Vorbereitungen zur Bildung des Staatsrats im Gang. Das weitere wollen wir abwarten. Sollte auch diesmal Polen versagen, so ist ihm eben nicht zu helfen. Diejenigen Polen, auf welche die Verantwortung für die Tatsache fällt, daß die Polen keinen Finger für die Befreiung ihres Vaterlandes gerührt haben, trifft eine schwere historische Schuld, deren direkte und indirekte Folgen sich noch nicht absehen lassen.

Eine historische Schuld hat auch der Präsident Wilson auf sich geladen, und es kann nicht zweifelhaft sein, daß U. St. America noch lange an den Folgen seiner Fehler und der inneren Unwahrhaftigkeit seines Tuns und Lassens zu tragen haben wird. England, dem zunächst die Vorteile der Politik des Präsidenten zufielen, wird ihm schließlich ebensowenig dankbar sein wie Rußland, das bereits jetzt in den Amerikanern eigennützige Ausbeuter russischer Bodenschätze sieht, oder wie Japan, das sich keinerlei Illusionen darüber hingibt, daß es in den Vereinigten Staaten einen künftigen Feind zu bekämpfen hat und schon jetzt bemüht ist, die Lage vorzubereiten, die ihm den künftigen Sieg sichern soll. Am wenigsten Dank hat Wilson aber von den Bürgern des eigenen Staates zu erwarten. Sie werden ihn gewiß nicht zum drittenmal auf den Präsidentenstuhl setzen und den Tag verfluchen, da an die Stelle des Scheins amerikanischer Freiheit, die Tyrannei des Wilsonschen Militarismus getreten ist. Das alles ruht noch im Schoße der Zukunft, aber die meisten unserer Zeitgenossen werden diesen Ausgang noch erleben. Die so viel Lärm hervorrufende Affäre Luxburg dankt ihr Dasein dem System Wilsonscher Diplomatie, die, mit allen Schlichen eines unbedenklichen Detektivgewissens vertraut, völkerrechtliche Schranken mißachtet und

Digitized by Google

die geheiligten Rechte der Neutralität zynisch mit Füßen tritt. Damit soll nicht gesagt sein, daß Graf Luxburgs Vorgehen zu billigen ist. Auch in chiffrierten Depeschen sollten Ausdrücke vermieden werden, die in malam partem gedeutet werden können, zumal wo es sich um das Erteilen von Ratschlägen handelt, die nicht notwendig sind. Wie mit argentinischen Fahrzeugen zu verfahren war, konnte füglich dem Ermessen unserer Admiralität überlassen werden.

Der Sturz des Kabinetts Ribot, und daß Painlevé heute Ministerpräsident ist, bedeutet keine Wendung in der auswärtigen Politik Frankreichs. Es wird auch weiterhin auf englischen Krücken weitergehen, so lange die Kräfte reichen. Als unser Gesamturteil können wir die Worte E. Dillons im Septemberheft der „Fortnightly Review" uns zu eigen machen: „In England bespricht man heute, nachdem man 5½ Million Mann ins Heer, ½ Million in die Flotte gesteckt hat, als Hauptgegenstand dauernd den Frieden, nicht aber die eben begonnene Offensive in Flandern. Und in Deutschland ist man überzeugt, daß einige Verbandsmächte die Nerven verloren haben. Nur ein jahrelanger Krieg ist imstande zu verhindern, daß sich Mitteleuropa mit seinen 170 bis 180 Millionen Menschen und durch die Möglichkeit, durch den U-Bootkrieg Amerika abzuschneiden, durchsetzt. Wenn der Verband dies (zu verhindern) nicht erreicht, so haben alle weiteren Opfer keinen Zweck."

Zeichne Kriegsanleihe! Das ist der sicherste Weg zum Frieden!

Warum hat England noch keine Brotkarte?

Mitgeteilt von Prof. D. Dr. R. Otto, M. d. A., Marburg

Über diese Frage schreibt mir einer meiner Freunde, ein besonders guter Kenner englischer Verhältnisse, in einem Briefe an mich. Ich finde seine Ausführungen sehr bemerkenswert, besonders da er Gesichtspunkte hervorkehrt, die mir sonst nicht entgegengetreten sind. Mit seiner freundlichen Erlaubnis gebe ich seine Ausführungen im folgenden kurz wieder.

... Sie fragen mich: „Warum England keine Brotkarte eingeführt hat?" Der Grund ist einfach. Schon seit langer Zeit hat man in England über eine ungenügende Verwaltung geklagt. Endlich hatte man zwar ein einheitliches System eingeführt, nämlich die sogenannten „County Council" oder Bezirksräte. In den Städten hat diese Neuerung sich auch glänzend bewährt, auf dem Lande bleibt aber trotzdem die wirkliche Verwaltung in den Händen der „Squires" (des kleinen Landadels) des „Justice of the Peace" (eine Art polizeilicher Landrat) und des Pastors. Aber selbst in den Städten bleiben die Einrichtungen des öffentlichen Lebens völlig unzureichend, um die nach deutschen Begriffen allernotwendigste öffentliche Fürsorge durchzuführen. Vor dem Kriege hatte man z. B. kein Verzeichnis der Einwohner von

Digitized by Google

London. Die Polizei in den großen Städten war nicht einmal imstande, die Namen der Einwohner in den bekanntesten Straßen festzustellen, wenn nicht das Adreßbuch, das ein Privatunternehmen ist, vorhanden gewesen wäre. Infolgedessen hat England einfach nicht die Mittel, um eine gerechte Lebensmittelverteilung unter der Bevölkerung in die Hand zu nehmen. Wenn es dazu endlich doch gezwungen werden sollte, so müßte man einen ganz neuen Verwaltungsapparat schaffen. Als die Gewerkschaften vor einiger Zeit eine solche Lebensmittelverteilung verlangten, wurde ihnen einfach gesagt, es sei ganz unmöglich, die nötigen fünfzigtausend Beamten anzustellen und auszubilden; man hätte nicht einmal die nötigen weiblichen Mitarbeiter. Die Polizei wurde auch gebeten, die Sache zu unternehmen, aber die Polizei war auch nicht imstande, einzugreifen, denn im Anfang des Krieges hat man die große Mehrzahl der Polizeibeamten in die Armee eingereiht und die übrigen reichen nicht einmal aus, um die Ruhe und Ordnung einigermaßen aufrecht zu erhalten. Die Friedensrichter („Justices of the Peace") und die Vorsitzenden des Bezirksrates (County Councils) sind auch durch Einziehung zum Heere als Offiziere so vermindert, daß sie auch außerstande waren, den nötigen Apparat zu stellen. Nach und nach muß England eben auch die so oft verhöhnte „Bureaukratie" sich anschaffen, und es hat schon den Anfang hierzu gemacht und zwar nach gutem deutschen Muster, aber vorläufig ist England tatsächlich nicht in der Lage, eine so verwickelte Sache wie die Brotkarte mit Erfolg durchzuführen.

Die Not ist schon längst da. Überall werden die Klagen laut, daß die Reichen alles kaufen können und die Armen verhungern müssen. Lady Warwick z. B. hat neulich einen bitteren Mahnruf erlassen, aber die Regierung ist eben hilflos. Die fest zusammengefügten und sehr autokratischen Gewerkschaften und die reichen Klassen in England leiden wohl auch, aber eigentliche Not ist unter ihnen nicht vorhanden, und diese sind die herrschenden Klassen, die allein imstande sind, ihren Wünschen Ausdruck zu geben. Unbeschreiblich duldsam und stumpfsinnig ist die beständig unterernährte untere Klasse in England. Der sehr gescheite national-ökonomische Forscher Booth (nicht „General" Booth) hat ein unbeschreiblich düsteres Bild von dieser stummen Masse entworfen, und „General" Booth in seinem Buche „Das schwärzeste England" („Darkest England") hat die Farben womöglich noch schwärzer gemalt. Selbst nach der letzten Wahlreform wird kaum ein Sechstel der Bevölkerung im Parlament vertreten. Fünf Sechstel sind ausgeschlossen von der Wahl[1], und auf dem Lande ist von

[1] Der Briefschreiber will hiermit offenbar nur andeuten, daß der größte Teil der Bevölkerung auch nach Annahme des neuen Wahlgesetzes vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen sein wird, weil er nicht imstande ist, seine persönlichen Wahlkosten, die nach wie vor vom Kandidaten getragen werden müssen, zu bezahlen, ebensowenig den von jedem Kandidaten bei seiner Aufstellung zu hinterlegenden Betrag von 3000 Mark, welcher zugunsten der Staatskasse verfällt, falls der Kandidat nicht mindestens 1/8 aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Nach dem neuen Wahlgesetz erhält zwar

Digitized by Google

einem freien, geheimen Wahlrecht beinah ebensowenig die Rede als bei den Negern in den Südstaaten von Nordamerika.

Fleisch soll in England noch vorhanden sein, aber wie Runciman (der frühere englische Minister) betont hat, aus dem einfachen Grunde, daß man die Wiesen umgeackert hat und das Vieh deswegen abgeschlachtet werden mußte. Aber die umgeackerten Wiesen sind zum Teil wegen Mangel an Arbeitern nicht bestellt worden und zum Teil wegen Mangel an Düngemitteln kaum imstande, auch nur das Saatkorn zurück zu liefern! Im Parlament ist schon mehrmals hervorgehoben worden, daß der Viehbestand so bedenklich gesunken ist, daß der kleine Mann überhaupt seine Felder nicht düngen könne. Sachverständige in England klagen darüber, daß diese Felder, anstatt sie mit Kartoffeln zu bepflanzen, mit Getreide besät sind, denn aus bekannten Gründen ist die Gefahr vorhanden, daß die frisch umgeackerten Wiesen keine nennenswerte Ernte einbringen.

Natürlich leiden in erster Linie die Kinder und die Alten, und über die erschreckenden Sterblichkeitsziffern unter den Kindern, namentlich in London, Leeds, Manchester, Liverpool usw. werden die Klagen in den englischen Zeitungen immer lauter. Die ärmere Klasse in England aß auch früher schon weniger Fett als dieselbe Klasse in Deutschland, aber dafür wurde zweimal soviel Zucker auf den Kopf gerechnet als in Deutschland. Heute ist Zucker nicht mehr für Geld zu haben, und die Armen und ganz besonders die Kinder der Armen leiden entsprechend. Vom Hungern bis zum Aushungern ist es zwar weit, aber hungern tut die große Mehrzahl von Englands Bevölkerung unzweifelhaft schon jetzt, und für die Brotkarte ist es schon längst zu spät.

Vernunft — Vorteil — Vaterlandsliebe gebieten Dir! Zeichne Kriegsanleihe!

Notizen

Eine vernünftige englische Stimme zur Frage des Anschlusses Polens an das Weltmeer. Die englische Wochenschrift „The New Statesman" schreibt in ihrer Nummer vom 28. 7 in einem längeren Aufsatze über die Liga der Nationen: „Das Problem der Wiederherstellung eines selbständigen Polens ist ein solches, in welchem nationale und wirtschaftliche Fragen eine gleiche Rolle spielen. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse Polens reichen weit hinaus über die Grenzen der geographischen Nationalität bis an die See bei Danzig und bis zu den industriellen Gegenden Schlesiens. Keine Lösung ist möglich, solange wie das Deutsche Reich und das neue selbständige Polen auf der Grundlage internationalen Wettbewerbes und Feindseligkeit organi-

so ziemlich jeder volljährige Bürger das Stimmrecht, aber nur der kleinere Teil der Bevölkerung wird in der Lage sein, seine Stimme für den Mann seiner Wahl abzugeben, da selbst die Arbeiterpartei wegen der großen Höhe der Wahlkosten nicht in der Lage sein wird, in allen Wahlbezirken Kandidaten aufzustellen. Vergleiche Tönnies, „Entwurf einer englischen Wahlreform" in Heft 22, 1917, der „Deutschen Politik".

Digitized by Google

sieren sind. Man nehme den Fall der Nordgrenze des neuen Polens. Wenn die politische Grenze genau dem nationalen Bestande folgen soll, so würde ein schmaler Gebietsstreifen längs des westlichen Ufers der Weichsel von Thorn bis westlich Danzig dem selbständigen Polen hinzugefügt werden. Aber einen schmalen Streifen Polens mitten durch Preußen hindurchlaufen zu lassen und dann einen dauerhaften Frieden zu erwarten, hieße sich Sinnestäuschungen entweder aus Unwissenheit oder aus Optimismus hingeben. Der Vorschlag, Westpreußen und den deutschen Hafen Danzig zu einem Teil Polens zu machen und so Ostpreußen von Deutschland zu trennen, ist eine noch unheilvollere Phantasie. Die Alternative ist die, West- und Ostpreußen bei Deutschland zu lassen. So wird Polen um so mehr von seinem nördlichen, wirtschaftlichen Ausgang zur See bei Danzig abgeschnitten. Hier haben wir einen Gegensatz, der durch unversöhnliche politische und wirtschaftliche Ideale geschaffen wird. Unter dem alten System gibt es hier keinen Ausweg. Aber es gibt eine gangbare und praktische Lösung: Wenn die Liga der Nationen und der Grundsatz des wirtschaftlichen Wegerechts zusammen mit den Mitteln, die wir angezeigt haben, den Grundsatz in Kraft zu setzen, eingerichtet werden. Denn das sind zwei Hauptbedingungen einer Versöhnung zwischen den politischen und wirtschaftlichen Idealen und Bedürfnissen: Erstens eine Garantie politischer Rechte für solche Polen, welche innerhalb der preußischen Provinzen Deutschlands bleiben würden, und für solche Deutsche, die in dem selbständigen Polen eingeschlossen sein würden. Zweitens die Garantie eines wirtschaftlichen Wegerechtes für Polen auf der Weichsel und den deutschen Eisenbahnen nach Danzig und der See. Beide Bedingungen können erfüllt werden durch eine Liga der Nationen, aber nur, wenn dafür Sorge getragen wird, daß ein Mittel vorhanden ist, durch welches Polen vor einer autoritativen Körperschaft, wie die von uns vorgeschlagene Kommission und der Gerichtshof, jede Klage vorbringen kann, daß die Garantie des wirtschaftlichen Wegerechts nicht verletzt wird."

Diese durchaus sachlichen und vernünftigen Ausführungen des uns gegenwärtig wahrlich nicht freundlich gesinnten englischen Blattes sollten doch auch die Polen zum Nachdenken veranlassen.

Warum sich Wilson für die „Rückgabe" von Elsaß-Lothringen an Frankreich ins Zeug legt. Man schreibt uns: „Den Amerikanern ist das Eindringen in die deutsche Kaliindustrie mit dem Zweck der Beherrschung des Kalimarktes durch die deutschen Maßnahmen mißlungen. Heftig genug waren die Kämpfe, die zwischen Kalisyndikat und Außenseitern (Amerikanern und ihren Helfern) geführt wurden. Als Bewohner des Ortes, wo früher der Sitz des Syndikats war, habe ich sie mit lebhaftem Anteile verfolgt.

Nun sind bekanntlich die elsässischen Lager allein imstande, den Weltbedarf auf lange Zeit hinaus zu decken. Fällt Elsaß an Frankreich, so ist es den Amerikanern ein leichtes, den erschöpften Schuldnern gegenüber die elsässische Kaliindustrie in ihre Hand zu bringen und dadurch das deutsche Monopol auszuschalten, das deutsche Kalikapital und die deutschen Arbeiter zu ruinieren. Daher der Kampf für „Demokratie und Zivilisation". Probst, Rektor

Vor der Welthungersnot. Der Krieg — schreibt das Stockholmer Blatt „Politiken" im Leitaufsatz — bedroht die Welt mit einer Hungersnot. Die andauernd zurückgehende Bodenproduktion birgt große Gefahren in sich. Bei den Mittelmächten lebt man infolge der Absperrung aus der Hand in den Mund und hilft sich durch Rationierung von Jahr zu Jahr durch. Aber auch aus den Verbandsländern, besonders aus Amerika, kommen überraschende Mitteilungen, die dartun, daß die Vorräte mit rasender Schnelligkeit schwinden; die Herbsternte wird minimal, die Preise steigen ungeahnt schnell. Amerika durchlebt eine Weizenkrise, die die Preise um 500 v. H. in die Höhe trieb. Die Kornkammer der Welt, Argentinien, hat ein Getreideausfuhrverbot erlassen müssen, um selbst das nötigste zu haben. Die Vereinigten Staaten hat-

Digitized by Google

ten nacheinander zwei schlechte Ernten. Trotzdem erfolgte 1915 und 1916 eine gewaltige Ausfuhr nach den kriegführenden Westmächten, die die Vorräte verschlang. Die Kriegführenden zahlten gute Preise, und letzteren folgt die Ware und geht außer Landes. Die Folge ist, daß nun in den Vereinigten Staaten selbst Brotknappheit herrscht. Die vorige Ernte war schlecht, die gegenwärtige versprach im April nur 63 v. H. einer Mittelernte. Nach dem Ausfuhrverbot Argentiniens bleibt dem hungernden Europa nur Australien als Lieferant übrig; aber dessen Anbaufläche ist gering, die Zufuhr von dort beschwerlich. Indien kann kaum etwas entbehren. Hierzu kommen U-Bootkrieg, Landverwüstungen und dergl. Die Getreidefrage der Welt nähert sich einer Katastrophe um so mehr, als die Bodenpflege drei Jahre vernachlässigt werden mußte. Die Felder sind schlecht gepflügt und besät. Mit der Vieh- und Fleischfrage ist es ähnlich schlecht bestellt. Mit raschen Schritten nähert sich die Welt einer Hungersnot von einer Größe, wie sie bisher nie gedroht hat.

Preis und Qualität nach amerikanischer Auffassung. Anfangs des Jahres war man in den Vereinigten Staaten der Ansicht, daß infolge der hohen Lebensmittelpreise der Anbau von Korn und andern Lebensmitteln so ausgedehnt würde, daß infolgedessen nach dem Kriege eine große Preisermäßigung zu erwarten sei. Die hohen Preise für Nahrungsmittel während der letzten zwei bis drei Jahre seien das beste Mittel gewesen, um die Landwirtschaft zu einer erhöhten Produktion anzufeuern. Die Verbraucher, Politiker und Staatsmänner, sollten sich vor Augen halten, daß eine Erhöhung des Preises unzweifelhaft zu einem größeren Angebot von Lebensmitteln führt. Das beste Beispiel für die Vorteile verbilligter Produktion und gut organisierter Verteilung der erzeugten Produkte sei das Geschäft der Standard Oil Co. Dieses Geschäft war mehrere Jahrzehnte nach dem Grundsatze geführt, daß bei einem Mangel an Petroleum der Preis sich erhöhte. Eine größere Erzeugung war die Folge; bald traf eine Überproduktion ein, und die Preise sanken. Die Hauptfrage bei einem solchen Massenmaterial ist die Art der Aufspeicherung und des Transportes sowie der Verteilung an die Verbraucher. Wenn die Regierung die Preise gesetzlich reguliert oder Maximalpreise festgesetzt hätte, würde in den Vereinigten Staaten niemals die gewaltige Produktion eingesetzt haben, die in Wirklichkeit erfolgte, welche jetzt mehr als 425 Millionen Mark ausmacht.

Ebenso ist es bei dem Lederhandel eine Tatsache, daß hohe Preise für Häute billige Schuhe hervorrufen. Der einzigste Weg, um überhaupt Häute zu bekommen, ist, einen bestimmten Preis zu bieten. Wenn diese Preisanerbietungen im Innern von Asien, Afrika oder Südamerika einen Anreiz zum Verkauf der Häute bieten, werden Lieferungen erfolgen. Dadurch wird vielleicht genügend Leder wieder beschafft werden.

Als Secretam in Amerika den Kupferpreis von 12 auf 15 Cents erhöhte, wurde zum erstenmal in 100 Jahren Indien statt eines Kupfer einführenden Landes, ein Ausfuhrland für Kupfer. Als H. H. Rogers 15 Jahre später die Kupfervorräte der Welt kontrollieren wollte, verletzte er alle wirtschaftlichen Gesetze Rockefellers, durch welche dieser sein großes Vermögen in Erdöl gemacht hatte. Rogers kaufte das Kupfer zum Preise von 17 Cents auf, anstatt Methoden zu finden, um es in den Industrien zu verteilen und die Nachfrage zu erhöhen. Aber die ökonomischen Gesetze arbeiteten und arbeiten unbeeinflußt hiervon. Infolge des hohen Kupferpreises von 17 Centimes ging die Nachfrage zeitweilig zurück. Dann wurde der Preis bei 12 Centimes längere Zeit gehalten, weil sich Vorräte unterdes aufgesammelt hatten, und durch diesen niedrigen Preis wurde die zweite große Entwicklung in der Elektrizitätsindustrie herbeigeführt.

Als Großbritannien Sprengstoffe und Pulver in großen Mengen von den Vereinigten Staaten wünschte, erhöhte es den Preis von 55 auf 100 Cents. Mindestens 200 Millionen Mark wurden auf die neuen Anlagen von Sprengstoffabriken in den Vereinigten Staaten verwandt;

Digitized by Google

die Folge war, daß die Alliierten bald sehr bedeutende Mengen in den Vereinigten Staaten zu weniger als 50 Cents per lb kaufen konnten.

Dieses selbe Resultat wurde noch Anfang des Jahres bei Volkswirten der amerikanischen Landwirtschaft erwartet, als die Preise für Mais, Weizen, Baumwolle und Kartoffeln in die Höhe gingen. Wenn die menschlichen Anstrengungen von einer günstigen Witterung unterstützt werden, wird erwartet, daß die Ernte der nächsten Jahre reichlich den größeren Bedarf decken wird.

Die Welt wird keineswegs reicher. Mengen und nicht Preise machen den Reichtum aus und fördern die Stärke der Nationen. Jetzt werden die Grundlagen gelegt für Mengenerzeugung und daraus erfolgenden Reichtum in der Zukunft. Aber wer auf Grund des gegenwärtigen Geldüberflusses Schulden macht oder auf Grund der Kriegsgewinne oder Kriegsfabrikation mit Krediten arbeitet, muß sich darüber klar sein, daß die Zukunft für die ganze Welt nicht auf Kriegspreisen beruht, sondern auf Reichtum, der durch die Massenerzeugung hervorgerufen wird.

Neuerscheinungen

Die Feinde

Die beiden neuen Bücher von Stephen Graham, „Russia and the world" (neue Ausgabe London, Cassell 1917), und Gregor Alexinsky, „Russia and Europe" (übersetzt von Bernard Miall (London Fisher Union 1917), bezeichnen in ihrer völligen Verschiedenheit den Gegensatz konservativer und liberaler Auffassung des englisch-russischen Verhältnisses. Unter viel naiver Literatur dieses Krieges gehört Grahams Buch zu den naivsten. Man versteht, warum die englische Regierung nach der Revolution (das Buch ist vor ihr geschrieben) dem Verfasser die Pässe zur Reise ins demokratisierte Rußland verweigerte. Gleich die Einleitung erzählt, wie die Bevölkerung eines Kosakendorfes im Altai im August 1914 fest überzeugt war, Rußland habe mit England Krieg bekommen. Und so geht es weiter. Die in der Neuauflage hinzugekommenen Nationalitätenschilderungen sind fast auf jeder Seite geradezu grotesk. Die der Russen berichtet zu allererst, wie die Soldaten sich geweigert hätten, die österreichischen und deutschen Leichen als unrein zu begraben. Über Finnland wird die Anmerkung gemacht (S. 129): „Es ist sehr wahrscheinlich, daß die anscheinende Härte Rußlands gegen Finnland der Furcht vor schwedischer Intrige zuzuschreiben ist; die lokale Selbständigkeit Finnlands ist nicht ernstlich bedroht." Das Kapitel über die Judenfrage enthält nach dem Bericht über eine Unterhaltung mit dem englischen Lord Oberrichter Reading (Sir Herbert Samuel), dem Graham seine Illusionen über die Zukunft der Juden in Rußland zu nehmen versuchte, die Bemerkung (S. 162): „Die englischen Juden, die gegen das uns verbündete Rußland agitieren, sind augenscheinlich mehr Juden als Engländer." Besonders pikant ist der Abschnitt über die Amerikaner: „Die amerikanischen Ideale sind nicht unsere Ideale. Ich hoffe, Amerika wird nicht aufgefordert werden, sei es als Kriegführender oder Friedensstifter in den Kampf einzutreten. Sollte das aber doch der Fall sein, so wäre es gut, wenn die Engländer sich kein falsches Bild von den Amerikanern und den amerikanischen Idealen machten." Wozu der Verfasser sogleich beizutragen versucht, mit dem Schlußergebnis: „Amerikas unglückliche Gewohnheit ist: alles was es berührt zu amerikanisieren." Das Buch des bekannten minimalistischen Sozialisten und früheren Duma-Abgeordneten Alexinsky ist eine unvergleichlich ernstere Arbeit aus dem entgegengesetzten Gesichtspunkt. Während Graham überall das echte Rußland in der Abwendung vom Westen verkörpert sieht, schildert Alexinsky im wesentlichen vorurteilslos Rußlands große Verpflichtungen gegen den Westen in Volkswirtschaft, Kriegswesen, Politik, Literatur und allgemeiner Geistesbildung. Trotz einiger obligater Kriegshiebe auf die deutsche Durchdringung namentlich im Wirtschaftlichen stellt man sich nicht ohne Vergnügen vor, wie die breite und gerechte Auseinandersetzung der deutschen Kulturgrundlagen Rußlands auf englische Leser wirken dürfte. Gerade den berüchtigten Nihilismus Pisarews und Tschernyschewskys ist der Verfasser boshaft oder wahrheitsliebend genug auf den englischen Utilitarismus zurückzuführen. Für die Gegenwartspolitik ist ein gewisses Maß von Spannung gegenüber dem heutigen Frankreich bemerkenswert. Sie zeigt sich nicht nur in immer wiederholter Polemik mit dem neuesten französischen Kulturhistoriker Rußlands Haumant, sondern macht sich gelegentlich auch in längeren Vorwürfen gegen den westlichen Herzensverbündeten Luft: „Die Liebe und Bewunderung, die die russischen Demokraten für Frankreich als Heimat der Revolution empfinden, erklärt die Verblüffung, mit der sie manchmal,

Digitized by Google

in Wahrheit sogar häufig, die Gleichgültigkeit des französischen Mittelstandes gegen die innerpolitische Lage Rußlands b obachten. Sicherlich können wir nicht sagen, daß die französische Bourgeoisie Sympathien für die russische Reaktion gezeigt hat, aber sie ist vielleicht zu duldsam dagegen . . . Freilich erklärt sich die Zurückhaltung der französischen Gesellschaft in russischen Angelegenheiten aus der Tatsache, daß Frankreich immer Gläubiger ist, ein Gläubiger denkt im allgemeinen nur an seine Zinsen und die Rückzahlung seines Kapitals; die Art und Weise, wie sein Schuldner zahlt, interessiert ihn nicht besonders . . . Durch die Zeichnung der Anleihe von 1906 verhinderte das republikanische Frankreich den Sturz der zarischen Autokratie: Ist es zur Entrüstung darüber berechtigt, daß die russischen Demokraten, gegen die es Partei ergriff, ihm ihre tiefe Verblüffung und bittere Enttäuschung nicht verhehlten, selbst wenn sie sich mit der Heftigkeit und geringen Höflichkeit aussprachen, wie in Maxim Gorkis Brief „an das schöne Frankreich", dessen Hand einem ganzen Volk den Weg zur Freiheit verschlossen habe?" Wie es um *unsere Kenntnis Rußlands* vor dem Kriege bestellt war, deutet der Balte Th. H. Pantenius in seiner „*Geschichte Rußlands*" an, die wohl nur infolge des Krieges erst jetzt, neun Jahre nach dem Erscheinen der ersten, in zweiter Auflage erscheinen kann (R. Voigtländer, Leipzig.) In dem Vorwort hat er gesagt: „In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wurden die Verhältnisse in den baltischen Provinzen in zahlreichen Schriften in deutscher Sprache behandelt, aber die Lage der Dinge im eigentlichen Rußland wurde in ihnen nur soweit berührt, als sie eben mit der baltischen Frage in Verbindung stand. Man mußte im allgemeinen in Deutschland den großen Wandlungen, die sich in Rußland teils schon vollzogen, teils anbahnten, ziemlich verständnislos und deshalb mehr oder weniger teilnahmslos gegenüberstehen, weil man mit der Geschichte Rußlands, die doch erst den Schlüssel zur Einsicht in seine Gegenwart bot, nicht vertraut war. Wohl hatte Theodor Schiemann sie bis zu Iwan dem Schrecklichen behandelt, hatte Brückner umfangreiche Monographien über Peter den Großen und Katharina II. veröffentlicht, aber es ist, so viel ich weiß, kein Versuch gemacht worden, die Geschichte Rußlands den gebildeten Deutschen in einem handlichen, nicht zu umfangreichen Werk vorzuführen." Pantenius hat demgegenüber seine Aufgabe darin gesehen, das Interesse an der Geschichte Rußlands in erhöhtem Maße wach zu rufen. „Wir blicken immer nur nach Westen, nach England und Frankreich, und meinen, daß Rußland uns wenig Interessantes bieten kann. Sehr mit Unrecht. Die russische Sprache eröffnet uns den Zugang zu einer eigenartigen, reizvollen Literatur, und die sozialen Zustände Rußlands können, da sie noch Verhältnisse jeder Art, von den allerursprünglichsten bis zu hochentwickelten, aufweisen, zu einer Fundgrube der Erkenntnis für unsere Geschichtschreiber und Volkswirte werden. Die Geographie des Riesenreiches bietet noch eine Fülle ungelöster Probleme, und die Geschichte Rußlands ist reich an interessanten vollkommen Entwicklungen und Charakteren." Jetzt ist uns die Zeit und die Not ein besserer Lehrmeister gewesen, als es die eindringlichen Worte von Pantenius und das Gewicht seiner Darstellung zu tun vermochten. Für dieses Gewicht ist die Frage bezeichnend, die Pantenius (im Jahre 1908) gegen den Schluß seiner Darstellung dahin aufgeworfen hat: „ob Deutschland ein inneres Erstarken Rußlands wünschen kann". Darüber, so meint Pantenius, dürfen wir uns nicht täuschen: „in weiten Kreisen der russischen Gebildeten lebt ein bitterer Haß gegen die Deutschen. Er ist historisch aus der Rolle entstanden, die deutsche Abenteurer im 18. Jahrhundert in Petersburg spielten, und aus der leidigen Tatsache, daß die Drillmeister der Kaiser Alexander I. und Nikolaus I. Deutsche waren. Er hat dann bis heute Nahrung aus dem Umstande gezogen, daß der Deutsche oft ausdauernder, pflichttreuer und sparsamer ist als der Russe und ihn deshalb im Kampf ums Dasein nicht selten überwindet. Der deutsche Offizier, der deutsche Kaufmann, der deutsche Landwirt bringen es in Rußland mitunter weiter als ihre russischen Genossen, und es geschieht dann wohl, daß sie mit einem unberechtigten Hochmut auf diese herabblicken. Schlimmer noch ist, daß dem Russen die deutschen Tugenden unsympathisch sind. Die deutsche Treue, auch im kleinen, erscheint ihm leicht als Pedanterie, deutscher Fleiß als Streberium, deutsche Pflichttreue, die das Gesetz zur Geltung bringt, auch wenn dadurch Leid verursacht wird, als Härte. Er achtet den Deutschen, aber es wird ihm schwer, ihn zu lieben." Es zeugt von der Reife seiner politischen Meinung, wenn der Verfasser fortfährt: „Trotzdem muß es uns willkommen sein, wenn Rußland auch eintritt in die Reihe der Kulturvölker, denn es ist nicht anders: je höher die Kultur in einem Lande steht, um so mehr Werte hat es zu verlieren, um so friedlicher wird es." Ein neuer Band der Sammlung Ostsee und Ostland „Die baltischen Provinzen" enthält „*Bilder aus baltischer Vergangenheit*" (F. Lehmann, Berlin, M. 3.—.) Herausgeber ist Arend Buchholz. Die von ihm gewählten Bilder zeigen, daß „die geistige Heimat des Baltenlandes alle Zeit in Deutschland lag". „Russisches hat nicht auf die Balten abgefärbt, und Esten wie Letten sind ohne jeden Einfluß auf sie gewesen, sie waren, sind und bleiben kerndeutsch." Man ermißt aus diesen Bildern, wieviel geistiger Gewinn aus den baltischen Kreisen in ihre Umgebung übergegangen ist, wieviel Förderung deutsches Wesen und deutsche Kultur aus baltischen Kreisen gewonnen haben. *Maxim Gorki* schildert seine

Digitized by Google

„Kindheit" in einem bei Ullstein, Berlin, erschienenen Buch (M. 3.—). Das Buch ist mehr als der Ausdruck persönlicher Erinnerung. Es ist nicht nur seine Person, von der der Dichter erzählt, sondern jener enge, dumpfe, von qualvollen Eindrücken mannigfachster Art erfüllte Bannkreis, in dem bis auf den heutigen Tag das einfache russische Volk vegetiert. Die erste Sammlung der authentischen Berichte und Kundgebungen über „Die russische Revolution" wird als Sonderausgabe des „Europäischen Kriegs" von Felix Meiner in Leipzig herausgebracht. (M. 1.—.)

Prof. Hatschek umschreibt „Die Staatsauffassung der Engländer" in einem Vortrag der Gehestiftung (B. G. Teubner, Leipzig): „Das äußere und das innere Staatsideal stehen unvermittelt nebeneinander: dort die Unfreiheit der übrigen Nationen im Verhältnis zu England, hier die durch den Individualismus getragene politische Freiheit des Engländers. Ein Konflikt zwischen diesen beiden Idealen wäre in der Brust eines jeden Engländers, wenn er nicht bloß seine eigene, sondern auch die Freiheit anderer für wichtig hielte, unvermeidlich. Aber die in England herrschende Parteisitte und die parlamentarische Etikette haben ihn der Möglichkeit eines solchen Konflikts überhoben. Denn seit Mitte des 19. Jahrhunderts gilt als einer ihrer Grundsätze, daß die auswärtige Politik nicht Gegenstand des Parteigegensatzes werden darf. Die Tatsache, daß die Engländer in auswärtigen Angelegenheiten ihr inneres Staatsideal verleugnen, ist namentlich für sie eine bedauerliche Tatsache. Das hat die Vorgeschichte des Weltkrieges gezeigt. Das Land, das vor allen andern die politische Freiheit des Staatsbürgers verwirklicht hat, zeigt eine solche mittelalterliche Rückständigkeit politischer Auffassung, sobald es die andern Staaten neben sich betrachtet. Und noch mehr! Auf dem Gebiete, auf welchem das innere englische Staatsideal vorbildlich sein könnte, wir meinen die Parlamentszentrale der auswärtigen Angelegenheiten, versagt jenes Staatsideal." Adolf Hasenclever verdanken wir die erste politische „Geschichte Ägyptens im 19. Jahrhundert" (1798—1914). (Halle, Verlag M. Niemeyer.) Von der Bedeutung dieser Leistung kann man sich von dem Ausgangspunkt her eine Vorstellung machen, den der Verfasser für seine Geschichte einnimmt. Er fragt nämlich zu Beginn nach der Tatsache, die Ägypten im 19. Jahrhundert eine so bedeutende Rolle hat spielen lassen, während es in den früheren Jahrhunderten für die gesamte Entwicklung der europäischen und orientalischen Welt kaum in Betracht kommt. Hasenclever beantwortet die Frage dahin, diese Tatsache sei die Verschiebung der wichtigsten politischen Interessenkreise, wie sie sich im Zeitalter der Französischen Revolution und des ersten Kaiserreichs vollzogen habe. „Seitdem ist die ägyptische Frage nur ein Teil der orientalischen Frage. Der Besitz Ägyptens entscheidet über den vorwaltenden politischen und wirtschaftlichen Einfluß in einer bedeutsamen Scheide zweier Welten. Insbesondere entscheidet der Besitz Ägyptens über den Rivalitätskampf zwischen England und Frankreich, der während der ganzen Dauer des 19. Jahrhunderts vorgewaltet hat (bis er im Jahre 1904 in dem Marokko-Vertrag mit einem völligen, unbestrittenen Siege Englands geendigt hat). Inzwischen hat England den letzten Schritt getan, um das Pharaonenland, wenn auch noch nicht unmittelbar dem britischen Weltreich als neue Kolonie einzuverleiben, so doch aus dem Gesamtstaatsverband des osmanischen Reiches, dem es seit 1517 angehörte, loszulösen. Die Waffen mußten und müssen heute noch entscheiden, ob diese völkerrechtswidrige Tat durch die europäischen Mächte schließlich als zu Recht bestehend anerkannt oder ob sie rückgängig gemacht werden wird. Wie Aegyptens Schicksal seit Napoleon Bonapartes berühmter Expedition vom Jahre 1798 mit der Politik der europäischen Mächte unlösbar verknüpft ist, wie das Pharaonenland seitdem aufgehört hat, in der Welt des Orients sein Sonderdasein zu führen, so wird über seine politische Zukunft nicht in dem heißen Sand der syrischen Wüste oder an den Ufern des uralten Stromes entschieden, sondern, wie einst in den Tagen der großen Revolution, auf den blutgetränkten Schlachtfeldern Nordfrankreichs: nicht von dem Teilerfolge auf einem Nebenkriegsschauplatz, sondern von dem Enderfolge des gewaltigsten Kampfes, in dem die Welt jemals gestanden hat, hängt das schließliche Schicksal auch des Pharaonenlandes ab."

Eugen Kühnemann hat über „Deutschland und Amerika" Briefe an einen deutsch-amerikanischen Freund veröffentlicht, die bei C. H. Beck in München herauskommen. Kühnemann sieht den Kampf hauptsächlich unter geistigen und sittlichen Gesichtspunkten und stellt aus seiner Erfahrung in Amerika fest: „Amerika bedeutet keinen Fortschritt und keine Lehre für die sittliche Welt. Es lebt uns keinen neuen Gedanken einer höheren Menschlichkeit vor. Im Gegenteil! Die Sünde, die an der europäischen Kultur haftet, erscheint nirgends so schreckhaft nackt und ungehemmt wie hier: die gewissenlose blinde Selbstsucht der Geldgier als der alles beherrschende Gedanke. Sie trägt nirgends offener und verletzender als hier das Kleid in der Häßlichkeit ihrer Heuchelei, die den Dienst der Menschlichkeit im Munde führt, wo kalter Vorteilssinn denkt und handelt. Der Glaube, daß hier eine reinere Menschlichkeit in Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit erscheine, war ein Wahn. Deutsch-Amerika mußte an jener weltgeschichtlichen Aufgabe der Stunde scheitern, weil das englische Amerika in der Betätigung des angeblich amerikanischen Gedankens versagte. Das amerikanische Volk ist fast das einzige,

Digitized by Google

dem der Krieg nicht zur geistigen Erneuerung wurde, Amerika ist in diesem Augenblick unter den Kriegsvölkern das seelisch ärmste Land." Prof. Dr. Hans v. Frisch untersucht die Beziehungen zwischen „Monroedoktrin und Weltpolitik" in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (Alfred Hölder, Wien), „um die zweifelhafte und widerspruchsvolle Politik der Vereinigten Staaten seit Kriegsbeginn im Zusammenhang mit der Vergangenheit zu verstehen." In der Tat weist der Verf. nach, daß die Union mit stets wachsendem Erfolge schon lange eine gewaltätige Expansionspolitik betrieben hat, die sie mit einer Schnelligkeit sondergleichen zu einer Weltmacht ersten Ranges emporgehoben hat. Ein typisches Beispiel für diese Politik ist ihm das Verhalten der Vereinigten Staaten gegenüber Kuba, auch der Aufstand in Panama wird als ein Beispiel der gewaltätigen Politik Amerikas nachgewiesen. Die Monroedoktrin ist „für den Politiker eine bequeme Formel, mit der er viel und vielerlei beginnen und erreichen kann. Sie ist, wenigstens in ihrer neueren Form, nur dazu bestimmt, den ureigenen Interessen dieses einen Staates zu dienen, und dank ihrer Dehnbarkeit kann sie diesen Zweck durch prompte Assimilierung an momentane Verhältnisse vorzüglich erfüllen. Diese Anpassungsfähigkeit geht so weit, daß selbst der ungeschminkte Imperialismus durch die Doktrin gedeckt wird, obwohl er logisch wie juristisch in diametralem Gegensatz zu ihr steht. Allerdings kann die Motivierung, deren sich die Amerikaner dabei bedienen, vor keinem Forum bestehen, denn sie ist nicht nur unlogisch und inkonsequent, sondern geradezu unwahr. Diesen heuchlerischen Zug, der für die ganze imperialistische Politik der Vereinigten Staaten charakteristisch ist, finden wir in ihrem heutigen Verhalten wieder; nach ihren Reden zu urteilen, liegt ihnen nichts mehr am Herzen, als den Frieden in Europa herbeizuführen, ihre Taten aber sind die seit Jahren ununterbrochen fortgesetzten Lieferungen von Kriegsmaterial an unsere Feinde, an deren Sieg sie aus finanziellen Gründen allein Interesse haben."

Für „die römische Frage" gibt Dr. Klemens Löffler (Verl. Breer & Tiemann, Hamm) eine Orientierung über ihre Geschichte und ihre neuesten Erörterungen. Als beste relative Garantie wird ein legales Verhältnis zwischen dem Papsttum und dem italienischen Königtum angesehen. „Beide würden sichergestellt, wenn der Kirche treu ergebene Katholiken im öffentlichen politischen Leben eine Macht bildeten, die die Monarchie stützt und den dem Heiligen Stuhl feindlichen Aktionen entgegentritt. Zum Schluß beschäftigt sich der Verfasser mit der Frage, ob der Papst auf der Friedenskonferenz vertreten sein solle. Von unserm deutschen Standpunkt ist aber nach Ansicht des Verfassers zu bemerken, daß uns der Gedanke eines Friedenskongresses nur höchst unsympathisch sein kann. Denn wir würden, wie auf der unglückseligen Algeciras-Konferenz, denselben fest zusammengeschlossenen Mächten gegenüberstehen, die uns seit Jahren niederzuhalten suchen, mit denen wir nun schon zwei Jahre den schwersten Krieg führen und die uns natürlich auch auf dem Kongreß, noch verstärkt durch das unneutrale Amerika, zu majorisieren suchen würden. Daß die Idee des gemeinsamen Friedensschlusses von unserem schlimmsten Gegner ausgegangen ist, genügt, um sie uns widerwärtig zu machen. Also möge uns der Himmel in Gnaden davor bewahren. Sollte sich aber ein solcher Kongreß nicht vermeiden lassen, so haben wir gewiß keinen Grund, der Beteiligung des Papstes entgegenzutreten. Denn er wäre die einzige Macht, die sich, frei von politischen und nationalen Ansprüchen rein im Interesse des Christentums und der Humanität betätigen könnte."

Ein Musterbeispiel für die Aufklärung über das Ausland, wie wir sie nach dem Krieg brauchen, ist für die Wirtschaftspolitik ein wirtschafts-politisches Handbuch über Rumänien, das Dr. Onciul bei F. A. Perthes, Gotha, veröffentlicht. In sechs Abschnitten werden Land und Leute, die wirtschaftlichen, kulturellen, politischen und sozialen Verhältnisse unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung und der zur Verfügung stehenden statistischen Daten geschildert. Dieser Art sorgfältig gearbeiteten und übersichtlich gedruckten wirtschaftlichen Baedekers gibt man gern gute Wünsche mit auf den Weg.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50 Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Entwurf einer Kanzlerrede 1297
Fuchs, Englische Freiheit 1305
Roloff, Belgien als französische Ostmark 1314
Roeder, Verschwundenes Gold 1319
Notizen / Neuerscheinungen . . . . . 132[illegible]

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 12 Oktober 1917 Heft 41

Gustav Kiepenheuer Verlag Weimar Berlin

Memoiren-Bücherei

Als neuester Band erscheint soeben:

Karoline Bauer
Aus meinem Bühnenleben

Das Buch ist herausgegeben mit einer Einführung von Dr. Karl von Holländer und enthält acht Bildbeigaben.

Es ist das Leben einer schönen, geistvollen, an den Prinzen von Koburg, späteren Belgierkönig, unglücklich verheirateten und tragisch vereinsamten Künstlerin, aus deren lebendigen Erinnerungen sich uns ein Bild der Kultur- und Theatergeschichte Berlins unter Devrient und des Theaterlebens der übrigen europäischen Zentren entwickelt.

Pappb. M. 7.– / Halbl. M. 10.– / Ganzl. M. 20.–

Durch jede gute Buchhandlung oder direkt vom Verlag zu beziehen

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar

Digitized by Google

2. Jahrgang • 12. Oktober 1917 • Heft 41

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Entwurf einer Kanzlerrede

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Aufgabe eines jeden einzelnen Staatsmannes innerhalb der menschlichen Kulturgemeinschaft heißt heute in einem Wort: dem Frieden eine Gasse! Der Leiter der Politik unseres Verbündeten Österreich-Ungarn, Herr Graf Czernin, hat in einer auch von uns warm begrüßten Rede das Bild einer neuen Weltordnung des Friedens entworfen, die aus diesem Weltkriege wird hervorgehen können, wenn unsere Gegner sich entschließen, den Weltfriedensgedanken, den auch sie auf ihre Weise im Munde führen, nicht nur mit doppeldeutigen Worten, sondern im Geist und in der Wahrheit zu verehren. Graf Czernin hat darauf hingewiesen, welche Tatsachen unseren Verbündeten und nicht minder uns gestatten, diese Sprache zu führen. Er hat aber auch seine Zweifel betont, ob in der Tat auf seiten der Entente bereits ein aufrichtiger Friedenswille, das heißt ein solcher, bei dem die Gegner darauf verzichten, uns zu beugen und uns an unseren Grenzen zu verkürzen, besteht. Ich kann mich diesem Zweifel nur mit tiefem Bedauern anschließen, vor allem, was die verantwortlichen Staatsleiter auf der Gegenseite angeht, an deren Erklärungen wir uns zu halten haben. Diese Erklärungen sind, wie Graf Czernin richtig hervorgehoben hat, im Vergleich zu den früher aufgestellten Kriegszielen der Entente bescheidener geworden, aber sie nehmen sich immer noch heraus, über Teile von unserem und unserer Verbündeten Staatsgebiet in einer jeden Friedensgedanken ausschließender Weise zu verfügen und sogenannte moralische Kriegsziele aufzustellen, bei denen mit unerträglicher und frivoler Anmaßung wider das bessere Wissen der Beteiligten Deutschland in die Rolle des schuldigen Friedensstörers gedrängt werden soll. Die Entente glaubt diese täuschende Verkleidung ihres gegen Deutschland geschlossenen Angriffsbündnisses nicht entbehren zu können; sie mag sich gesagt sein lassen, daß, solange sie sie nicht fallen läßt, der Friede noch im weiten Felde ist. Das deutsche Volk ist von wahrhafter Friedenssehnsucht erfüllt, aber es wird den Frieden nicht nehmen, wenn die Hände, in die es einschlagen soll, unwahrhaftig und Lügen auf den Lippen derer sind, mit denen der Friedensschwur getauscht werden soll.

Digitized by Google

Auch wir können uns den Gedanken des Grafen Czernin zu eigen machen, daß eine wahrhafte, allgemeine und weitgehende Abrüstung geeignet wäre, anderweitige Sicherheiten gegen die Wiederholung von Einkreisungsangriffen auf uns, die zu erstreben uns sonst nahe liegen müßte, entbehrlich zu machen. Man sollte erwarten daß unsere Gegner hierauf bereitwillig eingingen, denn wenn sie vorgeben, für die Sicherheit der Welt gegen den vermeintlichen deutschen Militarismus zu kämpfen — welche Sorge könnte ihnen in dieser Richtung dann noch bleiben, wenn auch Deutschland das Abrüstungs- und mit ihm das Schiedsgerichtsprinzip, mit einem Worte die zukünftige Weltfriedensordnung so ein Graf Czernin sie gezeichnet hat, ohne Vorbehalte annimmt? Wen soll dann Deutschland noch bedrohen oder vergewaltigen? Hier wird sich, ich fürchte, der wahre Charakter der Entente gegenüber Deutschland ebenso offenbaren, wie er es bisher bei allen Gelegenheiten getan hat, und hier wird auch Graf Czernin zu seinem und zu unserem Schmerze recht behalten, wenn er einen Zeitpunkt voraussieht, wo unsere Gegner nach ihrem Willen und ihrer Wahl statt durch unsere redliche Friedensbereitschaft, wie wir und unsere Verbündeten sie wiederholt und zuletzt noch auf den dankbar begrüßten Appell des Papstes hin kundgetan haben, nach weiteren furchtbaren Opfern auf beiden Seiten durch den fortschreitenden Zwang der Notwendigkeit an den Verhandlungstisch werden gebracht werden müssen. So ungern wir es dazu kommen lassen — *so wünschen wir nicht* verstanden zu werden, als ob wir unsererseits der Entente einen Generalverzicht anbieten, den sie sich auf jeden Fall gut schreibt, um auf unseren guten Willen zurückzugreifen, wenn es eines Tages mit den großen Drohungen und salbungsvollen Invektiven nicht mehr geht.

Österreich-Ungarn wünscht keine Vergrößerung, wenn die internationale Abrüstung von unseren Feinden angenommen wird. *Dasselbe gilt ebenso von uns.* Wir hegen den dringlichen und aufrichtigen Wunsch, es auch in bezug auf Belgien trotz aller dazwischengekommenen Ereignisse ohne Einschränkungen bei dem Inhalt der Depesche des Staatssekretärs v. Jagow an den Botschafter Fürsten Lichnowsky in London vom 4. August 1914 bewenden lassen zu können. Darin wird der damaligen englischen Regierung von uns erklärt, daß Deutschland auch im Falle eines bewaffneten Konflikts mit Belgien auf keinen Fall belgisches Gebiet zu annektieren gedenke, und daß wir nur deshalb die Neutralität Belgiens verletzt haben, weil es für uns eine Frage auf Leben und Tod war, dem Angriff Frankreichs durch Belgien hindurch auf uns, den wir nach sicheren Informationen gewärtigen mußten, zuvorzukommen. Die einzige Macht der Welt, die imstande wäre, uns entgegen unserer Absicht und entgegen unserem Empfinden für die Rechte Belgiens andere, unerwünschte Gesichtspunkte für die Behandlung der belgischen Frage aufzudrängen, wäre England, wenn es uns durch sein Verhalten davon überzeugt, daß es uns dauernd zu erniedrigen und unsere Lebensinteressen zu unterdrücken bestrebt ist, und daß ihm Belgien als Werkzeug hierzu dienen soll.

Digitized by Google

Die englische Regierung bemüht sich vergeblich, die Welt vergessen zu machen, daß England noch vor nicht langer Zeit über die Neutralität Belgiens im Kriegsfall verhältnismäßig kühl gedacht hat. Sie hat den Belgiern nach belgischem Zeugnis seinerzeit den Rat gegeben, wenn ihre Neutralität von uns angegriffen würde, für sich selber zu sorgen. Die englische Regierung hat sich im voraus jedes Rechtes begeben, aus einem Verfahren wie dem, das wir zu unserem größten Bedauern gegen Belgien anwenden mußten, moralisches Kapital zu schlagen, als sie das Bombardement von Kopenhagen und die Fortführung der dänischen Flotte im Jahre 1807 rechtfertigte. England überfiel Dänemark im Frieden ohne Ankündigung, handelte also viel rücksichtsloser als wir, da wir gegen Belgien vorgingen. Es sagte, die dänische Flotte dürfe kein Werkzeug Napoleons gegen England werden. Vom 2. bis 5. September 1807 wurde Kopenhagen bombardiert, ganze Stadtteile verbrannt, Hunderte von Menschen, Zivilbevölkerung der Stadt, getötet. Dann lieferte die dänische Regierung die Flotte aus. Was die Engländer nicht mitnehmen konnten, verbrannten sie. Am 25. September erließ der König von England eine Proklamation: „Seine Majestät hegt das Vertrauen, daß in den Augen Europas und der Welt die Rechtfertigung seines Verfahrens gefunden werden wird in der gebieterischen und nicht abzulehnenden, alle anderen Verpflichtungen eines Herrschers überragenden Pflicht, für die unmittelbare Sicherheit seines Volkes zu sorgen, solange es noch Zeit dazu war."

In der Parlamentsdebatte über den Vorfall sagte der englische Minister des Auswärtigen George Canning: „Soll behauptet werden, daß in einem Augenblick unmittelbarer Gefahr und dringender Notwendigkeit wir auf ein Verfahren hätten verzichten sollen, das — behufs der Gegenwehr gegen und der Abwendung von schlimmen Ereignissen, die unsere Sicherheit und Existenz bedrohten — Klugheit und Politik geboten, weil wir, wenn wir unter dem Andrang gesunken wären, den Trost haben würden, die Autorität Pufendorfs für uns anführen zu können?" Unter den Vertretern der Regierungsmehrheit sagte der Abgeordnete Lushington: „Das erste Gesetz des Naturrechts, der Grundlage des Völkerrechts, ist die Erhaltung des Menschen. Auf der Kenntnis seiner Natur muß die Lehre von seiner Pflicht beruhen. Wenn sein Gefühl ihm eine mächtige Gefahr zeigt, und seine Vernunft ihm das Mittel an die Hand gibt, diese Gefahr abzuwehren, dann muß er den sophistischen Schwätzer verachten, der ihm sagt, es sei eine moralische Pflicht, die er anderen schulde, zu warten, bis die Gefahr über sein törichtes Haupt hereinbreche, damit er dem für seine Vernichtung ausersehenen Werkzeug keinen Schaden zufüge. Wegen dieses allgemeinen Grundsatzes des Naturrechts und des Völkerrechts behaupte ich die Sittlichkeit und jedenfalls die Notwendigkeit der Expedition gegen Kopenhagen!"

Diese Zeugnisse werden genügen. Und ist es etwa noch nötig, England weiter daran zu erinnern, daß es auch nicht daran gedacht hat, Dänemark nachher eine Ent-

Digitized by Google

schädigung anzubieten, während die Welt jetzt mit Geschrei wegen Indemnität für Belgien von England und von seinen Verbündeten aus erfüllt wird. England mißt hier sich selbst und andere in nichts weniger als ehrlicher Weise mit ungleichem Maße. Es spottet das eine Mal, wenn es ihm so recht ist, über das Völkerrecht, indem es den Begründer dieses Rechts in neuerer Zeit, Pufendorf, ironisch im Hinblick auf seine eigenen Interessen abtut, und es wirft sich zum Wortführer des Völkerrechts auf, sobald politische Taktik es ihm vorteilhaft erscheinen läßt, obwohl es selbst früher den Grundsatz verkündet und nach ihm gehandelt hat: alle Verpflichtungen einer Regierung stehen zurück hinter der einen, für die unmittelbare Sicherheit des Volkes zu sorgen!

So steht es mit der englischen Behauptung, England vertrete in der Sache Belgiens das Gewissen der Welt und das Völkerrecht. Englands Verhalten ist frei von Rücksichten auf Menschheitsgewissen und andere moralische Größen dieser Art; es ist diktiert durch politische Taktik und politischen Nutzen. Darum hat es sich auch nicht gescheut, seinen Bundesgenossen zu helfen, die sicher nicht den Anspruch erheben können, in besonders naher Verbindung mit dem moralischen Gewissen der Welt zu stehen. Die englische Politik hat es sich seit der Regierung des verstorbenen Königs Eduard VII. angelegen sein lassen, in Frankreich das Gefühl des Gegensatzes gegen Deutschland zu schüren, und die in der Heilung begriffene französische Wunde wieder aufzureißen und offenzuhalten, um an Frankreich ein Werkzeug gegen Deutschland zu haben. Wir haben viele Zeugnisse dafür, daß dieses die Absicht Englands war, und einige besonders eindrucksvolle befinden sich unter den Berichten der belgischen Gesandten, in denen es einmal heißt, der Weltfriede sei noch nie so gefährdet gewesen, wie seit der König von England sich, seinen Worten nach, damit beschäftige, ihn zu befestigen. Trotzdem gab es bis zum Ausbruch des Krieges in Frankreich immer noch eine starke Friedenspartei, die unter anderen geführt wurde von Jean Jaurès. Jaurès ist am 31. Juli 1914 ermordet worden, damit der Krieg seinen Lauf nehmen könne. Zwei Tage vor der Ermordung hat er einen Brief an den Belgier van der Velde geschrieben. Diesen Brief hat der Abgeordnete Scheidemann seinerzeit im Reichstag verlesen; in ihm kommen folgende Stellen vor: „29. Juli. Die Lage würde eine Entspannung erfahren, sobald die französische Regierung erklärt, daß sie die serbische Sache nicht als eine russische (im Sinne der Verträge, die Frankreich an Rußland banden) ansehen würde. Es läge in der Macht der französischen Regierung, Rußland am Kriege zu verhindern. Aber man sucht den Krieg, den man schon lange schürte. Unsere Sache darf nicht die russische sein. Wir dürfen unser Land nicht für die Knutenwirtschaft des weißen Zaren bluten lassen. Europa wird von Asien verschlungen. . . . Hier treiben alle schädlichen Kräfte zum Kriege, den man zur Erfüllung eines krankhaften Ehrgeizes führen will, und weil die Börsen in London und Paris auf Petersburg schwören."

Digitized by Google

Wo ist hier von dem moralischen Gewissen der Welt bei der mit England verbündeten, zum Kriege treibenden Regierung Frankreichs die Rede? Wo hat England einen Versuch gemacht, die schädlichen Kräfte, von denen der große französische Patriot vor seiner Ermordung, die dem Kriege freie Bahn geben sollte, in nur zu wohl wissenden Worten redet? Wie anders, um wieviel näher dem Ideal eines allumfassenden Gewissens der Kulturmenschheit war die Stimmung, der in jenen Tagen des nahenden Verhängnisses ein Vertreter des vielgeschmähten deutschen Militarismus, der Generaloberarzt und Generalstabschef v. Moltke, in der Denkschrift Ausdruck gab, die er am 28. Juli 1914 niedergeschrieben hatte und in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli seinem Mitarbeiter, dem jetzigen Oberstleutnant v. Haeften, übergab! Darin heißt es, wie wir kürzlich gehört haben:

„Rußland trifft alle Vorbereitungen, um die Armeekorps der Militärbezirke Kiew, Odessa und Moskau, in Summa 12 Armeekorps, in kürzester Zeit mobilisieren zu können, und verfügt ähnliche vorbereitende Maßnahmen auch im Norden der deutschen Grenze und an der Ostsee. Falls jetzt Deutschland mobil macht, so wird Rußland sagen, „ich werde von Deutschland angegriffen", und damit wird es sich die Unterstützung Frankreichs sichern. Das so oft als reines Defensivbündnis gepriesene russisch-französische Abkommen, das nur geschaffen sein soll, um Angriffsplänen Deutschlands begegnen zu können, ist damit wirksam geworden und die gegenseitige Zerfleischung der europäischen Kulturstaaten wird beginnen ... Deutschland will diesen schrecklichen Krieg nicht herbeiführen. Die deutsche Regierung weiß aber, daß es die tiefgewurzelten Gefühle der Bundestreue, einen der schönsten Züge deutschen Gemütslebens, in verhängnisvoller Weise verletzen und sich in Widerspruch mit allen Empfindungen ihres Volkes setzen würde, wenn sie ihrem Bundesgenossen in einem Augenblick nicht zu Hilfe kommen sollte, der über dessen Existenz entscheiden muß. Nach den vorliegenden Nachrichten scheint auch Frankreich vorbereitende Maßnahmen für eine Mobilmachung zu treffen. Es ist augenscheinlich, daß Rußland und Frankreich in ihren Maßnahmen Hand in Hand gehen. Deutschland wird also, wenn der Zusammenstoß unvermeidlich ist, den Kampf nach zwei Fronten aufnehmen müssen."

„Dieser Krieg", sagte der Generaloberst v. Moltke weiter, „wird sich zu einem Weltkriege auswachsen, in den auch England eingreifen wird. Nur wenige können sich eine Vorstellung über den Umfang, die Dauer und das Ende dieses Krieges machen. Wie das alles enden soll, ahnt heute niemand."

Das ist die Stimme eines Mannes, dem das gewaltige Instrument der deutschen Armee in die Hand gegeben war, dem es oblag, den obersten Kriegsherrn in der Frage des Gebrauchs dieses Werkzeuges zu beraten, und der in Wahrheit wußte, was Weltgewissen und europäische Verantwortlichkeit war, als er angesichts der russischen Mobilmachung vor der furchtbaren Wahl stand, entweder durch weiteres Zögern die

Digitized by Google

Gefahr einer Katastrophfe über Deutschland zu bringen oder in den Weltkrieg einzutreten. In jener Nacht vom 30. auf den 31. Juli sagte der deutsche Generalstabschef: „Wenn Deutschland jetzt noch mit dieser Maßnahme, d. h. der Mobilmachung, zögert, um etwa Zeit zu Verhandlungen zu gewinnen, so bedeutet dies, falls, wie vorauszusehen, diese Verhandlungen mißlingen, den Eintritt Deutschlands in den Krieg unter den denkbar ungünstigsten Umständen. Wir würden damit unseren Gegnern gestatten, den Krieg in deutsches Land zu tragen. Von Tag zu Tag wird unsere militärische Lage, wenn wir mit der Mobilmachung zögern, ungünstiger und kann, wenn unsere voraussichtlichen Gegner sich weiter in aller Ruhe vorbereiten, zu den verhängnisvollsten Folgen für uns führen."

Zu derselben Nacht und zu derselben Stunde belogen der russische Kriegsminister General Ssuchomlinow und der russische Generalstabschef General Januschkewitsch im Einvernehmen mit dem Minister des Auswärtigen Ssasonow nach ihrem eigenen Geständnis ihren Kaiser, der ihren befahl, die angeordnete Mobilmachung zurückzunehmen, indem sie ihm ihren Gehorsam vorspiegelten, in Wahrheit aber die Kriegsmaschine unwiderruflich in Gang setzten. Läßt sich ein stärkerer Gegensatz des moralischen Verantwortlichkeitsgefühls denken, als das Ringen des deutschen Generalstabschefs mit sich selbst um den Entschluß zur Mobilmachung unter dem Druck der äußersten Gefahr für die Sicherheit des Vaterlandes, und dem unmenschlichen Ausruf frivoler, verbrecherischer Befriedigung, der dem russischen Generalstabschef nach dem Protokoll der Vernehmung der beiden Generale entfuhr, als ihm der Kriegsminister durchs Telephon mitteilte, der Kaiser werde belogen, es bleibe bei Mobilmachung und Krieg!

In jenen furchtbaren Tagen, da die russische Mobilmachung uns keine Wahl ließ, als zu den Waffen zu greifen, um uns aus schwerer Daseinsgefahr zu retten, da hat sogar die englische Regierung selbst begriffen, daß wir nicht imstande waren, untätig die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Kein anderer, als der englische Minister der jetzige Lord Grey hat durch seine Depesche an den Botschafter Buchanan, in der er diesen beauftragte, Rußland zu warnen, daß Deutschland die russische Mobilmachung möglicherweise mit der Kriegserklärung beantworten werde, die richtige Einsicht in das Verhängnis unserer eingekreisten Lage gezeigt. Warum aber hat Grey, wenn er den Frieden wollte, wie England ihn gewollt zu haben vorgibt, den Botschafter nicht beauftragt, in St. Petersburg dieselben Worte zu sprechen, mit denen der deutsche Botschafter in Wien die österreichisch-ungarische Regierung auf alle Fälle um Berücksichtigung unseres Wunsches, nicht in den Weltkrieg gerissen zu werden, in dem Augenblick anging, als die — auf unser Ersuchen loyal gewährte — Nachgiebigkeit Österreich-Ungarns den Frieden noch retten zu können schien?

Eine Zwangslage von so entsetzlicher Schwere darf sich für Deutschland nicht wiederholen. Gehen England und die Entente darauf ein, die Möglichkeit ihrer Wieder-

Digitized by Google

holung dadurch auszuschließen, daß es Österreich-Ungarns und unseren Vorschlag auf Friedensschluß ohne gewaltsame Gebietsvergrößerung für alle Kriegführenden, ohne Zwangsentschädigungen, ohne feindselige Wirtschaftsmaßnahmen nach dem Kriege, mit allgemeiner Abrüstung und gemeinsamem Aufbau einer neuen sittlich-politischen Weltordnung annimmt — so dürfen alle unsere jetzigen Gegner unseres guten Willens bis zum Ende sicher sein. Wenn aber nicht, so kommen die Verantwortung und die Folgen auf ihr Haupt. Wir können verlangen, daß man unsere Ehrlichkeit würdigt und daß man bekennt, welches Schicksal uns zugedacht war. Herr Grey hat Deutschland gleich nach dem Ausbruch des Krieges verdächtigen wollen, weil wir nicht auf seinen Vorschlag einer Konferenz über den serbisch-österreichischen Konflikt im letzten Augenblick eingegangen sind. Dieser Vorwurf wird immer wiederholt, wenn es gilt, die Einkreisungspolitik und den Einkreisungskrieg der Entente zu beschönigen. Eine Konferenz, während Rußland weiter mobilisierte, mit dem Ziel, das die Generale Ssuchowlinow und Januschkewitsch eingestanden haben? Und was hat Herr Miljukow, der gleich nach der russischen Revolution Minister des Auswärtigen in Rußland wurde, als das Ziel der russischen Politik gegenüber Serbien und Österreich-Ungarn vor dem Kriege zugegeben? Gegenüber Serbien, dem Vorspann Rußlands gegen Österreich-Ungarn, auf dem die Mordschuld von Serajewo lag? Herr Miljukow gibt die Zeitung „Rjetsch" heraus, und zu dieser ein besonderes regelmäßig erscheinendes Jahrbuch. 1916 druckt er in diesem Jahrbuch über Serbien und Österreich-Ungarn folgende Sätze:

„Serbien sah hierin, das heißt in der österreichischen Annexion Bosniens, mit Recht den Umsturz seines nationalen Ideals: der Vereinigung des ganzen serbischen Volkes in ein Groß-Serbien. Natürlich erwartete es bei dieser Gelegenheit die erste ernstliche Probe der Unterstützung von Rußland.... Serbien stand vor dem Dilemma, ob es eine nationale Einigung innerhalb oder außerhalb der Grenzen der habsburgischen Monarchie erlangen solle, d. h. entweder mit Hilfe Rußlands oder durch Unterwerfung unter Österreich."

Was ist das? Das ist das Bekenntnis zum Programm der Zertrümmerung Österreich-Ungarns um Serbien willen. Das klare und unmißverständliche Geständnis: Serbien habe wählen müssen, ob es mit Hilfe Rußlands seine nationale Einigung außerhalb Österreich-Ungarns erlangen wollte, d. h. also durch Eroberung von Bosnien, Herzegowina, Kroatien, Dalmatien, den ungarischen Banat usw., oder ob es ein Bestandteil Österreich-Ungarns werden sollte. Das also war 1916 die Meinung Herrn Miljukows, der damals eine besondere Vertrauensperson des Ministers Ssasonow war und nicht lange darnach selber Minister des Auswärtigen wurde. Demgegenüber mutet man uns und Österreich-Ungarn als Beweis unseres ehrlichen Friedenswillens eine Konferenz über Serbien zu, während Rußland mobilisiert, und

Digitized by Google

die Gefahr einer erdrückenden feindlichen Übermacht für den Tag des Kriegsausbruchs sich für uns mit jeder Stunde rettungsloser verdichtet! Das heißt bei unseren Gegnern Schutz des europäischen Gewissens und Bewahrung des Verantwortlichkeitsgefühls der Entente vor der Welt gegenüber der Schuld Deutschlands und Österreich-Ungarns am Kriege!

Unter den moralischen Kriegsgründen der Entente spielen eine besondere Rolle noch das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Freiheit der kleinen Nationen. Gibt es eine stärkere Satire darauf, als die Behandlung Griechenlands und der europäischen und außereuropäischen Neutralen in ihrer politischen Selbstbestimmung, ihrer Verkehrs- und Wirtschaftsfreiheit durch die Entente? Hat Deutschland etwas gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Freiheit der kleinen Nationen? Wollen wir einem Volk das Selbstbestimmungsrecht versagen und ihm seine Freiheit nehmen? Nein, aber die Entente will es und tut es! Wir geben zu, daß bei einigen Staaten Verhältnisse besonderer Art vorliegen, die der absoluten Durchführung des Grundgesetzes vom nationalen Selbstbestimmungsrecht, sofern es auf jede nationale Minderheit ausgedehnt werden soll, Schwierigkeiten machen. Solcher Fälle gibt es aber bei der Entente weit mehr als bei den Mittelmächten, und die Entente denkt nicht daran, sie nach ihren angeblichen Grundsätzen zu erledigen. Sie will es nicht, und sie wird es nicht. Deutschland aber ist bereit, alles was in dieser Beziehung notwendig und praktisch möglich erscheint, mit aufrichtiger Sympathie zu fördern. Deutschland begleitet mit Bewunderung und Teilnahme den mutigen Kampf der finnländischen Nation für ihr Recht und ihre Freiheit. Deutschland erblickt in Irland eine Nation, die ohne Zweifel ein geschichtliches und moralisches Recht auf erhöhte Selbständigkeit hat. Deutschland verfolgt mit lebhaftem Interesse den Versuch des ukrainischen Volkes, einer Gemeinschaft von mehr als 30 Millionen Menschen, seine staatliche Selbständigkeit wiederzuerlangen, und es wird, wie bei Finnland, so auch bei den Ukrainern und bei anderen, bisher von dem herrschenden und erobernden großrussischen Volk unterdrückt gehaltenen Nationalitäten nicht zögern, ihre Selbständigkeit anzuerkennen und ihre Beteiligung an den Friedensverhandlungen zu verlangen, sobald jene den Beweis ihrer Fähigkeit zur politisch-nationalen Konsolidation unter den gegenwärtigen Verhältnissen erbracht haben. Nichts liegt der deutschen Politik dabei ferner, als der Wunsch, neue und unerwünschte Abhängigkeiten an die Stelle der alten zu setzen. Vollkommene Entwicklungsfreiheit wird auch hier allein imstande sein, eine friedliche Zukunft der Völker selbst und die Ruhe Europas zu gewährleisten.

Deutschland begrüßt endlich mit Freuden auch das Prinzip der inneren Volksfreiheit aller Orten. Wir hoffen um so mehr darauf, daß sich die Fähigkeit und das wahre Recht der Völker auf Selbstbestimmung in Zukunft besser durchsetzen werden, als gerade auf Seiten der Entente die Geschichte der Entstehung des Weltkrieges gezeigt hat, daß die Völker ohne ihr Wissen und Wollen von entschlossenen und bedenken-

Digitized by Google

freien Gruppen, denen an der Entzündung des Vernichtungskrieges gegen Deutschland und Österreich-Ungarn lag, in die Katastrophe hineingerissen worden sind. So war es in Frankreich, so war es in Rußland, so war es aber auch in England. Nichts ist absurder, als wenn die kriegstreibenden Staatsmänner und Politiker der Entente von der Notwendigkeit des demokratischen Prinzips sprechen — sie, die entgegen aller wahren Demokratie den Weltkrieg ihren Völkern über dem Kopf entzündet haben! Dies ist es, was gesagt werden mußte, um unsere innerliche Stellung zur Weltfriedensidee, die in jeder Beziehung auch die unsere ist, zu kennzeichnen. Wir begrüßen sie in Hoffnung und tiefer, wahrhaftiger Sehnsucht, aber wir weisen jeden Versuch, über uns zu richten, auf das schärfste zurück. Wir bedürfen auch keiner Belehrung über Menschlichkeit, wie England, das die Missionare, die Frauen und Kinder in unseren afrikanischen Kolonien mißhandelte und sie der Roheit der Schwarzen preisgab, wie Frankreich, das sich in Dahomay, in Marokko und bei sich zu Hause mit Schande in der Behandlung deutscher Bürgerlicher und Kriegsgefangener bedeckt hat, wie Rußland, dessen Soldaten mit unnennbarer Brutalität in Ostpreußen gehaust haben, und wie Herr Wilson, dessen Organe die furchtbaren Leiden unserer Gefangenen in Rußland, die ihrer humanen Hilfeleistung empfohlen waren, kaltherzig und abweisend mit anzusehen imstande waren. Wir beten zu Gott um den ersehnten und glücklichen Weltfrieden, aber wir sind auch bereit, wenn die Gegner es nicht anders wollen, für uns und für die Welt weiter mit dem Schwerte um ihn zu ringen.

Denk' an die Zeichnung der Kriegsanleihe!

Englische Freiheit

Von D. Emil Fuchs, Pfarrer

Unvergeßlich ist mir der 5. November 1903. Da schritt ich mit einem hochgebildeten deutschen Großkaufmann durch die Gassen der Slums von Manchester. „So schlecht wie Sie, habe ich noch nie einen Menschen über England urteilen hören," sagte er, der sein Leben drüben zugebracht hatte, mir nach mancherlei Rede und Gegenrede über das Wesen Englands. Da bat ich ihn, mich doch einmal an die Stätte meines Wirkens zu begleiten, in die Gassen des Elendes, wo ich die armen sinkenden deutschen Männer, Frauen, jungen Männer und Mädchen aufzusuchen hatte, um sie womöglich dem vollen Verkommen zu entreißen. Nun ging er neben mir durch diese Gassen, deren endloses Gewirr — nur dem Kundigen zugänglich — die nördliche Hälfte von Englands größter Industriestadt bildet. Die Dämmerung senkte sich allmählich nieder, in den Straßen flammten die Strohfeuer auf, da man Guy Fawkes verbrannte, der am 5. November 1605 das Parlament in die Luft sprengen, Englands Volksfreiheit vernichten wollte. Aber mitten unter dem Volke, das den Sieg

Digitized by Google

seiner Freiheit feierte, zog mein Begleiter immer enger den leichten Mantel um sich, immer müder blickten die menschenfreundlichen Augen und dann sagte er: „Nun lebe ich 30 Jahre in England. Daß es aber in England solche Zustände in solcher Massenhaftigkeit gibt, das habe ich nicht gewußt."

Ja, wer von denen wüßte es, der drüben war und Englands freie Größe rühmte? Wer von denen weiß es, die jetzt noch Englands freie Verfassung, Englands „Demokratie" rühmen und preisen. Aber der Pfarrer weiß es, der durch die endlosen Gassen gegangen ist, hatte dort sein Amt und erlebte mit den Menschen, wie England seine Masse zertritt und verkommen läßt, in einer Weise und Großartigkeit, die uns Deutschen einfach undenkbar ist. In keiner deutschen Großstadt findet man das, was man die Slums der englischen Städte nennt, in keiner deutschen Großstadt dies unendliche Meer absoluter Verkommenheit und Schmutzigkeit, der Trunksucht von Männern und Frauen und Mädchen. — Wenn wir durch eine deutsche Stadt gingen und es begegneten uns immer und immer zerlumpte Gestalten, betrunkene Weiber, wir würden sagen: Was ist in dieser Stadt nicht in Ordnung? In England fragt niemand so, zu alltäglich ist die Erscheinung. Und wer am Samstagnachmittag, dem free Saturday afternoon, durch die Slums geht, dem begegnen die Reihen junger Mädchen, die Arme verschlungen, total betrunken hin und her wankend.

Wer die Zustände dort kennt und erforscht hat, der weiß, daß England keine „Demokratie" ist, sondern eine Aristokratie, die vom Blute ihres eigenen Volkes lebt, wie sie vom Blute Indiens und der andern unterworfenen Länder lebt. So habe ich damals geurteilt, als ich drüben lebte. Das ist kein Urteil der Kriegsleidenschaft.

Eine Aristokratie ist England. Es ist in dieser Zeitschrift schon die Rede gewesen vom Wahlrecht, wie es jetzt nach mancherlei Verbesserungen geworden ist[1]. „Niemand ist ohne weiteres Wähler. Man kann auf das Wahlrecht Anspruch haben, entweder als Besitzer eines Grundstückes oder als Pächter oder als Haushaltungsvorstand schlechthin, weiter als Mieter oder als Dienstbote. Als Haushaltungsvorstand wird man noch nachzuweisen haben, daß man ein Jahr lang Gemeindesteuern bezahlt hat, als Mieter, daß man dieselbe Wohnung ein Jahr lang inne gehabt hat und daß sie mindestens 10 £ (200 M.) jährliche Miete wert ist."

Kein deutscher Staat könnte wagen, ein Wahlrecht mit solchen Beschränkungen zu schaffen. Aber abgesehen davon, daß diese schon so wirken, daß die finanziell besseren Lebenslagen bedeutend mehr zu Wort kommen, wirkt dahin auch die Bestimmung, daß jeder seine Berechtigung zur Wahl vor der Wahl nachzuweisen hat. Es ist umgekehrt wie bei uns, wo das Wahlrecht nur durch eine besondere Feststellung genommen werden kann. Dort muß es durch eine Feststellung der dafür festgelegten Voraus-

[1] Augenblicklich wird in einer Kommission des Unterhauses ein Gesetzesvorschlag beraten, der jedem Mieter einer Wohnung von 200 Mark das Wahlrecht verleiht, wenn er sie 6 Monate bewohnt hat.

Digitized by Google

setzungen ausdrücklich erteilt werden. Das ist für jeden Reichen und Angesehenen eine Kleinigkeit, für jeden Armen und Unbekannten eine große Sache und schwierige Lage. Aber dieses Wahlrecht allein bewirkt noch nicht die absolute Herrschaft der Aristokratie. Hinter ihm steht eine höchst üble Wahltradition. Erst Gladstone hat im Jahre 1871 die Wahl durch schriftliche geheime Abstimmung eingeführt. Bis dahin war die Wahl eine öffentliche Schlacht zwischen den beiden Kandidaten auf einem öffentlichen Platz des Mittelpunktes des Bezirks. Hier redeten sie gegeneinander, schlugen sich ihre Anhänger und gruppierten sich hinter sie, und es galt als gewählt wer die größte Masse hinter sich sah. Es liegen also die Zeiten, die uns Dickens in den „Pickwickier" schildert, noch gar nicht so weit zurück. Wie mußte aber bei solch einem öffentlichen Massengruppieren die Abhängigkeit der Wähler, die Familienbeziehungen, die Nachbarschaften, die finanziellen Machtmittel, direkte und indirekte Bestechung, Bezahlen von Getränken und Vergnügungen wirken, besonders, wenn nach altem englischen Brauche angesehene Mitglieder eingesessener mächtiger Familien die Kandidaten waren. Ein Wahlaustrag nach sachlichen Gesichtspunkten war damit gänzlich unmöglich gemacht. Von jenen Zeiten her ist aber noch ganz selbstverständlich, daß die großen mächtigen Familien des Landes es sind, die ihre Söhne ins Parlament senden, ihr Einfluß und ihre Stellung sind zur Wahl in einer Weise ausschlaggebend, wie wir es uns kaum vorstellen können. Wir würden es einen Terrorismus allerschlimmster Art nennen, was der Engländer kaum empfindet, weil dieser Einfluß der großen Familien ihm eine Selbstverständlichkeit ist, und ihm geradezu religiös geheiligt ist durch den merkwürdigen Nimbus, der jede dieser hoch-aristokratischen Familien umgibt. Denn der „demokratische" Engländer treibt einen Kult mit seiner Aristokratie, den wir überhaupt nicht verstehen können. Alle englischen Zeitungen, auch die liberalen, bringen täglich Spalten, ganze Spalten über Familienereignisse, Trauungen, Verlobungen, Taufen der aristokratischen Familien, in einer Ausführlichkeit, wie bei uns kaum jene Blätter und Zeitschriften, deren volksverwüstenden Byzantinismus wir bedauern.

Das hängt zunächst einmal mit der Frömmigkeit des Volkes zusammen. Das Wesen der Frömmigkeit, die von der Staatskirche gepflegt wird, heißt Ehrfurcht. Ehrfurcht im guten Sinn, wie sie ein wesentlicher Zug jeder Frömmigkeit ist, spricht z. B. in wundersamer Weise in einem Kingsley, Ehrfurcht vor der Natur, vor allem, was Gott schuf, vor dem Menschen und seiner Arbeit. Aber daneben steht jene Ehrfurcht, die einfach Ehrfurcht vor dem irdisch Hohen und Glanzvollen ist. Ihr ist die Welt eine große Aristokratie, die überirdische Spitze Gott, dann die irdische Spitze, der König und seine Aristokratie, die Erzbischöfe und Bischöfe, die hohe Aristokratie (Herzöge und Grafen) des heiligen England. Die religiösen Sektierer sind keineswegs innerlich stark genug gegen diese Frömmigkeit, um nicht sehr stark unter ihrem Einfluß zu stehen Das gibt eine allgemeine Volksstimmung, in der das Hinaufschauen zur Aristokratie eine unüberwindlich starke beherrschende Kraft besitzt.

Digitized by Google

Eng damit zusammen hängt das Konservative im englischen Volke, das jeder mit Staunen empfindet, der hinüber kommt. Man denke, am 5. Nov. 1903 feierte das englische Volk noch die Entdeckung der Pulververschwörung (Gunpowderplots) des Jahres 1605 als Volksfest. In Deutschland wird die Schlacht bei Leipzig als solche nicht mehr gefeiert, denn wir haben inzwischen zu viel Umwälzendes erlebt. Das hat England eben nicht in dieser Weise. Draußen in der Ferne vollzog sich seine große Geschichte und sein Wachstum. Im Innern war es immer nur ein größer, fetter, reicher, klüger, weltgewandter Werden derselben Geistesart, auf denselben aristokratischen Verfassungsgrundlagen, in denselben unzerbrochenen Grenzen des Meeres. Da blieben die alten Familien die Volksführer, und wo neue Führer aufstiegen, traten sie zu ihnen hinzu. Ganze Volksschichten, die neu sich hinzudrängten in plötzlichem Aufstieg geistiger Umwälzung, innerem Gegensatz und innerer Respektlosigkeit gegen die alten Herrscher gab es nicht. Und heute noch ist es das höchste Ideal auch des aufsteigenden Arbeiters, ein gentleman zu werden. Ein eigenes Ideal dieser aufsteigenden Schicht ist nicht vorhanden.

So sind in England auch die gesellschaftlichen Lebensformen der Aristokratie bis ins engste Familienleben hinein herrschend geworden. Das gibt dem englischen Leben seine imponierende Vornehmheit und dem Engländer die weltbeherrschende Sicherheit des Benehmens. In Deutschland wurden die Lebensformen des gebildeten Bürgertums ausschlaggebend, wie dessen Geistesleben unsere Volksart bestimmte. Das bedeutet die Enge, die Kleinlichkeit, die Kleinbürgerlichkeit unseres Wesens, dazu aber auch die Arbeitsamkeit, das Pflichtgefühl, die Familienhaftigkeit des deutschen Sinnes.

In diesem Sieg des Bürgertums über die Aristokratie liegt die Tatsache eingeschlossen, daß in Deutschland dies in engen, armen Verhältnissen lebende Bürgertum etwas hatte, was es über die Aristokratie erhob, das ist die durchgehende hohe Bildung des deutschen Bürgertums, und von ihm getragen, des gesamten deutschen Volkes. — England hat keinen unter seinen ganz Großen, der ein Mann der Schule und der Erziehung des Volkes oder gar der Kinder gewesen wäre. Der Weg zur Größe ist in England der Weg aristokratischen Herrschens und Sicherhebens über die andern. — Umgekehrt hat Deutschland keinen wirklich „Großen", der nicht wenigstens daneben noch aufs stärkste durchdrungen gewesen wäre von der Bedeutung der Schule, der Volksbildung, der Volkserziehung, wenn er nicht selbst ein Volksbildner und Erzieher war. Unsere Großen haben alle mitgearbeitet an der Erhöhung der geistigen und sittlichen Erziehungskraft des deutschen Volkstums. Es ist einer der großen Dienste, die Dr. M. Luther über seine religiöse Bedeutung hinaus dem deutschen Volke geleistet hat, daß er in seinen Gebildeten, in seinen Fürsten, den Beamten der Fürsten dies Bewußtsein volkserzieherischer Pflichten wachgerufen hat. Es erwachte nicht nur in den protestantischen Fürsten, auch in den katholischen. Am

Digitized by Google

stärksten allerdings lag es in den großen Fürsten aus dem Hause der Hohenzollern.

So steht in England eine mit aller Weite, Vornehmheit, Fähigkeit zum Imponieren ausgerüstete Aristokratie, in aller Welt ihre Herrscherfahrung beständig übend und mehrend, über einem Volke, dem eine wirkliche Erziehung niemals gegeben wurde. — Ich sage „eine wirkliche Erziehung", denn seit 1870 bemüht sich England, dem Vorbilde Deutschlands zu folgen und eine allgemeine Volksschule zu schaffen. Nominell ist der Schulzwang eingeführt. Was man aber in England eine Schule nennt, ist eine Anstalt so primitiver Art, ohne Verständnis für die Bedeutung der Disziplin, ohne Verständnis für die Bedeutung einer genügenden Bildung des Lehrers selbst. Sie gibt höchst mangelhafte Kenntnisse. Was aber noch viel wichtiger ist, sie gibt gar keine Lebenserziehung. Dazu ist eben der Lehrer — in den meisten Fällen vielmehr die Lehrerin — es ist bezeichnend, daß in England der Mann diesen Beruf kaum ergreift — an Bildung, sozialer Stellung gar nicht befähigt. Die Kinder entwachsen der Schule, ohne die starken Antriebe zur Selbstüberwindung, Selbstbeherrschung, Selbstzwang zur Arbeit zu bekommen, die bei uns die Schule mit ihrer energischen Disziplin und ihren kraftvollen Anforderungen an die Selbsttätigkeit stellt. Der Erfolg ist, daß der heranwachsende Mensch den Versuchungen des Alkohols und der Faulheit gegenüber keine Widerstandskraft hat. Mir scheint dies die wichtigste Ursache der Massenverkommenheit in den untern Schichten Englands. Alle gutgemeinten, gewiß bewundernswerten Versuche der Heilsarmee, Church Army usw., können daran nichts ändern. Sie ziehen einzelne — im Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln und Kräften sehr wenige — aus drm Sumpf heraus, trocknen diesen selbst aber nicht. Das könnte nur eine nationale Erziehung tun, zu der Englands Aristokratie weder Einsicht noch Fähigkeit besitzt.

Wie ohnmächtig man dieser Verkommenheit gegenübersteht, zeigt die englische Armenpflege an einem Beispiel grausiger Art: Wenn ein Mann oder eine Frau oder eine Familie in England der öffentlichen Armenpflege anheimfallen, so steckt man sie ins Workhouse, ein Arbeitshaus, in dem Männer, Frauen, Kinder getrennt leben, verpflegt werden, beschäftigt werden, so weit die Kraft reicht. Aber sie kommen erst wieder heraus, wenn sie die Möglichkeit selbständiger Existenz nachweisen können. Wie soll das aber der, der vom Leben abgeschieden dort sitzt.

Man denke sich im „geknechteten" Deutschland eine Maßregel von solcher Härte und Grausamkeit. Sie ist so völlig undenkbar, wie wir eben auch einem Material von Menschen gegenüberstehen, auf das solche Maßregeln anzuwenden sinnlos und zwecklos ist. Wir haben eben doch nur sehr wenige, bei denen wir auf eigene Willenskraft und Ehrgefühl gar nicht mehr rechnen können.

Wer aber in der Welt weiß und macht darauf aufmerksam, wie sehr das öffentliche Leben in England und Amerika von solchen uns unglaublichen Grausamkeiten gegen

Digitized by Google

den Armen durchsetzt ist. Dann erst verstehen wir es, welches Maß der Wahrheit dahinter steht, wenn die Russen, die jetzt aus Amerika, wohin sie geflüchtet waren, in ihr Vaterland zurückkehren, dort sagen, „daß die Vereinigten Staaten anmaßender und tyrannischer gegen ihre Bürger seien als selbst der russische Zar" („Frankfurter Zeitung" vom 26. Sept. 1917, 1. Morgenblatt). Die Vereinigten Staaten sind eine Demokratie wie die englische, nur nicht mehr gebaut auf die Herrschgewalt einer alten Aristokratie, sondern neuer Geldmänner.

Für das politische Leben ist der Erfolg, daß aus den unteren Schichten wohl einzelne besonders begabte Männer aufsteigen, die sich zum Kreise der Führer gesellen daß aber in den Massen durchaus keine Fähigkeit ist, ihre eigenen Lebensbedürfnisse über die nächsten materiellen hinaus zu begreifen. Man hat es früher als einen Vorzug der englischen Arbeiterbewegung hingestellt, daß sie nur materielle Ziele habe und von der Ideologie der deutschen Arbeiterbewegung nicht angekränkelt sei. Wer die Zustände in England wirklich kennen lernte, mußte das fast als blutigen Hohn empfinden. In Deutschland trug die Arbeiterbewegung, dank ihrer Ideologie, die allgemeine Menschheitsziele erstrebte, die gesamte Arbeiterschaft empor und schmolz sie zu einer Einheit zusammen. In Englnnd war die Arbeiterbewegung eine Sache der höchstbezahlten Schicht der gelernten Arbeiter. Diese strebten empor, das Ziel im Herzen, möglichst engen Anschluß an die aristokratische Welt zu finden oder möglichst in deren Abglanz und nach deren Vorbild leben zu können. Die unter ihnen stehende Schicht der ungelernten Gelegenheitsarbeiter und Tagelöhner empfanden sie kaum als Standesgenossen, denen sie Mitvertretung schuldig waren. Damit ist aber wieder gesagt, daß die Masse des Volkes außerstande war, sich einen Zusammenschluß zu schaffen, in dem ihre Bedürfnisse auch nur annähernd eine wirksame Vertretung gegen die herrschende Aristokratie fanden.

Und erleben wir es nicht jetzt im Weltkrieg, was von Torheit und Falschheit herrschende Männer in England ihrem Volke bieten können? Wie sie selbst gelegentlich nicht wissen, daß Deutschland große, alte Gebietsteile auf dem linken Rheinufer hat, so können sie solches Nichtwissen in vielfach gesteigerter Weise bei ihren Massen voraussetzen. Sie können den Stand des Krieges den Massen so günstig wie möglich schildern. Diese wissen ja nicht, wo all diese Städte und Länder zu suchen sind, in denen sich der Krieg abspielt. Sie können über Deutschland und sein Volk das Unglaublichste mitteilen. Fähigkeit zur Prüfung ist in diesem Volke nicht vorhanden. Ein Verleumdungsfeldzug, wie die Entente ihn führt, ist ja nur möglich unter der Voraussetzung einer so gänzlichen Unbildung, wie sie die Massen in England beherrscht. Hier liegt auch für die Zukunft eine große Gefahr. England wird jederzeit auch in seinen Massen die Kriegsbegeisterung entfesseln können. Die führenden Männer brauchen ja nur mit Hilfe der gekauften Presse diesen Massen das Nötige vorzureden von Eroberungssucht, Verbrechen usw., und das

Digitized by Google

Kriegsfeuer gegen dies andere Volk brennt. Eine Fähigkeit, diese Dinge nachzuprüfen, ist im englischen Volke nicht vorhanden, eine Partei, die im Interesse der Volksmasse, von ihr wirklich getragen, diese nachprüfen und die wirklichen Interessen der Volksmasse gegen die Aristokratie vertreten könnte, ist nicht da. Deshalb werden die Arbeiterführer in Parlament und Regierung immer wieder zu Werkzeugen der Aristokratie. Es fehlt hinter ihnen die tragende und bindende Gewalt einer Masse, die auch nur ein wenig mit eigenen Augen die Dinge anschauen kann. Und was das Schlimme ist, es ist trotz der jetzigen Erfahrungen kaum daran zu denken, daß England eine solche Urteilsfähigkeit der Masse hervorbringt. Es fehlen dazu die Voraussetzungen im Bildungszustand des Volkes. Hier ruht einer der großen Irrtümer, den unsere Sozialdemokratie begeht, indem sie mit einer Sicherung des Weltfriedens rechnet durch die Stimmung der Volksmassen. Ja, wenn überall wie in Deutschland die Volksmassen gebildet und selbstbewußt genug wären, ein eigenes Urteil und eine eigene Stimmung zu haben.

Wenn deshalb England und Amerika die Frechheit haben, uns die Demokratisierung unserer Regierungsformen gewissermaßen als Friedensbedingung aufzudrängen, so wollen wir ihnen den Gegenvorschlag machen: Es muß eine Friedensbedingung werden, daß alle Völker eine Volksbildung von solcher Gewissenhaftigkeit und tüchtigen Wirksamkeit einrichten, daß durch sie ein selbständiges Urteil in politischen Dingen ermöglicht und das einfache Spielen mit dem eigenen Volke verhindert wird. Der einzige, der imstande wäre, eine solche Friedensbedingung zu verwirklichen und ihre Verwirklichung zu kontrollieren, ist bis jetzt der vielgeschmähte deutsche Schulmeister.

Das erzogene und geschulte deutsche Volk übt eine Kontrolle seiner Regierung und hat in der Frage Krieg oder Frieden eine ausschlaggebende Stimme trotz unsers Regierungssystems. Die „demokratischen" Völker des Westens haben das nicht und hatten es nie und werden es so bald nicht haben. Es ist keine Volksmasse da, die hinter Führern mit eigenem Willen und Urteil stehen kann.

Wirkliche Volksführer müßten in England vor allem gediegene Schulen für das Volk fordern. So lange man diese Forderung nicht hört, wird man wissen, daß ein Zerbrechen der Aristokratie und ein Fortschritt zur Demokratie in England nicht in Betracht kommt. Verschiebungen, die drüben vorgehen, sind dann immer nur Verschiebungen der Macht innerhalb der aristokratischen Gruppen. Diese stärken ihre Macht allerdings sehr oft durch volksfreundliche Maßregeln. Gerade Lloyd George verstand das in weitgehender Weise, sich Macht zu schaffen durch Begünstigungen der Masse. Man beachte aber, wie sehr Lloyd George für die materiellen Interessen der Masse sorgte, wie wenig Erziehungsfragen für ihn in Betracht kamen. So lange das aber nicht geschieht, wird die feste Grundlage nicht angetastet, auf der in England die Macht der Aristokratie ruht, die Unbildung des Volkes.

Digitized by Google

Deshalb hat in England eine Änderung des Wahlrechtes nicht die Bedeutung wie bei uns. Gewiß, es ist sehr wichtig, wie tief hinab in die Masse hinein die Möglichkeit zur Mitbeteiligung am politischen Leben geht. Es ist auch für den Staat sehr wichtig, daß alle seiner Glieder an seinem Leben beteiligt sind. Aber eben diese Beteiligung ist ja nur ein Schein, wenn diese Massen geistig gar nicht imstande sind, den Vorgängen auch nur annähernd zu folgen. Die Massen in England werden ganz einfach von der Aristokratie dirigiert, und dort besteht die Kunst der Politik einfach darin, das Schlagwort zu finden, das den dumpfen Instinkt der Masse mitreißt, *Politik als Massenerziehung ist nicht vorhanden* und kann nicht vorhanden sein, denn ihr fehlen die Grundlagen.

Ich weiß, ich setze mich damit in scharfen Widerspruch zur landläufigen Meinung, daß in England mehr politische Fähigkeit vorhanden sei als bei uns. Dies ist richtig für die herrschende Aristokratie. In ihr steckt einmal die aristokratische Herrschfähigkeit und dann die Gewohnheit von Jahrhunderten, Gewohnheiten des Herrschens und Leitens nach innen und außen. Für die Volksmasse ist es falsch. Diese erlebt in Deutschland das politische Leben ungleich intensiver mit, erlebt es wirklich mit, weil die geistigen Voraussetzungen da sind. In England folgt sie willenlos dem Einfluß einer der aristokratischen Gruppen. Allerdings gilt das in Deutschland nur von der innern Politik. Auch die äußere Politik mitzuerleben, dazu reift unser Volk erst jetzt und wie viel wird es noch lernen müssen, bis auch nur seine Führer das eine wissen, daß *andere Völker wirklich andere Völker sind* und nicht mehr den Weltfrieden auf den Glauben bauen wollen, daß das englische Volk ein Volk von Charakter und Aufbau und Urteil sei wie das deutsche. Man muß so intensiv in einem Volke gelebt haben wie ein Seelsorger, um einzusehen, wie anders das ist.

Verstärkend auf diese ganze Sachlage wirkt die Technik der politischen Beeinflussung. Sie ist für uns jetzt recht gut zu studieren an den Reden Lloyd Georges, aber doch nur für den, der diese innerhalb der englischen Volksart sehen kann. Die politische Massenbeeinflussung in England ist herausgewachsen aus der religiösen. Englands Freiheit ist ja geschaffen in den religiösen Kämpfen der großen Revolution. *Die religiöse Beeinflussung ist in England aber nicht Erziehung, wie sie es bei uns durch Luther wurde, sondern Suggestion.* Mit allen Mitteln der Nervenerregung wird auf den Menschen eingeredet, eingesungen, eingearbeitet, bis er in einen solchen Zustand willenloser Erregtheit kommt, daß er sich den Einflüssen der religiösen Gewalt hingibt, die ihn bearbeitet. Wir kennen das aus den Versammlungen der Heilsarmee. Sie tut das in groben Formen, was mehr oder weniger fein jede kirchliche Gemeinschaft in England tut. Diese Macht der Suggestion wird in ungeheuerstem Maße auf die Politik übertragen, und der ist Englands Führer, der am geschicktesten und gewaltigsten die Masse des Volkes in dieser Suggestion zu erhalten weiß. Da sich nun diese Macht der Suggestion abnützt, so muß jeder Führer einmal

Digitized by Google

herabsteigen, wenn der andere kommt, der mit neueren Mitteln und stärkerer Gewalt die Masse in seine Suggestion einfangen kann. Ich habe während des Burenkrieges diese Massensuggestion eines ganzen Volkes miterlebt. Wir haben auch in der ersten Kriegszeit in Deutschland nicht annähernd das von Unfähigkeit, sich innerlich ein freies Urteil zu wahren, erlebt, was sie damals in England Monate und Monate alle beherrschte. Dann kam die Ernüchterung und kamen neue Suggestionen. So lebt dies Volk weiter, jetzt unter der Suggestion, die uns als Hunnen und Barbaren zeichnet, morgen vielleicht unter der Suggestion, die wieder Verständigung mit uns sucht, wenn die Zeit einen Mann in die Höhe trägt, der dies will und die Fähigkeit hat, die Suggestion Lloyd Georges zu überwinden und die seine an die Stelle zu setzen.

Erst unter diesem Gesichtspunkt verstehen wir die groteske politische Weiß-Schwarzkunst der englischen Politiker. Sie ist immer auf diese Suggestion des eigenen Volkes gestimmt und berechnet. Wir wollen froh sein, daß solches in Deutschland nicht nötig und nicht möglich ist.

Was mir beim Beobachten dieser Tatsachen klar geworden ist, ist eines: *Alle Fortschritte des Wahlrechtes haben nur dann Bedeutung, wenn eine Volksmasse dahinter steht, die sie benutzen kann*, d. h. die über den augenblicklichen finanziellen Vorteil hinaus ein Urteil über ihre Lebensinteressen hat. Ist diese Volksmasse nicht vorhanden, so ist alle Demokratisierung der Wahlrechts nur eine Täuschung und eine Lüge. Allerdings England hat mit der größten Geschicklichkeit diese Lüge gehandhabt und sich den Anschein eines „demokratischen" Staatswesens gegeben, während es gleichzeitig seine Volksmassen in der furchtbarsten Verkommenheit und Sklaverei der herrschenden Aristokratie hielt, die Massen durch sich selbst, weil sie in ihrer geistigen Unfähigkeit zu selbständigem Urteil Diener dieser Aristokratie waren und blieben.

Umgekehrt galt und gilt Deutschland als das Land solcher Sklaverei. In Deutschland aber hat man mit der größten Gewissenhaftigkeit das geistige Leben auch der Massen gepflegt und gehoben. Nun haben wir Massen von eigenem Urteil, von der Fähigkeit, sich selbst Führer zu schaffen und sich hinter sie zu stellen. Wenn man das Denken der Völker über England und Deutschland verfolgt, so muß man auch sagen, daß auch das Urteil über die Völker von Forschern und Nichtforschern, Politikern und Gelehrten mit einer unglaublichen Oberflächlichkeit gebildet wird. England mit seinen Slums das gesegnete Land der Volksfreiheit, Deutschland mit seinen Volksschulen das verfluchte Land der Volksvernichtung.

Wir wollen endlich einmal diese Tatsachen ausspielen, nicht nur um das Urteil der andern über uns zu korrigieren, sondern auch um für uns selbst den Weg deutlicher zu sehen. Gewiß, wir wollen diesem unserm Volk, dessen Bildung und Urteilsfähigkeit wir so stolz den andern zeigen können, auch wirklich entsprechend seiner Urteils-

Digitized by Google

fähigkeit voll und ganz am Staatsleben beteiligen. Wir wollen aber auch wissen, daß das Wahlrecht allein eine solche Beteiligung am Staatsleben gar nicht ermöglicht. Es gehört die Bildung der geistigen Fähigkeiten dazu, die ein Urteil, ein selbständiges Urteil ermöglicht. Ohne diese Bildung wird die wahlberechtigte Masse nur ein Werkzeug in der Hand der herrschenden Aristokratie. Nur mit dieser Bildung ist Selbstregierung des Volkes möglich. Wer also wirkliche Beteiligung des Volkes am Staatsleben wünscht, muß an der Erhöhung seiner Bildung, geistigen Fähigkeit, Urteilsfähigkeit mitarbeiten. Gerade jetzt zeigen sich auch bei uns dafür neue Wege.

Wer sein Vaterland liebt, zeichnet Kriegsanleihe!

Belgien als französische Ostmark

Von Dr. Gustav Roloff

Seit drei Jahren erfahren wir täglich, welche Rolle Belgien im politischen Feldzug unserer Feinde spielt. Der gewaltsame Einmarsch diente ihnen als Beweis unseres sorgfältig vorbereiteten Planes, die harmlosen Nachbarn zwischen Pyrenäen und Ural zu überfallen, aus der Niederschlagung des völkerrechtswidrigen Franktireurkriegs wurden die Greuel zur Aufhetzung der Neutralen und der Friedensfreunde im eignen Lager, sowie zur Begründung phantastischer Sühneforderungen an Deutschland geschaffen, und jetzt verlangt man unbedingte Preisgabe des Königreichs als Beweis des deutschen Friedenswillens. Wir lassen heute diese Zukunftsfrage beiseite und werfen nur einen Blick auf die letzten Friedensjahre Belgiens; wenn einmal die Beziehungen der Mächte zu Belgien einen Maßstab zur Beurteilung ihrer auswärtigen Politik abgeben sollen, so wird sich schnell ergeben, wo Angriffsabsichten zu finden sind.

Der bayrische Landtagsabgeordnete Dr. Paul Dirr hat sich das Verdienst erworben, den Nachweis zu liefern[1], wie Belgien im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege immer mehr ein politisches Werkzeug Frankreichs und damit der Entente geworden ist. Die Regierungen, wie wichtige Teile der öffentlichen Meinung hüben und drüben sind an dieser Franzdsierung und an tausendfachen Neutralitätsverletzungen in gleicher Weise schuldig. Das Material, das Dirr zusammenbringt, Äußerungen der Presse, offizieller und nichtoffizieller Persönlichkeiten, Beschlüsse von Körperschaften aller Art, Dokumente aus dem geheimen Brüsseler Archiv und dergl., lassen einen Widerspruch gegen diese Tatsache gar nicht aufkommen.

Seit der Begründung des belgischen Staates haben Volk und Regierung in Frankreich

[1] Belgien als französische Ostmark. Zur Vorgeschichte des Krieges. Berlin, Kirstein 1917.

Digitized by Google

nicht aufgehört, an der Gewinnung Belgiens zu arbeiten, bestand doch ein besonderer Posten im französischen Staatshaushalt, um die französische Propaganda im Auslande, vornehmlich in Belgien, durch Besoldung von Zeitungen und Wanderrednern, durch Vereinsgründungen, Theaterstücke, Films und dergl. zu unterstützen. Mit welchem Erfolge, das stand schon im Jahre 1905 einem vlämischen Patrioten vor Augen: „Ein Vierteljahrhundert", schreibt er besorgt, „dürfte hinlänglich genügen, um die belgische Frucht vollständig reif werden ... und in Frankreichs Hände fallen zu lassen." Ein besonderer Schwung kam in diese Agitation seit Frankreichs Annäherung an England. Das Inselreich, das mehr als zwei Jahrhunderte Brüssel und Antwerpen gegen Frankreich geschützt hatte, ließ nun, da es den kleingewordenen Nachbar mit seiner stagnierenden Bevölkerung nicht mehr zu fürchten hatte, den französischen Bemühungen um das Scheldeland freien Lauf; Belgien wurde eins der wichtigsten Felder in der Einkreisungspolitik. An die Spitze der Propaganda stellte sich der Gesandte Gérard: „Das Bulletin der Genter Vereinigung (von wallonischen Franzosenfreunden) konnte 1906 rühmend hervorheben, daß ihre Vorstandsschaft mit französischen Orden ausgezeichnet worden sei, die der französische Gesandte Gérard in Gegenwart der französischen Konsuln von Antwerpen und Gent feierlich überreicht habe. Von etwa 1905 an kann überhaupt ein enges und unverhohlenes Zusammenarbeiten der Assoziationen mit den französischen Konsularbehörden festgestellt werden." Auf den Kongressen der Agitationsvereine in Namur, Lüttich, Brüssel, Antwerpen, Gent und anderen Städten erschienen Mitglieder der französischen Gesandtschaft und priesen die Herrlichkeit ihres Landes; die französische Regierung warf 125000 Franks für französische Schulen in Belgien aus, deren Bestimmung der Gesandte ohne Scheu verkündete: „Wir werden," sagte er in Lüttich, „hier nicht kleine Chauvinisten, wohl aber gute Franzosen und gute Republikaner heranbilden ... Die Schule (in der die Hälfte der Schüler belgische Kinder waren) ist ein vorgeschobenes Stück des französischen Vaterlandes." Mit Recht bemerkt Dirr hierzu: „Man stelle sich vor, ein deutscher Gesandter in Brüssel hätte bei ähnlicher Gelegenheit sich derart frei ausgesprochen! Welch ein Geschrei wäre losgegangen über den unverschämten Pangermanismus!" Aber kein Wort fiel von amtlicher Seite gegen dieses offen gegen Verfassung und Freiheit des belgischen Staates gerichtete Treiben. Vielmehr ließen die hingebenden Dankesworte, die König Albert für die traditionelle Freundschaft und die „geistigen Berührungspunkte" zwischen Frankreich und Belgien fand, und die Huldigungen, die das Parlament der französischen Verfassung und Verwaltung darbrachte, vermuten, daß die Staatsgewalt derartige Bestrebungen gern sehe. So blieb es auch ohne Widerspruch, daß ein hoher belgischer Staatsbeamter die Franzosen und Belgier als eine Familie bezeichnete: „eine künstliche Grenze kann uns nicht trennen", und ein belgischer Abgeordneter bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Longwy dem Präsidenten Poincaré versicherte, daß die Wallonen „ge-

Digitized by Google

nau wie Sie leben, dieselbe Sprache sprechen, Ihre Gefühle und Ihre Erwartungen teilen". (1912.)

Es versteht sich, daß diese französische Propaganda zugleich eine ausgesprochene Feindschaft gegen alles Vlämische enthielt, gegen „diese gehackte Mundart, die nur ein schlechtes Platt, eine Verzerrung des Niederländischen ist". Die Franzosenfreunde riefen ihre Bundesgenossen zu Hilfe, um die belgische Gesetzgebung im antivlämischen Sinne zu beeinflussen; so legte ein aus Belgiern und Franzosen bestehender Kongreß in Mons nachdrückliche Verwahrung ein gegen die vlämischen Wünsche im Unterricht wie in der Rechtssprache und ersuchte, „daß der Unterricht im Französischen rechtmäßig als Hauptfach betrachtet und namentlich auch in der Brüsseler Mittelbevölkerung einheitlich durchgeführt wird". Bald darauf legte dieselbe Bruderschaft der Regierung einen förmlichen Feldzugsplan vor, wie der Kampf gegen die Sprache der niederländischen Volksmehrheit geführt werden sollte, und ein wallonischer Heißsporn forderte, als der Plan einer vlämischen Hochschule in Gent immer weitere Kreise ergriff, im „Matin" Frankreich zum Einschreiten dagegen auf: „Kann Frankreich bei dem Streite beiseite stehen? Wir sind nicht minder als Elsaß-Lothringen französische Ostmark." (1911.) Die französische Regierung säumte nicht, die ersehnte Unterstützung zu leisten. Im Jahre 1912 begründete der Handelsminister David die Beteiligung Frankreichs an der Weltausstellung in Gent mit der Notwendigkeit, dort der vlämischen Bewegung entgegenzutreten: „Die Kammer kennt die verschiedenen Strömungen, die einander in Belgien die Vorherrschaft streitig machen. Es gibt in Gent eine Hochschule mit französischer Lehrsprache. Vor kurzem hat man versucht, einige Professoren durch solche mit anderer Sprache zu ersetzen. Die ganze Stadt, die ganze gebildete Bevölkerung hat sich dem widersetzt mit einer Kraft, die den Ausschlag zum Besseren gab, denn bis zur Stunde ist die Hochschule noch französisch, und man darf die berechtigte Erwartung hegen, daß sie es bleiben wird." Wiederum ließ sich die Regierung diese Pariser Bevormundung gefallen, in der wallonischen Presse erntete David sogar Beifall, und nur die Führer der Vlamen wiesen diese Einmischung in innerbelgische Fragen zurück und forderten die Kammer auf, dasselbe zu tun. Dieser Appell an das politische Selbstgefühl der Volksvertreter verhallte freilich wirkungslos. Angesichts dieser Würdelosigkeit von Parlament und Regierung wird man in folgenden Worten des Grafen du Bois (1910) ein Bekenntnis weiter wallonischer Kreise sehen dürfen: „Wallonien ist französisch, Volk und Boden ein Teil Frankreichs. Hoffentlich wird man bald mit der grotesken Legende aufräumen, die von dem belgischen Volk erzählt, es sei ängstlich auf die Behauptung seiner Unabhängigkeit bedacht. Frankreich hat das Recht, ja die Pflicht, die französische Bewohnerschaft Walloniens als den Rest der französischen Nation zu beanspruchen." Und unmittelbar vor Ausbruch des Krieges sollte eine besondere Zeitschrift begründet werden, um den hochverräterischen Gedanken vom „Departement Wallonien" zu vertiefen und zu verbreiten!

Digitized by Google

Hand in Hand mit Französisierung und Haß gegen die Vlamen ging natürlich die Feindschaft gegen Deutschland. Die Lütticher Franzosenfreunde verbreiteten z. B. im Jahre 1913 massenweise Propagandapostkarten, auf denen es hieß: „Deutschland ist der Feind! Wallonen, es gibt außer den Flaminganten noch andere, gegen die wir kämpfen müssen: das ist Deutschland, das germanische Ungeheuer, welches seine furchtbaren Greifarme nach uns streckt." Verfälschungen der deutschen Nationalhymne, auf die wir erst im Kriege aufmerksam geworden sind, wurden von Paris aus schon seit Jahren in Belgien verbreitet und daraus die wildesten Beschuldigungen gegen Deutschland hergeleitet: es wolle alle kleinen Länder verschlingen, um die Zivilisation zu zerstören. Die Verleumdungen der deutschen Kultur, diese herrliche Geistesblüte der Entente, wurde in Belgien mit besonderem Nachdruck gepflegt: der französische Chauvinismus, schrieb der in Belgien wohlbekannte und angesehene französische General Langlois im Jahre 1911, wolle über andere Nationen herrschen, „um bei diesen Wissenschaft, Kunst, Zivilisation, die Ideen von Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu verbreiten. Der Pangermanismus aber sucht nichts anderes als den Gewinn, die Befriedigung seiner unersättlichen Habsucht, kurz das, was ihm materiellen Nutzen schafft". Der Sieg der Deutschen würde „der Sieg der Dummheit" sein, verkündete der Wallonenführer Jennissen und forderte, daß Deutschlands Nachbaren sich verständigten, „um es in seinen Grenzen zu blockieren". Zur besseren Vorbereitung dieser Blockierung beteiligten sich viele Wallonen an der Verstärkung der französischen Wehrkraft durch Sammlungen für die französische Luftflotte. „In den wallonischen Städten, aber auch in Gent und Antwerpen spendeten besonders die Handels- und Börsenkreise Gaben, in Antwerpen schenkte die Theatervereinigung 100 Franken. Ein dortiger Kegelklub hielt im Kaffeehaus des Varietetheaters ein Sportfest ab zugunsten des französischen Flugwesens."

Natürlich ergoß sich die wallonische Liebe auch auf England, den anderen Widersacher Deutschlands, und die Neutralität wurde schließlich völlig abgetan. Der Abbé de Launoys hielt am 21. Oktober 1913 im Institut St. Louis in Brüssel eine Vorlesung, die, wie Dirr ausführt, die Anschauung des Ministerpräsidenten wiedergab. Hierin wird die Notwendigkeit betont, „die belgische Armee vorwärts auf die Ostgrenze zu konzentrieren" und mit England und Frankreich ein enges Bündnis abzuschließen. Allerdings untersagten die Verträge von 1831 ein solches Bündnis, „aber es ist nicht mehr vernünftig, sich an diese Verbote zu halten" ... „mit England müssen wir die Mittel festsetzen, um die Unversehrtheit unseres Landgebietes zu erhalten. Ohne in aller Form auf die gemeinsame und alte Bürgschaft, wie sie im Jahre 1830 geschaffen wurde, zu verzichten, wollen wir doch dieser Bürgschaft einen wirksameren und realeren Schutz zufügen, der in einem Bündnisvertrag mit England besteht". Also zum Schein Beibehaltung der alten durch Verträge garantierten Neutralität, um sich unter Umständen auf sie berufen zu können,

Digitized by Google

tatsächlich Anschluß an eine europäische Mächtegruppe — ein Spiel, nicht klüger als ehrlich! Daß die Regierung aber tatsächlich in diesem Sinne in ihren Machenschaften mit dem englischen und französischen Generalstab gehandelt hat, braucht heute nicht mehr erwiesen zu werden, Dirr zeigt uns aber, daß auch die belgische Öffentlichkeit über die französisch-englischen Pläne nicht im Dunkeln gewesen sein kann: in Büchern, Flugschriften und Zeitungsartikeln wurde in Frankreich, England und Belgien der Gedanke erörtert, „daß im Falle eines internationalen Konfliktes, wo Belgien das Schlachtfeld werden könnte, ausländische Truppenkörper bei uns einmarschieren würden".

Die Leute, die Teilnahme Belgiens am Kriege im Dienst der Entente vorbereiteten, predigten zugleich den rücksichtslosen Volkskrieg: „sobald der erste feindliche Vorposten an der Grenze gemeldet wird, dann ihr Bauern, Waldhüter, Bürgerwehren und Soldaten drauf! Die Jagd ist offen!" ... „man kann die Lebensmittel und die Brunnen vergiften, man kann die Scheunen anzünden, worin der Feind schläft; jedes Mittel ist gut, wenn es sich um die Verteidigung handelt." Man kennt die Früchte die diese Hetzereien getragen haben.

Man mag hinsehen, wohin man will, jedes Dokument wird zu einer wuchtigen Anklage der französischen und belgischen Regierung sowie der wallonischen Wortführer, auf der anderen Seite fällt dagegen helles Licht auf die loyale und defensive Haltung der Vlamen und der deutschen Politik. Deutschland hat in keiner Weise die feindselige Agitation herausgefordert; es hat weder versucht ähnliche Beziehungen zu den Vlamen anzuknüpfen wie die Franzosen zu den Wallonen, noch hat es gar die Unabhängigkeit und Sicherheit Belgiens bedroht wie es von Frankreich her so oft geschah, es hat vielmehr die Verteidigung der Unabhängigkeit Belgiens und damit die Sicherung seiner Westflanke allein den Vlamen überlassen. Aus deren Reihen sind in der Tat Proteste gegen die Hingabe an Frankreich laut geworden. Unzufriedenheit mit der Preisgabe der politischen Selbständigkeit wie Besorgnis für ihre von den Franzosen und Wallonen bedrohte Eigenart sprachen aus ihren Worten: „Wir erleben jetzt", schrieb die „Vlaamsche Hoogeschool" im April 1913, „in Belgien eine Unsumme von niedriger Knechtseligkeit gegen Frankreich ... Frankreich und kein Ende! Es könnte einem übel davon werden". Eine Gruppe „freier Antwerpener Bürger" führte ihren Landsleuten die friedenstörende Tätigkeit der französischen Diplomaten und Konsuln vor Augen und stellte die Schulen und Theater, die aus Frankreich Zuschüsse empfingen, an den Pranger; das Antwerpener „Handelsblad" wendete sich gegen die Preßerörterungen über den Durchzug englisch-französischer Truppen durch Belgien und tadelte scharf die Sünden der wallonischen Franzosenfreunde gegen die Neutralität: „sie haben Deutschland verdächtigt, Mißtrauen gegen Deutschland gesäet und bei uns Belgiern Gefühle genährt, als wären wir Bürger Frankreichs. Wir werden stets Widerspruch erheben gegen diese rein fran-

Digitized by Google

zösische und vollständig unbelgische Haltung. Wir Vlamen vermeinen unsere belgischen Gefühle besser zu beweisen, indem wir uns nicht in die Zwistigkeiten unserer mächtigen Nachbaren mischen, und wir enthalten uns vor allem, feindliche Gefühle gegen eine Nation wie die deutsche zu wecken, die als Kulturvolk stets Anspruch auf unsere Achtung und Bewunderung erheben kann".

Seit drei Jahren dürfte die Erkenntnis von der verderblichen Wirksamkeit der französisierenden Agitation noch weitere Fortschritte gemacht haben. So schreibt das Antwerpener Wochenblatt „Ons Land" im Juli 1916, „die Regierung sandte ihre Landeskinder in den Tod, nicht zur Verteidigung der belgischen Staatsinteressen oder der Unantastbarkeit des belgischen Bodens". . . . „Wir zogen hinein zur Verteidigung unserer westlichen und südlichen Nachbaren, die bekanntlich unseren tiefsten eigenen Bedürfnissen feindlich gegenüberstehen."

Wenn somit die Vlamen mehr und mehr erkennen werden, von wem allein sie Förderung ihrer nationalen Kultur erwarten dürfen, so haben andererseits auch wir Gelegenheit gehabt, die Zähigkeit und den Drang dieses Volkes nach Selbstbestimmung und Freiheit zu erkennen. Wird den Vlamen in einem künftigen Belgien durch feste Abgrenzung ihres Sprachgebietes und durch sonstige administrative Einrichtungen der ihnen zukommende politische Einfluß gesichert, so werden sie — mit dieser Überzeugung legt man das Dirrsche Buch aus der Hand — zu verhindern wissen, daß Lüge und Betrug, wie „Ons Land" sagt, aufs neue Belgien zum Bundesgenossen Frankreichs machen.

Man zeichnet Kriegsanleihe bei jeder Bank, Sparkasse, Kreditgenossenschaft, Lebensversicherungs-Gesellschaft, Postanstalt.

Verschwundenes Gold

(Die Wirkungen des „Goldpools".)

Von Dr. Adolf Roeder, Berlin

Vor kurzem war ein Jahr verflossen, seitdem die Bank von England die bis dahin täglich veröffentlichten Angaben über die Goldbewegung in London unterdrückt. In Finanzkreisen hatte dieses Vorgehen seinerzeit schon großes Aufsehen erregt, und man war sich sofort darüber im klaren gewesen, daß die Bank allen Grund hatte, ein solches Vertuschungssystem anzuwenden. Untersucht man heute die Entwicklung des Instituts in dem Anfang August verflossenen Jahre unter gleichzeitiger Betrachtung der Verhältnisse bei anderen Notenbanken der uns feindlichen Länder, so gewinnt man einen guten Einblick in die Absichten der Leiter der Bank von England, und es gelingt, ihre für viele undurchsichtige Goldpolitik des Schleiers zu berauben.

Digitized by Google

Die Berichterstattung über den Goldverkehr der Bank von England mit dem Ausland hatte schon mehrere Wochen hindurch, bevor sie eingestellt wurde, merkwürdige Unstimmigkeiten gezeigt. Nach den bekanntgegebenen Goldzuflüssen und Goldabflüssen hätte nämlich jeweils am Ende einer Bankwoche ein Überschuß der Goldeingänge über die Goldausgänge vorhanden sein müssen. Was war aber tatsächlich der Fall? In den Ausweisen der Bank von England trat häufig eine Abnahme des Barvorrates zutage. In der Zeit von Anfang Juni bis Ende Juli 1916 waren wiederholt wöchentliche Reinzugänge von mehr als 1 Million Pfd. Sterl. oder auch von annähernd 1 Million Pfd. Sterl. Gold gemeldet worden, während die Bank von England ihren Ausweisen zufolge in manchen Wochen Gold verloren und in der ganzen Zeit nur einen Zuwachs an gelbem Metall von etwa 560 000 Pfd. Sterl. erhalten hatte. Auf diese Widersprüche, die um so schwerer wogen, als es sich in beiden Fällen um amtliche Verdffentlichungen handelte, wurde namentlich auch von der amerikanischen Fachkritik mit Nachdruck aufmerksam gemacht. So bemerkte das „Commercial and Financial Chronicle" in New York zu den Mitteilungen über die Goldbewegung, daß sie nicht ganz genau mit den Tatsachen übereinstimmten. „Man hält es", so wurde ferner ausgeführt, „wegen des Kriegszustandes nicht für wünschenswert, die genauen Einzelheiten anzugeben. Da man nicht in der Lage ist, mit den Tatsachen übereinstimmende Berichte zu verdffentlichen, so hat man sich dafür entschieden, für den Augenblick gar keine auszugeben." Der „vorübergehende" Zustand dauert aber nunmehr schon ein Jahr an, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird ihm so bald kein Ende gesetzt werden. Mittlerweile sind nämlich Ereignisse eingetreten, die wohl die Bank von England zwingen, die Gestaltung des Goldverkehrs weiter geheim zu halten.

Wie noch erinnerlich sein dürfte, brachten im September vorigen Jahres die Londoner „Times" die Nachricht, daß Frankreich, Rußland und Italien beschlossen hätten, einen Teil ihrer Goldbestände an England abzuliefern, um dessen Zahlungen an das Ausland und Ankäufe von Kriegsmaterial, Lebensmitteln usw. im Ausland zu erleichtern. Mit Begeisterung schrieben kurze Zeit darauf die englischen Finanzblätter über diesen „Goldpool"[1], daß durch ihn die Lage der Bank von England befriedigender gestaltet werde, und es wurden weitere Vereinbarungen zur Stärkung der Goldreserven des englischen Zentralnoteninstituts angekündigt. Eine von diesen Abmachungen war offenbar in der im Dezember 1916 erfolgten Ernennung der Bank zur Korrespondentin der New Yorker Bundesreservebank zu erblicken, die mit dem Wunsche in Verbindung stand, die Kriegsfinanzierung Englands in der Weise zu erleichtern, daß die Wechsel der Ententestaaten in Amerika diskontiert und den Engländern allzu große Goldverschiffungen erspart werden sollten. Die Erwartung der Briten, daß ihre Goldvorräte möglichst unversehrt bleiben würden, hat sich freilich nicht erfüllt, doch kehren wir zunächst zum „Goldpool" zurück.

[1] Zwischenstaatliche Vereinigung zur Verwertung von Goldbeständen.

Digitized by Google

In Deutschland war es schon im Juni 1916 aufgefallen, daß in den Wochenausweisen der Bank von Frankreich eigenartige Veränderungen vor sich gegangen waren. Es erschien nämlich ganz unvermittelt eine Zweiteilung des Goldbestandes in „Gold in der Kasse" (or en caisse) und „Gold im Ausland" (or à l'étranger). Der Posten „or à l'étranger" tauchte zum ersten Male im Ausweis vom 8. Juni 1916 mit 69,2 Millionen Frank auf, um Ende Juni auf 271,1 Millionen Frank anzuwachsen. Die Vermutung lag nahe, daß das „or à l'étranger" an eine ausländische Bank abgeführt worden war, die die Verfügung über das Gold erhalten hatte, während der Bank von Frankreich nur eine entsprechende Goldforderung gegen die Bank zustand. Um welches Institut im Auslande es sich dabei handelte, war nicht schwer zu erraten: um die Bank von England. Ohne Zweifel hingen die großen Goldankünfte in London, die in den Ausweisen der Bank von England jedoch nicht sichtbar geworden waren, mit der Abzweigung des „or à l'étranger" bei der Bank von Frankreich zusammen, und durch die Einstellung der Berichterstattung über den Goldverkehr sollte jeder Einblick in die Funktionen des „Goldpools", der schon um die Mitte des Jahres in seinen Grundzügen festgestanden haben dürfte, verwehrt werden.

Ganz verborgen blieb indes die Entwicklung der Goldbewegung nicht, da ja die Goldabflüsse aus der Bank von Frankreich, beziehungsweise die Trennung des Goldes in „or en caisse" und „or à l'étranger" gewisse Anhaltspunkte gaben. Nachdem das Goldabkommen zwischen England, Frankreich, Rußland und Italien im September vorigen Jahres getroffen worden war, setzte eine sehr lebhafte Steigerung des „or à l'étranger" ein. Hatte sein Bestand Anfang September schon mehr als das Doppelte der Ende Juni 1916 mit 271 Millionen Frank ausgewiesenen Summen, nämlich 574 Millionen Frank, betragen, so war er Ende Dezember vorigen Jahres bereits auf einer Höhe von 1693 Millionen Frank angelangt, und im Ausweis der Bank von Frankreich vom 2. August 1917 belief er sich sogar auf 2037 Millionen Frank. Gleichzeitig hat sich das „or en caisse" von 4499 Millionen Frank Anfang Juli vorigen Jahres auf 3265 Millionen Frank am 2. August 1917 vermindert.

Bei der Russischen Staatsbank begegnet man einer ähnlichen Entwicklung. Hier beliefen sich die Goldguthaben im Ausland am 6. Juli 1916 auf 1683 Millionen Rubel und am 1. August 1917 auf 2308 Millionen Rubel. Das in den Kassen der Bank befindliche Gold wies dagegen in dieser Zeit eine Abnahme von 1541 Millionen Rubel auf 1291 Millionen Rubel auf. Auch bei der Banca d'Italia ist ein Rückgang des Barvorrates zu beobachten, und zwar sind die in einem einzigen Posten zusammengefaßten Goldbestände in Münzen und Barren, in Goldwechseln auf das Ausland, in Silber, sowie in Staatsnoten und Scheidemünzen von 1070 Millionen Lire am 30. Juni 1916 auf 900 Millionen Lire am 30. Juni 1917 gesunken.

Digitized by Google

Sieht man sich die Veränderungen im Goldvorrat der Bank von England in den letzten zwölf Monaten an, so wird man von diesen Goldabflüssen aus den genannten Banken keinen Niederschlag entdecken. In der Zeit vom 29. Juni 1916 bis zum 2. August 1917 hat sich nämlich der Barvorrat des englischen Instituts sogar von 61,3 Millionen Pfd. Sterl. auf 52,5 Millionen Pfd. Sterl. verringert. Diese Entwicklung muß als außerordentlich ungünstig bezeichnet werden, da ja den Engländern ein sehr erheblicher Teil des Goldes der Teilnehmer am „Goldpool" zur Verfügung stand. Hatte doch die Bank von Frankreich allein mindestens 1766 Millionen Frank in der in Frage stehenden Zeit an das Ausland, also vorwiegend England, abgegeben. Die Lage der Bank von England erscheint aber in einem noch trüberen Lichte, wenn man auch die bei der Russischen Staatsbank und der Banca d'Italia zu beobachtenden Veränderungen des Goldbestandes in Betracht zieht.

Den Direktoren der Bank von Frankreich und der französischen Regierung dürfte das Verschwinden des Goldes aus der Zentralnotenbank sehr schmerzlich sein, zumal da nur geringe Aussicht besteht, es später zurückzuerhalten. Ein großer Teil des Goldes ist sicherlich über England nach Amerika befördert worden, um bei der Bezahlung der gewaltigen Kriegslieferungen der Vereinigten Staaten an die Alliierten verwendet zu werden. Hervorzuheben ist, daß sich in Frankreich der größte Teil des Volkes im unklaren über diese Vorgänge befindet, da fast in der gesamten Presse die Ausweise der Bank von Frankreich in ihrer früheren Form, also ohne Unterscheidung von „or en caisse" und „or à l'étranger" veröffentlicht werden. Natürlich ergibt sich hierbei eine beträchtliche Zunahme des Goldvorrates, die aber nur scheinbar ist, weil ja die Bank über einen großen Teil des Goldes, das „or à l'étranger", das Verfügungsrecht verloren hat. Diese Irreführung der Öffentlichkeit in Frankreich, die von deutscher Seite wiederholt scharf gerügt worden ist, wird von der französischen Regierung damit entschuldigt, daß das Gold nach Friedensschluß der Bank von Frankreich zurückerstattet werden müsse, und es wird darauf hingewiesen, daß die Zahlungsfähigkeit Englands außer Frage stehe. Damit ist aber durchaus noch keine Gewähr für die Rückgabe geboten, um so weniger als auf Grund des französischen Golddarlehens an England nach Mitteilung des Finanzministers Ribot Frankreich Kredite in doppelter Höhe des Darlehens eingeräumt worden sind, deren Abdeckung zunächst erfolgen muß, bevor das Gold wieder herausgegeben wird. Ganz leicht dürfte sich demnach sein Rückfluß nach Frankreich nicht vollziehen, und eine viel größere Rolle als die Zahlungsfähigkeit des englischen Bundesgenossen spielt die der Franzosen. Bedenkt man außerdem, daß sich die Handels- und Zahlungsbilanz für Frankreich im Kriege sehr unbefriedigend gestaltet hat, so wird man damit rechnen müssen, daß die Abdeckung der Kredite und die Wiedergewinnung des Goldes auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.

Werden sich diese ungünstigen Wirkungen des „Goldpools" auf die Lage der Bank von

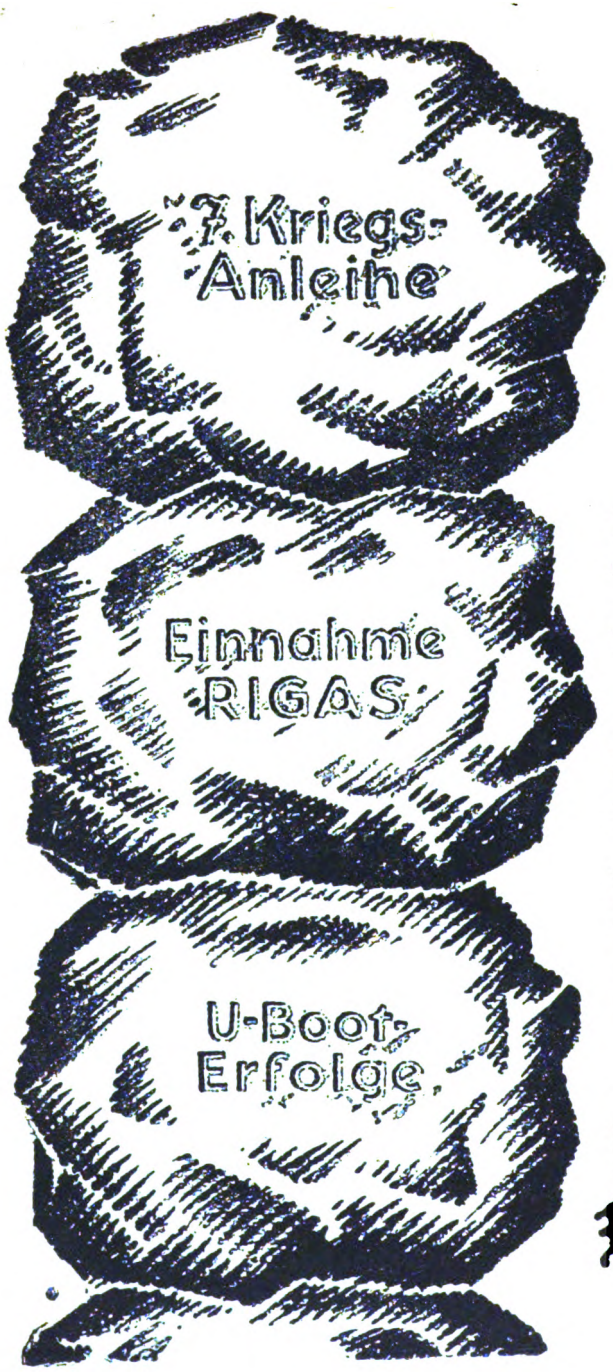
Digitized by Google

Frankreich erst in der Zukunft in vollem Umfange äußern, so hat sich heute schon die unerfreuliche Tatsache herausgebildet, daß durch die Abgabe des Goldes an England die Qualität der französischen Banknote erheblich verschlechtert worden ist. Am 6. Juli 1916 waren die von der Bank von Frankreich im Betrage von 16046 Millionen Frank ausgegebenen Noten durch das in den Kassen der Bank befindliche Gold von 4499 Millionen Frank mit 28 Proz. gedeckt, während sich das Deckungsverhältnis am 2. August 1917 bei einem Notenumlauf von 20312 Millionen Frank und einem Goldvorrat von 3265 Millionen Frank nur noch auf 15,9 Proz. stellte. Eine Verkürzung der Golddecke ist auch bei der italienischen und der russischen Banknote eingetreten. Am ungünstigsten liegen die Verhältnisse in Rußland, wo am 6. Juli 1916 die im Umlauf befindlichen Noten der Russischen Staatsbank in Höhe von 6533 Millionen Rubel durch 1541 Millionen Rubel „Gold in den Kassen", also mit 23,7 Proz., gedeckt waren, während das Prozentverhältnis am 1. August 1917 bei einem Notenumlauf von 13646 Millionen Rubel und einem Goldbestand von 1291 Millionen Rubel nur noch 9,4 Proz. betrug. Was das zu bedeuten hat, wird klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die russischen Banknoten kurz vor Kriegsausbruch fast volle Golddeckung hatten.

Der „Goldpool" hat, wie man wohl sagen darf, auf die finanziellen Verhältnisse Rußlands, Frankreichs und Italiens einen höchst verderblichen Einfluß ausgeübt. Allerdings hat sich nicht allein in diesen Ländern die Deckung der Banknoten sehr erheblich verschlechtert, sondern auch in England, das ja nur einen geringen Teil des „gepoolten" Goldes behalten konnte und noch erhebliche Mengen seines eigenen Goldes verlor, während gleichzeitig der Notenumlauf der Bank von England stark erhöht werden mußte, und die Ausgabe von Currency Notes[1], die gleichfalls im Gold der Bank von England Deckung finden, beträchtlich vermehrt wurde. Hatte am 5. Juli 1916 der Notenumlauf der Bank von England 36,3 Millionen Pfd. Sterl. und der Barvorrat 60,3 Millionen Pfd. Sterl. betragen, so stellten sich die entsprechenden Zahlen am 2. August 1917 auf 40,4 Millionen Pfd. Sterl. bezw. 52,4 Millionen Pfd. Sterl. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Betrag der Currency Notes von 123,8 Millionen Pfd. Sterl. auf 168,5 Millionen Pfd. Sterl. Selbst wenn man den übrigens unverändert gebliebenen Betrag von 28,5 Pfd. Sterl. Gold, der als besondere Deckung für die ausgegebenen Currency Notes dient, zu dem Barvorrat der Bank von England hinzurechnet, so ergibt sich für die englischen Banknoten und die Currency Notes zusammengenommen eine schwache Golddeckung. Immerhin hat der „Goldpool" England Vorteile gebracht; denn es wurde auf diese Weise verhindert, daß die Bank von England ihr eigenes Gold in noch stärkerem Maße an Amerika abgeben mußte. Vor allem haben aber die Vereinigten Staaten Grund dazu, das Zustandekommen des „Goldpools" zu preisen, da ein

[1] Notstands-Noten.

Digitized by Google



So
wird der
Friede
erreicht

Der nächste
Baustein
zum Frieden
sei der Erfolg
der Kriegs-
Anleihe

Darum
zeichne!

Digitized by Google

großer Teil ihrer Goldzufuhren auf sein Konto zu setzen ist. Wie sehr der Goldschatz Amerikas im letzten Jahre gestärkt werden konnte, läßt sich u. a. daran erkennen, daß der Goldvorrat der Bundesreservebanken sich Anfang Juli dieses Jahres auf 1317 Millionen Dollars gegen 555 Millionen Dollars um die gleiche Zeit des Vorjahres belief und weiter auch daran, daß die Goldeinfuhr der Vereinigten Staaten im Jahre 1916 977 Millionen Dollars und der Überschuß der Goldeinfuhr über die Goldausfuhr 685 Millionen Dollars betrugen. Durch den „Goldpool" sind die Bande, die die Alliierten zusammenhalten, noch fester gezogen worden, die finanziellen Verknüpfungen innerhalb der Entente haben sich aber noch verwickelter gestaltet, und es ist sehr die Frage, ob Frankreich, Rußland und Italien, ja auch England nach dem Kriege das verschwundene Gold wieder aus dem Wirrwarr herausfinden werden.

Notizen

Ein englisches Loblied auf die demokratische Kontrolle in Deutschland. Der bekannte demokratische Abgeordnete im englischen Unterhause, Philipp Snowden, fällt im „Labour Leader" vom 6. September über den Siebener-Ausschuß des Deutschen Reichstags folgendes höchst anerkennende Urteil: „Die Bewegung im Sinne einer demokratischen Überwachung der auswärtigen Politik schreitet in Deutschland fort und ist schon bis zu einem Grade gediehen, der weit über das Maß der Überwachung, die das englische Unterhaus besitzt, hinausgeht. Es ist stets eine Frechheit von Seite englischer Minister gewesen, es so hinzustellen, als ob der Deutsche Reichstag nichts zu sagen habe und damit die demokratischen Vollmachten des Unterhauses zu vergleichen. Das englische Unterhaus hat keinerlei Kontrolle über die auswärtige Politik und Balfour hat noch eben gesagt, es sollte sie auch nicht haben. Freilich kann es Kredite verweigern; das aber kann der Reichstag auch und dessen Haushaltsausschuß hat viel weitergehende Rechte in Steuersachen als das Unterhaus. Aber die Kontrolle des Reichstags über die auswärtige Politik ist soeben viel weiter gegangen als sie irgendeins der Parlamente der kriegführenden Länder übt. Der Kanzler präsidiert einem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, in dem Vertreter von fünf Reichstagsparteien sitzen, um die Antwort auf die Papstnote aufzusetzen. Das ist schon im voraus eine Antwort auf Wilsons aufgesetzte Forderung nach einer demokratischen deutschen Regierung. Wir begrüßen diese Veränderungen in Deutschland von Herzen und hoffen ernstlich, daß die Bewegung schnell weiter gehen wird. Wenn Deutschland erst völlig demokratisch gemacht ist, können wir auf die gleiche Revolution in England und Amerika hoffen."

Neuerscheinungen

Bücher der Geschichte

Friedrich Meinecke hat der vierten Auflage seines so schnell berühmt gewordenen Buches „Weltbürgertum und Nationalstaat" (Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates, Oldenburg, München) ein beachtenswertes Nachwort hinzugefügt. Er erhebt aus der Einigung aller Kräfte zum Krieg und von dem gemeinsamen Boden aus, den wir durch ihn empfunden haben, die „für alle Parteien und die Regierung gültige" Forderung, uns neu zu orientieren. „Die Bedürfnisse der Machtpolitik werden auch in Zukunft das Verfassungsleben des Deutschen Reiches im letzten Grund bestimmen, und der preußische Militarismus, um dessentwillen sich das „preußische" System im Innern hat erhalten können, wird auch in Zukunft unsere Wehr und Waffe in der Welt sein müssen. Aber seine Formen werden ohne Schaden für seine Leistungsfähigkeit etwas umgestaltet und geändert werden

Digitized by Google

können, um der Wehrkraft der Nation ihre breiteste und stärkste Grundlage zu geben. Der liberale Bürger und sozialdemokratische Arbeiter wird, wie jetzt im Krieg, so auch in Friedenszeit, mit Freuden dem Heere dienen, wenn ihm Vertrauen geschenkt wird und wenn ihm alle Rechte gegeben werden, die er als Mitverteidiger des Staates beanspruchen kann. Man wird wieder anknüpfen können an die volkstümlichen Gedanken der Scharnhorstschen und Boyenschen Heeresreform, ohne das feste Rückgrat des Berufsheeres zu opfern, das Kaiser Wilhelm I. und Roon zur Geltung gebracht haben. Die Aufgabe ist nicht leicht, aber sie ist lösbar und für den modernen Menschen, der seine Doktrinen gern der Erfahrung opfert, leichter lösbar, als für die Menschen des 19. Jahrhunderts, die ihre Erfahrung noch gern zur Doktrin erstehen lassen." Insbesondere erhebt sich für ihn die Frage, wie sich das Verhältnis Preußens zum Deutschen Reiche gestalten soll. „Die Lösung dieser Aufgabe ist die Voraussetzung für die Lösung der weiteren Aufgabe, Preußen und Deutschland in ein wahrhaft organisches und harmonisches Verhältnis zu einander zu bringen. Wenn unserem Heerwesen die volle Synthese von Volksheer und Berufsheer gelingt, so wird auch unserem Staatsleben die volle Synthese vom preußischen Organismus und Reichsorganismus gelingen. Denn kein Grund liegt dann mehr vor, die preußische Eigenart unter allen Umständen ängstlich zu schonen. Das Mißtrauen gegen die sozialen Mächte des neuen Deutschlands hält die preußische Eigenart aufrecht; das Vertrauen zu ihnen, das aus diesem Krieg emporsprießt, wird es gestatten, die preußische Eigenart so weit zu mildern, daß auch das ganze neue Deutschland mit Vertrauen auf sie blicken kann." Als überflüssige Ecken und Kanten des preußischen Systems bezeichnet er insbesondere das Wahlrecht und die Besiedelung des Ostens. Nur in der Reform des Wahlrechts und der energischen Weiterführung der inneren bäuerlichen Besiedelung des Ostens sieht er die Möglichkeit, Preußen mit Deutschland und die in Preußen bisher vorwaltenden sozialen Schichten mit den breiteren Massen des Volkes endgültig zu versöhnen.

„Der Krieg im Lichte der idealistischen Philosophie vor hundert Jahren und ihrer Wirkung auf die Gegenwart" wird von Lic. Wilh. Braun einer Betrachtung unterzogen (C. Bertelsmann, Gütersloh). Der Verfasser stellt fest: „Zu welch praktisch verschiedenen Ergebnissen die Theorien der einzelnen spekulativen Vertreter des Idealismus geführt haben, zeigt der Gegenstand, der uns hier beschäftigt: Der Krieg, von Kant aus seinen Voraussetzungen heraus bekämpft, von Fichte und Hegel aufs lebhafteste befürwortet. Kant starb 1804, Fichte 1814, Hegel 1831, Schelling 1854. Schon diese Daten zeigen, daß Kant am Eingangstor der großen Bewegung der Freiheitskriege, Schelling am Ausgangstor gestanden hat. Das spiegelt sich auch in ihrem Urteil über den Krieg: Kant völlig ablehnend, Fichte und Hegel begeisterte Kronzeugen des Krieges, Schelling reflektierend die objektive Notwendigkeit des Krieges begründend." Der Verf. ergänzt diese Reihenfolge durch die ethische Begründung des Krieges damit, daß der Staat seine Unabhängigkeit, seine Ehre und seine geistige Welt aufrecht erhalten muß und der Einzelne mit Einsatz seines Lebens im Gehorsam an diesem Ziele mitzuarbeiten hat. Jedem Dr. W. Moog „Kants Ansichten über Krieg und Frieden" darstellt (Falken-Verlag, Darmstadt, M. 3.—), weist er nach, daß die Vereinigung von verstandesmäßiger Aufklärung und gefühlsmäßiger Vertiefung in ihnen ganz dem Geist des 18. Jahrhunderts gemäß ist. Daß zugleich aber Kant so in die Zukunft weist, daß Fichte, der Philosoph der Freiheitskriege, auch in seinen Ansichten über Krieg und Frieden ein Schüler Kants ist: „Die Reden an die deutsche Nation atmen Kantischen Geist." „Die Männer, welche den preußischen Staat in der Zeit der Freiheit wieder hergestellt haben, hatten mehr oder weniger die Kantsche Philosophie in sich aufgenommen. Wenn es auch eine historisch wohl zu kühne Behauptung von Cohen ist, daß die deutsche Heeresverfassung aus dem Geiste Kants entstanden sei so ist doch die Wirkung Kants mit seinen Ansichten über Krieg und Frieden auf die Folgezeit wenigstens nicht zu unterschätzen." Eine Abwehr eines katholisch klassizistischen Literatur- und Kulturprogramms ist das Buch von Christoph Flaskamp (Verlag J. Schnell, Warendorf i. W.). „Die im katholischen Deutschtum bisher gezeitigten Energien, die stärkste Anerkennung verdienen, genügen im bisherigen Umfang und vielfach auch in der bisherigen Form keineswegs zum Neubau der deutschen Kultur. Und leicht könnte es sein, daß ihnen die zum Durchbruch nötigen ergänzenden Kräfte eher als aus den „eigenen Reihen" aus konsequent liberalen Kreisen, denn der konsequente Liberalismus (Liberalismus steht hier und an allen Stellen im Sinne einer unzulänglichen Weltanschauung, nicht dem einer politischen Partei) führt zur Erkenntnis der Inkonsequenz und Ungenüge der neueuropäisch-liberalen Bildung, zuströmen werden, wie damals in der Romantik. Die neueuropäisch-liberale Bildung selbst aber ist keine genügende Grundlage und kein füllender Gehalt für die neue deutsche Kultur; diese wird vielmehr nur auf den tieferen und breiteren, von der Romantik wieder aufgedeckten Grundlagen ihrer vormaligen Größe bestehen und ihren Beruf voll auswirken, oder aber sie wird nicht bestehen."

In einer Schrift „Friedrich der Große und Bismarck im Kampfe gegen die Koalitionen" legt Prof. Dr. Walter Hoch (Friedr. Gutsch, Leipzig) die Frage vor, was heute Bismarck tun würde.

Digitized by Google

Er beantwortet sie so: „So verwegen es scheinen mag, die Gedankengänge eines Genies zu finden, so dürfen wir doch als ausgemacht annehmen, daß sein einzig s Ziel gewesen wäre, die Entente zu sprengen oder sich doch die Möglichkeit einer Verstä digung und Annäherung zu wahren. Jedenfalls können wir uns nicht der Einsicht verschließen, daß es nicht unser Ziel sein kann, England dauernde und mächtige Bundesgenossen zu schaffen. Wir haben den Krieg doch nicht deshalb bekommen, weil wir „Einfallstore" hatten. Gebietsabtretungen müssen wir als das ansehen lernen, was sie in der Geschichte immer gewesen sind. Es sind keine „Friedensgarantien". Gewiß, sie schwächen den Gegner, verbessern die strategische Lage, schaffen aber auch dauernde Feindschaft. Daß für die Politik nicht bloß strategische Gesichtspunkte in Betracht kommen können, zeigt uns Bismarck. Auch dieser furchtbare Krieg wird vorüber gehen, aber die neuen Gegensätze, die die Friedensbedingungen aufreißen, werden bleiben. Hier können uns nicht Schlagwörter helfen, sondern nur der Geist unsrer Großen, den das Volk in sich aufgenommen hat. Er muß aber auch zu jener gegenseitigen Verständigung und Einigung führen, die allein uns retten kann."

Im Vergleich der Taten des Großen Friedrich mit denen unserer Zeit kommt der General A. v. Janson in einem Buch über „Des großen Königs Erbe", das sich vorzugsweise mit der Organisation, der Taktik und Strategie des Friederizianischen Heeres beschäftigt (Gebr. Paetel, Berlin), zu dem Ergebnis: „Wir schlagen uns heute unter günstigeren Voraussetzungen als Friedrich der Große. Das Volk in Waffen in seiner großartigsten Ausgestaltung, keine Söldner, kein fremdes Element einschließend, kämpft für sein Dasein. Dieses Volk ist eins mit seinen Fürsten und seinem Kaiser, dem obersten Kriegsherrn, — eine moralische Macht ohnegleichen. Ein Teil dieses Volkes bemannt die Flotte, die sich dem Heere ebenbürtig erwiesen hat. Wir sind auf dem Wasser nicht mehr abhängig vom guten Willen eines Bundesgenossen. Wir haben allen Grund zum festen Vertrauen auf einen guten Ausgang. Wie aus dem Siebenjährigen Kriege soll das Reich hervorgehen als der „Staat der Zukunft". Das bedingt die größtmögliche Stärkung durch den zu erkämpfenden Frieden. Mit Recht hat kürzlich ein deutscher Jurist (Professor Rückmann) darauf hingewiesen, daß Friedrich seinen Siegespreis schon vorweggenommen hatte." Darum konnte er sich, wenn auch schweren Herzens entsagend, mit der Wiederherstellung des Zustandes vor dem Kriege zufrieden geben, er, der einen Krieg ohne Eroberungen so schwer verurteilte. Um so mehr konnte er dies, weil nach menschlicher Berechnung die durch den Krieg geschaffene Weltlage einen langen Frieden gewährleistete. Nichts weniger als dieses würde jetzt bei einer Rückkehr zum Zustande vor dem Kriege der Fall sein, in absehbarer Zeit hätten wir neue Angriffe von allen Seiten zu gewärtigen. So gestärkt und widerstandsfähig, daß niemand uns aufs neue anzugreifen wagt, muß Deutschland aus diesem Kriege hervorgehen.

Emil Ludwig hat der neuen erweiterten Ausgabe seiner künstlerisch hochinteressanten Bismarck-Biographie (S. Fischer, Berlin) als Vorrede die Gedenkworte vorausgesetzt, die er in Konstantinopel am 1. April bei der feierlichen Pflanzung einer Bismarckeiche durch die deutsche Botschaft und Kolonie gehalten hat. Er nennt darin Bismarck den greifbarsten deutschen Charakter. „Deutsch in Treue, Glauben, Mut; deutsch aber auch im Zwiespalt des Innern, in der Wirrnis der Triebe, in Gewalten und Hemmungen der Seele, deutsch als Mensch mit seinem Widerspruch. Je ferner die Zeit seines Wirkens rückte, um so reicher, um so wahrer entwirkte sich vom Hintergrunde seiner Taten die Gestalt, und erst seit die Deutschen in seinen persönlichen Dokumenten erkannten, wie viele Zartheit neben so viel Härte wohnte, wie die Blässe des Gedankens immer hinter der Röte seiner Tatkraft schimmerte, als sie in das Netzwerk dieser Menschenseele blickten, — da erst wurde Bismarck eine Gestalt jener Zeit seines Wirkens! Denn nun konnte sich jeder deutsche Charakter in ihm spiegeln. Da ist er auch zum Vorbild geworden! Wir sahen, wie schwere Arbeit dieser Mensch an sich selbst geleistet hat, um immer wieder die Idee über die Passion herrschen zu lassen; wie er die Quadriga seiner Leidenschaften äumte, um die gebändigten in nutzbaren Schritt zu bringen. Die Tugenden des Menschen sind über die Welt verteilt; kein Volk tut gut, sich allein in ihrem Besitz zu wähnen und sich ihrer zu rühmen. Aber Beherrschung seiner selbst: das ist wohl eine sehr deutsche Tugend, und wie in Bismarck sich Trotz und Pflichtgefühl, wie Lebensgefühl und Herrschaft, wie Wille zur Macht und Wille zur Einsamkeit sich gegenseitig die Wage halten, sich ergänzten und korrigierten, um eines Werkes, einer Sache willen: das ist ein deutsches Schauspiel gewesen, und das gibt ein deutsches Vorbild — für euch, die Jugend!" Bismarcks Verhältnis zu den Frauen stellt in Romanform E. Kißling-Valentin dar. („Bismarck und die Frauen", Grethlein, Leipzig.)

Helden der Geschichte: Alexander der Große ist der Held zweier neuer Bücher: der klassischen Biographie Droysens (die R. v. Decker, Berlin, neu auflegt) und des Dramas von Max Pulver (Kurt Wolff, Leipzig). Rein ist das Bild in keinem. Droysens ruhige vorbildliche Klarheit wird durch den aufdringlichen Hinweis des Verlags auf die „überaus interessante persönliche und aktuelle Einleitung" des „geistesverwandten" Sven Hedin getrübt, das lebhaft dramatische Bild Pulvers durch die Neigung

Digitized by Google

seines Helden zu blasser unfruchtbarer Reflexion. Der Versuch Albert Kösters, ein Bild Gottfried Kellers zu zeichnen (Gottfried Keller, B. G. Teubner, Leipzig) hat bei uns und draußen soviel Anklang gefunden, daß er schon in dritter Auflage erscheinen kann. Der aufrechte Schweizer, „der in allem Ungemach sich nie verhärtet hat und eine große Menschenliebe still verschlossen mit sich trug", der ein Sohn seines Landes blieb und doch des großen Zuges nie ermangelte, der ihn über Landesgrenzen hinaus den Menschen suchen ließ, kann heute recht als ein Symbol gelten, ein Gruß hoher, freier Gesinnung „an die Tapferen im Felde", an die der Verfasser diesmal zuerst gedacht hat.

Die Quellen: Den Forderungen der Zeit wird auch die Quellensammlung von B. G. Teubner für den geschichtlichen Unterricht an höheren Schulen gerecht. Die Themen aus der alten und mittelalterlichen Geschichte sind so ausgewählt, daß aus gleichartigen Vorgängen vergangener Jahrhunderte Rückschlüsse auf unsere Zeit gezogen werden können. Mit Bändchen über Friedrich den Großen, das Weltbürgertum und Staatsgefühl von 1750—1822, über die sittlich-geistige Wiedergeburt zu Anfang des 19. Jahrhunderts werden Wurzeln der heutigen Zeit aufgedeckt. Mit einem Heft Italien werden wir mitten in das politische Problem des Welttrieges gestellt. Schule und Haus werden Nutzen aus den Heften ziehen. Wie sehr noch immer das Bedürfnis besteht, die Vergangenheit aus den Quellen kennen zu lernen, beweist eine neue Reihe von Quellen-Büchern R. Voigtländers, Leipzig. Horst Kohl führt in drei Bänden „Deutschlands Einigungskriege 1864—71" (—.70—1.20 M.) an Hand von Briefen und Berichten der führenden Männer unmittelbar in die Zeit, in der Deutschland sich zum Einheitsstaat entwickelte; in die Gedankenwelt und Taten der Männer, die den Einheitsstaat geschaffen haben. — „Aus großen Meistern der Naturwissenschaften" nennt der Leipziger Verlag Tob. A. Barth eine neue Sammlung von volkstümlichen Schriften von L. Boltzmann, Ernst Mach, W. May u. a. (Nr. M.—.45.) Den von deutschen Verlegern schon seit langem gepflegten Unternehmungen reiht sich neuerdings auch eine öst reichische an. Der Schulwissenschaftliche Verlag A. Haase (Prag, Annahof) legt in Einzelheften Quellen zur österreichischen Geschichte vor.

Die handlichen, gut gearbeiteten Hefte führen in die Tage der Hussitenkriege, den Kampf Königs Siegmund um Prag (M. 1.20), in die Bestrebungen der Böhmischen Brüder (M. 1.20), den Briefwechsel Maria Theresias mit Josef II. (M. —.85), Verlag A. Haase, Leipzig 1917. Die Ansiedlung der Deutschen in den Karpathenländern. Als nachträgliche Gabe zum fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläum König Wilhelms II. von Württemberg bringt der Fremdenverkehrsverband Württemberg-Hohenzollern ein Erinnerungsbuch heraus unter dem Titel „Hie gut Württemberg allewege". Die Einzelbeiträge handeln von sozialen, industriellen, gewerblichen kulturellen Fragen — ein Zeichen der Anhänglichkeit an das angestammte Haus, der Freude über das heimische Land.

Länderkunde: Zwei brauchbare Hilfsmittel für Schule und Haus bringt die Kartographische Anstalt G. Freytag & Bern (Wien-Leipzig): einen Weltatlas mit 58 Hauptkarten und ausführlichem Verzeichnis geographischer Namen (geb. M. 4.20) und einen geographisch-statistischen Universalatlas (geb. M. 4.50), den Prof. A. L. Wickmann bearbeitet hat. Beide Atlanten haben handliches Taschenformat und lassen doch an Übersichtlichkeit nichts vermissen. In „Natur und Geisteswelt" (B. G. Teubner, Leipzig) erscheint schon in zweiter Auflage das kleine Buch von P. Thomsen über „Palästina und seine Kultur in fünf Jahrtausenden", eine Skizze über die Ergebnisse der Ausgrabungen und Forschungen in Palästina. Dem Freunde des Morgenlandes wird die berichtigte Ausgabe des Buches willkommen sein.

Die Schicksale des Grenzlandes Ostpreußen in den Kriegen vergangener Zeiten stellt eine Schrift des Stellvertretenden Generalkommandos, I. Armeekorps, zusammen. Tartareneinfälle während des Schwedisch-Polnischen Krieges 1656—57, Russenherrschaft in Ostpreußen und Königsberg im Siebenjährigen Krieg, Bedrängnis in der Franzosenzeit von 1806/12 sind die Hauptkapitel in dem bewegten Schicksal des vielumstrittenen Grenzlandes.

Briefkasten. Herr stud. phil. Otto Helmut Burckhardt wird gebeten, seine nähere Feldadresse mitzuteilen zur Ermöglichung einer Beantwortung seines Briefes.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50 Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Fuchs, Luther als deutscher Politiker 1329
Haußmann, Die Schuldigen am Kriege 1342
Peus, Notwendigkeit und Voraussetzungen des Parlamentarismus 1356
Brief an die „Deutsche Politik" 1262
Notizen / Neuerscheinungen 1363

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 19. Oktober 1917 Heft 42

Gustav Kiepenheuer / Verlag / Weimar / Berl

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

unter ständiger Mitarbeit von:

Prof. Dr. Paul Arndt, Berlin; Prof. Dr. Anhagen, Dahlem-Berlin; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. C. H. Becker, Berlin; Professor D. Deißmann, Berlin; Prof. Dr. Rudolf Eucken, Jena; Prof. Dr. Eulenburg, Leipzig; Anton Fendrich, Freiburg-Zähringen; Prof. Dr. E. Franke, Berlin; Prof. Dr. O. Franke, Hamburg; Oberbürgermeister Dr. Geßler, Nürnberg; Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig; Prof. Dr. Harms, Kiel; Oberbürgermeister Dr. Külz, Zittau; Prof. Dr. Lampe, Berlin; Dr. Freiherr von Mackay, München; Wilhelm v. Massow, Berlin; Prof. Dr. F. Meinecke, Berlin; Dr. Adrian Molin, Stockholm; Geh. Reg.-Rat Dr. Muthesius, Berlin; Geh. Justizrat Prof. Dr. Niemeyer, Kiel; Prof. Dr. Oncken, Heidelberg; Dr. Alfons Paquet, Frankfurt a. M.; Prof. Dr. Pohl, Greifswald; Justizrat Dr. Rhode, Berlin; Prof. Dr. Roloff, Gießen; Prof. Dr. von Rümker, Berlin-Nikolassee; Jakob Schaffner, z. Z. Tiefurt; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schiemann, Berlin; Axel Schmidt, Berlin; Geh. Rat Dr. Schneider, Frankfurt a. O.; Geh. Admiralitätsrat Dr. Schrameier, Berlin-Halensee; Prof. Dr. Schumacher, Bonn; Reichstagsabgeordneter Geh. Rat Prof. Dr. v. Schulze-Gävernitz, Freiburg; Geh. Regierungsrat Prof. Dr. M. Sering, Berlin-Grunewald; Dr. Somary, Berlin; Prof. Dr. Martin Spahn, Straßburg; Dr. Friedrich Thimme, Berlin; Dr. lic. theol. Gottfried Traub, Dortmund; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Troeltsch, Berlin; Admiral z. D. Gouverneur v. Truppel, Berlin; Prof. Dr. Georg Wegener, Berlin; Dr. Fritz Wertheimer, Berlin; Prof. Dr. Wiedenfeld, Halle; Geh. Rat Prof. Dr. Wohltmann, Halle; Kgl. Ministerialrat Zahn, München; Regierungsrat Zache, Hamburg.

Einsendungen (mit Rückporto) für die Schriftleitung sind zu richten nach Berlin W 50, Augsburger Str. 74II. Telephon: Amt Lützow 5723. / Einsendungen, welche den Versand und Inseratenteil der Zeitschrift betreffen, dagegen nur an den Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburger Str. 74II, Telephon: Amt Lützow 5723; oder Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar, Wörthstraße 43. Telephon 53.

Gustav Kiepenheuer Verlag, Abt. „Deutsche Politik", Berlin

Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M 3.—, Einzelnummer 30 Pfg.

Heinrich Lhotzky: Strahlenland

Preis gebunden drei Mark

Unter den Büchern, die nicht veralten, wird „Strahlenland" seinen Platz behaupten, als Wegweiser zu freiem und gesundem Dasein.

2. Jahrgang • 19. Oktober 1917 • Heft 42

Deutsche Politik
Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Luther als deutscher Politiker

Von D. Emil Fuchs, Pfarrer zu Rüsselsheim

Darf man von einem „Politiker" Luther überhaupt reden? War der gewaltige Mann in der Politik nicht ein Kind? Wie kindlich das durch lange Jahre festgehaltene Vertrauen zu dem „jungen Blut", Kaiser Karl V., wie kindlich der immer wiederkehrende selbstverständliche Glaube, daß auch die Dinge dieser Welt nach dem Gewicht des göttlichen Wortes und im Gehorsam gegen die höchsten Ideale geregelt und gestaltet werden könnten, würden und müßten. Wie kindlich seine Vorstellung vom Verhältnis zwischen Kaiser und deutschen Fürsten. Als Untertanen des Kaisers faßt er sie, die ihm gehorchen müssen. Von dem ganzen verwickelten Ringen, Verhandeln und gegenseitigen Eingrenzen der Macht weiß er nichts und will er nichts wissen. Wie kindlich seine ganze Stellungnahme gegenüber den großen politischen Plänen Philipps des Großmütigen, seines bedeutenden Gegenspielers in den Reihen der führenden Männer des Protestantismus. Philipp der Großmütige, der Politiker, will den großen Bund der protestantischen Fürsten und Städte gegen den Kaiser. Gegenseitig wollte man sich schützen und durch die Verpflichtung zum gegenseitigen Schutz zu einer starken Macht werden. — Ja konnte denn überhaupt ein Fürst, eine Stadt, ein Land als solches dem Protestantismus beitreten, ohne gleichzeitig die Frage aufzuwerfen, wie erhalte und habe ich Schutz vor den deutlichen Plänen des Kaisers, der sie alle zur Rechenschaft ziehen, den Protestantismus ausrotten und gleichzeitig durch Niederwerfen der protestantischen Fürsten seine kaiserliche Macht aufs höchste steigern wollte? Für Luther war und blieb es Unrecht, gegen den Kaiser zu rüsten und sich zu verbünden. Mit Mühe und Not rangen ihm die Juristen das Zugeständnis ab, daß protestantische Fürsten sich gegen einen Angriff des Kaisers zur Wehr setzen dürften.

Wie verhängnisvoll wurde hier die kindliche Vorstellungswelt des gewaltigen Mannes. Zum Führer eines Volkes erhoben, fehlt ihm der Blick für die realen Notwendigkeiten der Machtpolitik. So ruht mit auf ihm die Schuld, daß der Kaiser bei

Digitized by Google

seinem entscheidenden Angriff kein genügend vorbereitetes Bündnis des Protestantismus traf, sondern eine zersplitterte, in sich unsichere und unschlüssige Schar. Mit auf ihm ruht die Verantwortung, daß durch seinen Gegensatz zu Zwingli es dem Protestantismus unmöglich gemacht wurde, sich innerlich zu einen zu starker Widerstandskraft nach außen. — Das bedeutet nicht nur eine dem Protestantismus ungünstige Entscheidung im Kampfe mit dem Katholizismus. Es war der Fürst des spanischen Weltreiches, der die Macht der deutschen Fürsten im Schmalkaldischen Krieg unter sich beugte. Es war eine der Entscheidungen, die Deutschlands Unselbständigkeit für die kommenden Jahrhunderte entschied. Wurde der Protestantismus schließlich durch Moritz von Sachsen gerettet, der Schlag, den die deutschen Städte empfangen hatten, der Schlag, der dem deutschen Fürstentum und seinen Einheitsbestrebungen zugefügt war, war nicht mehr gut zu machen. Es war die Lage geschaffen, die zum Dreißigjährigen Krieg drängte.

Oder ist „kindlich" nicht vielleicht zu günstig geurteilt? War es nicht auch die mönchische Enge? Sie stellt im Streit mit Zwingli die dogmatische Meinung über die Notwendigkeit politischer Einigung gegen Kaiser und Rom. Sie zeigt sich in der Ablehnung der Klugheiten der hohen Politik, wie in der Ablehnung der neuen Methoden der Geldwirtschaft. Ja es ist etwas von unüberwundener mönchischer Enge dabei und es ist etwas von jenem kleinbürgerlichen Geist dabei, der Fürsten und Reich und ihre Verhältnisse anschaut wie die Verhältnisse von Nachbar Hans und Kunz und Bürgermeister und Pfarrer und Amtmann. Spüren wir doch in den Fürsten der Zeit diesen kleinbürgerlichen Geist, der sich hohen Zielen nicht erschließen kann. Wie muß Philipp der Großmütige mit diesem Geiste ringen. Es war eben im deutschen Fürstentum noch keine Reife zur hohen Weltpolitik vorhanden. Erst mit ihm und dann Moritz von Sachsen wachsen deutsche Politiker mit weltweitem Blick. Zu spät und zu schwach. — Wäre Luthers gewaltige Kraft von solchem Blick geleitet gewesen, was hätte geschaffen werden können? Es hätte Deutschland einig erhalten, in einem gewaltigen Sturm ein Volk eines deutschen Geistes, unter deutschen Fürsten werden können? Wenn, ja wenn. — Und doch ist es unrecht, solche „Wenns" trauernd zu sagen.

Diese Kindlichkeit ist doch die Kindlichkeit des urgewaltigen Genies, dem die geheimnisvollen Instinkte mehr zeigen als die größte Klugheit des Politikers sieht. Durch die Kleinbürgerlichkeit hindurch wirkt das Schauen des Propheten und über die mönchische Enge hinaus hebt es sich einer Zukunft entgegen, die damals noch niemand ahnen und mit keiner politischen Klugheit und Zielsetzung umfassen konnte.

In dem genialen Mann lebt ein übergewaltiges Bewußtsein, daß des deutschen Volkes Schicksal durch ihn und an ihm entschieden wird. Man lese die Schrift voll Sturm und Haß und Liebe und Zorn, die er dem deutschen Volke nach dem Reichs-

Digitized by Google

tag zu Augsburg gewidmet hat[1]. Wie ist diese Schrift durchdrungen und durchblutet von dem Bewußtsein: „Ihr könnt mich töten, ihr könnt mein Werk vernichten. Dann vernichtet ihr die Zukunft unsers Volkes, dann kommt in unendlicher Zwietracht, in Aufruhr, den zu dämpfen die geistige Kraft fehlt, die sittliche Stärke nicht mehr da ist, Deutschlands Untergang:

„Nach meinem Tod sollen sie aller erst den Luther recht fühlen, Wie wol auch jtzt, wo ich jnn solchem Bepstischem und Pfeffischem Aufruhr ermordet werde, Do will ich einen Haufen Bischoff, Pfaffen und Münche mit mir nemen, das man sagen soll, Doctor Martinus sei mit einer großen Processíon zum grabe bracht, Denn er ist ein großer Doctor uber alle Bischove, Pfaffen und Münche, darum sollen sie auch mit ihm zum Grabe gehen auf dem rucken, das man davon singen und sagen soll, Und wölen also zur letzte ein walrfertlein miteinander tun, sie, die Papisten, jnn Abgrund der helle ... jch zu meinem Herrn Jhesu Christo, dem jch in wahrheit und friede gedient habe[2]."

Worauf sich diese Gedanken beziehen, zeigt der Zusammenhang der Schrift, aber auch Stellen aus der Schrift: Vermahnung an die Geistlichen zu Augsburg[3]."

Luther ist der Ansicht, daß mit dem Wegfallen des Schwergewichtes, das seine geistige Autorität und Kraft all den wilden, zügellosen Aufruhrbestrebungen in Deutschland entgegen setzte, eben dieser Aufruhr mit neuer wilder Gewalt losbrechen würde:

„Denn so jhr auf ewrem trotz und pochen beharren wollt, so solt jhr wissen, daß des Müntzers Geist noch lebt, und meines besorgens mechtiger und ferlicher, den jhr gleuben oder jtzt begreifen künd. Es gilt ewch mehr denn uns, wie wol er uns feinder ist denn ewch, Aber wir haben einen trotz wider jhn, Gott sei lob jnn ewigkeit; wollt Gott jhr hättet denselbigen auch, nemlich das reine wort und rechtschaffen gebet[4]."

Man erschrickt fast vor der Kraft des Hasses und des Selbstbewußtseins in diesen

---

[1] „Warnung an seine lieben Deutschen". Diese Schrift findet sich in der Ausgabe von Luthers Werken von Arnold E. Berger, 3. Bd., S. 195 ff. Ich benutze die Gelegenheit, auf diese ganz vortreffliche dreibändige Ausgabe hinzuweisen. Sie ist erschienen in Meyers Klassiker-Ausgaben, Leipzig und Wien, Bibliographisches Institut.

Nach ihr sollte jeder greifen, der die Kulturbedeutung Luthers verstehen lernen will und eine Vorstellung der Kraft, Wucht und beherrschenden Schönheit seiner Sprache zu gewinnen sucht. Unter diesen beiden Gesichtspunkten ist die Auswahl der Schriften getroffen. Sie gibt Luthers ursprüngliche Sprache ohne Modernisierung, dazu Einleitungen von unübertrefflicher Feinheit des Verständnisses für Luther und Luthers Bedeutung.

Wer gerade die Kulturbedeutung Luthers eingehender kennen lernen will, der gehe an den Werken des Herausgebers nicht vorüber: A. E. Berger, Die Kulturaufgaben der Reformation — M. Luther in kulturgeschichtlicher Beleuchtung — Ursachen und Ziele der deutschen Reformation.

Ein Bild des Reformators übermittelt auch das Werk: Luther in seinen Worten und Werken von Martin Rade in der Sammlung: Die Klassiker der Religion herausgegeben v. Pfannmüller, Huttenverlag, Berlin.

[2] Obengenannte Ausgabe S. 199 f.

[3] Bergers Ausgabe Bd. 3, S. 47 ff.

[4] Bergers Ausgabe Bd. 3, S. 91.

Digitized by Google

Stellen. Die mächtigsten, finster-stolzen Stellen des Nibelungenliedes treten vor die Augen, wenn man dies liest. Aber wie deutlich fühlt sich dieser Mann auch als Mittelpunkt und Prophet seines deutschen Volkes.

Aber sieht man hier nicht auch in der Tiefe ein anderes politisches Ziel instinktiv, gefühlsmäßig erfaßt vom genialen Geist hinter all der Kindlichkeit und mönchischen Enge, die zuerst entgegenleuchtet. Der Prophet des deutschen Volkes ringt mit dem klugen Staatsmann Philipp dem Großmütigen um sein Amt, seine Stellung als Mittelpunkt und Prophet des gesamten deutschen Volkes. Ohne sich verstandesmäßig dessen klar bewußt zu sein, weiß er, daß alle diese Fürsten, so sehr sie ihm anhängen, doch ihre eigenen Vorteile, Aufgaben und Pflichten und Vorurteile haben. Er fühlt, daß er in eine Partei hineingezogen wird, die sich gar nicht als seine Partei restlos darstellen kann, die sein Lebenswerk nur als ein Mittel zu einem andern Zweck benutzen muß und kann. Dagegen wehrt er sich. Alle diese protestantischen Fürsten bilden nur einen Teil des deutschen Volkes und auch ihr Bund wäre nur ein Teil. Er aber ist der Prophet und die Zukunft des ganzen deutschen Volkes. Deshalb gehört seine Liebe dem Kaiser. Es lebt durchaus in seiner Seele jener Glaube an das Kaisertum, der im ausgehenden Mittelalter das deutsche Bürgertum und Bauerntum erfüllte, aus dem die Märe vom Barbarosse im Kyffhäuser usw. geboren wurde. Der Kaiser ist die Obrigkeit des ganzen Volkes und keine Partei. Im Glauben an den gegenwärtigen Kaiser Karl verbindet sich diese Liebe zum Kaisertum wieder mit jener Kindlichkeit, die wir schon kennen lernten.

So steht Luther auch in der äußeren Politik durchaus mit dem Kaiser zusammen. Wie er sich gegen jeden Aufruhr gegen den Kaiser wehrt, so verfolgt er mit leidenschaftlicher Anteilnahme die Türkenkriege, und er ist mit die Ursache, daß die protestantischen Fürsten für sie dem Kaiser unbedingte Gefolgschaft leisten. Dabei wußte er wie sie, daß der endgültige Sieg über die Türken und über Franz I. bedeutete, daß der Kaiser sich mit aller Macht gegen den Protestantismus wenden würde. Sie lassen ihn nicht im Stich. Das ist das Bewußtsein der deutschen Aufgabe in Luther.

So will Luther keine Partei werden im politischen Leben der Deutschen. Deshalb wehrt er sich auch so kraftvoll gegen Philipp des Großmütigen Pläne von einer Verbindung mit Zwingli und den Schweizern. Nicht nur die politische Klugheit haßt sein Gottvertrauen in Philipp und Zwingli, er haßt auch den Inhalt ihrer Pläne. Je mehr sie um der politischen Klugheit willen ein Zurückstellen des dogmatischen Streites suchen, desto mehr holt er ihn hervor. Gott soll die Sache entscheiden und nicht aus Klugheitsgründen die Wahrheit vertuscht werden. Aber er will auch dies Bündnis nicht.

„Was aber soll werden", so fragten die Fürsten, so fragen wir heute noch? —

Digitized by Google

Am 18. November 1529, als das Kommen des überall siegreichen Kaisers drohte und Philipp von Hessen aufs eifrigste ein Bündnis betrieb, riet Luther seinem Kurfürsten davon ab:

„Will Kaiserliche Mayestät wider uns, so soll kein Fürst noch Herr uns wider ihn schützen, sondern man lasse dem Kaiser Land und Leute offen stehen als die seinen und befehle die Sache Gott. Soll auch niemand anders von seinem Fürsten und Herrn begehren, sondern ein jegliches soll dann für sich selbst stehen und seinen Glauben erhalten mit Darstreckung seines Leibes und Lebens und nicht die Fürsten mit in Gefahr ziehen oder mit Schutzsuchen beschweren, sondern den Kaiser lassen schaffen mit den Seinen wie er will, so lange er der Kaiser ist."

Nur das sollen die Fürsten verweigern, selbst mit Hand anzulegen zur Verfolgung der Protestanten. Wieder steht ihm dabei die Einheit der deutschen Nation vor Augen:

„So ist auch zu bedenken: wenn es schon recht wäre, sich also wider den Kaiser zu setzen und ginge an, so müßten wir weiter und den Kaiser verjagen und selbst Kaiser werden; denn der Kaiser müßte sich wehren und würde da kein Aufhören sein, bis ein Teil, läge ... Welch ein unaussprechlich Morden und Jammer würde da werden, daß ein Fürst sollte lieber drei Fürstentümer verlieren, ja lieber dreimal tot sein, denn solchen Jammers Ursach sein oder dazu helfen."

Hinter all diesen Worten aber muß man das obengeschilderte Selbstbewußtsein des Propheten fühlen, um sie ganz zu verstehen: Ja er will schutzlos vor dem Kaiser seines Volkes stehen und dann soll sich zeigen, wie weit der Kaiser mit aller äußern Gewalt diese seine innere Kraft bändigen und niederwerfen kann. Er will seiner Gewalt preisgegeben sein wie zu Worms und dann soll und wird sich wie dort das ganze Leben des Volkes um ihn drehen. Er wird vielleicht getötet werden. Aber das wird sein wie der jüngste Tag für alle, die es mit erleben und in der beispiellosen Erschütterung wird das geistige Leben des ganzen Volkes sich bilden und erneuern um seine Glaubensüberzeugung und aus seinem Wesen. — Dagegen aber wehrt er sich, daß eine Partei in Deutschland ihn und sein Werk mit Beschlag belegt. Dann ist er nur noch ein Gewicht in der Wagschale dieser Partei, dann werden alle, die aus andern Gründen dieser Partei entgegenstehen müssen, auch ihm entgegenstehen. Die große geistige Entscheidung in ihrer einzigartigen Wucht wird dem Gesamtvolke abgenommen und dafür eine behagliche und bequeme Sicherheit unter dem Schutz eines mächtigen Volksteiles den Anhängern des Neuen geboten. Für diesen Schutz tauschen sie es ein, daß auf eine Erneuerung des Gesamtvolkes verzichtet werden muß.

Da stehen wir vor dem, was Luther eigentlich wollte: Die Erneuerung des Gesamtvolkes. Es ist das, was wir ihm vor allem danken müssen. Aber hat Luther das wirklich gewollt? Ist es nicht nur ein zufälliger Erfolg seines Auftretens, während er der große Individualist (Einzelpersönlichkeit) war, der seiner Wahrheit lebte, seine Wahrheit vertrat, seine Glaubensüberzeugung ausbaute, unbekümmert um die andern. Sagt er nicht selbst einmal:

Digitized by Google

„Philippus (Melanchthon) macht es anders wie ich. Ihn bewegen die großen Fragen der Politik und Religion. Mich drückt nur private Sorge."

Er will es damit aussprechen, wie sehr ihm die innern Seelenkämpfe alles sind. Und entspricht dem nicht sein Verhalten zu Worms (1521)? Es war eine große, mächtige Partei unter den Ständen des Reiches, die sehr gern mit ihm gegangen wäre. Er sollte nur in seinen religiösen Überzeugungen so weit nachgeben, solche vermittelnde Formulierungen annehmen, daß es unmöglich war, ihn zum Ketzer zu stempeln. Dann wollte man ihn als Führer einer Volksbewegung gegen die Mißbräuche der Kirche auf den Schild heben, zu Ehrenstellen befördern. Dann sollte er die Möglichkeit einer kirchlichen Reform geboten bekommen. Über seine kirchlichen Reformpläne freute man sich ja bis in gut katholische Kreise hinein seit den Thesen gegen den Ablaß.

Luther war dafür nicht zu gewinnen. Ungebrochen von Furcht und nicht angekränkelt von diesen Gedanken staatlicher Klugheit verkündete er seine religiöse Überzeugung und brach dadurch mit denen, die nichts weiter sein wollten als kirchliche Reformer.

Ja, hier ist er der „Individualist". In schweren Kämpfen hatte er sich vom mittelalterlichen Gedanken losgerissen, daß irgendwelche kirchliche Werke die Gnade Gottes und damit den Eingang in die Ewigkeitswelt verdienen könnten: Gott liebt dich ohne alle Werke und vor allen Werken und Gott hat vor allen Werken, dir in der Gestalt Christi und der Botschaft Christi ein Ziel der Vollendung gezeigt, dem er dich zuführen will, weil er dich liebt. Vertraue ihm, gehe den Weg, den er dich führt und die sittliche Vollendung kommt zu dir als seine Gabe. Alles Gemachte und Gekünstelte ist seitdem von Luther abgefallen. Der sein, der ich bin, das ist das wichtige. Gott liebt nicht, was ich an mir erkünstle, sondern, was ich bin. Eine gewaltige ungebrochene Wahrhaftigkeit ist die Kehrseite dieser neuen religiösen Erkenntnis.

Aber es wäre falsch, darüber zu vergessen, daß Luther ebenso unbedingt ein Mann der Gemeinschaft ist. Er ist ein Mann der Kirche, ehe der Bruch mit ihr kommt. Nach dem Bruch ist er ein Mann des Volkes. Die Gemeinschaft ist für ihn das erste und das Aufsteigen der Überzeugung, die ihn aus der alten kirchlichen Gemeinschaft losreißt, stellt ihn um so fester in die neue Gemeinschaft des Volkes hinein.

So muß man auch bei der Tagung zu Worms im Hintergrund schauen und fühlen seine großen Schriften, vor allem die „An den christlichen Adel deutscher Nation". Warum die großen Schriften, warum dieser Aufruf an die Stände des Reiches, warum jene gewaltige Schilderung der Mißstände, die es zu beseitigen gilt? Doch deshalb, weil er eine Erneuerung des deutschen Volkes will, eine Erneuerung gewaltigster Art. Warum zog er nach Worms und nahm die Todesgefahr auf sich? Weil er vor dem gesamten deutschen Volke Rechenschaft geben wollte über das, was ihn bewegte. Aber mit den Reformern kämpft er nicht nur um das trotzige Recht seiner eigenen Überzeugung. Er kämpft auch um Recht und Möglichkeit, die Menschen, sein

Digitized by Google

Volk so gewaltig vom alten Glauben und alten kirchlichen Wesen loszureißen, daß daraus die tiefe, volle Erneuerung des deutschen Wesens kommen kann, die er erstrebt. Es ist das der erste Gang des politischen Kampfes, den er dann wieder, wie schon geschildert, mit Philipp dem Großmütigen auskämpfen muß: Soll sein Werk Sache einer Partei, einer kirchlichen Reformpartei werden, oder soll es die aufwühlende Gewalt behalten, durch die allein die ganze gewaltige geistige Umwälzung werden konnte. Dazu war er ja nur gegen den Ablaß aufgetreten. Nicht seine eigene neue Überzeugung wollte er aussprechen, sondern einen ernsten sittlichen und religiösen Schaden vom Volksleben und der kirchlichen Volkserziehung abwehren.

A. E. Berger in seinen genannten Werken weist auf diese Tatsachen hin, ebenso Troeltsch in seinen „Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen". Bei ihm kommt allerdings Luthers überragende, einsame Größe und seine auf ihr beruhende Einwirkung ins Leben der Nation zu kurz. Berger jedoch weiß mit feinem Verstehen beides zu schildern.

Einzigartig, einzigartiges Erleben hatte ihn von der Kirche des Mittelalters losgerissen, einzigartig gewaltige Kraft des Willens, der Sprachbegabung, der künstlerischen Darstellung war ihm gegeben, tiefes, gemütvolles Empfinden hob ihn über alle seine Zeitgenossen hinaus, ein Mensch, ein Individuum ohne Gleichen an Stärke und Umfang der Begabung ist er. Aber nie ist ihm seine Persönlichkeit auch der Zweck seiner Arbeit. In jedem Augenblick ist sie ihm ein Mittel im Dienste einer Sache. Ja, zuerst mußte er sich durchringen zu der Erkenntnis, seinen Weg zu Gott und seiner Welt gefunden zu haben. Sobald ihm aber die unendliche Angst vor dem strafenden Gott, den die Kirche ihm vor Augen gehalten hatte, abgenommen ist, sobald er weiß, daß Gott ihn, den Martin Luther trotz seiner Sünden und mangelhaften Verdienste liebt und zur Vollendung führen will, stellt er sich hinein in die Arbeit für die andern. Ja, das ist ihm einer der wichtigsten Dienste, den der rechtfertigende Glaube dem Menschen leistet. Er befreit ihn von der Angst um sein Seelenheil und befreit ihn dadurch zu einem fröhlichen Dienste an den andern. Nachdem er von Christus erlöst ist, will der Christ ein Christus werden für die andern. Eine wundervoll feine Erkenntnis der menschlichen Seele liegt darin. Nur wo sie geknechtet ist, ist sie individualistisch, mit der Sorge für sich allein belastet. Sobald sie innerlich frei ist zu eigenartig geistiger Entwicklung, lebt sie für die Gemeinschaft, denn das Gemeinschaftsleben ist Stätte, Nahrung und Ziel aller eigenartig geistigen Entwicklung. Ohne sie ist die innerste geistige Eigenart gelähmt und um ihre Betätigungsmöglichkeiten gebracht. Je reiner, eigenartiger, geistiger der „Individualismus" (die Sorge fürs eigene Ich) ist, desto mehr ist er auch Gemeinschaftsgeist und Arbeit für die Gemeinschaft. — So ist es bei Luther. Er ist ein Gelehrter von großem Wissen. Aber er schreibt nur gelegentlich gelehrte lateinische Bücher. Seine Gelehrsamkeit wird ihm zum Mittel, die Geister aufzurütteln. Er ist sich dessen voll bewußt und rühmt sich:

Digitized by Google

Wohl könnte ich auch gelehrte Bücher schreiben wie meine Gegner. Sie sollen aber ein Büchlein schreiben, das den einfachen Mann packen kann wie die meinen.

Er ist ein Künstler, ein Dichter. Er ist es auch wieder nicht. Alle seine künstlerische Begabung ist nur Mittel zum Zweck, Menschen zur letzten Entscheidung über die Ziele ihres geistigen Wesens zu drängen. Er war, wie er selbst es scherzhaft bezeichnet, der „deutsche Papst" geworden. Alle Macht seiner Volkstümlichkeit steht im Dienste der großen Aufgabe, die er mit übergewaltigem Willen ergriffen hatte, der Erneuerung seines deutschen Volkes.

Wir sahen, wie er um diese Aufgabe kämpft, der Prophet der Deutschen zu sein und das gesamte deutsche Volk in einer kirchlichen und religiösen Erneuerung zu einem geschlossenen, selbständigen geistigen Leben und politischen Wesen zu führen. Die Zeitverhältnisse waren mächtiger wie er. Kein Kaiser stellte sich ihm zur Seite. Die Masse der Stände des Reiches stellten sich gegen ihn. Der ihm angeschlossene Teil der Fürsten wollte naturgemäß lieber alle eigene Fürstenmacht in Bewegung setzen, sich zu halten, als auf die Märtyrergedanken Luthers eingehen. So fand er gegen seinen Willen den Schutz der Fürsten und wurde gegen seinen Willen das geistige Oberhaupt einer Partei innerhalb Deutschlands, in der denn doch noch sehr viel andere Interessen galten und wichtig waren neben den religiösen. Philipp der Großmütige siegte über Luther. Aus der Reformation entwickelte sich der Bund der protestantischen Stände in Deutschland, ein Bund protestantischer Territorien gegenüber den katholischen, in jedem Territorium galt ein Glaube, aber nicht die lutherische Glaubensfreiheit; Deutschland zerspaltete sich in zwei Gruppen und zerfleischte sich im Dreißigjährigen Krieg. — Und doch hatte Luther nicht vergebens gekämpft und gearbeitet. Politisch unterlag er, dessen Verhalten nur auf dem Gefühl beruhte, den klugen, ausgearbeiteten Gedanken des hessischen Philipp. Aber er brachte dem deutschen Fürstentum in diesem Augenblick das Bewußtsein einer Aufgabe, die für Deutschlands zukünftiges Schicksal entscheidend wurde, die Aufgabe der Volkserziehung. Die Kirche versagte damals. Da rief Luther den „christlichen Adel deutscher Nation" auf, und je enger sein Bund mit dem Fürstentum wurde, desto mehr verlangte er auch von den Fürsten, daß sie sich dieses Bundes würdig erwiesen. Er verlangte das von den ihm verbündeten Fürsten mit derselben Rücksichtslosigkeit, mit der er Papst und Kirche angegriffen hatte, Luther war und wurde nie Fürstendiener, sondern wagte erstaunlich freimütig auch den ihm nahestehenden Fürsten seine Meinung zu sagen. Zunächst traten ihm die trefflichen sächsischen Fürsten zur Seite, dann Philipp von Hessen, dann breitete sich der Geist über viele deutsche Fürsten aus, auch die katholischen Fürsten Deutschlands wurden davon ergriffen. Mit immer größerer Gewissenhaftigkeit fühlte sich der deutsche Fürst als Verwalter auch des geistigen Wohles seines Volkes, die Einrichtung von Schulen und die Einrichtung einer Gesamtvolkserziehung wurde einem jeden heilige Gewissenspflicht. Friedrich Wil-

Digitized by Google

helm I., Friedrich der Große sind leuchtende Beispiele dieses Fürstentums, das sich für das geistige Werden und Entwickeln seines Volkes verantwortlich fühlt. In den katholischen Staaten wurde die katholische Kirche umgebildet zu einem solchen System der religiösen Volkserziehung. Vor allem traten hier die Jesuiten an die Spitze. Das Vorbild dazu hatte aber Luther geschaffen. Er schuf eine staatliche Volkserziehung auf Grund seiner religiösen Zielsetzungen. Das geschah zunächst in Sachsen. Dort wurden die Visitationen durchgeführt, tüchtige Pfarrer eingesetzt, Schulen geschaffen. Dort werden die Katechismen dem Volke gelehrt. Jeder, auch der einfachste Mann und die einfachste Frau sollten eine Vorstellung ihrer göttlichen Menschenwürde und Menschenpflichten haben, dadurch den Weg zum göttlichen Ziel für sich selbst finden, aber gleichzeitig auch zu tüchtigen, zuverlässigen Gliedern des Staatswesens erzogen werden. Letzteres hält Luther den deutschen Obrigkeiten immer wieder vor: Ihr müßt für rechte Erziehung sorgen, damit ihr rechte Untertanen habt, damit überhaupt auf eine gesegnete, kraftvolle Zukunft des deutschen Volkes und eurer Staaten gerechnet werden kann. Man hat sich das Verständnis für Luthers Tätigkeit auf diesem Gebiete verbaut, indem man diese seine erzieherischen Einrichtungen als Gründung einer neuen Kirche betrachtete. Daran dachte er gar nicht. Er wollte nach wie vor ein Glied der einen allgemeinen Kirche bleiben. Hätte er dem eine Gegenkirche entgegenstellen wollen, so hätte er allenfalls an eine Sammlung der wirklich Gläubigen zu kleinen, stillen Gemeinden im Lande gedacht. Darüber war er sich ganz klar, daß die Massen eben nicht im vollen Sinne des Wortes Christen seien, deren Gemeinschaft die christliche Kirche bilde. Nein, er verzichtete auf jeden Versuch solcher „Kirchenbildung" und stellte dafür sich und alle die, die er zu innerer Erneuerung erweckt hatte, dem Staate zur Verfügung zur Erziehung des Volkes. Der Staat sollte die Einrichtungen treffen, die Gelder schaffen. Er stellte die frommen, tüchtigen Leute von selbständigem Gewissen, eigener Überzeugung, Erfahrung der geistigen ewigen Werte und Liebe Gottes, durch die eine wirkliche Volkserziehung erfolgen konnte. Selbstverständlich war ihm die religiöse Grundlage. Und das mit Recht. Wer die geistige Geschichte der Menschheit genau verfolgt, wird erkennen, daß die innerste Geschlossenheit des Menschenwesens erst dann erreicht wird, wenn der Mensch gegenüber den innersten Werten, die in der Religion ihm entgegentreten, eine klare, einheitliche Stellung eingenommen hat. So bilden sich auch die Völker um ihre Religion, und wo die Religion keine starke Stätte mehr im Volksbewußtsein hat, verlieren die Völker ihre geistige Anziehungskraft, können auch kleine Volkssplitter nicht mehr in sich geistig hineinziehen und einschmelzen, können nicht mehr wachsen. Wir haben ein sehr lehrreiches Beispiel dafür an der Unfähigkeit des großen deutschen Volkes, die Elsaß-Lothringer, die Dänen, die Polen in sich einzuschmelzen. Es konnte das einem Volke nicht gelingen, das jene innere geistige Geschlossenheit, die durch Religion hergestellt wird, nicht mehr kannte. Nicht in klarem verstandes-

Digitized by Google

mäßigem Bewußtsein, aber in der gefühlsmäßigen Ahnung des genialen Mannes schuf deshalb Luther die religiös begründete Volkserziehung durch den Staat Man nannte das später die evangelischen Landeskirchen. Mit Unrecht. Landeskirchen sind erst daraus geworden, als die protestantischen Staaten katholische Gebiete erwarben. Statt nun irgendwie ein staatliches Erziehungssystem zu schaffen, das sich der Kräfte beider Kirchen bediente, löste man das vorhandene Erziehungssystem immer mehr vom Staate los und schuf eine zweite Kirche innerhalb des Staates, kam also nicht zu einem staatlichen Erziehungssystem, sondern zu zwei privilegierten Kirchen im Staate. Damit drängte man die evangelischen Kirchen in jenen Gegensatz zum protestantischen Volksempfinden, den sie heute noch nicht überwunden haben. Je mehr man dann erkannte, daß die Jugenderziehung wenigstens Pflicht des Staates sei, desto mehr kam man dazu, eine interkonfessionelle Jugenderziehung zu schaffen, die nun allerdings in Gefahr geriet, der erzieherischen Kräfte zu entbehren, die im religiösen Leben wurzeln.

Aber Luthers Schöpfung ist ein Wegweiser in die Zukunft. Mit der Tatsache dieses privilegierten Kirchentums ringt die Religiosität in unserm Volke. Durch sie wird alles, was sich der herkömmlichen Form anpaßt, gestärkt, alles, was eigene Wege geht geschwächt. Der Weg muß sein ein einheitliches, das ganze Volk umfassendes System der Volkserziehung zu schaffen, in dem die aus der katholischen, die aus der protestantischen Kirche, die aus andern religiösen Kreisen und Stimmungen kommenden Kräfte ihre religiöse Wirksamkeit zur Stärkung der geistigen Kraft und Eigenart unseres Volkes alle miteinander entfalten können. Denn Deutschlands Religiosität lebt in dieser Mannigfaltigkeit und nicht in der erzwungenen Einheitlichkeit. Das ist wieder das Erbe Luthers und seiner trotzigen Überzeugungskraft. Auch hier ist er doch nicht unterlegen. Er wurde in die Partei einbezogen. Er erreichte aber doch, daß der Überzeugungstrotz, die unbedingte Wahrhaftigkeit in Deutschland stärker blieben als der Parteigeist. Und wie das erzieherische Pflichtgefühl der Fürsten das deutsche Volk langsam wieder aus dem Elend des Dreißigjährigen Krieges herauszog und zum Weltvolk bildete, so zerbrachen sein Wahrheitsmut und Überzeugungstrotz nach und nach die Schranken aller dogmatischen Engen und ließen das Suchen nach jener Frömmigkeit unbedingten eigenen Erlebens wieder aufsteigen, die in Luthers Gestalt vor den Augen des deutschen Volkes einmal lebendig geworden war.

Ich habe in meinem Artikel „Englische Freiheit" darauf hingewiesen, wie sehr der deutsche Erziehungsgeist auch für unser politisches Leben wirksam ist und wirksam sein muß im Gegensatz zur Scheindemokratie Englands. Wer die Macht und Bedeutung dieser Erziehung spürt — und wer spürt sie heute nicht — der soll auch daran denken, daß Luthers Geist und Ringen diesen Geist dem deutschen Volke eingeprägt und zum ersten Male in Organisationen verkörpert hat.

Auch ein anderes lehrt der Vergleich mit England. Dort siegte die Aristokratie

Digitized by Google

und bestimmte die Lebensformen und den Geist des gesamten Volkes. In Deutschland siegte die Kleinbürgerlichkeit, die in Luthers Enge, aber auch in Luthers Pflichtgefühl, Gewissenhaftigkeit, Familiengeist und Erziehungskraft verkörpert ist. Die Enge dieses Wesens machte damals eine wirksame politische Vertretung und Gestaltung unmöglich und liegt noch schwer auf uns, hemmend in vielen, vielen Dingen. Wir spüren sie auch in der Unfähigkeit, unsere gute Sache nach außen wirkungsvoll zu vertreten. Sie ist aber auch wieder der unzerbrechliche Arbeitsgeist, das unüberwindliche Pflichtgefühl, der starke Familiensinn und das starke Erziehungsbedürfnis unsers Volkes. Auch dies Erziehungsbedürfnis macht uns oft den andern unbequem, und doch ist es eine Kraft, die uns aus dem Dreißigjährigen Krieg wieder aufrichtet, und deren Erfolge in diesen schweren Jahren wesentlich uns aufrecht erhielten.

Die Verantwortung für die geistige Erziehung des Volkes legte Luther auf die Fürsten. Er legte sie den Fürsten auf, denn Fürstentum, das war eben die Obrigkeit und die Darstellung und Verwirklichung der Volkseinheit. Nur in den Städten stand an ihrer Stelle der Rat. An die Fürsten und die Räte wendete sich Luther mit seinen Forderungen.

Es ist selbstverständlich, daß ein Mann, dem die Gemeinschaft so wichtig war, auch die Wichtigkeit der zusammenfassenden Macht des Staates erkannte. Mit der Weltkirche hatte er gebrochen. Die von ihr vorgeschriebenen Werke schienen ihm ohne Wert. Aber gewaltigen Wert legte er nun allen Werken bei, in denen ein Christ dem andern zum Helfer wird. Deshalb ist das Elternamt ein heiliges Amt und die Familie eine heilige Stätte. Hier wird das kommende Geschlecht für sein Lebensglück und seine Gewissenserkenntnisse gebildet. Deshalb ist jeder Beruf ein heiliges Amt. In ihm betätigt der Mensch seine Kraft für die andern. Der geringsten Magd Dienst ist heiliger Dienst, so sie ihn in Treue und Fleiß tut, heiliger als alles Wallfahrten und Messehören. Über all diesen Diensten aber steht der Dienst der Obrigkeit, die Ordnung, Frieden und Gerechtigkeit im Lande aufrecht zu erhalten hat als Gottes Dienerin. Es ist nicht nur der Spruch der Bibel „Seid untertan der Obrigkeit", die ihn hier bestimmt. Daraus erklärte sich nicht die gewaltige Leidenschaft, mit der er für Staat und staatliche Obrigkeit eintritt.

Im religiösen Leben tritt ihm an Stelle der kirchlichen Werke die sittliche Entwicklung des Menschen. An Stelle der kirchlichen Gemeinschaft tritt ihm die Gemeinschaft sittlicher Betätigung und Arbeit mit ihrer Zusammenfassung im Staat. Für dessen Unabhängigkeit von kirchlicher Oberherrschaft kämpft er, seine Heiligkeit stellt er für das menschliche Seelenleben fest. Allerdings, eines nimmt er dem Staat, wie jeder irdischen Gewalt, die Herrschaft über Seele und Überzeugung. Wer sich gegen die Obrigkeit wendet, ist der Strafe schuldig. Aber niemand darf um seiner religiösen Überzeugung willen gestraft und verfolgt werden. Auch gegen die Schwärmer fordert

Digitized by Google

er das Einschreiten der Staates nur um der aufrührerischen Gedanken und der Unruhe und des Zwiespaltes willen, den sie ins Land bringen. Allerdings dehnt er diese Gesichtspunkte allmählich auf Dinge aus, die für unser Gefühl durchaus nicht mehr darunter fallen. Hier regt sich der mittelalterliche Geist in ihm, der doch im Staate nur eine Meinung gelten lassen kann.

Von hier aus erklärt sich seine Stellungnahme zum Bauernaufstand (1525). Man hat ihn hier vielfach angegriffen und wieder verteidigt. Diese leidenschaftlichen Schriften sind die notwendige Folge seiner leidenschaftlichen Hingabe an den Staat und seine Gemeinschaft und Aufgabe. Nachdem er anfangs zu Versöhnung und Vermittlung geraten hat, erhebt er nach dem Ausbruch des Aufstandes seine Stimme und fordert von der Obrigkeit die rücksichtsloseste Unterdrückung. Auf jede Weise muß Ordnung und Recht und Gemeinschaft aufrecht erhalten werden gegen die entfesselten Leidenschaften. Ob in einer Zeit noch schwacher staatlicher Autorität andere Mittel möglich waren? — Jedenfalls ist es bei ihm nicht eine selbstsüchtige Parteinahme für Fürsten und obern Stände, sondern die unbedingte Überzeugung, daß nur so die staatliche Gemeinschaft und damit die sittliche Gemeinschaft der Menschen aufrecht erhalten werden können. Man lese diese Schriften und man wird diese glühende Überzeugung daraus spüren[1].

Allerdings „Oberkeit", das sind für Luther die Fürsten, an ihrer Spitze wohl der Kaiser, aber der kam für die Fragen der Volkserziehung, der Erhaltung der innern Ordnung kaum in Betracht, ebensowenig die Räte der Städte. Es bleiben die Fürsten. Aber auch ihnen gegenüber sieht Luther vor allem die Aufgabe. Sie sind Vertreter des Staates, der Ordnung, Schutz, Friede und Gerechtigkeit handhaben muß:

„Ein jeglicher Herr und Fürst ist schüldig, die Seinen zuschützen und yhn Friede zu schaffen. Das ist sein ampt, dazu hat er das schwerd."

„Wo aber ein Herr oder Fürst solch seines Ampt und befehls nicht wahr nimpt und leßt sich dunken, er sei nicht um seiner untertanen willen, sondern um seiner schenen gelben haare willen Fürst, als hette yhn Gott darum zump Fürsten gemach, daß er sich seiner gewalt, guts und ehren freuen solle, lust und trotz drinnen haben und sich drauff verlassen, der gehert unter die heyden, ia er ist ein narr[2]."

Das gehört zum Größten, was Luther geleistet hat, daß er dies Bewußtsein der Verpflichtung, dies Bewußtsein Vertreter eines Höhern, des Staates zu sein, den Fürsten eingeprägt hat. Das Wort: „Der Fürst ist der erste Diener des Staates" entsteht aus dieser geistigen Welt.

Dies Pflichtgefühl der Fürsten, besonders stark ausgeprägt in der Hohen-

[1] Diese Schriften s. in der Ausgabe von Berger 2. Bd., S. 253ff.

Luthers Stellung zur Obrigkeit ist geschildert in der Schrift: „Von weltlicher Oberkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei" bei Berger 2. Bd., S. 59ff., auch in der Schrift: „Ob Kriegsleute auch in seligem Stande sein können" ebenda S. 327ff.

[2] Berger 2. Bd., S. 364, 365.

Digitized by Google

zollernmonarchie, hat in Deutschland ohne Zweifel der Monarchie die starke Stellung gegeben, die sie bis heute hat und hoffentlich behauptet. Es hat uns vor den furchtbaren Erschütterungen bewahrt, durch die viele andere Völker in die neue Zeit völkischer Selbständigkeit hineinschreiten mußten.

Mit diesem Pflichtgefühl aber vereint war das Gefühl der Heiligkeit staatlichen Lebens im Volk. Wie stark spüren wir es heute und dazu wieder das Bewußtsein der geistigen Aufgabe des Staates, seiner Aufgabe der Volkserziehung. Indem der Staat diese in die Hand nahm, wurde er uns immer mehr die Zusammenfassung der sittlichen Gemeinschaftsaufgaben und immer größer wurde der Wert, den wir in ihm empfanden. In der leidenschaftlichen Seele des großen Volkmannes schlummerte doch vieles, was den Klugen seiner Zeit zu hoch, zu unwirklich, zu fern schien und was doch langsam mit den Jahrhunderten zu Gestaltung und Wirklichkeit wurde. — Was wäre unser deutsches Volk ohne den Geist der Erziehung? Was wäre es ohne die Glut des Staatsempfindens, die voll und heilig zum ersten Male von Luther empfunden wurde. Wie sollte es standhalten ohne die sittlichen Kräfte, die aus der Volkserziehung geboren in andern Völkern nicht in gleicher Weise wirksam sein können.

Und es ist nicht ein Zufall, daß der Mann, in dessen glühender Seele alle diese Wertungen zum ersten Male lebendig wurden, der Mann, der so leidenschaftlich darum kämpfte, ein Prophet der Deutschen und nicht Mann einer Partei zu sein, daß der auch der Schöpfer der deutschen Sprache wurde. Er schuf das Gefäß und Band der geistigen Einheit, der er Werte und Gefühle und Ziele gab.

Wäre es nicht falsch, wenn wir heute Luther nur feiern wollten als den Heros des Protestantismus? Der Gründer der protestantischen Kirchen ist er gar nicht, den Protestantismus allerdings schuf er. Aber darüber hinaus war er der Prophet der deutschen Einheit, ahnte er das Ziel eines deutschen Geisteslebens in der freien Überzeugung des einzelnen gegründet, im frohen Dienste eines jeden an der Gemeinschaft verwirklicht. Er ahnte die Zukunft eines gewaltigen deutschen Staates, erfüllt von heiligen Erziehungs- und Kulturaufgaben. Er ahnte das und kämpfte um das, was damals Unmöglichkeiten waren.

Wollen wir nicht auch an ihn denken als den Propheten deutscher Geisteseinheit, deutscher Kulturaufgaben, deutscher Staatsgesinnung und als den Staatsmann, dessen Seele schon von diesen Dingen beherrscht war, dessen Tun dadurch bestimmt, als es noch unmöglich war, sich auch nur klare Gedanken davon zu machen?

Digitized by Google

Die Schuldigen am Kriege

Von Konrad Haußmann

Der Herr Reichstagsabgeordnete Konrad Haußmann hat uns die Rede, die er am 10. Oktober im Reichstage gehalten hat, freundlichst zur Verfügung gestellt. Wir halten ihre wörtliche Veröffentlichung für notwendig, nicht nur, weil sie die Schuldfrage lückenlos beantwortet, sondern auch unsere Kriegsziele nicht machtpolitisch, sondern ethisch begründet.

Meine Herren, der Herr Staatssekretär des Auswärtigen kann heute in Wien unseren Bundesgenossen sagen, daß der Reichstag seine Politik der Verteidigung der Grenzen unserer Reiche unterstützt, daß die Mehrheit vom Juli im Oktober festgeschlossen steht, gefestigt noch durch die hemmungslosen Angriffe der Gegner, welche abgeschlagen worden sind. Er kann ferner sagen, daß wir die Leistungen der Bundesgenossen für das Gesamtziel dieser gemeinsamen Kriegführung aufs höchste anerkennen und daß wir auch eine einheitliche politische Front mit den Bundesgenossen herzustellen als eine gemeinsame Kraftquelle ansehen und darum schon in keinem einzelnen Lande einseitige Eroberungsziele für möglich halten; endlich, daß der sympathische Kommentar, den der Minister des Auswärtigen, Graf Czernin, den beiden konformen Antwortnoten auf die päpstliche Note gegeben hat, als Anfang ideale Ideen realpolitisch zu gestalten, unseres allerhöchsten Interesses wert ist. Im übrigen sind wir in den letzten Monaten eingetreten in eine Periode der Publikationen. Im Sjuchomlinowprozeß ist für Deutschland eine wichtige Fundgrube der Wahrheit eröffnet worden. Lord Haldane hat Mitteilungen über das Jahr 1912 gemacht. Der geschwätzige und wichtigtuerische Herr Gerard hat Kaiserblätter in amerikanischen Zeitungen veröffentlicht. Der Russe Burzew hat die Depeschen des Kaisers und des Zaren aus dem Jahre 1904 im Winterpalast an sich gebracht und herausgegeben, und die französische Funkenstation hat, wie uns gestern die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mitteilt, an die Funkenstation in Nauen eine Anfrage wegen der Vorgänge vom 29. Juli gerichtet. Es sind aus diesen Publikationen lichtbringende Tatsachen zu erheben. Es ist ein Arsenal von Waffen für Deutschland eröffnet worden, das wir nicht rosten lassen wollen.

Wenn dabei auf die Schuldfrage des Krieges eingegangen wird, so hat das nicht nur eine geschichtliche Wichtigkeit, die wir zurückstellen könnten, sondern auch aktuelle Bedeutung für die Zielsetzung in diesem Kriege. Wollen wir wissen, wohin der Krieg führen soll, so brauchen wir Klarheit darüber, woher er kam. Denn wenn die Entente recht gehabt hätte, daß auf sie wie auf eine arglose Lämmerherde Deutschland als der böse Lämmergeier sich herabgestürzt hätte, so hätte sie recht, reale Garantien gegen uns zu fordern, und wenn die Alldeutschen mit ihrer Zwangsidee recht hätten, daß die feindlichen Regierungen und Völker sich seit Jahren zu gemeinsamer Vernichtung Deutschlands entschlossen hätten, dann hätten wir recht, wenn wir unsere Sicherungen in der Zukunft uns nur in der Form der „strategischen Bollwerke" vorstellen könnten.

Es ist auch deshalb gut, hier an dieser Stelle darauf einzugehen, weil die Regierungen in der Atmosphäre von Unfehlbarkeit, ir welcher sie sich traditionell bewegen, mit ihren Versicherungen in allen Ländern etwas an Gewicht verloren haben. Ich möchte vorweg ein Wort über die Frage der deutschen Schuld sagen. Denn wenn wir ein Recht zur Kritik der Anderen in Anspruch nehmen, dann dürfen wir nicht

Digitized by Google

blind gegen unsere eigene Politik sein. Ohne unsere Mitwirkung wäre die Entente nicht zu einem festen Bündnis geworden. Die Wege des Fürsten Bülow waren nicht die Wege eines Mannes, der seine Straße gerade vor sich sieht und genau weiß, was er will, der über die Schwierigkeiten die Jahre hindurch ein bestimmtes Ziel anstrebte, sondern er hat mitunter Politik betrieben wie ein Spaziergänger, der seinen Weg ab und zu auch anders einschlagen kann. So entstand jene Politik der verwirrenden Freundlichkeiten und Provokationen. Diese Politik hat zugleich gespiegelt den kaprizidsen Geist des Herrn v. Holstein, welchem schon der Staatssekretär des Auswärtigen Herbert Bismarck nachgesagt hat, daß er zeitweilig mit Wahnvorstellungen zu kämpfen gehabt hat. Es waren aber auch, um gerecht gegen der Fürsten Bülow zu sein, interne Hemmungen und Antriebe, die mitunter stark auf ihn eingewirkt haben. Die dadurch geschaffene Beunruhigung war mitbestimmend für den Grundriß des Weltkriegs. Die alldeutsche Gesinnung hat niemals Kraft in der Regierung gehabt, aber sie hat das Mienenspiel und die Gebärden der Regierung zum Teil mitbestimmt, und dadurch war es den Gruppen in den feindlichen Ländern, in England, in Frankreich und in Rußland, die den Krieg wollten, möglich, vor ihren Völkern eine „deutsche Gefahr" an die Wand zu malen, die tatsächlich nicht bestanden hat. Die feindlichen Kriegsmacher hätten niemals in den Kanzleien, in den Zeitungsredaktionen, in den Versammlungen so einwurzeln können, wenn sie nicht ein „Defensivbündnis gegen die deutsche Bedrohung" glaubhaft hätten machen können. Es war absolute Pflicht der deutschen Staatskunst, mindestens einer Großmacht die volle Beruhigung darüber zu geben, daß sie sich darauf verlassen könnte, daß unsere Politik sie niemals bedrohen würde. Es gibt zahlreiche Beispiele, dies zu illustrieren. Ich habe neulich darauf hingewiesen aus Anlaß des Briefwechsels unseres Kaisers mit dem Zaren aus den Jahren 1904 und 1905, daß fast unmittelbar, nachdem der Vertrag von Björkö vom 24. Juni 1905 unterschrieben worden ist, die antifranzösische Algesiraspolitik gemacht worden ist, welche im direkten Gegensatz zu dem franzosenfreundlichen § 2 des Vertrages von der Björkö-Insel stand. Ebenso ist die Unternehmung der Militärmission in Konstantinopel eine solche, die man nicht gleichzeitig mit dem scharfen Flottentempo machen durfte. Es war an und für sich nach meiner Meinung richtig, zur militärischen Erstarkung der Türkei beizutragen, denn es war unsere Mission, einen Damm gegen den Balkanehrgeiz Rußlands und gegen dessen Plan auf Konstantinopel zu errichten. Man konnte es auch umgekehrt machen: England an seinem nervösen Punkt berühren; dann aber hieß es, Rußlands Ehrgeiz schonen und dann auf die Militärmission und die Bagdadbahn verzichten. So aber wurden beide Großmächte unter dem gleichzeitigen Druck einer deutschen Gefahr gehalten, die in Wahrheit gar nicht bestand.

Diese aus dem Bülowschen Gleise auch nachher nicht herausrangierte Politik hat in Europa jene grausame Atmosphäre schaffen helfen, die die große Explosion vom Juli 1914 möglich gemacht hat. Aber um der Gerechtigkeit willen muß mit Nachdruck hingefügt werden: Auch Bülow hat den Krieg nicht gewollt, ja mehr als das, er war schon einer der geschicktesten Wächter am Pulverfaß, ein genialer Löser täglicher Schwierigkeiten, er war ein großer Diplomat, aber kein Staatsmann, umgekehrt wie sein Nachfolger.

Damit komme ich zu der Schuld der anderen. Als England seine „glänzende Isolierung" aufgegeben hat, um Bündnispolitik zu treiben, gab es für seine Staats-

Digitized by Google

kunft zwei Wege. England konnte die Entente cordiale zur größten Kriegsdrohung Europas auswachsen lassen oder zum Konzert Europas umstimmen. Ein Mann, den man den Vater der Entente genannt hat, Sir Thomas Barclay, einer jener Engländer, die auch heute noch nicht ausgestorben sind, die ein Verantwortungsgefühl gegenüber Europa haben, hat im Juli 1914 Worte geschrieben, die wir den Engländern ins Stammbuch schreiben müssen. Ein Freund hat ihn gefragt:

Trauern Sie nicht manchmal über die fürchterliche Wandlung der Entente cordiale aus einem Werkzeug des Friedens zur größten Kriegsdrohung, die je existierte? Niemand hat die Geschichte dieser Wandlung geschrieben; haben Sie je daran gedacht, es zu tun?

Und darauf schrieb Sir Thomas Barclay, der noch lebt:

Daß die Entente pervertiert worden ist, steht außer Frage; daß sie von vielen Stellen zu Zwecken, die patriotisch gewesen sein mögen, aber sicherlich irreführend, absichtlich so dargestellt worden, daß sie den Anschein erweckte, eine antideutsche Bewegung zu sein, ist eine allbekannte Tatsache. Zum Glück haben weisere Erwägungen wieder die Oberhand gewonnen. Noch vor ein paar Monaten wäre ich meines Freundes Anregung, die Geschichte zu schreiben, gefolgt. Heute würde es keinem nützlichen Zweck mehr dienen, die Schürer der internationalen Gegensätze bloßzustellen. Sie sehen ja schon die Torheit einer Agitation ein, welche die Grundlagen des europäischen Konzerts untergrub.

Er schließt:

Mir scheint, Englands Stellung ist augenblicklich derart, daß es die Rolle zwischen Deutschland und Frankreich spielen könnte, die Frankreich zwischen England und Rußland gespielt hat. Sein Stand in der zeitgenössischen Diplomatie als Freund beider Teile ist einzig. Möge Gott ihm die Staatsmänner geben, die fähig sind, die edelste Mission zu erfüllen, die je in den Bereich seines Geschicks gekommen ist.

In der Tat, der deutsch-französische Ausgleich, über den Kaiser Wilhelm II. auf Björkö nachgesonnen hat, war der Schlüssel zum Frieden. Wollte England Krieg, so mußte es den Ausgleich verhindern; wollte es den europäischen Frieden, so konnte es ihn hier verankern. England ging entschlossen jahrelang den Weg, den Gegensatz zu verschärfen. Es gab in Frankreich viele starke und besonnene Politiker, die nicht wollten, daß die Kräfte der Nation sich in der Revancheidee verzehrten. Sie arbeiteten so lange mit Hoffnung auf Erfolg, als nicht das Vorgefühl des unausbleiblichen Sieges beim kommenden Waffengang das Kräfteverhältnis zugunsten der Militärparteien verschoben hatte. Will sich ein Volk in seiner Gesamtheit der Kriegshetzer und der Anreize seines Temperaments erwehren, so reichen nicht die klugen Warnungen von Friedensfreunden, sondern es muß hinzukommen der Zweifel an dem Ausgang des Krieges, in den es hineingehetzt wird. In Frankreich wuchs aber von Jahr zu Jahr das latente Sicherheitsgefühl: „die englische Hilfe ist uns sicher". Die Schuldigen kennt man nicht nur in England. Die erste Rangstufe nimmt ein der Zeitungsfürst Lord Northcliffe. Er hat fortwährend Pfeffer in die heilenden Wunden Frankreichs gerieben. Er rühmt sich jetzt, daß er den Krieg „prophezeit" habe. Er kann sich noch mehr rühmen: er kann sich rühmen, unablässig gebohrt zu haben, daß seine Prophezeiungen in Erfüllung gehen sollen. Er und das ihm nahestehende Reutersche Bureau und die Drahtzieher vom „Foreign Office" haben im Jahre 1911 die Aussprache zwischen Deutschland und Frankreich zuzweit um jeden Preis zu verhindern gesucht, und hierfür liegt als urkundlicher Beweis vor der unvergeßliche Hetzartikel der „Times" im Juli 1911 während der Marokkokrisis, in dem es heißt:

Selbst wenn Frankreich so kleinmütig wäre, die deutschen Kompensationsansprüche nur einen Augenblick ernsthaft in Erwägung zu ziehen, so dürfte England diesen Kleinmut nicht dulden.

Nach 1911 hat Sir Edward Grey den Entschluß gefaßt, einen anderen Weg zu

Digitized by Google

gehen, einen Weg, der zum europäischen Konzert hätte führen können. Er zeigte leider nicht dieselbe Kühnheit und Rücksichtslosigkeit wie die Männer, die die Partie der englischen Kriegsfreunde spielten. Damals war der psychologische Augenblick gegeben nach dem großen Schreck von 1911; das war der „Tag und die Stunde", wo eine Umkehr durch große Staatsmänner hätte eingeleitet werden können.

Nun finden wir im Weißbuch von 1914, wie in einer Anwandlung von Reue, ein denkwürdiges Geständnis von Sir Edward Grey in der Form eines guten Vorsatzes:

Wenn der europäische Friede gewahrt werden kann und die jetzige Krisis gefahrlos vorübergeht, so wird es mein eigenes Bemühen sein, irgendeine Übereinkunft hervorzurufen, an der Deutschland teilhaben kann, durch welche es gesichert ist, daß keine aggressive oder feindliche Politik gegen Deutschland durch Frankreich, Rußland und uns gemeinsam oder einen von uns verfolgt werde. Der Gedanke war bisher zu utopisch gewesen, um den Gegenstand endgültiger Vorschläge zu bilden; aber wenn die gegenwärtige Krisis, die so viel schärfer ist als jede andere, die Europa seit Generationen bestanden hat, gefahrlos vorüber ist, hoffe ich, daß die Erleichterung und die Reaktion, die darauf folgen wird, eine entschiedenere Annährung der Mächte ermöglichen wird, als es bisher der Fall war.

Ich antworte Sir Eduard Grey: er irrt sich. Schon die Krisis von 1911 war so scharf wie keine zuvor. Schon damals war eine Reaktion und Erleichterung erfolgt, und in jenem Augenblick hätte er die Situation verstehen und ergreifen müssen. Das war der Zeitpunkt, um die Grundlage für ein europäisches Konzert zu legen, das England bei gutem Willen mit Bethmann Hollweg hätte schaffen können.

Es wurde auch im Jahre 1912 ein Versuch gemacht. Er war staatsmännisch angelegt, aber mit untauglichen Mitteln und Menschen ausgeführt worden. Es handelte sich damals darum, jenes trügerische Übergewichtsgefühl in der Entente zu zerstören, das die treibende Kraft zur Weltkatastrophe war, weil es allein dem Ententechauvinismus die feste Position gab, die er sonst nie hätte erringen können. Es hatten auch weite Kreise in der Entente das Gefühl, daß ein Sicherheitsventil geschaffen werden muß; aus dieser Stimmung kam die Reise Haldanes zustande. Es gibt bessere Formeln als die von Bethmann Hollweg; aber sie war gut genug und hätte ihre Aufgabe erfüllt, wenn sie von England angenommen worden wäre. Die Formel: „England wird in jedem Deutschland aufgezwungenen Kriege neutral bleiben" hätte England nicht gebunden. Nach Ausbruch eines Krieges stand es immer noch bei ihm, wie das Beispiel von Italien gezeigt hat, den Tatbestand der Kriegsentstehung anders als Deutschland auszulegen. Aber sicher ist das Eine: ein England, das diese Formel angenommen hätte, hätte nicht in den kritischen Tagen vor Ausbruch des Krieges als bedingungsloser Verbündeter Rußlands und Frankreichs handeln können. Es hätte sich für England die psychologische Notwendigkeit ergeben, eine Beteiligung an dem Weltkriege davon abhängig zu machen, ob sein Rat von Rußland gehört worden wäre oder nicht, und damit hätte das Übergewichtsgefühl, der Versucher, an seiner unheimlichen Kraft verloren. Dafür haben wir einen dokumentarischen Nachweis. Das „Nowoje Wremja" schreibt im Juli 1914:

Das Übergewicht der Entente zu Wasser und zu Lande rechtfertigt eine energischere Sprache in den Ratsversammlungen Europas.

Die englische Regierung hätte schon um ihrer öffentlichen Meinung willen bei Ausbruch einer Weltkrisis in Petersburg und Paris als Freund handeln müssen, der sich in einen Neutralen verwandeln konnte, wenn der Rat Englands mißachtet worden wäre. Aber die Haldane-Mission scheiterte, warum, darüber wird einmal später viel zu sagen sein. Immer unauflöslicher knüpfen sich die Verkettungen und die Bindungen Englands. Einmal über das andere erklärte die englische Regierung, daß man

Digitized by Google

noch „freie Hand" habe. Das war technisch und staatsrechtlich zutreffend. Aber seitdem der Schutz der französischen Nordküste von England übernommen worden war, hatte England die Ehre nicht mehr frei, sondern gebunden. Rußland und Frankreich wußten Bescheid, aber das englische Volk wußte nicht Bescheid. England behauptet, für die Heiligkeit der Verträge zu kämpfen, möchte es doch auch für die Bekanntmachung aller Verträge kämpfen, damit die Völker ihre Heiligkeit in aller Helligkeit nachprüfen können. Trotz alledem hatte die englische Staatskunst noch die Möglichkeit, einen großen und kühnen Entschluß in den kritischen zwölf Tagen zu finden und der Welt den Frieden zu erhalten. Zur Vermeidung des Weltkrieges hätte es genügt, wenn jenes Telegramm von London nach Petersburg gegangen wäre, das von Berlin am 30. Juli nach Wien gegangen ist. Damals hat Bethmann Hollweg ein Telegramm aufgegeben, das nicht in unserem Weißbuch steht, aber seitdem gottlob veröffentlicht worden ist und dessen Fehlen im Weißbuch mich immer wieder überrascht:

„Wir weigern uns, in einen Weltbrand hineingezogen zu werden, dadurch, daß unser Verbündeter unsern Rat mißachtet."

England hatte auch den Rat nach Petersburg gegeben, die Mobilmachung nicht zu überstürzen. Aber dort hörte man mit Recht heraus, daß England auch mitmarschieren werde, wenn der Rat mißachtet würde: England hätte doch gewiß das Gleiche tun können, wie wir gegenüber Wien. Denn ein festeres Bündnis als das zwischen uns und Österreich-Ungarn hat es nicht gegeben und gibt es nicht. Grey fand nicht die Entschlossenheit — sie wäre nicht vergeblich gewesen, denn in den kritischen zwölf Tagen — das wissen wir da jetzt aus dem Ssuchomlinow-Prozeß, den die Republik Rußland gottlob öffentlich hat verhandeln lassen, während die Republik Frankreich gegen den gedungenen Mörder von Jean Jaurès heute noch nicht prozessiert hat — rang auch in Petersburg noch eine starke Friedenspartei mit den Kriegsmachern. Drei Minister, der Finanzminister, der Landwirtschaftsminister und noch ein anderer waren für eine Friedenspolitik. In diesem letzten Augenblick, am 29. Juli, traf das Telegramm unseres Kaisers bei dem Zaren ein, in welchem steht, daß „seine Regierung mit aller Kraft alles tut, um eine direkte Verständigung zwischen Österreich und Rußland zu fördern". Darauf gab der Zar jenen telephonischen Befehl an seinen Generalstabschef und Kriegsminister, die Mobilmachung aufzuhalten. Warum fanden Herr Ssasanow, Herr Ssuchomlinow und Herr Januschkewitsch den Mut, diesem Befehl entgegenzuhandeln und ihrem Zaren die Befolgung vorzulügen? Weil sie von England die innere Gewißheit erhalten hatten, das England in jedem Fall mitmarschiere; und darin liegt die große, die weltgeschichtliche Schuld von England! Damals wurde die Kriegsmaschine von Rußland angekurbelt im Vertrauen auf Englands Hilfe. Ich möchte hier die Depesche, die erst vor zwei Tagen in der „Norddeutschen Allgemeinen" veröffentlicht ist und die auch merkwürdigerweise nicht im Weißbuch steht, hier einschalten, weil Frankreich jetzt in dem Funkspruch von Lyon behauptet hat, wir hätten am 29. Juli ein „Ultimatum" an Rußland ergehen lassen und dadurch den russischen Mobilmachungsbefehl vom 29. Juli hervorgerufen. Die Depesche beweist das Gegenteil. Unser Auswärtiges Amt hat an den Gesandten Grafen von Pourtalès telegraphiert:

Weisen Sie, bitte, Herrn Ssasanow erneut sehr ernst darauf hin, daß wir durch das weitere Fortschreiten der russischen Mobilmachungsmaßnahmen zur Mobilmachung gezwungen sein würden. Dann aber werde der europäische Krieg kaum noch aufzuhalten sein.

Digitized by Google

Das ist kein Ultimatum. Die Depesche trägt nicht nur das Datum, sondern auch die Stundenzahl: Eingetroffen 4 Uhr 35 Minuten, also nach der Zeit, in welcher Herr Januschkewitsch bereits seinen Mobilmachungsbefehl in der Tasche hatte. Denn er hat um 3 Uhr unserem Militärbevollmächtigten das falsche Ehrenwort gegeben, daß kein Mobilmachungsbefehl ergangen sei und als Zeuge vor Gericht beschworen, daß er ihn schon zur Ausführung in der Brusttasche hatte. Also ist diese ganze Aktion des Mobilmachungsbefehls überhaupt vor jener Depesche, die ein angebliches Ultimatum enthalten soll und die jenen Mobilmachungsbefehl veranlaßt haben soll, vor sich gegangen und die allerneueste französische Darstellung fällt zusammen. Es liegen hier noch vier wichtige Dokumente aus dem Ententelager vor. Reuter hat am 29. aus Petersburg gemeldet:

In russischen Augen ist der Würfel gefallen, und nur ein politisches Wunder kann den Krieg abwenden. Eine teilweise Mobilisierung ist schon beschlossen, und alle Zeichen deuten darauf hin, daß die ungeheure militärische Maschinerie bald in ihrer Gesamtheit in Bewegung gesetzt sein wird. Ein Kaiserliches Manifest wird heute abend erwartet. Im Vertrauen auf Englands Unterstützung, über die Zweifel meist geschwunden sind, ist die russische Öffentlichkeit bereit, den Krieg auf sich zu nehmen.

Am 30. Juli Reuter aus Petersburg:

Die Abfahrt der englischen Flotte aus Portland hat einen ungeheuren Eindruck hervorgerufen und im Verein mit Japans friedfertiger Versicherung die russische Entschlossenheit, bei der Stange zu bleiben, mehr als befestigt.

Die „Times" am 2. August aus Petersburg:

Die Wahrheit zwingt mich zu sagen, daß in Rußland hoch und niedrig mit der tiefsten Sorge darauf wartet, die Entschreidung Großbritanniens zu erfahren.

Die Artikel der „Times" haben viel dazu beigetragen, Hoffnung zu erregen. Aber sollte entgegen der russischen Erwartung das englische Parlament auf der Neutralität bestehen, so würde ein schrecklicher Umschwung der Stimmung erfolgen.

Die russische „Rjetsch" meldet am 1. August:

Die Mächte des Dreibundes waren am 30. Juli vollständig darüber informiert, daß die britische Regierung sich endgültig dafür entschieden hatte, im Falle eines Konfliktes zwischen den Mächten des Dreibundes und Rußland und Frankreich sich von vornherein aktiv an die Letztgenannten anzuschließen und gleich zu Anfang aktiv militärische Maßnahmen zu unternehmen. Die Erklärung Englands in diesem Sinne hat eine außergewöhnliche Erleichterung in Petersburg und Paris geschaffen.

Wir wollen uns dabei erinnern, daß sich Herr Churchill gerühmt hat, die Mobilmachung der Flotte auf eigenes Risiko vorgenommen, also einen aufreizenden Akt ohne Befragung seines Kabinetts vollzogen zu haben, der die russische öffentliche Meinung so beeinflußt hat. So hat Grey die Kriegstreiber gewähren lassen und ist durch ihr Treiben mit hineingerissen worden. Wir können nicht sagen, daß unsere Politik fehlerlos gewesen sei; aber die Schuld ist keine moralische, sondern eine intellektuelle: Sie bestand in einer Sterilität an diplomatischen Ideen; denn die Verständigungsbasis war doch am 29. und 30. gefunden: Eine gewisse Demütigung Serbiens war von Petersburg und London so gut wie zugestanden. Österreich war grundsätzlich bereit, neben der territorialen Integrität auch die serbische Souveränität zu schonen, und der Fortgang der Operationen Österreichs gegen Serbien einschließlich Belgrads wurde für den Frieden als kein unüberwindliches Hindernis von der Ententediplomatie angesehen. Alles drängte damals zu der Grey-Lichnowskyschen Formel, die endlich am 30. Juli durch Europa telegraphiert wurde. Zwei Tage vorher hätte sie unaufhaltsame Heilkraft gehabt.

Digitized by Google

Aber immer wieder muß betont werden: moralisch war unser Handeln in diesen zwölf Tagen sauber. Das sage ich nicht nur, weil ich Vertrauen habe zu dem politischen Charakter des Herrn von Bethmann. Es muß heute von dieser Stelle aus die Befriedigung ausgesprochen werden, in welcher Gesinnung in der Nacht vom 30. Juli zum 1. August 1914 der deutsche Generalstabschef, der verantwortliche Berater des Kaisers, dachte und handelte. Das Wertvolle an den authentischen Aufzeichnungen des Oberstleutnants v. Haeften, die die „Norddeutsche Allgemeine" am 21. September gebracht hat, ist, daß sie nicht bloß Daten und Telegramme, sondern auch Motive geben. Er hat in der Nacht vom 30. zum 31. Juli mit dem Generaloberſten v. Moltke, dem Chef des deutschen Generalstabs, unter vier Augen Besprechungen gehabt. Moltke hatte bereits zwei Botschaften über die Mobilmachung in Rußland erhalten, als er sich folgendermaßen äußerte:

Das so oft als reines Defensivbündnis gepriesene russisch-französische Abkommen, das doch nur geschaffen sein sollte, um Angriffen Deutschlands begegnen zu können, ist damit wirksam geworden, und die gegenseitige Zerfleischung der europäischen Kulturstaaten wird beginnen, wenn nicht ein Wunder geschieht, um noch in letzter Stunde den Krieg zu verhindern, der die Kultur fast des gesamten Europas auf Jahrzehnte hinaus vernichten wird. Deutschland will diesen schrecklichen Krieg nicht herbeiführen. Ehe ich Seiner Majestät die Mobilmachung anraten werde, will ich noch eine dritte Bestätigung der beiden bisher eingetretenen Meldungen über die russische Mobilmachung abwarten. Dieser Krieg wird sich zu einem Weltkrieg auswachsen, in den auch England eingreifen wird. Nur wenige können sich eine Vorstellung über den Umfang, die Dauer und das Ende des Krieges machen. Wie das alles enden soll, das ahnt heute niemand.

Aus jedem dieser Worte spricht ein starkes Verantwortungsgefühl. So dachte und handelte Generaloberst v. Moltke — zur selben Zeit, als mit der größten Leichtfertigkeit die Generalstabsoffiziere in Petersburg, zuwider dem Befehl des Zaren, den Krieg entfesselt hatten Vorgestern ist noch von dem Chef des Nachrichtendienstes, Major Nicolai, den wir im Ausschuß haben reden hören, in der Presse eine Mitteilung gekommen, welche gleichfalls einen wertvollen Beleg in derselben Richtung bildet.

Nicht minder frivol als in Petersburg ist es damals in Paris zugegangen. Die französischen Machthaber belogen ihr Volk, wie Ssuchomlinow und Januschkewitsch ihren Souverän. 14 Tage vor Jaurès Tode hatten die militaristischen Blätter geschrieben, daß Jaurès am ersten Tage der Mobilmachung erschossen werden müßte. Als er dann programmäßig erschossen war und das Volk in der Stimmung des Volksaufstandes sich befand — so berichtet die „Kriegsgeschichte" des „Manchester Guardian", den gestern der Herr Minister des Auswärtigen wiederholt zitiert hat und der gerade in dieser Kriegsgeschichte eine wichtige Quelle geworden ist —, als er dann erschossen war und das Volk sich in der Stimmung des Volksaufstandes befand, weil man ihm, dem Volke, den Hochwächter des Friedens gemordet hatte, dem es allein die Rettung des Friedens noch zutraute, unterschlug die französische Regierung ihrem Volke die russische Mobilmachung 24 Stunden lang, veröffentlichte aber die deutsche Gegenmaßnahme, die Erklärung des Kriegszustandes, und stellte sie als einen unprovoziert gegen Frankreich gerichteten Angriffsakt dar. Jetzt wandte sich das französische Volk natürlich vom inneren Feinde ab, entschlossen, das Vaterland gegen den äußeren Feind zu verteidigen, und diese Lüge vom unprovozierten Angriff wirkt bis auf den heutigen Tag fort. So verfälschten die verantwortlichen Männer in Frankreich den Tatbestand vor ihrem Souverän, dem französischen Volke. Am vorigen Sonnabend ist in Frankreich im Parlament von jenen letzten Tagen vor Ausbruch des Krieges gesprochen worden, und sowohl Herr Malvy als Herr Viviani

Digitized by Google

haben sich auf die Besprechungen, die sie mit Jaurès am letzten Tage vor dessen Ermordung gehabt haben, berufen; sie haben aber von diesen Besprechungen die wichtigste Stelle wiederzugeben unterlassen. Wir verdanken es der wertvollen Broschüre des Kollegen David: „Wer trägt die Schuld am Kriege?", daß wir die Stellen, die die „Humanité", das Blatt Jaurès, am 31. Juli, also am Tage nach der Ermordung, gebracht hat, kennen und damit auch die Äußerungen von Jaurès. Hier hat Herr Marcel Cachin die Worte Jaurès' mitgeteilt. Er führt an, daß Jaurès zuerst mit dem Minister des Innern Malvy eine Unterredung gehabt hat, daß er dann mit Viviani sprechen wollte, der ihn nicht vorließ und an Abel Fery verwiesen hat, und daß er zu Malvy gesagt hat:

Rußland muß den englischen Vorschlag annehmen; wenn nicht, dann hat Frankreich die Pflicht, ihm zu sagen, daß es ihm nicht folgt, daß es mit England zurückbleiben wird. Wenn dieser Druck nicht entschlossen und mit aller Kraft ausgeübt wird, dann ist das, was eintritt, nicht mehr gut zu machen, und die Verantwortung, die unsere Regierung trifft, wird entsetzlich sein.

Jener „Druck" ist nicht erfolgt und „La France est terriblement engagée"! Das also war die Auffassung des größten Patrioten, den Frankreich gehabt hat, und davon besitze ich einen höchst persönlichen Überzeugungsbeweis, weil mir Jaurès 30 Tage vor seiner Ermordung Auge in Auge gesagt hat:

Die Politik von Frankreich muß sein, Frankreich aus der Verkettung von Rußland loszulösen und Frankreich und Deutschland zur Annäherung zu führen.

Meine Herren, so handelte man in den Ländern, die sich auf ihre Demokratie und ihre Volkssouveränität so viel zu gut tun. Wenn man sich diese ganze Verkettung von bösem Willen und Hilflosigkeit geschichtlich vergegenwärtigt, dann muß man die klare politische Folgerung daraus ziehen:

Zum Ersten: Die Souveränität des Volkes ist eine Farce, wenn die Regierung sich nicht dem Volke gegenüber verantwortlich fühlt, es nicht zu belügen, noch belügen zu lassen.

Zum Zweiten: Die Regierungen müssen das Volk so bilden und unterrichtet halten, daß es sich nicht mühelos belügen läßt. Sonst ist die demokratische Parole „vox populi, vox dei" (Volksstimme — Gottesstimme) eine Blasphemie.

Wir brauchen die Organisierung eines internationalen Gewissens, eine zwischenstaatliche Organisation, wie es der Plan von Lord Bryce und der Organisation für einen dauerhaften Frieden vorsieht. Eine ihrer Hauptaufgaben wird es sein, die Irreführung der öffentlichen Meinung in allen Ländern zu verhindern.

Zum Dritten: Die Diplomaten sollen nach Erziehung und Charakter mindestens ebenso sorgfältig ausgesucht werden, wie die Offiziere des Generalstabs, wo der Grundsatz herrscht: dem Tüchtigen freie Bahn! aber Gott sei Dank auch der Grundsatz, daß auch auf den Charakter gesehen werden muß. Wir brauchen Männer, die sich auf die völkerpsychologische Methode verstehen, wachsam und schlagfertig sind, Männer, die Vertrauen erwecken und die selber Menschenvertrauen haben. Unsere Diplomaten dürfen nicht von ihren hohen Aufgaben durch niedrige Kundschafterdienste abgezogen, sie müssen in eine ernstere Schule genommen werden, als es bisher der Fall gewesen ist. Wenn man liest, was Graf Lurburg in seinen Depeschen getan hat, so ist das eine so schnoddrige Leichtfertigkeit in der Behandlung der schwerwiegendsten Dinge, daß man angesichts der außerordentlichen Wirkungen, die er ausgelöst hat, moralisch und praktisch, sagen muß: es muß eine Reformation unserer Diplomaten an Haupt und Gliedern eintreten.

Digitized by Google

Aber, meine Herren, noch dringlicher als die Frage: wer ist schuld am Kriege? — ist die Frage, wer ist schuld, daß der Krieg fortdauert? Hier ist in allererster Linie der Machthaber von Nordamerika, der Präsident Wilson, zu nennen. Ich will nicht auf die ungeheuren Munitionslieferungen eingehen, die er England und dem russischen Zarismus geliefert hat zu einer Zeit, da er mit der konstitutionellen Monarchie Deutschlands noch im Frieden lag; nicht davon sprechen, wie sich die Werkstätten des Friedens in Nordamerika in Werkstätten des Todes verwandelt hatten, wofür die Geschichte kein Beispiel hat; ich müßte zu Wilson als Mensch zum Menschen sprechen, und das will ich nicht; der Menschheit ganzer Jammer hat diesen mächtigen Mann nicht angepackt. Aber ich will als Jurist zum Juristen sprechen. Wilson war der vorbestimmte Hüter des Völkerrechts in diesem Kriege. Nicht nur seine eigenen Worte wiesen ihm diesen Weg, auch die Geschichte des nordamerikanischen Volkes, auch das starke Rechtsgefühl, das Hunderttausende seiner Landsleute eigen ist. Die Forderung der Freiheit der Meere wurzelt tief in der amerikanischen Geschichte. Was besagt diese Forderung von der Freiheit der Meere? Sie besagt, daß den Nichtkombattanten zu Wasser und zu Lande nach Möglichkeit die Leiden des Krieges erspart bleiben sollen. Präsident Wilson selbst bekannte sich vor aller Welt als Wächter dieses Rechts und hat ausgerufen:

„Ich werde um dieses Prinzip kämpfen um jeden Preis und ohne Kompromiß, von welcher Seite es auch verletzt werde."

Noch war die Freiheit der Meere vor dem Kriege nicht gewonnen. Es kam unendlich viel darauf an, die völkerrechtlichen Fortschritte, die man im Frieden erstritten hatte, im Kriege nicht wieder zu verlieren. Präsident Wilson hatte die Macht und das Recht, die Nichtkombattanten zu schützen. Hätte er es getan, so wären die beiden furchtbaren, kriegverlängernden Methoden niemals Wirklichkeit geworden: die englische Hungerblockade und der verschärfte deutsche U-Boot-Krieg. Das läßt sich beweisen. Als sich im Februar 1915 England und Deutschland anschickten, einen entscheidenden Schritt über die Grenzen des bis dahin geltenden Völkerrechts zu tun, das heißt, als England seine Blockade gegen die deutsche Zivilbevölkerung verschärfen wollte und Deutschland den scharfen U-Boot-Krieg gegen die Handelsschiffe ankündigte, machten die deutsche und englische Regierung dem Rechtsstandpunkte des Präsidenten Wilson und dem eignen Rechtsgefühl ihrer Völker eine entscheidende Konzession. Die deutsche sowohl als die englische Regierung erklärten ihre Maßnahme als Repressalie. Wer „Repressalien" proklamiert, der gesteht zu, daß er aus dem Völkerrecht herausgetreten ist. Ja, mehr als das, er gesteht zu, daß er in das Völkerrecht wieder zurücktreten wird, wenn das Unrecht aufhört, gegen das die Repressalie erklärt wurde. Aber Wilson hatte noch stärkere Handhaben. Grey hatte ihm explicite in der Wilhelminanote und Herr v. Jagow in der Note vom 17. Februar 1915 versprochen, die neue Methode in dem Augenblick aufzugeben oder gar nicht zu beginnen, falls der Feind wieder in die Grenze des Völkerrechts zurückkehrt. Die guten Worte der deutschen Note zitiere ich wörtlich:

Sollte es der amerikanischen Regierung vermöge des Gewichts, das sie in die Wagschale des Geschickes der Völker zu werfen berechtigt und imstande ist, in letzter Stunde noch gelingen, die Gründe zu beseitigen, die der deutschen Regierung jenes Vorgehen zur gebieterischen Pflicht machten, sollte die amerikanische Regierung insbesondere einen Weg finden, die Beachtung der Londoner Seekriegserklärung auch von seiten der mit Deutschland kriegführenden Mächte zu erreichen und Deutschland dadurch die legitime Zufuhr von Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen zu ermöglichen, so würde die deutsche Regierung hierin ein nicht hoch genug anzuschlagendes Verdienst um die humanere

Digitized by Google

Gestaltung der Kriegführung anerkennen und aus der also geschaffenen neuen Sachlage gerne die Folgerung ziehen.

Wilson hat dann darauf zwei gleichlautende Noten an Deutschland und an England geschickt, und der Inhalt von beiden ist im wesentlichen dahin zusammenzufassen: Ihr beginnt euren Hungerkrieg nicht und ihr beginnt euren scharfen U-Boot-Krieg nicht. Wilson hatte dabei nicht nur Vollmacht und Zusagen durch die Regierungen, er hatte die Sicherheit der Resonanz bei den Völkern, dem Rechtsgefühl der ganzen Welt.

Gewiß, das will ich nicht leugnen, gab es in Deutschland eine Gruppe, die in der englischen Blockade eine willkommene Gelegenheit sah, die Rechte der Kriegführenden zu erweitern, aber das Volk und die Regierung stand nicht hinter ihnen: Es muß einmal deutlich gesagt werden: die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sieht in dem verschärften U-Boot-Krieg nur ein furchtbares Abwehrmittel gegen einen furchtbaren Rechtsbruch des Feindes, das seinen moralischen und juristischen Grund in dem Augenblick verliert, da der Feind wieder zum Recht greift.

Auch in England bestürmten eine große Reihe von Männern das Auswärtige Amt, sich auf den Salisburyschen Standpunkt zu stellen, der noch im Burenkrieg galt und den Grey noch im Januar zu wahren versprochen hatte: „Nahrungsmittel für die nichtkombattante Bevölkerung der Feinde hereinzulassen." In diesem Sinne erhob auch der „Manchester Guardian" die Stimme:

Wir machen Herrn Winston Churchill darauf aufmerksam, wenn er von den Deutschen als Kindermördern spricht, daß man Kinder durch Granaten ebenso wie durch Hunger töten kann,

und an anderer Stelle:

Wir wollen nicht Deutschland besiegen durch den Hunger seiner Greise, Frauen und Kinder, und, würden wir es wollen, so hätten wir nicht die Stirn, dagegen zu protestieren, daß die Deutschen unsere Nichtkombatanten durch Bomben töten.

Aber wichtiger als dieser moralische und rechtliche Protest war ein realpolitisches Argument, das die damals noch einflußreiche Zeitung „Nation" angeführt hat. Sie schreibt:

Wenn Präsident Wilson den Ruin der Baumwollstaaten mit einem Waffenausfuhrverbot beantworten würde, wie dann? Wir müssen dem Rechtsstandpunkt des Präsidenten Wilson Konzessionen machen; sonst ist es um die tatkräftige Unterstützung des englischen Krieges in Amerika geschehen.

Das war die wichtigste Planke in der Plattform, der wahren Liberalen Englands, die sich vergeblich um Recht und Menschlichkeit bemühten. So war also die psychologische Situation, die damals der Vermittlungsvorschlag von Wilson vorfand. Deutschland hat den Vermittlungsvorschlag von Wilson angenommen und England ihn am 15. März abgelehnt, und Wilson hat diese Kränkung von England hingenommen. Wenn er die Konsequenz aus seinem Rechtsstandpunkt und aus seinen eigenen Worten gezogen hätte, dann brauchte er nur damals zu sagen: Ich liefere den Engländern meine Waffen und Munition nur so lange zur Tötung der deutschen Soldaten („for killing germans"), so lange England mir erlaubt, von meinem Recht Gebrauch zu machen, der deutschen nichtkombattanten Bevölkerung Brot zu liefern. Er hatte dieses Machtmittel. Hätte er es angewandt, so wäre kein deutscher Nichtkombattant an der englischen Blockade gestorben, und kein englischer Nichtkombattant hätte auf hoher See durch deutsche U-Boote sein Leben verloren. Der Krieg wäre längst vorüber. Ich bemerke, daß damals die „Lusitania" noch nicht versenkt war

Digitized by Google

und daß auch die deutsche Diplomatie damals noch nichts getan hatte, um das amerikanische Prestigegefühl zu verletzen. Der zweite Hauptschuldige ist Lloyd George. Er hat im Dezember 1916, als die Welle der Friedensregung noch vor der etwas zu lange zaudernden Friedensnote der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 auch durch England ging, sein eigenes Kabinett mit vollem Bewußtsein zerschlagen, weil er wußte, daß darin Minister waren, die damals begonnen hatten, sich nach einem Ausweg aus dem Krieg umzusehen. Es waren Männer, welche die Überzeugung vertraten, die Diplomatie dürfe nicht mit verschränkten Armen dastehen und warten, bis sich der Krieg zu Ende geblutet. Diese Leute wollten natürlich nur einen Frieden, der sich mit Englands Ehre und Sicherheit vereinbaren ließ. Lloyd George sah mit großer Besorgnis die Wolke des Friedens am Horizont sich ballen. Es liefen Fäden zwischen Washington und London und Reden in anständigem Ton zwischen Berlin und London. Da hielt er seine knockout-Rede. Das war der Wendepunkt des Krieges. Damals rief Lloyd George die Bestie im Menschen, nicht nur im englischen Menschen, wach. Der kriegsvergnügte Zivilist Lloyd George sprach so roh vom Kriege und so gemein vom Feinde, wie kein anständiger englischer Soldat — und es gibt deren viele — zu sprechen gewagt hätte. Gerade aus den Kreisen der englischen Armee kamen damals Proteste gegen diese Rede. Man hat sie „Boxerrede" genannt und ist dabei höflich gewesen. Es gibt auch „faire" Boxer. Lloyd George aber hat damals geboxt wie der Negerboxer Jack Johnson, welcher spuckt und kratzt und den Gegner schmäht. So hat er als agent provocateur dieser Boxergesinnung in ganz Europa gewirkt. Wenn bei uns monatelang maßvolle Elemente zurückgedrängt worden sind, wenn auch die Wellen der chauvinistischen Leidenschaften bei uns hochgingen, so hat daran Lloyd George das Hauptverdienst, wenngleich ich nicht bestreiten will, daß die betreffenden Kreise ihm auch manchen wertvollen Liebesdienst geleistet haben.

Damit bin ich angelangt bei der vorwurfsvollen Frage: Wer ist schuld in Deutschland, daß dieser Krieg noch fortdauert? Ich mache der Regierung nicht den Vorwurf, daß ihre Gesinnung schlecht ist. Wir haben zu der Gesinnung von Bethmann Hollweg, den wir gekannt haben, von Anfang an das volle Vertrauen einer richtigen Richtung gehabt, und auch von der jetzigen Regierung haben wir den Glauben, daß sie den Krieg nicht verlängern will. Aber es genügt nicht, daß man rechten Sinnes ist — die Politik, die große Politik ist heute die Kunst des Ausdrucks und darf daher nicht zögernd und tastend ihre wahre Richtung enthüllen. Wir haben am 19. Juli eine klare Politik im Reichstag vorgeschlagen. Zwei Monate lang hat die Regierung eine Haltung eingenommen, die keine volle Klarheit darüber aufkommen ließ, daß hinter dieser Politik das offizielle Deutschland steht, sie hat dadurch mit beigetragen, daß die psychologischen Augenblicke, wo unsere Resolution in der Welt hätte voll wirken sollen, verpaßt wurden. Dann aber — will ich anerkennen — hat die Regierung entschiedene Schritte getan anläßlich der Beantwortung der Papstnote, und sie hat, bevor diese Papstnote beantwortet worden ist, am 8. September eine Zusammenkunft sämtlicher Staatssekretäre herbeigeführt, und das ist innerpolitisch ein geschichtlicher Schritt, weil es die erste antizipierte Sitzung eines kommenden Reichsministeriums, einer gemeinschaftlichen Beratung großer politischer Angelegenheiten durch verantwortlich zusammenarbeitende Staatsmänner wenigstens in der Form der Begutachtung ist. Dann hat am 10. September die Reichsregierung, geführt von dem Staatssekretär des Auswärtigen, mit sieben Bundesratsmitgliedern

Digitized by Google

und sieben Reichstagsmitgliedern die Antwortnote vereinbart und nicht nur den Text der Note, sondern auch ihre weiteren Absichten, also ihre Politik, dargelegt und zu dieser jedenfalls die Zustimmung der Mehrheitsparteivertreter erhalten. Dann hat am 11. September, am Tage nachher, laut der Presse die Zusammenkunft der maßgebenden Staatsmänner und Vertreter anderer Stellen unter dem Vorsitz des Kaisers stattgefunden; hier ist wieder die Gesamtpolitik des Staatssekretärs des Auswärtigen von allen Stellen gebilligt worden. Es liegt formell und materiell eine Übereinstimmung der öffentlichen Gewalten über die auswärtige Politik vor, und meine Partei kann dieser Politik materiell ebenso zustimmen, wie dies der Abgeordnete Fehrenbach namens des Zentrums und der Abgeordnete Gradnauer namens der Sozialdemokratie erklärt hat.

Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen hat uns nun gestern noch weitere Verlautbarungen seiner Politik gegeben. Er hat sich auch über Elsaß-Lothringen, worauf ich gleich zu sprechen komme, ausgesprochen; er hat sich über die belgische Frage nicht direkt, sondern indirekt ausgesprochen, worüber noch ein Wort zu sagen ist. Das, was er über die Rede des Herrn Asquith am 26. September gesagt hat, muß ich als richtig erklären. Die Rede in Leeds ist ein Rückfall in den imperialistischen Geist der Ententenote vom Januar 1917. Er fordert für das „treue" Rumänien und für Italien Annexionen, und er fordert Elsaß-Lothringen. Wenn England durch Asquith Elsaß-Lothringen als Kriegsziel proklamiert, dann erklärt ihm das ganze deutsche Volk: Er hat damit den Kampf auf Tod und Leben angesagt. Wir nehmen den Handschuh auf und wiederholen nun unsere Majoritätsresolution, nicht um des Friedens willen, sondern um des Krieges willen. Unsere Majoritätsresolution gab die Hand zum Frieden, wenn die Feinde ihn wollten; sie ist eine Kampfansage, wenn sie ihn nicht wollen, sie ist eine Waffe, die aus einer Scheide und einem Schwert besteht. Nicht „mit verschränkten Armen", sondern mit geschwungenem Arm, in dem das Schwert ist, antworten wir, wenn die Antwort der Entente demjenigen entspricht, was Asquith formuliert hat. Die Gesinnung der Majorität soll dazu helfen, daß wir mit gutem Gewissen kämpfen, und die Feinde mit schlechtem. Unser Kampf soll leichter werden, der der Feinde schwerer.

Der englische Generalstabschef hat recht, wenn er vor einigen Wochen auf die Frage, wer diesen Krieg gewinnen würde, gesagt hat: „Das könne kein Soldat entscheiden, das hinge von der Heimatfront ab, hinter den kämpfenden Nationen ständen die Nerven der Völker." Welches sind nun die Vorbedingungen dafür, daß die Heimatfront hält, sowohl bei uns, wie in Feindesland? Das Rechtsgefühl, der Selbsterhaltungstrieb des Volkes muß sich geschlossen hinter den Krieg stellen. Der Chauvinismus darf nicht allein die Fortsetzung des Krieges fordern; die Isolierung des Chauvinismus in der andern Land, das ist die Aufgabe der politischen Strategie. Wenn es England gelänge, mit unserem Rechtsgefühl, mit unserem Selbsterhaltungstrieb sagen wir einmal Separatfrieden zu machen, wenn heute vor dem deutschen Volke ein ehrenvoller, gerechter Friede auf diplomatischem Wege erreichbar schiene, glauben Sie, die Herren von der Rechten könnten den Versuch wagen, den Krieg fortzuführen, der aufgehört hätte, ein Volkskrieg zu sein? Nun, möglich, daß sie es wagen würden, aber sie würden diesen Krieg verlieren und die Feinde würden ihn gewinnen.

Aber die feindlichen Regierungen sind nicht imstande, diesen Separatfrieden mit unserem Rechtsgefühl und unserem Selbsterhaltungstrieb zu schließen, denn ihre Ziele

Digitized by Google

gehen gegen unsere Sicherheit, gegen das Recht und gegen unsere Ehre. Wir aber können diese politische Strategie zur Anwendung bringen. Wir haben das ungeheure Machtmittel in der Hand, die feindlichen Regierungen vor ihren feindlichen Völkern als die Schuldigen an der Fortführung des Krieges bloßzustellen.

Wird unsere Regierung dieses Machtmittel anwenden? Sie hat bereits eine Gelegenheit verpaßt, im Juli, als die Asquithsche Frage gestellt wurde. Aber noch ist es nicht zu spät. Die Stoßkraft der Majoritätsresolution in Feindesland hängt davon ab, ob die Regierung sich in Kampfstellung gegen die alldeutschen Majoritätsfeinde stellt, oder ob sie weiter versucht, die mittlere, die schwankende Linie zu halten. Der Herr Staatssekretär hat ja gestern die Erklärung abgegeben: „außer dem französischen Wunsch nach Elsaß-Lothringen gibt es kein absolutes Hindernis für den Frieden, keine Frage, die nicht durch Beratungen gelöst werden könnte". Er hat also flüsternd, durch die diplomatische Blume das Versprechen gegeben, daß Belgien freigegeben werden würde — er hat es den Diplomaten gesagt, er hat unterlassen, es ihren Völkern zu sagen — denen es ihre Diplomaten nicht weitersagen, sondern das Gegenteil suggerieren. Herr v. Kühlmann hat hinzugefügt: „Wenn sich die Ententepolitiker anstellen, keine Klarheit zu bekommen, so ist das ja eine Unwahrheit." Aber statt diesen Vorwurf zu erheben, wäre es noch weiser gewesen, den Vorwand dem Gegner durch volle Klarheit ein für allemal zu entwinden. Nach allem was in einheitlicher Reihe vorliegt, nach dem, was Bethmann Hollweg in seiner gerade auch an die belgische Regierung gerichteten Note, die der Kaiserliche Brief von Potsdam mit veranlaßt hat, über die Nichtdemütigung der anderen Völker ausgesprochen hat, nach dem, was Zimmermann in seiner Note an Wilson erklärt hat, daß wir nicht die Einverleibung Belgiens fordern, nach dem, was auf Grund wochenlanger Erwägungen der Reichsregierung in der Konferenz der Staatssekretäre, bei dem Kaiser und im Siebenerausschuß einheitlich festgelegt worden ist, nach dem, was gestern der Herr Staatssekretär hier gesagt und nicht gesagt hat, sind wir jener Situation nahe, in der eine wohlanständige Frau im fünften Monat auf die Frage, die an sie gestellt wird, errötend keine Antwort gibt, während das, was sie unter dem Herzen trägt, in den nächsten Monaten doch mit aller Gewißheit für alle in die Erscheinung tritt, weil es aus Naturnotwendigkeit ins Dasein treten muß. Darin liegt kein Grund zur Scham, sondern ein Grund zum Stolz, wenn man eine gerechte Politik unter dem Herzen trägt. Der Weg zum Bruch mit den Alldeutschen führt über die belgische Frage.

Man soll nicht ungerecht gegen die Alldeutschen sein. Eine primitive Geistesverfassung ist, vollends in einem Kriege, in allen Ländern in großen Schichten vorhanden, die Herren wollen behalten, was okkupiert ist, sie wollen die Demütigung unserer Feinde ringsum in die Landkarte einzeichnen; eine napoleonische Herrschaft schwebt ihnen vor, die selbst Napoleon nicht hat halten können, und dabei hatte Napoleon den versöhnenden Zauber des Genies, den ich vergeblich unter Ihren Führern suche. Zudem hat Napoleon auch niemals die psychologischen Kampfesmethoden verschmäht, die Ihnen so verächtlich scheinen. Meine Herren Alldeutschen! Unter Ihnen sind tapferste Männer, wie sie unser Volksheer aus allen Parteien und Klassen stellt. Auch Sie haben Großes in diesem Kriege geleistet, aber nicht als Alldeutsche, sondern als Deutsche. Viele von Ihnen haben das Herz, alle die Lunge auf dem rechten Fleck. Aber darüber kann kein Zweifel sein: Mit Ihrer Gesinnung kann die Welt keinen Frieden schließen. Sie glauben an die Macht des Terrors und meinen

Digitized by Google

Deutschland könnte und sollte die seelischen Gewalten dieser Erde standrechtlich erschießen. Das ist ein furchtbarer Irrtum. Unsere Feinde sind keine Feiglinge, und wenn sie es wären, was wären unsere Siege wert? Die gegen uns kämpfenden Nationen haben ein großes Ehrgefühl und einen starken Selbsterhaltungstrieb. Sie würden gegen ein Deutschland alldeutscher Gesinnung à outrance kämpfen. Die Alldeutschen sind die Vogelscheuchen der Friedenstauben, die Vogelscheuchen der Bundesgenossen, die Vogelscheuchen der Nachbarlichkeit, und sie sind die Schrittmacher der Kriegsverlängerer in der Entente. Aber ich mache ihnen keine Vorwürfe. Sie sind mit Blindheit geschlagen und wissen nicht, was sie tun. Aber die Regierung ist nicht blind. Wenn sie dem psychologischen Studium nach Kühlmanns Rezept obliegt, muß sie wissen, wieviel der alldeutsche Lärm zur Aufrechterhaltung der feindlichen Heimatfront leistet. Darum darf sie den Konflikt mit den Alldeutschen nicht scheuen, sie muß ihn suchen. Gegen diese Forderung wiegen alle Bedenken diplomatischer Taktik federleicht. Man kann auch nicht einen Weltprozeß in letzter Instanz mit advokatischen Mitteln gewinnen. Ich stelle fest, daß der Staatssekretär des Auswärtigen materiell die richtige Politik machen will, aber für die Taktik trägt er die Verantwortlichkeit.

Innerpolitisch haben wir gesehen, daß mit den bisherigen Methoden nicht die enge Fühlung mit dem Parlament erreicht werden kann, welche die Regierung selber für notwendig hält. Gestern war die enge Fühlung nicht vorhanden, und dies war kein Vorteil für die Regierung und für die Wirkung, die wir im Lande und nach außen erwarten.

Ich darf auch ausdrücklich hinzufügen, daß wir bei unseren gestrigen Erklärungen und unseren Abstimmungen uns von dem Entschluß haben leiten lassen, die Krisenhaftigkeit nicht in die Formen des Konflikts überzuführen, weil es für Deutschland kein Heil wäre. Aber daraus sollen auch bei der Regierung keine falschen Schlüsse gezogen werden. Davor warne ich. Wir haben eine Zurückhaltung geübt, die geschichtliche Bedeutung haben wird und bis an die Grenze dessen gegangen ist, was nach unserer Meinung verantwortet werden kann.

Noch sind die Vorbedingungen für die richtige äußere und innere Politik nicht gegeben, nur die Regierung von morgen kann diese Politik machen.

Wir brauchen ein Ministerium von Männern, die begriffen haben, daß der deutsche Krieg mehr ist als ein bloßer Kampf ums Dasein. Der deutsche Krieg geht auch um Menschheitsziele. Es gibt keine Menschheitsziele, für die Deutsche nicht gearbeitet, gekämpft und gelitten haben. Die ganze Geschichte des deutschen Geistes ist ein Ringen um Menschheitsziele. Wir verleugnen durch die dauernde Betonung des rein egoistischen nationalen Zwecks unsere eigene Geschichte. Als wir den Freiheitskrieg führten, da kämpften wir nicht nur für unsere Existenz und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit, wir kämpften für das Recht und für die Freiheit, nicht nur für unser Recht und für unsere Freiheit. Aber nicht allein unsere Geschichte weist uns den Weg, die Völkerfreiheit in unseren politischen Willen aufzunehmen — es ist die politische und strategische Forderung der Stunde. Eine Nation, die mit einer so ungeheuren Kraftentfaltung die Menschheit überrascht wie wir, die kann die Welt nur mit der Größe dieser Macht aussöhnen, wenn sie deutliche Zeichen gibt, daß hinter dieser Kraft ein Weltgewissen steht. Wehe der Nation, die der ganzen Welt zuruft: Oderint, dum metuant! Sie würde schließlich unter dem Haß der ganzen Welt zusammenbrechen. Wir Demokraten haben die europäische Sen-

Digitized by Google

dung unseres Vaterlandes vom ersten Tage an gespürt, als unsere Söhne gegen den Zarismus in den Krieg gerufen wurden. Schon die 48er haben die Befreiung der baltischen Provinzen gefordert, ich weiß es von dem 48er, der mein Vater war.

Aber die Siege Hindenburgs sollten auch denen die Augen geöffnet haben, die ganz vom nationalen Egoismus verblendet waren. Hindenburg und Ludendorff haben im Osten Staatengebilde aus den Angeln gehoben und die Geschicke ganzer Völker erneut zur Entscheidung gebracht, die schon alle Hoffnung verloren hatten. Aber unsere Siege würden fruchtlos bleiben, hätten wir sie als engherzige Nationalisten erfochten. Nicht nur die erlösten Völker und die, die noch der Erlösung harren, die ganze rechtgesinnte Welt fragt uns: Kommt ihr als Unterdrücker oder als Befreier? Darauf können Worte und Proklamationen allein die Antwort nicht geben — das kann nur die Tat: Wir müssen Zeichen geben, daß wir würdig sind, für die Völkerfreiheit zu kämpfen — einen Anspruch, den die Feinde zu Unrecht erheben. Das können wir nur, wenn wir die deutsche Freiheit aufrichten und es vor aller Welt deutlich machen, daß wir nicht im Westen die Zustände einzuführen beabsichtigen, die wir im Osten beseitigen wollen.

Mit einem Wort: wir brauchen ein Ministerium des deutschen Geistes und des deutschen Volksvertrauens. Der Majorität steht nicht der Sinn nach parlamentarischen Kraftproben, wo es sich ziemt, daß alle unsere Gedanken, Sorgen und Hoffnungen darauf gerichtet sind, wie Deutschlands Heere die schwerste und blutigste Kraftprobe ihrer Geschichte bestehen. Aber diese Zurückhaltung, die uns eine klare patriotische Pflicht ist, macht die Verantwortung an den leitenden Stellen um so schwerer. Unser Volk hat es um seinen Kaiser und König verdient, daß ihm der letzte Entscheidungskampf erleichtert wird.

Notwendigkeit und Voraussetzungen des Parlamentarismus

Von H. Peus, M. d. R., Dessau

Parlamentarisches Regiment und Demokratie sind nicht dasselbe. Je undemokratischer das Wahlrecht ist, aus dem das Parlament hervorgeht, um so mehr kann ein parlamentarisches Regiment zum Gegenteil der Demokratie führen, oder um uns rein deutsch auszudrücken, um so mehr kann ein parlamentarisches Regime mit dem Volksinteresse, wenn man unter dem letzteren das Interesse wirklich des ganzen Volkes versteht, im Widerspruch stehen. Aber auch wenn das Wahlrecht ein ganz demokratisches ist, braucht das parlamentarische System darum doch noch keine Gewähr für Wahrung der Interessen des ganzen Volkes zu bedeuten, wenn nämlich das Volk es noch nicht versteht, nicht nur seinen Interessen gemäß zu wählen, sondern die Gewählten auch bei der Stange zu halten, daß sie wirklich die Interessen des Volkes wahrnehmen und nicht anderen Interessen, vor allem auch den eigenen dienstbar werden. Auch Gewählte können Tyrannen werden, auch Volksvertreter Betrüger sein.

Digitized by Google

Das Wählen ist äußerlich ein so einfacher Vorgang, der Stimmzettel ist so leicht abgegeben, und psychologisch setzt sich der Gedanke leicht fest, daß mit der Wahl der Wille des Wählers in den des Gewählten übergegangen sei, während in Wirklichkeit der Wahlakt doch ein viel komplizierterer Vorgang ist, der vielerlei psychologische Irrungen möglich macht. Insbesondere können die Wähler weit mehr in der Gewalt des Gewählten sein, als der Gewählte in der Gewalt der Wähler.

Die Sozialdemokratie ist daher auch nie geneigt gewesen, die Demokratie des bloß formalen Wahlrechts zu überschätzen, und ebensowenig hat sie vom Parlamentarismus an sich wer weiß welche Wunderleistung für das Wohl zumal der Arbeiterklasse erwartet. Die wirtschaftliche Umgestaltung, die sie vom Sozialismus erwartet, ist ihr immer viel wichtiger erschienen, erst im Verein mit dem Sozialismus erscheint ihr Demokratie überhaupt möglich und Parlamentarismus auch dann erst nützlich, wenn der Sozialismus als Macht dahinter steht.

Darum war auch die Feindseligkeit der Sozialdemokratie gegen die Monarchie von jeher nur sehr bedingt und, wo sie hervortrat, weit mehr durch persönliche Beweggründe als durch sachlichen Gegensatz erzeugt. Eine Monarchie, die es fertig bringt, sich wirklich in einigem Grade als die über den Klassen stehende objektive Macht zu betätigen, die sie heute zumal sein will, kann der Arbeiterklasse als ein durchaus erwünschtes Gegengewicht gegen rücksichtslose Klassenherrschaft gelten. Republikanische Agitation hat denn auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die doch wohl die abgeklärteste auf dem Erdenrund darstellt, gar keine Rolle gespielt. Man war sich klar darüber, daß der eigentliche Interessengegner ganz wo anders sitze.

Das parlamentarische System läuft darauf hinaus — darüber kann kein Zweifel sein und das soll man ehrlich eingestehen — die Entscheidung über das Schicksal des Volkes nicht mehr dem Monarchen zu überlassen, sondern sie in die Hände der Volksvertretung zu legen. Nicht der Monarch soll mit selbstgewählten Ratgebern oder solchen, die sich ihm aufdrängen, über das Schicksal des Volkes entscheiden, sondern die vom Volk gewählten Volksvertreter sollen mit ihrem Willen bestimmen, wie das Volk zu führen sei. Eine Feindschaft gegen die Monarchie oder gar gegen den Monarchen braucht darin nicht zu liegen. Die Monarchie hat ihren Zweck nicht in sich selber, sondern in der Tatsache ruht ihre Lebensberechtigung, daß ihre Herrschaft nicht nur möglich und wirklich, sondern auch nützlich ist. Das Volk ist nicht um der Monarchie, sondern die Monarchie um des Volkes willen da. Gestalten sich die Dinge daher so, daß die Monarchie ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen kann, weil die Aufgabe zu groß und zu schwer geworden ist, als daß sie ein einzelner Mensch allein verantwortlich tragen könnte, dann muß um der Sache willen ein stärkerer Träger der Verantwortung gesucht werden. In dieser Lage befinden wir uns aber im Grunde schon, seitdem die absolute Monarchie durch die konstitutionelle ersetzt wurde. Seit 1848 entscheidet über das Schicksal des deutschen Volkes die Volksvertretung mit. Seit

Digitized by Google

1848 haben wir das parlamentarische System insofern, als der Volksvertretung der Weg gebahnt ist, ihrem Willen im Staate sein Recht zu verschaffen. Wessen Wille sich durchsetzt, ob der des Monarchen oder der der Volksvertretung, das liegt nicht an irgendwelchen Gesetzesparagraphen, sondern das hängt ganz von den handelnden Persönlichkeiten in Monarchie und Volksvertretung ab. Der Volksvertretung Macht oder Ohnmacht ist ihre eigene Schuld, ihr eigenes Verdienst. Kein Zweifel, daß die Volksvertretung um so weniger Macht entfalten kann, je mehr sie durch Parteiung in sich zerspalten ist, und je mehr die Parteien gegen einander und gegen die Regierung sich kritisch verhalten und, statt Verantwortung zu übernehmen, sie mit der Kritik anderen zuschieben. Bisher hat der deutsche Reichstag noch keinen Regierungswillen an den Tag gelegt, seine Parteien haben sich in der Kritik erschöpft, das verantwortliche Regieren aber der von Kaiser und Bundesrat bestimmten und beeinflußten Regierung überlassen. Jede Partei hat erklärt, die Regierung mache es falsch, und jede Partei hat festgestellt, daß sie die Probe auf die Richtigkeit ihrer Auffassung nicht machen könne, weil ihr die Macht fehle. Die bekomme sie aber später. Damit schoben die Parteien selber die eigentliche Pflicht, jetzt zu regieren, der monarchischen Regierung zu. Der Reichstag war nur Mitgesetzgeber und Kontrollinstanz.

Insbesondere die Sozialdemokratie konnte auf Grund ihrer taktischen Auffassung nicht mitregieren. Sie wollte es auch gar nicht, sie lehnte die Verantwortung im Kapitalistenstaate ab. Wenn jetzt das Wort „Parlamentarisierung" immer mehr in den Vordergrund der Erörterung tritt, wenn die Volksvertretung die Forderung stellt, daß nach ihrem Willen regiert werde, so kann diese Forderung nur klarerweise dadurch Erfüllung finden, daß das Parlament an sich selber die Forderung stellt, aus sich heraus einen regierungsfähigen und sich verantwortlich fühlenden Willen zu schaffen. Besonders auch die Sozialdemokratie wird sehr wichtige Schlußfolgerungen ziehen müssen. Parlamentarisches Regiment verlangen heißt von der kritischen Theorie zur wirklichen praktischen Politik übergehen, heißt, statt zu sagen, wie es mal später werden soll, die Entscheidung treffen, was jetzt in diesem Augenblick geschehen soll und kann, heißt grundsätzlich zum praktischen Opportunismus (Politik für den gegebenen Augenblick) übergehen.

Wenn die Sozialdemokratie jetzt selber den Ruf nach parlamentarischer Regierung erhebt, so geben zwei Tatsachen dazu die Veranlassung. Einerseits traut die Sozialdemokratie der Monarchie nach den seit den Februarerlassen gemachten Erfahrungen nicht die erforderliche Macht zu, auch mit ihrem besten Willen das Gemeinwohl gegen das Klasseninteresse durchzusetzen, anderseits hält sie sich selber für berufen und verpflichtet, im Rahmen des parlamentarischen Systems alle Kraft daran zu setzen, das einseitige kapitalistische Klasseninteresse zurückzudrängen. Übrigens würde auch das parlamentarische Regierungssystem einem Monarchen, der nicht nur Monarch, sondern auch eine starke Persönlichkeit ist, reichste Gelegenheit lassen, starken Einfluß aus-

Digitized by Google

zuüben. Auch wenn die Volksvertretung die letzte Verantwortung haben will, so kann der Monarch als dauernder Träger der Staatshoheit, als ständiger Vermittler der in der Volksvertretung miteinander ringenden Mächte sehr wohl eine bedeutsame Rolle spielen. Das hängt ganz von der Tüchtigkeit seiner Persönlichkeit ab. Zum mindesten ist die Aufgabe, mit dem aus der Volksvertretung hervorgehenden oder doch von ihr unmittelbar abhängigen Minister zu verhandeln, weit interessanter und auch würdiger, als mit irgendwelchen an sich Unverantwortlichen darüber zu beraten, wie man wohl am besten regieren könne, müsse, um mit dem ewig nörgelnden Parlament leicht fertig werden zu können. Für einen Monarchen, dem das Wohl seines Volkes am Herzen liegt, der sich gerne an der Spitze eines selbstbewußten und starke regierende Kräfte hervorbringenden Volkes weiß, kann es keine Beeinträchtigung seiner Stellung sein, wenn er seine Ratgeber, ohne die er ja nicht regieren kann, in Einklang mit der Volksvertretung wählt.

An dieser Stelle wäre ein Wort darüber zu sagen, daß Parlamentarisierung der Regierung nicht bedeutet, daß nur Parlamentsmitglieder Minister werden können. Das parlamentarische System ist dann da, wenn kein Minister im Amte bleibt, den die Mehrheit der Volksvertretung nicht will. Man meint, das parlamentarische System werde wortgewandten, aber sachlich wenig unterrichteten Advokaten und Journalisten zu Sitzen in der Regierung verhelfen. Die bisherigen sachkundigen Beamten würden dadurch zurückgedrängt. Es scheint doch, daß man da gar zu sehr von Begriffen der Vergangenheit ausgeht. Sachunkundige Schwätzer dürften doch um so weniger Aussicht auf Ministerposten haben, je mehr Verantwortung mit dem Ministeramt verbunden ist. Übrigens gehören in die Regierung vor allem *Männer von klarem und starkem Willen*. Es gibt auch Beamte, die vor lauter Sachkunde nie auf eine neue Idee kommen. Ferner aber haben in Zukunft ganz andere Männer als Advokaten und Journalisten besondere Aussichten auf Ministerposten, vielmehr werden diesen die *Führer der großen Organisationen* im wirtschaftlichen und sozialen Leben, auch eine Art Beamte, entschieden den Rang ablaufen. Die Zeiten des demokratischen Kleinbürgertums sind vorbei, und damit weichen auch seine Führer, die gerade Rechtsanwälte und Journalisten waren, zurück, womit nicht gesagt sein soll, daß nicht auch in Zukunft aus diesen beiden Ständen bedeutende politische Führer des Volkes hervorgehen können. Aber auch die Führer der großen Organisationen aller Art, einschließlich natürlich der Arbeiterorganisationen, und auch der sehr bedeutsamen Gebilde der modernen *Gemeinden* werden auch parlamentarisch immer mehr in den Vordergrund gedrängt. Es ist kein Zufall, daß kürzlich zwei Oberbürgermeister großer Städte in die Regierung hineinberufen wurden. Das Bürgermeisteramt ist in den letzten Jahrzehnten zu einer ganz hervorragenden Schulung für Regierungstätigkeit geworden.

Was aber die Beamten betrifft, so gehört zur Parlamentarisierung der Regierung

Digitized by Google

unbedingt auch die Politisierung der Beamten, die volle Befreiung der Beamten von allem Gewissensdruck auf ihre politische Überzeugung. Es muß zur Selbstverständlichkeit werden, daß jeder Beamte sich zu derjenigen politischen Überzeugung bekennen darf, der er in seinem Gewissen innerlich zustimmt. Dann werden auch die Beamten in allen Parteien vertreten sein und von ihrem Sachverständnis im Rahmen ihrer politischen Überzeugung Gebrauch machen können. Die Beamten werden vor dem Volke von dem Makel befreit, daß ihre Meinung keinerlei Ansehen beanspruchen könne, weil sie von der jeweiligen Regierung sich abhängig fühlen.

Es besteht also gar kein Grund, anzunehmen, daß einer Regierung, die der Volksvertretung unmittelbar verantwortlich ist, die erforderliche Sachkunde fehlen werde, wohl aber ist zu erwarten, daß eine solche Regierung, die mit der Volksvertretung das Volk hinter sich weiß, eine Regierung des starken Willens sei, viel mehr als dann, wenn es von dem Zufall abhängt, ob der Monarch bei eigener Auswahl zufällig eine starkwillige Persönlichkeit ausfindig macht.

Die größte Reform muß aber die Volksvertretung, die in ihrem Sinne regiert haben will, an sich selber vollziehen. Das Parteiwesen, das im Volke besteht und dort auch nicht entbehrlich ist, muß in der Volksvertretung in dem Sinne verschwinden, daß unter allen Umständen ein Einheitswille der Volksvertretung erzeugt werden muß, der der Wille einer möglichst großen Mehrheit zu sein hat. Die Parteien, die ihre Vertreter in ein Parlament entsenden, das selber regieren will und soll, haben die Verpflichtung, ihre Parteigrundsätze im Parlament soweit zurückzustellen, als es die Bildung eines Willens der Volksvertretung notwendig macht. Sind die Wahlen vorüber, so ist durch die Stärke der Parteien der Wille des Volkes festgestellt. Dieser Wille ist zu respektieren. Jede Partei ist als gleichberechtigt anzuerkennen und aus dem Willen der verschiedenen Parteien ist ein regierungsfähiger Wille der Volksvertretung zu bilden. Man spottet vielfach über die widerspruchsvolle Mehrheit von Zentrum, Fortschritt und Sozialdemokratie, die so gar nicht regierungsfähig sei. Das ist sie freilich nicht, wenn jede Partei ausschließlich nach ihrem doktrinären Parteiprogramm regieren wollte. Das geht nicht, es muß eine mittlere Linie gesucht werden, auf der man sich praktisch trifft. Das ist eine unvermeidliche Notwendigkeit, die auch den Parteigenossen im Lande begreiflich gemacht werden muß. Das kann nicht schwierig sein, denn ein anderes ist, möglichst viele Parteigenossen in die Volksvertretung zu bringen, ein andres, den Willen zur Volksvertretung zur Geltung zu bringen. Wenn durch solche Klarstellung aus fanatischen Parteigenossen mehr mit Andersdenkenden rechnende Staatsbürger werden, so ist das sicher auch kein Schade. Wenn die Parteien fortfahren wollen, nur die Kritiker zu spielen, dann können sie starr bei ihren Parteigrundsätzen verharren. Wollen sie aber die Volksvertretung wirklich regierungsfähig machen, dann ist das rein parteigemäße Verfahren unmöglich. Der Zwang, eine regierungsfähige

Digitized by Google

Mehrheit zu bilden, wirkt in dem Sinne unerbittlich. Er kann aber auch nur gut erzieherisch auf die Parteien wirken. Gegenseitige Achtung, Duldsamkeit und besseres gegenseitiges Verständnis werden an die Stelle der heutigen Verhetzung treten, wenigstens muß das kommen, wenn die Volksvertretung in der Tat durch einheitlichen Willen und allgemeines Ansehen vor dem Volke zu starker Geltung kommen soll. Damit ist ein großer Gewinn verbunden. Die Politik, die heute in ihrer Entartung die besten Geister vielfach abstößt, wird dann die vornehmste Lebenskunst, für deren gutes Gedeihen alle guten Geister der öffentlichen Meinung mitwirken müssen.

Es ist davon die Rede gewesen, daß bei unsern westlichen Feinden das parlamentarische System und die Demokratie, wie wir sie im Kriege bei ihnen kennen gelernt hätten, sich in keiner Weise bewährt hätten. Einmal ist diese Behauptung nicht ohne weiteres begründet. Wir müßten es erst selber erlebt haben, daß der Feind bei uns so tief im Lande stünde, wie wir in Frankreich stehen, und wir müßten erst so viele Mißerfolge haben wie England, um darüber ein Urteil zu haben, was in solchem Falle eine Regierung zu leisten hat. Man muß doch ehrlich zugestehen, was die beiden Regierungen unter so erschwerten Umständen fertig gebracht haben, ist keine geringe Leistung.

Aber es soll gar nicht behauptet werden, daß es keine Entartung im parlamentarischen System gäbe. Das Parlament eines Volkes ist so wie das Volk selbst, es wird durch den Volkscharakter in seiner Art bestimmt. Um davon ein klares Bewußtsein zu bekommen, braucht man nur in die verschiedenen Parlamente von Berlin, London, Paris, Brüssel, Stockholm usw. einmal hineinzuhören. Wir haben nicht die Verpflichtung, Entartungen anderer Parlamente nachzuahmen. Es wird allerdings notwendig sein, daß die öffentliche Publizistik mit dem größten Nachdruck alles tut, was möglich ist, die politischen Sitten zu verbessern und einem Parlament, das zu regieren sich berufen fühlt, seine Verantwortungspflicht stets hell vor Augen zu führen. Daß wir es andererseits nötig haben, daß eine Schule für Führer des Volkes eröffnet werde, das zeigt uns doch eben die jetzige Kriegszeit. Wir haben hervorragende militärische Führer. Daß wir aber Überschuß an politischen und insbesondere diplomatischen Kräften hätten, das können wir gewiß nicht behaupten. Diese Kräfte können aber nur wachsen, wenn den Volksvertretern die Aufgabe gestellt wird, diese Führer entweder selber zu stellen oder doch bei ihrer Auswahl maßgebend mit tätig zu sein. Erst wenn der Reichstag berufen ist, das Recht auf Führung des Volkes zu verleihen, wird er selber für Männer, die solche Führerbegabungen haben, ein geeigneter Ort der Betätigung sein. Heute ist er viel zu sehr eine Stätte breiter Beredsamkeit.

Das parlamentarische System ist auch bei uns unerläßlich, um das deutsche Volk mit einheitlicher Geschlossenheit dem Ausland gegenüberzustellen, es ist unvermeidlich, um eine gewisse Festigkeit auch in der innern Politik zu sichern. Darum wäre unendlich viel gewonnen, wenn es dahin kommen könnte, daß nicht mehr darüber

Digitized by Google

gestritten werden müßte, ob das parlamentarische Regierungssystem überhaupt einzuführen sei, sondern wie es für die Volkswohlfahrt möglichst vollkommen ausgestaltet werden kann. Nicht das ist kluge Politik, Widerstand unter allen Umständen zu leisten, auch dann, wenn der Widerstand letzten Endes vergeblich sein muß, sondern, dem was da kommen will und kommen muß, die vollkommenste Form zu geben. Jede Partei ist berufen und befähigt, an dieser Aufgabe mitzuwirken. An sich will keine Partei die Volksvertretung für die Regierungsführung zur Ohnmacht verdammen. Darum aber sollten alle Parteien sich darüber einigen: Die Volksvertretung muß für ihre Aufgabe, das Volk zu führen, so sehr wie möglich befähigt werden. Das sollte aller Parteien gemeinsames Ziel sein!

Brief an die „Deutsche Politik"

Zur innerpolitischen Lage gehen uns von einem führenden Parlamentarier folgende Ausführungen über die inneren Beweggründe der Politik der Mehrheitsparteien zu:

Die kurze Reichstagstagung hat eine verwirrend große Zahl von Zwischenfällen gebracht, die, weil sie der Reihe nach die Portefeuilles verschiedener Ressortchefs berührten, jeweils an der Festigkeit der Reichsregierung gerüttelt haben. Da die Reichsregierung schon zuvor in ihrer Politik nicht sicher erschien, so pflanzten sich jene Einzelerschütterungen unwillkürlich auf die Reichsregierung als Ganzes selbst fort. Am schwersten war der Stoß am vorigen Dienstag.

1. Die Regierung hatte an diesem Tage das Rechtsgefühl des deutschen Volkes gegen sich aufgebracht. Sie bediente sich als Waffe im parlamentarischen Redekampf der Andeutung des Hochverrats, obwohl sie wußte, daß der Reichsanwalt wegen des unzureichenden Materials eine Anklage gegen die drei Abgeordneten zu erheben widerraten hatte. Naumann sprach als das Gewissen Deutschlands.

2. Die Regierung hat sich diesen drei Männern gegenüber ins Unrecht gesetzt und ihnen damit eine ganz neue Beleuchtung in den Augen der deutschen Arbeitermassen gegeben. Die Unabhängige Sozialdemokratie war gerade lahm gelegt durch die neue Kriegszielproklamierung der Entente; wer Elsaß-Lothringen fordert, der schafft im deutschen Volk eine Atmosphäre, in der Männer nicht gedeihen, die den Frieden um jeden Preis fordern, und unseren Waffen kein Glück wünschen. Nun stehen sie als Märtyrer vor der Öffentlichkeit, und ihr Pathos klang zum ersten Male nicht so hohl wie sonst.

3. Die Regierung hat — ebenfalls als Waffe im Redekampf — über die Vorkommnisse in unserer Flotte dunkle und irreführende Andeutungen gemacht, die dazu angetan sind, die trügerischen Hoffnungen der Feinde auf unseren inneren Zusammenbruch zu ermutigen. Vom Grafen Westarp bis Scheidemann weiß jeder Abgeordnete, daß er auf den Geist und die Zucht unserer Flotte stolz sein kann. Über die Versionen, die heute Reuter von den Zuständen in der deutschen Flotte verbreitet, wird die englische Marine am meisten lächeln — sie weiß Bescheid, aber die feindlichen Völker wissen nicht Bescheid, und ihre Kriegshetzer haben eine neue und unerwartete Waffe in die Hand bekommen. Die politische Spannung ist nach Vertagung des Reichstags größer als je.

Man kann eine Spannung nach den Gesetzen der parlamentarischen Physik auf doppelte Art lösen: Entweder durch ein Votum der Volksvertretung, welches der Regierung ihr Vertrauen oder ihr Mißtrauen ausspricht. Der erstere Weg kam nicht in Frage, denn einmal würde keine einzige Partei des Reichstages am Schluß der Tagung der Reichsregierung ein generelles Ver-

Digitized by Google

trauensvotum ausgesprochen haben, und zum zweiten kann die Reichsregierung grundsätzlich kein Vertrauensvotum fordern, weil sie nach einer immer noch nicht aufgegebenen Tradition das Vertrauen des Parlaments nicht offen zur Grundlage ihrer Amtsführung machen soll. Bleibt der zweite Weg des Mißtrauensvotums. Dies ist der offene Konflikt im Parlament, — das fordern die Sozialdemokraten. Aber diesen Weg zu gehen, kann und will sich der bürgerliche Teil der Majorität nicht entschließen. Dafür sprechen folgende Gründe: Die bürgerlichen Parteien sind der Überzeugung, daß das Ministerium von morgen eine neue Periode der deutschen Geschichte einleiten wird in der inneren wie in der äußeren Politik. — Sie ziehen es daher vor, daß die bedeutsame Wendung vor sich geht im vertrauenden Einverständnis aller politischen Machtfaktoren in Deutschland. Eine Lösung aus dem freien Entschluß der Krone ist willkommener und tragkräftiger, als eine ertrotzte Lösung; sie ist verheißungsvoller für die Zukunft und heilsamer für die Gegenwart. Ich fasse zusammen:

1. Die Forderung, die im Parlament erhoben worden ist nach einem „Ministerium des deutschen Geistes und des deutschen Volksvertrauens" wird heute überall im Lande laut. Wir brauchen diese Regierung auch für die Zeit nach dem Frieden, vor allem aber gerade heute, weil der Krieg noch dauert. Das ist heute keine Forderung der Parteipolitik. Wen prinzipielle Gründe nicht überzeugen, der möge sich wenigstens von dem Gesichtspunkt der militärischen Zweckmäßigkeit leiten lassen. Unsere Heimatfront muß so fest sein wie die Front draußen. Dann, aber nur dann, werden wir den Entscheidungskampf siegreich bestehen.

2. Man schreckt vor dem offenen Konflikt auch deshalb zurück, weil Wilson als amerikanisches Kriegsziel die deutsche Uneinigkeit proklamiert hat. Das Ehrgefühl des deutschen Volkes mag Wilson keine Schadenfreude bereiten: Man erkennt in dem Ratschlag, einen Konflikt herbeizuführen, die Hoffnung des Feindes auf die Schwächung der deutschen militärischen Kraft.

3. Der Reichstag ist es der Front schuldig, daß er ihr nicht auf die Nerven geht. Die Soldaten draußen haben das Vertrauen, daß sich bei gutem Willen, in gemeinsamen Beratungen die Schwierigkeiten lösen lassen, und darum werden sie kein Verständnis dafür haben, daß Machtproben erzwungen werden.

4. Es gibt aber noch schlimmere Dinge als den Konflikt. Das ist das Treibenlassen des Staatsschiffes im gegenwärtigen Fahrwasser. Wir wollen es nicht wahr haben, daß die Führerkraft nur noch im deutschen Heere lebt. Die Majorität hofft darauf, einem Manne folgen zu können, der auf Grund einer klaren Willensrichtung ihr Vertrauen hat, und damit das Recht und die Macht, die Führung in der Hand zu behalten, die ihm dann keine Parteigruppierung streitig machen wird.

Notizen

Michaelis — Capelle. Aus dem Felde, wo neben der alldeutschen Propaganda seit dem 21. Juli — das zeitlich mit dem Abgang Bethmann Hollwegs und der Friedensresolution des Reichstags zusammenfallende Datum ist historisch nicht ohne Bedeutung — die amtliche Aufklärungsarbeit blüht, flattert in immer größeren Massen ein Flugblatt in die Heimat, das die Überschrift „Himmeldonnerwetter" trägt. Darin heißt es unter anderem: Jedesmal beim Eintreffen der Zeitungen packt die Soldaten eine geheime Angst. Was für einen Krakeel werden sie — natürlich die Reichstagsabgeordneten — nun wieder angezettelt haben? An welchen Grundpfeilern unseres staatlichen Daseins wird gerade die Sprengpatrone gelegt? usw. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob diese Stimmung im ganzen Heere obwaltet; zu uns dringen wahrlich auch andere, sogar ganz andere Stimmen. Aber wundern sollte es uns nicht, wenn

Digitized by Google

angesichts der letzten Vorgänge im Reichstage sich im ganzen Lande die geheime und quälende Angst verbreitete: was mögen unsere leitenden Staatsmänner nur wieder für Unheil anrichten! Es war schon von Übel, wenn der Kriegsminister von Stein bei der Interpellation wegen der Vaterlandspartei aus der mehr soldatischen als politischen Empfindung heraus, daß der Hieb die beste Parade sei, allerlei Gerüchte über Unstimmigkeiten zwischen Hindenburg und Ludendorff aus obskuren Flugblättern, von denen kein Mensch hierzulande etwas wußte, an das Tageslicht zog. Es war von größerem Übel, daß der Vizekanzler Helfferich durch sein schroffes und gereiztes Auftreten — zum wievielten Male eigentlich? — einen Bruch mit dem Reichstage provozierte. Der Übel größtes aber war die Art und Weise, wie der Reichskanzler Michaelis und der Staatssekretär v. Capelle am 9. Oktober die traurigen Vorkommnisse in der Marine als ein politisches Kampfmittel ausbeuteten. Es wird jetzt verbreitet, daß der Staatssekretär v. Capelle, insofern er seine Mitteilungen über die Vorkommnisse zu Beschuldigungen gegen die Abgeordneten Haase, Dittmann und Vogtherr von der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion ausweitete, den Absichten des Reichskanzlers nicht entsprochen habe, und es wird im Zusammenhang damit der bevorstehende Rücktritt Capelles angekündigt. Wir können demgegenüber nur in das Urteil der alldeutschen „Deutschen Zeitung" einstimmen: „Eine moralische Stärkung erfährt das Charakterbild des Reichskanzlers durch die Opferung Capelles nicht." Der Reichskanzler ist es doch gewesen, der dem Staatssekretär des Reichsmarineamts das Stichwort zu seinem Auftreten gegeben hat; er ist es auch gewesen, der nicht nur auf die drei beteiligten Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion, sondern auf die ganze Partei mit ihren Hunderttausenden von Anhängern ohne Not den Schatten der Mitschuld und Mitverantwortung warf. Vor allem aber hat der Kanzler die Bedeutung der beklagenswerten Vorgänge, natürlich ohne es zu wollen, aufgebauscht, indem er sagte: „Es handelte sich um alles. Es mußte der Widerstand gebrochen werden. Es war ein kritischer Moment": Worte, die doch den Eindruck erwecken müssen, als habe die revolutionäre Bewegung in der Marine einen höchst bedenklichen Umfang erreicht. Da war das, was Capelle sagte — es habe sich nur um einige wenige Leute an Bord unserer Flotte gehandelt, die das Beispiel der russischen Revolution nachzuahmen geplant hätten; die umlaufenden Gerüchte seien aber maßlos übertrieben; die Schlagfertigkeit der Flotte sei nicht einen Augenblick in Frage gestellt gewesen — weit klüger und staatsmännischer. Dr. Michaelis kann nicht einmal zu seiner Entschuldigung anführen, daß er von den Ausfällen der Unabhängigen Sozialdemokraten, die die Vorgänge in Wilhelmshaven in die Debatte gezogen hatten, überrascht worden sei. Der Gegenstand ist ja offensichtlich schon vorher in einem parlamentarischen Ausschuß, sei es im Siebener-Ausschuß, sei es im Hauptausschuß, verhandelt worden, so daß der Kanzler über die absolute Untunlichkeit, den Gegenstand im Plenum zu erörtern, vollauf unterrichtet sein mußte. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß die Frage, ob eine Strafverfolgung gegen die drei Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg eingeleitet werden könne, schon lange vor dem 9. Oktober von allen maßgebenden Instanzen, insbesondere von dem zuständigen Reichsanwalt auf das sorgfältigste untersucht worden ist, und zwar mit absolut negativem Ergebnis; sonst hätte eben die Anklage erhoben und der Antrag auf Aufhebung der Immunität der Abgeordneten gestellt werden müssen. Unter diesen Umständen hätte die Regierung, die die Provokation der Unabhängigen Sozialdemokraten mit mathematischer Sicherheit voraussehen mußte und vorausgesehen hat, die Vorkommnisse rechtzeitig in der Presse auf eine Weise bekanntgeben sollen, die eine üble Wirkung möglichst ausschloß. Statt dessen hat sie ihre Enthüllungen sorgfältig aufgespart, um sie im denkbar ungeeignetsten Moment und in denkbar ungeschicktester Weise als ein Kampfmittel in die Wagschale zu werfen. Die Art, wie es geschah, widerspricht schlechthin dem ele-

Digitized by Google

mentarsten rechtlichen Empfinden des Volkes. Niemals darf man Tote, auch wenn sie auf Grund eines Gerichtsurteils erschossen hat, als Zeugen aus dem Grabe heraufbeschwören, wo keine Möglichkeit mehr besteht, sie mit denen zu konfrontieren, deren Mitschuld nur durch sie erwiesen werden kann? Wir sind überzeugt, daß das unbefangene Volksempfinden unbeschadet des Abscheues, den es vor jedem vaterlandsverräterischen Treiben hat, mit einem klaren und entschiedenen Nein antwortet. Und zu dieser moralischen Bloßstellung des kanzlerischen Vorgehens gesellt sich der schwere Schade, den es uns im Ausland zugefügt hat. Wie wird die Äußerung von dem „kritischen Moment", die in der Retouchieranstalt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" allerdings in Fortfall gekommen ist, von der Ententepresse ausgebeutet werden! Die englischen und französischen Zeitungen triumphieren: „Was bei der deutschen Marine geschah, sei offenbar ein Wendepunkt des Krieges"! Der „kritische Moment" muß viel, viel schlimmer wirken, als die „kriegsverlängernde" Friedensresolution vom 19. Juli. Wahrlich, der „Deutschen Vaterlandspartei", die gegen die Friedensresolution des Reichstags fortgesetzt das ärgste Trommelfeuer aufführt, bietet sich jetzt ein weit dankbareres Feld für ihre Betätigung. Der Reichskanzler ist auf dem besten Wege, die Reichstagsmehrheit, die in der Öffentlichkeit viel angegriffen war, vollständig herauszupauken. Vielleicht ist das auch der Grund, weshalb die Mehrheit am Schluß der Tagung so still und friedlich auseinandergegangen ist. Ein Mißtrauensvotum, ein ungestümes Verlangen nach dem parlamentarischen Regime hätte in ihrem Sinn in diesem Moment nur geschadet und das, was kommen muß, aufgehalten. Das bureaukratische System Michaelis' mit seiner Unklarheit und Ungeschicklichkeit gräbt sich so sicher, so konsequent sein eigenes Grab, daß jedes Nachhelfen vom Übel wäre.

Das neue russische Kabinett. Die russische Revolution zeitigt einen Ministerverbrauch, der nicht viel hinter der zarischen Regierung zurückbleibt. Bereits das vierte Mal ist es nötig geworden, ein neues Ministerium zusammenzustellen. Nach französischem Muster sind es dabei immer dieselben Männer, die nur in anderer Reihenfolge zur Regierung herangezogen werden. Wiederum ist zwar Kerenski für unentbehrlich angesehen worden. Wiederum aber ist es ihm nicht gelungen, ein Koalitionskabinett aus führenden Männern des bürgerlichen und sozialistischen Lagers zu bilden. Sowohl die Kadetten als auch die Sozialisten, die Kerenski unterstützen, haben sich nicht entschließen können, ihre besten Pferde aus dem Stalle zu holen. Weder Miljukow, Schingarew, Roditschew von den Kadetten, noch Zeretelli, Tscheidse, Skobelew von den Sozialisten sind in die Regierung eingetreten. Ein Blatt der Maximalisten, die die ganze Koalition der Sozialisten mit den bürgerlichen Elementen auf das lebhafteste bekämpfen, spottet über dieses Kabinett, in das die beiden Parteien nur „Schleichpatrouillen" abgesandt hätten, um den Gegner zu beobachten. In diesem Kabinett der Unbedeutendheiten sind außer Kerenski nur der Handelsminister Konowalow zu nennen, der als Führer der Moskauer Großkaufmannschaft schon einmal diesen Posten unter Kerenski inne hatte, ihn damals aber wegen Übergriffen der Sozialisten in sein Ressort aufgab. Ferner der Bauernführer Awksentiew, der bisher das Ministerium des Innern verwaltete und jetzt das der Landwirtschaft übernommen hat. Das wurde bisher von seinem Fraktionsgenossen, dem Sozialrevolutionär Tschernow zum großen Unbehagen der Besitzenden geleitet, weil er mit großer Rücksichtslosigkeit auf die Enteignung des gesamten Großgrundbesitzes lossteuerte. Zum Schlusse wäre noch zu erwähnen, daß Tereschtschenko das Amt des Minister des Äußern beibehalten hat. Er ist es noch nicht müde geworden, die sozialistischen Taktlosigkeiten auch den fremden diplomatischen Vertretungen gegenüber mit seinem Namen zu decken. Die jetzige Kabinettsbildung bedeutet also höchstens einen Waffenstillstand im Kampfe der beiden Lager um die Regierung. Daß die Kadetten nach wie vor gewillt sind, bei ge-

Digitized by Google

gebener Gelegenheit wieder auf eigene Hand Politik zu treiben, geht auch daraus hervor, daß drei ihrer bedeutendsten Rechtsanwälte und Dumamitglieder Maklakow, Teflenko und Adshemow ostentativ die Verteidigung Kornilows übernommen haben. Noch mehr Gefahr droht freilich der Koalitionsregierung von seiten der Maximalisten, die Kerenski und alle Parteien, die seine Politik unterstützen, aufs heftigste angreifen. Gerade in den letzten Wochen hat diese Partei bedeutsame Fortschritte in ihrem Kampfe um die Macht gemacht. Den Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat, der bisher eine minimalistische Mehrheit aufwies, haben sie bereits erobert. Auf der demokratischen Konferenz spielten sie eine bedeutende Rolle, zumal der linke Flügel der Sozialrevolutionäre unter Tschernow oft mit ihnen geht. Auch auf dem bevorstehenden Kongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte wollen sie energisch den Kampf gegen Tscheidse und Zeretelli aufnehmen, die noch bisher im ständigen Ausschuß dieses Verbandes die Führung besitzen. Gelingt ihnen letzteres — und es ist nicht völlig ausgeschlossen, — so ist es mit Kerenski und der Koalitionsregierung zu Ende. Rußlands innere Politik nähert sich also kritischen Tagen.

Neuerscheinungen

Bücher über Luther

Die vierhundertste Wiederkehr des Geburtsjahres der Reformation fällt in eine Zeit neuer weltgeschichtlicher Orientierung. Das enthebt die Beurteilung Luthers der Begrenzung durch die religiöse Überzeugung seiner Betrachter. Der Weg, den der kluge Jesuit Grisar (Professor in Innsbruck) mit seinem großen gelehrten Lutherwerk beschritten hat: den unbeugsamen Tatsachen der Vergangenheit auch darin gerecht zu werden, daß die historischen Folgerungen der Reformation nicht verleugnet werden, kann unter Wirkung der Zeitereignisse auch von denen begangen werden, die von ihrer religiösen Anschauung aus in Luther den Gefallenen, den Abtrünnigen, den Ketzer sehen. Die menschlichen Seiten seiner Persönlichkeit brauchen nicht mehr die einzigen versöhnenden Momente zwischen den streitenden Parteien zu sein. Zum Zauber seiner Persönlichkeit, zur religiösen Innigkeit seiner deutschen Schriften, der Festigkeit seiner Kundgebungen, der die Herzen gewinnenden Freundlichkeit und der gewaltigen, alle Widerstände niederzwingenden Kraft, von denen Grisach bewundernd erzählt, kann jetzt auch die vorurteilslose Würdigung der weltpolitischen Wirkungen sich gesellen, die wir Luther verdanken. Karl Jentsch hat in einem Aufsatz über Luther in der „Neuen Rundschau" vom Jahre 1912 gesagt: der Streit über Luther sei aus der Arena haßerfüllter Kämpfe mit Knüppeln und Giftpfeilen allmählich ins Laboratorium leidenschaftsloser wissenschaftlicher Analyse überführt worden. Wir können heute den Satz wagen, daß die innere deutsche Einigkeit Luther aus dem Laboratorium ins Leben, aus der Umstrittenheit auf den Boden der inneren und äußeren Einheitlichkeit gestellt hat, die der Krieg für Deutschland erbracht hat.

Freilich kommen die Bücher, die Luther zu Ehren in dem Gedenkjahre erschienen sind, von protestantischer Seite. So gleich die bequeme Zusammenstellung deutscher Gedanken und Gedichte aus vier Jahrhunderten, in der sich der Wandel im Urteil über Martin Luther durch die Jahrhunderte spiegelt. (G. Manz, Martin Luther in deutschem Wort und Lied. Berlin, Verl. des Ev. Bundes, M. 2.50.) Aber von der hier ausgebreiteten Fülle der Zeugnisse großer Männer über ihren Eindruck von der Persönlichkeit Luthers wird auch der bezwungen werden, der auf der Gegenseite noch immer einen Rest Gegnerschaft in sich trägt. Denn nicht wenige Männer der Vergangenheit haben aus Luthers Persönlichkeit das Bewußtsein und den Willen zur Größe gezogen. So Hebbel, wenn er aus Luthers Leben die Lehre gewinnt: die Gefahr erzeuge Löwen. So Jean Paul, wenn er Luthers Prosa eine halbe Schlacht heißt. So Goethe, wenn er, den Blick auf Luther gerichtet, an Rochlitz am 1. Juli 1817 schreibt: „Wir können unseren Luther nicht höher ehren, als wenn wir dasjenige, was wir für Recht der Nation und dem Zeitalter ersprießlich halten, mit Ernst und Kraft, und wäre es auch mit einiger Gefahr verknüpft, öffentlich aussprechen." Vor allem aber ist es die Wirkung der Persönlichkeit Luthers auf Bismarck, die uns durch die Verhältnisse der Zeit nahe tritt. Denn auch er war ein Kämpfer nach innen und außen und er hat aus seinen Eindrücken der Kindheit mit dem thüringischen Land nicht nur die Wartburg und die Bibelübersetzung, sondern auch das Bild Luthers mit in sein Leben und Streiten als ein stilles und stetes Vorbild hinübergenommen. Die Schrift von Bezzel: Luther — Bismarck (Müller & Fröhlich,

Digitized by Google

München) gehört hierher, und auch die Darstellung von Bismarcks Leben und Schaffen in einem Romanzyklus durch Karl Hans Strobl, von dem zwei Bände: „Der wilde Bismarck" und „Eisen und Blut" bei Staackmann, Leipzig, herausgenommen sind, mag man in den Tagen mit besonderem Nutzen lesen, die dem Andenken Luthers gewidmet sind.

Im übrigen betrachten die Bücher, die zu Ehren Luthers herausgekommen sind, Persönlichkeit und Auftreten von verschiedenen Seiten. Ein einfaches, anspruchsloses Lutherbild entwirft Dr. H. Mosapp („Dr. Martin Luther und die Reformation", Westermann, Braunschweig). Von der rein menschlichen Seite sieht ihn eine nichtgenannte deutsche Frau, die ihren „Bekenntnissen zum Reformationsjahre" den frauenhaften innigen Teil vorangesetzt: Warum ich Luther lieb habe. (F. H. Perthes Gotha.) Ein „Buch für das deutsche Volk zum Reformationsjubelfest 1917" ist die Schrift von Otto Schulze „Dr. Martinus", (F. H. Perthes, Gotha) eine aus den Quellen aufgebaute volkstümliche Darstellung des Lebens und Wirkens Luthers. Die vornehmsten literarischen Denkmäler sind zwar Bücher, die das Bildnis Luthers aus eigenen Werken aufbauen. Wie einfach groß, echt feierlich wirkt das Lebensbild, das Dr. Franz Etzin Luther aus dem symbolisch starken Lutherbilde Lucas Cranachs vom Jahre 1540 und aus eigenen Schriften, Briefen, Reden und den zeitgenössischen Quellen gibt („Luther", F. A. Perthes, Gotha M. 3.—), denen Luthers Bild noch vertraut, lebendig, achtungsgebietend vor Augen stand. Welch unmittelbaren tiefen Eindruck von dem Reichtum und der Tiefe des Geistes erhalten wir durch die Auswahl aus Luthers Schriften, die Martin Rade für die Sammlung „Die Religion der Klassiker" herausgegeben hat, (Hutten-Verl., Berlin M. 4.—) indem er Luthers theologischen, staatlichen, menschlichen Anschauungen in sachlich geordneten Gruppen durch einzelne Sätze aus seinen Schriften belegt. Luther ist, wie Rade im Vorwort sagt, „unter den großen Unbekannten, die wie die Sterne am Himmel unserer Geisteswelt leuchten, einer der Größesten und Unbekanntesten". Die Weitschichtigkeit und sprachliche Schwierigkeit seines Werkes mag daran schuld sein. Jetzt, wo man im Auszug einen „echten Luther" hat, hat man dafür keine Entschuldigung mehr. Kleine Beiträge, die das Bild Luthers oft scharf und hell aus den kleinen Vorkommnissen des Lebens beleuchten, gibt die Sammlung „Anekdoten und Kernsprüche", die bei R. Lutz (Stuttgart) erschienen ist. „Luthers Frühzeit", seine Universitäts- und Klosterjahre als die Grundlage seiner geistigen Entwicklung, stellt, soweit, sie sich in ihrem tatsächlichen Verlauf für uns übersehen läßt, Th. Th. Neubauer dar. (Erfurt, Verlag Keyser.) Luthers Werk in seinen Nachwirkungen würdigt Dr. Hermann Schulz „Was wir der Reformation zu verdanken haben" (Ev. Bund, Berlin geb. M. 2.—). Die Lust am Arbeiten und an der Wahrheit, der Wille zur Einigung der Volksgenossen stehen dabei voran. Nicht nur aus dem Geist der Reformation, wohl aus dem Geist unserer Zeit stellt der Verfasser die Frage, die bejahen zu können sein herzlichster Wunsch ist: Wird der Fortgang der Reformation gelingen? Wird „vor dem Wahnsinn dieses Krieges und derer, die ihn begonnen haben, vor dieser grenzenlosen Verleugnung ihrer höheren Sittlichkeit, vor dieser wüsten Entfaltung der menschlichen Selbstzucht, der Glauben an ein Walten des Rechts bestehen können?" „Werden wir Treitschkes Forderungen in seiner Politik erfüllen, die Luther geistesverwandt sind: daß richtig verstandene Macht, d. h. schaffende, bauende, fördernde Macht, die mit dem sittlichen Geist verwandt ist und an die Stelle des Schlechten, das Gesunde an die Stelle der Fäulnis setzt, in Wahrheit neues Recht erzeugt?" Adolf von Harnack hat für die Stadt Berlin zum 31. Oktober 1917 eine Festschrift verfaßt, die Martin Luther im Rahmen der Grundlegung der Reformation betrachtet (Weidmann, Berlin M. 1.—). Der Schwerpunkt liegt auf den Kämpfen, in denen sich das Leben des Reformators abgespielt hat. „Um zu zeigen, warum sie nötig waren und wie gewaltig und herzbewegend der Mann gewesen, der sie geführt hat." „Das Reformations-Jubiläum soll Luthers Bild aufs neue vor Augen führen, damit wir Kraft gewinnen und Treue halten." „Luthers Bedeutung für uns liegt nicht nur in seinem Werke, das sich immer wieder aus sich selbst erneut — sie liegt auch in seiner Persönlichkeit, die als Vorbild und Kraft über die Jahrhunderte hin in unserm Vaterlande fortwirkt. Unter allen echten und großen Deutschen ist er der echteste und größte."

Am unmittelbarsten baut der Pfarrer Emil Fuchs sein Bild von „Luthers deutscher Sendung" (Mohr, Tübingen M. —.80) in die gegenwärtige Zeit. Er will durch das geistige Bild Luthers „deutschen Idealismus verdolmetschen, Liebe zum deutschen Volk und seiner Arbeit wecken, deutsche Frömmigkeit pflegen". Auch ihm wird Luther zum einigenden Symbol seines Volkes. Wie ihn soll auch uns jene innerste Notwendigkeit zur Gemeinschaft zwingen. „Wir sind nicht wir selbst, wenn wir unser Inneres nicht irgendwie zu einer Gestaltung in der äußeren Wirklichkeit bringen. Das ist für jeden Menschen das Bilden der eigenen Überzeugung und das Finden einer Überzeugungsgemeinschaft. Das bedeutet für jeden Menschen die Gestaltung einer Lebensgemeinschaft in Ehe, Familie und Volk und Staat. — Und deshalb ist jeder Mensch mit gewaltiger Liebe gebunden an das Volk, an die Heimat, die ihn in seinem innersten Wesen bildete. In ihr nur kann er seinem innersten Wesen nach den

Digitized by Google

Widerklang und das Verstehen finden, ohne das er verkümmern muß. — Der Staat und seine Formen, alle Lebensformen der Volksgemeinschaft sind geschaffen von denen vor uns, die Träger derselben geistigen Art vor uns gewesen sind. In ihnen ruhen die Anknüpfungspunkte für das, was wir nun begehren als Weiterentwicklung dieser Gemeinschaft zu einem Sein, in dem unser Wesen seine volle Auswirkung und seine innere Befriedigung findet. Wie mächtig gestaltend hat Luther auf die Staatsbildung des deutschen Volkes gewirkt. Durch die Kirche hat er den Staat zur Erziehungsanstalt für inneres Wesen und sittlichen Willen gemacht. Nie mehr hat der deutsche Staat diese Pflicht von sich abwälzen können. Er ist für uns ein Gebilde, das eine gewaltige Verpflichtung für das geistige Wohl eines jeden seiner Untertanen fühlt und fühlen muß. Was in Friedrich Wilhelm I., in Friedrich dem Großen und in dem ganzen Gebilde des preußischen Staates als ernstes, starkes, erzieherisches Pflichtgefühl lebt, das ist aus diesem seinem Geiste. Durch ihn ist preußisches Beamtentum mit seinem innerlichen, starken Pflichtgefühl gebildet. Dieser Geist hat in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht zu der Volkssache und Sache der Volkserziehung gemacht, die sie ist. Dieser Geist schuf die Ideale westlicher Demokratie und zu der von unten aufsteigenden aus kleinen zu großen Gebilden fortschreitenden Selbstverwaltung. Er lebte in Stein. Er lebt in der sozialen Gesetzgebung und ihrem Verantwortungsgefühl für jeden einzelnen Staatsbürger. Er lebt in den Idealen der Sozialdemokratie, die nur in Deutschland so gewaltig Boden finden konnten, wo ein ganzes Volk schon längst weiß, daß der Staat keine Gemeinschaft gemeinsamen Nutzens ist, daß der Staat die gemeinschaftliche Sorge für die Hebung der Innerlichkeit des Volkes sein soll."

Zum Schlachtruf nationaler Leidenschaft wird das Lebensbild Luthers in dem Sonderabdruck der 3. Auflage der „Deutschen Kirchengeschichte" A. Kirschs (E. Wiegandt, Leipzig), und auch Pfarrer D. Ernst Cremer benutzt die Betrachtung „Weltkrieg und Reformationsjubiläum" zu „nationalen" Mahnungen. (Hamburg, Agentur des Rauhen Hauses.) Mit Berufung auf Luther und Religion wird dem alldeutschen Gedanken von Gewalt nach außen und Reaktion nach innen das Wort geredet: „Es muß uns sehr ernst stimmen, wenn wir sehen, daß in unserm Volk Kreise mehr und mehr Einfluß gewinnen, die fürchten, wir könnten zu sehr siegen. Woher diese undeutsche Gesinnung bei Deutschen? Woher diese sentimentale Scheu zu herrschen, wo Gott die Herrschaft gibt, zu annektieren, was Jahrhunderte hindurch deutsches Land war, und vielleicht wirklich noch etwas mehr? Sie kann doch nur darin ihren Grund haben, daß man nicht wünscht, daß der Geist in der Welt mächtig wird, der noch in Deutschland die Führung hat." „Die Aussicht auf die zunehmende Demokratisierung Preußens, das in demselben Augenblick die Jesuiten zuläßt, eröffnet die Aussicht auf eine Zeit, da sich mit dem Massenansturm des Unglaubens die ganze Klugheit und Entschlossenheit des geborenen und geschworenen Feindes unserer Kirche vereinigen wird, um dieselbe jeden Einflusses auf unser Volk zu berauben, ja ihr, wenn es möglich wäre, völlig den Garaus zu machen. Aber Triumph dieser unserer Feinde würde es sein, wenn das Gedächtnisjahr der deutschen Reformation das Jahr der deutschen Revolution würde. Werden sie diesen Triumph erleben?"

Prof. D. C. Mirbt nimmt das Lutherjubiläum zum Anlaß für eine Schrift „Mission und Reformation" (Bertelsmann, Gütersloh). Aus der Lehre Luthers sucht er uns in der Aufgabe zu bestärken, die deutsche Mission weiterhin den deutschen Kolonien selbstlos dienen zu lassen. Dr. phil. Aug. Graf v. Pestalozza veröffentlicht „Montagsandachten im Lutherjahr 1917". Mit Dichtung und Wahrheit über Luthers Werdegang beschäftigt sich Leopold Cordier. Luther und Fichte stellte in einer Schulrede Arthur Hofmann zusammen. Emil Zeißig schildert Luther „den treuen Diener seines Volkes, den ersten Prediger der Glaubensfreiheit, den Schöpfer der neuhochdeutschen Schriftsprache und den Vater allgemeiner Schulgedanken". (Herm. Beyer, Langensalza.) Die erste volkstümliche, kritisch durchgesehene und erläuterte Ausgabe der Werke Luthers ist im Urtext in der Klassikerbibliothek des Bibliographischen Instituts (Leipzig) herausgekommen. Sie bringt ausgewählte, vollständige deutsche Schriften und gibt ein vielseitiges Bild von Luthers schriftstellerischer Tätigkeit und ihrer kulturgeschichtlichen Bedeutung. (Drei Bände geb. M. 9.—.)

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50 Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Diplomatie und deutsche Politik 1369
Aall, Das Schicksal des Nordens 1376
Deißmann, Die Negermassakers in Amerika 1384
Schulze-Gävernitz, Verständigungsfrieden und Reichstags-Resolution 1386
Brief an die „Deutsche Politik" 1392
Notizen / Neuerscheinungen 1394

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang | 26. Oktober 1917 | Heft 43

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Die neuesten Bände der

Memoirenbücherei

Karoline Bauer:
Aus meinem Bühnenleben

Mit 4 Bildnissen in Mezzotinto und Mattautotypie

Pappband Mark 7.—, Halbleder Mark 10.—, Ganzleder Mark 20.—

Es ist das Leben einer schönen, geistvollen, an den Prinzen von Koburg, späteren Belgierkönig, unglücklich verheirateten und tragisch vereinsamten Künstlerin, aus deren lebendigen Erinnerungen heraus sich uns ein Bild aus der Kultur- und Theatergeschichte Berlins unter Devrient und des Theaterlebens der übrigen europäischen Zentren entwickelt. An dem Leben dieser geistvollen, mit allen bedeutenden Persönlichkeiten ihres Jahrhunderts vertrauten Frau sollte man nicht länger vorübergehen. — Das Buch ist herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von Karl von Hollander. — Es enthält 8 Bildbeigaben.

In Kürze erscheinen:

Prinz Louis Ferdinand von Preußen

Ein Lebensbild in Tagebüchern und Briefen

Ausgewählt und mit einer Einleitung versehen von Dr. Hans Wahl. Mit zahlreichen Bildnissen, einem Faksimile der Handschrift und einem Faksimile einer Komposition des Prinzen.

Es ist das Ziel dieses umfassenden Buches, die geniale und heldenhafte Gestalt des Fürsten so hinzustellen, daß er nach Möglichkeit selbst das Wort hat oder die, die ihm im Leben, Empfinden und im Tode nahe standen. Dieses Leben, das reich war durch Freundschaften und Begegnungen mit großen Menschen wie Goethe, Fouqué, Madame de Stael, Rahel Varnhagen, von der Marwitz — reicher noch durch seine in glühenden Briefen zum Ausdruck kommende Liebe zu der schönen Pauline Wiesel. Die Briefe des Prinzen an sie gehören mit zu den temperamentsprühendsten Liebesbriefen, welche wohl je geschrieben sind. Auch im politischen Leben seiner Zeit stand er im Mittelpunkt. Über die letzten Stunden und den Heldentod des Prinzen bei Saalfeld erhalten wir völlig neue Kunde aus dem stimmungsschweren Bericht seines treuen Adjutanten, aus einer Urkunde, die hier zum erstenmal aus dem Königlichen Hausarchiv ans Tageslicht tritt. — Historische Überleitungen verbinden die Dokumentenreihen zu einer der anregendsten Gesamtbiographien unserer Literatur.

Preise wie Karoline Bauer

Der Dichter und die Welt
Briefe von Hans Christian Andersen

In elegantem Pappb. Mark 7.—, in Halbpergament Mark 10.—
Ausgewählt, übertragen und herausgegeben von Else v. Hollander
Mit einem Bildnis nach einem alten Stahlstich

Die Sammlung bietet eine Auswahl aus dem ungeheuren Briefmaterial, aus welchem uns neben dem lebendigen Bild der Persönlichkeit des Märchendichters ein hochinteressantes zeitgeschichtliches Dokument des vorigen Jahrhunderts gegeben wird. Andersen, der stark beteiligt war an der geistigen Entwicklung seines Volkes und mit Fürsten, Dichtern und Politikern von Bedeutung in engster Fühlung lebte, war auch in Deutschland ein hochgeachteter Gast. Unter seinen Freunden, mit denen er in häufigem Briefwechsel stand, waren unter anderen Großherzog Carl Alexander von Weimar, Franz von Dingelstedt, Klaus Groth, Adalbert von Chamisso und Björnsterne Björnson. Das Buch wird allen Freunden des Dichters eine willkommene Gabe sein, denn dieses „Märchen seines Lebens" bietet nicht den schlechtesten Teil seiner künstlerischen Produktion.

Die Memoirenbücherei ist durch jede gute Buchhandlung zu beziehen oder direkt vom

Gustav Kiepenheuer Verlag, Weimar

7. Jahrgang • 26. Oktober 1917 • Heft 43

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Diplomatie und deutsche Politik

Von Dr. Paul Rohrbach

Ich erhielt folgenden Brief:

Jena, d. 7. Okt. 1917

Sehr geehrter Herr Doktor!

Die „Deutsche Politik“ und Ihre Aufsätze darin sind mir ein angenehmes Orientierungsmittel geworden. Wenn ich mich heute mit vollem Vertrauen persönlich an Sie wende, so geschieht dies einerseits, um Ihnen etwas abzubitten, — denn ich war einmal Ihr Gegner. Andererseits erkenne ich aus Ihrem Gedankengange eine Richtung, die man sonst bei unseren deutschen Politikern vermißt. Ihr Weg ist, soviel ich bis heute erkenne, der Weg, den wir nehmen müssen, um zu wirklicher Weltpolitik zu kommen. Ich schreibe Ihnen, um Ihnen einmal die Lage und die Hoffnungslosigkeit anzuvertrauen, die mich und noch viele verständige Menschen beherrschen.

Einmal auf dem kleinen chilenischen Dampfer „Aysen“ von Valparaiso nach Iquique fanden sich im Rauchsalon einige deutsche Herren zusammen und sprachen von der Heimat. Im Laufe der Unterhaltung fiel Ihr Name, und es kam zu Meinungsverschiedenheiten. Sie sollten den deutschen Klubs in Südamerika einige Wahrheiten gesagt haben, die die Mehrzahl nicht gelten lassen wollte und ich auch nicht. Nur ein alter Herr aus Bolivien sagte: Rohrbach hat recht! 1914 kam ich von drüben, um mich einige Monate zu erholen. Da brach der Krieg aus, und da ich nicht militärdienstfähig bin, so hatte ich Muße, zu studieren: erst das Erhebende und jetzt das Niederziehende, Häßliche, weswegen wir und manchem in meiner Lage in letzter Zeit oft der Mut ausgeht.

Ich komme also mit viel Vertrauen zu Ihnen und möchte wissen, was Ihre Meinung von unserer Lage und unserer Zukunft ist? Bei der Hilflosigkeit unserer Diplomatie — ich erinnere an den letzten Fall des Grafen Luxburg — braucht sich niemand im Lande zu wundern, wenn Kenner äußerer Verhältnisse das Vertrauen und die Hoffnung verlieren. Unser Volk im allgemeinen merkt bei seiner geringen politischen Schulung gar nichts von der Wichtigkeit solcher traurigen Vorkommnisse. Man geht darüber zur Tagesordnung über und verscherzt die Zukunft eines 70 Millionen-Volkes. Wenn es Ihre Zeit erlaubt, sehr geehrter Herr Doktor, so bitte ich um eine Meinungsäußerung und empfehle mich Ihnen inzwischen als

Ihr ganz ergebener

(gez.) E. Keßler.

Digitized by Google

Hierauf meine Antwort:

Sehr geehrter Herr Keßler!

Den „Aysen" kenne ich gut. Ich bin 1913 auf ihm von Panama nach Lima gefahren, und wir hatten auf ihm einen Vorschmack unserer heutigen Kriegsernährung. Was die deutschen Klubs angeht, so habe ich meines Wissens nur einmal in der deutschen „La Plata-Zeitung" eine kleine Erfahrung behandelt, die ich mit meiner Frau im Klub von Buenos-Ayres machte und die uns allerdings etwas wunderte. Sonst habe ich die deutschen Klubs, namentlich an der Westküste, nur im besten Andenken. Aber diese Dinge sind jetzt ja alle lange vergangen und wir haben von Wichtigerem zu reden, als von Ihrer einstigen Kritik an meinen Reisegedanken. Sie brauchen ja da mir nichts abzubitten: wer an den Weg baut, hat viele Meister.

Nun wollen Sie meine Meinung hören, wie es mit der deutschen Zukunft stehe. Ich werde oft in Zuschriften von Lesern der „Deutschen Politik" darnach gefragt und ich muß allmählich wohl annehmen, daß mir ein freundlich gesinnter Kreis zutraut, ich hätte etwas zu sagen. Ob es mir gelingen wird, dieses Vertrauen zu rechtfertigen, weiß ich nicht; da ich aber nun schon so oft darauf angeredet bin, will ich es versuchen.

Ihr Brief beklagt sich über unsere Diplomatie. Das ist ein wichtiger Punkt für die Fragen unserer nationalen Zukunft, aber doch nicht der wichtigste. Unsere diplomatischen Fehler und Mißerfolge sind nur Symptome für tiefer sitzende Schäden, Symptome dafür, daß wir geistig noch nicht in das Weltvolkstum hineingewachsen sind, zu dem wir uns in materieller Hinsicht entwickeln. Aber gut, bleiben wir zunächst bei unserer deutschen Diplomatie. Sie leidet an zwei inneren Mängeln, die ihr vielfach auch dort eigen sind, wo Persönlichkeiten von bestem Wollen die Geschäfte führen. Mit gelegentlichen Ausnahmen, die sich durch angeborenes Talent erklären, fehlt unseren auswärtigen Vertretern das Verständnis dafür, wie wichtig es ist, nicht nur mit dem engeren Kreise der Regierung, sondern auch mit den bewegenden Kräften der öffentlichen Meinung eines fremden Landes Fühlung zu halten. Ein Stück der öffentlichen Meinung ist die Presse. Den deutschen Diplomaten liegt es selten, weder daheim noch draußen, mit Presseleuten frei und geschickt zu verkehren. Die Presse ist ihnen ihrem Gefühl nach etwas mehr oder weniger Unangenehmes, was besser gar nicht da wäre, womit man sich — unstandesgemäßerweise im Grunde — abgeben, womit man verkehren muß, da es eben Einfluß hat. Unsere Durchschnittsdiplomaten denken alle: wie schön könnte unser Beruf sein, wenn man nichts mit den ekligen Zeitungen zu tun hätte!

Umgekehrt denkt und handelt der englische und französische Diplomat. Er geht mit Lust und Befähigung auf das Psychologische in der Politik aus, er spürt alle Gelegenheiten auf, um Fühlung mit den Schattierungen des öffentlichen Urteils in dem Lande, wo er tätig ist, zu bekommen. Er spielt mit Geschick und kordialem Behagen, nicht selten mit der Meisterschaft des Genies auf dem Instrument der Presse.

Digitized by Google

Es ist ein großer Irrtum, sich einzubilden, daß Engländer und Franzosen immer gleich mit groben Bestechungen in der Presse arbeiten. Das haben sie meist gar nicht nötig. Dem Entente-Diplomaten ist der Journalist keine Figur, mit dem man sich nur notgedrungen abgibt, den man unwillkürlich fühlen läßt, daß er vom Standpunkt der diplomatischen Exklusivität in eine niedere Welt gehört, sondern der Journalist ist ihm ein wichtiger, vollwertiger, und wo erforderlich, durchaus eingeweihter Bundesgenosse für jeden verfolgten Plan. Der nichtdeutsche Diplomat ist ebenso wie der Presse, so auch gegenüber der ganzen übrigen Gesellschaft des Landes, in dem er arbeitet, lebhafter, schmiegsamer, interessanter, einflußreicher, vor allen Dingen aber psychologischer und daher beliebter, als der deutsche. Das kommt daher: er ist nicht eingesponnen in den versteinerten, bei uns aber leider noch lebendigen, alle psychologische Befähigung im voraus tötenden Begriff der Exklusivität, des erhabenen Gefühls einer weltenweiten gesellschaftlichen Aussonderung von der übrigen Menschheit. In dieses wird unsere Diplomatie schon mit ihrem grünsten, hinter den Ohren noch feuchten Nachwuchs eingetaucht. Die Atmosphäre, in der unsere diplomatischen Anwärter aufwachsen und die sie nachher überallhin mitnehmen, ist ein Stück vornehm sein sollendes Krähwinklertum aus der Zeit, wo die Staatskunst eine Hofkunst war, und die Menschen für um so gottbegnadeter galten, je näher den Hof- und Staatsgeschäften sie atmen durften. Anderswo ist man mit dieser Chineserei fertig, wenigstens für den Gebrauch in der praktisch-politischen Vernunft. Der deutsche Diplomat aber läuft oft genug noch mit diesem ihm selbst unsichtbaren, von anderen Leuten aber weithin erkannten pomadisierten Wergzopf auf dem Rücken umher. Das Schlimme ist eben, daß er ihn nicht sieht. Daher verstehen die Herren oft auch nicht, was man von ihnen will, wenn man sie kritisiert.

Der zweite Fehler ist die ungeeignete Vorbildung und das viel zu geringe Wissen vieler deutschen Diplomaten: politisch-historisch, volkskundlich, wirtschaftlich. Woher sollen sie es auch haben, bei der unzureichenden Schulung, die sie genießen, und bei dem unseligen System, sie auf dem ganzen Erdball umherzuversetzen? Früher, z. B. als Bismarck preußischer Gesandter in Petersburg war, konnte der Diplomat allerdings seiner Aufgabe genügen, wenn er Fühlung mit den obersten persönlichen Spitzen der Regierung hielt, wo er beglaubigt war. Das waren die einfachen Zeiten, wo es in den meisten Ländern noch keine elementaren, rasch fortschreitenden politischen Lebensvorgänge bei den Völkern gab, wo die Politik, namentlich die auswärtige, noch wirklich von einem kleinen Kreis maßgebender Persönlichkeiten gemacht wurde. Wie anders aber steht es damit heute! Das nationale und staatliche Leben ist in den letzten 50 Jahren überall unendlich verwickelter geworden, seine Wirkungen drängen sich mit der stärksten Energie in die Politik jedes größeren Staatswesens hinein. Unsere Diplomatenarbeit und unsere Diplomatenvorbildung laufen aber immer noch nach dem alten Schema, und es ist traurig zu sehen, wie hilflos und unwissend viele unserer

Digitized by Google

Vertreter den allgemeinen Verhältnissen der Länder gegenüberstehen, in die man sie geschickt hat. Das Flickwerk, mit dem man seit einiger Zeit hier zu bessern sucht, taugt nichts.

Die Vorbildung soll verbessert werden. Das geht aber nicht, wenn man es bei einer allgemeinen Vorbildung für alle diplomatischen Erfordernisse bewenden lassen will. Kein Mensch kann den Stoff in sich aufnehmen, den er brauchen würde, um Universaldiplomat zu sein. Die Kleinigkeit Rechts- und Staatswissenschaft, die jetzt die Grundlage der Diplomatenschulung bildet, bedeutet heute nur noch sehr wenig im Vergleich zu der Masse von Dingen, die einer beherrschen müßte, wenn er überall im diplomatischen Sattel gerecht sein will. Man muß daher die Methode wechseln. Man muß abgegrenzte Gebiete des diplomatischen Dienstes und der diplomatischen Vorbildung schaffen: das lateinische Amerika, das britische Gesamtreich, die Union, Ostasien, den Orient, Rußland usw. Für jeden dieser Bezirke gehört eine besondere bis in die Tiefe greifende Vorbildung. Man darf nicht jemanden von Kalkutta nach Bogota oder von Buenos Ayres nach Peking versetzen.

Aus dieser Einteilung des auswärtigen politischen Dienstes nach Regionen müssen natürlich die Spitzen, die Botschafterstellen bei den großen Mächten, ausgenommen und der freien Verwendung hervorragender Einzelpersönlichkeiten vorbehalten bleiben. Die höchsten Aufgaben der Politik sind überhaupt nicht durch bloße Schulung, auch die denkbar beste nicht, zu bewältigen, sondern sie sind Sache des Genies. Dieses aber wird stets imstande sein, ja es wird an dieser Befähigung erkannt, sich untergebener geschulter Kräfte zu bedienen. Das ist auch die einzige Art, in der die Geschäfte des Staats im Mittelpunkt, bei der obersten Reichsleitung, geführt werden können. Es kann heutzutage keinen Reichskanzler und keinen Staatssekretär des Auswärtigen mehr geben, der selber die Summe der politischen Materialien beherrscht, auf deren Kenntnis die verantwortlichen Entscheidungen beruhen. Das zu fordern, wäre unverständig und unbillig. Fordern müssen wir aber, daß nicht unwissende, einseitige oder halbwissende Menschen an den Stellen sitzen, wo das Material für Kanzler und Staatssekretäre vorbereitet wird. In dieser Beziehung ist es leider nicht möglich, über den Stand der Dinge bei uns beruhigt zu sein. Sowohl die ungenügende Vorbildung, als auch die exklusiv-beschränkte Denkweise unserer Durchschnittsdiplomaten, die nur das Gegenbild der geistigen Beschränktheit unseres Kleinbürgertums aus früherer Zeit ist, verschulden es, daß innerhalb unserer Politik im ganzen wie im einzelnen mitunter Entscheidungen von großer Tragweite getroffen werden, ohne daß den entscheidenden Stellen alle notwendigen Tatsachen gegenwärtig sind. Ich bin mir bewußt, welch ein Vorwurf das ist, aber ich bin nicht in der Lage, ihn abzuschwächen oder zu unterlassen, denn ich glaube seit lange genügende und genügend überprüfte Beobachtungen gemacht zu haben, um sowohl das erstaunliche Nichtwissen als auch die ebenso erstaunliche persönliche Ungeeignetheit nicht weniger deutscher Diplomaten auf dem Felde

Digitized by Google

ihrer Arbeit bezeugen zu können. Schmerzlich zu sagen für einen Deutschen, aber Verschweigen hilft leider nichts — um so weniger, als im Weltkriege Proben der Unwissenheit, ja des Nichtwissenwollens und der Nichtbefähigung geliefert worden sind, über die später die öffentliche Abrechnung nicht ausbleiben kann.

Natürlich gibt es unter den deutschen Diplomaten auch Männer, denen wegen ihres Wissens ebenso wie wegen ihrer Charakterfreiheit die größte Achtung gebührt. Ich fürchte aber, es ist nicht die Mehrzahl. Wie sollte das auch erwartet werden können bei der mangelhaften und trotz gelegentlichen Nachdenkens über Besserung immer noch gedankenlosen Methode der Ausbildung und bei dem Geist beschränkten, nicht einmal auf Leistungen, sondern auf das seelische Ausdörrungsprodukt der Exklusivität gegründeten Hochmuts, der nur zu sehr in unserer Diplomatie sein Wesen treibt? Hier liegt auch der Grund für die Sorge, daß es möglicherweise nicht so leicht bei uns besser werden könnte. Unsere Diplomatie hat ein gut Teil der Schläge verdient, die sie in diesem Kriege getroffen haben. Vielleicht aber kommt ihr von da aus, unter Mithilfe der öffentlichen Kritik, auch die Einsicht, wo sie versagt hat und warum sie versagt hat: In jedem Fall ist es Sache der Nation, zu fordern, daß die schweren organisatorischen Mängel beseitigt werden. Dieser Teil der Aufgabe ist sogar verhältnismäßig einfach. Die psychologische Umkehr allerdings, die wird schwerer sein. Man wird dazu bei der inneren Tüchtigkeit des deutschen Charakters und bei der überlegenen Technik der Auslandsdiplomatie in die Schule gehen müssen, und man wird vielleicht dort anknüpfen können, wo bisher unsere besten politischen Erfolge gereift sind und wo auch diplomatisch Gutes geleistet wurde, z. B. im Orient.

Ich habe länger über die Diplomatenfrage geschrieben, weil die Fragen und Klagen, auf die ich antworten soll, fast alle von den Schäden an dieser Stelle ausgehen. Zur Staatskunst gehört aber noch mehr, als selbst eine noch so gute auswärtige Vertretung der nationalen Interessen. Zum wirklichen Staatsmann gehört vor allen Dingen ein sicheres Gefühl, ich möchte sagen, ein unfehlbarer Instinkt für das Weltgeschichtliche. Er muß die Geschehnisse zu befragen verstehen, so daß sie ihm Rede stehen. Wie oft habe ich mit Politikern, Diplomaten und Nichtdiplomaten, über Dinge gesprochen, denen ich zufällig ein längeres und eindringlicheres Studium zugewandt hatte, als sie — z. B. russische! Fast immer konnte man nach wenigen Augenblicken des Gesprächs an der Fragestellung der Gegenseite merken, ob das weltgeschichtliche Moment, die großen Zusammenhänge, erkannt waren, geahnt wurden, oder nicht. Allerdings, es gibt auch Leute, die fragen überhaupt nicht, sei es weil sie es für unter ihrer Würde halten, die Vorstellung aufkommen zu lassen, es könne sie jemand belehren (zumal einen Diplomaten!), sei es weil ihrer in begnadeten Harmlosigkeit nicht einfiel, es könne wissenswerte politische Dinge geben, die sie nicht wüßten. Von diesen aber wollen wir nicht reden.

Richtig zu fragen auf Gebieten, wo die Einzelvorstellungen noch fehlen, sind nur

Digitized by Google

bedeutende Menschen fähig. Unter den heutigen Verhältnissen denke ich dabei an eine Sache, bei der es so recht deutlich hervortritt und bei der zugleich unendlich viel für uns darauf ankommt, ob jemand den weltgeschichtlichen Charakter der Fragestellung erfaßt, um die es sich handelt. Ich meine die Ukraine und das russische Fremdvölkerproblem. Wie man an leitender deutscher Stelle über die ukrainische Frage denkt, ist mir nicht bekannt. Ursprünglich war man ihr gegenüber in weitesten Kreisen bei uns nicht ganz von dem Empfinden frei, das jedem aus seinem Schülerleben bekannt ist, wenn er sich gegen eine als unbillig empfundene Zumutung, unterrichtet zu sein, mit der protestierenden Antwort wehrt: Aber das haben wir ja gar nicht gehabt! Nun ja, die Ukraine werden die meisten von uns, auch die Staatsmänner, bis zum Weltkrieg nicht „gehabt" haben. Beim Examen in praktischer Weltgeschichte wird aber nicht darnach gefragt, was in den Lehrplänen stand oder nicht stand, nach denen wir Unterricht nahmen. Wer den Ereignissen in der Ukraine nicht instinktiv anmerkt, daß hier ein Stück Weltgeschichte in Wiederanknüpfung an längst versunken geglaubte Geschehnisse anhebt, der versteht die Gegenwart des Weltkrieges nicht als Staatsmann zu befragen — und was für die Ukraine gilt, das gilt auch für die ganze Frage der russischen Fremdvölker. Die Weltgeschichte ist am Werk, einen gewaltigen Umbau vorzunehmen. Sie hat nichts dagegen, unsere Staatsmänner, wenn sie ihr den Befähigungsnachweis bringen, als Architekten dabei anzustellen. Man hört aber, bei unserer Regierung beständen Bedenken, sich um den Baumeisterposten zu bewerben, weil letzthin bei den Kommunalwahlen in einigen ukrainischen Städten die Ukrainer nicht die Mehrheit erreicht hätten. Das hält man für ein gewichtiges Zeichen gegen die Bedeutung des ukrainischen Verlangens: los von Moskau! Hier scheint die Fähigkeit der Fragestellung nicht gerade weltgeschichtlich entwickelt zu sein.

Der zweite Instinkt, den der Staatsmann der deutschen Zukunft braucht, ist der für die moralische Linie, die in der großen Politik (ja, auch in der Politik!) unter allen Umständen festgehalten werden muß. Die weltgeschichtlichen wie die moralischen Linien vermögen nur feine, freie und wissende Geister zu erkennen — Exklusivität taugt nichts dazu, sie macht unwissend und unfrei. Bei uns gilt es jetzt, zum zweitenmal mitten im Kriege, einen neuen Leiter der Reichspolitik zu finden. Wir stecken überdies in einer Gefahr, die fast noch größer ist, als die, unbefähigte Diplomaten in der auswärtigen Politik ertragen zu sollen. Der Geist des 4. August ist bei uns in Gefahr; es sind starke Feinde gegen ihn aufgestanden, die ihn töten, die statt seiner den Klassengeist wieder in Deutschland lebendig machen wollen, und der letzte Vorstoß war wissend oder unwissend in dieser Richtung gezielt. Wie tüchtig hat sich demgegenüber die Sozialdemokratie auf ihrem Parteitag gehalten! War es nicht eine Freude, ihr nationales Bekenntnis und ihre politische Besonnenheit in allen praktischen Fragen zu verfolgen? Trotzdem werden gegen ihre Stellung in der politischen Arbeitsgemeinschaft der Nation Minen gelegt. Das ist vielleicht der einzige, jedenfalls aber ein

Digitized by Google

sicherer Weg für uns, am letzten Ende den schon gewonnenen Krieg noch zu verlieren. Hier hebt sich die Aufgabe des Mannes, den wir suchen, weit über alle Diplomatie aus der bloßen Diplomatenkunst auf die höchste Stufe des Staatssittlichen: der Wahrheit eine Gasse wie dem Frieden! Der Wahrheit und auf dem Wege zur Wahrheit dem Vertrauen!

Ein früherer Staatsmann bietet sich jetzt mit Eifer an, den Reichswagen zu lenken: Fürst Bülow. Er hält sich für fähig, ihn durch alle die Schwierigkeiten zu führen, die uns umdrängen. Trotzdem ist er nicht der rechte Mann, denn dem Vertrauen, aus dem allein der Friede kommen kann, wird er die Gasse nicht bahnen, weder nach außen noch im Innern. Er mag noch soviele Politiker empfangen, bei Zeitungsleuten werben, noch soviel Kandidaten finden, die an Portefeuilles aus seiner Hand glauben — er wird im Innern nur als „Ferment der Dekomposition" wirken, und die Feinde draußen werden sagen: das ist der Mann der Politik mit dem doppelten Boden, die Deutschland jetzt machen will! Fürst Bülow ist ein Diplomat, aber keine moralische Figur großen Stils. Er kann sagen und selber von sich glauben, was er will — er hat doch, als er unsere Politik lenkte, die sittlichen Antriebe nie vorangestellt, und er müßte jetzt zuviel von dem verleugnen, was er früher betrieben hat. Fürst Bülow will alle Parteien auf sich einigen, er verspricht allen etwas von dem, was sie möchten, er will der Mann der Reichstagsmehrheit und der Alldeutschen sein, und er wird nichts erreichen, als den Abmarsch aller derer aus positiver politischer Arbeit, die ihm nicht trauen, und die Auslöschung der Friedensbereitschaft bei den Gegnern, soweit sie sich jetzt eben zu regen beginnt.

Fürst Bülow glaubt, die Parteien der Mehrheit dadurch zu gewinnen, daß er sich für eine Vermehrung des parlamentarischen Einflusses stark macht, und er rechnet zugleich auf die alldeutsche Rechte, weil er sich zutraut, einen Frieden zu erreichen, dessen Grundriß sich die Alldeutschen gefallen lassen. Beide Rechnungen sind falsch. Wenn Fürst Bülow wissen will, welch eine Wirkung seine Kanzlerschaft auf die Feinde Deutschlands hervorrufen wird, so mag er sich an die Aufnahme seines Buches über die deutsche Politik in den Ländern der Entente erinnern. Sie lautete einstimmig: Hier empfiehlt sich der Kanzler der Alldeutschen! Was aber die Parlamentarisierung angeht, so werden ihre Freunde im Reichstag sie am allerwenigsten mit dem Fürsten Bülow machen wollen, und die Freunde des Fürsten Bülow werden mit ihm alles andere eher machen wollen, als die Parlamentarisierung. In solchen aufs höchste gespannten Augenblicken eines weltgeschichtlichen Kampfes ist und bleibt die einfachste und älteste Weisheit die beste, und diese alte Weisheit lautet: Ehrlich währt am längsten!

Wenn wir uns in Diplomatie und Politik hierzu in wahrhaft großen Zügen hindurcharbeiten, so wird uns auch der Glaube an unsere Zukunft wiederkehren.

In diesem Vertrauen grüßt Sie aufrichtig Ihr ergebener Paul Rohrbach.

Digitized by Google

Das Schicksal des Nordens

Von Dr. Herman Harris Aall, Christiania

Zur Einleitung. Im Sommer dieses Jahres erschien in Christiania ein Buch, das man — wenn ich, um die Meinung in Kürze klar zu machen, einen platten Ausdruck gebrauchen darf — ruhig zu den literarischen Sensationen des Weltkrieges rechnen darf. Es heißt „Nordens skjaebne", zu deutsch: „Das Schicksal des Nordens", und sein Verfasser ist ein bekannter und angesehener norwegischer Jurist und Rechtsphilosoph: Dr. Herman Harris Aall. Ein Norweger: dies wolle man wohl im Auge behalten. In Norwegen hat sich die öffentliche Meinung, wenigstens soweit sie in der Presse zum Ausdrucke gelangt, so überwiegend und in solchen Formen zugunsten der Entente erklärt, daß ihre Haltung mit den Anforderungen der Neutralität kaum noch zu vereinen ist; und die Regierung hat die Karten, die sie gegen England in der Hand hatte — und sie hatte mehrere sehr gute Karten — so geschickt verspielt, daß sie das Land in völlige wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von England versetzt hat. Und gerade in diesem Lande erscheint nun ein Buch, das zweierlei beweist: erstlich, daß der deutsche Rechtsstandpunkt im Kriege, einschließlich der umstrittensten Fragen, wie des Einmarsches in Belgien und des U-Boot-Krieges, unanfechtbar ist; und sodann, daß die Ententepolitik für die skandinavischen Staaten, und insonderheit für Norwegen, eine unmittelbare dringende Bedrohung und Lebensgefahr bedeutet. Ich sage: beweist; denn die auf gründlicher Kenntnis beruhenden, mit seltener Umsicht geführten Darlegungen Aalls sind, wie auch Professor Rudolf Kjellén anerkannt hat, in seltenem Grade bündig und unwiderlegbar. Ich hoffe, daß sich eine deutsche Ausgabe der vortrefflichen Schrift wird ermöglichen lassen; einstweilen sei hier als Probe ein kürzerer Abschnitt daraus mitgeteilt, in dem ein Hauptgedanke des Buches entwickelt wird und der geeignet erscheint, von Geist und Methode des Buches eine Anschauung zu vermitteln. Dr. Albert Dresdner

1. Es ist kein Zufall, daß die beiden Reiche Rußland und England sich zu einem Bündnis gefunden haben. Sie sind seit langem Geistesgenossen gewesen, ihr äußeres Bündnis ist der selbstverständliche Ausdruck einer inneren Zusammengehörigkeit, die nur der Schein verbarg.

Die politischen Pläne der einen dieser Großmächte gegenüber Norwegen—Schweden waren vor dem Kriege bereits auf gutem Wege zu ihrer Vollendung.

Aber der Krieg hat einen anderen Verlauf genommen, als man hoffte. Und im jetzigen Augenblick würde Rußland—England schwerlich damit gedient sein, die tapferen schwedischen und norwegischen Heere gegen sich zu haben. Folglich versichern Rußland—England beim Himmel, bei ihrer eigenen fleckenlosen Vergangenheit und was sonst in der Eile erdacht werden kann, daß nichts jemals ihrem Willen und Gedanken ferner gelegen haben könne, als die Abscheulichkeit, sich an der skandinavischen Halbinsel zu vergreifen. Und folglich können wir ihnen nicht trauen, sondern müssen erst untersuchen, was ihre Interessen als wahrscheinlich andeuten, und ob es etwa früher vorgekommen sein sollte, daß sie bei ihrer Ehre usw. im Westen versichert und im Osten gehalten haben.

Im Jahre 1856 gingen England—Frankreich den bekannten Vertrag mit Norwegen—Schweden darüber ein, daß wir in keiner Weise Rußland Rechte irgendwelcher Art über irgendeinen Teil unserer Länder einräumen sollten. Diese historische Tatsache gibt Anlaß zu Erwägungen.

Digitized by Google

Zu diesem Zeitpunkte sind die beiden Länder also davon ausgegangen, daß Rußland wünschte, sich Herrschaft über norwegisch-schwedisches Land zu verschaffen. Welchen Grund haben sie dazu gehabt?

Rußland ist bekanntlich das zweitgrößte Reich der Welt. Es hat von Raub gelebt; in den letzten Jahrhunderten sind nicht 10 Jahre vergangen, ohne daß es neues Gebiet von der annähernden Größe unseres Landes sich unterworfen hätte; es breitet sich vom Stillen Meere im Osten bis zur Ostsee im Westen und erstreckt sich vom nördlichen Eismeer bis gegen die persische Bucht im Süden. Hier jedoch wird es aufgehalten, im Südosten von englischen Interessen, im Südwesten bei Konstantinopel von türkisch-österreichisch-deutschen, im Nordwesten von Schweden und Norwegen. Dieser Zustand war für Rußlands Interessen unerträglich. „Das russische Reich", sagt ein russischer Professor, „wird seine Eroberungspolitik fortsetzen, bis es seine natürlichen Grenzen gefunden hat." Aber Rußlands natürliche Grenzen werden nur von den umgebenden Weltmeeren bezeichnet: vom Stillen Meer im Osten zum Atlantischen Meer im Westen, und vom Eismeer im Norden zum Indischen Meere im Süden. Rußland hat keine anderen „natürlichen Grenzen", als die umgebenden Weltmeere. Der ausgeprägte Eroberungsdrang, von dem es geleitet wird, wäre an sich selbst Grund genug. Es kommt jedoch mehr hinzu, der Grund, den der russische Professor Mitrofanow in den „Preußischen Jahrbüchern", April 1914, in der Weise aufführte: „Wir fühlen uns von allen Seiten, von der Türkei, von Schweden (Norwegen und Schweden), von Österreich eingeengt und versperrt — und wir sind enschlossen, uns den Platz zu verschaffen, der uns zukommt."

2. Das Gesetz für Rußlands Ausbreitung ist der Satz vom geringsten Widerstande und dem größten Gewinne. Wo der Gewinn am größten ist, wird die Eroberung versucht, begrenzt von der Rücksicht auf die Schwierigkeiten. Wo der Widerstand am geringsten ist, wird sie auch versucht, begrenzt von der Rücksicht auf die Wertlosigkeit.

Würde eine Eroberung Nordnorwegens Rußland Werte bringen? Unzweifelhaft. Nordnorwegen hat mächtige Eisenlager, einige der größten Kupferfelder Europas mit Kiesmengen, wie sie wenige andere Länder besitzen, mit einer für den Transport so günstigen Lage, daß sie beinahe einzig ist. Es hat außerdem einige der größten Fischereien Europas, eine tüchtige Seebevölkerung, die die Bemannung der russischen Handelsflotte (die einen der schwächsten Punkte in der Großmachtstellung Rußlands bildet) sichern könnte. Außerdem hat es jetzt reiche Kohlenlager auf Spitzbergen, nur zweieinhalb Tagereisen von Tromsö. Die Entfernung von Petersburg nach Narvik ist nahezu dieselbe wie von Petersburg nach Alexandrowsk, nämlich 1190 bezw. 1100 km. Aber für Rußland können die Vorteile, die mit Alexandrowsk verbunden sind, keinen Vergleich mit dem Besitze Narviks aushalten. Das kann man schon aus der erhöhten Versicherungsprämie ersehen, die die Schiffe für die Fahrt

Digitized by Google

nur bis Finnmarken zu bezahlen haben. Die Entfernung z. B. von Edinburg nach Narvik ist ungefähr 1800 km, die von Edinburg nach Alexandrowsk 2700 km, also halbmal mehr, und dieser Abschnitt ist ebenso schwierig und gefahrvoll, wie die beiden ersten zusammen. Außerdem aber liegt Narvik nicht weit von Drontheim, das einer der größten Häfen der Welt ist oder doch mit Leichtigkeit werden kann. Das wäre also die Rücksicht auf die Entfernung vom Weltmarkt und Weltverkehr des offenen Meeres und die Rücksicht auf einen guten Hafen an diesem Meere.

Rußlands peinliche Lage hat endlich während des Krieges kritischen Charakter erhalten. Das war, als Dänemark seine Sunde für den Verkehr sperrte. Dadurch ist Rußland in die Ostsee eingeschlossen, seine Bundesgenossen von ihm abgesperrt. Und damit ist Rußland zur See Deutschland preisgegeben. Deutschland beherrscht die Ostsee. Falls Rußland ans Atlantische Meer grenzte, würde dessen Verkehr mit der Außenwelt nicht von deutschen U-Booten haben zum Stehen gebracht werden können, wenn er auch gehemmt worden wäre. Der Krieg würde wahrscheinlicherweise einen anderen Verlauf genommen haben, wenn Rußland gegen das Atlantische Meer hin hätte frei atmen können; und ein neuer Krieg wird wahrscheinlicherweise anders ausfallen, falls Rußland Gelegenheit dazu bekommt.

An diesen Werten können die Interessen Rußlands am Besitze Nordnorwegens gemessen werden. „Dagsposten" in Drontheim brachte denn auch am 22. März 1916 einen Artikel mit der Frage, ob Rußland die Absicht habe, Nordnorwegen zu kaufen. Die Frage hatte ihre Gründe: es ist kein Geheimnis, daß innerhalb politischer Kreise Rußlands Pläne über den Weg bestanden haben, sich einen Ausgang zum Atlantischen Meere zu öffnen.

3. Aber England?

Als Frankreich und Rußland Bundesgenossen wurden, entstand eine Flankengefahr für Skandinavien; und diese Flankengefahr hat sich zu einer Umschließung ausgebildet, als England sich im Jahre 1904 mit Frankreich und im Jahre 1906 mit Rußland verbündete. Später ist die Umschließung noch vollständiger geworden: England befestigte mit Eifer in den späteren Jahren die Shetlandsinseln und die Orkneyinseln und errichtete dort starke Flottenstationen (Scapa Flow, Kirkwall, Lerwick). Die Absicht war deutlich für alle, die etwas von der Weltpolitik ahnen. Während dieses Krieges hat es die Nordsee gesperrt. Nun will es die Aalandsinseln in Pacht nehmen. Beide Westmächte fürchten Rußland. Aber die Furcht hat in der Richtung Nord nicht denselben Charakter wie in der Richtung Süd. Die Ausbreitung gegen Westen und Nordwesten ist für sie nicht gefährlich, wohl aber Rußlands Bewegung gegen Südwesten und Süden. Deshalb führten sie den Krimkrieg und schlossen Rußland ein ins Schwarze Meer.

Und aus demselben Grunde hielt England im Jahre 1878 den siegreichen Marsch Rußlands nach Konstantinopel auf und beraubte es der wichtigsten Ergebnisse des Sieges über die Türkei.

Digitized by Google

Gründe, die diese englische Politik bestimmten, waren sehr einfache und gewiß
ge: es war die Furcht davor, daß Rußland sich bis nach Indien ausdehnen und
land aus diesem reichen Lande verdrängen könnte. Die Gründe sind noch immer
handen, sind aber nun, nach 1878, durch zwei neue Gründe verstärkt worden:
nglands Interessen in Ägypten und Persien.

Augenblicklich ist das Verhältnis also so, daß Englands Interessen im bestimmten Widerspruch zu den russischen stehen bei den Dardanellen, in Kleinasien, Persien und Indien. Der Gegensatz ist so groß, daß die Meinung viel für sich hat, England habe sich Rußland angeschlossen, um auf diese Weise Rußland in Krieg mit Deutschland zu bringen und geschwächt zu sehen: wie der belgische Gesandte in St. Petersburg am 30. Juli 1914 mitteilte, geschah es erst auf die Zusage der Unterstützung durch England, daß die Kriegspartei in Rußland die Oberhand bekam.

Die Sache ist die: wenn Rußland bis nach Konstantinopel kommt, so bedeutet das nicht, daß die russische Ausdehnung aufhört; es würde eine Drohung bedeuten, die ein weiteres Vorrücken gegen englische Grenzen ankündigte, näher und auf sicherer Basis — eine gefährlichere Nähe.

4. Ganz anders liegen die Verhältnisse zwischen Englands und Rußlands Interessen im Norden. Wenn Rußland sich bis zum Atlantischen Meere vorstreckt, so ist damit seine Ausdehnung in dieser Richtung abgeschlossen. Weiter kann es nicht kommen. Hier im Norden wird es nicht ein noch gefährlicherer Feind für England werden können, so wie im Süden. Es hat vom geographischen Gesichtspunkte seine „natürlichen Grenzen" gefunden. Man wird einwenden, daß Rußland dann sich auch eine Flotte schaffen würde, die gefährlich werden könnte. Aber die Erfahrungen der Kriegsgeschichte lehren, daß man zum Seekriege nur greift, wenn man mit seinen Widersachern nicht durch Krieg zu Lande fertig werden kann. Und das konnte England nicht wegen seiner Lage. Rußland befindet sich dagegen in der vorzüglichen Stellung, seine sämtlichen Kolonien als ein zusammenhängendes Ganzes zu Lande zu haben. Es wird deshalb immer in seinem ungeheuren Festlande eine Stütze für seine Kriegsoperationen haben. Das ist der Gedanke, den Bismarck in seinem bekannten Bilde eines Kampfes zwischen Rußland und England als eines Kampfes zwischen einem Elefanten und einem Walfisch ausdrückte. Von den beiden Mächten wird nur England genötigt sein, eine größere Flotte, ganz wie bisher, zu behalten; Rußland kann dabei beharren, die Vorteile des festen Landes zu bewahren, und darauf verzichten, eine Seemacht zu werden. Aber eben deshalb wird England auch von keinem Angriff zur See von dieser Seite her bedroht. Und deshalb wird es auch keinen Grund haben, russische Interessen in der angedeuteten Richtung zu hindern. Sogar im Gegenteil.

Der Drang nach geographischer Freiheit gegen das offene Meer hin hat in Rußland jetzt eine fast explosivartige Stärke erreicht. Nachdem die Ostsee ein „Mare clausum" (ge-

Digitized by Google

schlossenes Meer) geworden ist, die Türkei die Dardanellen, England in Persien den Weg zum Indischen Meere und das Eis Archangelsk und Wladiwostok geschlossen hat, ist Rußland einem armlosen Riesen zu vergleichen: es kann weder geben noch entgegennehmen. Selbst über die Bottnische Bucht ist sein Handel durch Minen und Unterseeboote gestört. Nun ist Konstantinopel natürlich ein ansprechenderer Aufenthaltsort als die kalten Gegenden im Norden. Aber Petersburg liegt nun einmal in dieser Gegend. Und außerdem stößt Rußland da unten außer auf die türkischen auch auf österreichische, rumänische und bulgarische und vor allem englische Interessen. Es ist vom Gesichtspunkt des englischen Interesses aus deshalb eine naheliegende und kluge Politik, dem mächtigen russischen Drang zum Meere ein Ventil im Norden zu öffnen und so den Druck von der Richtung nach Süden abzulenken. Und vom Gesichtspunkte russischen Interesses aus liegt dasselbe nahe nach dem Gesetze, daß eine Bewegung dahin strebt, wo der Widerstand am geringsten ist, und daß ein Ergebnis mit möglichst wenigen Opfern zu erreichen gesucht werden muß. Diese Gesetze haben Gültigkeit als gute Grundsätze auch innerhalb der Politik.

5. Aber nicht nur als „Ableiter" für Rußlands gefährliche Interessen deuten die englischen Interessen in diese Richtung: England hat auch selbständige Interessen daran, eine möglichst leichte Verbindung mit Rußland zu haben. Die wirtschaftliche Gemeinschaft zwischen den beiden Reichen hat sich in den letzten Jahren außerordentlich vergrößert. Englisches Kapital ist stark an den Goldminen des Urals und noch mehr an denen Sibiriens interessiert. Ebenso an russischen Wäldern, Fabriken — und an der russischen Presse. Lord Northliffes Gesellschaft ist ein Hauptaktionär am „Temps" und dem „Nowoja Wremja".

Andererseits scheint es, als ob die russische Politik ihre Unterstützung bei der „Times" durch Mittel erworben hat, die allzu „blank" waren: Nachrichten von Anfang Juni teilten mit, daß Mr. Outhwaite im Unterhause die Regierung darüber interpellierte, ob der Minister des Auswärtigen in Rußland nachfragen wolle, in welchem Umfang die „Times" Zuschuß von der Regierung des Zaren empfangen habe. Man kann Rußland in wichtigen Hinsichten als eine Handelsprovinz Englands bezeichnen.

Die wirtschaftlichen Interessen haben bekanntlich in der Neuzeit das größte Gewicht. Man hat in alten Tagen Kriege wegen verschiedener Ideeninteressen, religiöser, politischer usw., geführt. Jetzt dagegen denkt weder der eine noch der andere zivilisierte Staat daran, irgendeinen Krieg anzufangen, um z. B. die tyrannische Alleinherrschaft in einem Nachbarreiche zu brechen oder dessen unterdrückte Völkerstämme zu befreien: weder England noch Frankreich haben einen Krieg mit Rußland angefangen, um die von diesem unterdrückten Finnen, Juden, Ukrainer usw. zu befreien. Auch haben nicht England und Rußland Krieg gegen Frankreich eröffnet, um die unterjochten Algerier, Tunesier oder Marokkaner zu befreien. Wohl aber, um Geld zu gewinnen: man denke

Digitized by Google

nur an jenen Artikel, der in der „Saturdey Review“ bereits im Jahre 1897 erschien und über das Verhältnis zwischen Deutschland und England sagte: „Jahrelang haben Nationen um eine Stadt oder ein Erbfolgerecht gekämpft; müssen sie da nicht mehr Grund haben, Krieg zu führen um einen Handel von Milliarden?“ Oder Watchmans Artikel in der „National Review“ September—Oktober 1913[1] über Weltpolitik: „Deutscher Handel und deutsche Industrie werden von Jahr zu Jahr abhängiger vom Überseeverkehr. Durch unsere gegenwärtige Überlegenheit zur See und mit unserer strategischen Stellung sind wir im Falle eines Krieges imstande, diesen Überseehandel zu vernichten, nicht zum mindesten, wenn Holland und Belgien als ein Glied in unser Blockadesystem eingehen.“ Der Plan eines Krieges gegen Deutschland, um dessen Markt zu gewinnen, scheint bereits damals entschieden gewesen zu sein.

6. Nun sind die wirtschaftlichen Interessen ein Hauptgrund für den ganzen englischen Krieg. Es ist vom Haupte der englischen Regierung im Parlament (am 11. März 1915) ausgesprochen worden, daß dies eine Hauptaufgabe für den englischen Kampf gewesen sei, vom ersten Tage des Krieges an. Und in einer Neujahrsrede 1916—17 erklärte der englische Minister in St. Petersburg, Buchanan, daß die englisch-russischen wirtschaftlichen Interessen die gleichen seien. Es ist Englands Hauptziel gewesen, die deutschen Märkte zu erobern und damit natürlich vor allem diese Märkte bei Englands Bundesgenossen. Um dies in Ordnung zu bringen, sind während des Krieges verschiedene gemeinsame englisch-russische Bankunternehmungen und andere Geschäfte gegründet worden, besonders Bergwerke und Fabriken. Die russischen Goldfunde in Sibirien, Ural und Finnland haben auf englisches Kapital magnetisch gewirkt. Aber dazu kommt, daß England während des Krieges Rußland ungeheure Anleihen hat gewähren müssen. Zum Entgelt hat es sich — nach alten Grundsätzen — Konzessionen und Kontrolle gesichert. Russischen Beamten muß ja in Geldsachen bekanntlich auf die Finger gesehen werden. Und das Ergebnis davon war, daß während des Krieges eine wirtschaftliche Gemeinschaft zwischen England und Rußland errichtet worden ist, die aller Berechnung nach diese beiden Länder lange Zeiten hindurch zusammenhalten wird, falls nicht die Revolution in Rußland unberechenbare Momente hervorbringen sollte. Und selbst die Bedeutung einer solchen ist nach dem Einsatz englischen Kapitals und englischer Politik unter erprobten Methoden erheblich abgeschwächt.

Aber dadurch ist das Verhältnis derart geworden, daß englische wirtschaftliche Interessen die freieste Verbindung zwischen England und seinem russischen Markte verlangen müssen.

[1] Zitiert aus Knud Barfod, „Dänemark während des Weltkrieges“, S. 13. Der Verfasser bemerkt, man sage, daß „Watchman“ Deckname für Lord Landsdowne, den englischen Minister des Auswärtigen, Greys Vorgänger, sei.

Digitized by Google

7. Dazu kommen die sozialpolitischen. Es hat sich in diesem Kriege gezeigt, daß die Kapitalsinteressen der englischen Gesellschaft doch mehr mit denen Rußlands als Deutschlands übereinstimmen, wo die Demokratie eine gewaltige Macht geworden ist und Anzeichen für die politische Richtung der Zukunft gibt. Und der Krieg hat, abgesehen davon, daß er die Verbindung zwischen den sozialpolitischen Interessen in den beiden Ländern befestigte, selbst neue derartige Bande zwischen ihnen geknüpft, starke Bande auf wirtschaftlicher Grundlage.

8. Hierzu treten dann noch die militärischen Gesichtspunkte. Es ist zweifellos ein außerordentlicher strategischer Vorteil für die beiden größten Weltmächte, daß sie gegenseitig einander ergänzen und auf diese Weise militärische Überanstrengungen ersparen können. Wenn die größte Landmacht der Welt und ihre stärkste Seemacht Bundesgenossen sind, sollten sie die Weltmacht unter sich teilen können nach ihrem Belieben, ohne sonderliche militärische Opfer für die Kriegsart, die der Bundesgenosse vertritt. Nach diesem Gesichtspunkte waren denn auch, wie wohlbekannt, die gemeinsamen Kriegsoperationen der russischen Militärmacht und der englischen Marinemacht wirklich geplant. Auch die geographische Stellung der beiden Länder gibt ihnen in Gemeinschaft eine strategische Übermacht über andere mögliche Feinde. Auf den Vorteil, der für beide in all diesen Hinsichten liegt, sind die beiden Mächte sehr wohl bedacht. Die Gefahr, die für andere daraus entsteht, wird vielleicht seinerzeit auch von anderen Staaten bemerkt werden als denen, die sie jetzt erfahren haben.

Sollte der Krieg nun für die Entente günstig ausfallen, so werden also Englands Interessen — ebenso wie die Frankreichs — voraussichtlich in langen Linien mit den russischen parallel laufen. Fällt der Krieg ungünstig für sie aus, werden die beiden Länder erhöhte Gemeinschaft in Interessen militärischer Natur bekommen haben; ihre gemeinsame Niederlage wird sie zu gemeinsamen Revancheplänen zusammenschweißen, deren glücklicher Ausfall gerade auf ihrem Bündnis beruhen wird.

9. Zu dieser Interessengemeinschaft zwischen England—Rußland auf Kosten der Länder Skandinaviens tritt eine Reibung zwischen den Interessen Englands und Norwegens: Norwegen hat die viertgrößte Handelsflotte der Welt. Diese Flotte hat im Welthandel eine Rolle gespielt und macht sich in unbequemer Frachtkonkurrenz geltend. Jetzt während des Krieges hat sie sich sicherlich als ein nützlicher Diener für die Verbindungen der Entente ausgewiesen. Aber sie hat auch Ärgernis erregt dadurch, daß sie Anspruch darauf machte, die Frachtsätze bestimmen zu wollen. Die britische Regierung ist im Begriff, ihre ganze Schiffsflotte zu nationalisieren. Aber die Absicht dabei ist nicht nur die, englische Bürger gegen englische Schiffsreederei zu beschützen sondern vor allem England, darunter auch die englische Schiffsreederei, gegen die anderen Länder zu beschützen. Seit den Tagen der Navigationsakte ist die englische Handelsflotte Englands Augapfel und seiner Staatsinteressen erstes Ziel gewesen. Wir können also davon ausgehen, daß dieser Interessengegensatz, der bereits ent-

Digitized by Google

standen ist und zum Teil sogar schon in der englischen Presse kräftigen Ausdruck gefunden hat, nach dem Kriege verschärft hervortreten wird. Kann eine deutsche Industrie- und Handelskonkurrenz bestimmende Ursache dazu werden, daß England einen Angriffsverband gegen Deutschland schafft, so kann eine Seefahrtskonkurrenz England nicht gleichgültig sein. Es hat bereits angefangen, fremden Schiffen, die es zu Pflichtreisen zwingt, Steuern für England auferlegen zu wollen.

10. Alle diese Verhältnisse deuten darauf hin, daß Englands Interessen nicht Rußlands Interesse widerstreiten, festen Fuß in Norwegen zu fassen. Es würde ja vielleicht auch kein vollkommenes Glück für England sein, wenn Rußland das Atlantische Meer erreicht. Aber man muß in allen Verhältnissen des Lebens die Kunst lernen, Vorteil und Verlust gegen einander zu wägen, und das zu wählen, was den größten Überschuß an Werten gibt. In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister. In der Beschränkung seines Begehrens der Meister über allen Meistern. Und für den Gewinn, freie Verbindung mit seinen Handelskolonien zu haben, muß auch England in etwas auf die frühere Form der Sicherheit gegen Rußland verzichten: die, daß die skandinavische Halbinsel wie ein Stoßkissen, ein „Puffer" zwischen den beiden Weltreichen lag.

Die frühere Form. Aber eine Form ist nicht entscheidend. Es können neue Formen gefunden werden. England hat bereits eine gefunden während dieses Krieges. Rußland wollte zu den Dardanellen. Es ließ sich auf die Länge kein Bündnis zwischen den beiden Weltreichen auf anderer Grundlage ordnen. Rußland wollte sonst nicht mit. So ergaben sich England und Frankreich in diesem Punkt — in Verträgen. Rußland sollte wirklich die Dardanellen bekommen — von England. Aber vor dem Einlauf — ein wenig zur Rechten und zur Linken — liegen Tenedos, Imbros und Lemnos. Die beiden ersteren sind türkisch, die letzteren griechisch.

Zufolge Vereinbarung zwischen den Beschützern der Nationalitätsprinzipien, der kleinen Staaten, der Freiheit und des Restes der Ideale der Welt sollte Rußland die türkischen Gebiete auf dem Festlande besetzen dürfen und England — den Schlüssel zur „Pforte für den Einlauf drehen", indem es die drei genannten Inseln besetzte. Auch den Besitz des neutralen Griechenlands, Lemnos. Es hat sie bereits besetzt. Man kennt das System: Gibraltar, Suez, Aden, Kapstadt, Singapore mit Seekriegshäfen für England und notwendiger Anlegestelle für alle. Rußland erhält den „freien Besitz" der Pforte. Aber England nimmt den Schlüssel und behält ihn.

11. Dieses System bedarf keiner sonderlichen Abänderung, um in Nordeuropa in zufriedenstellender Weise für Rußland wie für England angepaßt zu werden. Es gilt nur, daß die beiden Reiche darüber zur Verständigung gelangen. Auch darin haben sie bereits Übung. Persien wurde nicht gefragt, bevor die beiden Reiche im Jahre 1907 es zwischen sich in „Interessesphären" aufteilten. Es gibt also Präzedenzfälle für eine leichte Ordnung gegenseitiger Interessen bei etwas gegenseitigem Entgegen-

Digitized by Google

kommen, z. B. für die, daß Rußland eine Handelsbahn und einen Exporthafen an einer wohlgeeigneten Stelle in Nordeuropa erhält. Und England willigt darin ein, jedoch unter der Voraussetzung, selbst den „Schutz" des Ortes zu übernehmen und — in dieser Absicht einen Kriegshafen dort zu unterhalten. Dadurch erhalten Rußland wie England die freie Verbindung, die für beider starke Handelsinteressen notwendig ist. Und England sichert sich dagegen, daß Rußland etwa größeren Besitz oder Einfluß an dem Orte erlangen sollte, als es England passen würde. Je nachdem die Verbindung steigt und die Interessen größeren und und freieren Spielraum verlangen, sieht man sich genötigt, den Hafenplatz auszudehnen und findet ihn verhältnismäßig leicht weiter nach Süden. Hierbei müssen — wegen des Gleichgewichtes — auch die englischen Rechte erweitert werden. Und jedesmal wird die Sache zwischen Freunden abgemacht und geordnet werden, bevor man dazu kommt, an solche Bagatellen zu denken, wie z. B. die, daß Lyngen und Narvik ja bis zu einem gewissen Grade in einem Lande liegen, das einmal selbständig war und damals Norwegen hieß.

Der Gipfel der Gefahr wird dadurch erreicht, daß Norwegen nun von Schweden getrennt ist. Der Schutz, der für uns darin lag, daß ein Anfall auf den einen Staat einen Krieg mit beiden bedeutete, ist fortgefallen. Eine kluge Politik hätte möglicherweise das Unglück verbessern können.

Die Negermassakers in Amerika

Von Professor D. Adolf Deißmann

Schmachvolle Rassenkämpfe zwischen Weißen und Negern, Pogrom und Gemetzel sind in den Vereinigten Staaten innerpolitische Begleiterscheinungen des Krieges geworden. Wir haben hier bisher so gut wie nichts darüber erfahren. Soeben zu uns gelangte amerikanische Brief- und Preßstimmen zeigen aber daß es sich um Vorfälle ernstester Art handelt, durch welche die jetzt als die große Reklamezeile des amerikanischen Kriegsplakats der Welt gepredigte Demokratie aufs furchtbarste bloßgestellt worden ist und sich selbst entehrt fühlt.

Schon am 28. Mai 1917 waren in East St. Louis (Illinois) Negerkrawalle ausgebrochen. Anlaß dazu war die Heranziehung farbiger Arbeitskräfte aus dem Süden für die Industrien der nördlichen Stadt; durch diese Konkurrenz fühlten sich die weißen Arbeiter bedroht, und die gegenseitige Erbitterung kam zur Entladung. 40 schwarze ein Dutzend weiße Verwundete und zahlreiche verbrannte Negerhütten waren das Ergebnis der ersten Schlacht. Der zweite, viel blutigere Mordtag, der 64 Negern (nach anderen Angaben über 100) und 4 Weißen das Leben kostete, zahllose Verwundete in die Hospitäler lieferte und große Teile der Negerquartiere in Asche legte, war der 2. Juli. Ich habe immer einen Widerwillen gegen die Verwertung der Kriegsgreuel

Digitized by Google

zur gegenseitigen Verhetzung der Völker gehabt, und der Bedarf an Greueln unserer Feinde ist bei uns nicht groß, da er im Kriege stets dann bei der einen Partei eintritt, wenn die andere militärisch gut steht. Ich zitiere darum aus einem amerikanischen Bericht eine Schilderung der Greuel, nicht um die Greuel breitzutreten, sondern um zu zeigen, daß das christliche Gewissen in den Vereinigten Staaten angesichts dieser Dinge nicht geschwiegen hat. „Der Christliche Apologete" (Cincinnati, Ohio) vom 11. Juli 1917 berichtet:

„..... Der Mob schoß auf die Neger, als sie aus den brennenden Häusern flohen. Viele wurden in die lodernde Glut zurückgejagt. Des Abends brannten sämtliche Negerquartiere. Um 8 Uhr wurde Kriegsrecht verhängt und es wurden endlich 193 weiße Ruhestörer verhaftet. Die Willkürakte der weißen Bevölkerung begannen damit, daß Neger aus den Straßenbahnwagen gezogen, gestoßen, geschlagen und geschossen wurden. Als ein Neger in den Kopf geschossen wurde, klatschte die wütende Volksmenge in die Hände. Die weißen Frauen und Mädchen stürzten sich wie Megären auf die farbigen Weiber, die sie in der unmenschlichsten Weise schlugen, mit Füßen traten und mit Knüppeln ihre Zähne herausgeschlagen haben. Die begangenen Greueltaten und die Bestialität der weißen Bevölkerung spotten jeder Beschreibung."

Das ist ein deutsch-amerikanisches Urteil; aber auch die englische Presse Amerikas drückt, wie eine vor mir liegende Übersicht in „The Literary Digest" vom 14. Juli 1917 zeigt, ihren Abscheu in ebenso starken wie ernsten Worten aus. Und der Herausgeber des in New York erscheinenden christlichen Blattes „The Christian Advocate", Dr. James R. Joy, der seinen Leitartikel vom 12. Juli 1917 „Entehrung der Demokratie" überschreibt und mit dem ironischen Satz beginnt, der einzige Trost bei den Negermassakers in St. Louis sei der, daß sie nicht im Süden passiert seien, weil man sonst wieder gegen den Süden gehetzt hätte, schließt mit den bitteren Worten, wenn solche Dinge ungestraft geschehen könnten, dann solle man die amerikanischen Truppen aus Europa zurückrufen und das Geschwätz sein lassen, daß man „die Welt sicher machen wolle für die Demokratie", die ein so schmutziges Unrecht zulasse.

Geradezu erschütternd sind begreiflicherweise die Stimmen der christlichen Negerpresse. Der in New Orleans für die Negermitglieder der Bischöflich Methodistischen Kirche herausgegebene „Southwestern Christian Advocate" sagt am 12. Juli 1917 in Besprechung des Gemetzels, weder die amerikanische Geschichte noch die Weltgeschichte kenne ein ähnliches Beispiel von Brutalität, kaltblütigem Morden und ungezügelter Gesetzeslosigkeit in Gegenwart der ordentlichen Behörde; Amerika habe jetzt den Rekord an Grausamkeit erreicht und stehe damit selbst über Deutschland (das nichts weniger als prodeutsche Organ vertritt die gegen uns gerichtete Greuelphrase). Das Blatt gibt dann nach Erzählungen von Augenzeugen allerdings Einzelheiten des Pogroms von einer Furchtbarkeit, die kaum übertroffen werden kann; ich verzichte aus den angegebenen Gründen darauf, sie hier zu wiederholen.

In seinem trefflichen Buch „Christian Service and The Modern World" (Der Christendienst und die moderne Welt), New York 1915, S. 120, erinnert der Ge-

Digitized by Google

neralsekretär des „Federal Council of the Churches of Christ in America“ (Bundesrat der Kirchen Christi in Amerika), Dr. Charles S. Macfarland, gegen die amerikanische Selbstgerechtigkeit charaktervoll ankämpfend, an die früheren amerikanischen Methoden der Behandlung der Farbigen: „... Let the Red Man answer. And the Black Man“ („Laßt den Roten Menschen Antwort geben. Und den Schwarzen Menschen“). Der Schwarze Mensch gibt jetzt eine Antwort, aber nicht über frühere Methoden, sondern über eine von Menschenblut beschmutzte und vom Qualm brennender Negerhäuser verdunkelte Gegenwart, die Gegenwart der welterlösenden amerikanischen Demokratie. „Herr Präsident, warum reden Sie nicht?“ fragt Herrn Wilson im Namen von zwölf Millionen christlicher Farbigen das oben zitierte Negerblatt am 9. August in einem von tiefer Erregung zitternden Leitartikel, nachdem über ein Monat vergangen war, ohne daß etwas Entschiedenes gegen die Urheber des Gemetzels geschehen war. „Schweigen Sie etwa deshalb, weil die Opfer nur Neger sind? Sie und nur Sie können das in diesen Zeitläuften nötige Wort sprechen. Werden Sie es tun? Dürfen wir auf Sie zählen, oder sollen wir eines anderen warten?“ Nun, Wilson mag reden oder weiter schweigen, ein anderer tritt auch für diese Verfolgten ein, und die Sympathie der gesamten Christenheit ist den Märtyrern von East St. Louis sicher.

Schwer hat sich während dieses Krieges die weiße Rasse an den Farbigen versündigt; zu Hunderttausenden hat man sie aus ihrer tropischen Heimat nach dem Norden verfrachtet als Kanonenfutter und Schwindsuchtsbeute, um weißes Blut zu schonen. Und im gleichen Jahre, in welchem die stolze amerikanische Nation als Welterzieher zur Demokratie der Menschen- und Völkerrechte in den Krieg eintritt, muß sie die Schmach des Negermassakers erleben. Wir begreifen die tiefe Scham der Christen drüben und hoffen, daß in diesem klassischen Einzelfall die christliche öffentliche Meinung über die niederen Rassen- und Konkurrenzinstinkte allmählich doch noch siegen wird. Amerika wird andererseits begreifen müssen, daß wir in unserem Lande an einem anderen Begriff der Demokratie arbeiten, als er in East St. Louis zum Ausdruck kam.

Verständigungsfrieden und Reichstags-Resolution

Von Dr. G. v. Schulze-Gävernitz, M. d. R.

Trotz aller Kriegsfanfaren hüben und drüben ist der Gedanke des Verständigungsfriedens auf dem Marsche. In drei Jahren heißen Ringens hat sich eine Weltlage herausgearbeitet, welche dem nüchternen Beurteiler immer unabweisbarer den Gedanken aufdrängt, daß dieser Krieg — auch darin einzigartig — nicht mit einem Siege im alten Sinne des Wortes beendet werden kann.

Dieser psychologische Weltzustand ist ein gewaltiges Ergebnis des Krieges; denn vor drei Jahren glaubten beide Seiten an die Zerschmetterung des Gegners. Dem-

Digitized by Google

gegenüber aber besteht auch heute noch in Deutschland, wie in England, eine tiefgewurzelte und weitverzweigte Hoffnung gegenseitiger Vernichtung.

Nicht wenige Deutsche, ehrliche und leidenschaftliche Patrioten, hoffen England mit dem U-Boot in der Weise auf die Knie zu zwingen, daß es wie ein ausgehungertes Raubtier winselnd aus seiner Höhle herauskriecht und jede unserer Bedingungen schluckt. England zahlt Kriegsentschädigung, tritt Flottenstationen und Kolonien ab und — so verkündete erst neulich ein alldeutscher Häuptling — „die englische Flotte wird in Kiel interniert". Der historisch geschulte Kopf fragt dem gegenüber: Ist es denkbar, daß eine Weltmacht, die in drei bis vier Jahrhunderten unendlicher Kämpfe aufgebaut wurde, in ebensovielen Monaten zusammenbricht? Aber wo Meinung gegen Meinung unbeweisbar gegenübersteht, stelle man sich auf den Boden unbezweifelter Tatsachen.

Als solche stehen fest zunächst das U-Boot: Es ist ein Ruhmestitel des deutschen Reichtags seit Jahren, auf die U-Bootwaffe, leider umsonst, hingewiesen zu haben. Tirpitz bevorzugte das Großkampfschiff. Deutschland trat mit so wenigen U-Booten in den Krieg, daß zunächst ihre Anwendung beschränkt blieb. Hierzu trat das völkerrechtliche Bedenken, daß die U-Bootwaffe aus technischen Gründen eine unterschiedslose Behandlung gegnerischer und neutraler Schiffe erfordert. Aber England zerbrach das Völkerrecht durch die von Wilson seiner Zeit als „illegal" bezeichnete Blockade zur Aushungerung Deutschlands. Es zerbrach den schwer errungenen Grundsatz, daß der Krieg nur gegen Kombattenten, nicht gegen die feindliche Zivilbevölkerung geführt werde. Hatte doch noch 1913 der erste englische Kronjurist Lord Loreburn[1] erklärt: der Blockade-Gedanke sei gegen die Deutschen wirkungslos, weil niemand Deutschland verhindern könne, sich über die Neutralen zu verproviantieren. Als England das Leben und die Gesundheit unserer Frauen und Kinder bedrohte, waren die rechtlichen und moralischen Bedenken gegen den rücksichtslosen U-Bootkrieg beseitigt. Nachdem bis gegen Ende 1916 unser U-Bootbestand erheblich gewachsen war, forderte eine nahezu einstimmige öffentliche Meinung bis weit in die Reihen der Sozialdemokratie hin den rücksichtslosen U-Bootkrieg. Kein Reichskanzler hätte hier Widerstand leisten können, trotz schwerer Bedenken eines kleinen internen Kreises; dieselbe öffentliche Meinung, welche vor drei Jahren den Krieg mit England allzuleicht genommen hatte, verspottete jetzt den Gedanken einer Militarisierung Amerikas. Offiziöse und offizielle Stimmen versprachen damals den Zusammenbruch Englands durch Hunger „in wenigen Monaten" oder bis zur „neuen Ernte", so auch unser von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlichtes Telegramm an Mexiko. Diese Prophezeiung ist zusammengebrochen. England hatte nach gutem Vernehmen im Juli 1917 sogar mehr Weizen als in dem allerdings höchst ungünstigen Monat April. Das U-Boot hat den Materialnachschub nach Flandern nicht verhindern kön-

[1] Vergl. Loreburn-Niemeyer, Privateigentum im Seekrieg. München 1914. Seite 90.

Digitized by Google

nen, wo das Artilleriefeuer neuerdings „in nie dagewesener Heftigkeit“ rast. Ein unwiderleglicher Beweis dafür, daß es England bisher nicht „an den Kragen geht“, liegt darin, daß England den zu Kriegszwecken verwandten Frachtraum (mehr als 50 Prozent der Gesamt-Tonnage) noch nicht sichtbar einschränkt, um Tonnage zur Verproviantierung frei zu bekommen. Erst wenn die Saloniki-Expedition heimgerufen und die mesopotamische und ägyptische Offensive abgebaut würde, so wäre dies ein Beweis dafür, daß die Entbehrungen im Mutterlande das Maß des Erträglichen übersteigen; denn das Hemd ist näher als der Rock. Einen Ausweg fand England nicht nur in der Zuhilfenahme neutraler Tonnage, sondern vor allem in der Mehrausnützung des vorhandenen Schiffsraumes zu mehr als 40 Prozent. Nach Berichten neutraler Reisender ist die Nahrungsknappheit in England heute zwar fühlbar, aber noch geringer als in Deutschland. Letzthin, wenn es um das Dasein des Landes geht, kann der Engländer zähe und ausdauernd hungern, wie wir Deutsche.

Gegenüber diesen unbequemen, aber feststehenden Tatsachen ist mit um so größerer Genugtuung auf der andern Seite festzustellen, daß das U-Boot in unserer Hand sich als äußerst wirksame Waffe bewährt und Englands Schiffsraum, auch für die kommende Friedenszeit, dezimiert, daß es friedfertige Strömungen in Arbeiter- wie in Kapitalistenkreisen fördert und den Krieg gegen den Seeherrscher vom Land auf das Wasser hinausgetragen hat. Der Zweifel, „ob die Sache noch zahlt“, greift in England immer weiter um sich; darüber läßt die englische Presse, wie der neutrale Reisende keinen Zweifel. Zudem wird die Zahl der deutschen U-Boote von 1917 zu 1918 erheblich wachsen. Zusammenfassend: Das U-Boot scheint England nicht zu zerbrechen, aber zu erweichen.

Aber auch in England muß unter fürchterlichen Opfern der Gedanke von der Unbesiegbarkeit Deutschlands zum Durchbruch gelangen. Wenn Erniedrigung und Verstümmelung des Vaterlandes von uns verlangt wird, so werden wir erforderlichenfalls noch Jahre durchhalten. Einer meiner begeisterten U-Boot-Freunde schrieb mir im Februar 1917, daß England bis zum Sommer sicher vernichtet sei. Ich erwiderte: „Ich bin optimistischer als Sie, denn wenn Ihre Karte nicht schlägt, gebe ich das Spiel noch lange nicht verloren.“

Unsere Front im Westen steht fest. Wenn England in dem Maße „fortschreitet“ wie bisher, so ist in Jahrzehnten vielleicht die Maas- oder gar die Rheinlinie erreicht, aber dann auch Englands letztes Mannesblut verspritzt. Aber England setzt seine Hoffnung auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands. Dem gegenüber steht fest, daß wir infolge einer reichlichen Kartoffelernte diesen Winter weniger hungern werden als letzten. Überhaupt ist der Gedanke sinnlos, eine Nation auszuhungern, die in Friedenszeiten den weit überwiegenden Teil ihrer Kartoffelernte zu Spiritus verbrennt. Unsere Kartoffelknappheit ging auf mangelhafte Verteilung und unerwünschte Verfütterungen zurück. Beides wird abgestellt werden. Das Ernsteste ist der Mangel

Digitized by Google

an gewissen Rohstoffen; aber hier spornt England, nicht in seinem Interesse, unsern technischen Genius von Erfindung zu Erfindung. Manches wird nach dem Kriege weltmarktsfähig bleiben — Luftstickstoff, Gipsschwefel, auch wohl künstlicher Gummi. Papier wird heute im großen versponnen und verwoben, und im Notfall geht man im Sommer barfuß, im Winter nach flämischem Vorbild in Holzschuhen; letztere erschienen mir nicht nur warm und dauerhaft, sondern sogar kleidsam an den Füßen einer hübschen blonden Vlämin, die damit den Takt zum Tanze klappte.

Über Wollen und Wünschen der Menschen hinaus weist eine unentrinnbare Notwendigkeit England und Deutschland auf den Weg der Verständigung. Um ihn gangbar zu machen, räume man zunächst gewisse Hindernisse zweiten Ranges aus dem Wege.

Hierzu gehört die sogenannte Schuldfrage. Die Untersuchung dieser Frage ist nicht nur historisch hochinteressant, sondern, um ähnliche Weltzusammenbrüche zu vermeiden, auch praktisch sehr bedeutsam. Deutschland hat am wenigsten Ursache, die gründliche Untersuchung dieser Frage zu scheuen, insbesondere nach den Enthüllungen Sfuchomlinows. Aber die Untersuchung der Schuldfrage stellt der historischen Forschung eine Aufgabe, bis zu deren Erledigung die Menschheit unmöglich auf den Frieden warten kann. Außerdem wissen wir: Kriegstreiber gab es in allen Ländern, der gefährlichste wohl war der Großfürst Nikolai. Aber einzelne Menschen hätten diese Katastrophe nicht machen können, wenn die Weltlage nicht seit Jahren im Innersten ungesund gewesen wäre.

In gleicher Linie steht die Entschädigungsfrage. Entschädigung zahlt dem Sieger der Besiegte. Bei einem Frieden ohne Sieger und Besiegte wäre der einzig anwendbare Grundsatz, daß jeder die von ihm angerichteten Schäden selber bezahlt. Aber wie will man feststellen, welcher Nationalität die Kugeln und Sprengstoffe waren, die den Schaden anrichteten? Übrigens dürften die von den Russen im Osten — Ostpreußen, Galizien, Polen — angerichteten Verwüstungen die Sachschäden im Westen weit übersteigen.

Vor allem und in erster Linie erfordert der Verständigungsfrieden die Unverletztheit territorialer Lebensinteressen der Hauptbeteiligten — besser so zu formulieren als den „Status quo".

Zu diesen Lebensinteressen, die nicht in Frage gestellt werden dürfen, wenn der Krieg nicht um Jahre verlängert werden soll, rechne ich folgende:

1. Für England die Souveränität Belgiens und die Herrschaft über Ägypten und den Suezkanal[1] — nicht die innerbelgische Staatsform, nicht der Bestand des Kongostaates.

2. Für Frankreich die wiederhergestellte Ehre des Degens und die territoriale Unverletztheit

[1] In diesem Punkte können wir dem geschätzten Verfasser nicht beistimmen. Ägypten muß wieder türkischer Besitz werden. Die Red.

Digitized by Google

(Calais nicht minder als Briey) — nicht aber bei honoriger Form etwaiger Grenzverschiebung der koloniale Besitzstand, der eine riesenhafte Belastung für das blutleere Land nach den entsetzlichen Opfern des Krieges bedeutet.

3. Für Rußland die Unberührtheit des eigentlichen Rußlands, insbesondere die Nichteinmischung des Auslandes in die Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Moskau — nicht die staatliche Neuordnung jenes westlichen Fremdvölkergürtels, welcher, vom Zaren mit Gewalt von Europa abgerissen, dem Mütterchen Rußland niemals verwuchs.

4. Für Deutschland die Unverletztheit des Reichsgebietes einschließlich Elsaß-Lothringens und die Wiederherstellung der asiatischen Türkei, wozu wir durch Bündnis, Ehre und Interesse verpflichtet sind, endlich eine gewisse koloniale Sättigung unseres schmalen, kinderreichen und rohstoffarmen Landes — nicht die innerdeutsche Staatsform des Reichslandes, nicht eine politische oder wirtschaftliche Vorzugs- oder Monopolstellung in der Türkei, die Deutschland gar nicht beansprucht, endlich auch nicht der Status quo der bisherigen kolonialen Grenzen.

5. Für Österreich-Ungarn Triest und eine endgültige Befriedung Serbiens — nicht der Trentino und nicht das kleinrussische Ostgalizien. — Die Verneinungen deuten auf mögliche Verhandlungen, Vergleiche, Verschiebungen.

Aber auch die soeben aufgestellten Bejahungen, welche eigentliche Lebensinteressen berühren, waren zu Beginn des Krieges in Frage gestellt; sie sind heute aus dem Streite ausgeschieden bis auf den Anspruch Frankreichs auf Elsaß-Lothringen und den Englands auf das Zweiströmeland. Trotz des Schwalles verhüllender Redensarten steht fest, daß der Krieg heute weiter geführt wird, für ein französisches Elsaß-Lothringen und eine englische Brücke von Kairo nach Indien für französische Revanche-Idee und britischen Imperialismus. Im Gegensatz hierzu hat die russische, die amerikanische, die deutsche und die österreichische Regierung unter Ausschaltung jeder Lebensbedrohung des Gegners sich auf den Boden des Verständigungsfriedens gestellt, ebenso die große moralische Autorität des Papsttums. Wilson hat den Anspruch Frankreichs auf Elsaß-Lothringen ausdrücklich abgeschüttelt.

In diesem Zusammenhang wurde die Reichstags-Resolution vom 19. Juli dieses Jahres von Bedeutung. Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß das Ausland die Erklärungen jeder deutschen Nurbeamtenregierung mißachtet, nicht als ob diese Beamten nicht treffliche und ehrliche Männer wären, sondern weil man ihnen nicht zutraut, sich und ihr Wort gegenüber stärkeren, wenn auch unsichtbaren Gewalten hinter ihrem Rücken gegebenenfalls durchzusetzen. Das Ausland erblickt — ob zu Recht oder zu Unrecht — in einem Reichstagsbeschluß eine Gewähr gegen unverantwortliche Kriegstreiber und Eroberungspolitiker. Die Reichstags-Resolution wurde mit großer Mehrheit, die bis weit nach der Rechten hinging, gefaßt; auch die nationalliberale Partei, die dagegen stimmte, gab eine inhaltlich gleichwertige Erklärung ab, während die Gegner auf der äußersten Rechten und äußersten Linken durch ent-

[1] Zum Fremdvölkergürtel gehört vor allem die Ukraine. Wohin die 30 Millionen Ukrainer nach dem Kriege gebucht werden, ist die wichtigste Frage des Krieges, da davon die Eindämmung der russischen Gefahr abhängt. Die Red.

Digitized by Google

gegengesetzte Hoffnungen zusammengeführt wurden. Der Reichstag, seit Kriegsbeginn ein Ornament, trat damit wollend und bestimmend in den Vordergrund der Weltbühne. Insofern bildet die so viel bestrittene Resolution einen geschichtlichen Wendepunkt ersten Ranges. Die letzten Beweggründe, welche die Reichstagmehrheit bestimmten, entziehen sich der Öffentlichkeit. Kein Angriff und keine Schmähung darf den Abgeordneten veranlassen, die auferlegte Verschwiegenheit zu brechen. Ich gehe nicht weiter als der Abgeordnete Stresemann in den „Deutschen Stimmen" vom 25. Juli 1917: „Es konnte nicht zweifelhaft erscheinen, daß die Sozialdemokraten für eine vorbehaltlose Bewilligung der Kredite nicht zu haben waren." „Wir haben uns mit der Frage zu befassen, wie es draußen in der Welt aussehen würde, wenn 110 Stimmen gegen die Kreditvorlage abgegeben würden." „Erzberger kam soeben aus Wien. Seine Beziehungen zu den dortigen leitenden Kreisen sind bekannt." Wenn die Reichstags-Resolution dazu dienlich war, um Sozialdemokraten und Österreicher bei der Stange zu halten, so war sie notwendig und gerechtfertigt. Seitdem haben die englischen und die französischen Arbeiter *gegen* ihre Regierungen sich für Verständigung und Verhandlung erklärt, und die italienischen Sozialisten verlangen stürmisch und drohend den Frieden. — Keine geringen Folgen des ersten Schrittes. Nun, nachdem die Resolution einmal gefaßt war, und die ausdrückliche Zustimmung der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung gefunden hatte, hätte im Interesse der inneren Einheit auch derjenige schweigen sollen, welcher die Resolution als einen Fehler betrachtete. So haben auch die Gegner des rücksichtslosen U-Bootkrieges kein Wort mehr verloren, nachdem er einmal beschlossen war.

Trotzdem wurde gegen diese Resolution und die sie beschließende Mehrheit eine Agitation entfesselt, die ihresgleichen sucht. Wir wissen, wie viel ehrliche Begeisterung in dieser Vaterlandsbewegung zum Ausdruck kommt; wir sahen, wie treuen Patrioten die Zornesröte auf die Stirne stieg bei dem Gedanken, daß so viele Opfer „umsonst" gebracht seien. Aber Begeisterung und Zornesröte sind schlechte Berater der Politik, die mit nüchternem Verstande — kalt wie die Hundeschnauze — gemacht werden soll. Der Politiker, der Gemütswallungen nachgibt, ist ebenso verloren, wie ein „zorniger" Chirurge am Operationstisch oder ein „begeisterter" Stratege in seinem Bureau, von dem aus er telephonisch die Feldschlacht leitet. Sie alle wissen, daß ihre Kunst in dem *Können* besteht, kühlen Kopfes das Höchstmögliche aus widrigen Gegebenheiten herauszuholen. Es rächt sich heute bitter, daß unsere intellektuelle Welt, vor allem unsere Universitäten, dem Spezialistentum verfielen und seit Jahrzehnten die Politik „dem dazu Berufenen" überließen. Sehen sie denn nicht, daß sie gegen dieselbe Reichstagsmehrheit Sturm laufen, welche, turmhohen Hindernissen zum Trotz, die preußische Wahlrechtsreform durchsetzen soll? Ermessen sie nicht, was Kohlenknappheit in diesem Winter bedeutet? Sie erneuern das Gerede vom „innern Feind" zu einer Zeit, da die feindlichen Kugeln alldeutsche wie sozialdemokratische Schädel einschlagen ohne Unterschied.

Digitized by Google

Die sehenden Hintermänner und Geldgeber der Bewegung aber sollten sich fragen, ob nicht auch ihnen das Dasein des Vaterlandes höher steht, als die Aufrechterhaltung eines noch so eingewurzelten Klassenprivilegs.

Gott sei Dank hat der Kaiser, sehr im Gegensatz zum Zaren, den Weg eines geordneten Fortschrittes rechtzeitig gewählt, indem er ungezwungen seine Unterschrift unter die Zusage des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gesetzt hat und damit der Entrechtung der Mehrzahl seiner Untertanen ein Ende zu bereiten entschlossen ist. Hinter ihm stehen die Manen Steins und Scharnhorsts. Kein wichtigerer Akt der preußischen Staatsgeschichte seit der Bauernbefreiung! Denn auch die Revolution von 1848 und die ihr folgende Verfassung hat die Klassenherrschaft, gegen welche die großen preußischen Monarchen des 18. Jahrhunderts ohne durchgreifenden Erfolg angekämpft hatten, in parlamentarischer Verkleidung bestehen lassen. Heute, im äußersten Daseinskampfe, tun wir den letzten Schritt zur Vereinheitlichung der Nation und zur Vollberechtigung aller ihrer Kinder, von denen jedes, der Besitzende nicht mehr als der Besitzlose, seine Pflicht tat. Dem fernhin schauenden Geistesauge taucht damit ein neues Deutschland aus dem tosenden Wogenschwall des Weltenwetters, frei nach innen, Befreier nach außen, größer und stärker als das alte, trotz des Verzichtes auf Eroberungen. Unser teuerstes Blut ist nicht umsonst geflossen.

Brief an die „Deutsche Politik"

Von einem im Felde befindlichen Unteroffizier wird uns geschrieben:

„Wenn ich mir gestatte in einigen Zeilen mich an Sie zu wenden, bitte ich, es mir nicht übel nehmen zu wollen, wenn ich hierdurch Ihre Zeit nutzlos in Anspruch genommen haben sollte. Wir unterhalten uns natürlich wie überall über den Frieden, wann und wie er kommen wird, über die Friedensresolution des Reichstages, annexionslosen Frieden usw. Der größere Teil der Redner hierbei sind (ältere) Sozialdemokraten. Da die Unterhaltung, wenn sie in Fluß kommt, von allen mehr oder weniger dazu benutzt wird, um über das, was man hört und liest ein Verständnis zu gewinnen, so verlaufen dieselben stets ungetrübt. Die Vorenthaltung von genauer umrissenen Friedensbedingungen seitens unserer Regierung hat uns dagegen schon manches Kopfzerbrechen gekostet, wie es ähnlich auch schon anderen gegangen sein wird. Nachdem es mir gelungen ist, trotz aller der Mehrheit des Reichstages zuzählenden Zeitungen, die von uns gelesen werden, in unseren kleinen Verhältnissen manchen unter uns, wie auch mir selbst, klar zu machen, daß es nicht bedingungslos heißen kann „Friede ohne Annexionen und ohne Entschädigung" ohne damit zu sagen, daß wir grundsätzlich einen anderen Standpunkt als den der Mehrheit einnehmen, halte ich dies auch für andere möglich und insbesondere durch unsere Regierung, die keinen Schaden durch mehr Klarheit in den Kreisen kleinerer Verhältnisse nehmen würde; jedoch will ich mir ein Urteil darüber nicht erlauben. Ich stelle mich auf den Standpunkt, daß wir ein wachsendes Volk sind. Nach Rohrbach „Der deutsche Gedanke" betrug im Jahre 1816 die Einwohnerzahl in unseren jetzigen Reichsgrenzen etwa 25 Millionen, 1855 war die Einwohnerzahl auf 36 Millionen, 1870 auf 41 Millionen, 1893 auf vielleicht 50 Millionen, 1910 auf 65 Millionen gewachsen. Unter Berücksichtigung aller mitsprechenden Faktoren rechnet Rohrbach damit, daß wir ungefähr um das Jahr 1930

Digitized by Google

auf eine Einwohnerzahl von 80 Millionen steigen werden. Betrachtet man beide Zahlen, die von 1816 mit 25 Millionen und die von 1930 mit 80 Millionen, dabei sich vorstellend, daß sich diese fast auf die gleichen Grenzen des von uns Deutschen bewohnten Landes beziehen, so wird man sich eingestehen müssen, daß unwillkürlich naturgemäß ein Druck von innen nach außen entstehen muß, der der höheren Menschenzahl Gelegenheit geben will zu leben. Dieser Druck wird mit der wachsenden Zahl von Deutschen innerhalb der gegebenen Grenzen immer größer, dem die Grenzen aber so lange, als für alle Bewohner Lebensmöglichkeiten gegeben sind, genügend Widerstand entgegensetzen können. Daß die Grenzen überhaupt bisher diesen Widerstand leisten konnten, ist nur der Technik des Verkehrs zu danken, ohne diese hätte der Druck des Lebenwollens die Grenzen schon längst gesprengt und nach irgendeiner Richtung ausgedehnt und erweitert. Die modernen Verkehrsverhältnisse gestatteten aber und vermochten der gewaltig steigenden Zahl von Deutschen angenehme Lebensmöglichkeiten zu geben, wodurch eine Ausdehnung der Grenzen sich erübrigte, uns aber von eben diesen Verkehrsverhältnissen abhängig gemacht hat. Der freie Verkehr zu Wasser und zu Lande ist daher eine Lebensnotwendigkeit für uns, den wir uns daher unter allen Umständen erhalten müssen, wenn wir nicht ein Leben für immer führen wollen, wie es uns jetzt der Krieg auferlegt. Wenn daher ein Frieden verlangt wird ohne Annexionen und ohne Entschädigungen, so darf das nie geschehen, ohne gleichzeitig die freie nicht begrenzte Entfaltung mit der dazu offenen Tür nach allen Ländern zu verlangen. Wie es damit aussieht und was man beabsichtigt, haben die verschiedenen Tagungen unser Feinde in Paris und London uns bereits gezeigt. Solange man uns die freie unbegrenzte, wirtschaftliche Entfaltung sowie die offene Tür verschließt, sind wir auf Annexionen angewiesen. Das Wachsen unseres Volkes verlangt es, dem natürlichen Druck von innen aus muß Rechnung getragen werden. Da dieser Krieg uns gezeigt hat, was Verträge unter Völkern für eine Bedeutung haben, besonders wie England völkerrechtlich aufgestellte Bestimmungen zur geeigneten Zeit auslegt, ist uns keine Sicherheit durch solche Verträge gegeben, die uns die Sicherheit der offenen Tür, falls sie uns zuerkannt wird, gewährleistet; wir müssen uns diese selbst verschaffen, nicht dadurch, daß wir annektieren, sondern indem wir von uns besetztes Gebiet besetzt halten, oder sonst in einer Weise unseren Einfluß dort sichern, der so groß sein muß, falls man es wagen sollte, uns die offene Tür zu schließen, wir in unseren Lebensbedingungen nicht gehindert sind, bezw. einem Feind diese zu hindern erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird. Diese einer unserer Unterhaltungen zugrunde gelegte Betrachtung wollte ich Ihnen mitteilen, auch deswegen, weil mancher, der zum Ausdruck brachte, daß wir dem Frieden doch näher kommen würden, wenn man dem Wunsch unserer Feinde auf eine sofortige volle Durchführung zur Demokratisierung nachkommen würde, einsehen mußte, daß ganz gleichgültig, welche Regierungsform in Deutschland besteht, im Prinzip nicht über diesen Punkt zu einem Frieden kommen kann. Eine gegebene Antwort: Ja da müssen die (Wilson, Lloyd George) schon weg, wenn sie mit unserem Kaiser keinen Frieden machen wollen.

gez. R. R...., Unteroffizier.

Indem wir uns eine ausführliche briefliche Antwort vorbehalten, möchten wir hier nur betonen, daß die Formel „Ohne Annexionen" zwar einen Gewaltsfrieden ausschließt. Deswegen braucht er aber noch kein Verzichtfrieden zu sein, sondern kann und soll ein Verständigungsfrieden werden, der allen Völkern die Existenz- und Entwicklungsmöglichkeit bietet. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das in Polen von uns bereits anerkannt ist, dürfte dieses Mal, wie Friedrich Naumann kürzlich ausgeführt hat, das Leitmotiv des kommenden Friedenskongresses werden, wie das Prinzip der Legitimität, das des Wiener Kongresses war, auf der die jetzige politische Landkarte beruht.

Digitized by Google

Notizen

Die neuesten Kundgebungen der Deutschen Vaterlandspartei. In Nr. 40 der „Deutschen Politik" war an den Ersten Vorsitzenden der Deutschen Vaterlandspartei die öffentliche Anfrage nach der Stellung der Partei zu den Fragen der inneren Politik, speziell zu der preußischen Wahlrechtsreform, gerichtet worden. Durch ein neuerliches Rundschreiben an die Landesvereine und Ortsgruppen der Partei und durch einen neuen Aufruf vom 12. Oktober ist diese Frage klar und deutlich dahin beantwortet worden, daß die Vaterlandspartei keinerlei innerpolitische Ziele verfolge. Ausdrücklich heißt es in dem Rundschreiben: „Die Partei hat nichts mit innerer Politik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik zu tun. Sie läßt jedem seine Überzeugung auf diesem Gebiete. Sie mischt sich nicht in innerpolitische Angelegenheiten der Bundesstaaten und nimmt daher auch keine Stellung zu der preußischen Wahlrechtsreform." Freilich hält dann das Rundschreiben doch den Paragraphen der Satzung aufrecht, wonach alle Mitglieder der Partei mit allen Kräften dahin zu wirken verpflichtet sind, daß bis zum Friedensschlusse der innere Zwist ruhe: eine Bestimmung, die wieder dahin erläutert wird, es sollen nicht Streitigkeiten um die Reichsverfassung mitten im schweren Daseinskampfe im Vordergrunde stehen. Wir wollen uns der hin und wieder laut gewordenen Befürchtung, als ob die Vaterlandspartei also doch gegen Verfassungsreformen im Reiche, wenn auch nicht in Preußen Stellung nehme, nicht anschließen. Aber auch abgesehen von den Fragen der inneren Politik im engeren Sinne bleiben schwere, sehr schwere Bedenken gegen die Vaterlandspartei bestehen; ja sie werden durch die neuesten Kundgebungen eher noch verstärkt. Mir scheint es völlig widersinnig zu sein und zu bleiben, wenn die Vaterlandspartei sich auf der einen Seite mit scharfen Worten gegen den „unheilvollen Zustand dauernden inneren Zwistes" wendet, auf der anderen Seite es aber mit einer drastisch anmutenden Offenheit als ihren Zweck bekennt, die Reichstagsmehrheit zu zersetzen: „Ja wir wollen aufdecken, daß die Mehrheit vom 19. Juli innerlich zerfallen ist, daß die Urheber des erneuten Friedensangebotes die irregeführte Gefolgschaft immer mehr verlieren. Wir wollen zeigen, wo die wahre Mehrheit des deutschen Volkes steht." Das heißt doch den Teufel durch Beelzebub den inneren Zwist durch den inneren Kampf austreiben. Sieht denn die Vaterlandspartei nicht, daß es kein sichereres Mittel der Volksvereinigung gibt als den Versuch, die Mehrheitsparteien innerlich auszuhöhlen und in eine Minderheit zu verwandeln? Sieht sie nicht, daß ihre Kampfansage es geradezu zu einer Ehrensache für die Mehrheitsparteien machen mußte und gemacht hat, auf dem Boden der Resolution vom 19. Juli stehen zu bleiben, was sie um so leichter können, als die Regierung selbst durch den Mund des Kanzlers wieder und wieder erklärt hat, daß im Rahmen der Resolution sich ein ehrenvoller, für die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes ausreichender Friede sehr wohl erreichen lasse? Ohne das aggressive Vorgehen der Vaterlandspartei würde die Friedensresolution, schon weil sie auf der feindlichen Seite kein Echo gefunden hat, ganz von selbst Geltung und Bedeutung verloren haben; jetzt aber ist sie zumindest für die 212 Mitglieder der Reichstagsmehrheit zu einem point d'honneur geworden, von dem sie nicht mehr lassen können. Daran kann und wird sich nichts ändern, selbst wenn die Wählermassen der Mehrheitsparteien dank der Agitation der Vaterlandspartei ihren Abgeordneten erklären sollten, daß sie nicht mehr hinter ihnen ständen. Schwerlich würde sich auch nur ein Abgeordneter der Mehrheitsparteien durch eine solche Haltung der Wähler veranlaßt sehen, sein Mandat niederzulegen. Hat nicht der auf dem Boden der Vaterlandspartei stehende Landtagsabgeordnete D. Traub trotz eines klaren und entschiedenen Mißtrauensvotums seiner Wähler sein Mandat unter allen Umständen festhalten zu wollen erklärt, und wird er nicht von den der Vaterlandspartei zugehörigen Blättern wegen solcher Charakterstärke noch höchlich gepriesen? Ist es wohl zu glauben, daß die Abgeordneten

Digitized by Google

der Mehrheitsparteien, von denen bisher wenigstens nicht einer schwankend geworden ist, weniger Charakterstärke zeigen sollten? Man sieht, der von der Vaterlandspartei eingeschlagene Weg der inneren Zersetzung der Mehrheitsparteien kann gar nicht zu dem Ziele der Partei führen, vielmehr nur dahin, die innere Einheit und den inneren Frieden des Volkes zu untergraben und aufzulösen. Wenn es aber klar ist, daß die Vaterlandspartei ihre Zwecke auf dem öffentlich vorgezeichneten Wege nicht erreichen kann, so erhebt sich die Frage: hat sie für diesen Fall noch weitere Mittel und Wege in petto? Will sie es etwa dahin treiben, daß die Regierung, die heute selbst auf dem Boden der Friedensresolution steht, den Reichstag noch während des Krieges auseinanderjagt, und, da während des Krieges nun einmal Neuwahlen ausgeschlossen sind, ohne und gegen die Verfassung regiert? Ist dies etwa das letzte und eigentliche Ziel der Vaterlandspartei? Es sei ausdrücklich betont: Wir unterstellen nicht, wir fragen bloß. Wir hoffen von ganzem Herzen, daß solche Pläne nicht vorhanden sind. Zu denken gibt immerhin, daß der letzte Aufruf der Vaterlandspartei erklärt: „Die Partei wird jede Reichsleitung freudig unterstützen, die einen zu Deutschlands Niedergang führenden Verzichtfrieden ablehnt und die Fahne des Sieges hochhält." Es gibt auch zu denken, daß in den auf dem Boden der Vaterlandspartei stehenden Blättern immer lauter der Ruf nach Diktatur erschallt. Vor einer solchen Politik aber, die unser Vaterland nach unserer ehrlichen Überzeugung ins Verderben, geradezu in Anarchie stürzen müßte, könnten wir nur aufs dringendste warnen.

Dr. Friedrich Thimme.

Frankreichs Hoffnung auf Amerika. Während die Ententepresse in Europa die Aussichtslosigkeit des Weiterkämpfens noch nicht recht einzugestehen wagt, mehren sich die Anzeichen dafür, daß man dem amerikanischen Publikum stärkere Nerven zutraut, indem man in der dortigen Presse besprechen läßt, daß ohne bedeutende amerikanische Hilfe die Westfront nicht zu durchbrechen ist. Ein offenes Wort und einen deutlichen Appell in dieser Richtung stellt der Bericht dar, den die vor kurzem unter General Pershing von der Westfront nach Amerika zurückgekehrte Militärkommission erstattet hat.

Denselben Zweck scheint die New Yorker „Tribune" mit der Veröffentlichung eines Artikels zu verfolgen, in dem der amerikanische Zeitungsmann Fred B. Pitney, der seit Anfang des Krieges in Frankreich geweilt hatte, die traurige Lage dieses Landes schildert. Der Artikel ist sicherlich sehr geeignet, die alten, aus den Zeiten des nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieges stammenden Sympathien der Nordamerikaner für die französische Republik zu beleben und zu heben. Nachstehend geben wir einiges aus dem Auszuge, den die „Continental Times Correspondens" (in Nr. 51 vom 27. Sept. 1917) veröffentlicht hat. Danach ist Frankreich mit seinen Reserven bald zu Ende. „Männer mit nur einem Auge werden in Frankreich nach der Front zurückgeschickt ... Ein großer Teil des Jahrganges 1918 ist heute schon in den Schützengräben. Und dabei stellt die Klasse 1918 weniger als 250000 Mann, ja kaum mehr als 200000. Einschließlich aller Krüppel könnte der neue Jahrgang nicht 225000 Mann aufbringen." Pitneys Angaben über die französischen Verluste an Toten dürften am meisten auf das Gefühl der Nordamerikaner wirken, die in ihrer Gesamtheit durchaus nicht nur Regungen des Geschäftssinnes zugängig sind. „Im März 1916 war die Zahl der auf französischer Seite Getöteten auf 822000 Mann angewachsen. Im März 1917 betrug sie beinahe das Doppelte, und heute betrauert Frankreich nahezu 2 Millionen Tote. (Die Zahlen bestätigen die Angaben unserer Heeresleitung, daß die Offensiven in Frankreich unseren Gegnern Verluste kosten, die in keinem Verhältnis zum Erfolge stehen.) Pitney gibt auch eine Unterredung wieder, die er kurz vor seiner Rückkehr nach Amerika mit einem hohen französischen Beamten über die Frage Menschenbeschaffung gehabt hat. Sie zeigt, daß nur die Hoffnung auf die amerikanische Hilfe das verblutende Frankreich ausharren läßt, wie sogar das schnelle Ein-

Digitized by Google

setzen größerer Truppenmassen direkt gefordert wird. Der französische Beamte meinte u. a.: „Das amerikanische Volk müßte es lernen, als seine Pflicht zu empfinden, seine Regierung zur Rechenschaft zu ziehen, daß sie es nicht mit schönen Worten betrunken machen läßt; es müßte Tatsachen und Ziffern verlangen, wie viele amerikanische Soldaten bereits nach der Front geschickt worden sind." Das Bekanntwerden dieser Ziffern dürfte das französische Volk nicht weniger interessieren, als das nordamerikanische. Ob allerdings diese Ziffern die Franzosen befriedigen würden, das bleibt dahingestellt. Wenn sie sie in Vergleich zu den eigenen Verlusten setzen könnten, dann wohl schwerlich. Allerdings wird ihre vorsorgliche Regierung sie vor der damit verbundenen schmerzlichen Enttäuschung möglichst lange zu bewahren wissen. E. B.

Englische Angst vor der Aufrollung des Fremdvölkerproblems in Rußland. Einer der besten Kenner der auswärtigen Politik Englands, E. J. Dillon, macht in einem Aufsatze „Rußland und die Friedensgefahr" im verspätet eingetroffenen Juliheft der „Fortnightly Review" höchst interessante Ausführungen zur russischen Fremdvölkerfrage, die den Beweis erbringen, wie recht die „Deutsche Politik" hatte, das Fremdvölkerproblem in das Zentrum seiner Erörterungen über Rußlands Zukunft zu stellen: „Jedenfalls ist der militärische Arm Rußlands für lange Jahre gelähmt. Das bedeutet mancherlei Gefahren für den Verband. Die hauptsächlichste ist die Entstehung einer autonomen finnischen und einer oder mehrerer baltischen, sowie einer kleinrussischen Unterrepublik. Da die ersteren ohne weiteres deutschfreundlich wären, bedeutete das eine deutsche Ostsee. Die Ukraine aber müßte sich wirtschaftlich und politisch an Mitteleuropa anlehnen. Deutschland würde dadurch zur Vormacht in Osteuropa, der slawische Markt ein germanisches Monopol. Nur eines, fährt E. J. Dillon fort, kann Deutschlands mitteleuropäische Ziele zunichte machen: ein starkes, unabhängiges Polen. Was immer auch Deutschland an Belgien und Frankreich herausgeben muß kann nicht hindern, daß es der Führer eines mitteleuropäischen Bundes und damit des ganzen europäischen Festlandes wird. Die Schaffung eines starken polnischen Staates aber kann diese Gefahr abwenden. Wollen und können die Verbandsmächte dies durchsetzen? Ohne dies wird auch Amerikas Eingreifen die Folgen des russischen Zusammenbruchs nicht wieder gutmachen können."

Was E. J. Dillon befürchtet, weil es eine Schwächung Rußlands bedeutet, müssen die Mittelmächte versuchen, zur Bannung der östlichen Gefahr auszugestalten. Besonders interessant sind aber seine Ausführungen zur polnischen Frage. Da Polens Lage zwischen Deutschland und Rußland eine gegebene Tatsache ist, so haben wir uns von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, daß Polen in den mitteleuropäischen Interessenkreis hineingezogen werden müsse, wobei seine kolonisatorischen Wünsche nach Weißrußland abzulenken wären. Niemals aber dürfen Polens Interessen nach Litauen oder in die Ukraine übergreifen, weil sonst diese Gebiete wieder näher an Rußland herangeschoben werden würden. Daß ein auf seine ethnographischen Grenzen zurückgedrängtes Polen nicht mit Rußland zusammenleben kann, sieht auch E. J. Dillon ein, weswegen er die Polen versucht, durch Ausmalen des großpolnischen Traumgebildes auf die Seite der Entente herüberzuziehen.

Die Angst der Entente, daß Mitteleuropa die russische Fremdvölkerfrage aufrollen werde, ist müßig, — das ist bereits von den verschiedenen Nationalitäten, die Rußland bewohnen, selbst geschehen. Wie weit die Bewegung schon fortgeschritten ist, geht aus dem Kijewer Nationalitätenkongreß hervor, zu dem sich Vertreter der Ukrainer, Tataren, Georgier, Letten, Littauer, Esten, Juden usw. versammelt hatten. Der Versammlung war sich darüber einig, daß Rußland den Fremdvölkern möglichst weitgehende Autonomie erteilen müsse. Der vielgenannte Ministerpräsident Kerensky hatte zwar durch einen Vertreter seine persönlichen Sympathien mit den Wünschen der Fremdvölker aussprechen lassen, aber er hatte sich doch gescheut, sich auf die Forderungen festzulegen. Wie wenig Kerenskis Ver-

Digitized by Google

sprechungen wert sind, zeigt deutlich die Tatsache, daß der an anderer Stelle betont hat, daß die Frage, ob Rußland eine föderalistische oder eine zentralistische Republik sein werde, erst von der konstituierenden Versammlung entschieden werden könne. Es ist also verständlich, daß die Fremdvölker mit Recht nach wie vor starkes Mißtrauen gegen die Verheißungen des revolutionären Rußlands hegen. Finnländer und Polen waren auf dem Kongresse nicht vertreten. Sie ließen zwar ihre Sympathien für den Fremdvölkerkongreß aussprechen, jedoch erklärten sie, an ihm nicht teilnehmen zu können, weil Finnland und Polen ihre völlige Selbständigkeit von Rußland erstreben.

Die demokratische Konferenz in Petersburg. Die Hoffnung der Sozialdemokratie durch eine Konferenz die auseinanderstrebenden Kräfte der Demokratie wieder zusammenzuschweißen, ist in die Brüche gegangen. Die sozialdemokratische Presse beurteilt daher die Lage sehr pessimistisch. So schreibt z. B. das Blatt der Minimalisten „Rabotsch. Gas.": „Der Bürgerkrieg in den Reihen der Demokratie wird die Revolution zugrunde richten und den Boden für die Kontrerevolution vorbereiten. Die maximalistische Taktik, die gegenwärtig die Mehrheit der Arbeiter mitreißt, birgt in sich eben diese Gefahr. Mögen die Maximalisten in ihrem Glauben recht haben, daß eine Regierung des Arbeiter- und Soldatenrates die Revolution und das Land vor allen Gefahren retten, daß sie dem Volke „Frieden, Brot und Freiheit" geben könnte. Allein die Demokratische Konferenz hat gezeigt, daß dieser Glaube nicht nur von der Mehrheit der Demokratie selbst nicht geteilt wird, sondern daß eine solche Regierung als Signal zum Bürgerkriege dienen wurde, wobei gegen denselben auch breite Schichten der Demokratie sein würden. Zufrieden mit dem Gang der Konferenz ist nur die Partei der Maximalisten. Ihr Blatt „Katolsch Puty" schreibt am 2. Oktober triumphierend: „Das Land geht nach links, die Regierung nach rechts. Das ist die kürzeste Formel, die die ganze innere Lage Rußlands in diesem Augenblick kennzeichnet. Ja, das Land geht nach links, und zwar nicht in Tagen, sondern in Stunden." „Djen" das Blatt Kerenskis, fügt dieser Bemerkung folgende pessimistische Randbemerkung hinzu: „Diese fabelhaft schnelle Wendung des Landes nach links müßte sogar die leichtsinnigsten Leute auf ernste Gedanken bringen. Das Land, welches nach sechs Monaten der Revolution sich nach links, und zwar nicht in Tagen, sondern in Stunden, zu wenden beginnt, ist eine wunderbare und rätselhafte Erscheinung. In Wirklichkeit — und darin liegt der ganze Ernst der Lage — wendet sich nicht das Land, sondern das maximalistisch-internationalistische Publikum nach links. Es geht tatsächlich nach links, und zwar in einer Zeit, wo im Lande des politischen Indifferentismus, die Apathie und die Unzufriedenheit mit der Revolution im Zunehmen begriffen sind. Die Wendung nach links der ohnedies linken Kreise bedeutet beim Zusammenbruch und beim Wegfall von der Revolution ganzer sozialer Schichten ein Zeichen des nahen Endes. Die fieberhafte Röte auf den Wangen eines Schwindsüchtigen täuscht manchmal: sie zeugt immer von der vorhandenen Krankheit."

Neuerscheinungen

Die Bundesgenossen

Die Reise des Kaisers auf den Balkan hat Augen und Aufmerksamkeit von neuem lebhafter auf die südlichen Bundesgenossen gelenkt. In der Literatur kommt die Teilnahme an den Verbündeten nicht mehr in gleicher Intensität wie früher zum Ausdruck. Nur wo im Bereich der Bundesgenossen eigenes geistiges und literarisches Leben sich regt, werden ernsthafte Probleme sorgsam durchdacht und besprochen. Es ist kein Zufall, daß schwache Ansätze zu eigenem literarischen Ausdruck in bescheidenem Maße bei den Bulgaren sich finden. Auch darin spricht sich der dort erwachende Wille eines starken Volksstammes aus.

Die Arbeiten über die Türkei gehen allein von Deutschland aus. Ein Überblick über das Türkentum in seiner gesamten völkischen und geschichtlichen Bedeutung, sowie über die besondere Entwicklung des

Digitized by Google

osmanischen Staatswesens nach seinen geographischen Grundlagen ist das Buch des Wiener Professors E. Oberhummer „Die Türken und das osmanische Reich" (B. G. Teubner, Leipzig, M. 3.—), eines ausgezeichneten Sachkenners und geschickten Führers durch die Geographie, Geschichte, Gegenwartskunde des Landes. Ein Rückblick auf das bis in das Jahr 1914 in Geltung gewesene System der Kapitulationen gibt Dr. A. Frhr. v. Overbeck, Prof. an der Universität Freiburg (Schweiz), „Die Kapitulationen des Osmanischen Reiches" (J. U. Kerns Verl., Breslau. M. 0.80). Zum ersten Male wird in der kurzen Schrift der ganze einschlägige Normenkomplex einer gedrängten Darstellung unterzogen. Türkische Volkspoesie gibt im Originaltext mit Anmerkungen K. Lokotsch in den kleinen Texten Markus & Webers (Bonn) heraus.

Karg an Zahl und Gewicht sind die deutschen Publikationen über Österreich. Und doch zeigt die kurze Schrift zur Aufklärung über Österreich-Ungarn (Land, Völker, Staat) durch Prof. Dr. Karl Sapper, Straßburg (Verlag Natur und Kultur, München 1917), wie nötig wir es haben, uns von dem Land, den Völkern, dem Staat der nächstliegenden Bundesgenossen richtige Vorstellungen zu machen Von dem „Deutschtum in Galizien" gibt die Schrift von Th. Zöckler einen lebhaften Begriff. (Heimat und Welt-Verlag, Dresden, M. 1.—).

Um so sicherer fließt die Literatur aus Österreich-Ungarn selbst: über Geschichte, die Lage im Kriege, die Zukunftsaufgaben Österreich-Ungarns im eigenen Lande und für den Aufbau des neuen Europas. Die Geschichte wird durch ein ausgezeichnetes Werk Berthold Moldens gefördert: die erste Geschichte der für die österreichische Politik entscheidenden sechs Jahre der Graf Ahrenthalschen Ära (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, geb. M. 6.—). Die Annexion Bosniens und der Herzegowina — die bosnische Frage, das Sturmzentrum der jüngsten europäischen Politik — steht im Mittelpunkt. Denn in Ahrenthal hat sich für die Öffentlichkeit der Entschluß zur Annexion verkörpert. Der diplomatische Feldzug, den er in dieser Frage führte, hat ihm die Anerkennung einer hervorragenden Potenz auch seitens der Feinde eingebracht. Österreich-Ungarn sieht in der Lösung der bosnischen Frage die Lösung, die Österreich vor dem Schicksal bewahrte, die größte politische Tat der letzten Vergangenheit, eine Tat aus Initiative und Verantwortlichkeitsgefühl, aus starkem Glauben an die Sache des Vaterlandes. Molden hat recht, die entschlossene und tapfere Stimmung in Österreich-Ungarn bei Ausbruch des Weltkrieges auf die Haltung in der bosnischen Krise zurückzuführen, deren Ausgang „das Ansehen in der Habsburgischen Monarchie gehoben hat". Eine Beschäftigung mit Ahrenthal führt also tiefer in die unmittelbaren Voraussetzungen des Weltkrieges selbst hinein. Ein persönlicher Gewinn kommt hinzu: Ahrenthal ist eine Persönlichkeit von hohem Reiz: frei von Selbstgefälligkeit und äußerem Pathos, erfüllt von innerem Pathos und männlicher Entschlossenheit. Es ist Österreich Ungarn, das mit dem Verfasser die Frage stellt, die wir in Deutschland so oft an Bismarck angeknüpft haben: Wie hätte sich Ahrenthal in den Jahren 1912/14 verhalten? Es ist das Urteil Österreich-Ungarns, dem Molden am Schluß seiner fesselnden und wahren Darstellung Raum gibt: „Die sechs Jahre, während welcher Graf Ahrenthal regierte, waren für Österreich-Ungarn eine Zeit vorbauender und aktiver Verteidigung."

Die österreichisch-ungarischen Kriegsberichte, die ersten zuverlässigen, mit ausgezeichneten Karten erläuterten Kampfschilderungen aus Streffleurs Militärblatt, werden mit Heft 5—6 fortgesetzt. Sie enthalten den Herbstfeldzug 1914 am San und an der Weichsel und den Feldzug von Krakau. (Verlag L. W. Seidel, Wien, M. 3.— und 3.60.)

Karl Junker, der Herausgeber des großen österreichisch-ungarischen Sammelwerkes „Dokumente zur Geschichte des europäischen Krieges 1914/16" läßt neben der großen Sammlung eine Auswahl der wichtigsten Dokumente erscheinen, von denen das erste Heft vorliegt. Nur die wichtigsten Dokumente sind übersichtlich zusammengestellt, um der österreichischen Schule und dem Hause einen Dienst zu erweisen. (M. Perles, Wien; der vorliegende Band 1 reicht bis in den August 1915.) Daß das wissenschaftliche Leben in Österreich trotz des Krieges in allen Disziplinen rüstig weitergegangen ist, bekundet der reiche Almanach der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien für das Jahr 1916. (A. Hölder, Wien, M. 6.80.)

Mit dem Komplex aller Zukunftsfragen beschäftigt sich Erwin Hanslik (4. Schrift des Instituts für Kulturforschung „Österreich als Naturforderung", Wien, Verlag des Instituts 1917, M. 1.25). Das heißt mit dem Verhältnis Österreichs zu den Kompleren Erde und Menschheit, Erde und Staat, Staat und Menschheit: „Um 1500 ist die europäische Staatslage so geworden, daß Österreich als Naturforderung zur geschichtlichen Notwendigkeit werden konnte, wel Österreich damals die Aufgabe zuteil wurde, den Osten vom Orient zu befreien." „Von Konstantinopel bis Wien gab es keinen Staat, der dem Vordringen der Türken hätte Widerstand leisten können. Weil es kein Bulgarien, Serbien, Siebenbürgen und Ungarn gab, mußte der westliche Landschaftsstaat Österreich zum West-Österreich werden, das die fremde Menschheit abwehrt. Die Kräfte östlicher und westlicher Völker wurden in einem Gemeinwesen zusammengefaßt, damit dieser Lebenszweck dieser abendländischen Gesamtheit er-

Digitized by Google

fällt werde." Darum ist es sicher, „daß alle Versuche, die Einheit des Völkerzusammenhanges im österreichischen Raume aufzuheben, Schiffbruch leiden müssen. Wenn in den Türkenzeiten Deutsche, Tschechen, Magyaren, Rumänen, Serben, Bulgaren und Polen sich enger aneinander angeschlossen haben, so ist mehr als ein bloß vorüberaehendes Völkerbündnis dadurch ins Leben getreten. Immer und immer wieder sind von neuem die Völker der Erde rund um die Donau zur Einheit zusammengefügt worden." Alois Freiherr von Czedik erinnert darum im Vorwort zu seiner „Geschichte der k. k. österreichischen Ministerien 1861—1916" (1. Bd. 1861—1893, Verlag Karl Prochaska, Teschen) mit Recht an den Satz des hervorragendsten Geschichtschreibers Franz Palacky: Österreich müsse geschaffen werden, wenn es nicht schon bestände. „Der Zusammenschluß der Lande an der mittleren Donau ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit, das Aufsteigen der Ostmark zu Ostreich ist nicht bloß im dynastischen Interesse erfolgt. Weit mehr war es das Bedürfnis der sich aneinander schließenden Länder nach der Führung durch die Dynastie. Wie die Babenberger aus Oberfranken, ebenso wurden die Habsburger aus der Schweiz geholt. Sie waren im Sinne ihrer Zeit der äußere Ausdruck der aus inneren Gründen sich vollziehenden Ländervereinigung." Auch darin erinnert das Buch von Czedik an die grundsätzliche Auseinandersetzung von Hanslik, daß auch er in der heutigen Monarchie nur Vorstufen eines noch im Werden begriffenen politischen Körpers sieht. Hanslik hatte gesagt: „Es wird noch vie er Arbeit bedürfen, bis in diesem Gebiete der stärksten Völkerzerklüftung in Europa das Staatsleben mit dem Völkergefüge in Übereinstimmung sein wird." Czedik schließt aus einem Überblick über die parlamentarische Lage und den Komplex der öffentlichen Zustände, daß Österreich ohne Zweifel einer Überprüfung der staatlichen Einrichtungen entgegengehe." Um durch geschichtliche Orientierung der Praxis vorzuarbeiten, hat Czedik, selbst ein Mann der praktischen Politik, das Werk geschrieben. Die politischen Erscheinungen der Zeit werden aus dem Zusammenhang mit der Vergangenheit erklärt, aus der Grundlage aller verfassungsmäßigen Zustände in Österreich, den Verfassungsgesetzen der Jahre 1860—61, der Staatsgrundgesetze der Jahre 1873, 1886, 1907. Durch objektive Zusammenfassung der von 1861 von den einzelnen Ministerien geleisteten Arbeit erweist Czedik die Notwendigkeit des nationalen Friedens im Nationalitätenstaat. Unmittelbaren Anlaß zu dieser Darstellung mag der Umstand gegeben haben, daß die Einberufung des Reichsrates durch Karl I. nach dreijähriger Pause nach den Erfahrungen des Weltkrieges gezeigt hat, daß die Vertreter der österreichischen Volksstämme den alten nationalen Hader nicht vergessen haben.

Noch tiefer in den Bereich der künftigen europäischen Politik führen zwei neue Erscheinungen: Im 27./28. Heft der Flugschriften für Österreich-Ungarns Erwachen behandelt Paul von Fazekas das „Staatsrecht des Weltkrieges" (R. Strache, Warnsdorf). Folgendes ist sein Standpunkt: „Mitteleuropa kann nur mit europäischen Mitteln geschaffen werden. Man kann es nur mit der ehrlichen, konzentrierten Arbeit der Völker, die es erkämpft haben, nicht aber mit den verrosteten Krummsäbeln der Adelskurien aus vermoderten Phrasen herausmeißeln." Von da aus werden die Faktoren und Normen festgestellt, die sich aus dem großen Weltereignis als staatsrechtliche Basis des Weltkrieges für Ungarn und die Monarchie herauskristallisieren. Er stellt hierbei die Theorie in den Vordergrund: Verfassung kann nur sein, was der Allgemeinheit frommt, was mit der Logik vereinbar ist und was Fortschritt und Entwicklung fordert. Die Völker der Monarchie wollen statt Staatsrecht den rechten Staat, statt Theorie das volle frische Leben. „Ich halte die Nationalpolitik der herrschenden Klasse für schlecht, nicht nur, weil sie mit Mitteln der nackten Gewalt arbeitet, sondern weil diese Gewaltmittel unter den Bürgern Zwietracht säen, ohne das Magyarentum zu stärken, weil sie das Magyarentum sogar schwächen, und die Wahrheiten des Gründers Ungarns, die Thesen einer wirklich nationalen Politik, mit hohlen chauvinistischen Schlagworten ersetzen. Ungarisch-national kann nur heißen, was Stephan bezweckte: eine starke Dynastie, starke Völker, die mit ihrem Herrscher und untereinander in Frieden leben, und ein starker ehrlicher Anschluß an den benachbarten Westen." Die praktische Nutzanwendung der Theorie gibt Dr. Max Smolensky „Die Italiener in Österreich-Ungarn" (Manz-Verlag, Wien). Er geht von den Sätze Renners aus: „Noch einmal, so scheint es, gibt die Geschichte diesem Reiche Gelegenheit, Versäumtes nachzuholen und ein großes, für die künftige Welt bedeutsames Vorbild zu verwirklichen: das Bild einer kleinen Internationale, deren Formen sich dereinst in der Organisation der gesamten Weltwirtschaft wiederholen sollen", und wendet sie auf die internationale Frage an: „Nur wenn die öffentliche Meinung aufräumt mit allen jenen Begriffen, wie dem Firlefanz nationaler Eitelkeit usw., die eine österreichische Nation veranlassen, auf die andere als geringwertig herabzusehen und sie alle mit- und untereinander in Zank und Hader brachten, dann wird jenes große Haus gebaut werden können, das „Haus für zehn Parteien", wie es Renner nennt. In diesem schönen Hause, das einem neuen, großen Österreich Unterkunft bieten soll, ist auch Platz für die Italiener." „Der italienische Bürger der Monarchie ist dem Staatsgedanken nie untreu geworden, darum lassen sich aus ihnen Bürger eines modernen Österreich machen." „Wenn einmal die Glocken den Weltfrieden eingeläutet haben werden, so behandle man die Italiener nicht allgemein als Stief-

Digitized by Google

kinder, die für den Treubruch des ihnen stammverwandten Königreiches verantwortlich zu machen sind. Man vergesse nie, daß gerade die nationale Gliederung der Monarchie für ihr Wirtschaftsleben in wertvollster Weise nutzbar gemacht werden kann, im Verständnis für die weltwirtschaftliche Zukunft des gemeinsamen Vaterlandes müssen sich die einzelnen Nationen des Reiches begreifen und schätzen lernen. Ungeheure Mengen von geistigen Produktivkräften sind in dem mannigfaltigen Völkermaterial der Monarchie aufgestapelt. Sie zu wecken und im Interesse der Gemeinschaft auszunützen ist Pflicht der Staatslenker, die dabei des guten Willens der Völker selbst keineswegs entraten können."

Karl Renner veröffentlicht kritische Studien über offene Probleme des wissenschaftlichen und des praktischen Sozialismus in und nach dem Weltkriege unter dem Titel „Marxismus, Krieg und Internationale" (Stuttgart, J. H. W. Dietz M. 4. —). Während des Krieges erschienene Arbeiten werden durch verbindende und zusammenfassende Kapitel zu einem Buche vereinigt, das die Spuren „der leidenschaftlichen Empfindung und des geistigen Wirrsals zeigt", „in das die Arbeiterschaft der Welt durch den Krieg verstrickt worden ist, und das aus der Überzeugung heraus entstanden ist, daß ihr nur marxistische Forschung Abhilfe schaffen kann". Dennoch wird das Buch zu einer Orientierung über den ganzen Umfang der in der Sozialdemokratie durch den Krieg aufgeworfenen Probleme. Renner beurteilt das Verhalten der Sozialdemokratie zu Kriegsbeginn so: „Die Tatsache, daß die Proletariate aller kriegführenden Länder spontan, scheinbar wider die Verabredung die Sache ihres Volkes und Landes sofort zu der eigenen gemacht haben, hat das ganze überlieferte Denken der Sozialisten herausgefordert und ihr Gewissen mit Recht gequält. Zwei Probleme sind also dem Marxisten gestellt gewesen: 1. Die zwingenden Gründe zu erklären, warum die Massen ausnahmslos, von der kleinsten Gemeinde und Hilfsaktion bis zu Parlament und Heer, sich zu ihrem Land gestellt haben. 2. Wenn die Solidarität eines jeden mit seinem Volk und Land Tatsache ist, wo bleibt dann die internationale Solidarität und die gemeinsame Friedensbürgschaft? Das erste Problem erklärt Renner aus dem Fortschreiten des Proletariats, das, je mehr es fortschritt, um so mehr mit dem Gemeinwesen identisch wurde, in dem es lebte. „Jede Gefahr, die dem Gemeinwesen droht, bedroht um so mehr auch die arbeitenden Klassen und gerade sie am meisten. Sie sind in der widerspruchsvollen Lage, daß die Vorteile des gemeinen Wesens zwar in erster Linie, wenn auch nie allein, den herrschenden Klassen zufließen, die Nachteile aber vorwiegend ihnen. Mit der fortschreitenden Durchstaatlichung der Volkswirtschaft müssen wir also immer mehr damit rechnen, daß das Schicksal des Proletariats eines Landes mit dem Geschick des Staates zusammenfällt. Dieser Umstand bewirkt, daß die Proletariate, je reifer sie sind, um so mehr in die Zwangslage geraten sind, auch den Staat als Einrichtung vorübergehend, vor allem im Kriege, zu der ihrigen zu machen." Die tieferen Gründe dafür liegen nach Ansicht Renners im Kapitalverhältnis selbst. „Das ist die besondere Eigenheit des Krieges von heute, daß er über das Schicksal der Industrie des Landes entscheidet, somit über das nationale Kapital als soziales Verhältnis, das heißt Unternehmer und Arbeiter zusammen genommen. Während er das Grundeigentum und die Landwirtschaft außerhalb des Kriegsschauplatzes selbst beinahe nicht beeinträchtigt. Und so erklärt sich die auf den ersten Blick ganz frappante Tatsache, daß in allen Ländern das Landvolk wie das Kleinbürgertum, weder aktiv noch passiv, weder parlamentarisch noch sonst in der öffentlichen Meinung eine nennenswerte Rolle spielt, daß der Krieg nicht getragen erscheint vom Industrievolk und daß in seinem Vordergrund das Proletariat steht. Und wieder so, daß je weiter ein Land und ein Proletariat vorgeschritten ist, das Proletariat um so enger in den Krieg verstrickt erscheint, daß in England die Vertreter des Proletariats den Krieg direkt geführt haben wie einen Wahlkampf, mit ganzer Leidenschaft geradezu als Werbeoffiziere." Dennoch statuiert in einem Schlußkapitel Renner scharf den Unterschied zwischen dem Proletariat und dem Nationalisten. „Die kennzeichnende Unterscheidung des Sozialisten vom Nationalisten ist die, daß er eine dauernde rechtliche Friedensordnung über die Nationen theoretisch für möglich und praktisch für notwendig hält, und durch seine politische Arbeit auch dauernd herbeiführen will, und zwar negativ, um Krieg auszuschließen, positiv, um in vereinter Friedensarbeit die Menschheit der höchsterreichbaren Kultur zuzuführen. Das deutsche Proletariat hat denn auch von dem Augenblick an, wo die russische Revolution der großen und herrlichen Bruderpartei die Freiheit der Aktion wiedergab, sofort und ohne Rückhalt die Verständigung mit ihr gesucht, es wird durch die unbeirrbare, auch durch Verkennung und Verleumdung unbeirrbare Ausdauer seiner internationalen Gesinnung auch die Proletariate des Westens zum Verhandlungstisch zwingen, es wird kraft des festen Besitztums seines wissenschaftlichen Erbes nach Karl Marx die Utopie des Internationalismus fortbilden helfen zur wissenschaftlichen Praxis einer neuen Internationale, die die Menschheit und der Friede der Welt sein wird."

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik" Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 90 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Foerster, Reformation und Liberalismus 1401
Kühnemann, Wilhelm II., Wilson und der Friede 1406
Aalst, Offener Brief an den Präsident Wilson über die augenblickliche Wirtschaftslage Hollands 1413
Bei, Der Jahresbericht des jungtürkischen Komitees 1417
Jedermann, Dem unbekannten Kanzler 1419
Thimme, Würzburg 1422
Brief an die „Deutsche Politik" 1427
Notizen/Neuerscheinungen 1428

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang — 2. November 1917 — Heft 44

Gustav Kiepenheuer/Verlag/Weimar/Berlin

Politische Bücherei

geleitet von

Geh. Rat Prof. Dr. Erich Marcks
Geh. Rat Prof. Dr. H. Schumacher
Prof. Dr. R. Smend

Ausführlichen Prospekt mit Subskriptions-Bedingungen sendet auf Wunsch jede Buchhandlung oder die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart sofort postfrei zu.

Stuttgart / Berlin
Deutsche Verlags-Anstalt

An unsere verehrlichen Abonnenten!

Um Irrtümer zu vermeiden bitten wir, alle Geldeinsendungen an unser Konto Postscheckamt Leipzig 29041 einzahlen zu wollen, um genaue Adresse des Absenders, die Angabe des jeweils bezahlten Quartals und den Vermerk „Für Abteilung Deutsche Politik".

Ergebenst

Gustav Kiepenheuer Verlag
Abteilung „Deutsche Politik"

Google

2. Jahrgang • 2. November 1917 • Heft 44

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Reformation und Liberalismus

Von D. Erich Foerster, Frankfurt a. M.

Den Zusammenhang zwischen diesen beiden Größen hat man lange Zeit als einen engen und unmittelbaren angesehen. Es ist edelstes Erbe der Aufklärungszeit, in Luther vor allem den Helden der Gewissensfreiheit zu sehen, der in seinem Kampfe gegen die Obrigkeit der mittelalterlichen Kirche und ihr Heiligkeitsideal auch dem Verlangen nach bürgerlichen Rechten und Freiheiten, nach Freiheit des Denkens, der Wissenschaft, und nach ungehemmter Entfaltung aller persönlichen Kräfte die Bahn gebrochen habe. Der Held von Worms ist unzählige Male als reinster Ausdruck für die Selbständigkeit der Persönlichkeit, und die christliche Freiheit als Ausgangspunkt der bürgerlichen Freiheit gefeiert worden. Eindringende Forschung an der Reformationsgeschichte und an Luther selbst haben an diesem Urteil gerüttelt. Je tiefer man sich in Luthers eigentümliche Gedankenwelt versenkte, je vorurteilsloser man die leidenschaftlichen Angriffe von sozialistischer und ultramontaner Seite prüfte, je klarer man die Wesensart des modernen Geistes erkannte, um so fraglicher mußte es werden, ob sich diese Schätzung von Luthers Tat halten ließe. Immer deutlicher erkannte man, wie eng Luther mit den Strömungen des ausgehenden Mittelalters zusammenhing, wie groß der Anteil anderer Richtungen an der Entwicklung der modernen Kultur, von wie einschneidender Bedeutung die Umbildung der europäischen Denkweise um die Wende des 17. zum 18. Jahrhunderts gewesen ist.

Daß die „christliche Freiheit" und das Streben nach bürgerlichen Freiheiten und Rechten wenig miteinander zu tun haben, hätte man eigentlich schon aus Luthers berühmtester Programmschrift vom Jahre 1520 ersehen können. Man versteht den Titel dieser Schrift „von der Freiheit eines Christenmenschen" nur dann recht, wenn man das Wort Freiheit in Anführungszeichen setzt und das Wort eines Christenmenschen unterstreicht. Der Titel will mystisch verstanden sein, etwa so wie der von Augustins „De civitate Dei". Sie handelt von der wunderlichen Freiheit, die ein Christenmensch erstrebt und besitzt und die ganz etwas anderes ist als äußere Freiheit.

Digitized by Google

Das macht der zweite Teil der Schrift vollends klar; denn in ihm wird ausgeführt, daß es sich mit der christlichen Freiheit sehr wohl verträgt, allen menschlichen Ordnungen untertan zu sein, und daß in christlicher Frömmigkeit kein Antrieb liegt, ein solches Joch der Unterordnung abzuschütteln. Der Unterschied ist nur der, daß der wahre Christ seine Gebundenheit nicht mit Furcht und Zittern trägt, sondern mit Lust und Liebe, also fester gebunden ist.

Auch in der Erklärung der christlichen Freiheit, wie sie die Auslegung des Galaterbriefes enthält, ist mit aller Deutlichkeit unterschieden worden zwischen der wahren Freiheit, die man nicht hoch genug schätzen kann, und der weltlichen und leiblichen Freiheit, die nicht mehr als ein Tropfen ist.

Dieser Grundgedanke Luthers bestimmt nun die Eigenart der Lutherischen Volkserziehung und der Lutherischen Ethik. Der Inhalt des Willens Gottes, in dessen Erfüllung sich der Christ als im Gnadenstand befindlich erweisen soll, ist nach Luthers Lehre ausschließlich die Arbeit an der eigenen Heiligung, die Übung in Demut, Geduld, willigem Kreuztragen, Bekenntnistreue und Einleben in die Offenbarungen Gottes, und die Übung der Nächstenliebe, mit der der Christ seine ganze Kraft in den Dienst der andern stellt, ihre Fehler und Sünden duldet und vergibt, um ihretwillen Kränkungen und Lasten trägt und ihnen das Zeugnis des Evangeliums nicht schuldig bleibt. Eine Auffassung vom Inhalt der Sittlichkeit, die durch ihre Innerlichkeit und Tiefe ergreift; aber irgendein Antrieb zum Kampfe um eine Veränderung der Stellung des einzelnen in der menschlichen Gesellschaft, zur Erweiterung seines freien Spielraums, zur wissenschaftlichen und technischen Beherrschung der Natur liegt nicht darin. Dies alles ist Nebensache, es trägt nichts aus für das eigentliche Ziel des Lebens, es hindert nicht und fördert nicht.

Ja noch mehr: Luthers Schöpfungsglaube stellt einem solchen Streben ein noch stärkeres Hemmnis in den Weg. Denn die Welt, die Gott geschaffen hat, ist ihm nicht nur die Natur, die dem Lebensdrange des einzelnen immer wieder unüberwindlichen Widerstand entgegenstellt, sondern umfaßt auch die geschichtlich gewordenen Weltverhältnisse mit all ihren Härten und Unbegreiflichkeiten, mit ihrem Druck auf den einzelnen, mit ihrer Unfreiheit und Ungleichheit, mit der Herrschaft der Gewalt und des Mammons, mit der Unterordnung des Weibes unter den Mann, des Bauern unter den adeligen Herrn, des Fürsten unter den Kaiser. Luther gleicht den Gedanken der Güte Gottes mit seiner Urheberschaft einer solchen Welt ganz nach den Überlieferungen des älteren Christentums durch die Betonung des Sündenfalls aus. Die Welt, die Gott ursprünglich geschaffen hat, war freilich ganz anders, war voll Gleichheit und Freiheit. Aber die Absicht der Erschaffung einer solchen Welt wurde durch den Sündenfall und die fortzeugende Erbsünde gehindert. Um ihretwillen mußte Gott das Paradies zuschließen. Die in Sünde gefallenen Menschen brauchten eine andere Welt, eben die Welt unserer Erfahrung. So haben sie's verdient, und so

Digitized by Google

fordert es die Heilabsicht ihrer Erziehung. Dann aber ist es ein Frevel und eine Auflehnung gegen Gottes Ordnung, diese Welt ändern und die Lage des einzelnen in der Welt verbessern zu wollen. Die Welt ist dem Christen nicht gegeben, daß er sie umschaffen soll, sondern daß er sich durch sie erziehen läßt. Das haben die Mönche freilich ganz verkehrt angefangen, indem sie die Welt flohen und sich damit dem Kreuz entzogen, das Gott auf das Leben in der Welt gelegt hat. Der wahre Christ soll das Kreuz des Weltlebens gerade auf sich nehmen, um sich in dieser Schule vollenden zu lassen. Und nur in einem einzigen Falle ist ihm Selbstbehauptung, Anwendung von Gewalt, Überlegenheit, Vergeltung erlaubt; nämlich wenn ihm von Gott ein Amt gegeben ist, wenn ihn der Gehorsam gegen ein klares Wort der Bibel dazu zwingt, wie es darin steht über die weltliche Obrigkeit, daß sie das Schwert nicht umsonst trägt, und wie es dem Hausvater gesagt ist, er solle Herr sein über Familienglieder und Gesinde. Dann also, wenn die Erfüllung einer Liebespflicht gegen Dritte, gegen ein großes Ganzes, gegen die Zukunft Strenge und Härte dem Nächsten gegenüber verlangt.

Diese Grundgedanken von Luthers Ethik zeigen, wie weit er davon entfernt war, den Christen einen Anstoß zum Kampfe um bürgerliche Freiheiten zu geben.

Das kann man sich im einzelnen klarmachen, z. B. an Luthers Stellung zum Bauernaufstand. Indem ich sie erwähne, möchte ich mich dagegen verwahren, als teilte ich den von sozialistischer und sektiererischer Seite erhobenen Vorwurf gegen Luther, den man gerade auf seine Haltung in diesen Wirren gegründet hat. Ich glaube vielmehr, wer das Ganze übersieht, wird auch hierbei einen imponierenden Eindruck von Luthers Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit empfangen. Man sollte das Wort „wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern" nie zitieren ohne Hinzufügung des andern „von den wütigen, rasenden und unsinnigen Tyrannen, von den Bluthunden, die die Schrift Bestien nennt". Aber darum handelt es sich nicht, sondern um Luthers grundsätzliche Stellung zu den Forderungen der Bauern, die Leibeigenschaft aufzuheben. Luther schreibt ihnen dazu:

„Es soll keine Leibeigenschaft sein, weil uns Christus davon befreit hat. Was ist das? Das heißt christliche Freiheit ganz fleischlich machen. Hat nicht Abraham und andere Patriarchen und Propheten auch Leibeigene gehabt? Lest St. Paulus, was er von den Knechten, die zu der Zeit alle Leibeigene waren, lehret. Darum ist dieser Artikel stracks wider das Evangelium und räuberisch, damit ein jeglicher seinen Leib, so eigen worden ist, seinem Herrn nimmt. Denn ein Leibeigner kann wohl Christ sein, gleichwie ein Gefangener Christ ist und doch nicht frei ist. Es will dieser Artikel alle Menschen gleich machen und aus dem geistlichen Reich Christi ein weltliches äußerliches Reich machen, welches unmöglich ist. Denn weltliches Reich kann nicht bestehen, wo nicht Ungleichheit ist in Personen, daß etliche frei sind, etliche gefangen, etliche Herrn, etliche Untertanen."

Und an einer andern Stelle:

„So ihr euch rühmet und gerne höret, daß man euch Christen nenne, und dafür wollet gehalten sein, so werdet ihr auch das leiden, daß ich euch euer Recht behalte. Höret nun zu,

Digitized by Google

liebe Christen, euer christliches Recht! So spricht Christus: Ihr sollt dem Übel nicht widerstehen, sondern wer euch zwingt eine Meile Wegs, mit dem gehet zwei Meilen, und wer dir den Mantel nimmt, dem laß auch den Rock, und wer dich auf die eine Backe schlägt, dem halte auch die andere dar. Ja, Christus spricht: Wir sollen Gutes wünschen denen, die uns beleidigen und bitten für unsere Verfolger und lieben unsere Feinde und wohltun unseren Übertätern. Dies sind unsere christlichen Rechte, lieben Freunde. An diesen Zeichen begreift wohl ein Kind, das christliches Recht ist, nicht viel sträuben wider Unrecht, nicht sich wehren, nicht zum Schwert greifen, nicht sich rächen, sondern dahingeben Leib und Gut, daß es raube, wer da raubt. Wir haben doch genug an unserm Herrn, der uns nicht lassen wird, wie er verheißen hat. Leiden, leiden, Kreuz, Kreuz ist des Christen Recht und kein anderes."

Schärfer kann doch wohl das Unternehmen nicht abgewiesen werden, aus der christlichen Freiheit bürgerliche Freiheiten abzuleiten, als in diesen Worten.

Ebenso charakteristisch scheinen mir Luthers Äußerungen über das Recht bewaffneten Widerstandes gegen den Kaiser, die Karl Müller kürzlich einer eindringenden Untersuchung unterworfen hat. Es handelt sich dabei um Luthers Gutachten zu der für die protestantischen Fürsten immer brennender werdenden Frage, ob sie dem Kaiser entgegentreten dürfen, wenn er sie mit Gewalt zwingen wolle, die alte Kirche wiederherzustellen. Ich reihe einige von Luthers Sätzen aneinander:

„Der Kurfürst hat dem Kaiser als seiner Obrigkeit Gehorsam zu leisten. Käme der Kaiser mit Heeresgewalt, um Luther zu fangen oder zu töten, so müßte ihn der Kurfürst in seinem Land einfach walten lassen, dürfte keinen Widerstand leisten und die Gefangennahme und Hinrichtung Luthers nicht hindern. Alles andere wäre Empörung. Der Kaiser ist sein Herr mit Zustimmung Gottes und der Menschen, d. h. rechtmäßig gewählt, mögen sie auch gottlos sein. Nur in einem Falle dürfte der Kurfürst zu den Waffen greifen; nämlich auf Grund eines ganz besonderen Gebotes Gottes, etwa so wie es einst den Königen Judas gegeben wurde. Unrecht des Oberherrn macht das Unrecht des Untertanen nicht recht. Das Evangelium verlangt einfach Unrecht leiden. Auch dann nicht, wenn ein Oberherr sich etwa verpflichtet hätte, nach Landesrecht oder fürgestellten Artikeln zu regieren, und das nachher nicht hielte; das macht nichts aus. Ein Fürst hat auch Gott gelobt, Gottes Recht zu halten; wer sollte ihn aber richten dürfen, wo er es nicht tut? Für die Juristen mag nach weltlichem und päpstlichem Recht die Pflicht des Gehorsams auf einer Art Vertrag beruhen; bricht ihn der Kaiser, so sind auch die Fürsten frei. Handelt er gegen seine Wahlkapitulation, so dürfen sie Widerstand leisten. Aber nach der Schrift liegt es anders. Da ist die Obrigkeit einfach göttliche Ordnung, d. h. von Gott gesetzt, und, solange sie besteht, besteht auch die Pflicht des Gehorsams. Rüstungen und Bündnisse sind Zeichen des Unglaubens, der Gott nicht zutraut, daß er seine Sache selbst führen könne."

Welch Licht fällt von solchen Sätzen auf die Politik des brandenburgisch-preußischen Staates vom Siebenjährigen Krieg bis zu 1866, auf diese Politik, die keinen andern Rechtstitel hatte, als das natürliche Verlangen des jungen Staates, Macht und Weltstellung zu gewinnen!

Überblicken wir diese Ethik Luthers, so wird es unmöglich, in der Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse, die nach der Reformation in den deutschen Territorialstaaten ausmündete, nur etwa eine Verkümmerung der Gedanken Luthers zu sehen.

Digitized by Google

In diesen Staaten gab es nichts von bürgerlicher Freiheit, keine Freiheit der wissenschaftlichen Forschung, keine politischen Rechte des Individuums, keine Selbständigkeit der Staatskunst, ja es gab kaum Glaubens- und Gewissensfreiheit. Auch ein noch so liebevoll suchendes Auge entdeckt in diesen Staaten keinen Ansatz zur bürgerlichen Freiheit. So wird das Urteil zwingend, daß sie durch die Reformation nicht begründet, nicht einmal gewollt ist. Der Kampf um bürgerliche Freiheiten und Rechte des einzelnen hat vielmehr einen andern Ursprung. Es ist hier nicht der Ort, das im einzelnen darzulegen; es genügt, daß er sein religiöses Pathos und seine Stoßkraft nicht aus den Anregungen der Lutherischen Reformation empfangen hat, sondern aus der Umformung des Denkens und Empfindens, die sich auf angelsächsischem Boden vollzog. Hier faßte der Gedanke Wurzel, daß alle Unfreiheit und Ungleichheit auf Erden wider Gottes Willen sei, Ausgeburt der Sünde und Willkür der Menschen, und daß die Ehre Gottes von seinen Gläubigen die Herstellung eines Zustandes erforderte, in dem alle Menschen gleiche Rechte und Freiheiten haben. So scheint der Gedanke der Demokratie ein dem deutschen Luthertum fremdartiger zu sein, und zweifellos ist er in die politische Bewegung des deutschen Volkes erst durch Anregungen des Auslandes hineingetragen worden.

Sollen wir deshalb urteilen, daß der deutsche Liberalismus eine der Lutherischen Reformation entgegengesetzte Bewegung darstellt? So einfach liegen die Dinge nicht. Das Luthertum hat den Liberalismus allerdings nicht erzeugt, aber es hat ihn mannigfach beeinflußt und umgebildet.

Diese Umbildung vollzog sich zunächst so, daß die Lutherische Ethik ihm starke Widerstände entgegensetzte.

Ein solcher Widerstand ist der Gedanke ewiger Gesetze des Gemeinschaftslebens, in dem das Luthertum eine seltsame Mischung aus menschlich willkürlichen, veränderlichen Elementen und unveränderlichen, sinnvollen Notwendigkeiten erkannte. Darin lag eine starke Mahnung zur Vorsicht und zur Selbstbescheidung. Ein zweiter Widerstand lag in dem Gedanken des Berufes. Indem die Lutherische Ethik den einzelnen anleitete, den Gebrauch von körperlichen und geistigen Machtmitteln vor sich selbst durch ein Amt und einen Auftrag zu rechtfertigen, wies sie ihn darauf hin, immer und überall nach seiner Pflicht zu fragen, und erzog in ihm das Gefühl der Verantwortung für ein jenseits des eigenen Lebenskreises liegendes Größeres, Familie, Vaterland, Wissenschaft, Humanität. Und drittens, indem das Luthertum die Unterscheidung zwischen religiöser und bürgerlicher Freiheit in das Bewußtsein eingrub, entzog sie dem Kampf um bürgerliche Freiheit das religiöse Pathos, das diesen Kampf so leicht verfälscht und verunreinigt. Sie gab uns die Gelassenheit, die Gestaltung bürgerlicher Rechte und Freiheiten und des Anteils des einzelnen an der öffentlichen Gewalt als Fragen der Zweckmäßigkeit zu behandeln, für die es kein allgemein gültiges göttliches Gesetz gibt. Sie gab uns die innere Ruhe, auch unbefriedigende Ver-

Digitized by Google

hältnisse zu ertragen und unsere Kraft nicht ausschließlich in der Politik zu verbrauchen. Denn immer blieb uns gewiß, daß die Würde einer freien Persönlichkeit davon unabhängig ist, ob jemand unter demokratischer oder monarchischer Staatsform lebt, ob er Anteil an der Regierung hat oder Untertan ist.

Diese Widerstände mußten auf deutschem Boden das Wesen der demokratischen Bewegung tiefgreifend verändern. Ich möchte es so formulieren, sie bildeten die Demokratie um in den Liberalismus.

Dazu aber kam noch ein anderes, der größte und bedeutendste Beitrag der Reformation zur Stärkung der liberalen Bewegung. Er besteht in der Betonung der Innerlichkeit, der Seelen- und Charakterbildung als der obersten sittlichen Pflicht des Christen. Darin liegt ein stärkster Antrieb zur Selbsterziehung. Aber schon Luther hat daraus auch die Pflicht der Nächstenliebe für die führenden Stände abgeleitet, Volksbildung und Volkserziehung zu treiben. Indem die Lutherischen Staaten diese Aufgaben in die Hand nahmen, schufen sie langsam aber unaufhaltsam, was die Voraussetzung bürgerlicher Rechte und Freiheiten ist, sie erzogen die Persönlichkeiten, die für sie reif waren und die sie zu gebrauchen verstanden. Das Luthertum leistete dem Individualismus, dem Verlangen nach Rechten und Freiheiten im bürgerlichen und öffentlichen Leben den unschätzbaren Dienst, ihn mit seelischem Gehalt zu sättigen.

Es mußte ein Zeitpunkt kommen, da der Wert der Persönlichkeit so groß wurde, daß die Gemeinschaft des Staates ihn um seiner selbst willen nicht mehr übersehen konnte, da er um seiner eigenen Erhaltung und Machtsteigerung willen in eine Verbindung mit der liberalen Bewegung trat, um die Persönlichkeitskräfte in seinen Dienst zu ziehen und sie für sich auszunützen, indem er ihnen Freiheit der Betätigung und Anteil an der Leitung des Staates gewährte. Die ganze Größe des Freiherrn vom Stein besteht darin, daß er in der schwersten Notzeit Deutschlands den Entschluß faßte, den Staat durch die Ausdehnung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten in der Masse des Volks fest zu verankern, und damit den Anfang machte, den Obrigkeitsstaat in den Volksstaat umzuwandeln.

Die Reformation ist nicht die Urheberin der demokratischen Bewegung, aber sie hat sie tiefgreifend beeinflußt, indem sie sie zum deutschen Liberalismus umbildete. Die Treue gegen die Reformation verlangt, diesen Unterschied zwischen angelsächsischer Demokratie und deutschem Liberalismus im Bewußtsein zu erhalten.

Wilhelm II., Wilson und der Friede

Von Eugen Kühnemann

Der Deutsche tut sicher sehr recht daran, wenn er Amerika als einen neuen Feind im Kriege durchaus ernst nimmt. Es ist niemals klug, einen Gegner zu unterschätzen. Diesem Gegner stehen große Hilfsmittel einer unerschöpften Macht zur

Digitized by Google

Verfügung. Und Amerika oder besser Wilson ist in diesem Augenblick fest entschlossen, seine ganze Macht in diesen Krieg mit Deutschland hineinzuwerfen. Darüber sollte kein Zweifel bestehn. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, die ganze Rüstung gegen Deutschland sei nur ein Vorwand; sie gehe in Wahrheit gegen Japan. Allerdings wirkt auch hier einer jener eigentümlichen Glücksfälle, an denen amerikanisches Leben so reich ist. Das Schicksal schenkt ihnen eine wunderbare Gelegenheit, die schweren Mängel und Rückständigkeiten ihrer nationalen Bereitschaft abzustellen. Sie werden als eine neue Macht aus dieser Entscheidung hervorgehen und mit einem neuen Gewicht in die Welthändel eingreifen. Volle 51 Prozent der gesamten nationalen Einkünfte stecken sie in die Neubildung ihres Heeres und ihrer Flotte hinein. In der Zeit des stärksten Wettrüstens mit England hat Deutschland niemals auch nur die Hälfte der Geldsummen für seine Flotte aufgewendet, welche Amerika jetzt für die amerikanische Flotte verbraucht, die schon zuvor an Zahl der Schiffe die zweite, an kriegerischem Wert die dritte der Welt war. Sie schaffen ein neues ungeheuerliches Maß für den Wetteifer der Rüstungen und verkünden, indem sie den Taumel des Militarismus aufs höchste treiben, mit echt amerikanischem Lächeln, daß dies alles geschehe, um den Militarismus in der Welt zu vernichten. So werden sie freilich auch gegen Japan künftig besser und anders als vorher gerüstet sein. Aber das nächste Ziel der ganzen Vorbereitung ist ohne Frage Deutschland.

Wir sollen das wissen und uns danach einrichten. Aber falsch wäre es doch, über dem Ernst der Lage zu übersehen, was sie an Hoffnung und Stolz für uns in sich birgt. Schon daß Amerika in den Krieg eingriff, war nichts anderes als das Anerkenntnis, daß der deutsche Sieg nah und unabwendbar erschien. Aus vielen Gründen wollte Amerika den Sieg Englands und die Niederlage Deutschlands[1]. Aber es glaubte, dies Ziel sicher zu erreichen, wenn es unter dem Deckmantel der Neutralität mit allen verfügbaren Mitteln die Feinde Deutschlands unterstützte, ohne selber in den Krieg einzugreifen. In klarer Voraussicht verfolgte es dabei ein eigenes großes Ziel, die Weltherrschaft des amerikanischen Geldes. Es hielt den Zusammenbruch des kleinen Deutschland in dem ungleichen Kampfe gegen die Welt für unvermeidlich. Gegen Ende des Jahres 1916 begriffen die amerikanischen Staatsleute, daß die Feinde Deutschlands sich dem Ende ihrer Kräfte näherten. Die Sonderbotschafter Englands und Frankreichs brachten bald darauf die vollkommene Bestätigung dieser Einsicht. Da griff Amerika ein und mußte eingreifen um seines eigenen Zieles, um jener Weltherrschaft des amerikanischen Geldes willen. Der amerikanische Krieg ist der nackte Krieg des machthungrigen und geldgierigen Kapitalismus, — ein schamloser Beutezug. Dies ist für uns der erste Grund zur Hoffnung und zum Stolz, — daß es die Nähe des deutschen Sieges war, welche den amerikanischen Krieg herbeizwang.

[1] Siehe hierüber mein Buch „Deutschland und Amerika. Briefe an einen deutsch-amerikanischen Freund". München, C. H. Beck, 1917.

Digitized by Google

Einer der größten Züge in diesem Weltkrieg ist der Zwang der Wahrheit, der in ihm waltet. Erbarmungslos und unwiderstehlich treibt er in allen Mächten, die an ihm beteiligt sind, den wahren Charakter und die wahren Beweggründe heraus und läßt Unwahrheit und Unechtheit in sich selbst zerfallen, wie es an Rußland am deutlichsten sich offenbart hat. So wirkt der Zwang der Lage weiter in der Stellung, die die neuen Freunde Amerika sofort geben mußten. Sie haben tatsächlich abgedankt und auf ihre Selbstständigkeit verzichtet und beugen sich vor Amerika als dem wirklichen Führer und letzten Retter. Allerdings spielt hier bewußte Schlauheit der Berechnung mit. Sie kennen die grenzenlose Eitelkeit Wilsons, der als ein wesentlich literarischer Mensch nicht genug bekommen kann vom Beifallsklatschen des Volks und — nach dem Wort Kuno Fischers — die Lorbeeren wie Salat zu essen liebt. Aber es bleibt doch wahr, daß man aus allem deutlich heraushört: ohne Amerika waren wir verloren. Dies ist für uns der zweite Grund zur Hoffnung und zum Stolz.

Die Feinde haben den wertvollsten Thron, den sie zu vergeben haben, an den größenwahnsinnigen Schulmeister abgetreten, der in Amerika Weltgeschichte spielt. Wir haben es endlich und viel zu spät begriffen, wie sie vor allem vom Geiste aus uns zu entwurzeln und zu vernichten suchen. Jene in Deutschland mit unangebrachter Entrüstung viel beschrieenen Verleumdungen und Lügen sind in Wahrheit die Waffen in einem ganz bewußten und in seiner Art — welche die Niedertracht ist — bewundernswürdigen Feldzuge. Sie wollen die Welt überreden, daß die heilige Sache der Menschheit und Menschlichkeit die Vernichtung Deutschlands verlangt. Sie gewinnen gegen uns die Meinung der Welt. Die Meinung der Welt aber wird entscheidend für die Anordnung der Mächte in diesem großen Für und Wider. Die Bedeutung dieses Feldzuges wächst, je aussichtsloser es wird, Deutschland in dem Felde der Waffen zu besiegen. Hätten sie uns einmal auf dem Schlachtfeld entscheidend geschlagen, so würden sie in den guten Deutschen plötzlich eine Menge von liebenswerten Zügen finden und Deutschlands Unentbehrlichkeit für das Ganze der Weltbildung in beweglicher Großmut preisen. Daß sie es nicht tun, beweist, wie sie an dem kriegerischen Siege zweifeln. Sie haben die Hoffnung, uns auf dem Schlachtfelde niederzuwerfen, aufgegeben. Sie glauben nicht einmal mehr an die Aushungerung Deutschlands. Also bleibt allein die Vernichtung im Geiste. Ihr Eifer in diesem Felde malt nur ihre Verzweiflung. Darum ist es eine Freude für uns, daß Wilson auf diesen geistigen Krieg so viel Kraft verwendet. Dies ist für uns der dritte Grund zur Hoffnung und zum Stolz. Er glaubt selber nicht an den kriegerischen Sieg über Deutschland, so wenig wie an den Sieg der wirtschaftlichen Vernichtung, so gewalttätig und rücksichtslos er sich um diesen in der Vergewaltigung der Neutralen müht, unbekümmert darum, daß er damit alle seine eigenen früheren Redensarten vom heiligen Recht der Neutralen in Spott und Hohn verkehrt. Der Krieg unserer Feinde also wird von einem Thron geleitet, der bei ihnen der höchste ist, vom Thron der Lüge und Entstellung. Nach der Fassung,

Digitized by Google

die sie dem Kampfe gegeben haben, sagen wir am besten: vom Thron der demokratischen Phrase. Diesen Thron haben sie an Wilson abgetreten. Sie erkennen ihn als den Herrscher an, der die großen Losungsworte dieses Kampfes prägt. Sie haben sich damit völlig unter die Botmäßigkeit Amerikas gestellt. Nichts bezeichnet deutlicher die Schlichtheit der deutschen Seele selbst im Kriege als dies, daß wir an einen ähnlichen Kampf des Geistes gar nicht gedacht haben. Uns schien der Sachverhalt so klar: wir standen als die Überfallenen in gerechter Selbstverteidigung im Kriege um Sein und Nichtsein gegen eine Welt. Was war da weiter zu reden? Es war nur zu tun und zu handeln. Aber eine neue Freudigkeit soll es uns in unserm Ringen geben, daß der deutsche Sieg die ungeheuerste Gasblase der Lüge zum Platzen bringen und in der reinen Luft einer neuen Welt auflösen wird. Einstweilen sollen wir verstehn: Wilson, der neue Zar unserer Feinde, glaubt an die Möglichkeit eines einzigen Sieges über uns, eines Sieges der demokratischen Phrase. Also muß das ganze Märlein am Leben bleiben: Deutschland trägt an diesem Kriege die Schuld; das liegt daran, weil es beherrscht wird von einer militärischen Kaste und Autokratie, die ihrem Wesen nach immer über finsteren Plänen für Krieg und Eroberung brütet. Das deutsche Volk trägt keine Mitschuld, da es sein Geschick nicht selbst bestimmt, sondern von jener militärischen Autokratie mißleitet und gegen seinen Willen vergewaltigt wird. Und unschuldig und hold kommt der letzte Wink: wollte nur das deutsche Volk seine Verfassung ändern und sein Geschick in die eigene Hand seiner Selbstbestimmung nehmen, wir würden ihm gerne den Frieden geben. Dann könnten wir nämlich Vertrauen haben, daß auch Deutschland aufrichtig den Frieden will. Denn die Demokratie ist der Friede.

Man kann den Deutschen nicht eindringlich genug sagen, daß sie gradezu alles aufgeben würden, wenn sie die verruchte angelsächsische List in diesen Winken Wilsons nicht durchschauten. Denn es sieht wahrhaftig so aus, als wären manche, unbeschadet aller Entrüstung über die plumpe Einmischung in deutsche Verhältnisse, nicht übel geneigt, auf den amerikanischen Gedankengang einzugehn. Sie sagen etwa, daß wir doch selber sehen, wie die sogenannte Demokratisierung eine innere Notwendigkeit unseres deutschen Lebens ist. Also tun wir ihnen doch den Gefallen! Demokratisieren wir die Verfassung Deutschlands und beseitigen wir so das letzte Hindernis für den Frieden.

Aber sollten wir wirklich noch immer nicht begriffen haben, daß die Worte angelsächsischer Staatsmänner — schopenhauerisch zu reden — niemals Einsichten, sondern immer nur Absichten ausdrücken oder — richtiger — verbergen! Was liegt ihnen daran, wie Deutschland regiert wird oder sich regiert? Noch in der „Lusitania"-Note rühmte Wilson die erleuchtete Menschlichkeit, die von jeher die kaiserliche Politik ausgezeichnet habe. Jetzt erklärt er dieselbe kaiserliche Politik für barbarisch und verbrecherisch. Je nachdem eben gerade die Absicht steht. Sie würden mit Leichtigkeit in andern Zusammenhängen die erleuchtete Freiheit in Deutschland preisen. Nein! Es

Digitized by Google

liegt ihnen nur an einem, an der Niederlage Deutschlands. Sie setzen ihre allerletzte Hoffnung auf innere Unruhen, auf den möglichen Ausbruch der Revolution. Darum und darum allein winken sie mit demokratischen Änderungen in der Verfassung. Jede Beunruhigung, die sie in das innere Leben Deutschlands tragen, fördert ihren letzten Zweck. Es wäre arg, wenn sie von der Gutgläubigkeit alten deutschen Torensinns erreichten, was sie gegen die Heldenkraft der deutschen Krieger nicht haben durchsetzen können. Hier würden nicht einmal die Federn verderben, was das Schwert gewonnen hat. Sondern das Volk selber würde in seiner Torheit verspielen, was es in seiner Kraft erwarb.

Es hieße zugleich, die beste Stärke opfern, die wir im sittlichen Urteil über den Krieg besitzen, und die den schönsten Teil unseres Ruhmes bilden wird, wenn sich die Schlammfluten der Lüge nur erst verlaufen. Denn wir würden zugeben: ja, wir sehen ein, daß wir unsere Verfassung ändern müssen, damit ihr die Sicherheit des Friedens habt. Als trügen wir die Schuld am Kriege! Aber das ist gerade unsere sittliche Stärke, daß wir die Angegriffenen sind und im Kriege gerechter Selbstverteidigung stehen. Es ist ein längst veralteter Aberglaube einer kindlichen Staatslehre, als bedeute die äußere Form der Verfassung etwas für ihren Gehalt an Freiheit oder Friedlichkeit. Es kann Monarchien geben, die wahre Freistaaten sind. Sie sind es, wenn in ihnen keine andere Gewalt gebietet als das Gesetz, das das Volk sich selber gibt. Es gibt Republiken, die durchaus keine Freistaaten sind, wie denn die verächtlichste Art der Gewaltherrschaft in der amerikanischen Oligarchie der Plutokratie (soll heißen: Herrschaft des Geldsackes) regiert. Rom war Republik und der größte Kriegsstaat der Erde. Die französische Demokratie trug im Revanchegedanken den unauslöschlichen Zunder des Krieges. Die englische Demokratie hat durch Krieg und Eroberung ein Viertel der Erde unterworfen. Sie birgt den Krieg als die Seele ihres Bestehens in der grundsätzlichen Todfeindschaft gegen jede Flotte, die der englischen Flotte zum wirklichen Nebenbuhler wird. Die amerikanische Demokratie bot trotz der aufrichtigen Friedensliebe von neun Zehnteln des Volkes keine Gewähr für den Frieden, sobald die kapitalistischen Interessen der plutokratischen Kaste, die in ihr herrscht, den Krieg vorzogen.

Dies ist das Eigentümliche der angelsächsischen Demokratie, daß sie auf lauter Voraussetzungen beruht, die nie geprüft werden, vielleicht, weil sie keine Prüfung vertragen. Der Satz: „Die Demokratie ist der Friede" gehört dazu. Er ist eine dreiste Lüge. Vollends in der Wendung gegen Deutschland stellt er die offenbaren Tatsachen auf den Kopf. Der große Friedensfürst dieser Jahrzehnte heißt Wilhelm II. und nicht Wilson. Deutschland war durch mehr als 43 Jahre die unbedingt zuverlässige Vormacht des Friedens. Es ist zu eigen, wie der angelsächsische Gedanke in seinen Anklagen gegen den Feind fortdauernd sich selbst verrät. Von England ist wahr, was über Deutschland eine Lüge ist, daß bei ihm der oberste Grundsatz gilt: „Macht ist Recht."

Digitized by Google

Von England ist wahr, was England über Deutschland lügt, daß bei ihm keine Verträge gelten, die dem englischen Interesse widerstreiten. Und so fort durch alle Kapitel. So ist von Wilson buchstäblich wahr, was über Wilhelm II. gesagt falsch ist, daß er nämlich eine beständige Gefahr für den Frieden bedeutete. Wilson ganz persönlich sorgte dafür, daß der Stoff zum Streit mit Deutschland niemals ausging. Wilson ganz persönlich erhielt den Kriegsfunken im Glühen, als Kongreß und Volk ihn austreten wollten. Wilson ganz persönlich entschied den Ausbruch des Krieges, der keineswegs eine rechtliche Notwendigkeit war. Wilson ganz persönlich warf — gegen die Erwartung des Volkes — die ganze Macht Amerikas derart in den englischen Krieg, daß unabhängige amerikanische Blätter schrieben: „Amerika ist jetzt nur noch eine englische Kronkolonie und in nichts unterschieden von Australien oder Kanada.“ Wilson will den englischen Sieg, die deutsche Niederlage. Er ist es, der Amerika zu einer reinen Autokratie seines erwählten Schulmeisters gemacht hat, — Amerika wird ihn alsbald als seine Zuchtrute erkennen. Amerika ist in diesem Augenblick zaristische Autokratie, Deutschland ist in einem viel höheren Grade wahrhaftiger Volksstaat der berufenen Kräfte. Jeder Satz der amerikanischen Anmaßung ist eine Unwahrheit.

Hinter allen jenen Worten aber lauert ein Anspruch, dessen furchtbare Gefahr sofort erkannt und zurückgewiesen werden muß. Wilson vollzieht den größten Bruch mit aller amerikanischen Überlieferung. Seit Washingtons Abschiedsbotschaft galt es für den obersten Glaubenssatz der amerikanischen Politik, daß Amerika sich fernhalten müsse von jeder Einmischung in europäische Verwicklungen und vor allen Dingen von verstrickenden Bündnissen mit europäischen Mächten. Die Botschaft des Präsidenten Monroe begründete in diesem Sinne den höchsten Grundsatz alles staatlichen Handelns für Amerika in der Monroedoktrin. Hiernach erklärten die Vereinigten Staaten — offenbar als eine Art Gegenforderung für ihre Enthaltung von allen Einmischungen in Europa —, daß keine europäische Macht sich in amerikanische Angelegenheiten einzumischen habe, keine in Amerika kolonisieren, keine einen Einfluß ihres politischen Systems auf amerikanischem Boden suchen dürfe. Sie behielten sich den amerikanischen Weltteil vor als den Einflußbereich ihrer Macht und ihres Gedankens. Wilson hat die Vereinigten Staaten jetzt tatsächlich zu einem Mitglied in dem größten Bunde europäischer Mächte gemacht, allerdings indem er mit jener eigentümlichen Scheu vor den Tatsachen, die die angelsächsische Demokratie bezeichnet, das ausdrückliche Wort vermeidet. Er hat die Zurückhaltung Amerikas in europäischen Angelegenheiten völlig durchbrochen und abgestreift. Was er erstrebt, ist die Weltherrschaft des angelsächsischen Gedankens. Bei dieser Weltherrschaft soll hinfort Amerika an Stelle Englands die führende Macht sein. Schon redet er wie ein kleiner Weltrichter, als habe er das letzte Wort für die Ordnung aller Dinge auf Erden. Wilson bedeutet das Ende der Monroedoktrin. Amerika wird die

Digitized by Google

Folgen spüren und später erkennen, wie es durch Wilson die Demokratie aufgab in Autokratie und die amerikanische Unabhängigkeit von Europa in überstiegenem Weltimperialismus. In Wilson wurde Amerika zu einem völligen Hohn auf sich selber. Deutschland erbrächte den abschließenden Beweis seiner politischen Unfähigkeit und Ohnmacht, wenn es von diesem Manne Losungsworte annähme für sein inneres Leben und ihm entgegenkäme.

Dies heißt nicht, daß wir nicht den deutschen Staat im Sinne des wahrhaftigen Volksstaats und der reinsten Freiheit auf Erden auch für seine Friedensarbeit umbilden sollten. Das ist für uns Notwendigkeit und Pflicht, aber nicht, weil andere es wünschen, sondern weil es die Wahrheit und Größe des deutschen Volkes, wie der Krieg sie offenbart, verlangt. Aber wir sollen nie vergessen, daß jedes Locken von Amerika her nur feindliche List ist, die unsern Untergang will, und daß jedes deutsche Hören auf solche Lockung Dummheit wäre. Die Feinde erspähen mit angelsächsischer Schlauheit jeden Punkt der leisesten Schwäche in unserem Willen. Nur der unbeugsame Wille und das stärkste Halten auf unser Recht macht Eindruck auf englischdenkende Menschen. Wir sollen uns auch nicht überheben und überstiegene Forderungen machen. Aber wir sollen mit Kraft und Bewußtsein tun, was wir bisher unbewußt getan haben: Wir sollen die Wahrheit offen und rückhaltlos sprechen lassen. Das ist unser hohes Glück in diesem Kriege, daß unsere Feinde ohne Lüge gar nicht kämpfen können, unsere Sache dagegen die Sache der Wahrheit ist. Denn wir kämpfen allein für unser gutes Recht auf Leben, wir haben ein Recht auf eine Gestalt der Welt, die unser deutsches Leben für lange friedliche Jahrhunderte sichert. Was aber ist die Wahrheit? Dies, daß wir auf dem Schlachtfelde gesiegt haben, daß keine Möglichkeit besteht, uns den Sieg wieder zu entwinden, und daß wir wirtschaftlich durchhalten können. Die Feinde wissen es. Die letzte Schwäche, die sie erspähen, ist die mangelnde Entschiedenheit in der Betonung unseres Willens. Sie deuten sich diese als innere Unsicherheit. Solange sie an eine solche glauben, versuchen sie es mit dem echt angelsächsischen Mittel der Einschüchterung und Verblüffung, mit dem sie z. B. gegen die Deutsch-Amerikaner einen so vollkommenen Sieg gewonnen haben. Nehmen wir ihnen die letzte Selbsttäuschung! Sprechen wir offen und selbstbewußt unsere deutschen Forderungen aus. Wir lassen das geschlagene Frankreich nach Elsaß-Lothringen als seinem Rechte rufen. Wir dulden, daß Amerika das französische Verlangen unterstützt. Wir vernehmen den Anspruch des frechen Italiens, das nichts geleistet hat, auf angeblich italienische und offenbar slawische Gebiete Österreichs. Wir hören mit Geduld auf die Zauberformel des zusammenbrechenden Rußlands von dem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, bei dem Rußland nur gewinnen, Deutschland fast nur verlieren könnte. Nur das siegreiche Deutschland verlangt nichts und erweckt den Eindruck, als wisse es nicht, was es will. Hier ersehen die Feinde unsere Schwäche. Solange das dauert, werden sie reden, als hätten sie uns die Be-

Digitized by Google

dingungen vorzuschreiben. Sie werden dadurch die Welt und ach! so manchen im deutschen Volke verwirren. Nehmen wir ihnen den Wahn! Zeigen wir mit dem offenen Wort der Wahrheit, wie stark wir sind, und wie stark wir uns wissen, und, wenn schon von Bedingungen die Rede sein soll, daß einstweilen wir allein sie zu stellen haben. Ordnen wir bei aller Mäßigung unser Haus nach außen und innen nach den Bedürfnissen unserers Lebens. Es darf nicht länger geschehen, daß die Welt und die Feinde selber unter dem Eindruck bleiben, als habe Deutschland ihren Forderungen zum Frieden zu genügen. Denn der Eindruck ist falsch, Deutschland aber soll wahr sein.

Offener Brief an Präsident Wilson über die augenblickliche Wirtschaftslage Hollands

Von C. J. K. van Aalst

„De Amsterdammer Weekblaad voor Nederland" vom 20. Oktober veröffentlicht nachstehenden von dem Präsidenten der Nederlandsche Handelmaatschappij und der N. O. T., Herrn C. J. K. van Aalst, dem bedeutendsten Kaufmann Hollands, an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichteten Offenen Brief. Er ist darum besonders bemerkenswert, weil van Aalst keineswegs zu den Deutschfreunden Hollands gehört.

Herr Präsident,

Ohne Zweifel beginnen die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Holland einigermaßen gespannter zu werden.

Von unserer Seite aus betrachtet ist dies sehr milde ausgedrückt.

Verzeihen Sie mir, wenn ich erkläre, daß wir das Empfinden haben, als ob Ihre Regierung ohne Erbarmen uns den Fuß auf den Nacken setzt, einen Fuß, der in einem Stiefel steckt, der ebenso rauh und ebenso schmerzhaft zu treten weiß wie jener Reitstiefel, der noch vor kurzer Zeit in Ihrem Lande in solch strenger Weise verurteilt wurde.

Ich würde es nicht wagen, so freimütig zu sprechen, wenn ich nicht stets — ich bin es noch immer — ein Freund Ihrer Nation und Ihrer Rasse gewesen wäre.

Daher halte ich mich für berechtigt, Ihnen unumwunden meine Ansicht kund zu tun; ich kann nicht glauben, daß das Ohr Amerikas sich meinen Ausführungen verschließen wird.

Amerika versucht uns zur Vernunft zu bringen — nicht durch Argumentationen oder durch einen zarten Druck, sondern dadurch, daß es ... uns von der Zufuhr abschneidet.

Indem es ihnen die Bunkerkohlen, die es sehr gut entbehren kann, verweigert, hält es unsere Schiffe fest.

Sie hindern uns daran, die Verbindung mit unseren Kolonien, die doch zu den wichtigsten Elementen unseres Wirtschaftslebens gehören, aufrecht zu erhalten.

Halten Sie dies wirklich für gerecht? Nähert sich dies nicht sehr stark demselben

Digitized by Google

System „Macht über Recht", welches durch die Traditionen Ihres Landes, Ihres Volkes und Ihrer Geschichte so glühend verdammt wird?

Einige tausend Tonnen von Lebensmitteln und Viehfutter, welche seitens unserer Regierung gekauft und bezahlt sind, in Ihren Häfen jedoch festgehalten werden, waren für unser Volk und zwar für unser Volk allein bestimmt.

Sie waren an unsere Regierung konsigniert unter N. E. T.-Bedingung. Sie sind nur ein Bruchteil jener Menge, über welche ein schriftlicher Vertrag mit der britischen Regierung getätigt wurde.

Dieser Vertrag wurde lange vor dem Zeitpunkt abgeschlossen, mit welchem Ihr Land an die Seite der Alliierten trat.

Unsere Distributionsbureaus und Familienväter haben sich auf diesen Vertrag, der zugunsten der ihrer Sorge anvertrauten Personen getätigt wurde, verlassen.

Durch das Verhalten der Regierung der Vereinigten Staaten hat dieses Abkommen nach Ansicht vieler Holländer eigentlich den Wert .. „eines Fetzen Papiers" erhalten.

Niemand in Holland hat von Ihrer Seite eine derartige Politik der „Angsteinjagung" einem kleinen Volke gegenüber erwartet.

Wie kann dies als etwas anderes bezeichnet werden, da Sie, indem Sie unsere Schiffe festhalten und uns von der Verbindung mit unseren Kolonien abschneiden, die Rechte einer friedlichen und unschuldigen Nation verletzen, die ihren Forderungen nicht durch Waffengewalt genügenden Nachdruck verleihen kann, die es jedoch wagt, die Würdigung ihrer Forderungen mit Nachdruck zu verlangen.

Wir denken nicht daran, unsere Dampfer und Waren gegen die Sache, für welche Sie streiten, zu verwenden.

Als seefahrendes und koloniales Volk empfinden wir es jedoch als einen unerträglichen und unverdienten Hohn, daß unsere doch schon so sehr beschränkte Freiheit von einem Lande als dem Ihrigen eingeschnürt wird und zwar in dem alleinigen Bestreben, uns durch Übermacht zu zwingen . . . was zu tun?

Damit aufzuhören, Deutschland mit Lebensmittel zu versorgen!

Herr Präsident, Sie gestatten mir, diesen Irrtum eben zu berichtigen. Es ist eine lächerliche Behauptung, daß wir Deutschland ernähren!

Gesetzt den Fall, daß wir dies tun wollten, so wären wir doch dazu nicht imstande. Mit unserer ganzen Ausfuhr kann der Bedarf Deutschlands nur auf ein paar Tage gedeckt werden.

Lautere Wahrheit ist, daß Holland, um bestehen zu können, mit der Zeit ein Einfuhrland geworden und geblieben ist.

Fast alle für unser Wirtschaftsleben notwendigen Güter müssen aus dem Ausland bezogen werden.

Unser nationales Dasein würde zusammenstürzen, wenn wir ohne die Zufuhr auskommen müßten.

Digitized by Google

Sehen Sie nicht ein, daß wir einen unentbehrlichen Teil der Einfuhr geregelt nur dadurch erhalten können, daß wir ihn zu einem gewissen Umfang durch eine Ausfuhr kompensieren, welche — winzig und unbedeutend im Vergleich zu den Bedürfnissen großer Nationen — einem Lande, wie dem unsrigen, ein ungeheuer wichtiges Tauschobjekt verschafft? Stets streben wir danach, den Tauschverkehr nach beiden Seiten stattfinden zu lassen.

Hierdurch lege ich gleichzeitig unsere verwundbaren Stellen bloß. Es wäre nutzlos, sie zu verbergen. Sie sind übrigens auch allgemein bekannt. Von allen Seiten hat man sie sich auch zunutze gemacht.

Sie selbst sind gerade daran es zu tun.

Sie, — gestatten Sie diese Bemerkung, — der Sie an allerletzter Stelle daran hätten denken dürfen.

Eine kleine Nation befindet sich in großer Bedrängnis.

Ziemt es sich nun für das amerikanische Volk, sie ihrem Schicksal zu überlassen, mit ihr Mißbrauch zu treiben, sie unnötigerweise ins Elend zu stoßen?

Ich darf Sie an ein anderes Volk erinnern, welches früher klein war und der Hilfe bedurfte. Es zitterte unter der Bedrohung eines der stärksten Königreiche des Jahrhunderts und erhob trotzdem seinen Anspruch auf Recht, Freiheit und Unabhängigkeit.

Einer der ersten, welcher jenem kleinen Volke in seinen schweren Tagen die Freundschaftshand darbot, war eine Republik in Europa, wo die Unabhängigkeit der kleinen Völker stets als ein heiliges Gut angesehen wurde.

Gerade in diesem Lande wurde der Hilferuf der „Empörer" am wärmsten beantwortet. Von diesem Lande aus wurde die Begeisterung für ihre Sache durch Buch und Flugschrift in ganz Europa angefacht, dieses Land war es, welches mit offener Hand seine Hilfe anbot.

Muß ich noch mehr Einzelheiten in Ihr Gedächtnis darüber zurückrufen, wie Holland sich an die Seite der amerikanischen Empörer stellte, als ihr Volk im Verlauf danach strebte, sich die Anerkennung seiner souveränen Ansprüche auf Selbständigkeit und Freiheit zu erobern?

Der anti-amerikanische „Tory" war kaum in den neu-holländischen Staaten zu finden, welche von einem Volke holländischen Ursprungs geschaffen wurden.

Als die Unabhängigkeitserklärung unterzeichnet war, traten viele Offiziere Hollands in den Dienst Ihrer Armee.

Die Festungen am Hudson wurden von einem holländischen Ingenieur erbaut, der ein großer Freund George Washingtons war.

Bereits im Jahre 1777 wurde in Amsterdam ein Kriegsschiff für die junge Nation erbaut.

Zum erstenmal wurde ihre Flagge von Holland, nämlich bei St. Eustatius, durch Salutschüsse begrüßt.

Digitized by Google

Im Jahre 1782 wurde John Adams von den Generalstaaten im Haag als Abgesandter des Nordamerikanischen Kongresses empfangen, wodurch Holland, gleichzeitig mit Frankreich, als erstes Land in Europa die Vereinigten Staaten offiziell anerkannte.

Es sind Amsterdamer Bankiers gewesen, welche den kämpfenden Kolonisten die notwendigen Gelder verschafften.

Namen wie Franklin, Trumbull und Adams hatten in Holland einen volkstümlichen Klang, während Van der Capellen, Calkoen und andere sich als begeisterte Anhänger der amerikanischen Sache zu erkennen gaben.

Noch vor einigen Jahren, nämlich im Jahre 1913, wurde von Ihren Landsleuten in dem Gebäude im Haag, in welchem die erste amerikanische Gesandtschaft ihren Sitz hatte, eine Gedenktafel angebracht. Die Inschrift lautet: „Zum Zeichen einer mehr als dreihundertjährigen, innigen Freundschaft und der großen Erkenntlichkeit des Volkes der Vereinigten Staaten von Amerika gegen Holland."

Diese Tatsachen lege ich Ihnen nicht etwa in der Form eines Wechsels vor.

Zweifellos darf ich Ihnen jedoch einen größeren Wert beimessen als einem reinen Kuriosum.

Darauf begründe ich unseren Anspruch auf Gerechtigkeit, Billigkeit und eine loyale Behandlung und unsere Bitte um Wohlwollen und Unterlassung jeden Zwanges.

Es wird Ihnen zweifellos ein leichtes sein, gegenüber Holland eine gerechtere Haltung einzunehmen.

Auch wird es nicht schwer sein, Ihre Bundesgenossen von dieser Notwendigkeit zu überzeugen.

Unter den geschichtlichen Ereignissen, welche ich wieder einmal durchgelesen habe, berichtet uns eins von der großen Hungersnot in der Stadt Baltimore während Ihres Krieges im Jahre 1812.

Ein Holländer, mit Namen Klaus Taan, brach die britische Blockade und kam den Bürgern mit einer Anzahl holländischer Getreideschiffe zur Hilfe.

Wollen nun die Vereinigten Staaten das Gegenteil erreichen und das holländische Volk durch ein grausames System der Aushungerung und Verelendung erniedrigen? Dieses System wird sicherlich keinen Erfolg haben!

Für uns würde es nur ein vorübergehender Schicksalsschlag sein, — für Sie jedoch — eine ewige Schande. Ich behaupte, daß man es (das System) nicht in die Tat umzusetzen braucht.

Worauf wir Anspruch erheben ist . . . eine gerechte Politik.

Mit der größten Hochachtung verbleibe ich, Herr Präsident,

Ihr dienstfertiger
Van Aalst.

15. Oktober 1917.

Digitized by Google

Der Jahresbericht des jungtürkischen Komitees

Von Ahmed Emin Bei, Chefredakteur des „Sabah"

Konstantinopel, Ende September

Wie bekannt, hält das jungtürkische Komitee jedes Jahr im September einen Kongreß ab, an dem diesmal wiederum die Mitglieder des Zentralausschusses, Abgeordnete aller Provinzen, Deputierte und Mitglieder des Senats teilnahmen. Den Vorsitz führte Talaat Pascha, der türkische Großwesir. Zur Verlesung kam der Jahresbericht, der interessante Einzelheiten über die Tätigkeit der Partei und der türkischen Regierung enthielt. Es mag hier ein Überblick über die Hauptpunkte dieses Berichtes gegeben werden.

In dem einleitenden Überblick der allgemeinen politischen und militärischen Lage wird die Fortdauer des Krieges als eine Folge „des Despotismus und der Anmaßung Englands" bezeichnet, das seine Weltherrschaft auf den Leiden der ganzen Menschheit aufbauen und erhalten wolle. Aber die Siegeszuversicht der Partei hat keine Schwächung trotz dieser Fortdauer des Krieges erfahren, da der Krieg im allgemeinen zugunsten des Vierbundes weitergeht und da die Hoffnung besteht, daß die vom Feinde noch besetzten Teile der Türkei bald erlöst sind.

Auf dem landwirtschaftlichen Gebiet wurde während des verflossenen Jahres tüchtig gearbeitet. So nahm vor allem der Gebrauch moderner Maschinen und Ackerbaugeräte außerordentlich zu, und da man mit der neugegründeten Schule für landwirtschaftliche Mechaniker gute Erfahrungen gemacht hatte, wurde die Vergrößerung dieser Anstalt und die Gründung eines ähnlichen Instituts in Konia beschlossen. Auch das Gesetz über die landwirtschaftliche Dienstpflicht und die Maßnahmen zur Förderung des Anbaues haben sich bewährt. Es wurden in dem Berichtsjahre 8 Millionen Kilo Saatkorn verteilt, die Oberfläche des bebauten Bodens betrug insgesamt 40 Millionen Dönum, auf denen in der Hauptsache etwa 4 Millionen Tonnen Getreide erzeugt werden können. Diese Organisation, im Kriege geschaffen, wird auch nach dem Kriege weiter bestehen und vervollkommnet werden. Gegen die Heuschreckenplage wurde unter der Leitung von deutschen Fachmännern erfolgreich gekämpft. Die Vorarbeiten zur Gründung von 4 landwirtschaftlichen Laboratorien und Versuchsstationen sind beendet, auch liegen nunmehr die Pläne für die Errichtung großer Bewässerungsanlagen vor. Die landwirtschaftliche Bank wird eine neue Grundlage erhalten, die es ihr erlauben soll, in allen Fragen der Bodenreform selbst die Initiative zu ergreifen.

Auch die Erhebungen über die Lage der Gewerbe in der Türkei sind beendet. Für Konstantinopel, Smyrna und Brußa wurde eine vollständige Gewerbestatistik angefertigt, die sich gegenwärtig im Druck befindet. Über ein Gesetz zur Förderung der Zuckerindustrie wird soeben im Staatsrat beraten. Das eigentliche Gesetz zur Förde-

Digitized by Google

rung der Industrie in der Türkei wird einige Änderungen erfahren, so daß es den landwirtschaftlichen Bedürfnissen des Staates besser angepaßt ist. Die ersten Gesetze zum Arbeiterschutz werden gerade vorbereitet, ferner soll das System der Gewichte vereinfacht und vereinheitlicht werden.

Hinsichtlich der Förderung der Schiffahrt wurde festgestellt, daß während des Berichtsjahres die Erlaubnis zum Bau von 155 Schiffen von über je 500 Tonnen gegeben wurde, wobei das Holz von der Regierung umsonst geliefert worden ist. Ein Gesetz zur Förderung des Handels zur See ist in Vorbereitung. Im ersten Jahre des Weltkrieges wurden 18, im zweiten 39 und im dritten Kriegsjahre 86 Schürfscheine und 6 Konzessionen erteilt. Für den besseren Abbau der reichen Kohlenlager in Eregli wurden weitgehende Verfügungen getroffen, sowie die Dienste ausländischer Fachleute in Anspruch genommen. Die Bemühungen um die Neuorganisation des Forstwesens, das unter der Leitung eines österreichischen Forstmannes steht, waren erfolgreich. Mehrere Schulen zur Heranbildung von Forstbeamten wurden gegründet. Auch die Frage der Hebung der Viehzucht und der Vermehrung der Viehbestände wurde in Angriff genommen. In nächster Zukunft wird eine Gruppe ausländischer Fachmänner damit beauftragt werden, alle wirtschaftlichen Fähigkeiten der Türkei, einschließlich derjenigen auf dem Gebiete des Bergbaues, eingehend zu prüfen.

Die grundlegende Organisation des Unterrichtswesens wurde im Laufe des Berichtsjahres vollendet. Die Zahl der Volks- und Mittelschulen soll tunlichst vermehrt und ferner sollen neue Lehrerseminare geschaffen werden. Die Universität von Stambul, deren Grundlage ebenfalls umgeändert wurde, wird ein neues Gebäude erhalten. Erwähnt wird ferner der schon erfolgten Sendung von 500 Waisenknaben nach Deutschland und die demnächst stattfindende weitere Sendung von 500 jungen Türken zur Ausbildung in der Landwirtschaft.

Im Justizwesen hat man Reformen vorbereitet, die es in Einklang bringen soll mit den wirklichen Erfordernissen des Landes und den Geboten einer modernen Zeit. Der Richterstand soll eine Hebung in jeder Beziehung erfahren, an Stelle der „Medschelle" wird ein neues bürgerliches Gesetzbuch treten.

Ein neues Gesetz betreffend die Verwaltung der ländlichen Distrikte wird dem Parlament in der nächsten Session unterbreitet werden, ferner sollen Vorschläge über eine teilweise Änderung der Provinzialverwaltung im allgemeinen gemacht werden. Das Gesetz über die Volkszählung und die Führung der Statistik der Bevölkerungsbewegung ist schon fertiggestellt. Für diese statistischen Angelegenheiten wird ein Fachmann aus Deutschland angestellt werden, der auch die gesamte Arbeit der Volkszählung übernehmen soll. Auch mag ein Gesetz erwähnt werden, das die Einsetzung, Entlassung, Belohnung und Bestrafung von Staatsbeamten auf eine gesunde Basis stellt. Das Gefängniswesen schließlich wurde während des Berichtsjahres schon zum Teil reformiert.

Digitized by Google

Hinsichtlich des Verkehrswesens ist das bedeutendste die Aufstellung eines Programmes neuer Eisenbahn- und Hafenbauten. Der Bau zweier wichtiger Linien wird allein schon militärischer Gründe wegen raschestens begonnen werden. Die Vorarbeiten für die die 200 Kilometer lange Strecke Okdschi—Goel—Kunan—Tschanakkale, die 125 Kilometer lange Strecke von Diabekir und die Eisenbahnen im Wilajet Adrianopel werden in diesem Jahre abgeschlossen, so daß mit dem Bau bald begonnen werden kann. Trotz des Krieges sind die Straßen- und Wegebauten in einem zufriedenstellenden Tempo fortgeschritten. Um die Heranbildung von Technikern der verschiedensten Gebiete zu beschleunigen, wird die technische Hochschule in Pancaldi ausgebaut werden.

Der Bericht schließt mit dem Dank der Partei für den früheren Vorsitzenden Said Halim Pascha, unter dessen Präsidentschaft der Abschluß des Bündnisses mit Deutschland erfolgt und damit die Politik des Türkischen Reiches in eine gesunde Bahn geleitet worden sei.

Von den Arbeiten und Plänen, die der Kongreß schon für das kommende Jahr gutgeheißen hat, nenne ich folgende: Es soll ein neues Gesetz über die Ansiedlung der Nomaden und die damit zusammenhängenden Verwaltungsprobleme ausgearbeitet werden. Ferner sollen ein ethnographisches Museum, ein Nationalarchiv und ein nationales Museum mit einer historischen Dokumentenbibliothek gegründet werden. Hiermit soll sich eine noch zu gründende Generaldirektion für nationale Kunst- und wissenschaftliche Werke befassen, deren Aufgabe es auch sein würde, die Ausfuhr nationaler Kunstwerke und Dokumente zu verhindern. Weiter sollen Organisationen geschaffen werden, die sich mit der sozialen Fürsorge, dem Arbeiterschutz, der sozialen Hygiene und dergleichen mehr zu befassen hätten.

Dem unbekannten Kanzler

Ein offener Brief von Jedermann

Es hat sein mißliches, nicht für den Tag zu schreiben, zumal wenn die Ereignisse Purzelbaum schlagen. Während ich diese Zeilen schreibe, verwaltet Herr Dr. Bethmann Hollweg noch das oberste Reichsamt, wenn sie gedruckt werden, sitzt oder steht vielleicht bereits ein anderer an seiner Stelle. Niemand weiß heute seinen Namen. Alle wissen nur, wer es nicht länger bleiben darf, viele vermeinen es auch es zu wissen und sagen und schreiben es jedem, welcher der Bewerber und Anwärter es nicht werden kann.

Es hat aber auch sein Gutes und ist sogar nicht ohne Reiz, in das Zwielicht des dämmernden Tages hinein zu schreiben. Man kann noch Wünsche haben, die geschäftige Phantasie kann noch je nach Laune und Stimmung in lichten oder dunklen Farben Zukunftsbilder malen. Der Unvorsichtige, Unbelehrbare oder Tollkühne wird

Digitized by Google

den Mantel des Propheten umlegen, trotz des restlosen Zusammenbruchs aller auf kurze Sicht ausgestellten Prophezeiungen. Vorsichtige legen daher von jeher den Eintritt ihrer Prophezeiungen mindestens über die Stunde ihres Todes hinaus.

Mit dem unbekannten Kanzler kann man noch von Mensch zu Mensch reden. Gerade weil er noch unbekannt ist, steht er noch unmittelbar faßbar uns gegenüber. Ist er erst ein bestimmter Mensch, ein Herr mit Namen, Rang und Titel, so wird er uns fremd, entfernt schon die steife, ehrfurchtgebietende Anrede „Exzellenz" jede Vertraulichkeit. Den unbekannten Kanzler kann man noch gut lutherisch deutsch mit dem volkstümlichen, feldgrauen „Du" ansprechen

Drum nichts für ungut. Was wünschen wir von Dir? Hab' keine Sorge, daß ich Dich mit der Forderung erschrecke, ein Bismarck zu sein. Solche Kerle wachsen auch bei anderen Völkern nicht dutzendweis in jeder Generation. Es genügt, wenn Du, ohne Genie zu sein, Geist, Ideen, gesunden Menschenverstand und entschlossenen Willen besitzt, kurz gesagt — ein Mann bist. Ein Mann der Arbeit, aber auch ein Mensch von Humor, sei er aus Menschenliebe oder Menschenverachtung, oder — besser noch — aus beiden geboren, der lachen kann und uns wieder lachen macht, trotz Krieg und Kriegesnot. Ein Mann, der mit der ganzen erdgeborenen Kraft ungebrochenen Willens in den großen Stunden der Entscheidung die unschätzbare Gabe der Wurstigkeit gegen die Lächerlichkeiten und Erbärmlichkeiten, gegen die Ängste und Sorgen der Kleinen, Allzukleinen hat.

Genieße mit grimmigem Behagen die Kost die unsere deutschen Zeitungen dem deutschen Bürger Tag für Tag vorsetzen und laß Dir weder den Appetit noch das Vertrauen auf deutsche Kraft und Einigkeit verderben, auch wenn Du das „Berliner Tageblatt" und die „Deutsche Tageszeitung" nacheinander liesest. Nimm's hin als deutsche Art.

Laß Dir den Schlaf nicht rauben durch das Gezeter ängstlicher Inhaber alten Besitzes vor drohendem Umsturz und Revolution, behalte den Glauben an des deutschen Volkes Tüchtigkeit. Es gibt kein regierungswilligeres, kein leichter regierbares Volk als das deutsche, auch wenn in deutschen Parlamenten, in Reich, Staat und Städten manchmal mit unheiligem Eifer und Zorn leeres Stroh immer und immer wieder gedroschen wird.

Schreite mit gelassener Ruhe durch das wirre Durcheinander von Hof, Regierung, Parlament und Presse und denke daran, wenn sich „Berlin" in Fieberhitze toll gebärdet, daß daneben in gleichmäßigem Pulsschlag die deutsche Arbeit ihren Gang geht in Stadt und Land.

Sei ein Mann der Tat und ein Mann der Rede, denn in der Zeit der drei großen P: Presse, Parlament und Publikum gehört Rednergabe ebenso zu den unentbehrlichen Ausrüstungsstücken des Regierenden wie einst Krone und Zepter, Purpur und Schwert. Dem Pomp von einst entspricht heute die Reklame, beide sind Mittel der Massenwirkung.

Digitized by Google

Sei Hüter des Regiments dem Parlament und der Heeresleitung gegenüber. Richte wieder Recht und Macht von Politik und Verwaltung im Krieg auf. Denn Politik muß Schlachten-Sieg zum Kriegsgewinn gestalten, und so Glänzendes das Militär in Strategie und Taktik leistet, die militärische Verwaltung ist die schlimmste Bureaukratie, und die geistigen und wirtschaftlichen Kräfte eines Volkes von 70 Millionen lassen sich nicht nach den für besetzte Gebiete oder für Zeiten einer wirklichen Belagerung notwendigen Formen der militärischen Verwaltung entwickeln.

Und Dein Programm? Offensive Politik nach außen und innen. Habe Zivilkurage und wage auch Galopp zu reiten mit Tod und Teufel um die Wette. Die Friedensresolution des Reichstages in Ehren. Nicht sie hat uns draußen und drinnen geschadet, sondern der wüste Streit um sie, auch nachdem sie längst geschichtlich erledigt war. Ein apostolisches Glaubensbekenntnis ist sie aber nicht, trotz der eifrigen Bemühungen des einen oder anderen ihrer Verfasser. Heute und für die nächste Zeit stehen die Zeichen im Felde und in der Politik auf Kampf. Es geht aufs Weißbluten, und in diesem erbitterten Ringen müssen wir auch politisch zur Offensive übergehen können.

Unsere Gegner gehen aufs Ganze, auch gegen die neutralen Länder um uns, heute handelspolitisch, morgen vielleicht auch militärisch. Wir müssen unseren Feinden und den letzten europäischen Neutralen durch die Tat beweisen, daß wir Europas Schicksal, Selbständigkeit und Freiheit verteidigen, daß wir auch für sie kämpfen. Die Offensive gegen Italien wird, wenn an den erfolgreichen Anfang das siegreiche Ende sich anschließt, die Schweiz von dem Alpdruck, in den Krieg wider Willen hineingezogen zu werden, befreien.

Wir müssen aber auch — selbstverständlich soweit es in unserem Können steht, ihr wirtschaftliches Dasein, ihre Lebensmittelversorgung mit sichern, nicht aus Menschenliebe — Staaten müssen selbstisch handeln, sondern aus eigenem Interesse in sachlichen Vergleichen des Aufeinanderangewiesenseins und des Austausches — Ware gegen Ware, Wert gegen Wert.

Im Innern gibt es keinen anderen Weg, soll dieser Krieg gewonnen werden und der Gewinn gesichert bleiben, als den der Zusammenfassung und Entfaltung aller Kräfte des Volkes. Mit der Diktatur und dem Belagerungszustand kann jeder Esel regieren, weshalb auch so viele Politiker eifrig danach rufen, aber nur für kurze Zeit und nicht in einem Volkskrieg. Der Weg der schöpferischen Reform unserer Verfassung und Verwaltung bedeutet für alle im Besitz wohnenden Schichten und Personen ein hartes Umdenken und Umlernen; wenn aber ihre politische und ihre soziale Stellung auf Parlamentsmacht beruhen, dann wären sie des Untergangs wert. Sie sind es nicht.

Sei ein Erzieher; weder ein rechthaberischer, empfindlicher Professor, der dem Reichstag seine eigene Überlegenheit mit spitzen Worten recht nachdrücklich beweisen möchte, noch ein wichtigtuender Schulmeister, der sein aufgeblähtes Selbstgefühl prahlerisch in die Welt hinausschreit, für beides haben wir — Gott sei's geklagt — bereits rechte Vertreter.

Digitized by Google

Sei ein Erzieher zur politischen Sachlichkeit. Wir sind noch kein politisches Volk, wir wollen und sollen erst eins werden. Wir hatten eine schlechte politische Kinderstube in unserer Kleinstaaterei, wir entbehren noch der gefestigten, großen politischen Überlieferung und Übung. Halt' Dir — wenn Dir der Groll aufsteigen will, vor Augen, daß etwas über 100 Jahre zurück Deutschland ebensoviele Staaten und Städtchen zählte, von den europäischen Großmächten Österreich und Preußen bis zum letzten elenden Reichsdorf hinab, wie Jahre seit Christi Geburt verstrichen waren. Trotz Reichsdeputationshauptschluß, trotz Napoleon und Freiheitskriegen, trotz Eisenbahn und 1848 und 1859 steckten wir noch bis an die Schwelle des neuen Deutschen Reiches und darüber hinaus in der Kleinstaaterei. Trotz Bismarck sind wir ein politisch unfertiges Volk. Das ist unsere Schwäche und unsere Stärke. Wir haben noch Entwickelungsmöglichkeiten, können aber auch, wie so oft in unserer Geschichte, im Zustand des Unfertigen verrotten.

Sei ein Mann und ein Erzieher, dann wird Dir folgen durch dick und dünn, durch Not und Tod zum Sieg und Frieden Jedermann

Würzburg

Von Friedrich Thimme

Keine der zahlreichen Parteitagungen, die in der letzten Zeit stattgefunden haben, hat nach außen einen annähernd so starken Eindruck hervorgebracht wie der Würzburger Parteitag der Sozialdemokratie. Alle Welt hat das Zielbewußtsein, die Entschlossenheit und das taktische, ja staatsmännische Geschick, mit der die sozialdemokratische Parteileitung auf diesem Parteitage operiert hat, bewundern müssen. Ein so ausgesprochener Gegner der Sozialdemokratie wie der Freiherr Oktavio von Zedlitz und Neukirch hat nicht umhin gekonnt, die „geradezu meisterhafte" Regie von Würzburg der Reichsleitung als Muster vorzuhalten. In der Tat, von den unmittelbar voraufgegangenen Verhandlungen der letzten Reichstagstagung, insbesondere von dem Verhalten der Reichsleitung auf ihr, hebt sich der Würzburger Parteitag geradezu leuchtend ab. Dort das Streben, die wichtigsten Angelegenheiten einschließlich der Reden der leitenden Staatsmänner aus dem hellen Licht des Plenums in das Halbdunkel der Ausschüsse zu verlegen; hier die unbekümmerte Erörterung aller und jeder Fragen vor der breitesten Öffentlichkeit; dort ein ängstliches Ausweichen des Reichskanzlers vor jeder entschiedenen und klaren Stellungnahme; hier rückhaltlose Klarheit und Offenheit auch hinsichtlich des — durch den Krieg hinreichend erklärten — starken Rückgangs an Mitgliedern und Beiträgen! Dort bei der Erörterung der alldeutschen Propaganda im Heere eine völlige Zerfahrenheit des Regierungsvorgehens, größtes Ungeschick schon in der Verteilung der Rollen, eine beklagenswerte Unsicherheit in der Beurteilung der Psyche der Volksvertreter, eine unbegreifliche Unfähigkeit,

Digitized by Google

die Wirkung der eigenen Worte im Inlande und Auslande vorabzuschätzen, nach dem Mißlingen des mit unzulänglichen Mitteln unternommenen Vorstoßes offener Zwiespalt an den höchsten Stellen, Konfliktsluft und Krise; hier höchste Kunst in der Beherrschung der Massen, feinste Berechnung der öffentlichen Rückwirkung, ein staatsmännischer Zug fast in allen Reden und Beschlüssen! Im Reichstage ein wilder Kampf zwischen der Regierung und den Parteien, der Parteien untereinander, förmliche Entartung und Würdelosigkeit der Debatten, Skandalszenen; in Würzburg eine ruhige, sachliche Austragung aller Meinungsverschiedenheiten, bereitwillige Unterordnung unter das demokratische Mehrheitsprinzip, musterhafte Tonart! Wahrlich, die Sozialdemokratie darf zufrieden und mehr als zufrieden mit dem äußeren Eindruck des Parteitages sein; sie wird von ihm noch lange zehren können.

Aber der Würzburger Parteitag legt nicht nur ein beredtes Zeugnis für die innerhalb der Sozialdemokratie herrschende Regierungskunst ab, die unserer Regierung leider abhanden gekommen zu sein scheint; er bedeutet auch den Beginn einer neuen Epoche in dem Dasein der Partei. Von Haus aus war die Sozialdemokratie doch eine schlechthin revolutionäre Partei, die dem nationalen Staat wie der bürgerlichen Gesellschaft mit einer völlig doktrinären Verneinung gegenüberstand. Praktisch ist dieser Standpunkt ja schon seit langem nicht mehr in Reinkultur durchgeführt worden; an die Stelle der reinen Negation trat die parlamentarische Kritik, erst im Reichstage, dann auch in den Landtagen und Kommunen, zunächst wesentlich negativ gehandhabt, allmählich aber positiven Einschlag gewinnend. Solange das Sozialistengesetz in Kraft war, das die Ausbreitung der Sozialdemokratie künstlich niederhielt, mußte die kritische Negation, der Ausblick auf Revolution und Zukunftsstaat überwiegen; erst nach seinem Fortfall konnte, im Zusammenhang mit dem starken Wachstum der Partei, eine revisionistische, auf praktische Politik ausgehende Richtung aufkommen.

Vor dem Kriege zeigte das Gesicht der Sozialdemokratie einen ausgeprägten Januskopf; auf der einen Seite trug es sozialrevolutionäre, auf der anderen sozialreformerische Züge. Man weiß, wie scharf sich die inneren Gegensätze in der Sozialdemokratie erhitzten; auf den jährlichen Parteitagen prasselten sie mit Donner und Blitz aufeinander. Bis zuletzt blieb die revisionistische Richtung, so sehr sie als Sauerteig innerhalb der Partei wirkte, in der Minderheit. Charakteristisch ist, daß auf dem letzten Parteitage vor dem Kriege das des revolutionären Beigeschmackes nicht entbehrende Thema des Massenstreiks mit besonderer Heftigkeit erörtert wurde; damals lag der Sozialdemokratie der Gedanke, den Ausbruch eines Krieges durch ein solches Gewaltmittel unmöglich zu machen, noch gar nicht so fern. Die harte Wirklichkeit setzte solchen Träumereien ein Ziel. Der Geist des 4. August ergriff mit elementarer Gewalt auch die Sozialdemokratie. Gegenüber dem offenbaren Vernichtungswillen besonders auch des zaristischen Rußlands erschien die Verteidi-

Digitized by Google

gung des Vaterlands als eine selbstverständliche Pflicht. Die ersten Kriegskredite hat die ganze Sozialdemokratie mit voller Einmütigkeit bewilligt. Aber die durch das gewaltigste Erleben für eine Weile unterdrückten Gegensätze in der Sozialdemokratie kehrten bald mit verstärkter Gewalt zurück. Gerade in den immer wieder von neuem an sie herantretenden Fragen des Krieges und des Friedens schieden sich die Geister. Hier kann die innere Geschichte der Sozialdemokratie während des Weltkrieges nicht verfolgt werden; genug, es kam schließlich im dritten Kriegsjahre zur vollen Parteispaltung. Auf die eine Seite traten die Anhänger des 4. August, wie man sie wohl schlechtweg genannt hat, verstärkt vor allem durch die von je auf praktische Arbeit gestellten Vertreter der freien Gewerkschaften; auf die andere die radikalen Elemente der „Unabhängigen", die alsbald wieder ganz in die negative Kritik zurückfielen und oft genug mit den entschiedensten Gegnern alles Sozialismus, den reaktionären Konservativen, in den parlamentarischen Abstimmungen zusammengingen. Seither wogte zwischen den feindlichen, nunmehr völlig getrennten Brüdern der heftigste Kampf, — es galt ja die Daseinsfrage, welcher von beiden Richtungen die sozialistischen Massen zufallen würden. Für die sozialdemokratische Mutterpartei wurde es unter diesen Umständen eine gebieterische Notwendigkeit, eine Heerschau über ihre Anhänger zu halten; nur so konnte sie volle Klarheit gewinnen, ob und wie weit diese ihre Haltung seit Kriegsbeginn billigten. Der Parteitag hat der Parteileitung diese Klarheit und Gewißheit gebracht: er stellte sich geschlossen hinter die Führer des 4. August, hinter Scheidemann und Ebert, die in aller Form zu Vorsitzenden der Partei erkoren wurden. Noch trat freilich bei der Mehrzahl der Delegierten der Wunsch nach einer Wiedervereinigung der ganzen Arbeiterklasse ergreifend zutage, aber die Voraussetzung blieb dabei doch, daß die sozialistische Minderheit sich dem Standpunkt der Mehrheit unbedingt zu unterwerfen habe. Mit der Wiedervereinigung hat es also seine guten Wege. Nur vollendetes Ungeschick oder übler Wille der Regierung und der bürgerlichen Parteien könnte es dahin bringen, daß die Sozialdemokratie von der durch den Parteitag sanktionierten Position des 4. August hinweg an die Seite der unabhängigen Sozialdemokraten gedrängt würde.

Fast schien es nach dem Vorgehen der Reichsregierung in der letzten Reichstagstagung, als ob es ihr wirklich um ein Hinausdrängen der Sozialdemokratie aus der Linie des 4. August, zur Freude aller scharfmacherischen Elemente, zu tun gewesen wäre. Der Sozialdemokratie wird man es hoch anrechnen dürfen, daß sie sich in ihrer grundsätzlichen Haltung nicht beirren ließ. Zwar hat der Parteitag die schärfste Kampfansage gegen den Reichskanzler, die schon der Abgeordnete Ebert im Reichstage ausgesprochen hatte, noch einmal auf das nachdrücklichste unterstrichen. Es hat nicht an Stimmen gefehlt, die diesem Reichskanzler überhaupt die Kriegskredite weigern wollten. Ein solcher Beschluß wäre natürlich ein grober taktischer Fehler gewesen, denn er hätte die Stellung der Sozialdemokratie innerhalb der Mehrheitsparteien,

Digitized by Google

ihre rückhaltlose Anerkennung als eine vaterländische, nationale Partei schwer gefährdet. Zum Glück ist ein derartiger Beschluß aus der von Stolten-Hamburg betonten Erkenntnis heraus, daß man die Kredite doch nicht der Regierung, sondern der Nation bewillige, vermieden worden. Mag immerhin die künftige Bewilligung der Kriegskredite durch den Parteitag an die — vom sozialdemokratischen Standpunkt aus selbstverständliche — Voraussetzung geknüpft sein, daß sie im Interesse der Landesverteidigung geboten seien, der Grundsatz der Landesverteidigung selbst, der unversehrten Erhaltung des Reiches, einschließlich Elsaß-Lothringens, hinsichtlich dessen die Sozialdemokratie sogar die Anwendbarkeit des Selbstbestimmungsrechts der Nationen ablehnt, ist von dem Parteitag rein und unbedingt anerkannt worden. Wenn er von gewaltsamen Annexionen und Entschädigungen nichts wissen will, so ist es doch nicht bloß aus sozialistischen Grundsätzen, sondern aus sehr realpolitischen, die Zukunft Deutschlands scharf ins Auge fassenden Erwägungen heraus. Unter allen Umständen bedeutet der Parteitag ein bewußtes und freudiges Bekenntnis zum nationalen Staat, zur positiven praktischen Arbeit am Staate, in Gemeinschaft mit den übrigen Parteien, und zur Mitverantwortung am Staate. In allen Reden der sozialdemokratischen Führer, der Scheidemann und Ebert, der David und Landsberg, der Peus und Winnig und wie sie alle heißen, klingt dies entschiedene Bekenntnis, klingt ein starker und hinreißender, bejahender Optimismus durch. „Wir haben", so sagte der Abgeordnete Dr. David, „einen tatkräftigen, tatfreudigen Optimismus. Ein freies deutsches Volk mit höchster politischer und sozialer Kultur im Innern, geachtet im Kreise der andern freien Völker, ein reiche Frucht tragender Zweig am Baume der Menschheit: das ist unser deutsches, unser sozialdemokratisches Ideal, das ist die hohe geschichtliche Mission der deutschen Arbeiterbewegung." Auf den gleichen bejahenden Optimismus ist die wundervolle Rede Scheidemanns über die Zukunftsaufgaben der sozialdemokratischen Partei gestellt, die den Höhepunkt des ganzen Parteitages bedeutet. Sie ist die eigentliche Programmrede des praktischen Sozialismus und als solche von wahrhaft weltgeschichtlicher Bedeutung. Sie öffnet, wie es ein anderer sozialdemokratischer Redner ausgedrückt hat, das Tor zu begeisterter, hoffnungsfroher Arbeit! Mit allem Nachdruck hat Scheidemann es darin ausgesprochen: „Wir dürfen nach dem Kriege nicht mehr Theoretiker und Agitatoren bleiben, sondern müssen Praktiker des Sozialismus werden. Und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß der Sozialismus nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck ist, um den materiellen und geistigen Wohlstand des Volkes zu heben. Deshalb müssen wir uns vor Prinzipienreiterei hüten und jede Maßregel nur daraufhin ansehen, nicht nur, ob sie sozialistisch, sondern ob sie auch praktisch ist. Nützen kann es zunächst nur da, wo es der breiten Masse greifbare Vorteile bietet. Wir können nach dem Kriege nicht rein sozialistisch wirtschaften und jeden Betrieb bis zum letzten Barbierladen verstaatlichen, aber Reich, Staat und Gemeinde, Gewerkschaft und Genossenschaft werden nach dem Krieg eine ganz andere Rolle spielen als zuvor."

Digitized by Google

Man hat auf rechts stehender Seite an den Äußerungen Scheidemanns, überhaupt an dem Auftreten der Sozialdemokratie auf dem Würzburger Parteitage bemängeln wollen, daß sich darin ein unbändiger Machtwille ausspreche. Ja, ist denn ein solcher Machtwille nicht etwas ganz Natürliches? Lebt er nicht auch in den übrigen Parteien, vorab in der konservativen? Begreift sich der Widerstand, den die konservative Partei dem von der Krone verheißenen gleichen Wahlrecht entgegensetzt, nicht aus der Furcht, die Macht im Staate Preußen zu verlieren? Wir sehen in dem Machtwillen der sozialdemokratischen Partei, sobald er sich mit dem nötigen Verantwortungsgefühle paart, nicht einen Nachteil, sondern einen Vorteil, denn, um es ehrlich herauszusagen, er bedeutet eine Triebkraft, deren wir schlechterdings nicht entraten können, wenn wir die Neuordnung Deutschlands im freiheitlichen und sozialen Sinne durchführen wollen. Gewiß, die Forderung der Sozialdemokratie auf eine völlige Demokratisierung und Sozialisierung unserer Verfassungs- und wirtschaftlichen Verhältnisse geht nach unserer Auffassung zu weit. Aber sie stellt doch auch nur ein Ideal vor, das mit aller Entschiedenheit ausgesprochen, von der Sozialdemokratie schrittweise in praktischer Gemeinschaftsarbeit mit den übrigen Parteien zu erreichen gestrebt wird. Mit nüchterner Klarheit hat es Scheidemann konstatiert: „Zur Erfüllung unserer großen Zukunftsaufgaben reicht die Kraft unserer Partei nicht aus, sie greift weit hinaus über den Rahmen unserer Parteiorganisation, die auf den politischen Kampf eingestellt ist. Sie ist nicht Parteisache, sondern Volkssache, eine allgemeine nationale Angelegenheit. Wer in Zukunft seinem Volke dienen will, wird praktischer Sozialist sein müssen, ob er nun zu unserer sozialistischen Kampfgemeinschaft gehört oder nicht. Zu diesem praktischen Sozialismus rufe ich alle die auf, die vom Wesen der neuen Zeit einen Hauch verspürt haben.“ Daß die praktische Gemeinschaftsarbeit mit den übrigen Parteien der Sozialdemokratie manche Resignation auferlege, hat auch der Abgeordnete Peus anerkannt: „Wir allein werden kaum von morgen ab die Mehrheit sein, und wären wir es, so fehlte uns doch vielfach der nötige wirtschaftliche Rückhalt. Besser eine regierungsfähige Mehrheit gegen uns als gar keine. Aber das Ziel muß sein, daß wir dabei sind. Das Regierungsprogramm kann natürlich nicht unser sozialistisches Programm sein, aber wir müssen möglichst viel von unserem Geiste hineintun. Bisher hat es bei fehlt an allen Parteien. Auch wir müssen uns dahin wandeln, daß wir Glied einer Regierungsmehrheit werden können. Wenn wir vor taktischen Notwendigkeiten einen unserer Grundsätze zeitweilig zurückstellen, so geben wir deshalb doch nichts davon auf. Wir müssen uns mit Ehren Regierungssozialisten nennen, weil wir mit regieren wollen.“

Kann es deutlicher ausgesprochen werden, daß die Sozialdemokratie in bewußter Ablehnung ihres früheren intransigenten Standpunktes heute bereit und freudigen Willens ist, mit den übrigen Parteien und mit der Regierung am nationalen Staat mitzuschaffen und die Verantwortung für ihn mitzutragen? Das ist doch etwas un-

Digitized by Google

täglich Großes; es wirft ein helles Licht auf unsere nationale Zukunft, weit über den Krieg hinaus. Der Würzburger Parteitag kodifiziert gleichsam die nationale und positive Haltung der Sozialdemokratie im Weltkriege, ohne die unser Durchhalten, unser Sieg von vornherein ausgeschlossen gewesen wäre, noch heute ausgeschlossen ist, für alle Zeiten. So bedeutet und besiegelt er letzten Endes nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für unsere nationale Gemeinschaft eine neue Epoche. An unserer Regierung, an unseren bürgerlichen Parteien aber ist es, dafür zu sorgen, daß diese nationale Gemeinschaft eine geschlossene bleibe.

Dieser Gesichtspunkt darf auch bei der gegenwärtigen Regierungskrise nicht außer acht bleiben. Es war nicht der letzte Fehler Herrn Dr. Michaelis', daß er so gar nichts tat, um die offensichtliche Bereitschaft der Sozialdemokratie zu freiheitlichen und sozialpolitischen Reformen auszunutzen. Die Ära Michaelis hat uns auch nicht den kleinsten Fortschritt in sozialer Hinsicht gebracht, eher schien sie einen Rückschritt anzudrohen. Sollte Herr Dr. Michaelis am Ruder bleiben, so müßte das gründlich anders werden. Sollte aber ein anderer Reichskanzler kommen, so wird es hoffentlich ein solcher sein, der gleich Herrn von Bethmann Hollweg die unendlichen Kräfte, die in dem Schoß unserer ganzen, nicht bloß der sozialdemokratischen Arbeiterschaft schlummern, für das Wohl und die Zukunft unseres Vaterlandes restlos wirksam zu machen weiß!

Brief an die „Deutsche Politik“

Ein Brief aus dem Felde. Im letzten Hefte der „Deutschen Politik“ war davon die Rede, daß uns aus dem Felde fortgesetzt Briefe zugehen, die keineswegs auf das „Himmeldonnerwetter“ gegen die Reichstagsmehrheit und die Friedensresolution gestimmt sind. Aus einem dieser Briefe, der in die Form eines „offenen Briefes“ an Herrn Leutnant d. R. Rein und Herrn Dr. Friedrich Thimme (vgl. deren Schriftwechsel in Nr. 38 der „D. P.“) gekleidet ist, mögen die hauptsächlichen Stellen abgedruckt werden. Sie verdienen um so mehr Beachtung, als der Verfasser, wie er selbst sagt, nicht den Vorzug hat — Offizier zu sein, dafür aber der Front selbst angehört, die wohl mehr wie 90 Prozent unserer Frontsoldaten in treuem Heerbann hat:

„Nein — Herr Leutnant Rein, ein Gefühl des Wohlbehagens ist es nicht, wenn wir im vierten Jahre draußen vor dem Feinde stehen und zu Hause eine immense Kraft in politischen Kämpfen von seltener Rücksichtslosigkeit und Heftigkeit aufgerieben wird. Aber statt des Wohlbehagens empfinden wir einen gerechten Zorn über die maßlosen Hetzereien der Alldeutschen, die in mancherlei Maskerade zu uns in die Schützengräben zu kommen versuchen, um uns für ihren Wahnsinn zu gewinnen. Und wenn unser Zorn noch einer Steigerung fähig ist, dann gilt derselbe der ostelbischen „Deutschen Vaterlandspartei“, die uns ihre Aufrufe in die Front schickt, die wir von einem leibhaftigen Herzog und einem, zwar verdienten, aber außerhalb des Dienstes befindlichen Admiral, gezeichnet und von Männern kontrasigniert finden, von denen ganz auffallenderweise sämtliche Herren Titel führen, die auch dem Laien verraten, daß deren Träger aus der großen Krippe leben, die der Volksmund so drastisch aber treffend die „Staatskrippe“ nennt. Diese Treibereien werden in der Front — ich spreche für die Majorität der Soldaten, nicht für manche Offiziere — einstimmig als politische Giftmischerei verurteilt und

Digitized by Google

abgelehnt. Wollte ich Ihnen die feldgrauen Ausdrücke hier wiedergeben, mit denen man hier draußen Stellung zu diesen politischen Gesundbetern nimmt, so müßte ich Register aufziehen, die für die politische Diskussion in diesem Rahmen nicht geeignet sind. Wer aber von England 100 Milliarden Mark Kriegsentschädigung haben will, soll heraus in die Gräben kommen und die Entschädigung selbst holen. Wir lehnen diese Politik ab, wollen politisch geführt werden, wie wir militärisch geführt sind.

Damit aber, Herr Leutnant, wollen und werden wir nicht noch ein bis zwei Jahre warten, sondern wir verlangen sichtbare Taten in diesem Augenblick, in dem die Schädelpyramiden den Himmel zu erreichen drohen, in dem Augenblick, in dem die Erde sich satt am Blute unserer Kameraden und Brüder getrunken hat und das Meer von Tränen die Feuer des Hasses, des Neides und der Habsucht zu ersticken drohen, die diesen Krieg entfesselt haben und seinen Mord jetzt stündlich von neuem erglühen lassen!

Die historische unbestrittene Unfähigkeit unserer Politik, ihre abenteuerlich anmutenden Dummheiten der jüngsten Vergangenheit, die ungezählten Unterlassungssünden auf politischem und diplomatischem Gebiet haben uns, neben den Versuchen der Verzögerung und Verschleppung in der inneren Politik, jeden Funken von Vertrauen in die politische Führung geraubt, und deshalb allein — nicht wegen der schönen Augen der übrigen Europäer und Amerikaner — ruft das Volk und mit ihm die Front noch sofortigen Reformen. Wir wollen politische Führung, keinen Machiavellismus, und da uns in den traditionellen Kreisen Männer von diesen Qualitäten nicht erstanden sind, soll das Parlament den Wenigen, die lässig und unverantwortlich die Leitung in der Hand haben, die Ziele und die Marschroute vorschreiben. „Politik ist die Kunst des Möglichen" — bei uns ist alles Mögliche und Unmögliche versäumt und nun soll und muß alles, auch das Allerletzte, geschehen, um das Mögliche möglich zu machen — also um Politik überhaupt treiben zu können!

Wir denken dabei nicht an ein Plagiat englischer oder französischer Gewohnheiten, wir fühlen allein, was uns frommt, und von der Bastille bis zum Newski-Prospekt haben wir gelernt, wie wir unser Haus im gesetzlichen Rahmen umbauen können, indem wir Fehler vermeiden, die uns im Osten und Westen warnen. Wir wollen also, um mit Ihnen zu sprechen, „in politischen Dingen form- und gedankenbildend auftreten!"

Die Reichstagsmehrheit hält die Hand aufs Herz — sie hat sich geprüft, und die gesamte Front steht entschlossen hinter ihr. Diese Versicherung zu Ihrer Beruhigung, Herr Leutnant, wir kämpfen alle mit, wenn es dem — Frieden gilt! Und Ihr Plan, den Reichstag aufzulösen und neu zu wählen, begrüßen wir freudigen Herzens — 300 oder mehr Abgeordnete, die auf dem Boden des 19. Juli stehen, liefern wir Ihnen gerne, schon deshalb, weil wir unser Vaterland und unser Volk lieben. In hoc signo vinci."

Notizen

Ein Beispiel amerikanischer Freiheit. Geheimrat Prof. Eucken schreibt uns: Jeder, welcher die nordamerikanischen Verhältnisse aus eigner Anschauung kennt, weiß, wie viel geringer der Rechtsschutz und damit auch die persönliche Freiheit der einzelnen in allen Lebensstellungen bei Beamten, Geistlichen, Lehrern, Arbeitern usw. ist, als bei uns in Deutschland. Ein besonders krasses Beispiel dessen brachte die jüngste Zeit. Die „Neue Züricher Zeitung" vom 7. Oktober berichtet darüber: „Die „Times" meldet aus New York: Der Senat der Universität von Columbia hat zwei seiner Mitglieder, die Professoren Henry Dana und Dr. Mc Keen Cattell, wegen illoyaler Gesinnung aus der Fakultät ausgestoßen. Diese Maßnahme wurde mittelst Rundschreiben allen Universitäten des Landes mit-

Digitized by Google

geteilt und durch folgende Tatsachen begründet: Prof. Cattell, der ein Katheder für Psychologie inne hat, hatte sich an den amerikanischen Kongreß gewendet und ihn aufgefordert, sich den Truppensendungen nach Europa zu widersetzen, während Prof. Dana, ein Enkel des berühmten amerikanischen Dichters Longfellow, sich durch seine Mitarbeiterschaft an der vom P[illegible]ples Council unternommenen pazifistischen Propaganda kompromittiert hat." Die Columbia-Universität ist die größte und wohl auch einflußreichste aller amerikanischer Universitäten. Zwei alte angesehene Gelehrte wurden, weil sie nicht mit dem Strom des augenblicklichen Deutschenhasses dort schwimmen, einfach „ausgestoßen"! Wie würde man sich in Amerika über uns aufgehalten haben, wenn eine deutsche Universität sich in einer so summarischen Weise Mitglieder entledigt hätte, die ihren eignen Weg gehen! Welches Recht aber hat ein Volk, in dem so etwas, wie es scheint, ohne Widerspruch zu finden, vorkommt, sich uns gegenüber als einen Vorkämpfer der Freiheit aufzuspielen?

Der deutsch-russische Gegensatz. In der „Kölnischen Zeitung" vom 23. Oktober 1917 (Nr. 1014) macht Professor Dr. Philipp Hiltebrandt in einem Artikel über die „Polnische Frage" folgende höchst treffende Bemerkung über den bleibenden Gegensatz zwischen Deutschland und Rußland. Besonders bedeutsam erscheint uns die Hervorhebung, daß die Einführung der Republik nicht geeignet ist, den Gegensatz abzuschleifen, sondern ihn vielmehr verstärkt.

„Als Deutschland die Verteidigung der Türkei gegen die russischen Absichten auf Konstantinopel übernahm, war es mit normalen Beziehungen zwischen beiden Mächten vorbei. Der Krieg hat vollends zwischen beiden Völkern einen Abgrund gegraben, den zu überbrücken nur Doktrinäre und Phantasten sich einbilden können. Denn der Kampf gegen Deutschland war für Rußland ein Volkskampf im wahrsten Sinne des Wortes. Alle Kreise der Nation, selbst die Weiber, nahmen an ihm teil, und er wurde mit einer verzweifelten Erbitterung und unsagbaren Aufopferung geführt. Auch die russische Demokratie mußte ihn im Widerspruch zu ihren pazifistischen Ideen und anfänglichen Plänen fortsetzen, wenn sie sich nicht von vornherein in den Augen des russischen Volkes diskreditieren wollte. Es liegen nicht die geringsten Anzeichen vor, daß diese feindselige Stimmung gegen Deutschland nach Friedensschluß verschwindet, es ist vielmehr aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß der russische Expansionstrieb nach der Wiedererstarkung des Reiches von neuem erwachen, und durch den Haß der Demokratie gegen das angebliche autokratische Deutschland verstärkt, sich mit verdoppelter Kraft gegen das Deutsche Reich richten wird. Angesichts dieser Sachlage und der schweren Erfahrungen, die man während der Russeneinfälle in Ostpreußen gemacht hatte, hätten selbst die eifrigsten Verfechter eines Bündnisses mit Rußland auf der Abtretung der bekannten strategischen Flußlinien bestehen müssen. Denn verzichtete man auf sie, so stieb Rußland in seiner für Deutschlands Existenz lebensgefährlichen Position. Das Reich würde allmählich ganz von der Gnade Rußlands abhängig und dann in Zukunft infolge des ungeheuren Anwachsens seiner Bevölkerung nach dem Ausbau seiner strategischen Bahnen eine für Deutschland weit gefährlichere Stellung als im Jahre 1914 einnehmen. Bestand man aber auf der Abtretung der genannten Flußläufe, dann war Rußlands militärische Position in Polen so gut wie vernichtet. Polen (d. h. der Rußland verbliebene Rest) stellte dann für Rußland nicht viel mehr als einen breiten Korridor zur deutschen Grenze dar, in dem sich keine russische Armee mehr halten konnte und dessen Besitz für den russischen Staat mehr eine Last, denn einen Vorteil bedeutete. Eine wirkliche Aussöhnung zwischen beiden Staaten war unter diesen Verhältnissen unmöglich, denn Rußland hätte Deutschland niemals verziehen, daß es von diesem um alle Früchte seiner zweihundertjährigen polnischen und orientalischen

Digitized by Google

Politik gebracht wurde. Wenn Deutschland nicht auf alle seine Erfolge verzichtete und Konstantinopel den Russen freigab, blieb es sich für das deutsch-russische Verhältnis ziemlich gleich, ob Rußland Polen teilweise oder ganz verlor: in dem einen wie in dem anderen Falle hatte Deutschland künftig mit der Feindschaft seiner östlichen Nachbarn zu rechnen."

Jugoslawische Probleme. In der in der Schweiz herausgegebenen Zeitschrift „Jougoslavie" findet sich ein Artikel, dessen Schluß uns sehr beachtenswert erscheint, weil es das südslawische (= jugoslawische) Problem gut beleuchtet. Unter Jugoslawen versteht man die Gesamtheit der Serben, Montenegriner, Kroaten und Slowenen. Wir geben ihn in der Übersetzung der „Österreichischen Rundschau" (Heft 2, 1917) wieder: „Heute kämpft dieses Volk nicht nur für die Frage von Wappen, Fahnen, Alphabete, Kalender, und selbst nicht um die dynastische Frage, aber es fordert soziale und wirtschaftliche Reformen. Seine Gedanken konzentrieren sich um Fragen des inneren und äußeren Friedens, um bis nun vernachlässigte Fragen nationaler Kultur und Wohlfahrt. Heute besteht das Problem nicht mehr in der Frage: was will Serbien den Kroaten und Slowenen einräumen, sondern vielmehr: wird sich die Einigung der jugoslawischen Rasse mit Hilfe der serbischen Regierung oder gegen diese vollziehen? Wird die Vereinigung mit Serbien oder gegen Serbien erfolgen?

Mit einem wohlgesinnten Worte für Italien sollen diese Ausführungen schließen. Die Jugoslawen waren, im Hinblicke auf die italo-jugoslawische Frage, niemals unbescheiden, aber was von ihnen im Pakte von London, Italien und Serbien verlangen, wäre für die Jugoslawen ein Selbstmord . . . Italien begeht ein Unrecht gegenüber dem eigenen Volk, gegenüber dem slowenischen und kroatischen Volk und gegenüber den Jugoslawen . . . Seit der russischen Revolution sind die Tage dahin, in denen einige Männer das Schicksal eines Volkes entscheiden konnten. Die Künste professioneller Diplomatie sind heute ausgespielt. Es ist eher das italienische Volk, nicht aber Herr Sonnino, welches sich an das jugoslawische Volk wegen seiner rechten Forderung wird wenden müssen. — Bis dahin leisten Italien und Serbien, indem sie im Namen der Geschichte, des „sacro egoismo", der strategischen Grenzen und des Paktes mit Serbien rein jugoslawische Gebiete fordern, nur große Dienste für Österreich-Ungarn. Sie werfen darin die Frage auf. Ein serbo-kroatisch-slawonischer Staat, innerlich durch die besonderen nationalen Verhältnisse geschwächt und ohnmächtig, äußerlich von einem starken Italien beherrscht, welches rücksichtslos über nationale Notwendigkeiten hinweggeht und eine große Anzahl von Jugoslawen unterdrückt; oder eine Föderation innerhalb eines reorganisierten und modernisierten Österreich-Ungarn."

Neuerscheinungen

An dem Haß gegen England scheiden sich noch immer die Geister. Auf der einen Seite stehen die Hasser, die sich unermüdlich in dem Schrei nach dem Vae victis ergehen. Lorenz Morsbach („England und die englische Gefahr", Weidmann, Berlin, M. 1.20) ist der englische Imperialismus mit dem Anspruch auf die Herrschaft zur See „seit den Tagen der Königin Elisabeth nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt eine Gefahr geworden. Um so mehr als auch in den Vereinigten Staaten die angelsächsische Rasse England wirksam unterstützt". Damit ist „zur Ausführung des schon lange verkündeten Anglismus, einer Verbrüderung aller Englisch redenden Staaten, ein wichtiger Schritt getan". „Angelsachsen zogen einst von der flandrischen Küste nach Britannien hinüber. Heute stehen dort wieder Germanen vor den Toren Britanniens. Nicht um ein fremdes Volk zu unterjochen, sondern um sich und die Welt von der unersättlichen Macht eines entarteten einstigen Brudervolkes zu befreien. Schon dämmert der Tag des Weltgerichts." An Irlands Schicksal sieht Chatterton-Hill eine Warnung an Deutschland für das, was es im Falle eines englischen Sieges zu erwarten hätte. („Moloch England", Verlag Das Größere Deutschland, Dresden, M. 1.—.) „Die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten vereinigen sich mit zähem unbändigem Haß und unauslöschlichem Rache-

Digitized by Google

bedürfnis, um die „Bestrafung" Deutschlands als das eine, große Ziel erscheinen zu lassen, an welchem unentwegt festgehalten werden muß!" In einer Schrift „Das Ende der englischen Weltherrschaft" stellt Kapitänleutnant Walter Frobenius als Deutschlands vornehmstes Kriegsziel wieder die Sicherung der „Freiheit der Meere" hin. (Curtius, Berlin, M. 1.—.) „Für die Rohstoffversorgung müssen wir in Besitz eines Kolonialreiches gelangen, welches uns von Auslandslieferungen unabhängig macht." Dieses Kolonialreich kann Zentralafrika sein, „wenn wir uns auch zu Herren der Afrika umlagernden Inseln machen, und wenn wir England auch aus dem Mittelmeer und von den arabischen und persischen Küsten vertreiben." England muß außerdem „einen sehr beträchtlichen Teil des Schiffsbaues abtreten, der sofort nach Friedensschluß, nach Möglichkeit schon gefüllt mit den ersten Rohstofflieferungen zu stellen ist." Für die andere Seite spricht Missionspräses Immanuel Genähr in seinen „Vaterländischen Herzenserleichterungen" („Beiträge zur Kriegsseelenkunde der Engländer", Bertelsmann, Gütersloh, M. 3.—). Aus der neuesten englischen Erbauungsliteratur werden Beispiele unglaublicher Verirrung des englischen Geistes zusammengestellt, wahnwitzige Äußerungen des Kriegshasses. Eine solche Sammlung hat als es trauriges Kriegsdokument Anspruch auf Existenz. Um so mehr als es erfreulicherweise der deutsche Theologe den englischen (und den meisten deutschen) Amtsbrüdern nicht gleich tut und er das Predigen von Rassegefühl für verächtlich ansieht. „Der Haß ist keine Tugend und keine Stärke, sondern das Gegenteil davon. Ist er schon ein Verhängnis im Leben, dann erst recht im Kriege. Es müßte uns bange sein um den Ausgang dieses furchtbaren Völkerringens, wenn unsere tapferen Feldgrauen haßerfüllt wären. Es müßte uns bange sein um die Zukunft unseres Volkes, um die Sache der Menschheit, wenn wir, wie etwa die Franzosen seit 1870, dem Haß Raum geben wollten. Nach abgeschlossenem Frieden darf keine Fortsetzung des Krieges im Gemüte folgen. Hüten wir uns darum vor der Sucht des Verallgemeinerns, auch den Engländern gegenüber, die bei uns jetzt mit Recht als unsere ärgsten Feinde gelten. Wir dürfen nicht in unsere Herzen eine Mauer des Hasses aufrichten wider unsere Feinde, müssen vielmehr unser Herz reinhalten von Haß und Verachtung gegen die Glieder der uns feindlichen Völker, trotz all dem Schweren, das durch ihre Leiter über uns kommt. Wie soll denn sonst das Ziel, das wir beim Friedensschluß doch erreichen wollen, erreicht werden? Es soll doch nach dem Friedensschluß nicht eine Kluft der Gesinnung bestehen bleiben, die unser deutsches Volk in Haß und Verachtung von den andern Völkern trennt!" Von Leidenschaft und Tendenz frei stehen eine Reihe von Schriften zwischen diesen beiden Lagern, die sich um die Feststellung des Tatsächlichen bekümmern. Professor Dr. Fr. Brie gibt in einem Heft der Sammlung Meereskunde einen kurzen Überblick über den „Britischen Imperialismus" (E. S. Mittler, Berlin, M. —80) seine Ursachen und seine Ausbreitung. „Die ganze Struktur des britischen Reiches beruht auf seinem wirtschaftlichen Imperialismus; Haupteigenschaften des englischen Charakters sind unzertrennbar mit dem religiösen Imperialismus verbunden. Für die Erkenntnis, daß angesichts der neueren Entwicklung der Nationen der britische Imperialismus immer mehr das Aussehen eines Anachronismus gewinnt, ist, daß England von heute noch nicht reif." Zu dieser Erkenntnis tragen diesmal zwei von verschiedenen Standpunkten geschriebene Schriften über Indien bei. Dr. Sten Konow, Professor für Geschichte Indiens in Hamburg, der für B. G. Teubners „Aus Natur und Geisteswelt" eine kleine Länderkunde und Geschichte Indiens geschrieben hat, spricht sich auch über die Zukunft Indiens aus: „Die Engländer haben die materielle Entwicklung gefördert und, gerade weil sie nicht Inder wurden, bei den Indern das Bewußtsein erweckt, daß sie ihnen gegenüber eine Einheit bilden: eine wirkliche Nation ist im Entstehen. Damit diese sich frei entwickeln und damit sie ihre Kultur zu neuer Blüte bringen kann, muß sie früher oder später Herr im eignen Lande werden. Es ist dabei weniger von Bedeutung, ob dies innerhalb oder außerhalb des Rahmens des britischen Weltreichs geschieht. Sollte Indien die Stellung einer sich selbst verwaltenden britischen Kolonie erlangen, würde sicherlich auch die Forderung auftauchen, daß Indien dasselbe Recht haben müsse, in der Politik des Weltreichs mitzureden wie die anderen freien Kolonien, und es fragt sich, ob dies vom britischen Standpunkt aus möglich ist. Auf alle Fälle kann die bisherige Lage nicht bestehen bleiben." Für den erstarkenden Nationalismus in Indien ist ein Zeugnis die (über die politischen Verhältnisse in Indien gut unterrichtete) Schrift des Inders Lala Lajpat Rai „Betrachtungen über die politische Lage in Indien" (Otto Wigand, Leipzig 1917, M. 1.—). Der Verfasser hofft, daß „es unmöglich sein wird, die Inder in die bisher innegehabte untergeordnete Stellung zurück zu weisen." Prof. Heinrich Spies beschäftigt sich in einer Schrift der Sammlung „Meereskunde" (Mittler, Berlin) mit „Englands Mannschaftsersatz, Flotte und Heer". Sp. kommt zu dem Schluß: „Der etwas behaglich satte, hier und da bereits genießerisch träge gewordenen Individualgeist der viktorianischen Zeit ist durch den Krieg beiseite geschoben. Das interessanteste Problem im neuen England wird das Verhältnis des insularen Individualismus zum kontinentalen Organisationszwang des Staates sein, militärisch innen- und außenpolitisch (Land und Reich) sowie wirtschaftlich." „Die Tätigkeit der britischen Flotte im Weltkriege." Organisation und Leistungen

Digitized by Google

der Flotte beschreibt Prof. Macneile Dixson, Glasgow (O. Füßli, Zürich, M. 1.20) vom englischen Standpunkt aus.

Mit den Aussichten des Handelskrieges beschäftigt sich Schulrat Hans Scherer („Das mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet und seine Beziehungen zur Weltwirtschaft", A. Haase, Leipzig). Er kommt zu dem Schluß, daß die Volkswirtschaften des Vierverbandes weder geographisch noch wirtschaftlich ein geschlossenes Ganzes bilden, also keine Ausgleichsmärkte bilden können. Vor allen Dingen werde Rußland auf Deutschland angewiesen bleiben, nicht weniger Italien. „Auch in der Welt wird Deutschland nicht zu verdrängen sein. Südamerika und Kanada sind Zukunftsländer auch für Deutschland." Eine Abgrenzung der innerpolitischen Aufgaben Deutschlands auf den Kreis des eigenen Landes und der eigenen Bedürfnisse gegenüber dem Ansturm in den westlichen Demokratien England, Frankreich und Amerika gegen Deutschland nimmt Prof. Dr. Paul Herre vor. (Otto Spamer, Leipzig.) „Die große Mehrheit des deutschen Volkes ist bereit und entschlossen, den Notwendigkeiten einer neuen Zeit Rechnung zu tragen. Aber es sollte einem jeden, der sich aufrichtig um die Festigung des deutschen Daseins bemüht, erste Vorbedingung sein, nicht jenseits der nationalen Grenzen andersgeartete Vorbilder zu suchen, sondern das neue Deutschland bodenständig aus dem Alten weiter wachsen zu lassen."

Im übrigen bekommt das Problem „Amerika als Feind" aus einer Schrift des Münchner Professors und Direktors der Handelshochschule Moritz Julius Bonn (erstes Heft der „Die Staaten im Weltkrieg", München, Georg Müller) neue Beleuchtung. B. ist bis Februar 1917 in Amerika gewesen. Seine Schrift ist das Tagebuch eines aufmerksamen, klugen, urteilsfähigen Betrachters, das wie ein Memoirenwerk fesselt und spannt und doch die realpolitischen Grundlagen nie verliert. Wilsons Stellung zum Krieg erfährt folgende Beurteilung: „Hinter den politischen Phrasen Wilsons standen konkrete staatsmännische Ziele. Wilson hat einsehen müssen, daß er mit dem moralischen Drucke weder imstande ist, die Streitenden zu trennen, noch Amerikas vermeintliche Rechte zu wahren." „Ohne die Erklärung des Kriegszustandes wäre Wilson kaum in der Lage gewesen, seinen Wunsch an den Friedensverhandlungen teilzunehmen, durchzusetzen. Da diese Friedensverhandlungen die künftige Gestaltung der Welt bestimmen werden, so ist es vom amerikanischen Standpunkt aus selbstverständlich, daß man dabei zu sein wünscht." „Dazu kommen noch wichtige Gründe in der inneren Politik. Präsident Wilson ist nicht imstande gewesen, das Auseinanderstreben der die amerikanische Nation bildenden Nationalitäten zu verhindern." „So wurde der Krieg dazu benutzt, um die Einheit herzustellen, die der Frieden nicht zu erhalten vermochte." „Auf der anderen Seite hat der Präsident die Gelegenheit benutzt, die großen Geldinteressen und die schwere Industrie unter die Staatskontrolle zu bringen. Er ist stets der Feind der Trusts gewesen. Er war nie von Wallstreet und der Morgan-Gruppe abhängig. Diese sind vielmehr in Wahlzeiten die Geldgeber der republikanischen Partei gewesen und damit die schwerste Gefährdung der demokratischen Partei, die an Mitteln arm ist. Es ist jetzt eine prächtige Gelegenheit vorhanden, die republikanischen Kapitalisten für patriotische Zwecke bluten zu lassen." „Wilsons letzte politische Äußerung, seine Rede vom 14. Juni, zeigt, daß sich die allgemeinen Ziele seiner Politik stark verschoben haben. Aus dem Staatsmann, der einen Frieden ohne Sieg wollte, ist den veränderten Umständen entsprechend ein solcher geworden, der den Status quo ante nicht anerkennen will und vor allem die Rechte kleinerer Nationalitäten wahren möchte. Es ist kein Zweifel, daß diese Schwenkung in erster Linie Elsaß-Lothringen einbegreift. Frankreich ist immer derjenige Alliierte gewesen, der in den Vereinigten Staaten die meisten Sympathien genoß. Elsaß-Lothringen gilt dem Durchschnittsamerikaner als unterdrücktes französisches Land. Die Zabern-Affäre hat ihm den hierfür notwendigen Beweis seiner Meinung noch geliefert."

Mit Frankreich beschäftigt sich Oberrealschul-Direktor Dr. G. Ost („Unser Irrtum über Frankreich", Verlag Das Größere Deutschland, Dresden, O. 6.). „Der Glaube der meisten Deutschen an eine besondere neuere Dekadenz Frankreichs ist falsch. Was wir für Anzeichen dafür halten, findet sich entweder bei allen Kulturvölkern oder hängt mit bestimmten Zügen seines Wesens zusammen. Gewiß hat es gewaltig gelitten, aber wir nicht minder. Ist es nach 50 Jahren nicht wieder zu Kräften gekommen, so wird es sich in seiner elastischen Lebenszähigkeit nach 100 Jahren wieder aufrichten und unseren Nachkommen von neuem opferreiche Überraschungen bereiten, wenn wir jetzt nicht vorsorgen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50. Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer. Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Der neue Reichskanzler 1433
Gummerus, Finnland nach den Landtagswahlen 1438
Schiemann, Streiflichter zur Weltlage XIII 1442
Rassell, Gedanken zur Verwaltungsreform 1448
Elsas, Grenzen der Organisationsmöglichkeit in der Ernährungswirtschaft 1454
Brief an die „Deutsche Politik" 1457
Notizen / Neuerscheinungen 1458

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 9. November 1917 Heft 45

Gustav Kiepenheuer Verlag Weimar Berlin

Der 2. Jahrgang der

NEUEN JÜDISCHEN MONATSHEFTE

Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Literatur in Ost und West

Erscheint zweimal im Monat
unter Mitwirkung von

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Hermann Cohen / Alexander Eliasberg
Dr. Adolf Friedemann / Geh. Justizrat Dr. Eugen Fuchs
Prof. Dr. Franz Oppenheimer

Die Zeitschrift brachte in ihren 24 Heften hervorragende Beiträge aus allen Lagern und erwies sich als ein vornehmes neutrales Organ aller deutschen Juden. Alle Strömungen des jüdischen Lebens kamen in ihr zu Worte, kein jüdisches Problem der Gegenwart blieb unerörtert. Auch im zweiten Jahrgang bleibt die Aufgabe der Zeitschrift, die Einheit zu fördern und der Versöhnung der widerstrebenden Richtungen des deutschen Judentums zu dienen.

SONDERHEFT:

Der jüdische Sozialist und die Revolution in Rußland

erschien als Nr. 15/16 im Mai. Preis M. —.75

EINBANDDECKEN

für den ersten Jahrgang nach einem Entwurf von Joseph Budko

aus Leinen in vornehmer Ausstattung in der Offizin Lüderitz & Bauer, Berlin, hergestellt, zum Preise v. M. 2.75 vom 1. Oktober vom Verlag oder von jeder Buchhandlung zu beziehen

Man abonniert die

NEUEN JÜDISCHEN MONATSHEFTE

(erscheinen am 10. und 25. jeden Monats)

bei jeder Buchhandlung, bei der Post oder direkt beim

Verlag / Berlin W 8 / Französische Straße 49

Postscheckkonto: Martin Goetz, Neue Jüdische Monatshefte Nr. 26437, Postscheckamt Berlin / Bezugsbedingungen: Vierteljährlich M. 2.90; halbjährlich M. 5.80; ganzjährlich M. 11.60; Einzelnummer 50 Pfennig

Digitized by Google

2. Jahrgang • 9. November 1917 • Heft 45

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Der neue Reichskanzler

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Leser der „Deutschen Politik" werden bemerkt haben, daß an dieser Stelle von Anfang an Herrn Dr. Michaelis' Reichskanzlerschaft nicht als das angesehen worden ist, was Deutschland nach dem Rücktritt Herrn von Bethmann Hollwegs brauchte. Nachdem diese Episode, die objektiv — wenn auch von allen Beteiligten ungewollt — neben einigem Schaden auch einigen Nutzen gebracht hat, an ihr Ende gelangt ist, braucht in ihre Einzelheiten und in ihren Verlauf nicht mehr eingegangen zu werden. Mit Herrn Dr. Michaelis scheidet ein Mann von gutem Wollen und bedeutendem Können, nur auf einem anderen Gebiete als dem der Leitung des Deutschen Reiches im Weltkriege, vom Kanzlerposten, und es ist sehr zu hoffen, daß seine Fähigkeiten auf einem Gebiet, das mehr das seinige ist, dem Staatswesen erhalten bleiben. Das, was zu befürchten stand, sowohl wenn Dr. Michaelis Kanzler blieb, als auch wenn die Wahl auf einen Kandidaten der Rechten fiel, war die Durchstreichung jenes Zeichens, in dem allein wir fähig sind, diesen Krieg zu gewinnen: des kaiserlichen Worts, fortan gäbe es in unserem Vaterlande keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Daß es sich tatsächlich zuletzt hierum handelte, ist manchen guten und warmen Vaterlandsfreunden vielleicht nicht deutlich gewesen, aber [illegible]war so.

Gestützt auf den Wechsel in der Stimmung weiter Kreise, der durch die großen Waffenerfolge im Osten und Süden hervorgerufen ist, dachte man an mehr als einer Stelle daran, mit der Sozialdemokratie brechen und einen Block der bürgerlichen Parteien gegen sie herstellen zu können. Das wäre im Erfolg ein wahrer Frevel an Deutschlands gutem Geiste geworden. Wenn es heute überhaupt noch ein Mittel für uns gibt, im Kampf um unser nationales Dasein eine Niederlage zu erleiden, so ist es die Sprengung unserer Volkseinheit im Willen zum Siege. Wir dürfen uns leider ja nicht darüber täuschen, daß es auch bei uns Elemente der radikalen Linken gibt, die in ihrer politischen Verblendung oder in ihrem vaterlandslosen Doktrinarismus

Digitized by Google

soweit gehen, daß sie die Besiegung oder zum mindesten den Mißerfolg Deutschlands im Weltkriege wünschen, weil sie davon den Sturz derjenigen Gewalten bei uns erwarten, die ihren radikalen Zukunftsgedanken im Wege stehen. Diese Gesinnung braucht menschlich-persönlich nicht ehrlos zu sein, aber sie ist feindselig gegen den Staats- und Volksgedanken gerichtet. Wir kennen sie von Rußland her, wo die Parole lautete: nur die Niederlage im Kriege kann uns innerpolitisch weiterhelfen! In Rußland war unter dem Zarismus so etwas begreiflich, und zeitweilig, z. B. im Krimkrieg und im japanischen Kriege, hat die Mehrheit der gebildeten Russen so gedacht. In Deutschland ist es ein Wahnsinn — der Wahnsinn einer kleinen Minderheit, der solange nichts zu bedeuten hat, wie die Führer der sozialdemokratischen Mehrheit imstande sind, mit ihrem Einfluß den der extremen Minderheitsfanatiker niederzuhalten. Dazu haben sie den entschiedensten Willen und dazu sind sie ohne weiteres fähig, solange sie mit den übrigen vaterlandsfreundlichen Parteien in einer Reichstagsmehrheit zusammenarbeiten können. Stößt man sie aber hinaus, so trifft der kurzsichtig geführte Schlag nicht nur sie, sondern dieser Treubruch gegen das Wort „Ich kenne keine Parteien mehr" lähmt auch ihre Kraft, an ihrem Teil das Vaterland gegen Unverstand, Aufwiegelung und allerlei Versuche zu verzweifeltem Spiel zu schützen.

Diese Gefahr ist jetzt abgewandt. Dem neuen Reichskanzler, Graf Hertling, muß man danken, daß er durch die Übernahme seines Amtes bei hohem Alter und beeinträchtigten körperlichen Kräften uns vor politischen Experimenten bewahrt hat, die schweres Unheil nach sich gezogen hätten. Diese eine Tatsache ist zunächst ein Gewinn, dessen entscheidende Bedeutung nur der ermessen kann, der eine Vorstellung davon hat, auf welche Klippen unser Schiff von denen getrieben werden sollte, die jetzt die Zeit für günstig hielten, auch die gemäßigte und vaterländisch gesinnte sozialdemokratische Mehrheit aus der nationalen Arbeitsgemeinschaft zu entfernen.

Was die Reichskanzlerschaft des Grafen Hertling darüber hinaus noch bedeutet, wird sich in Kürze zeigen. Innerpolitisch sind nach den Vorgängen bei dieser Ernennung kaum große Überraschungen zu erwarten. Er ist ein konservativer Mann entschieden katholisch-kirchlicher Richtung, aber er hat durch die Verhandlung mit den Parteien vor Übernahme des Amtes und durch seine Bereitschaft, die Wahlreform in Preußen durchzuführen und Parlamentarier der Mehrheit weiter in die Regierung zu berufen, anerkannt, daß er den Forderungen der Lage nachgeben will. Das ist ein Beweis grundsätzlich staatsmännischen Denkens; es kommt nun darauf an, wie praktisch regiert werden wird. Viel verdorben könnte immer noch durch eine Politik der kleinen und kleinlichen Hindernisse gegen die Durchführung des prinzipiell schon Zugestandenen werden, aber dergleichen ist von einem Mann wie dem neuen Reichskanzler nicht zu erwarten, der jedenfalls ein klares Verständnis für die Bedeutung politischer Abmachungen hat. Trotzdem bleibt unwillkürlich die Frage übrig, ob und

Digitized by Google

inwieweit Graf Hertling sieht, wie sehr durch die näheren Umstände, unter denen er sein Amt übernommen hat, eine neue noch ungeschriebene deutsche Verfassung neben der alten, geschriebenen sich zu entwickeln begonnen hat. Darauf kommt es an, und ebenso auf die Erkenntnis, daß es jetzt kein Zurück mehr zur alten, sondern nur noch ein Vorwärts zum Ausbau und zur Festigung der neuen gibt. Es wäre wirklich eine geistige Großtat, wenn ein Mann in diesem hohen Alter den immensen Entschluß zu einer derartigen Änderung seines Standpunkts fast von einem Tage zum anderen im vollen Bewußtsein seiner Tragweite und mit klarem Willen zu den Konsequenzen gefaßt hätte! Hat Graf Hertling dies getan, so werden wir auch bald eine durchgreifende, die Kriegspropaganda auf der feindlichen Seite zerstörende Wirkung seiner folgerichtigen ferneren Haltung zu spüren bekommen.

Die große Frage ist: wie wird die auswärtige Politik jetzt dem Frieden zugeführt werden? Nach Riga und Oesel und vor allen Dingen nach dem Isonzo und Tagliamento wird sie leichter zu führen sein, als vorher, aber sie kann trotzdem starke Irrwege einschlagen. Von falschen Gedanken ist man innerhalb der Regierung an entscheidenden Punkten keineswegs frei, und das selbst bei Persönlichkeiten, wo es Wunder nehmen sollte. Der Unterstaatssekretär Dr. August Müller, der zur sozialdemokratischen Mehrheit gehört, hat z. B. in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte" sich über Rußland im folgenden Sinne geäußert:

Die bewußte planmäßige Verwirklichung des Gedankens der Autarkie Deutschlands und seiner Verbündeten (ein Gedanke, der natürlich nur eine relative Verwirklichung erfahren kann, aber doch von unschätzbarem Wert ist, wenn er richtig angewandt wird) nimmt dem Wirtschaftskrieg, der uns immer angekündigt wird, seine Schrecken und macht dieses Kampfmittel unserer Gegner wirkungslos. Dieses namentlich dann, wenn unsere auswärtige Politik gleichfalls entschlossen die Konsequenzen aus den britisch-amerikanischen Drohungen zieht und den Frieden so vorbereitet, daß er eine enge Anlehnung an unsere, uns jetzt feindlichen Nachbarn im Osten ermöglicht. Wichtiger als Mitteleuropa in dem engen Sinn, der jetzt diesem Begriff anhaftet, ist seine Ergänzung und naturgemäße Erweiterung durch die, hier in den „Sozialistischen Monatsheften" so lange und so nachdrücklich vertretene Herstellung guter politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zum russischen Reich, das in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht keinen Gegensatz zu Deutschland und seinen Verbündeten zu bilden braucht, weil seine wirtschaftlichen Interessen es genau so intensiv zu guter Nachbarschaft zum Westen zwingen wie die Interessen Deutschlands und seiner Verbündeten zum freundschaftlichen Verhältnis zum Osten. Die östliche Orientierung unserer Politik, als Voraussetzung eines kontinentaleuropäischen Zusammenschlusses, bedeutet die Sicherung unserer wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit auch für die Zukunft. Diese Erkenntnis in politische Tat umgesetzt und im Verein mit der Einstellung Deutschlands auf die für die Übergangszeit sich möglichst selbst genügende Wirtschaftsweise wird den Briten und Amerikanern die Illusion zerschlagen, die sie sich mit ihren Wirtschaftsplänen machen.

Dieser Standpunkt eines sozialdemokratischen Mitgliedes der Regierung bei uns ist sehr interessant. Ich habe keine Vorstellung darüber, ob auch der neue Kanzler, was

Digitized by Google

Rußland angeht, ihm zuneigt, oder ob der Staatssekretär von Kühlmann, bei dem vielleicht die Führung der auswärtigen Geschäfte sein wird, ähnlich denkt. Möglich, daß es der Fall ist, aber die Konstruktion Dr. A. Müllers würde darum nicht richtiger werden. Sie ist von Grund auf irrig, und mit Rücksicht auf die sehr beachtenswerte Stelle, von der sie ausgeht, möchte ich sie zum Anlaß nehmen, die Grundlinien der Kriegspolitik, die jetzt unter der Kanzlerschaft des Grafen Hertling eingeschlagen werden müssen, kurz festzustellen.

Durch die russische Revolution und durch die italienische Niederlage werden jetzt zwei unserer Gegner mattgesetzt oder werden es in kurzem sein. Aus Rußland lauten die offiziellen Nachrichten schlimm genug und die privaten noch viel schlimmer. Sehr eingeweihte Kenner der Lage aus Rußland selbst haben ihre Überzeugung dahin erklärt, es sei ausgeschlossen, daß der russische Kriegsorganismus sich auch nur in dem beschränkten Maße wie jetzt den Winter über hält. Die Auflösung aller Verhältnisse schreitet so fort, daß Chaos und Niederbruch in unerhörtem Umfang vor der Tür stehen. Dieser Entwicklung durch fortgesetztes Mühen um Verständigung mit Rußland vorzugreifen, haben wir nicht die geringste Veranlassung. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat gegenüber den „Friedensbedingungen" des Sowjets wieder nichts Eiligeres zu tun gehabt, als im Namen Deutschland beide Arme auszubreiten und herzbrechende Augenaufschläge nach dem Sowjet zu richten. Das ist ganz im Sinne der moskowitischen Rettungsgesellschaft der drei Herren, die in einigen großen Berliner Zeitungen von der Linken bis zur Rechten über Rußland schreiben, aber diese wissen wenigstens, was sie mit ihrer Politik wollen, während die „Norddeutsche Allgemeine" nur aus offiziöser Unfähigkeit, in die russischen Dinge hineinzusehen, so schreibt. Auf diese Weise erreicht man alles andere eher, als daß der so rückhaltlos umworbene Russe der sehnsüchtigen „Norddeutschen" endlich das Taschentuch zum Friedens-tête à tête im Sonderzimmer zuwirft.

Das was Dr. Müller sachlich will und was auch der Politik des Reichskanzlers gegen Rußland zum Zielpunkt dienen muß, nämlich die Organisierung eines möglichst großen Teils von Europa gegen die englischen Absichten hinter dem mititärisch-politischen Friedensschluß, das wird besser dadurch erreicht, daß man die russische Auflösung fortschreiten läßt, bis sie ihr natürliches Ziel erreicht hat: die Herauslösung der Fremdvölker aus der moskowitischen Herrschaft. Rußland unter dem Moskowitertum von neuem geeint, wird uns durch seine Größe, seine riesenhafte Volkszahl und Vermehrung und durch sein wirtschaftlich-geographisch bedingtes Verlangen nach den türkischen Meerengen bald wieder so gefährlich und feindlich sein, wie vorher. Der Deutschenhaß und der Wille, Konstantinopel zu besitzen, werden dem demokratischen oder sozialistischen Rußland genau so zu eigen sein, wie dem zaristischen. Darüber können nur ganz norddeutsch allgemeine Kenner Rußlands sich Täuschungen hingeben. Ganz anders aber steht es, wenn es nach dem

Digitized by Google

Kriege nicht nur ein Großrußland oder Moskowien gibt, sondern auch eine Ukraine, ein Polen, ein Finnland, ein Litauen, ein baltisches Gebiet, alle von Moskau getrennt und auf die Anlehnung an Mitteleuropa angewiesen; dann ist der Moskowitismus ungefährlich und die kräftige Erweiterung der mitteleuropäischen Interessengemeinschaft durch östliches Gebiet, auf die Dr. Müller mit Recht so großen Wert legt, ist auf eine Art und Weise beschafft, die uns wirklich hilft.

Mit einem moskowitisch beherrschten Gesamtrußland dauernd in Frieden zu leben, ist eine Utopie, die dem guten Herzen, aber nicht der weltpolitischen Kenntnis derer, die sie hegen, Ehre machen mag. Dazu kommt, daß es der sicherste Weg ist, gegen England zu siegen, wenn wir seine Bundesgenossen mattsetzen werden oder sich selbst mattsetzen lassen. Das gilt für Rußland wie für Italien. In Italien liegt das Ergebnis von unserer und unserer Bundesgenossen Kraftanstrengung unmittelbar vor jedermanns Augen. Rußland gegenüber ist aber der Triumph unserer Stärke in Wahrheit noch viel gewaltiger, weil seine Macht so unvergleichlich viel größer war. England kann nur kämpfen, wenn es Bundesgenossen findet. Die Aufgabe, ein moskowitisches Gesamtrußland, das Konstantinopel zu gewinnen hat, dauernd und sicher der englischen Bundesgenossenschaft fern und in der Freundschaft mit Deutschland zu erhalten, wird, fürchten wir, die norddeutsch allgemeinen Fähigkeiten übersteigen, und vielleicht sogar noch für bessere als diese zu groß sein. Wir haben unsere Friedensbereitschaft erklärt und halten trotz unserer gewaltigen Triumphe auch noch heute unverändert an ihr fest, sobald in England — auf dieses allein kommt es an — Bereitwilligkeit sich zeigt, die falsche moralische Löwenhaut fallen zu lassen, die angemaßte Richterrolle aufzugeben und unsere Lebensinteressen anzuerkennen. Es wäre aber Torheit, von uns aus jene Entwicklung in Rußland zu unterbrechen, die uns durch die Auflösung der russischen Verhältnisse jenes ungeheure Gut der Rückenfreiheit im Osten zu gewähren im Begriff ist, das unsere ganze Weltlage mit einemmal zum Besseren wenden würde. Es ist verkehrt, wenn man ein aufgelöstes Rußland haben kann, lieber ein unter dem eroberungssüchtigen und deutschfeindlichen Moskowitertum (mag dieses auch noch so demokratisch, sozialistisch, republikanisch sich geben!) geeinigtes und von ihm beherrschtes zu behalten — bloß damit dies konservierte Moskowiterreich für uns ein Gegengewicht gegen England bilde. Nie wird das Russentum bereit sein, sich an uns anzuschließen und innerlich mit uns zusammenzugehen; wer das glaubt, jagt einer politischen Theorie nach, die nicht zur Praxis werden kann. Hier wird sich zeigen, auf welchen außenpolitischen Weg uns die neue Reichskanzlerschaft bringt.

England war bisher, von den Dardanellen abgesehen, an einer einzigen Stelle von uns entscheidend geschlagen: in Rußland. Jetzt ist es das nach einer zweiten: in Italien. Die Italiener haben den Lohn ihrer Verräterei erhalten, und es ist nur zu bedauern, daß das brave italienische Volk es ist, das die verbrecherische Torheit und Großmanns-

Digitized by Google

sucht seiner Führer zu büßen bekommt. Für Italien wie für Rußland gilt, daß die Ereignisse dort in erster Linie auf England zurückwirken müssen, um den Kampf der englischen Kriegspartei um ihren Krieg und ihre eigene Rettung in den Augen der nüchternen und von Natur billiger denkenden Elemente zu diskreditieren. Vor kurzem erhielt ich aus dem Felde ein Stück aus einem englischen Instruktionsbuch für den Offiziersunterricht zugesandt. Darin stand: „Wodurch gewinnt der Offizier das Vertrauen der Soldaten?" Antwort: Durch verschiedene Methoden, wenn er:

a) . . . . . .
b) . . . . . .
. . . . . .

h) „blutdürstig (blood-thirsty) ist und immer daran denkt, den Feind zu töten sowie seine Leute darin zu unterstützen."

Das steht in einer Ausgabe des englischen Generalstabs für den englischen Offizier. Auf diesem Stande ist das noble England angekommen, um seinen Krieg noch zu gewinnen! Es sollte wirklich nicht mehr viel deutsche Diplomatie dazu gehören, um die Bundesgenossenschaft selbst des moralischen England gegen dies unmoralische zu gewinnen. Graf Hertling wird hier seine Kunst zeigen können, hier im Westen — und was den Osten angeht, in der richtigen und aktiven Behandlung der höchst brennend gewordenen finnländischen Frage!

Finnland nach den Landtagswahlen

Von H. Gummerus

Die Neuwahlen zum finnländischen Landtage Anfang Oktober führten zu einer schweren Niederlage der sozialdemokratischen Partei. Während diese in dem im August aufgelösten Landtage eine schwache Mehrheit hatte — 103 Plätze von im ganzen 200 — ist ihre Fraktion jetzt zu 92 zurückgegangen. Die übrigen 108 verteilen sich auf die bürgerlichen Parteien in folgender Weise: Altfinnen 33, Jungfinnen 24, Bauernbund (Agrarier) 26, Schwedische Volkspartei 21, Finnische Volkspartei 4. Von diesen Parteien traten die altfinnische, die jungfinnische und die kleine neugebildete finnische Volkspartei in den Wahlen als ein geschlossener Block auf, dem sich in einem Wahlkreis auch die Schwedische Volkspartei anschloß.

Diese Niederlage der Sozialdemokratie ist das äußere Hauptmerkmal des Wahlergebnisses. Sie beweist, daß die Mehrheit des finnischen Volks die innere Umsturzpolitik der Sozialdemokraten nicht mitmachen will. Das Volk will einer Partei, die ihre Mehrheitsstellung im Landtage dazu benutzen wollte, um weitgehende gesellschaftliche und politische Neuerungen zugunsten der Arbeiterklasse unter Vernachlässigung der Interessen der übrigen Klassen durchzusetzen, einer Partei, die anarchistisch gefärbte, jeder gesetzlichen Ordnung widerstrebende Elemente in sich schließt, sein Vertrauen

Digitized by Google

nicht mehr schenken. Namentlich der Umstand, daß streikende Arbeiter nicht selten sich der Hilfe der maximalistischen russischen Soldaten bedient haben, hat die Erbitterung der bürgerlichen Gesellschaft erregt. Zwar darf man die sozialdemokratische Führung für diese bedauerliche Erscheinung nicht direkt verantwortlich machen. Aber es läßt sich nicht bestreiten, daß die Führung es unterlassen hat, den Ausschreitungen mit genügender Schärfe entgegenzutreten.

Dagegen wäre es vollständig falsch anzunehmen, daß das entschlossene Auftreten der Sozialdemokraten für die Unabhängigkeit des Vaterlandes in den Wahlen ihnen geschadet habe. Im Gegenteil, das offene Eintreten sozialdemokratischer Führer — wie des früheren Regierungschefs Tokoi, des Vorsitzenden des aufgelösten Landtags Manner und des Vorsitzenden des Grundgesetzausschusses Mäkelin — für die volle Unabhängigkeit Finnlands, hatte weite Kreise unter den bürgerlichen Parteien zu ihren Gunsten gestimmt. Hätten sie nicht so schroff ihre sozialen Umsturzpläne in den Vordergrund geschoben, hätten sie nicht in ihrer äußeren Politik sich zu sehr auf die Unterstützung der russischen Sozialisten, namentlich der Maximalisten verlassen, so wären sie als Leiter der Selbständigkeitsbewegung eher gestärkt als geschwächt aus den Wahlen herausgekommen. An sich war es keine schlechte Taktik, Beziehungen mit den Maximalisten anzuknüpfen, die ja in Rußland das reichsauflösende Element bilden und sich für das unbeschränkte Selbstbestimmungsrecht Finnlands ausgesprochen haben. Aber die finnländischen Sozialdemokraten haben den Fehler gemacht, ihre Politik zu sehr von dem erhofften Sieg der Maximalisten, deren Macht sie überschätzten, abhängig zu machen.

Immerhin, dies muß ausdrücklich betont werden: der Wahlausgang darf keineswegs als eine Entscheidung des Volks gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen gedeutet werden. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß unter den bürgerlichen Parteien gerade der Bauernbund, der für diese Bestrebungen einmütig eingetreten ist und in dem aufgelösten Landtag für das sogenannte Selbständigkeitsgesetz vom 18. Juli stimmte, den größten Zuwachs — sieben Plätze — aufzuweisen hat.

Was nun die bürgerlichen Parteien überhaupt betrifft, so sind sie mit der Losung: gesetzliche Ordnung im Inneren, Selbständigkeit nach außen, in die Wahlen gegangen. In der Frage aber, in welchem Maße die staatliche Selbständigkeit Finnlands in diesem Moment erzielt werden kann, gehen die Ansichten auseinander. Die klare politische Linie: alles für die volle Unabhängigkeit, für die vollständige Trennung von Rußland einsetzen, keine endgültige Abmachung auf der Grundlage der fortgesetzten Vereinigung mit dem russischen Reich, wird ohne Zweifel von der überwiegenden Mehrheit der bürgerlichen Gesellschaft vertreten. Aber auch die „Gemäßigten" haben in dem neuen Landtage unter den Altfinnen, den Jungfinnen und der Schwedischen Volkspartei hervorragende Vertreter. Immerhin dürfte

Digitized by Google

unter den Bürgerlichen im neuen Landtage mindestens die Hälfte im jetzigen Augenblick die Unabhängigkeitsbestrebungen vertreten.

Als dann die russische Regierung einige Vertreter ihrer juristischen Kommission nach Helsingfors schickte, um mit dem Senat und der von diesem im Frühjahr ernannten Grundgesetzkommission zu verhandeln, wurde die Opposition noch stärker. Das Hauptorgan des Bauernbundes, „Ilkka", schrieb am 15. Oktober: „Die Tatsache, daß die Entwürfe der finnländischen Grundgesetzkommission zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Finnland und Rußland und zu neuer Regierungsform für Finnland bereits von einer russisch-finnländischen Kommission behandelt wird, ist geeignet, in unserem Lande großes Aufsehen zu machen. — Nach den Entwürfen der Grundgesetzkommission bleibt Finnland von Rußland abhängig. Aber die öffentliche Meinung der überwältigenden Mehrheit des finnländischen Volks verlangt die volle Selbständigkeit Finnlands. — Es war kaum vorteilhaft, diese Entwürfe jetzt zu veröffentlichen, denn sie können im Auslande als ein Ausdruck des finnländischen Volkswillens ausgelegt werden. Jedenfalls hätte bei der Veröffentlichung die Tatsache klar dargelegt werden müssen, daß die große Mehrzahl des finnländischen Volks gegenwärtig (d. h. nach den Wahlen) unbedingt die volle Unabhängigkeit erstrebt."

Noch schärfer spricht sich „Svenska Tidningen", ein Organ der „Aktivisten", aus. „Diese Verhandlungen, — schreibt das Blatt am 16. Oktober — die heute fortgesetzt und wahrscheinlich abgeschlossen werden, können dem Vaterlande nur schaden. Es ist empörend, daß einheimische Männer in der gegenwärtigen weltpolitischen Lage daran arbeiten, eine Brücke zwischen Finnland und Rußland zu bauen. Diese Verhandlungen können nur Unklarheit und Mißverständnisse schaffen und dadurch dem neuen Landtage die Arbeit noch mehr erschweren. Wenn die Verhandlungen zu einem „Ergebnis" führen, wagen wir vorauszusetzen, daß der Landtag die Gesetzvorlage, wie jede andere Maßnahme, die darauf abzielt, Finnland an Rußland zu ketten, ablehnen wird."

Das radikale Blatt täuscht sich sicher nicht: der Entwurf der Grundgesetzkommission wird gewiß im Landtage einer scharfen Opposition begegnen. Immerhin kann derselbe seitens der „Gemäßigten" auf Unterstützung rechnen, obwohl es an Kritik und Abänderungsvorschlägen auch von dieser Seite nicht fehlen wird. Die Hauptorgane der jungfinnischen und der altfinnischen Partei, „Helsingin Sanomat" und „Uusi Suometar" haben sich mit dem Entwurf im großen und ganzen zufrieden erklärt und sehen in demselben eine gute Grundlage der künftigen Abmachung mit Rußland. Von großer Bedeutung ist es auch, daß er in der Hauptsache von der öffentlichen Meinung in Rußland günstig aufgenommen worden ist. Die russische Regierung hat wahrlich allen Grund, womöglich noch in der letzten Stunde eine Verständigung mit Finnland zustande zu bringen, und das um so mehr, je mehr sich die deutschen Truppen Petersburg nähern und je hoffnungsloser die Lage der russischen Flotte im Finnländischen Meerbusen wird.

Digitized by Google

Aber wird nicht eben dieses Heranrücken der deutschen Streitkräfte Finnland von einer voreiligen Abmachung abhalten? In der Tat, mit einem Gegner zu paktieren, der mit jeder Woche innerlich mehr geschwächt wird, und vor der drohenden äußeren Gefahr sich kaum lange wehren kann, wäre politisch sehr unklug. Um zu verstehen, daß trotzdem einsichtsvolle finnländische Politiker, die doch ihr Vaterland lieben und auch sie die vollständige Trennung von Rußland als die glücklichste Lösung ansehen, eine Verständigung mit der russischen Regierung gerade jetzt zustande bringen wollen, muß man zwei Umstände in Betracht nehmen.

Erstens die drohende *Hungersnot*. Seitdem die Zufuhr von Lebensmitteln von Rußland fast vollständig aufgehört hat, steht Finnland, das zu seinem Unglück eben in diesem Jahre eine sehr schlechte Ernte gehabt hat, vor der grauenvollen Aussicht, in wenigen Monaten ganz ohne Brot zu sein. Wie kann man — so sagen sich diese Politiker — unter solchen Umständen eine aggressive Politik gegen Rußland führen und dadurch die Möglichkeit einer größeren Getreidezufuhr ganz abschneiden?

Zweitens die *unsichere politische und militärische Lage*. Man ist in Finnland darüber noch immer im unsicheren, ob man mit dem Eintreten Deutschlands für die Unabhängigkeit Finnlands rechnen kann oder nicht. Wer weiß — so sagt man sich — ob nicht der Friede zwischen Rußland und Deutschland binnen kurzem zustande kommt? Und wer weiß, ob dabei der Stellung Finnlands überhaupt gedacht wird? Muß es nicht im Interesse Finnlands liegen, die jetzt angebotene Gelegenheit zu benutzen, um eine Abmachung mit Rußland auf gute Bedingungen zu erzielen?

Es ist klar: In der deutschen Offensive in Livland liegt für die Finnländer eine Aufforderung zum Ausharren. Namentlich die Eroberung von Ösel und Dagö hat die Stimmung in Finnland sehr gehoben. Aber das lange Warten in diesen drei, vier Kriegsjahren hat die Finnländer pessimistisch gemacht. Weiß überhaupt jemand, ob die Offensive wirklich so weit kommt, daß Finnland unmittelbar berührt wird?

Freilich, es gibt, Gott sei Dank, in Finnland auch Optimisten. Es gibt seit zwei, drei Jahren eine starke, zielbewußte Unabhängigkeitsbewegung, die allmählich auch in den großen Massen Boden gewonnen hat und die bis auf das äußerste jedem Paktieren mit dem Erbfeinde sich widersetzen wird. Diese Bewegung fußt in der festen Überzeugung, daß Deutschland Finnland nicht im Stiche lassen wird. Aber auch die festeste Überzeugung braucht einige Nahrung um leben und sich ausbreiten zu können. Was haben die finnländischen Aktivisten den klugen und vorsichtigen Erwägungen der „Gemäßigten" anderes entgegenzustellen als Mutmaßungen und Wahrscheinlichkeiten? Finnland braucht um seinem Unabhängigkeitsziele unentwegt nachgehen zu können nicht nur die vagen Hoffnungen, zu denen der Vormarsch der Deutschen gegen den Finnischen Meerbusen berechtigt: es braucht auch ein *offenes bestimmtes Wort der Anerkennung seiner Ansprüche auf ein unabhängiges staatliches Dasein*. Das ganze Volk Finnlands hofft dieses Wort von seiten Deutschlands zu hören. Aber wie wird es sich stellen, wenn dieses Wort ausbleibt?

Digitized by Google

Man wirft es den Finnländern vor, das sie in dieser schweren Stunde der Entscheidung zersplittert sind, daß die Parteien im Inneren einander bekämpfen und nach außen hin keine einige Front aufzeigen können. Der Vorwurf ist berechtigt, aber nur zum Teil. Die Finnländer sind kein Idealvolk, sie tragen in sich dieselben scharfen Gegensätze wie jedes Volk, das der modernen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung unterworfen ist; und das um so mehr, weil die zarische Regierung in Finnland, um den Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Besitz offen zu halten, einerseits die Begehrlichkeit der Arbeiterschaft aufstachelte, andererseits die vom Landtag angenommenen Gesetze nicht bestätigte. Daß sie aber auch nach außen in diesem Augenblick anscheinend zersplittert dastehen, das beruht nicht darauf, daß sie sich nicht um das hohe Ziel der Unabhängigkeit ihres Vaterlandes einigen könnten. Dieses Ziel steht jedem Finnländer klar vor Augen. Nur braucht Finnland, um sich auch über die Mittel zu einigen, einen festen Anhaltspunkt für sein Handeln.

Im Innern der Willkür der russischen Okkupationsarmee preisgegeben und von den Greueln einer furchtbaren Hungersnot bedroht, braucht Finnland, um der Versuchung einer voreiligen Verständigung mit Rußland widerstehen zu können, die Gewißheit, andere Bundgenossen zu haben als — die russischen Maximalisten.

Streiflichter zur Weltlage XIII

Oktober 1917

Von Professor Dr. Schiemann

Wenn uns im September der Lauf der Ereignisse einen Wendepunkt in der Geschichte dieses Krieges anzuzeigen schien, so hat der Oktober diese Wendung zugunsten der Mittelmächte bereits gebracht. Die wütenden Angriffe in Flandern, an der Aisne und Maas haben unseren Feinden den ersehnten Durchbruch unserer Verteidigungslinie, der allein von maßgebender Wichtigkeit hätte sein können, nicht gebracht. Sie haben ganz ungeheuere Verluste erlitten, denen gegenüber der neue Erfolg, dessen die Franzosen sich rühmen können, so schmerzlich immer er für uns ist, doch völlig verblaßt. Den Engländern hat die erneute Beschießung Londons und der übrigen befestigten Orte und Kriegsanlagen, die unsere Zeppeline aufsuchten, aufs neue gezeigt, daß die Überlegenheit im Luftkampfe uns gehört und der Schutz, den sie an ihrer insularen Lage zu haben meinten, aufgehört hat, während die Versenkung des Geleitzuges, den ihre Zerstörer „Rose" und „Strongbow" verteidigten, ohne schließlich sich selber schützen zu können, bewiesen, daß selbst an den Shetlandsinseln, die dem Sitz der englischen Kampfflotte zunächst liegen, es Sicherheit vor der Kühnheit unserer Torpedoboote nicht gibt. Der französische Admiral Degouy weist darauf hin, daß man in dem verbündeten Frankreich erst nach 4 Tagen von dieser für England so beschämenden Katastrophe erfahren hat und klagt darüber, daß der Angriffsgeist „la mentalité offensive" so

Digitized by Google

ganz auf deutscher Seite zu finden sei. In noch höherem Grade trat diese unbestreitbare geistige und moralische Überlegenheit unserer Heeresleitung und unserer Truppen, zu Wasser wie zu Lande, bei der glorreichen Expedition ans Licht, die den Rigaschen Meerbusen zu einem deutschen Gewässer machte und uns Oesel, Dagö, Moon und die kleinen Inseln in die Hände spielte. Es war ein Meisterzug unserer Strategie und eine an Geschlossenheit der Ausführung und Ausdauer im Vorwärtsdrängen musterhafte Leistung von Mannschaft und Flotte. Und doch muß man die Frage aufwerfen, ob die jüngste in Gemeinschaft mit unseren österreichisch-ungarischen Bundesgenossen durchgeführte Offensive gegen Italien nicht noch höher einzuschätzen ist. Das Urteil wird sich darüber erst fällen lassen, wenn man die Ergebnisse dieser beiden glänzenden Waffentaten würde übersehen können. Die alte Frage: was wird man daraus machen? muß erst beantwortet sein, wenn der Vergleich gezogen werden soll. Nun wollen freilich Engländer und Franzosen den Italienern zu Hilfe eilen, aber es ist zweifelhaft, ob der gewiß vorhandene Wille ausführbar ist, und wenn ja! ob es rechtzeitig eintreffen kann. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Italiener als Lohn ihres Verrats und der Erinnerung an 11 vergebliche Isonzoschlachten, hunderttausendfältige Todesopfer, aber keinen Fetzen fremden Landes behalten werden. Unberechenbar aber ist die Nachwirkung, welche ihre furchtbare Niederlage auf das Verhalten derjenigen Elemente haben wird, die schon längst darüber einig sind, daß Cadornas Kriegspolitik und Sonninos Diplomatie ein Unglück für das Land sind. Im Vordergrunde des Interesses aber steht noch immer der Zersetzungsprozeß, der sich unaufhaltsam auf russischem Boden vollzieht. Es gehört die erstaunliche Hartnäckigkeit von Professor Hoetzsch dazu, um sich noch immer über die russische Wirklichkeit zu verblenden. Suchen wir uns den Verlauf der Ereignisse, die sich auf russischem Boden abgespielt haben, in ihren Hauptzügen zu vergegenwärtigen. Nachdem der Sjuchomlinowprozeß und das noch immer nicht ganz aufgeklärte Abenteuer Kornilows mit der Verurteilung des einen und der Verschickung des anderen nach Bychow seinen Abschluß gefunden hatten, bildete Kerenski ein Koalitionsministerium, dem er als Ministerpräsident und Generalissimus vorstand. Stellvertretender Ministerpräsident wurde der Handelsminister Konowolow, Tereschtschenko behielt das Auswärtige, Werchowski den Krieg, Werderewski die Marine. Das Innere fiel Nikitin zu, Prokopowitsch die Verpflegung, Gwosdew die öffentlichen Arbeiten, Kischkin Fürsorgewesen, die Volksaufklärung Salaskin, die Wege Liverowski, Bernatzki Finanzen, Kultus Kartaschew, Kontrolle Smirnow, Maljontowitsch die Justiz. Endlich der Vorsitzende des Hauptökonomiekomitees Tretjakow. Von diesen Ministern gehören nur 4 der Partei der Kadetten an, die übrigen Sozialdemokraten (Minimalisten) oder Sozialrevolutionären aber den letzteren gehören die wichtigsten Ministerien und die Leitung. Am Abend des 8. Oktober wurde diese Liste veröffentlicht. Schon vorher hatte eine sogen. demokratische Konferenz getagt, die ihre Sitzungen bereits am 5. Oktober schloß und ihre Vollmachten auf einen

Digitized by Google

Rat übertrug, der 240 Köpfe zählte und als Fundament für das Vorparlament dienen sollte, das auf Antrag des Kaukasiers Zeretelli beschlossen wurde und das berechtigt sein sollte, die provisorische Regierung zur Verantwortung zu ziehen und sie zu interpellieren. Am 9. Oktober bestätigte die provisorische Regierung dieses Vorparlament. Aber gleich die erste Sitzung verlief überaus stürmisch. Die neue maximalistische Mehrheit des Arbeiter- und Soldatenrats hatte sogleich einen gegen das Vorparlament gerichteten Beschluß angenommen, weil ihm die zu einem Drittel (120 gegen 240) vertretenen bürgerlichen Parteien zu stark zu sein schienen. So konnte es geschehen, daß das Vorparlament, dessen erste Sitzung bis 6 Uhr morgens dauerte, in einen vollen Mißerfolg auslief und daß der stärkste Eindruck, den es hinterließ, die in die Versammlung hineingeworfenen Worte des Bolschewiks Kamenew waren: Wir wollen weder Duma, noch Reichsrat, noch Todesstrafe! Das ist das politische Glaubensbekenntnis der Maximalisten und gewiß werden sie dabei bleiben. Der Ausschluß war eine völlige Verwirrung und die „Nowoje Wremja" mag recht haben, wenn sie ihre Eindrücke dahin zusammenfaßt: „Etwas Unsinnigeres als was in dieser Nacht geschah, kann man sich nicht vorstellen." Da die hier eingetroffenen russischen Zeitungen nur bis zum 14. Oktober reichen, sind wir für das weitere auf die Nachrichten angewiesen, die der Telegraph und die Korrespondenten französischer und englischer Blätter geben. Zurzeit tagt ein Sowjet (Rat) der russischen Republik, der am 18. eröffnet wurde, 555 Mitglieder zählt und bestimmt ist, bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung, gleichsam als Ersatz derselben, überwachend der provisorischen Regierung zur Seite zu stehen. Die konstituierende Versammlung, die am 26. November zusammentreten soll, wird aus 730 Personen bestehen, was fast genau der Zahl der Vertreter im Pariser Nationalkonvent vom 20. September 1792 entspricht (750) und könnte zu ähnlich blutigen Ereignissen führen. Duma und Reichsrat sind aufgelöst, in allen Städten aber regieren die Komitees, in denen fast ausnahmlos die extremen Elemente überwiegen. Das gilt nächst Petersburg und Kronstadt, namentlich von Moskau, das nach einer soeben erfolgten Zählung 1 645 000 Einwohner hat.

In das Chaos, das im Kampf um die sich ablösenden staatlichen Organisationen immer haltlosere Formen annahm, schlug am 13. die Nachricht von der Besetzung Oesels wie eine aus heiterem Himmel fallende Bombe ein. Hatte schon die Einnahme von Riga sehr ernste Sorgen erregt, so war jetzt die Folge eine Panik. Es ist sehr schwer gewesen, ein allgemeines Flüchten aus Petersburg zu verhindern, und auch die provisorische Regierung hat sich sehr ernstlich mit dem Gedanken beschäftigt, nach Moskau überzusiedeln. Es scheint, daß nur der Druck des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats sie daran verhindert hat. Das nächste was geschah, war die Überführung dreier Generäle, die wahrscheinlich als Anhänger Kornilows verdächtig waren, nach Bychow auf der Halbinsel Kola. Es waren die Generäle Elsner, Demkin und

Digitized by Google

Markow, die jetzt dem unglücklichen Kornilow Gesellschaft leisten können, vorausgesetzt, daß man es gestattet und ihnen nicht Einzelhaft auferlegt. Kerenski trat als Generalissimus zurück, und an seine Stelle wurde ein wirklicher General Woloschenko gesetzt, über dessen besondere Gaben wohl erst die Zukunft uns belehren wird. Fünf junge Offiziere wurden zu Armeeführern ernannt und für die Verteidigung Petersburgs, die offenbar für dringend notwendig gehalten wird, der Plan des Generals Tscheremissow angenommen. Reval, Hapsal, Pernau nebst den naheliegenden Gebieten sollen militärisch verstärkt werden, ebenso die Küsten Finnlands. Auch ein neuer Generalquartiermeister, Diedrichs, ist ernannt worden. Zugleich aber wird laut nach englischer Hilfe gerufen und zwar wird dabei an ein Durchstoßen der englischen Flotte durch Nordsee und Ostsee zum Finnischen Meerbusen gedacht! Als ob sie den Entschluß, den sie drei Jahre lang nicht finden konnten, nun plötzlich auf die Nachricht von dem Versagen der russischen Kraft fassen werden. Den in Rußland anwesenden See- und Landoffizieren werden die weitesten Zugeständnisse gemacht. Die Leitung der Marine ist zum Teil, die der eventuellen Verteidigung der Aalandsinseln ganz in ihre Hände gelegt. Trotzdem scheint es mit der Wiederherstellung der Disziplin nicht vorwärts zu gehen. Die Mörder auf dem „Petropawlowsk" sind noch immer nicht bestraft worden, und die Offiziere, die von den meuternden Matrosen gefangen gehalten werden, noch immer nicht freigegeben worden. Im Innern aber dauern die blutigen Unruhen fort; es würde viele Seiten Raum erfordern, aufzuzählen, was alles an Greueltaten von Pöbel und Soldaten im Laufe des letzten Monats verbrochen worden ist. Besonders schlimme Fälle, wie die Ermordung des Generals von Hirschfeld an der rumänischen Front, als er seine Untergebenen zur Erfüllung ihrer militärischen Pflichten anhalten wollte und diese ihn nun völlig nackt an einen Baum banden und mit Bajonettstichen umbrachten, werden von den russischen Zeitungen ausführlich erzählt, über anderes, wie über die „Pogrome" in Charkow, Tiraspol, im brennenden Astrachan geht man mit einer kurzen Notiz hinweg, obgleich dabei noch weit Schlimmeres vorgegangen sein mag. Denn in Rußland geht — wie ein langer Artikel der „Nowoje Wremja" vom 12. Oktober erzählt — die grüne Schlange um. Victor Hehn in den köstlichen Aphorismen „de moribus ruthenorum" (Stuttgart 1892, Verlag von J. G. Cotta) erklärt uns die Bezeichnung. „Wenn man mit dem Champagner der Zivilisation den Tribut gezahlt hat, lassen sie sich Schnaps kommen, um ihr Herz zu vergnügen. Auch leiden sie alle am delirium tremens. Die Meisten leiden am letzteren erst in dem leichteren Stadium, d. h. sie sehen bloß Teufelchen (Tschortotschka); andere sehen schon die grüne Schlange; die am übelsten dran sind und dem gewissen Tode verfallen, sehen den blutigen Jungen (Krowawy maltschik)." Diejenigen von denen die „Nowoje Wremja" spricht, daß sie die grüne Schlange sehen, sind die russischen Bauern, die jetzt, seit das Branntweinverbot mißachtet wird, ihr Korn zurückhalten, um Branntwein

Digitized by Google

zu brennen, um teils selbst zu trinken, teils teuer zu verkaufen. Vielfach kommt es dann vor, daß infolge des Mißbrauchs von Branntwein die Schnapsniederlagen in ehrlicher Entrüstung erstürmt und zertrümmert werden. Wenn aber der Branntwein aus den Fässern ist und das kostbare Naß durch die Gassen fließt, wird die Versuchung so stark, daß auch die entrüsteten Zerstörer der Alkoholniederlagen ihr nicht widerstehen und schließlich alle drei Stadien, die Teufelchen, die grüne Schlange und der blutige Knabe in schneller Folge bei allen erscheinen, die an dem moralischen Werk der Branntweinvertilgung beteiligt waren. Die Judenpogrome in Beßarabien sollen meist diesen Anfang nehmen. Man muß Gorki gelesen haben, um die Seelenzustände zu verstehen, die aus dem Russen die Bestie machen, die dann unzweifelhaft aus ihm spricht und handelt. Es wäre noch vieles zu sagen, um den Zusammenbruch des heutigen Rußland voll verständlich zu machen. Die Energie, die bei einzelnen Personen trotz allem zutage tritt, kann darüber nicht täuschen, daß anhaltendes folgerichtiges Handeln von keinem von ihnen zu erwarten ist. Sie halten eine Zeitlang durch, dann versagen sie: nadojelo (ich habe es zum Überdruß getan, ich kann nicht mehr). Jetzt kann es bereits von der Mehrzahl aller Besitzenden heißen, sie haben die Freiheit und die Revolution satt bekommen und sehnen sich nach einem Herren. Aber auch von Kerenski wird es bald heißen: nadojelo! und das Strohfeuer des Enthusiasmus, den der Gedanke der Verteidigung Petersburgs hervorrief, wird ebenso verfliegen, wie all die Freiheitsideale, mit denen man Rußland und die Welt berauschte. Der „Temps“ schreibt an der Spitze einer Betrachtung über die russischen Zustände: Die Bürde der Freiheit: einst war es der Titel einer Komödie, heute der eines Trauerspiels!

Sollte man denselben Ausspruch nicht auch auf die in Frankreich, Amerika und in England herrschende „Freiheit“ anwenden dürfen? Nach unseren Freiheitsbegriffen ist sie in keinem dieser Länder vorhanden. Nur ist es merkwürdig, daß in Frankreich die Tyrannei von einem Mann ausgeübt wird, an dem nichts Imponierendes aufzuweisen ist, während in England der Kelte Lloyd George es verstanden hat, seiner rastlos arbeitenden Phantasie die Bulldog-Naturen der Carson, Churchill und Genossen dienstbar zu machen und in Amerika die salbungsvolle Heuchlerseele Wilsons, das leidenschaftliche Interesse der Geldmacher an sich gefesselt hat. Das Ergebnis aber, das sich in allen drei Staaten und ähnlich in dem Italien d'Annuncios für die Völker ergab, war der Verlust ihrer Freiheitsrechte und ein brutaler Zwang, für den es keine Grenzen überhaupt nicht mehr gibt. Sie alle wissen bereits, daß sie Einsatz auf Einsatz in dem hohen Spiel, das sie spielen, verloren haben, aber sie treiben das Pferd, auf das sie gesetzt haben, mit Peitsche und Sporen an. „Der deutsche Renner soll vor dem englischen zusammenbrechen“, schrieb die „Daily Mail“ vom 10. Oktober, und am 15. hieß es in demselben Blatt: „Die Karte wird bei der Friedenskonferenz das Wort haben. So lange Deutschland stark genug ist, Land der Alliierten zu be-

Digitized by Google

haupten, ist es auch stark genug, einen deutschen Frieden zu schließen." Deshalb dürfe England nur als Sieger auf deutschem Boden mit uns verhandeln! Und in diesem Wahn stürmen Engländer und Franzosen immer aufs neue an und opfern Hunderttausende auf Hunderttausende, ohne jenes Zusammenbrechen zu erreichen, an dessen Möglichkeit von Tag zu Tag der Glaube mehr schwinden wird. Frankreich krankt an seinen „Affären" wie fast ununterbrochen im Lauf der Geschichte seiner dritten Republik und dabei verblutet ihm die eigene Kraft und fremdes Blut verfälscht ihm Rasse und Zukunft. Auch England glaubt nicht mehr aus eigener Kraft das Ziel zu erreichen und ruft nach Amerika, in dessen Abhängigkeit es bereits politisch und finanziell steht. Seine Stellung in Ostasien ist verloren und Japan dort der Herr, wo bisher englischer Einfluß gebot. Amerika verspricht, wenn der Winter vorüber ist, seine Flieger über den Ozean zu Hilfe zu schicken und seine Truppen zu senden, wenn sie beisammen sein werden und wenn die Schiffe gebaut sind, welche sie hinüberfahren sollen. Alle aber haben sie drohende Sorge zu tragen: Frankreich, seine Schlappen im algerisch-tunesischen Hinterlande und in Marokko, England in Indien und in Irland, Italien in Tripolitanien. Man lese, was über diese Probleme das jüngste Heft des „Neuen Orient" (Band 2, Heft 2) an Material vorbringt, das uns von Engländern, Franzosen und Italienern wohlweislich verschwiegen worden ist.

Überall wendet sich das Schlagwort von dem Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker gegen seine Urheber und werden Stimmen laut, wie die der Mrs. Besant in Indien, oder seinerzeit die des Iren Casement, der wie ein mahnender Rächer die Iren zum Kampfe gegen englische Tyrannei anfeuerte. Auch die Welt der Neutralen, die dank den Erfolgen Deutschlands ihre Neutralität noch behauptet, wird allmählich den Bann los, der sie an die schließliche Überlegenheit der Alliierten glauben ließ. Sie beginnen der Wirklichkeit mehr zu glauben, als englischen Telegrammen und Zeitungen und als dem unwahren Tugendpathos Wilsons. Mir liegt der Brief eines patriotischen Schweden vor, der unglücklich ist, daß in diesem Kriege Schweden nicht an der Seite Deutschlands in diesem Krieg eingegriffen hat. Er schreibt u. a.: „Wenn wir nur eine bessere Regierung hätten als die neue, dann würden wir die Pazifizierung Finnlands übernehmen können. Aber mit diesen kurzsichtigen Pazifisten und international angehauchten Großkapitalisten, die mit den Sozialdemokraten ein pactum turpe (einen schändlichen Pakt) geschlossen haben, ist nichts anzufangen. Für eine nationale Politik mit weitgehenden Zielen ist in dieser bunten Gesellschaft kein Verständnis vorhanden. Glücklicherweise ist die Lage an der Ostsee für Deutschland so günstig, daß für Brantings Pläne kein Boden mehr da ist. Auch handelspolitisch sind wir von Deutschland so abhängig, daß ein Abbrechen der Handelsverbindungen mit Deutschland für uns dem Selbstmorde gleich käme. Branting ist also als Minister, wenn nicht ganz unschädlich, doch im ganzen ungefährlich, wie die Verhältnisse momentan liegen. Und seiner Tätigkeit als Agitator sind durch seine verantwortliche Stellung als Minister

Digitized by Google

Schranken gesetzt, die er früher nie gekannt hat!" Das ist gewiß richtig und wäre mutatis mutandis auch auf andere Neutrale anzuwenden. England und Amerika halfen uns, ihre Neutralität aufrecht zu erhalten und dabei, so glauben wir fest, wird es noch bleiben.

Am 15. August ist Seine Majestät der Kaiser nach seinen bedeutsamen Besuch in Sofia Gast des Sultans in Konstantinopel gewesen. Der von den Engländern vertriebene Khedive Abbas Hilmi war zurzeit dort. Gleichzeitig traf die Nachricht vom Tode des englischen Gegenkhediven Hussein Kamel ein, der plötzlich gestorben ist. Als seinen Nachfolger hat Lloyd George Ahmed Fuad, einen Sohn jenes Ismael Pascha eingesetzt, mit dem Disraeli das glänzende Geschäft abschloß, das England zum Herren des Suezkanals machte.

Gedanken zur Verwaltungsreform[1]

Von Ulrich v. Hassell, Regierungsrat

Der Aufforderung des Herrn Professors Stein, in der „Deutschen Politik" über die Verwaltungsreform zu sprechen, komme ich gern nach. Ich halte die Frage der Verwaltungsreform für keine politische Frage und glaube daher mich nicht durch den Umstand abhalten lassen zu sollen, daß ich zu vielen innen- und außenpolitischen Fragen einen anderen Standpunkt einnehme als diese Zeitschrift. Im übrigen ist es wohl richtig zu betonen, daß ich lediglich persönlichen Auffassungen Ausdruck gebe, nicht aber etwa im Auftrage oder Namen des Verbandes der preußischen Landkreise spreche.

Ein alter Praktikus der preußischen Staatsverwaltung bin ich nicht. Wenn ich es trotzdem unternehme, einige Worte — nicht über Einzelheiten, sondern über allgemeinere Fragen — zu sagen, so möchte ich das damit rechtfertigen, daß ich durch meine Laufbahn Gelegenheit gehabt habe, eine ganze Reihe von Verwaltungen kennen zu lernen, nämlich neben der preußischen Justizverwaltung und allgemeinen Staatsverwaltung den Kolonialdienst im Bereich des Marineamts und den auswärtigen Dienst, während ich zurzeit als Direktor des Verbandes der Landkreise in enger Fühlung mit den preußischen Kreisverwaltungen stehe.

An Auslandserfahrungen anknüpfend möchte ich meinen Ausführungen den Gedanken voranstellen, den Herr Professor Stein im Heft 33 dieser Zeitschrift hervorgehoben hat, den Gedanken nämlich, daß die Persönlichkeit des Beamten wieder mehr zur Geltung kommen müsse, daß der Beamte Freude am Wirken und Freiheit zur Initiative haben und ein Mann sein müsse mit Verantwortung und Verantwortlichkeitsgefühl. Die Entwicklung in unserm festgefugten, instanzenreichen,

[1] Dieser Aufsatz wurde bereits vor mehreren Wochen geschrieben, mußte aber wiederholt mit Rücksicht auf wichtige, zu behandelnde Tagesereignisse zurückgestellt werden.

Digitized by Google

immer größer und verwickelter werdenden Verwaltungskörper ist dieser Forderung nicht günstig gewesen. Es kommt dazu, daß selbständige Persönlichkeiten „kantig" und daher unbequem zu sein pflegen, auch leicht einmal „anstoßen". Solche Leute waren in den letzten Jahrzehnten nicht beliebt, die Parole „Um Gottes willen nicht anstoßen" stand bedenklich hoch in Ehren. Im übrigen wird dem einzelnen höheren Beamten fast in der Mehrzahl der Fälle durch ein Kollegium oder eine höhere Instanz oder — am häufigsten — durch einen Vorgesetzten die letzte Verantwortung abgebürdet. Insbesondere ist die Zahl der Fragen sehr groß, in denen ein Ministerium das letzte Wort zu sprechen hat, ein Zustand, der eine starke Überlastung der allzu vielköpfig werdenden Zentralstellen zur Folge hat, und zwar mit vielen Dingen, die für diese Behandlung ganz ungeeignet sind. Die Entscheidung trifft dann schließlich der Sache nach ein vortragender Rat, der nicht die Verantwortung trägt. Die Notwendigkeit zur freien Entscheidung mit unmittelbarer Wirkung in der Welt der Tatsachen ist also für den Beamten in der Staatsverwaltung verhältnismäßig selten gegeben. Kann man denn aber diese Selbständigkeit dem Durchschnittsbeamten der höheren Laufbahn überhaupt zutrauen, und darf man sie ihm im Interesse des Ganzen einräumen? Ein starker Beweis dafür wird in den überseeischen Ländern geliefert, der Beweis, daß der Zwang zur Selbständigkeit auch zur Selbständigkeit erzieht und den Erfolg in erstaunlich weitem Umfange für sich hat. Unter den jungen, sich schnell entwickelnden und verändernden Verhältnissen da draußen sind plötzlich alle Gerüste und Stützen versunken, die im geordneten Zuhause den Mitteleuropäer sichern und halten. Nicht nur die jungen Kaufleute, die Außenposten für ihre Firma verwalten, sondern ebenso auch junge Konsular- und Kolonialbeamte, die an vorgeschobenen Orten das Interesse des Reichs wahren, haben keine Möglichkeit, hinter Vorgesetzten oder Kollegien Deckung zu suchen oder nach gleichliegenden Vorgängen zu verfahren. Selbst an den größeren Plätzen sind die Ansprüche die an die Entschlußkraft und Verantwortungsfreudigkeit des einzelnen Mannes gestellt werden, sehr groß. Die Persönlichkeit ist auf sich selbst gestellt, „Nummern" sind nicht zu brauchen. Die Leute draußen sind nun im Durchschnitt nicht klüger und nicht besser vorgebildet als zu Hause; etwas Abenteuerlust oder Drang in die weite Welt, die sie hinausgetrieben haben, genügen auch nicht, um sie ohne weiteres als Elite erscheinen zu lassen, der eben mehr zugemutet werden darf. Wir können also durchaus für die heimatlichen Verhältnisse Schlüsse aus der Tatsache ziehen, daß diese auf sich selbst gestellten jüngeren Leute ihre Sache im großen und ganzen gut gemacht und mitgeholfen haben, uns die Weltstellung zu erringen, die England das dringende Bedürfnis fühlte zu vernichten. Ich habe an anderer Stelle[1] versucht zu zeigen, wie notwendig es ist, bei uns Volkswirtschaft und Weltwirtschaft materiell und geistig miteinander zu verschweißen. Auch die Verwaltungsreform darf unter

[1] Roter „Tag" vom 1. April 1917.

Digitized by Google

diesem Gesichtspunkt beleuchtet werden. Ein Mittel, das wohl zu erwägen wäre, scheint mir ein stärkerer Austausch von Auslands- und Inlandsdienst. Er braucht nicht zur Regel zu werden. Aber für den Beamtenkörper sowohl wie ganz besonders für manche Behörden würde eine gewisse Durchsetzung mit Auslandsbeamten nur nützlich sein können.

Der Kernpunkt wird damit freilich noch nicht getroffen. Er liegt einmal in der ganzen Handhabung der Verwaltung, in der Bewertung der Persönlichkeit, sodann aber, wie Herr Professor Stein treffend hervorhebt, in der hier zur Erörterung stehenden Organisation. Hat denn nun die geplante organisatorische Verwaltungsreform in der Tat als eines der Hauptziele diese Hebung der Entschlußkraft und Wirkungsfreudigkeit der Beamten? Es werden ja die verschiedensten Zwecke als richtunggebend genannt, z. B. die Ermöglichung sparsamerer Verwaltung, sodann die Vereinfachung des Geschäftsverkehres u. a. m. Die letztere wird man ohne weiteres als ein Ziel, aufs innigste zu wünschen, gelten lassen. Bei der ersteren liegt es schon schwieriger. Niemand wird, gerade bei der voraussichtlich bedrängten finanziellen Lage des Staates in den nächsten Jahrzehnten, an der Notwendigkeit äußerster Sparsamkeit zweifeln. Aber es ist überaus gefährlich, bei einer Reform, die aus unmittelbar sachlichen Gründen erforderlich ist, den Sparzweck zu sehr in den Vordergrund zu stellen. Wir haben Beispiele genug erlebt, bei denen kleinliche Sparsamkeit große Aufgaben beeinträchtigt hat. Letzten Endes wird solche Sparsamkeit dann meist die Quelle sehr viel größerer finanzieller Aufwendungen. Der Gesichtspunkt sachlicher Notwendigkeiten darf auf keinen Fall durch den der Sparsamkeit verfälscht werden. Eine zweckmäßig eingerichtete Verwaltung mit einfachem Geschäftsgang, die sich gleichzeitig einen selbständig und freudig arbeitenden Beamtenkörper heranbildet, wird auf die Dauer mittelbar und unmittelbar auch die sparsamste sein.

Legt man nunmehr bei Einzelfragen der organisatorischen Reform den vorangestellten Gesichtspunkt der Förderung der Beamtenpersönlichkeit als Maßstab an, so wird man sich gegen zweierlei aussprechen müssen. Gegen allzuviel Instanzen und gegen eine ausgedehntere Anwendung des Kollegialsystems. Die Verringerung der Instanzenzahl wird gewöhnlich mit der Begründung bekämpft, daß man nicht von einem Idealzustande vollendeter Gewissenhaftigkeit, Gesetzeskenntnis und Urteilskraft der Beamten, sondern von der Tatsache ausgehen müsse, daß man es mit notwendig mangelhaften Menschen zu tun habe; das erfordere die Sicherstellung richtiger Entscheidung durch Beteiligung mehrerer Stellen hintereinander. Demgegenüber wird man wohl die „Menschlichkeit" der Beamten, nicht aber die Wirksamkeit des vorgeschlagenen Mittels allgemein zugeben können. So nötig die Möglichkeit einer mehrfachen Prüfung oder Nachprüfung in wichtigen Angelegenheiten auch zweifellos ist, so zweckwidrig und gefährlich ist eine Übertreibung des Grundsatzes sowohl in

Digitized by Google

der Richtung zu vieler Instanzen, als auch in bezug auf den Kreis der Angelegenheiten, die überhaupt eine solche Behandlung erfordern und ertragen. Die Erziehung zu äußerster Gewissenhaftigkeit sowohl wie zur Verantwortungsfreudigkeit wird durch Beschränkung der Instanzen ebensosehr gefördert, wie die Beschleunigung des Verfahrens. Fehlentscheidungen, die dann unabänderlich sind, müssen in den Kauf genommen werden, können im übrigen aber auch auf dem Gebiete der Verwaltung (im Gegensatz zur Rechtspflege) sehr häufig nachträglich irgendwie ausgeglichen werden. Zur Verringerung der Instanzen ist es nicht ohne weiteres erforderlich, eine Behörde, eine Stufe des bisherigen Behördenorganismus, überhaupt aufzuheben; es kann in den einzelnen Angelegenheiten der Instanzenzug auch ohne das eingeschränkt werden. Aus anderen Gründen aber — sparsame Einrichtung der Verwaltung, Vereinfachung des Organismus und des Geschäftsgangs — ist die Frage, ob nicht eine der Provinzialbehörden — Regierung oder Oberpräsidium — ganz gestrichen werden können, in den Vordergrund der Erörterung getreten. Die Gründe dafür und dagegen können hier nicht im einzelnen durchgegangen werden. Man wird auch betonen müssen, daß man schwerlich mit völliger Sicherheit die Wirkung einer so einschneidenden Maßnahme voraussehen kann; die lebhaften Schilderungen des Zustandes, der nach Ansicht der Freunde bezw. Gegner der Maßnahme infolge ihrer Durchführung eintreten wird, haben nur einen sehr bedingten Wert. Ich persönlich möchte glauben, daß eine gründliche Reform kaum anders möglich ist als durch solche Verminderung unseres allzu behördenreichen Verwaltungsorganismus, und zwar durch Aufhebung der Regierung. Die ursprüngliche Einrichtung, das sei hier nur kurz erwähnt, lief der Sache nach auf nur zwei Verwaltungsinstanzen hinaus, auf den Kreis und den Regierungsbezirk; der Oberpräsident war ohne erhebliche eigene Verwaltung als mehr repräsentative Spitze gedacht. Aus dieser Tatsache ist nun von manchen Seiten gefolgert worden wenn überhaupt eine Behörde fallen solle, so müsse es das Oberpräsidium sein, das sich gegen die Absicht zu einer wirklichen Verwaltungsbehörde entwickelt habe; außerdem sei die Vereinigung der gesamten bisher bei den Regierungen liegenden Verwaltungstätigkeiten beim Oberpräsidium deshalb bedenklich, weil der Bezirk für eine wirksame Verwaltung zu groß sei und ferner auf diese Weise eine viel zu umfangreiche, schwerfällige Behörde geschaffen würde. Der historische Grund trifft meines Erachtens nicht zu; die tatsächliche Entwickelung läßt sich nicht beiseite schieben, und diese Entwickelung hat in erstaunlich kurzer Zeit dazu geführt, fast überall nicht die Regierungsbezirke, sondern die Provinzen zu wirklichen Gebietseinheiten werden zu lassen, dank vor allem der Gestaltung der Selbstverwaltung. Die Provinzen ebenso wie die Kreise, nicht die Regierungsbezirke, sind lebendige, sich immer mehr entwickelnde Selbstverwaltungskörper geworden; an die Verwaltungseinheit auf dem Gebiete der Selbstverwaltung und die zunehmende wirtschaftliche Einheit ist zweckmäßig auch der Staatsverwaltungsbezirk anzuknüpfen.

Digitized by Google

Durch die enge Berührung mit der Selbstverwaltung wird die Staatsverwaltung am besten davor bewahrt, ein totes Gerüst zu werden. Was die Größe der Bezirke angeht, so ist zu bedenken, daß vor hundert Jahren an den Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnissen gemessen ein Regierungsbezirk reichlich so weitläufig war, wie heute eine Provinz. Die Rheinprovinz ist vielleicht die einzige, die nach ihrer ganzen Struktur eine Teilung verlangen und ertragen würde, ohne daß es übrigens deshalb erwünscht wäre, eine reine Industrieprovinz zu schaffen. Der große Umfang der zu schaffenden Provinzialbehörde endlich ist zuzugeben; dieser Nachteil muß in den Kauf genommen werden, läßt sich im übrigen durch geeignete Gestaltung der Behörde ganz erheblich abschwächen. Erfolgt eine Beseitigung der Regierung, so sollte sie vollständig sein; die von manchen Seiten befürwortete Aufrechterhaltung von Rumpf-Regierungsabteilungen für einzelne Zweige muß notwendig den Zweck der ganzen Reform vereiteln.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf einen meines Erachtens besonders wichtigen Gesichtspunkt hinweisen, nämlich den der Einheit der Verwaltung. Manche Stimmen haben befürwortet, bei Aufhebung der Regierungen der Schul-, Steuer-, Landwirtschafts- und Medizinalverwaltung eigene, vom Oberpräsidenten unabhängige Spitzen in der Provinz zu geben. Ein solches Verfahren würde ganz außerordentlich bedenklich sein. Diese Einzelzweige lassen sich nicht ungestraft aus der übrigen Verwaltung völlig herausbrechen. Wir haben die Ressort-Trennung schon an der obersten Stelle, in den Ministerien. In der Provinz ist es unbedingt erforderlich, die Einheit der Verwaltung (abgesehen von den technischen Berg- und Eisenbahnverwaltungen) durch die gemeinsame Spitze zu wahren; der eine Zweig berührt den anderen unter dem Gesichtspunkt der gemeinsamen provinziellen Interessen so eng, ein Ineinandergreifen findet so häufig statt, daß die gemeinsame Spitze — bei aller wünschenswerten Selbständigkeit der Zweige — zur Vermeidung schädlichen Ressortpatriotismus und überzüchteten Spezialistentums unbedingt erforderlich ist.

Das Kollegialsystem findet heute in der Justiz und in der Selbstverwaltung sehr ausgedehnte Anwendung, in der eigentlichen Staatsverwaltung tritt es dagegen hinter der „bureaumäßigen" Form zurück. Hauptfall in der letzteren Verwaltung ist die kollegiale Gestaltung der Regierungsabteilungen II und III. In der Justiz läßt sich für das Kollegialsystem mit einigem Grunde der Gesichtspunkt geltend machen, daß eine größere Sicherheit für eine objektive Würdigung aller Seiten des Falles vor der res judicata geschaffen werden soll. Die Selbstverwaltung beruht wesentlich auf der Tätigkeitsform der „Beratung"; es handelt sich da um Interessenabwägung, und die kollegiale Bearbeitung ist ohne weiteres als zweckmäßig gegeben. Ganz anders in der eigentlichen Staatsverwaltung. Die Exekutive, die hier in Frage steht, beruht auf Autorität und bedeutet Entscheidung. Hier ist das Feld des einzelnen Beamten, der als Vertreter des Staatsgedankens und Staatsinteresses bestellt

Digitized by Google

ist, als solcher empfindet und die Verantwortung der Entscheidung übernehmen muß. Tatsächlich besteht denn auch das Kollegialsystem der Regierungsabteilungen mehr in der Theorie. Die Notwendigkeit von Beschlußbehörden (Provinzialrat usw.), auf die nicht näher eingegangen werden soll, wird hierdurch nicht berührt.

Ganz unmöglich ist das Kollegialsystem bei der unteren Verwaltungsbehörde, dem Landrat. Alles beruht hier auf der verantwortungsfreudigen, unverbrauchten Persönlichkeit. In ihm vereinigt sich in besonders wirksamer Weise Staatsverwaltung und Selbstverwaltung. Ihn für das erstere Gebiet durch ein Kollegium zu erdrosseln, für das letztere durch einen neben ihm stehenden gewählten Kreishauptmann zu „entlasten", wie das beides vorgeschlagen worden ist, wäre geradezu widersinnig. Die Stellung des Landrats erhält pulsierendes Blut in immer wachsendem Maße durch die sich gewaltig entwickelnde Selbstverwaltung der Kreise; letztere ist für ihn ein wichtigeres Lebenselement als die oft erörterte Eigenschaft als „politischer Beamter", auf die der heutige Landrat vielleicht ganz gern verzichten würde. Staatsbeamter im wahren Sinne des Wortes muß er freilich daneben bleiben. Fallen die Regierungen, so wird sich sein Verwaltungsbereich außerordentlich vermehren. Schon jetzt ist er in größeren Kreisen überlastet, die weitere Vermehrung wird daher eine bedeutende Vergrößerung der Behörde im Gefolge haben müssen. Es wäre bedauerlich, wenn das zwei Folgen haben würde, die nahe liegen: Erstens eine Bureaukratisierung der Behörde (kleine „Regierung") und Verstärkung der Schreibtischarbeit, die die lebendige Fühlung mit dem Kreise erschwert. Um das zu verhindern, wird der Unterbau der Verwaltung auf dem Lande verstärkt und im übrigen der Landrat auf Nebengebieten entlastet werden müssen. Hier kommen z. B. die Militärsachen und vielleicht die Versicherungsangelegenheiten in Betracht; ferner wird — nach meinem persönlichen Dafürhalten — eine Abtrennung der Steuersachen auf die Dauer nicht zu umgehen sein, aber eine Abtrennung nur der eigentlichen Arbeit — ganz sollte der Zusammenhang zwischen Landratsamt und Steuerveranlagung nicht gelöst werden. Die andere bedauerliche Wirkung einer Vergrößerung des Landratsamts wäre eine Hinausschiebung des für Ernennung zum Landrat durchschnittlich geforderten Dienstalters. In Deutschland besteht ohnehin die gefährliche Neigung, den Beamten erst zu spät in eine verantwortliche Stellung gelangen zu lassen. Es wäre sehr zu wünschen, daß sich hier allmählich ein Wandel anbahnte; jedenfalls wird man gut tun, auch für das vergrößerte Landratsamt kein höheres Dienstalter zu verlangen als das heute übliche.

Nur einige wenige Punkte aus dem wichtigen Gebiete der Verwaltungsreform habe ich berühren, nur einen kleinen Teil der gemachten Vorschläge erwähnen können. Die Zahl der letzteren ist Legion. Der für die Behandlung der Sache ernannte (inzwischen Minister des Innern gewordene) besondere Kommissar hat selbst um Wünsche und Anregungen gebeten, und in der Tat muß ihm diese freiwillige Mitarbeit willkommen

Digitized by Google

sein. Von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Reform wird aber die Beachtung der Erfahrung sein, daß Werke dieser Art nur gelingen können, wenn ihr wesentlicher Aufbau das Geisteserzeugnis Eines oder Weniger ist. Einer (oder doch eine kleine Zahl) muß den Ton kneten nach dem Bilde, das er sich — aus eigenen Gedanken und fremden Anregungen — geformt hat. Je wichtiger und schwerwiegender die Entscheidungen sind, die zu treffen sind — und es sind große Entscheidungen nötig zur Verwaltungsreform —, desto stärker sind die Bedenken, die gegen sie geltend gemacht werden können. Ganz wichtige Entscheidungen sind gewöhnlich von der Art, daß sich die Für und Wider annähernd die Wage halten. Daher die Leichtigkeit, sie zu kritisieren! Solche Entscheidungen muß schließlich einer treffen, einer, der entschlossen die Gewichte beiseite schiebt und aus dem staatlichen und praktischen Instinkt heraus den Ausschlag gibt.

Leider blüht dann dem so entstandenen Werke bei uns gewöhnlich das Schicksal, ein Kompromißgegenstand zu werden. So wertvoll die Mitarbeit der Vielen im Vorstadium ist, so gefährlich wird die, sagen wir kurz, parlamentarische Behandlung am Ende. Es wird geflickt und gebessert nach Herzenslust. Der eine wünscht dies und der andere „zum Ausgleich" das. Ein Schritt erregt Bedenken —: man tut ihn nicht zurück, aber man tut ihn halb. Eine Änderung zieht die andere nach sich, oder — noch schlimmer — notwendige Folgerungen aus einer vorgenommenen Änderung zu ziehen, wird übersehen. Eine unförmliche Masse bleibt zurück, der Spiritus ist verflogen. Möge der preußischen Verwaltungsreform dieses Schicksal erspart bleiben!

Grenzen der Organisationsmöglichkeit in der Ernährungswirtschaft

Von Dr. Fritz Elsas, Vorstand des städtischen Lebensmittelamts Stuttgart

Jede organisatorische Tätigkeit ist an Schranken gebunden, die in den Verhältnissen begründet sind. Grundtatsachen lassen sich nicht aus der Welt schaffen, wenn auch im einzelnen Fall durch ihr Vorhandensein Wünsche und Pläne schwer beeinträchtigt oder unmöglich gemacht werden. Solcherlei Grundtatsachen, die die Organisation der Volksernährung entscheidend beherrschen, gibt es zwei:

Im landwirtschaftlichen Betrieb, dessen Leistungsfähigkeit an sich schon durch die natürlichen Voraussetzungen selbst unter den besten Arbeitsverhältnissen infolge der Beschaffenheit des Bodens und der Witterung eine begrenzte ist, ist jedes im Betrieb erzeugte Gut gleichzeitig Konsumgut und Produktionsmittel, d. h. jedes landwirtschaftliche Erzeugnis ist ein Gut, das für den Verbrauch im allgemeinen zur Deckung des Nahrungsbedarfs geeignet ist und gleichzeitig wiederum geeignet ist, als Produktionsmittel, als Mittel zur Erzeugung anderer Erzeugnisse, im landwirtschaftlichen Betrieb selbst Verwendung zu finden. Brotgetreide ist das allerwichtigste

Digitized by Google

Gut, die Grundlage der Ernährung für die Bevölkerung, gleichzeitig aber ist es als Futtermittel oder als Saatgut ein außerordentlich wichtiges Produktionsmittel für die Landwirtschaft. Selbst die hochwertigsten Erzeugnisse der Landwirtschaft, die zunächst nicht mehr für den eigentlichen landwirtschaftlichen Betrieb verwendungsfähig erscheinen, sind nicht ausschließlich menschliches Verbrauchsgut. So spielt Milch nicht nur als Nahrungsmittel für den Menschen, sondern gleichzeitig, besonders bei dem Mangel an Kraftfuttermitteln, bei der Schweine- und Jungvieh-Aufzucht eine außerordentliche Rolle. Am stärksten zeigt sich dieses Doppelwesen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bei der Viehhaltung: sie ist Produktionsmittel als Spannkraft, Düngerlieferant, Milch-, Butter- und Käselieferant; sie ist Verbrauchsgut als Schlachtvieh. Die Zusammenhänge zwischen Kartoffelernte und Schweinemast sind bekannt. So ist der landwirschaftliche Betrieb ein Produktions-Organismus, in dem letzten Endes alle Vorgänge organisch miteinander zusammenhängen.

Dieser Zusammenhang der Verwertungsmöglichkeit der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im landwirtschaftlichen Betrieb selbst ist eine entscheidende Tatsache, mit der die kriegswirtschaftliche Organisation unter allen Umständen rechnen muß. Alle Wünsche und Pläne, die, mögen sie im einzelnen noch so gut und noch so berechtigt sein, vorgetragen werden, kommen an dieser entscheidenden Tatsache nicht vorbei. In diesem Zusammenhang liegt aber auch der Schlüssel für alle Fragen, die Klärung und Lösung bei der Durchführung der kriegswirtschaftlichen Organisation heischen; hierin allein liegt der Ausgangspunkt, der es ermöglicht Entscheidungen darüber zu treffen, was für den landwirtschaftlichen Betrieb und die Aufrechterhaltung seiner Erzeugung unbedingt erforderlich ist, was entbehrt werden kann, und welche Preise für die Lieferungen, die dem Markt zugeführt werden, zu bezahlen sind. Erst für die Preisfestsetzung des vierten Kriegswirtschaftsjahrs 1917/18 wurden diese Zusammenhänge des landwirtschaftlichen Betriebs restlos erkannt und als Ausgangspunkt genommen. Die mangelnde Einsicht in diese Zusammenhänge ist es in erster Linie gewesen, die zu den häufig schweren und verfehlten Eingriffen in die Landwirtschaft und zu unrichtigen Verhältniszahlen bei der Bewertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse geführt hat. Nicht selten hat sich bitter gerächt, daß die Erkenntnis der Produktionszusammenhänge im landwirtschaftlichen Betrieb unter Alltagsforderungen und Alltagswünschen verloren ging und häufig aus der Not eines Augenblicks geborene Eingriffe in den landwirtschaftlichen Produktionsprozeß erforderlich wurden, die zwar der augenblicklichen Not ein Ende bereitet haben, aber eine Schädigung des Produktionsgangs auf kurze oder längere Zeit zur Folge hatten. Wenn es auch möglich ist, zwangsweise Fabrikbetriebe umzustellen, ja selbst wenn es möglich ist, technische Schulungen der Menschen in verhältnismäßig kurzer Zeit von Grund aus umzuwandeln, so bleibt es ein Ding der Unmöglichkeit, den landwirtschaftlichen Betrieb in kurzer Zeit in seinem Produktionsverhältnis so umzugestalten, daß ein vollstän-

Digitized by Google

diger Wandel eintritt und Wege geschaffen werden, die den natürlichen Voraussetzungen widersprechen.

Von ebenso großer Bedeutung wie die inneren Zusammenhänge des landwirtschaftlichen Betriebs sind wirtschaftsgeographische Tatsachen. Das deutsche Wirtschaftsgebiet zerfällt in große Erzeugungs- und in große Bedarfsgebiete. Die weiten Fluren in Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Pommern, Mecklenburg, Oldenburg und wieder in Süddeutschland Teile Bayerns und Württembergs sind rein landwirtschaftliche Erzeugungsgebiete. Auf der andern Seite haben das Vorkommen natürlicher Bodenschätze und die Entwicklung besonderer Teile der Industrie Zusammenballungen gewaltiger Menschenmassen geschaffen. So entstanden reine Verbrauchs-Gebiete, wie Groß-Berlin, die Industrie-Reviere in Westfalen, Rheinland, der Saar, Oberschlesien und Sachsen. Verhältnismäßig klein ist der Teil, in dem landwirtschaftliche Anbaugebiete durchsetzt sind von industriellen Verbrauchsgebieten, wie in Mitteldeutschland, Württemberg und Baden.

Auch die landwirtschaftlichen Anbaugebiete tragen tiefgreifende Unterschiede. Im Norden und Osten überwiegt Großgrundbesitz, in Hannover Großbauerntum, in Bayern ein starkes bodenständiges Mittelbauerntum, im übrigen Süddeutschland vorwiegend Kleinwirtschaft bis herunter zur Zwergwirtschaft. Der Größe des Betriebs entsprechend ist die Form der Bewirtschaftung des Bodens. Wo Großgrundbesitz, ist im wesentlichen extensiver Getreidebau, wo Klein- und Mittelbauerntum ansässig, findet sich Viehwirtschaft und Verarbeitung von deren Nebenerzeugnissen besonders stark verbreitet. Art und Größe des Betriebs sind daneben auch bestimmend für die psychologischen Voraussetzungen der landwirtschaftlichen Bevölkerung: im Osten und Norden Großgrundbesitz in den Händen verhältnismäßig weniger Besitzer, aufs stärkste auf die Zufuhr landwirtschaftlicher Arbeitskräfte angewiesen, im Süden und Südwesten Eigenbesitz des Landwirts, im weitesten Umfang verbunden mit Bewirtschaftung des gesamten Betriebs durch Angehörige des eigenen Haushalts; im Norden und Osten Großbetrieb mit allen technischen Mitteln der Großwirtschaft ausgestattet, schon im Frieden auf die Marktbelieferung eingestellt, im Süden und Südwesten einfachere Betriebsformen, aber stärkerer genossenschaftlicher Zusammenschluß, um den Klein- und Mittelbetrieben die Vorteile der gemeinsamen Marktbelieferung zu verschaffen; beim Großgrundbesitz für den Einzelnen schwer übersichtliche Verhältnisse, vielfach eine Bureaukratisierung der Wirtschaftsweise und der Wirtschaftsführung, beim Klein- uud Mittelbauerntum einfache Verhältnisse, die der Nachbar leicht überschaut und kennt, aber auch stärkerer Hang zur Beibehaltung alter und veralteter Wirtschaftsweise.

Diese wirtschaftsgeographischen Tatsachen sind für die Versorgung der Verbrauchsgebiete von außerordentlichem Einfluß. Da, wo Verbrauchs- und Landwirtschaftsgebiete wechselseitig miteinander gemischt sind, wie vielfach im Süden, wo dem Land-

Digitized by Google

wirt die Einsicht möglich ist in die Anforderungen, die an den Industrie-Arbeiter gestellt werden, und der Industrie-Arbeiter selbst den Zusammenhang mit der Landwirtschaft nicht verloren hat, werden die Ernährungsverhältnisse sich auch im Kriege leichter gestalten. Anders da, wo die großen Menschenanhäufungen sind, wie in Berlin und in den großen Industrie-Gebieten. Die Belieferung aus benachbarter ländlicher Umgebung vermag nur einen kleinen Bruchteil des Bedarfs zu decken. Weiter abgelegene Erzeugungsgebiete müssen zur Versorgung herangezogen werden, die Lieferungs-Verbindungen werden unpersönlich, zum rein sachlichen Geschäft. Kein Urteil ist hierin enthalten über die Vorzüge und Nachteile des landwirtschaftlichen Großbetriebes oder über die Vorzüge und Nachteile des Kleinbesitzes. Lediglich Tatsachen sind festgestellt, die bei der Organisation der Kriegswirtschaft als unveränderlich hingenommen werden müssen.

Innere Gesetzmäßigkeit des landwirtschaftlichen Betriebs und wirtschaftsgeographische Verhältnisse bilden die Grenzpunkte, innerhalb deren Organisations-Möglichkeiten für die Ernährungswirtschaft offenstehen.

Brief an die „Deutsche Politik“

Hochschulprofessoren und Reichstag. Von Herrn Albert Paß geht uns folgende Zuschrift zu: „Die Erklärung der 906 Hochschulprofessoren, welche jetzt in der Presse veröffentlicht wird und von der ich soeben Kenntnis bekomme, veranlaßt mich, zu diesem politischen Vorstoß gegen den Reichstag, bezw. seiner Mehrheit, welche die Friedensresolution angenommen, Stellung zu nehmen. Ich darf vorausschicken, daß ich im Juli, als ich gerade während der Krisetage wieder einmal in Berlin weilte, aus dem Verhalten des Reichstages, bezw. seiner Mehrheit nicht klug wurde und im Kreise meiner Parteifreunde meinen Unwillen bekundet habe, um so mehr, als ich aus allem, was ich erfuhr, ersehen mußte, daß in einem unerhörten Maße hinter den Kuliffen gearbeitet wurde und zwar mit Mitteln, die wohl Ursache hatten, das Licht zu scheuen. Der Kanzlersturz, der Umfall der Nationalliberalen, die erst für eine Friedenserklärung des Reichstags waren, gehören hierhin. Damals wie heute habe ich die Resolution nicht für zweckmäßig gehalten, schon allein aus dem Grunde, weil der Mehrheit eine beträchtliche Minderheit gegenüberstand und dadurch neue innerpolitische Kämpfe schädlichster Art hervorgerufen werden mußten. Wenn zum mindesten die Nationalliberalen für die Resolution gestimmt hätten, die ja auch zuerst durch ihre Vertreter ihr Einverständnis erklärt hatten, wäre die Wirkung in außen- und innerpolitischer Hinsicht eine ganz andere gewesen.

In hohem Maße aber trifft die Regierung die Schuld, daß sie, falls eine Entschließung des Reichstages gewünscht wurde oder doch zu erwarten war, es nicht verstanden hat, in dieser hochwichtigen Frage der Außen- wie Innenpolitik die Führung zu nehmen, so daß die Entschließung des Reichstages, der dahinter geschlossen stehen mußte, eine gewaltige Anklage wider unsre Feinde wurde.

Das aber ist ja das alte Lied und Leid, was eben Herrn v. Bethmann Hollweg wie Herrn Michaelis zum Vorwurf gemacht wird: die Unfähigkeit, wirklich Führer zu sein.

Das Volk läßt sich gern und willig führen, und wohl kein Volk besitzt geradezu so viel Verständnis für vertrauensvolles Unterordnen und Folgen wie das deutsche. Nur muß es Vertrauen zu seinem Führer haben und fühlen: derjenige, der die Leitung hat, hält die Zügel

Digitized by Google

wirklich fest in der Hand und versteht zu lenken. Mit Redensarten, wie „die Zügel sich nicht aus der Hand nehmen lassen", ist hier nichts getan. Taten beweisen nur. Das unbedingte Vertrauen von Heer und Volk zur Obersten Heeresleitung beruht ja eben auch darauf, daß Hindenburg und Ludendorff es stets vermieden haben, von beabsichtigten Taten zu reden. Die Taten redeten stets für sie und festigten das Vertrauen ins Grenzenlose.

Nun aber die Resolution durch die Mehrheit des Reichstages im Einverständnis mit dem Kanzler gefaßt wurde und er sich auf ihren Boden stellte, war es Aufgabe der Regierung, mit ihr geschickt zu operieren, d. h. sie außenpolitisch zu verwerten. Die Gunst des Augenblicks kam ihr dabei sogar zu Hilfe: die Kerenski-Offensive in Galizien und der Suchomlinow-Prozeß. Anstatt aber den Augenblick jedesmal zu erfassen und ein machtvolles „Ich klage an" vom hohen Forum des Reichstages unseren Gegnern entgegenzuschleudern, blieb es bei matten Erklärungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" und des „Wolffs Bureau".

Nur so war es möglich, daß Leute wie Erzberger und Scheidemann in unverantwortlicher und unverständlicher Weise schalten und walten und sich dabei den Anschein geben konnten, als handelten sie im Auftrag.

Nur so war es möglich, daß gegen die Reichstagsresolution und die Mehrheit so lange von den Rechtsparteien und Nationalliberalen agitiert wurde, bis die Resolution in ihrer Wirkung zur Posse wurde.

Wir weisen es weit von uns und zwar mit Recht, daß Herr Wilson es unternehmen will, Zwietracht ins deutsche Volk zu bringen. Aber wir tun dem Herrn in derselben Stunde den Gefallen und zeigen uns uneinig in einer Frage von entscheidendster Bedeutung.

Warum? Weil uns ein politischer Hindenburg und Ludendorff fehlt.

Nur so ist auch die Erklärung der 906 möglich. Sie strotzt geradezu von einem Unverständnis für die politische Tragweite dieser Erklärung.

Ein Reichstag, der den 4. August 1914 zu seinen Sitzungstagen zählt, ein Reichstag, der bisher sämtliche Kriegskredite einstimmig oder doch mit überwältigender Mehrheit bewilligt hat, braucht nicht mehr den Beweis zu erbringen, daß er sich noch als Volksvertretung ansehen darf.

Sicherlich hat dieser Reichstag vor wie während des Krieges Fehler begangen und politisches Verständnis in dieser oder jener Frage vermissen lassen. Aber auch hier liegt die Hauptschuld bei der Regierung, die es nicht verstand, sich das vom Reichstage verschreiben zu lassen, was sie wollte. Darin besteht aber das ganze Geheimnis der Kunst und des Erfolges eines wirklichen modernen Staatsmannes, daß er sich von seinem Parlamente sagen läßt, was er will. „Die berufenen Leiter" des Staates aber haben es — im Gegensatz zu unsern Heerführern — nicht verstanden, sich von der Masse des Volkes tragen zu lassen und es doch wirklich zu lenken. Und so wartete das deutsche Volk noch immer auf seinen politischen Hindenburg."

Notizen

Aus dem Narrenschiff der Zeit. „Es ist freilich möglich, daß die formelle Lösung der Krise sich noch um einen Tag verzögert, da Abgeordneter Dr. Stresemann, der Führer der nationalliberalen Fraktion, einen Unfall erlitten hat. Er hat gestern abend beim Speisen einen kleinen Knochen verschluckt, der zwar wieder entfernt werden konnte, die Heilung der Verletzung wird aber immerhin einige Zeit in Anspruch nehmen."

Solches stand am 1. November in der „B. Z. am Mittag" zu lesen. Tiefbedauerlicherweise

Digitized by Google

konnte aber diese Nachricht leicht übersehen werden, da die Redaktion zwar zur Hervorhebung für fetten Druck gesorgt, doch die andere welterschütternde Nachricht vom gleichen Tag, die Waffenstreckung von 60 000 Italienern, an die Spitze des Blattes gesetzt hatte. Im Abendblatt der „Vossischen Zeitung" wurden aber erfreulicherweise die beiden Ereignisse ihrer Bedeutung entsprechend unmittelbar nebeneinander gestellt. Nur durch einen Strich getrennt, steht nebeneinander:

„Gestern haben die verbündeten Truppen der 14. Armee dort einen neuen großen Sieg erfochten."

„Dieser Einladung (zur Besprechung mit dem Grafen Hertling) konnte der Abgeordnete Stresemann jedoch nicht Folge leisten, da er gestern abend nach einem kleinen Unfall beim Essen die Hilfe eines Arztes in Anspruch nehmen mußte und deshalb heute ans Zimmer gebannt war."

Ein betrübender Beweis für die fortschreitende militaristische Verseuchung Deutschlands ist, daß zwar der Heeresabendbericht erschienen dagegen ein Abendbericht über den Gesundheitszustand des Abgeordneten Stresemann nicht ausgegeben worden ist.

Referendum. Uns geht aus unserem Leserkreise folgende Zuschrift zu. Sie enthält den Vorschlag, über die Frage Macht- oder Verständigungsfrieden ein Referendum (Volksabstimmung) zu veranstalten. Wenn sich auch der Ausführung des Gedankens große praktische Schwierigkeiten entgegenstemmen würden, so schien uns dennoch der Vorschlag erwägenswert:

„Die Sorge um den inneren Frieden des deutschen Volkes zwingt mir die Feder in die Hand, um Sie zu bitten, folgenden Vorschlag den Lesern der „Deutschen Politik" zwecks Herbeiführung einer Aussprache zu unterbreiten.

Die Vertreter sowohl des „Machtfriedens" als auch die des „Verständigungsfriedens" behaupten die Mehrheit des Volks hinter sich zu haben. Sie erkennen somit alle an, daß letzten Endes das deutsche Volk selbst zu bestimmen hat, welche Richtung die schicksalsschwangere Politik einschlagen soll. Es ist daher für die Wiederherstellung des inneren Friedens notwendig zu erfahren, wie die Mehrheit des deutschen Volkes denkt. Die Befreiung der öffentlichen Wechselrede vom Wiederkauen unbeantwortbarer Fragen ist die Vorbedingung aller Burgfriedensbestrebungen. Eine allgemeine Reichstagsneuwahl, wobei selbstverständlich die Front als wichtigster Faktor mitstimmen müßte, ist wegen des Wahlsystems nach Wahlkreisen ausgeschlossen. Auch gibt eine Neuwahl keine Antwort auf alle Fragen, bezw. eine einzige Antwort für alle Fragen, die, getrennt beantwortet, abweichende Beantwortungen erfahren würden. Lassen wir daher lieber den Reichstag, wie er jetzt zusammengesetzt ist, bestehen und denken wir daran, daß er auch das lebendige Wollen unsrer gefallenen Helden darstellt, sozusagen ein Testament ihrer politischen Ideale.

Zur Ergänzung des Reichstages und gewissermaßen als Richtlinien für sein Handeln in der Gegenwart schlage ich die sofortige Einführung des „Referendums" (Volksabstimmung) im Deutschen Reiche vor, wie es seit lange in der Schweiz erfolgreich besteht. Durch eine solche allgemeine Befragung des Volks auf Ja oder Nein, eventuell auch der Frauen, über einfach und genau gestellte Fragen würde man eine klare Willensäußerung zu den verschiedenen strittigen Problemen erhalten, könnte mit Hindenburg die schwierigen, staatsrechtlichen, inneren Reformen ohne Bevorzugung der Nutznießer bestehender Mißstände auf die ruhigere Friedenszeit verschieben und doch den Wünschen der mutig duldenden und hoffnungsvoll notleidenden Volksmassen Rechnung tragen. Deutschland würde damit der Entente ein schönes Beispiel edelster Demokratie, im Sinne der Preußschen Gedanken in einer der letzten Nummern, geben.

Digitized by Google

Klarheit und Wahrheit würden allen denen, die im Trüben fischen wollen aus der Möglichkeit freier, vollkommen gleichwertiger Willensäußerung und aus der geschärften Verantwortung und Bedeutung jeder einzelnen Stimme neu erstehn.

Mit treuem Lesergruß Ihr sehr ergebener

Joh. Burghardt, Gutsbesitzer."

Die Wahlen in Finnland. Wenn man die Wahlen in Finnland verstehen will, so muß man sich sagen, daß es zwei Wahlparolen gegeben hat: eine außerpolitische und eine innerpolitische Frage, liefen dabei nicht immer nebeneinander, sondern oft durcheinander. Bei der außerpolitischen handelt es sich um die Selbständigkeit Finnlands. Im Endziel waren sich alle politischen Parteien einig, daß es sich dabei um eine völlige Trennung Finnlands von der russischen Republik handeln müsse. Die Wege, die man einschlagen wollte, waren aber verschieden. Sozialdemokratie und Agrarier (Kleinbauernpartei) scheuten nicht vor einem offenen Bruche zurück, wobei sie ihre Hoffnung auf den Sieg der Maximalisten in Rußland setzten. In den bürgerlichen Parteien dagegen gab es viele Elemente, die eine solche Politik augenblicklich für aussichtslos ansahen, wenn nicht von auswärts Hilfe käme. Schließlich hat sich aber auch bei ihnen unter Führung des langjährigen Präsidenten der Kammer Svinhufvud ein Verband gebildet, der seine Kandidaten darauf verpflichtete, die Selbständigkeitsfrage in den Vordergrund des Wahlkampfes zu rücken. Neben dieser auswärtigen spielten jedoch noch innerpolitische Fragen eine große Rolle. Die bürgerlichen Parteien befürchteten, daß bei einem Fortbestehen der sozialdemokratischen Majorität des vorigen Landtages nicht nur eine Radikalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse (Streikfreiheit, Achtstundentag, Ausdehnung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts auf die Kommunalwahlen) Platz greifen würde, sondern auch die Vorherrschaft des Parlamentes, zu dessen Vollzugsorgan der Senat (Kabinett) herabgedrückt werden würde. In der Tat ist es den bürgerlichen Parteien gelungen, die sozialdemokratische Majorität zu brechen. Die Verteilung der Mandate ist folgende:

	Alter Landtag	Neuer Landtag
Sozialdemokraten	103	92
Agrarpartei	19	26
Vereinigte finnische Bürgerliche	56	61
Schwedische Volkspartei	21	21
Christliche Arbeiter	1	—

Da die Sozialdemokraten und die Agrarier geschlossen für die Selbständigkeit stimmen, und ca. 40 Bürgerliche sich auf die Svinhufvudsche Parole vereinbart haben, so dürfte die Selbständigkeitsfrage weiter im Fluß bleiben, weil für sie die nötige Zwei-Drittel-Majorität vorhanden ist. Freilich über eine weitere Ausgestaltung des finnländischen Staatswesens herrscht bei ihr noch keine Einigkeit. Dazu kommt, daß die Lebensmittelkrise immer bedenklichere Formen annimmt, zumal die russische Regierung das von Finnland gekaufte russische Getreide bisher nicht geliefert hat. Die drohende Hungersnot, die im März zu erwarten ist, beginnt alle politischen Fragen um so mehr in den Hintergrund zu rücken, als die russische Soldateska aufs rücksichtsloseste requiriert, ohne auf die Finnländer Rücksicht zu nehmen. Naturgemäß hat unsere Landung auf Ösel die Erwartung der Finnländer aufs höchste gespannt und ihre Blicke auf Mitteleuropa gerichtet. Von diesen Ländern ist aber bisher keine Stimme laut geworden, die den finnländischen Freiheitskampf begrüßt hätte. Vor Jahren stellten sich einmal deutsche Gelehrte an die Spitze, als es galt, die Finnländer in ihrem Kampfe um die Verfassung zu stärken. Heute, wo das finnländische Volk sich waffenlos gegen russische Bedrückung

Digitized by Google

wehren muß, wäre solch ein Wort der Sympathie und Anerkennung seitens deutscher Gelehrter und Politiker nicht nur eine Gewissenspflicht, sondern auch eine politische Tat.

Eine Stimme aus Dänemark. Prof. N. A. Schröder-Hadersleben schreibt uns: Auch in nichtpolitischen Zeitschriften findet man bisweilen sehr vernünftige Ansichten über Politik ausgesprochen. So haben wir z. B. früher auf die jetzt leider eingegangene christliche Zeitschrift „Frit Vidnesbyrd" („Freies Zeugnis"), die von dem dänischen Prediger und Schriftsteller Morten Pontoppidan herausgegeben wurde, mehrmals hingewiesen und gezeigt, daß der Herausgeber über das Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland sowohl in früherer als auch in gegenwärtiger Zeit durchaus gesunde Ansichten vertrat. Neuerdings finden wir in einer dänischen Handelszeitung, dem Zentralorgan für dänischen Handel und Industrie, einen Aufsatz, der treffliche Gedanken über den „Jubel der Alliierten" enthält. Ich gestatte mir, aus diesem Artikel ein paar Abschnitte auszuwählen und sie den Lesern der „Deutschen Politik" vorzulegen:

„Eine der interessantesten Erscheinungen im Weltkriege ist der unverdrossene Jubel der Alliierten — jedenfalls ihr Pressejubel. Vernünftige und nüchtern denkende Menschen können sicherlich nicht einsehen, daß sie bisher etwas Bejubelnswertes gehabt haben — aber gleichwohl vergeht kaum eine Woche, ohne daß die Telegramme von Jubel in Paris, London, New York, Petersburg, Rom usw. Meldung machen. Und stets bekommen die Beteiligten den Jubel in den verkehrten Hals.

Man jubelte in Paris, London usw., als Italien seine Bundespflichten gegenüber Deutschland und Österreich verräterisch brach, vergaß aber zu jubeln, als es sich zeigte, daß die Italiener richtige Stümper waren, welche, obgleich sie nur eine Front zu hüten hatten, diese nicht einmal zu halten vermochten.

Man jubelte in Paris, London usw., als Rumänien den Mittelmächten in den Rücken fiel, vergaß aber zu jubeln, als die Verräter vor Ablauf eines Monats aus ihrem eigenen Lande hinausgejagt und unschätzbarer Vorräte den Deutschen in die Hände gefallen waren.

Man jubelte in Paris, London usw., als Amerika etwa acht Tage, nachdem Mr. Wilson das Programm „Friede ohne Sieg" proklamiert hatte, mit Deutschland brach. Man wollte die Heuchelei in dem Prangersinn der smarten Herren nicht sehen, diese zarte Moral, welche es zuließ, daß deutsche Frauen und deutsche Kinder möglicherweise Not litten, weil Amerika augenblicklich nicht Lieferant war, wogegen die amerikanischen Nerven tief erschüttert wurden, als Aussicht vorhanden war, daß englische und französische Frauen und Kinder hungern mußten, weil Amerika Lieferant war. Eine feigere Falstaff-Moral hat die Welt niemals gesehen. Aber wir glauben denn auch, daß der Jubel schon vorüber gegangen, allein deshalb, weil nichts da ist, worüber zu jubeln wäre. — — —

Man jubelte in Paris, London usw., als Hindenburg und Ludendorff ihren umfassenden Rückzug vornahmen, und träumte wie 1870 von einem Parademarsch nach Berlin, ohne sich Sedans zu erinnern. Man jubelt nicht mehr — nun man gesehen hat, daß der Rückzug durchaus kein Sieg der Alliierten war, sondern im Gegenteil eine große Verbesserung der deutschen Front."

So geht es noch eine kleine Weile weiter. Dann kommt der Verfasser auf Dänemark selbst zu reden und schließt seinen bemerkenswerten Aufsatz mit folgenden Worten:

„Abgesehen von dem Blut, das der Krieg fordert, raubt er ja auch Werte. Und hier muß man sich erinnern, daß das Geld, das Dänemark an dem Kriege verdient hat, das hat es von Deutschland erhalten, wogegen Verluste, Entbehrungen, Schließungen, Abhaltungen — alles dieses, was im Augenblick dänischen Handel und Industrie bedroht, ausschließlich auf Englands Sichzumherrenmachen über das, was Dänemark darf und nicht darf, zurückzuführen ist.

Digitized by Google

Ist also für die Alliierten kein Grund vorhanden, zu jubeln, so haben die dänischen Chauvinistenblätter ebensowenig Grund dazu, die in frommem Echo ihnen nachjubeln und jede Gelegenheit benutzen, um Mißstimmung zwischen Dänemark und Deutschland herbeizuführen, so daß es soweit kam, daß die deutsche Regierung offiziell einschreiten mußte, sogar gegen „Berlingske Tidende".

Aber in dem allen liegt doch ein Trost. Und das ist der, daß die Regierung, was man ihr auch sonst nachsagen kann, in diesem Punkt kalten Kopf behalten hat und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des dänischen Volkes sich von allen Abenteuern ferngehalten hat. — — —"

Der Verfasser — er heißt H. Hinrichsen und ist Redakteur — hat recht. Ob aber die dänische Regierung wirklich die große Mehrheit des dänischen Volkes hinter sich hat, ist sehr fraglich. Wenigstens gibt es nicht wenige einsichtsvolle und urteilsfähige Männer, die die Verhältnisse in Dänemark kennen, welche anderer, ja entgegengesetzter Meinung sind. Aber hierauf kommt es zunächst nicht an. Hauptsache ist, und das ist sehr erfreulich, daß Ansichten wie die obigen heutzutage in Dänemark fast ganz unwidersprochen gedruckt werden können. Etwas Ähnliches wäre vor dem Kriege — mutatis mutandis natürlich — nicht möglich gewesen.

„Das zukünftige Europa". Die polnische Zeitung „Dziennik Polski" beschäftigte sich vor kurzem mit dem „internationalen Gedanken". Sie meinte dazu: „Dieselben internationalen Elemente, die durch die Arbeit, Begeisterung und Energie Amerika geschaffen haben, müssen auch jetzt ein modernes zukünftiges Europa schaffen. Der Engländer, Schotte, Pole, Tscheche und Deutsche sind, ohne ihre Nationalität zu verlieren, Amerikaner geworden. Weshalb sollte derselbe Engländer, Pole, Deutsche oder Franzose nicht Europäer werden und anstatt die wüsten Flächen Amerikas zu bebauen, Kultur- und Wirtschaftspionier des östlichen Europa werden können? Könnten nicht die unermeßlichen Schätze Rußlands von und für alle Nationen ausgebeutet werden? Die nationalen Rechte aber müssen gegenseitig geachtet werden, keiner dürfte den anderen beherrschen, sämtliche Kriegsschulden müßten zusammengelegt werden, und alle Nationen müßten gleichzeitig daran arbeiten, diese Schuld zu tilgen. Alle Gewinne aus den Unternehmungen der ganzen Welt müssen der gesamten Menschheit zugute kommen. Das ist die größte Notwendigkeit, wenn die Menschheit nicht durch die Folgen des Krieges unterdrückt werden soll. Die Schätze der Erde und der Unternehmer müssen die Schäden, welche durch den Krieg verursacht sind, wieder gut machen."

Neuerscheinungen

Politik und Geschäft

Philosophen, Theologen, Politiker haben sich während des Krieges um die Fragen nach dem Verhältnis zwischen Religion und Politik, Politik und Moral bemüht. Über die Forderungen der Ethik an die Politik ist nirgends so viel gesprochen und geschrieben worden als bei uns. Um die realen Voraussetzungen der Politik hat man sich wenig gekümmert. Daß die Politik nur ein Stück des alltäglichen Lebens ist, bedingt durch die Grundsätze und Forderungen des menschlichen Daseins überhaupt, ist kaum irgendwo gesagt worden. Die Politik blieb außerhalb des Lebens, damit man ideale Forderungen an sie herantragen konnte. Der ersten Schritt, die Politik dem Leben und das Leben für die Politik zurück zu gewinnen, tut Walther Rathenau in einer neuen Schrift „Vom Aktienwesen" (S. Fischer, Berlin). Statt des Philosophen spricht der Geschäftsmann. Statt des Staatsmannes der geschäftliche Organisator. Für den unklaren Idealisten der nüchterne Denker, für den Doktrinär der Mensch. Er spricht ohne Prätention zum Arbeiter, zum Werkführer, zum Industriellen, zum Staatsmann, zum Philosophen. Kurz gesagt für alle und jedermann. Die Politik wird von der eingebildeten Höhe, auf die anmaßende Vertreter sie gestellt haben, auf den Erdboden heruntergeholt. Aus dem Mysterium der Auserwählten wird ein Gemeingut des einfachen, verständigen, aufnahmebereiten Menschen. Das Großunternehmen, wie es sich bei uns unter dem Zwang

Digitized by Google

des gewaltigen Wettbewerbs und in einem ungeheuer beschleunigten Tempo entwickelt hat, wird als nationalwirtschaftlicher, der Gesamtheit zugehöriger Faktor, als das Spiegelbild eines kleinen Staates von heute, eines Großstaates vor hundert Jahren begriffen. „Ich wüßte keine Zeit und keine Stelle der Erde, Amerika eingeschlossen, wo jahraus, jahrein mit gleicher Geschwindigkeit, Sicherheit, Verantwortung ein ähnliches Tagesmaß von Verfügungs- und Verwaltungsarbeit schöpferischer Art geleistet worden wäre, wie an den leitenden Stellen unserer Großunternehmungen." Von diesem Vergleich aus fällt auf die Vorzüge des Großunternehmens dem Staate gegenüber einiges Licht: „Von staatsmännischer Arbeit unterscheidet sich seine Tätigkeit durch die Ausschaltung hemmender Instanzen, durch die Notwendigkeit schleunigster Entschließung und durch ie Alleinteiltheit der Verantwortung." In unmittelbaren Zusammenhang mit der Politik wird das Wesen des Geschäftsunternehmens da gesetzt, wo es als Glied im Wirtschaftsganzen eines Landes und der Welt betrachtet wird. Daraus erhellen sich Vergangenheit und Zukunft. Die Vergangenheit: denn wie wir uns durch den wirtschaftlichen Aufschwung die Berechtigung zu staatlicher Machtstellung erwarben, so sind wir, weil wir das Land der europäischen Großunternehmungen geworden sind, auch gezwungen worden, den heutigen Krieg zu führen. (Aus denselben Gründen freilich auch befähigt, den Krieg zu führen, denn der Krieg „hätte nicht sechs Monate lang geführt werden können, wenn nicht die deutsche Großunternehmung die Umstellungsfähigkeit erwiesen hätte, die erforderlich war, um neun Zehntel des deutschen Produktionsbetriebs auf Rüstungsarbeit zu werfen und die Wehrmaterialerzeugung zu verhundertfachen. Die Vorgängerin unserer Industrie, die englische, die um ein weniges in der Konzentration und Beweglichkeit zurückgeblieben ist, bedurfte eines Zeitraumes, der uns das Leben gekostet hätte, wenn wir ihn für uns hätten in Rechnung stellen müssen: nämlich zweier Jahre, und auch in diesem Zeitraum hätte die englische Industrie versagt, wenn nicht die reichere, höher konzentrierte und technisch vorgeschrittenere amerikanische ihr zu Hilfe geeilt wäre.") Und an die Zukunft wendet sich der Satz: „Die Großunternehmung bedarf der unmittelbaren, rechtzeitigen und maßgebenden Unterrichtung, des Einblicks, ja des Einflusses auf benachbarte Gebiete. So groß, blühend und mächtig sie sei, sie schwebt also unaufhörlich in Lebensgefahr, kämpft immer um ihr Leben. Die Leistungshöhe, die technische Führerschaft zu verteidigen, bedeutet den eigentlichen Wettkampf der Nationen. Mit ihm verglichen, erscheint der Kampf um Absatzgebiete als der untergeordnete." Die Forderung an die nächste Zukunft ist die der staatssozialistischen Weiterbildung des Großunternehmens. „Nicht die Verstärkung des privatwirtschaftlichen Gedankens wird ihm beschieden sein, sondern die bewußte Einordnung in die Wirtschaft der Gesamtheit, die Durchdringung mit dem Geist der Gemeinverantwortlichkeit und des Staatswohls." „Der Wettbewerb der Völker und die Rationalisierung der Produktionsvorgänge führt dazu, daß vom Urstoff bis zur verfeinerten Fertigware die Herstellung unter denkbarer Verringerung der Zwischengewinne, der Transporte und Verluste und unter möglichst einheitlicher Überwachung sich vollzieht." Vergleichspunkte zwischen Staat und Geschäft wie der Sache nach ergeben sich weiterhin für den Kreis der dabei beteiligten Personen. Die Frage nach den Rechten und den Pflichten des Aufsichtsrates ist zugleich die Frage nach Rechten und Pflichten des Parlaments. Rathenau vertritt die Auffassung, „daß übermäßige persönliche Macht durch Einschaltung hemmender, etwa parlamentarischer Instanzen, vor heftigen Entschlüssen bewahrt wird, und es ist manchmal behauptet worden, der gegenwärtige Krieg hätte vermieden werden können, wenn nicht lediglich staatsmännischer und dynastischer Verkehr, sondern auch parlamentarische Beratung die Verhandlungen getragen hätte. Denkt man die Instanz hinweg, von der die Geschäftsführer der Großunternehmung wissen, daß sie befugt ist, Einsicht und Aufklärung zu verlangen, ja Genehmigungen zu verweigern, von der sie anderseits erwarten können, in schwierigen Lagen, Verhandlungen, Geschäftsabschlüssen unterstützt zu werden, so wird der wertvolle Vorteil ersichtlich, den das bloße Vorhandensein dieser Aufsichtsbehörde gewährt: Stetigkeit." „Zu einer für das Dasein des Unternehmens entscheidenden Bedeutung steigert sich aber die Wirkung des Aufsichtsrats, wenn Krisen des Geschäftsganges oder der Geschäftsführung eintreten. Der Aufsichtsrat wird dann ohne Veränderung seiner Verfassung selbsttätig zum Direktorium." Die Nachfolge ist dann niemals unlösbar, „denn wenn auch starke und persönliche Kräfte im Rahmen ihrer selbstbestimmten Arbeitsweise schlechthin unersetzlich sind, so liegt gerade darin Problem und Aufgabe organischer Nachfolgeschaft, daß Werk und Leistung in neues Gleichgewicht gesetzt werden, und daß durch den Wechsel der Geschlechter zugleich der Wechsel der Umwelt in das lebendige Gefüge eindringt. Diese Schicksalsfrage der Führerschaft aber ist die höchste und verantwortungsvollste Aufgabe des Aufsichtsrats, an ihr muß sich in gegebenen Abständen seine Menschenkenntnis und organisatorische Kraft erproben." (Im Gegensatz zum Brauch des Staates, für den man „Staatsmänner von irgendwoher holt und irgendwohin setzt". Weshalb Rathenau das Prinzip der Übertragung der Gewalt auch im Staate in Geltung wissen will. „Eine streng parlamentarische, zu dauernder Mitwirkung an den Regierungsgeschäften berufene Volks-

Digitized by Google

vertretung wird die eigentliche Führung der Politik einem aus ihrer Mitte gewählten Kabinett übertragen.“) Noch wichtiger ist die Identität im Wesen des Staates und des Geschäfts für das Wesen ihrer Führer. „Politisches und geschäftliches Wirken“, sagt Rathenau, „ist nicht minder persönlich als künstlerisches Schaffen.“ Es zielt gleichfalls auf die Verwirklichung eines innerlich Erschauten ab. Was Politik und Geschäftskunst entscheidet und sie in Gegensatz zu Wissenschaft und Verwaltung setzt, ist der Blick auf das Kommende. „Für die kommende Gestaltung von Zeit und Lage, von Bedürfnis und Technik, von Organisation und Methode. Und dies Kommende handelt es sich nicht bloß dunkel vorzuempfinden und theoretisch zu erkennen, sondern lebendig zu sehen und schöpferisch im Vorhandenen zu verankern.“ Der Entwicklungsprozeß, der von dem Geschäft des privaten Unternehmers zum Großunternehmen, vom monarchisch zum parlamentarisch regierten Staat führt, beginnt hier und dort mit dem Menschen und endet im Geschäft wie in der Politik in dem Menschen: allen Synodizierungen, allem Zusammenschluß, allen Verwaltungsräten, Aufsichtsräten, Kommissionen und Parlamenten zum Trotz. Die Wirtschaftsordnung, die mit gewaltigen Komplexen zu rechnen gelernt hat, und der Staat, der seine Existenz durch den Willen und das Mitgehen seiner ganzen Bevölkerung bedingt, in die Wirtschaft und die Politik der ganzen Welt verflochten sieht, kommen zu dem einen Schluß, der als ewiges Gesetz alles Weltgeschehen bestimmt: daß Arbeit und Recht von Millionen nur durch das Wirken weniger wahrhaft schöpferischer Persönlichkeiten geführt wird. Großunternehmen und moderne Politik, die vom einzelnen hinweg in die Masse, aus dem eigenen Land in die Welt weisen, werden im innersten Grund nur zusammengehalten durch den schöpferischen Menschen, der den Willen und die Ziele des Volks und der Welt in sich trägt und aus der geheimnisvollen Kraft genialer Intuition die Wege ahnt, die daraus in die Zukunft führen. Noch wenige Jahre vor dem Krieg tobte bei den Historikern, Philosophen und Politikern der Streit, ob Kollektivismus oder Individualismus die Grundform menschlicher Entwicklung seien. Sollte der Krieg diesen Streit dahin entscheiden, daß weder Kollektivismus noch Individualismus, sondern ihre Synthese die Grundprinzipien des Weltgeschehens sind? Damit wäre für die Verständigungstheorie, die heute in der Politik nach Geltung ringt, die organische Grundlage geschaffen. Sie wäre nicht mehr eine Theorie schwächlicher Friedensfreunde, sondern Erkenntnis der Kräfte, die die Zukunft der Welt bestimmen. Denn sie ruht auf der Einsicht, daß der Staat seine Individualität erhalte, stärke, ausbaue, um ein starkes Glied in einer Kette von Starken zu sein. Sie aber trüge auf das Leben des Staates das geistige Prinzip, das die Voraussetzung aller Bildungsideale gewesen ist, die unsere großen Männer aufgestellt haben: die persönliche Art des Individuums so stark werden zu lassen, wie es ihm bestimmt sei und es dann einzuordnen in den Dienst und die Ziele der Allgemeinheit. Es ist im Ausland viel besprochen und bespöttelt worden, daß Herr von Bethmann Hollweg an die Spitze dieser Bewegung einer allgemeinen Verständigung zu stellen sich erkühnte. Und doch folgte er nur dem im Wesen des deutschen Geistes liegenden Drang, der seit Jahrhunderten seine Ideale und sein praktisches Handeln durch das Gesetz zu bestimmen strebte, daß nur starke, ihres eigenen Wertes bewußte Einzelwesen eine kraftvolle Gesamtheit zu bilden imstande sind. In der Zeit der Luthergedenktage ist es richtig, sich an solche Zusammenhänge zu erinnern, uns darauf zu besinnen, wie fremd blinder Chauvinismus und politische Absperrungstendenz dem deutschen Wesen sind, auf das gerade sie sich zu stützen nicht müde werden. In der Zeit der militärischen Notwendigkeiten heißt es sich daran erinnern, daß die wirtschaftlichen Bedürfnisse die Länder ganz anders gruppieren als die militärischen, daß, wie schon ein den Zollunionisten so nahestehender Mann wie Friedrich List die Wandelbarkeit der politischen Allianzen betonte, so schon jetzt die Anzeichen dafür zu sehen sind, daß merkantalistische Versuche, „Zollannäherungen“, Boykottierungen die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung im Bunde mit gesteigertem nationalem Selbstbewußtsein nicht zu hintertreiben vermögen.

Druckfehlerberichtigung: Auf dem Umschlag der vorigen Nummer ist der Name des Verfassers des Artikels „Der Jahresbericht des jungtürkischen Komitees“ nicht richtig angegeben. Er muß, wie im Text richtig geschrieben ist, Ahmed Emi Bei heißen.

Zur gefl. Beachtung! Wir empfehlen unseren Lesern angelegentlich, den beigeklebten Prospekt von S. Fischer Verlag einer genauen Durchsicht zu unterziehen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Diersch & Böttcher in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Stein, Spielleitung, Herrschaften, Spielleitung! 1465
Schaffner, Geschichte oder Politik 1467
Wall, Norwegens Interessen im Kriege 1476
Rotheit, Was geht in Böhmen vor? 1480
Tsurutaro, Die japanisch-deutschen Beziehungen nach dem Kriege 1485
Notizen / Neuerscheinungen 1493

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 16. November 1917 Heft 46

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Rottweiler Jagdpatronen.

Rottweiler rauchloses Scheibenpulver „P" für Bleigeschosse

Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken Berlin NW 7

2. Jahrgang • 16. November 1917 • Heft 46

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Spielleitung, Herrschaften, Spielleitung!

Von Prof. Dr. Philipp Stein

Seit einem Vierteljahr, seit jenem Tag, an dem Herr Matthias Erzberger in seinem in allen Lebenslagen gleich unfehlbaren Selbstgefühl die Fensterscheiben des Reichshauses eingeschlagen hat, damit frische Luft einziehe (wie damals so anschaulich und bildhaft geschrieben wurde), spielen Regierung, Reichstag und Presse dem baß erstaunten deutschen Volke und den frohlockenden Feinden eine Grotesk-Tragikomödie vor, betitelt „Die Krise".

Wie einfach und leicht muß es sein, ein großes Reich zu regieren! Seit einem Vierteljahr ist Deutschland ohne Regierung. Wir haben seitdem weder eine bureaukratische noch eine parlamentarische Regierung. Was sich seit einem Vierteljahr in „Berlin" bekämpft, befeindet, katzbalgt, ist schlimmer als völlige Regierungslosigkeit, ist Regiererei von allen möglichen und unmöglichen Herren, die ein Zipfelchen der Macht oder der öffentlichen Meinung in Händen haben. Die Schuldfrage kritisch zu untersuchen sei späterer Geschichtsforschung vorbehalten, sich darüber zu streiten, mag man den Beteiligten überlassen, weder haben wir die Zeit zu dem einen, noch sollten wir unsere Nerven in nutzlosem Zwist zerfasern. Wir müssen zur Ruhe und in Ordnung kommen.

Seit einem Vierteljahr arbeitet die Regierungsmaschine nur noch dank der Zuverlässigkeit unserer Bureaukratie. Sie könnte die Alltagsarbeit auch noch länger ohne Oberhaupt und Leitung leisten. Im Krieg stehen wir aber an sich schon Tag für Tag vor neuen Entscheidungen von unübersehbaren Folgen. Im gegenwärtigen Augenblick erleben wir einen der gewaltigen, vielleicht den Ausgang entscheidenden Höhepunkte des Schicksaldramas des Weltkrieges, und wir sind ohne politische Führer. Kein Wort ist zu hart und zu bitter, diesen Tatbestand zu kennzeichnen. Nur die zwei Fragen seien gestellt: Regt sich denn nicht bei einem der Beteiligten die Scham? Ist denn kein Rest von gesundem Menschenverstand vorhanden?

Als Entschuldigung mag vorgebracht werden, es sind die Geburtswehen eines neuen,

Digitized by Google

des parlamentarischen Systems. Gut. Nehmen wir die Erklärung hin in Erinnerung an manche verpfuschte Gelegenheit unserer deutschen Geschichte. Seit wann aber ist es Brauch, diesen interessanten und natürlichen Vorgang in breitester Öffentlichkeit vorzuführen? Es gehörte zwar zu den üblen Sitten etlicher Zeitungen, bevorstehende frohe Familienereignisse hoher Herrschaften möglichst frühzeitig den in Ehrfurcht und Neugierde ersterbenden Klatschbasen beiderlei Geschlechts mitzuteilen, aber es schadete niemanden. Was uns an Klatsch und Tratsch, Zank und Stank über die bevorstehenden Änderungen in der Reichsregierung seit Wochen in Morgen-, Mittags- und Abendblättern dargeboten wurde, ist ein Skandal und ein schwerer Schaden zugleich. Stellenbesetzungen gehören zu den schwierigsten und heikelsten Aufgaben jeder Leitung, mag's sich um solche des Reichs oder eines Warenhauses handeln. Ihre Lösung verlangt Takt und Sachlichkeit. Sicherlich sind diese beiden auch im bureaukratischen System nicht immer zu finden, aber bei ihm spielen sich die Kämpfe und Treibereien wenigstens hinter verschlossenen Türen ab. Das öffentliche Verfahren in diesen Fragen fördert aber nicht nur allzusehr das Menschlich und Allzumenschliche zutage, sondern ist auch sachlich schädlich. Es verwirrt und verzögert die Lösung, zumal bei unzulänglicher Spielleitung. Das ist des übeln letzten Vierteljahrs erste und letzte Ursache, daß wir im Gebiet der Politik im großen wie im kleinen keinen Führermenschen gehabt haben. Unser Übergang von dem bureaukratischen zu einem parlamentarischen Regierungssystem vollzog sich nicht als der freie Entschluß einer starken Regierung in Übereinkunft mit einem starken Parlament, sondern ein herrschaftungewohntes Parlament handelte einer schwachen Regierung Zugeständnisse ab. Unsere Regierung glich einer Behörde, die weder Fähigkeit und Willen hat, nach alter Art stark zu regieren, noch die Gabe besitzt, sich auf die veränderten Umstände und Formen des Verhandelns und Handelns eines neuen Systems, bei dem das Parlament Anteil an der Regierung nimmt, einzustellen. Wir sind nicht so arm an politischen Talenten; auch unter unsern Beamten nicht, obwohl es unseres Beamtentums Stolz und — Vorsicht war, unpolitisch zu sein. Der leitende Staatsmann und sein Personalienrat hätten nur längst über den Kreis der bisher als die alleinberechtigt geltenden Anwärter hinaus sehen, in der jüngeren Beamtenschaft, in Industrie, Handel und freien Berufen nach fähigen politischen Köpfen sich umschauen und sie kennen müssen. Es ist dem deutschen Volke sehr teuer zu stehen gekommen, daß im Krieg aus allerlei Rücksichten Beamte in ihren Stellungen belassen worden sind, die im Frieden bereits überaltert, geschweige den Anforderungen des Krieges gewachsen gewesen sind. Beim Militär hat die Rücksicht auf Niedrighaltung des Pensionsetats nie in diesem Umfang bestanden, im Krieg war sie ganz außer Kurs gesetzt. Hätte Herr von Bethmann mit der gleichen Entschlossenheit und sachlichen Rücksichtslosigkeit wie die militärischen Stellen vom ersten Kriegstag an unzulängliche Beamte auf Wartegeld gesetzt, hätte er junge Beamte und fähige Privatleute, gleichviel

Digitized by Google

welcher Partei und Konfession, zu leitenden Posten berufen und ihnen Freiheit und Möglichkeit des Wirkens gegeben und gelassen, so hätten wir viel Geld, Papier und Verordnungen gespart und hätten heute eine hinreichende Auswahl von Anwärtern für Minister- und Staatssekretärposten.

Das Niederdrückende an der Krise war der Mangel nicht bloß an Leitung der führenden Staatsmänner, sondern auch des Versagens der Spielleitung bei der Besetzung der Posten wie in der Aufmachung des ganzen großen Staatsschauspiels der Bildung einer neuen Regierung.

Von den Mühen und Plackereien hinter den Kulissen darf und soll das Publikum nichts wissen. Die Vorstellung muß frei von allen Erdenresten mühseliger Arbeit sein, das gilt auch für das Welttheater. Auf unserer politischen Bühne spielt bereits die Technik und nächstens wohl auch noch das Publikum mit. Dabei liegen — das ist ein Glück und deshalb ist die Verwirrung doppelt peinlich — die Dinge gar nicht hoffnungslos. Gegen den Reichstag kann und will kein Vernünftiger regieren, und mit dem Reichstag läßt sich regieren, auch in seiner jetzigen Zusammensetzung. Vor allem kann niemand, der deutsche parlamentarische Geschichte auch nur oberflächlich kennt, im Ernst glauben, daß eine Neuwahl einen völlig veränderten Reichstag brächte.

Nicht am Reichstag liegt es; Zusammensetzung und Art der Regierung ist das Entscheidende, auch wenn der Reichstag 397 regierungsfromme Abgeordnete zählte.

Geschichte oder Politik

Von Jakob Schaffner

Es scheint, als solle für die Deutschen der ganze Heereszug zerfallen in die Fragen Theodor Wolff oder Reventlow, Alldeutsche oder Geschäfts- und Friedensdeutsche, sechzig- oder fünfundsechzigprozentiger Parlamentarismus, und von Kriegführung, was man so unter Kriegführung versteht, sei wenig mehr die Rede. Während in Italien und an der Düna der Atem der Geschichte hörbar braust, gellen in den Berliner Straßen die Lärmpfeifen der Politiker. Täglich viermal durchziehen die politischen Ausrufer die Quartiere. „Parlamentarismus als Vorstufe der Verständigung mit Westeuropa!" „Rückgabe der Ostgebiete als Vorstufe der Verständigung mit Rußland!" „Wir brauchen ein versöhntes England!" „Wir brauchen ein starkes Rußland!" „Wir müssen Amerika gefallen!" „Wir dürfen die Demokratie nicht vergrämen!" Und dann kommen die Schlachtrufe der Alldeutschen nach einer starken Monarchie und einem großen und mächtigen Deutschen Reich. Die können sich nun wieder keine innern Freiheiten gleichzeitig mit äußerer Größe vorstellen, und so bleibt jede Partei auf ihrem Bürgersteig, und was einig und vaterländisch gewaltig sein müßte, beginnt auseinander zu laufen und sich zu beschreien. Geschichtliche Forderungen versucht man mit der Gebärde abzutun: „Ach, ihr werdet ja ausgehalten!"

Digitized by Google

Politische Bestrebungen begegnen dem Ruf: „Ihr treibt die Mühle unsrer Feinde!“ Die Regierung ergeht sich in persönlichen Bekenntnissen und Selbsterklärungen. Alles miteinander scheint zu sagen, daß die Geschichtsführung sich zu verwirren beginnt, und daß im Reich keine überlegene Kraft mehr gebietet. Hat das vorige Regime Schiffbruch gelitten, so ist es natürlich, daß nach ihm die nächstgrößte Gewalt im Land nach der Herrschaft strebt. Aber diese innern Erschütterungen und Beunruhigungen wirken bereits auf äußere Geschäfte hinaus. Auf allen Seiten werden unbedenklich und mit vollkommener Selbstverständlichkeit Parteipolitik und geschichtliche Notwendigkeiten durcheinander geworfen. Eines ist Politik und das andere ist Geschichte, und national große Epochen zeichnen sich durch den Umstand aus, daß beide, Politik und Geschichte, zur überlegenen Wirkung kommen.

Wenn die Deutschen zu ihrer militärischen Kraft auch noch geschichtliche Größe u[illegible] politischen Schwung aufbrächten, so wäre ihre Wirkung in der Welt vollkommen. Heute ist sie unvollkommen, denn ihre Gebärde ist unentschlossen; sie reden von Verständigung und Verzicht, und der Eindruck, den sie in der Welt hervorrufen, ist entsprechend flau und erweckt Mißtrauen. Er verführt zur Fortsetzung des Krieges, und diese Verführung des Gegners gilt als eine Schuld der deutschen Politik; bezahlen muß sie das deutsche Volk und die Menschheit. Man kann nicht dem Frieden mit dem Dröhnen der Panzerfaust und kriegerischen Worten dienen, aber noch schlimmer ist es, einen Krieg mit versöhnlichen Worten und einladenden Gebärden zu führen, wenn er kein Bruderkrieg ist, sondern ein unerbittlicher Feindeskrieg auf Tod und Leben. Jeder Zustand muß seine Gesinnung unbedenklich und durchschlagend besitzen und zeigen. Dieser Krieg ist nicht nur ein Geschäftskrieg, sondern ein Verfassungskrieg, nämlich um die Weltverfassung, also ein Geschichtskrieg im allergrößten Stil. Viele Deutsche wollen ihn aber im häuslichen Stil führen, wollen auf die Geschichte verzichten und das Geschäft begleichen, und von jener Größe, welche der Augenblick zu verlangen scheint, bemerkt man wenig mehr an ihnen.

Zu einem solchen Tun wäre nichts zu sagen, wenn darin nicht eine Gefahr für die deutsche Schöpfung läge. Es ist ganz gewiß geschichtlich falsch und unzulänglich gedacht, daß dem Deutschen zur Freundschaft aller Nationen nichts fehlt als eine „demokratische“ und westeuropäisch parlamentarische Verfassung. Ich bin von der tiefen Ehrlichkeit Theodor Wolffs überzeugt und von seiner reinen und warmen Menschlichkeit, aber ich glaube nicht an seinen Leitspruch. Der Grund der westeuropäisch atlantischen Absage an Deutschland liegt in Geschäfts- und Machtfragen wie von Alters her, und die politische Verfassung Deutschland-Preußens dient nur als Vorwand. Frankreich war auch der Feind des Deutschen Reiches, als es noch gar keine Verfassungsfragen gab, und die Engländer und Franzosen bekriegten sich lange vor Theodor Wolff und auch vor Ernst Reventlow bitter und hartnäckig aus Machtfragen, wie sie etzt miteinander Deutschland bekämpfen. Die Russen waren ihnen nicht zuwider,

Digitized by Google

obwohl sie „noch“ unfreier lebten als die Deutschen, und von den Japanern, ihren andern Bundesgenossen, weiß man bis jetzt wenig Demokratisch-Revolutionäres. Theodor Wolff wird sofort das Wort Militarismus aussprechen. Ich kann jetzt Ssuchomlinow sagen und habe die Lacher auf meiner Seite, obwohl dabei nichts zu lachen ist. Wir haben einen Militarismus, und die Russen und Franzosen hatten ihn auch, und eines Tages mußte die Maschine losgehen oder als Revolution explodieren; da war es für die Deutschen immer noch besser, daß sie losging, denn als rings eingekesselte Nation müssen sie stark und gefaßt bleiben, nämlich geschichtlich, oder sie müssen aufhören, geschichtlich zu existieren. Auch Amerika führt keinen inneren Verfassungskrieg gegen uns, sondern wie alle andern einen äußern um die Weltverfassung, einen Geschäftskrieg und Geschichtskrieg. Die deutsche Verfassung ist Vorwand, und wie die Wilsonsche Note auf den päpstlichen Aufruf deutlich durchscheinen läßt, ist selbst der Krieg gegen Deutschland zum Teil ein Vorwand, nicht geschäftlich, aber militärisch; das militärische Ziel Wilsons ist ein militarisiertes Amerika, dazu kann es nicht den eigentlichen schwarzen oder vielmehr gelben Mann an die Wand malen, was sehr kindlich wäre, sondern er nimmt dafür viel diplomatischer den deutschen Militarismus, aber gemeint ist der japanische. Theodor Wolff hat vollständig recht, wenn er die deutsche Verfassung als eine deutsche innere Angelegenheit gegenüber Wilson betont, aber er ist mit schuld, daß sich Wilson in deutsche Angelegenheiten mischt, weil er seine innern Entwicklungsforderungen stets mit dem Mißfallen Westeuropas und Amerikas begründet. Er selber hat zum großen Teil jenen Leuten Mut gemacht, den Deutschen in die Schule zu schwatzen. Er sollte seine Abweisung auch nach der andern Seite voll machen und aufhören, das Wohlgefallen der Welt seinen Wünschen als Esel vorzuspannen; er würde sogleich viel mehr Gehör und Nachfolge dafür finden und Lust dazu erwecken. Das eine ist eine häusliche Angelegenheit der Familie, und das andere ist eine geschichtliche Machtfrage, und die Lösung kann für Deutschland auf natürliche Weise nur heißen: „Frei und mündig nach innen! Stark und unbedingt nach außen!“ Und beides aus aller Kraft und mit ganzem Gemüt! Man kann die Fragen freilich auch künstlich lösen und ihnen jede List und Gewalt antun, muß aber darauf gefaßt sein, daß sie sich rächen werden.

Georg Bernhard kommt in der „Vossischen Zeitung“ in der Folge überraschender Wandlungen zu dem Grundsatz: „Wir brauchen ein versöhntes starkes Rußland!“ Gemeint ist damit die Rückerstattung aller besetzten russischen Gebiete, einbegriffen das bereits geschichtlich konstituierte Königreich Polen. Es ist für den Freund russischer Dichtung und Gefühlsweise verständlich, daß ein deutscher Mensch von Bildung und Gemüt ein versöhntes russisches Volk wünscht. Aber abgesehen davon, daß dies Volk niemals versöhnt sein wird, weil der Deutsche dort stets die unbeliebte Person ist, so bringt den Deutschen schon der nächste Schritt ins strenge und gefahrvolle Gebiet der

Digitized by Google

Geschichte. Ein starkes Rußland hat Friedrich den Großen und Preußen an den Rand des Untergangs gebracht. Ein starkes Rußland hat in Ungarn die aufflackernde Flamme der Freiheit erdrückt. Mit dem starken Rußland im Bund war Metternich in Österreich und die Reaktion in Preußen allmächtig. Ein starkes Rußland drückte den Deutschen von Jahr zu Jahr empfindlicher auf ihren kontinentalen Weg nach Bagdad und an den Persischen Golf. Ein starkes Rußland hat schließlich den heutigen Krieg gemacht, Ostpreußen und Galizien überschwemmt, die deutschen Gefangenen zu Tausenden im Elend verkommen lassen, ohne daß es eine menschliche Möglichkeit gab, ihr Los zu erleichtern, und mit der vollzogenen Revolution ist im Grund nichts anders geworden, denn der Russe ist gefährlich, solange er lebt, ob monarchisch oder republikanisch. Er ist seit der Revolutionierung kein bekehrter Verbrecher, er ist nur ein augenblicklich machtloser Verbrecher. An eine Umwandlung des nationalen Charakters ist durchaus nicht zu glauben! Die Revolution wandelt auch nicht die geschichtliche und geographische Lage der russischen Masse um, sondern muß sie notwendigerweise unberührt lassen. Siegt aber die Revolution und hat die Aufklärung und geistige Entwicklung des russischen Volkes zur Folge, so steigt damit der geschichtliche Gefahrzustand der deutschen Nation ins Unermessene, denn die erzogene und disziplinierte russische Masse wird alsdann unwiderstehlich sein, nicht nur für Deutschland. Der Rückgabe der russischen Gebiete müßte unbedingt auch die Lösung des türkischen Verhältnisses folgen, wenn sie einen Sinn und die gewünschte Wirkung haben sollte. Die Deutschen müßten auf den kontinentalen Durchbruch nach Südosten verzichten, und da sie auch auf die Forderung der westlichen Sicherheit und die Freiheit der Meere verzichten müssen, wenn sie den Atlantischen gefallen sollen, so wird ihnen nichts anderes übrig bleiben, als nach der Rückgabe des Elsaß wie in früheren Zeiten wieder mit der Massenausfuhr von überschüssiger Volkskraft zu beginnen.

Die Nachbarn der Deutschen haben immer nur nach einer Seite Maßnahmen zu treffen. Die Deutschen als Zentralvolk müssen mehr tun, weil geschichtlich mehr von ihnen verlangt ist, und diese Nötigung, nach allen Seiten zu wirken und zu bauen, zu wachen und zu wehren, bringt jenes Mehr von Leistung und auch von Fehlern ins deutsche Leben, das Freund und Feind daran bemerken. Es bedingt für den Deutschen von vornherein ein Mißlingen, die nationalen Fragen nur nach einer Seite lösen zu wollen, denn seine Lage und Gefahr ist vielseitig und muß stets allseitig gelöst werden, oder sie bleibt ungelöst und wirkt als Schwäche ins Ganze zurück. Die Gegenwart zeigt ja auch, daß die Fähigkeit und die Kraft zu dieser Art von geschichtlichem Dasein durchaus vorhanden sind; es scheint nur da und dort an Mut und Selbstvertrauen zu fehlen, auch an Allseitigkeit und Staatsmannschaft. Nötig ist für das deutsche Volk nicht ein starkes Rußland und ein starkes England und so weiter, sondern ein aufgelöstes Rußland und ein auf seine wirkliche Kraft zurückgeführtes

Digitized by Google

England. Das Mißfallen oder Wohlwollen dieser Mächte ist nicht gleichgültig, aber von zweiter Bedeutung und kann von einem Tag zum andern wechseln, auch bei „parlamentarischem Regime"; bloß Einrichtungen, die auf wirklicher Macht und Kraft beruhen, sind verläßliche Beruhigungen für die Zukunft der Nation und ihrer Kinder, für welche die Gegenwärtigen doch allein diesen entsetzlichen Krieg führen. Die Russen sind in ihrer heutigen Verfassung kein bündnisfähiger Staat, und in ihrer wiederhergestellten werden sie's wegen der Türkei erst recht für Deutschland nicht sein. Bündnisfähig für Deutschland sind von Natur die freien Nationen der Esten, Litauer, Finnländer, Polen und Ukrainer; gibt es sie noch nicht, so muß man sie mit allen Mitteln unerbittlich anstreben. Alsdann wird Rußland aufgehört haben, gefährlich zu sein, denn wie soll ein Rußland ohne diese ausschlaggebenden großen Gebietsteile noch europäische Wirkung tun? Aber mit ihnen, ihrer Industrie, ihren Bergwerken ihrem Kulturboden, ihren Häfen und Flotten, ihren Feldern und Städten und ihren fünfzig Millionen intelligenter Bürger wird es immer eine Drohung bedeuten. Und der öffentliche Charakter dieses Staates wird sein und bleiben unter allen Verfassungen, was er stets war: gewalttätig, willkürlich, unzuverlässig, feindlich, gefährlich und mystisch unbegrenzt beeinflußbar. Schon taucht das zarische Losungswort Konstantinopel im „revolutionierten" Rußland wieder auf, das noch gestern streng verleugnet war. Die Zeiten erlauben nicht, während eines Vernichtungskrieges mit Sicherheiten zu spielen. Keine Annexionen: vielleicht gut, wer weiß. Aber auch keine Sicherheiten? Und die Kinder? Und — Ostpreußen? Noch jeder Farmer fand sich betrogen, der sich mit der Bestie vor seinem Zaun „verständigte", anstatt sich vor ihr zu schützen. Ich liebe das russische Volk, darum wünsche ich, daß das deutsche künftig vor ihm sicher sei. Mag der Weg zum neuen Mitteleuropa Schwierigkeiten haben, so muß man ihn trotzdem begehen. Schwierigkeiten sind da, um überwunden zu werden. Und deutsch sein, hieß noch immer, scheinbar Unmögliches möglich zu machen. Die entgegengesetzte neuste Vergrämungsparole beweist nichts als vergrämte Seelen. Wir aber stehen unter dem Eindruck werdender Geschichte. Was wir heute nicht bezahlen wollen, dafür müssen wir morgen zahlen, ohne es zu haben!

Es wird immer klarer, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre vorkrieglichen internationalen Richtungen wieder aufnimmt. Sicherlich ist der Nationalismus nicht die höchste Weisheit und der letzte und großmütigste Gedanke des humanen Menschenfreundes. Ein Sach- und Seelenbündnis aller Völker der Erde ist ein Traum, mehr, ein Gedanke, eine wache ergreifende Anschauung von allerhöchstem Wert und tiefster erzieherischer Bedeutung. Aber er ist unter deutscher Mitwirkung bloß dann zu verwirklichen, wenn heute unbedingt die deutsche Kraft und Bedeutung erhalten bleibt und mit ihr der deutsche Sachbestand und die deutsche nationale Hoheit in der Welt. Man beginge einen Mißgriff, die Sozialdemokratie um ihrer menschlichen Ziele willen an ihrer nationalen Ehre zu kränken. Aber die Sozialdemokratie begeht einen

Digitized by Google

Mißgriff ersten Ranges, der sich an ihr rächen wird, wenn sie ihr Reich der Zukunft mit der deutschen geschichtlichen Gegenwart bezahlen will. Sie muß begreifen, daß sie nur als Teil der siegreichen deutschen Nation auf deren altem Kulturboden stehend heute diese Rolle spielen und diesen geachteten Einfluß ausüben kann, und daß sie mit der vorzeitigen Auflösung des deutschen Nationalbestandes, ja mit jeder Schwächung desselben in der Gegenwart an Ansehen und Einfluß verlieren und zur Bedeutungslosigkeit herabsinken wird. Sie muß streng und unerbittlich darauf bedacht sein, mit einer starken und geachteten Nation in jene ersehnte Zeit zu kommen, die ihre Hoffnungen zu verwirklichen verspricht; im andern Fall wird sie sich um die Erwartung betrogen finden, gerade ihre innigsten und deutsch-unmittelbaren und ursprünglichen Träume zu Welttatsachen zu machen, weil andere Willensrichtungen und Doktrinen siegen werden, die bedeutend mehr mit Eitelkeit und Machtgelüsten durchsetzt sind. Man braucht der deutschen Sozialdemokratie nicht näher zu erklären, was damit gemeint ist; sie hat jene Triebe schon vor dem Krieg genugsam kennen gelernt. Die Abfuhren und Beschämungen, die sie während des Krieges erleben mußte, sind vollends allbekannt. Sie lassen deutlich erkennen, daß ohne die Furcht vor einer starken deutschen Nation England und die gesamte Entente niemals ernstlich auf eine wirkliche Abrüstung und auf einen Weltbund mit der Grundlage absoluter Freiheit und Gerechtigkeit eintreten wird. Hinterläßt dieser Krieg ein geschlagenes Deutsches Reich, so ist es auf lange aus mit allen Menschheits- und Völkerträumen, ja es wird davon so still werden, als hätte noch niemand den Gedanken gehabt. Das ist ein überraschender Grund, warum ein deutscher geschichtlicher Sieg menschlich unbedingt nötig ist: um jene Nationen, die jetzt die Völkerhoffnungen als Scheinwaffe gegen die deutsche Nation mißbrauchen, nachher zu zwingen, aus Furcht diese kommende Weltverfassung verwirklichen zu helfen. Die deutsche Regierung dürfte aber mit solchen trostvollen und fruchtbaren Gesichtspunkten etwas mutiger verkehren. Kein Fürst der Erde wird behaupten wollen, daß die Monarchie und besonders die seine der einzige Zustand sei, unter welchem ein Volk glücklich sein könne. Aber ich möchte auch nicht behaupten, daß die Sozialdemokratie das Wesen des Menschen so im tiefsten verändern werde, um der Menschheit zu ermöglichen, fortan ohne alle Beirrungen und Anfechtungen durch die Regungen des Ehrgeizes, des Machthungers, der (kollektiv betriebenen) Besitzgier, des Neides und so fort existieren zu können. Auch macht mir die Haltung der jetzt lebenden Sozialdemokraten nicht den ergreifenden und tiefen Eindruck, den ich nötig habe, um persönlich an sie zu glauben, gerade an sie. Ich gestehe sogar, daß ich nicht glaube, weil ich sie lau und politisch finde. Sie stimmten im Jahr 1914 für die Kriegskredite, um ihre Partei nicht zu vernichten. Märtyrer sind sie also nicht. Sie haben sie gerettet und fangen nun an, dagegen zu stimmen. Heilige sind sie auch nicht. Politik! Keine Geschichte! Nicht einmal sozialdemokratische! Die Sozialdemokratie scheint heute eine

Digitized by Google

große Vergangenheit zu haben. Dem Christentum ging's ebenso. Man muß also mit vermehrtem Nachdruck auf die Gefahr aufmerksam machen, daß um eines gespenstischen Dogmas willen, das in den Gegenwärtigen keine Lebensfähigkeit und keine Leidensbereitschaft mehr besitzt, die Zukunft einer Nation gefährdet wird, die mehr ist als ihr Teil. Die wenige Leidensbereitschaft, die in der Haase-Gruppe noch lebt, wird reichlich aufgehoben durch die bürgerlich-politisierte, ganz unergriffene und wenig würdige Gebärde, mit welcher Leiden herausgefordert und dann ertragen wird. Propheten und Apostel sind auch sie nicht. Hier braucht's mehr als Lärm! Hier heißt's große Menschlichkeit entfalten! Wer will behaupten, daß sie entfaltet sei? Entfaltet ist nur das rote Fähnchen und das alte Schlagwort. Das rote Fähnchen bei der Eisenbahn bedeutet Gefahr und Halt! Wer hat heute Augen und Ohren? Vielen schlägt das Herz im Hals, aber es ist nicht immer ein großes Herz, das da schlägt.

Die Alldeutschen sind heute die bestbeschrieene nationale Körperschaft. Alle großen Blätter sind ihre Feinde. Sie selber gründen ebenfalls Blätter, aber es sind keine großen. (Warum begnügen sich konservative und alldeutsche Zeitungen immer mit einem so bescheidenen geistigen Standpunkt? Das „reaktionäre" Deutschland hat keine konservative Zeitung vom weltgültigen Schlag eines „Temps" oder einer „Times", die beide konservativ sind.) Diese Blätter sind bereits eifrig dabei, die Verständigungstheodore und die Verzichtfriedriche zu bekämpfen. Schön, wenn sie auch sonst noch etwas tun. Es ist nicht wichtig, ob ein Blatt unterstützt wird oder nicht. Das „Berliner Tageblatt" ist mit Recht stolz auf seine eigene Geschäftskraft, aber die Feststellung, daß andere Blätter „ausgehalten" werden, ist noch kein Beweis gegen die Nützlichkeit der darin vertretenen Ansichten, so wenig wie eine ebenfalls nachgewiesene Unterstützung liberaler Blätter dartut, daß deren Behauptungen auch falsch sind. Andrerseits: die alldeutschen und konservativen Blätter stellen sich streng auf den geschichtlichen Boden und halten sich an die Lehren der Vergangenheit, die sich stets wiederholen. Daran tun sie zweifellos gut, denn die gleichen Lagen und Verhältnisse bei gleichem Charakter werden zwischen Nachbarn immer dieselben Vorgänge hervorrufen, und in Europa ist vorläufig wie nirgends sonst dafür gesorgt, daß Lagen und Charaktere unveränderlich bleiben. Die französische Nation hat durch ihre Revolution weder ihre Lage noch ihren Charakter verändert, bloß daß das siegende Bürgertum die geschichtliche Tradition der Könige übernahm, aber die Tradition blieb, weil sie die einzig mögliche nach der Lage war, und der Charakter blieb, weil dieselbe Lage weiter wirkte. Aber die Konservativen sind Realisten nur auf geschichtlichem Gebiet, auf dem politischen sind sie selbstherrliche Idealisten. Und die Fortschrittlichen sind Realisten nur auf politischem Gebiet; geschichtlich sind sie zum Teil kosmopolitische Träumer, was kein Schimpf an sich ist, aber ein Fehler an der Nation vom Tag, deren Bestand einer beinahe geschlossenen kosmopolitischen Gefährdung unterliegt, nämlich von den Politikern des ganzen übrigen Weltall, Wilson,

Digitized by Google

Lloyd George, Poincaré, Kerenski, Boselli, abgesehen von den namenlosen, aber einmütigen Mitläufern der fünf Erdteile. Diese unerbittliche Tatsache betrachtet der geschichtliche deutsche Mensch mit gerechter Unruhe. Er beantwortet sie ernst und gefaßt mit der sittlichen Entschließung, daß er in irgendeiner würdigen Form naheliegende festländische Sicherungen braucht, um sich für seine Nation eine ungefährdete und fruchtbare Zukunft versprechen zu können. Mit jenem europäisch mit absichtsvollem Fleiß beschrienen groben Gesichtsmaterialisten hat er nichts zu schaffen; ihn weisen wir dem englischen-französischen Geschäftsimperialisten zur Gesellschaft zu, dessen geistiger Bruder er ist. Aber Sicherheiten verlangen auch die „fortschrittlichen" und „demokratischen" Atlantischen, und es wird also darauf ankommen, wer geschichtlich so stark ist, um sie sich zu verschaffen. Dieser geschichtlich Starke wird dann zugleich der sittlich Berechtigte sein. Die „Alldeutschen" fühlen, daß diese beiden Möglichkeiten in der deutschen Nation enthalten sind. In ihnen schlägt leidenschaftlich der Puls der Gegenwart, aber bloß einer, der rechte, weil sie die rechte Hand sind. In den andern schlägt der linke, denn sie sind die linke Hand. Und eine Hand weiß nicht, was die andere tut. Das ist der Zustand. Wir aber haben es mit dem ganzen Leib, der ungeteilten Nation zu tun, die Geschichte schafft mit der rechten und Politik mit der linken Hand. Eine Nation kann auf die Dauer nur stark und opferfreudig vor ihrem Schicksal stehen, wenn sie sich im Innern frei und würdig weiß, und zwar unbegrenzt. Hier kann man keine Zugeständnisse machen, vollends keine verweigern. Die Atlantischen scheinen auf diesem Gebiet eine Überlegenheit zu besitzen, wenigstens sieht man sie nie bereit, um innerer Entwicklungen willen äußere Notwendigkeiten hintan zu setzen. Die Deutschen sind leicht zu ausschließlich. Auch sie müssen Politik und Geschichte gleichzeitig schaffen! „Frei und mündig nach innen, stark und unbedingt nach außen!" Über den Grad läßt sich streiten; die Zeit wird ihn reifen. Aber über den Grundsatz ist nicht zu streiten; von seiner Erfüllung hängt das Glück der Nation ab.

Der Unteroffizier ist nicht die Krone der Schöpfung, auch nicht der Leutnant. Auch nicht der Schutzmann. Die Atlantischen kämpfen gegen den Militarismus angeblich, die Deutschen tatsächlich. Die Monarchie zum Kapitalpunkt zu machen, wäre kindisch. Auf Treu und Glauben national abzurüsten, weil die Entente oder Wilson es verlangen, idiotisch. Was bleibt also übrig? Siegen und dann weiter sehen. Geschichtlich absolut siegen und politisch ebenfalls. Man braucht sich nicht vor einem befreiten deutschen Volk zu fürchten, drinnen nicht, eher draußen, denn der Freie, der ein hohes Gut zu verteidigen hat, schlägt grimmiger zu als der Unfreie, dem es nicht so wohl zu Hause ist. Es ist nicht bloß menschenfreundlich, sondern auch staatsmännisch, der Nation Gründe zu schaffen, um siegen zu wollen, siegen zu müssen, je mehr, desto besser!

Die Deutschen wollen von Herzen abrüsten, weil in der militärischen Abrüstung das

Digitized by Google

einzige Heil für die nächste Generation liegt, welche die Kriegskosten tragen muß, aber zuerst müssen sie sich behauptet haben. Sie haben noch andere, edlere und menschlichere Gründe für die Abrüstung, an die selbst die des Herrn Wilson in Amerika nicht heran reichen, denn mit sittlichen Ideen lassen sie sich so wenig schlagen wie mit stofflichen Waffen, darin haben sie von Alters her Überlieferungen. Aber das Geschäft der Abrüstung müssen sie selber überwachen und führen, und vielleicht führen sie bloß deshalb diesen letzten und furchtbarsten Krieg, um nachher dazu imstande zu sein. Dieser Krieg wird die Wirkung haben, das deutsche Volk geschichtlich vollkommen gereift und freimütig zu machen, so freimütig, wie eben bloß ein Starker sein kann, und so mutig und kühn in der Leistung von echten und weittragenden Allgemeingeschäften, wie es bloß dem absolut Freien beschieden ist. Unter den Gefallenen dieses Krieges muß auch der Unteroffizier und der Schutzmann liegen, und der Bureaukrat dazu. Wird ihnen dieser rühmliche Tod nicht gelingen, so müssen sie später eines unrühmlicheren sterben.

Auch das Weltbündnis der Nationen müssen die Deutschen zu schaffen beanspruchen, weil allein sie jetzt die Größe haben, Geschichte zu machen. Jede andere Nation ist dafür zu selbstisch und voreingenommen. Die von England und Wilson den Deutschen auferlegte „Demokratisierung" hat Frankreich geleistet, um habgieriger und rachsüchtiger, ehrgeiziger und zänkischer zu werden, als es je war. Nach geschichtlicher Auserwähltheit sieht das nicht aus. Es hat keine Fehler begangen wie Deutschland, sondern Verbrechen wie England und Rußland. Die Deutschen ihrerseits haben nicht die Voreingenommenheit, nur mit Monarchien verhandeln zu wollen. Sie sind naiv und so überwältigend selbstverständlich, daß sie in aller Unschuld während der größten Siegesaussichten von Verbrüderung und Verständigung sprechen. Das können sich nur diese verlästerten und verlachten Träumer leisten und dann noch das große und maßlose Volk der Russen. Sonst besitzt niemand die geschichtliche Bewegungsfreiheit, und die Russen besitzen sie auch bloß infolge ihres sittlichen und nationalen Zusammenbruchs. Wenn die Deutschen nun Propheten und Apostel haben, so können sie die Welt mit kühner Hand und frommem Herzen wie eine verlangende Frau erobern.

So hat es schließlich doch einen Sinn, daß die Deutschen die Versöhnungshand bieten, während ihre Kanonen am Isonzo und an der Düna krachen? Habt noch eine Weile Geduld, und es wird alle Saat aufgehen. Und wenn ihr guten Samen gesät habt, so seid nicht unruhig, sondern glaubt und laßt euch nicht irre machen. Es ist natürlich, daß die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut. Das Wort bezieht sich aufs Wohltun, das sei dabei unvergessen! Eine Nation allein ist in diesem unermeßlichen Kampf kein zureichendes Ziel mehr. Das einzige würdige Ziel ist die Wohlfahrt der Menschheit, ihr Glück, ihre höhere Vernunft, nicht die geschäftliche, ihre Frömmigkeit, nicht die muckerische, ihre Tugend, nicht die kleine, sondern die große, freie, freu-

Digitized by Google

dige des Herzens, das sich selbst überwunden hat. Die Stufe zu diesem Altar, die letzte, die zu ersteigen war, heißt aber noch heute und morgen: deutsche Nation! Es fließt viel Blut um sie. Möge viel Segen nachher zurück strömen.

Aber um zum Anfang zurückzukehren: Nicht Politik oder Geschichte, sondern Politik und Geschichte!

Norwegens Interessen im Kriege

Von Dr. Hermann Harris Aall, Christiana

Wegen seiner offenen Kritik an der Stellung Norwegens zu den kriegführenden Mächten in seinem Buche „Das Schicksal des Nordens", aus dem wir in Nr. 43 ein Kapitel veröffentlicht haben, ist Dr. Aall, Christiania, von der englandfreundlichen Presse Norwegens heftig angegriffen worden. In „Norges Handels og Sjökartstidende" vom 6. September 1917 hat sich Dr. Aall energisch zur Wehr gesetzt und die Angriffe glänzend abgeschlagen. Seine Polemik begnügt sich aber nicht damit, die Angriffe der Gegner kritisch zu beleuchten, sondern sie enthält eine Fülle von positiven Ausführungen, die allgemeines Interesse beanspruchen. Wir geben einige Abschnitte unter Weglassung des polemischen Teiles wieder, weil sie die Probleme des Krieges und Norwegens Stellung zu ihnen in helles Licht rücken.

Das Unrecht der Neutralen gegen die Mittelmächte

Ich habe hervorgehoben, daß weder die Entente noch die Neutralen gegen die Zentralmächte völkerrechtsmäßig gehandelt haben: die Nordseesperre und andere Maßregeln brachen unseren Handel mit ihnen und für sie ab. Die Maßregeln führten einen neuen Kriegsbegriff ein, „die Kriegszone", in welcher Großbritannien — gemäß seiner eigenen Erklärung vom 2. November 1914 — in Mengen Minen ausstreute, um den Verkehr über den Atlantischen Ozean zu hemmen. Diese Verfügungen waren ein grober Bruch der Pariser Konvention, der Haager Abkommen und der Londoner Deklaration. Und alle Neutralen protestierten dagegen. Die Neutralen hätten sich deshalb zu einer gemeinsamen Politik gegen jene Verfügungen zusammenschließen sollen, um das Völkerrecht aufrecht zu erhalten. Aber wenn wir uns vor ihnen beugten, war es in jedem Falle unsere Pflicht, uns auch vor den entsprechenden Maßnahmen von seiten der Zentralmächte zu beugen. Sonst würden wir eine Kriegspartei der andern gegenüber begünstigen und auf diese Weise unneutral werden. Ja, wir waren dazu aus mehreren weiteren Gründen verpflichtet: Weil die Entente begonnen hat, üben die Zentralmächte Repressalien. Weil die Kriegszone der Entente auch Fahrwasser zwischen Neutralen umfaßt, die Kriegszone der Zentralmächte aber nur Gewässer um die Länder ihrer Feinde herum. Und weil die Zentralmächte angeboten haben, ihren Kampf einzustellen, sowohl den Unterseeboots- (28. Februar 1915), als auch den gesamten Krieg (12. Dezember 1916), und abschlägige Antwort erhalten haben.

Die Neutralen haben indessen nicht dementsprechend gehandelt. Sie haben sich vor

Digitized by Google

den Rechtsbrüchen gebeugt, gegen die sie protestierten, und sie haben sich nach ihnen eingerichtet. Sie haben sogar die Tonnage, die dem Völkerrecht zuwider daran gehindert wurde, nach den Ländern der Zentralmächte zu fahren, zur Verfügung des Rechtsbrechers, der Entente, gestellt. Dagegen haben sie den Repressalien der Zentralmächte gegen diese Rechtsbrüche getrotzt. Daher richten sich die Repressalien der Zentralmächte nicht nur gegen ihre erklärten Feinde, sondern auch gegen Neutrale, welche die Pflicht ihrer Neutralität nicht durchführten.

Englands Gewaltpolitik

Die menschliche Natur fordert eine gewisse Vernunft in allen ihren Handlungen. Auch der Krieg muß einen gewissen Sinn haben. Und dieser Sinn ist, der Menschheit die Selbsterhaltung zu sichern. Der Krieg darf nicht der Selbstmord der Menschheit werden. Deshalb muß ein Kriegführender seine Angriffe gegen denjenigen richten, der sein Gegner ist, und das ist die Streitmacht des Feindes, aber nicht das friedliche Volk. Er darf nicht die Streitmacht durch das Volk angreifen. „Seit mehreren Jahrhunderten ist es der wichtigste Satz des Kriegsrechts gewesen, daß ein Krieg nicht zwischen Völkern, sondern zwischen deren Heeren und Flotten geführt werden muß," sagt einer der gründlichsten Kenner des Völkerrechts, P. Eltzbacher. Dieses Prinzip hat im Lauf der Zeit in der Pariser, Petersburger und Haager Konvention sowie in der Londoner Deklaration Ausdruck gefunden. Es ist im großen und ganzen von den Festlandstaaten mit Preußen und später Deutschland an der Spitze verfochten worden und hat in dem Rechtssatz Gestalt angenommen, daß das Privateigentum unverletzlich sein soll: Aus dem Anrecht der friedlichen Bevölkerung auf Leibesfrieden folgt auch das Anrecht auf Lebensmittel. So liegt die Sache zu Lande.

Diesem Standpunkt steht derjenige entgegen, daß der Zweck des Krieges allem voranzugehen habe. Dieser Grundsatz ist von England verfochten worden. Vom ihm ausgehend hat sich England geweigert, das Privateigentumsrecht zu Wasser anzuerkennen, sogar mit Bezug auf neutrale Schiffe. Als sich die neutralen Staaten im Jahre 1807 gegen den englischen Grundsatz zusammenschlossen, erklärte England, es werde „mit Gottes Hilfe fortfahren", des Nächsten Gut überall wegzunehmen, weil „dies zu allen Zeiten wesentlich zu Englands Macht auf dem Meere beigetragen habe". Kraft desselben Grundsatzes versuchte es, die überfallenen Buren dadurch zu lähmen, daß es ihre Frauen und Kinder in „Konzentrationslagern" unterbrachte und 30000 Personen das Leben in der ausgesprochenen Absicht nahm, Einfluß auf das Burenheer auszuüben.

Deutsche Wissenschaftler und Diplomaten haben England vorgehalten, daß es die Kriegsgefahren vermehre, indem es so das Plünderungsrecht zu Wasser aufrecht erhielte, das zu Lande als ein Verbrechen angesehen wurde. Ferner, daß es sich selbst in Versuchung führte, einen Krieg anzufachen, um sich die Flotte, die Waren und die Kolo-

Digitized by Google

nien anzueignen, die andere besaßen, und um diese anderen daran zu hindern, so stark zu werden, daß sie eine Rechtsordnung an Stelle der englischen Gewaltordnung verlangen könnten. Vergebens. Hundert Jahre hindurch hat Großbritannien seinen Grundsatz befolgt und seine Despotie dadurch aufrecht erhalten, daß es stets die zweitstärkste Macht auf dem Festlande gegen die stärkste aufstachelte, um selbst am allerstärksten zu werden; befestigt hat es seinen Vorrang mittels des Grundsatzes des Zwei-Mächte-Standards seiner Flotte.

Im Jahre 1856 wurde England indessen zu einem Zugeständnis dem andern Standpunkt gegenüber genötigt: Mit Hilfe der Neutralen sollte die friedliche Bevölkerung des feindlichen Landes berechtigt sein, ihr Leben auch mittelst Zufuhren übers Meer aufrecht zu erhalten. Das war eine Erweiterung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit des Privateigentums zu Lande; er sollte unter gewissen Bedingungen auch zu Wasser gültig sein, sogar England gegenüber. England gelang es aber, die Verabredung in enge Grenzen zu binden. Es sollte gestattet sein, die Häfen und Küsten des Feindes in der Absicht zu „blockieren", seiner Kriegsmacht zu schaden, auch wenn die Zivilbevölkerung darunter leiden würde.

Während des ganzen Krieges ist England bekanntlich seinen guten Vorsätzen abtrünnig geworden — — zugunsten seiner früheren sündhaften Gewohnheiten. Sogar über das Blockaderecht hinaus. Die englische Aushungerung stützt sich nicht auf ein solches Recht, denn sie bricht die beiden ersten Gebote der Londoner Deklaration darüber, nämlich daß, wenn eine Blockade als vorliegend erachtet wird, die Absperrung nicht zwischen den neutralen Häfen unterbinden darf und daß sie „effektiv" sein muß. Die Nordseesperre blockiert gerade die neutralen nordischen Länder — — Deutschland dagegen nicht; dessen Ostseeküste liegt weit vom Schuß. Deshalb hat sogar Präsident Wilson, der doch wahrlich nicht zugunsten Deutschlands parteiisch ist, England wiederholt vorgeworfen, daß die Nordseesperre nicht als Blockade aufrecht erhalten werden kann, sondern dem Völkerrecht widerspricht. So z. B. in der Note vom 30. März 1915. Nur die ausweichende Nachgiebigkeit der Neutralen hat England gestattet, seine Rechtsverletzung den Zentralmächten gegenüber aufrecht zu erhalten.

Norwegens verfehlte politische Haltung

Gegen mich als Bürger und als Wissenschaftler sind ehrenrührige Beschuldigungen gerichtet worden, weil ich die Politik aufrechterhielt, zu der sich unser Land über hundert Jahre lang, von 1803 an, bekannt hat. Mein Beweggrund ist einfach genug. Ich habe nach meiner Rechtsauffassung gehandelt, weder aus Freundschaft, noch aus Feindschaft. Aber keiner hat die Kraft, den Kampf gegen das Unrecht der ganzen Welt zu führen. Daß ich gegen unsere Kriegspolitik zum Worte gegriffen habe, hat seinen Grund darin, daß ich mein Bürgerrecht in Norwegen besitze und deshalb nationale Pflichten habe. Wir sind die erste seefahrende Nation der Welt. Für kein

Digitized by Google

anderes Volk hat die Sicherheit auf dem Meere so große Bedeutung wie für uns. Unsere Handelsflotte und unsere Zufuhren bedingen unseres Volkes Leben. Und da wir nicht die Macht haben, sie zu sichern, müssen wir wünschen, sie durch Recht sicherzustellen. Das würde dadurch geschehen, daß das Privateigentum für unantastbar erklärt würde, zu Wasser wie zu Lande, im Kriege wie im Frieden, und auf der Grundlage völkerrechtlicher Verbände. Eine solche Rechtsregel aber hat Großbritannien bekämpft und unterbunden, während Preußen und später Deutschland ebensolange für sie gekämpft haben. Sie machte den Hauptpunkt im Konflikt zwischen England und Deutschland auf der Haager Konferenz im Jahre 1907 aus, und sie ist der Hauptpunkt jetzt im Weltkriege. Deutschland bot 1907 sogar an, seinen Flottenbau einzuschränken, wenn England den Grundsatz anerkennen wollte. Aber England schlug ab, und dieser abschlägige Bescheid bedeutete eine Drohung. Da baute Deutschland seine starke Flotte, um mit Macht zu beschützen, was es mit Recht nicht verteidigen sollte.

Deshalb stimmen unsere Interessen auf dem Meere mit Deutschland überein. Und ich habe mir erlaubt, den Gesichtspunkt hervorzuheben, ob es verantwortlich ist, die Stimmung gegen diejenigen zu schüren, deren Interessen mit unseren allerwichtigsten und lebensnotwendigsten einig sind.

Daß aber die deutschen U-Boote — in Deutschlands eigenem Interesse — den Kampf für die Befreiuug der Welt von der englischen Seedespotie führen, das hat eine Bedentug, die wir uns klarzumachen verpflichtet sind. Wir können den Unterseekrieg nicht bekämpfen, ohne die zukünftige Sicherheit unseres eigenen Volkes zu bekämpfen. Wer garantiert uns, daß wir nicht selbst wieder derselben Aushungerung ausgesetzt werden, wie 1807—1814 und wie Deutschland jetzt? Wo sind die Norweger, die nicht eine nationale Pflicht anerkennen, unser Volk gegen solche Verhältnisse zu wappnen? Sind wir nicht imstande, über des Augenblicks Vorteile und Anforderungen hinaus zu sehen? Erwartet jemand den Gewinn, den die Freiheit der Meere, die Sicherung unserer Flotte und unserer Zufuhren für uns bedeuten würde, ohne jedes Opfer?

Aber selbst, wenn wir die Wahl treffen wollten, unsere Zukunft für die Vorteile der Gegenwart zu verspielen, meldet sich eine neue Frage: Würden wir das überhaupt können? Würde unser Einsatz gegen die U-Boote etwas bedeuten, nachdem neun Zehntel der Welt sie nicht hat besiegen können? Die Antwort ist gegeben. Können wir aber den Unterseekrieg nicht besiegen, so müssen wir ihn vermeiden. Das sind wir unseren Seeleuten und unserer Flotte schuldig. Das muß unsere Politik erstreben, — und nicht, dem Unterseekrieg zu trotzen. —

Dies ist der nationale Grund zu meiner politischen Ansicht über den Krieg seit langer Zeit vor seinem Ausbruch. Will England die Unkränkbarkeit des Privateigentums zur See anerkennen und Deutschland das Plünderungsrecht Englands auf-

Digitized by Google

nehmen, so ändere auch ich meine Richtung. Ohne eine Sekunde zu zögern. Und aus demselben Grunde bin ich gegen die Auffassung aufgetreten, die uns dazu geführt hat, unsere Bestrebungen darauf einzustellen, den größtmöglichen Vorteil aus dem Kriege zu ziehen, anstatt unsere Unabhängigkeit von den Kriegführenden zu sichern. Wie weit wir diese Aufgabe lösen könnten, ist eine Frage für sich. Aber zunächst muß diese Richtung als völkerrechtlich und politisch richtig erkannt werden. Und gerade diese Erkenntnis hat gefehlt.

Wir hatten auch Mittel, beiden Seiten Zugeständnisse abzugewinnen: Das Mittel wäre eine gemeinsame nordische auswärtige und Handels-Politik — Holland eingeschlossen — gewesen. Damit hätten wir die Macht gehabt, die Nordseesperre auszuschalten. Die Entente hätte nicht alle Zufuhren von unseren Ländern oder über unsere Länder entbehren können. Noch weniger hätte sie die Gefahr laufen können, uns in das Lager ihrer Feinde zu treiben. Damit aber würden wir auch den Unterseekrieg ausgeschaltet haben. Das entsprach Deutschlands ausdrücklichem Angebot vom 28. Februar 1915. Und damit würden wir endlich unsrer Seeleute Leben und unsre Handelsflotte beschützt haben, was jetzt unterblieben ist. Aber wir fanden, es gehe uns nichts an, daß Frauen und Kinder in dem uns an Religion und Blut verwandten Volke verhungerten. Und die Nemesis hat unsre Unbarmherzigkeit an unsren eigenen Seeleuten heimgesucht.

Was haben wir nun dadurch politisch gewonnen? Gibt es einen Norweger, der nicht errötet, wenn er daran denkt, was wir jetzt täglich dulden? Daß wir unsrem Tyrannen helfen, seine Tyrannei über uns aufrechtzuerhalten? Die schwedische Kompensationspolitik war nationsbewußt, aber nicht profitabel. Ist jemand jetzt im Zweifel darüber, daß wir auch wirtschaftlich gewonnen haben würden, wenn wir zusammen mit Schweden eine nordische Kompensationspolitik gewagt hätten — und wir bei Friedensschluß unsre Flotte unversehrt behalten haben würden? Vom Herbst 1916 an haben wir die Früchte unsrer Politik in den zwei ersten Kriegsjahren gepflückt. Diejenigen, die mit Rücksicht auf „unsre alte Freundschaft" im Westen, aus Furcht und aus Gewinnsucht uns in diese Abhängigkeit geführt haben, tragen die Verantwortung für unsre Verluste an Seeleuten, Flotte und — nationaler Ehre. Die haben mehr als ich Veranlassung, ihren Standpunkt zu rechtfertigen.

Was geht in Böhmen vor?

Von Rudolf Rotheit

Nach zweieinhalbjähriger Abwesenheit, die durch Untersuchungshaft, Kriegsgerichtsverhandlung und Strafgefangenschaft ausgefüllt war, traf Dr. Karl Kramarz, durch kaiserliche Gnade der Freiheit wiedergegeben, Mitte Oktober wieder in Prag ein. Sein Einzug glich nicht nur einem Triumphzug, wie man zu sagen pflegt; es war

Digitized by Google

tatsächlich ein solcher. Um einen ungekrönten König scharte sich in seltener Einmütigkeit ein ganzes Volk. Auf dem Bahnhof begrüßten den Heimkehrenden, als hervorragendsten Bürger der Stadt, die Vertreter der Prager Gemeindeverwaltung. Die Leiter seiner eignen Partei huldigten ihm als ihrem obersten Führer. Redner anderer Parteien legten ihm, als einem nationalen Märtyrer, ihre Ehrerbietung zu Füßen, und auf der Straße feierte ihn, vor seinem Hause sich stauend, die Volksmenge als ein leuchtendes Vorbild im politischen Kampfe. Mitten in schwerer Kriegszeit erlebte Prag auf diese Weise einen Jubeltag; ein nationaler Sieg von weittragender Bedeutung war errungen.

Von diesem Augenblick an waren die Tschechen ganz wieder obenauf und sofort gingen sie zum Angriff über. Die Stimmung in Prag hatte im Kriegsverlauf starke Wandlungen durchgemacht. Von freudiger Erwartung gewisser Ereignisse im Spätherbst 1914, die sich dann doch nicht einstellten, weil von den Karpathen bis zur Hauptstadt Böhmens der Weg zu weit war, verfiel man in tiefsten Schrecken, als die Militärbehörde scharf zufaßte und, von anderen Maßregeln abgesehen, Herrn Kamarz mitsamt verschiedenen Freunden glattweg abführen ließ. Im Dezember 1915, am Thronbesteigungstage Kaiser Franz Josephs, fand man es unter solchen Umständen für angebracht, mit der Faust in der Tasche äußerste Ergebenheit dadurch zu markieren, daß sich zum ersten Male ganz Prag — jedes Haus ohne Ausnahme, einschließlich des tschechischen Volkshauses — mit schwarzgelben Fahnen schmückte. Seitdem lebte man in steter Sehnsucht nach einem Wunder, einer plötzlichen Wendung, einer Herzerhebung, bis eine solche denn auch wirklich eintrat — allerdings nicht so, wie man es sich vorgestellt hatte, sondern eben durch die Freilassung des Herrn Dr. Kamarz und seiner Mitverurteilten.

In den Festreden des Kramarz-Tages wurde bereits unter Begeisterungsstürmen das Ziel der neu in die Wege geleiteten politischen Kämpfe gewiesen. Es war dies freilich nichts anderes als das alte staatsrechtliche Programm des Tschechentums, das erst wieder am 30. Mai 1917 in einer feierlichen Erklärung kundgetan worden war: Errichtung eines selbständigen tschechischen Staates in seinen geschichtlichen Grenzen. Gerade in diesem Augenblick jedoch mit solchem Nachdruck und Lärm erneut vorgetragen, bedeutete es eine bewußt schroffe Kampfansage an die Deutschen, die Magyaren, an den österreichischen Staat und das ganze Gefüge der Doppelmonarchie. Politische Versammlungen in Prag folgten rasch nacheinander, und ehe man sich's versah, stand, von den Tschechen absichtlich herbeigeführt, die ganze Misere der Nationalitätenzerwürfnisse wieder auf der Tagesordnung.

Zur nachdrücklicheren Führung des Kampfes auf tschechischer Seite wurde vor allem das agitatorische Hauptblatt des Tschechentums, die „Narodni Listy", dessen Hauptaktionär Dr. Kramarz ist, redaktionell umgestaltet. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, hatte sich das Blatt seit der Verhaftung des Dr. Kramarz (Weihnach-

Digitized by Google

ten 1914) zu gemäßigterer Haltung bequemt. An die Stelle verhafteter Schriftleiter waren vorsichtigere Männer getreten, die sich schlecht und recht ins Unvermeidliche fügten. Kaum war Kramarz nach Prag heimgekehrt, so schritt man daran, diese Lückenbüßer im Redaktionsstabe des Blattes abzusägen und den Radikalismus in seine früheren Rechte wieder einzusetzen. Die erste Nummer unter der neuen Leitung — dritte Oktoberwoche — brachte neben einem Leitartikel von Kramarz, der in hoffnungsvollem Hinweis auf die Zukunft die tschechische Einigkeit pries und zu deren Aufrechthaltung mahnte, einen Aufsatz über die — durch eine Zeichnung veranschaulichten — „geschichtlichen Grenzen des Tschechenstaates", die außer Böhmen, Mähren und Schlesien auch die Slowakei, also einen beträchtlichen Teil des heutigen Königreichs Ungarn, einschließen und sich hinabziehen bis zur Donau mit freiem Zugang (einem „Korridor") zum Meer, was, wie Dr. Baernreither jüngst im österreichischen Herrenhaus feststellte, mit den Absichten der Entente übereinstimmen würde.

In Hinblick darauf, daß die Prager Versammlungs- und Parteibeschlüsse gleichfalls auf die Angliederung der Slowakei an das erträumte Tschechien abzielen, wandte sich im ungarischen Parlament der Abgeordnete Vadasz mit einer geharnischten Anfrage an die Regierung wegen dieser gegen die Integrität Ungarns gerichteten Umtriebe. Ministerpräsident Dr. Wekerle erwiderte, es sei ihm nicht nur an allerhöchster Stelle, sondern auch von österreichischen Regierungskreisen verbürgt worden, daß solche Bestrebungen dort keinerlei Stütze fänden, und der österreichische Justizminister habe ihm bereits bestimmte Zusagen hinsichtlich einer entsprechenden Änderung des österreichischen Strafgesetzes gemacht; es müßte gefordert werden, daß solche Umtriebe auch in Österreich unter Strafe gestellt werden und daß „in dieser Monarchie niemand fortwährend den Karren unserer Feinde schiebe". Vorläufig, bis zur Änderung der Strafbestimmungen in Österreich, so fuhr Wekerle fort, „müssen wir schon im Interesse der Kriegführung entschieden fordern, daß ähnliche Bestrebungen in der Presse durch die Zensur verhindert werden."

Der tschechische Widerhall ließ nicht lange auf sich warten. Voll Hohn und Schmähungen fielen die „Narodni Listy" über Wekerle und die Magyaren her. Wekerle habe nichts Gescheiteres gewußt, als die Tschechen an oberster Stelle zu verpetzen und die österreichische Polizei gegen sie aufzurufen. „Die Magyaren sind am Ende mit ihrer gewalttätigen Nationalitätenpolitik und fürchten sich vor dem öffentlichen europäischen Tribunal ... Wenn es wahr ist, daß dieser Krieg vor allem die Völkerkarte Europas umgestalten wird, dann stehen die Magyaren Aug in Aug vor einem schreckhaften Problem. Der magyarische Staat ist eine Sünde gegen die Natur. Wenn in ihm die allgemeinen Grundsätze und Bedingungen erfüllt wären, kraft deren ein Staat entsteht und sich hält, dann würde dieser Staat die Probe nicht aushalten ... Eine bloß mechanische Vereinigung trägt den Zerfall in sich ... Die Stunde der Not ist im Anzug. Von fern erklingen bereits die Fanfaren der zu Nationalstaaten wieder-

Digitized by Google

geborenen Völker, und die Magyaren haben Angst, Europa vor die Augen zu treten." Übrigens — so schließt der Aufsatz — sind die Magyaren, die sich von Österreich abgesondert haben und für die Österreich Ausland ist, am wenigsten befugt, in der Frage des tschechischen Staates mitzureden.

Man beachte, daß dieser Aufsatz, der zudem von Beleidigungen gegen die Magyaren strotzt, nicht etwa im feindlichen Ausland, sondern in einer Großstadt der österreichisch-ungarischen Monarchie erschienen ist, und man wird an diesem Beispiel erkennen, wie sehr den Tschechen der Kamm geschwollen ist, mit welcher Unbekümmertheit sie heutzutage um sich schlagen. Die unmittelbaren Leidtragenden sind indes nicht die Magyaren, die sich als beati possidentes (die glücklichen Besitzer) mit einiger guten Laune schließlich darüber hinwegsetzen könnten; wer am schärfsten und unmittelbarsten davon betroffen ist, das sind die Deutschen der Sudetenländer.

Sie haben es vorausgesehen, daß es so kommen werde. Schon im Juli dieses Jahres, bald nach der Begnadigung der Tschechenführer, erließ der Deutsche Volksrat für Böhmen einen in den dortigen Blättern veröffentlichten Aufruf, worin zu lesen war: „Die inneren Feinde arbeiteten schon sein langem mit Verrat und Tücke dem äußeren Feinde in die Hände, um auf den Ruinen des Vaterlandes neue, fremde Staaten aufrichten zu können. Die inneren und äußeren Feinde sind auch die Feinde unseres Volkes ... Verrat folgte auf Verrat. Fahnenflucht war die Regel. Und jede dieser Schandtaten kostete Hunderten deutscher Väter, Brüder und Söhne das Leben." Der Aufruf erklärt, die Deutschen seien nicht gewillt, „auf die Erfüllung ihrer Forderungen, die sie von der unerträglichen tschechischen Mehrheitsherrschaft befreien soll, noch länger zu warten," das deutsche Volk „will sein Recht auf die Scholle der Heimat, sein Recht auf die deutsche Sprache in Amt und Gericht ... Die Deutschen sind sich mit allen im Staate maßgebenden Kreisen darin einig, daß der Weg hierzu über eine großzügige Verfassungsreform auf dem Boden der nationalen Autonomie führt, und sind bereit, an diesem Werke, das die Zukunft des Kaiserstaates sicherstellen soll, freudig mitzuarbeiten."

Inzwischen haben sich die Verhältnisse von Tag zu Tag nur noch verschlimmert. Wie tief das Gift sich eingefressen hat, erfährt man aus einer im österreichischen Herrenhaus eingebrachten Anfrage an die Regierung, weshalb einzelne Bezirke Böhmens über ihre Leistungsfähigkeit hinaus zur Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse herangezogen werden, während man andere Bezirke schonend behandelt. Diese Anfrage, von so besonnenen Männern wie Graf Karl Schönborn, Fürst Fürstenberg, Fürst Hohenlohe, Graf Waldstein, Dr. Baernreither, Dr. v. Plener unterschrieben, bestätigt durch die bloße Tatsache, daß sie gestellt wurde, die Mitteilungen des Grafen Nostiz und des Abtes Hellmer von Stift Tepl in Böhmen, die im Herrenhaus erzählten, daß in deutschen Gemeinden Böhmens nicht einmal Erdäpfel mehr vorhanden seien, während tschechische Gemeinden im Überfluß leben. Es mag dies eine

Digitized by Google

kleine Probe davon sein, was in einem Tschechenstaate die Deutschen neben politischer Bedrückung unter Umständen auch materiell zu erdulden hätten.

Ist es da ein Wunder, wenn — unseres Wissens zum erstenmal — von deutscher Seite in aller Form der Ruf nach Errichtung einer Provinz Deutsch-Böhmen ertönt, wenn also die Deutschen über ihre bisherige Forderung der kulturellen und politischen Autonomie im Rahmen des jetzigen Böhmens hinaus eine völlige Abtrennung von Tschechisch-Böhmen verlangen? Eine Aufforderung, in diesem Sinne zu handeln, erging von der Reichenberger Stadtverordnetenversammlung an alle deutsch-böhmischen Städte, Bezirke und Gemeinden. Der Reichenberger Bürgermeister Dr. Bayer erklärte aus diesem Anlaß, man müsse los von den Tschechen, da nur so die Zukunft des deutschen Volkes gesichert und den tschechischen Machtgelüsten ein Gegengewicht geboten werden könne.

Dieser bemerkenswerte Vorgang darf als eine Antwort gelten auf die Hervorholung des alten Rezepts politischer Doktoren aus verschiedenen Lagern, den österreichischen Staat zur Heilung seiner inneren Krankheiten auf föderativer Grundlage umzugestalten. Damit er zur Ruhe gelange, soll der bisher von Wien aus „zentralistisch" regierte Nationalitätenstaat Österreich in einen Bund selbständiger Nationalstaaten umgewandelt werden. Der Gedanke der Förderation, von den Tschechen seit jeher verfochten, hat zweifellos in den letzten Zeiten auch außerhalb des Tschechentums an Boden in Österreich gewonnen. Höchst bedauerlich ist dabei nur, daß eine anational fühlende kleine Gruppe unter den Deutschen in Österreich sich so sehr bereit zeigt, mit den Föderalisten durch dick und dünn zu gehen, daß sie sich nicht scheut, über die Deutsch-Böhmen dabei zur Tagesordnung hinwegzuschreiten und sie dem Staate Tscheschien mit Haut und Haaren zu überliefern... Und noch bedauerlicher ist es, daß diese Gruppe sogar in einem Teile der reichsdeutschen Presse Mitläufer findet. Diesen Leuten und den anderen Föderalisten ruft nun die Reichenberger Stimme zu: „Gut, wenn ihr einen Bundesstaat haben wollt — in Himmels Namen, dann aber soll Deutsch-Böhmen nicht dem Königreich Tschechien angehören, sondern als Staatswesen mit Eigenleben Mitglied des Bundesstaates sein!" Wie das mit der von den Tschechen zäh verfochtenen „Einheit und Unteilbarkeit Böhmens" in Einklang zu bringen ist, darüber brauchen sich die Deutschen nicht den Kopf zu zerbrechen; das sollen die Föderalisten sich selbst tun. Fest steht, daß die Deutschen Böhmens nur dann in die föderalistische Laube gehen würden, wenn sie als national in vollem Umfange gleichberechtigtes Glied in den Föderativstaat eintreten könnten. Daß sie aber unter allen Umständen, ungeachtet der sonstigen deutsch-österreichischen Zersplitterung, die Unterstützung der anderen Deutschösterreicher in den großen politischen Fragen für sich haben — mit Ausnahme der erwähnten winzigen Gruppe — dafür zeugt der Ausspruch des Herrenhausmitgliedes Beurle in den jüngsten Debatten über die Zustände in Böhmen: „Die Alpendeutschen fühlen

Digitized by Google

sich eins mit den Deutsch-Böhmen in treuer Gemeinbürgschaft. Die Verteidigung ihrer Stellung betrachten wir als Verteidigung unserer eigenen Stellung, als erste und heiligste Pflicht der Nationaltät."

Die japanisch-deutschen Beziehungen nach dem Kriege

Von Professor Dr. Senga Tsurutaro

Der nachstehende Artikel eines bedeutenden japanischen Politikers, Professor Dr. Senga Tsurutaro-Kioto, den er in der japanischen Zeitschrift „Taiyo" vom 15. Juni veröffentlicht hat, erscheint wert, der Öffentlichkeit bei uns mitgeteilt zu werden. Er enthält Einseitigkeiten und Schiefheiten, insbesondere scheint der Verfasser den deutschen Charakter wenig zu kennen; sonst würde er uns nicht Aufgeben der Bundestreue gegen die Türkei zumuten. Auch über die Aussichten Deutschlands auf Sieg oder Niederlage, über Abrüstung und desgleichen wollen wir mit Professor Senga Tsurutaro hier nicht diskutieren. Interessant ist uns nur seine politische Stellungnahme.

Seit dem Ausbruch des Kriegs sind verschiedene Prophezeiungen darüber unternommen worden, welche Gruppe der Kriegführenden schließlich als Sieger aus dem Kampf hervorgehen werde. Die Ententemächte haben sich verrechnet, als sie annahmen, Deutschland würde innerhalb eines Jahres oder gar innerhalb von sechs Monaten geschlagen sein. Auch unter den Japanern war diese Ansicht weit verbreitet. Englands Eintritt in den Krieg dürfte lediglich auf Grund dieser irrtümlichen Ansicht erfolgt sein. Hätte England geglaubt, daß der Krieg sich solange hinziehen würde, so hätte es wahrscheinlich nicht gegen Deutschland zu den Waffen gegriffen. Auch Deutschland seinerseits hat sich verrechnet: Deutschland bildete sich ein, die Verletzung der belgischen Neutralität würde nicht genügen, um England zum Eingreifen zu bringen, und es würde daher imstande sein, Frankreich und Rußland innerhalb eines Jahres, vielleicht sogar eines halben Jahres zu besiegen. Keins der beteiligten Länder würde den Krieg unternommen haben, wenn es von Anfang an eine klare Vorstellung darüber gehabt hätte, daß der Krieg sich jahrelang hinziehen würde, ohne die Hoffnung auf einen entscheidenden Sieg über die Gegner. Kurz gesagt, der Krieg ist zurückzuführen auf falsche Schätzung, sowohl auf englischer wie auf deutscher Seite. Der chinesisch-japanische Krieg war eine Folge der Unkenntnis Chinas über Japans wirkliche Stärke. Und der russisch-japanische Krieg wurde entfesselt, weil man in Rußland die Leistungsfähigkeit Japans unterschätzte. Man sieht also, daß jeder Krieg sich zurückführen läßt auf falsche Berechnung entweder auf der einen oder auf beiden Seiten. Kein Land würde einen Krieg unternehmen, wenn es die Unmöglichkeit, den Gegner zu besiegen, klar vor Augen sähe. Feindseligkeiten werden niemals rein aus rechtlichen oder politischen Gründen eröffnet. Sie werden eröffnet, weil

Digitized by Google

der Kriegführende auf den Sieg rechnet. Man wird sagen können, daß im gegenwärtigen Krieg heute beide Parteien bereuen, gegen die andere zum Schwert gegriffen zu haben. Aber wenn die Dinge einmal soweit gediehen sind wie jetzt, kann keine der kämpfenden Parteien aufhören, jede von ihnen muß die kriegerischen Operationen fortsetzen in der Hoffnung, am Ende doch noch, koste es, was es wolle, den Sieg davontragen zu können. Da erhebt sich die Frage: „Welche Gruppe wird schließlich den Sieg erringen?" Eins ist wohl zum mindesten klar: Deutschland wird nicht imstande sein, einen absoluten Sieg zu erkämpfen. Zur Erreichung eines solchen Ergebnisses fehlt es ihm an der unerläßlichen Truppenzahl. Deutschland ist militärisch nicht stark genug, um Petersburg oder Paris zu erobern. Und doch wäre für einen absoluten Sieg Deutschlands die Einnahme von Petersburg und Paris die unerläßliche Vorbedingung. Wenn ein solcher positiver Sieg Deutschlands nicht möglich ist, so kann der Krieg entweder unentschieden bleiben oder mit einer Niederlage Deutschlands enden. Bei der gegenwärtigen Kriegslage ist es unmöglich, vorauszusagen, ob der Krieg unentschieden bleiben oder mit einer Niederlage Deutschlands enden wird. (Nach der Einnahme von Riga, Oesel und der Niederlage der Italiener wirkt dieser Satz geradezu grotesk. Man darf eben nicht übersehen, daß der Aufsatz bereits im Juni geschrieben wurde. Die Schriftleitung der „D. Pol.") Angesichts des Umstands, daß Deutschland keinen Überschuß militärischer Leistungsfähigkeit mehr in Reserve hat, muß man von der Annahme ausgehen, daß es nicht mehr in der Lage ist, die Offensive zu ergreifen, aber wenn Deutschland sich entschließt, sich auf die Defensive zu beschränken, so werden die Alliierten es schwierig finden, Deutschland zu schlagen. Es wird sehr die Frage sein, ob es den Alliierten jemals gelingen wird, ihre jetzt von deutschen Truppen besetzten Gebiete den Feinden gänzlich wieder zu entreißen.

Was die Seekriegführung anlangt, so handelt England unzweifelhaft gegen das Völkerrecht, indem es seine Blockade der Nordsee durchführt und alle Verbindungen zwischen Deutschland und anderen Ländern abschneidet. Auf der anderen Seite verletzt auch Deutschland das Völkerrecht, indem es zum U-Bootkrieg seine Zuflucht nimmt, um neutrale Handelsschiffe von England und Frankreich fernzuhalten. Es ist aber mindestens zweifelhaft, ob Englands völkerrechtswidrige Handlung die Wirkung haben wird, Deutschland in die Knie zu zwingen, mit anderen Worten, ob die Blockade imstande sein wird, Deutschland auszuhungern. Auf der anderen Seite wird man sagen können, daß Deutschland, selbst wenn es imstande wäre, den Krieg unter Wasser mit tausend U-Booten durchzuführen, es doch schließlich unmöglich finden würde, den Seeverkehr zwischen England und Amerika vollkommen lahmzulegen, obwohl es unzweifelhaft durch diese Mittel England in große Not bringen kann. Wenn aber die Entbehrungen in beiden Ländern eine erhebliche Zeit weiter andauern, würden dadurch vielleicht einer Beendigung des Krieges durch gegenseitige Zugeständnisse die Wege geebnet werden.

Digitized by Google

Angenommen, daß der Krieg unentschieden bleibt, so werden an den Grenzen der kriegführenden Staaten keine wesentlichen Änderungen eintreten. Entweder wird die Lage vor dem Krieg in allen Einzelheiten wieder hergestellt werden oder es mag auch sein, daß Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgegeben und Russisch-Polen unabhängig gemacht wird. Belgien wird sein verlorenes Gebiet wieder erhalten. Aber im übrigen wird alles beim alten bleiben. Wenn Deutschland sich zu Zugeständnissen entschließen muß, so mag vielleicht die Errichtung eines unabhängigen Königreichs Polen unter Zusammenlegnng von Russisch- und Deutsch-Polen die Folge sein. Was den Balkan anlangt, so wird sich dort außer in bezug auf die Türkei keine Änderung ergeben. Die zukünftige Gestaltung von Griechenland, Bulgarien, Serbien, Rumänien und Montenegro wird zu einigen Auseinandersetzungen führen, ob wenn der Krieg unentschieden bleibt, wird in der Gesamtlage dieser Länder keine wesentliche Änderung eintreten. Dagegen unterliegt es kaum einem Zweifel, daß die Türkei zu einer recht kläglichen Stellung herabgedrückt werden wird. Selbst wenn der Krieg unentschieden bleiben sollte, würde der Besitzstand der Türkei erhebliche Änderungen erleiden, denn die europäischen Mächte haben schon längst den Wunsch gehegt, die Türken nach Asien zurückzudrängen, weil die Türken einer anderen Rasse angehören als die übrigen Völker Europas, und weil sie Eindringlinge auf dem Boden Europas sind. Deutschland hat keineswegs von allem Anfang an Sympathien für die Türkei gehabt. Ausschließlich militärische Erwägungen haben in Deutschland den Wunsch gezeitigt, die Türken auf der deutschen Seite zum Eingreifen zu bewegen. Die Ententemächte werden über die Frage der Erledigung der Türkei mit Deutschland verhandeln und können dabei von der Überzeugung ausgehen, daß Deutschland nicht ernsthaft zögern wird, die Türkei zu opfern, die infolgedessen in eine höchst schwierige Lage geraten wird. Es ist sehr wahrscheinlich, daß auf Grund einer Verständigung zwischen den Alliierten und Deutschland Konstantinopel an Rußland, und Ägypten endgültig an England abgetreten wird, und daß als Gegengabe Deutschland seine sämtlichen überseeischen Kolonien wieder erhält.

Es erhebt sich die Frage, ob die Rüstungen der Mächte zu Lande und zur See irgendeiner Beschränkung unterworfen werden können, wenn der Krieg unentschieden bleibt. Meiner Meinung nach kann von der Auferlegung solcher Beschränkungen keine Rede sein, denn der preußische Militarismus wird nicht niedergeworfen sein. Der Grund, warum Amerika so laut nach Rüstungseinschränkung schreit, ist darin zu suchen, daß die Vereinigten Staaten selbst so schlecht gerüstet sind. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten lehnt sich gegen eine Verstärkung der amerikanischen Rüstungen im Wettbewerb mit anderen Nationen auf. Unter diesen Umständen bleibt für die Vereinigten Staaten nichts übrig, als auf die anderen Mächte im Sinne einer Rüstungseinschränkung einzuwirken. Wenn England für die Vernichtung des preußischen Militarismus sich einsetzt, so liegt der wahre Grund

Digitized by Google

darin, daß die englische Armee mangelhaft ist. Wenn Rußland auf der ersten Friedenskonferenz für eine Beschränkung der Rüstungen eintrat, so lag der Grund dafür darin, daß es seine Rüstungen bis zur äußersten Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit ausgedehnt hatte und daher versuchen mußte, auf andere Staaten in dem Sinne einzuwirken, daß diese von weiteren Rüstungen Abstand nähmen. So zeigt es sich, daß jedes Land, das für die Abrüstungsidee eintritt, letzten Endes sein Augenmerk auf die eigenen Aussichten im Ernstfall gerichtet hat und weit davon entfernt ist, die sogenannten gemeinsamen Menschheitsinteressen am Herzen zu haben.

Aber selbst wenn man dem Problem ernsthaft näher treten sollte, würden seiner praktischen Lösung die größten Schwierigkeiten im Wege stehen. Nach welchen Grundsätzen sollte z. B. das Maß der Einschränkungen bei den einzelnen Ländern gemessen werden? Einige Leute meinen, die Einschränkung sollte im Verhältnis zur Bevölkerungszahl oder zur Gebietsgröße der einzelnen Länder erfolgen. Aber das ist nicht annehmbar, denn dann würden allein Rußland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten — von China ganz zu schweigen — in Rüstungsfragen obenauf sein. Käme es zum Krieg zwischen einem großen und einem kleinen Land, so würde es doch gänzlich unmöglich sein, das größere zu veranlassen, nur einen entsprechend kleinen Teil seiner Truppen zu mobilisieren. Mit anderen Worten, eine solche Maßregel würde eine schreiende Ungerechtigkeit gegen die kleineren Staaten bedeuten. Kurz, die Theorie der Rüstungseinschränkungen ist unpraktisch und läßt sich nicht verwirklichen. Unter diesen Umständen werden gerade die Ententemächte angesichts der bitteren Erfahrungen, die ihnen dieser Krieg gebracht hat, das Bedürfnis empfinden, ihre Rüstungen zu verstärken und werden in der Vergrößerung ihrer Heere und Flotten miteinander wetteifern.

Von allen Mächten wird England am stärksten das Bedürfnis empfinden, seine Rüstungen zu vergrößern. Es hat gelernt, daß seine Flotte nicht so leistungsfähig ist wie es dachte, und daß seine Armee viel zu wünschen übrig läßt. England wird sicher seine ganze Tatkraft aufbieten, um diesen Mängeln abzuhelfen. Die Vereinigten Staaten werden diesem Beispiel folgen müssen, und die andern Nationen: Frankreich, Rußland sowohl wie Deutschland, werden sich mit gleichem Eifer der Aufgabe der Rüstungsverstärkung widmen mit dem unvermeidlichen Ergebnis, daß alle Weltmächte bis zur Erschöpfung in dieser Richtung sich anstrengen werden.

Nun wird die Frage entstehen, welche Macht schließlich, wenn das Wettrüsten in dieser Weise weiter betrieben wird, diplomatisch den größten Einfluß wird ausüben können. Wenn es Deutschland wieder gelingt, die vielen diplomatischen Fehler, die es in den letzten Jahren begangen hat, wieder gut zu machen, wenn das Steuer seiner auswärtigen Politik in die Hand eines gewandten Diplomaten, wie Bismarck einer war, gelegt wird, mag es zu einer dominierenden Stellung in der Welt sich erheben.

Digitized by Google

Es ist unvermeidlich, daß der augenblickliche Krieg Deutschland zum Bewußtsein seiner ungeheuren Kraft gebracht hat. Die Überzeugung hat sich ihm sicherlich aufgedrängt, daß, hätte es nur mit einer einzelnen unter den Ententemächten zu tun gehabt, es diese mit absoluter Sicherheit besiegt hätte. In diesem Bewußtsein wird Deutschland zweifellos eine selbstsichere Haltung einnehmen. Aber um eine überragende Stellung für Deutschland zu erringen, muß seine politische Leitung in Hände gelegt werden, die so geschickt wie die Bismarcks sind.

Setzen wir nun einmal den Fall, daß der Krieg mit einer vollkommenen Niederlage Deutschlands endet, so erhebt sich die Frage, was mit dem Gebiet des Deutschen Reiches geschieht. Wenn es gelingt, Deutschland seiner Kampfkraft vollständig zu berauben, so wird das natürlich wichtige Änderungen bezüglich des Reichsgebiets und [illegible] bezüglich der Rüstungsmöglichkeiten für Deutschland im Gefolge haben. Zu Land wird von ihm die Schleifung der gegen Frankreich und Rußland errichteten Festungen gefordert werden. Seine Land- und Seemacht wird in einer Weise beschränkt werden, die das Ende des preußischen Militarismus bedeutet. In territorialer Beziehung wird Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückfallen, und Deutsch-Polen erlangt entweder seine Unabhängigkeit oder wird von Rußland annektiert. Auch Schleswig-Holstein wird unabhängig, und Hannover wird wohl Preußen wieder abgenommen werden. Königsberg, eine wichtige Festung an der russischen Grenze, wird ebenfalls russisch werden. Auch ist es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß Deutschland als Bundesstaat in die Brüche geht, und daß Deutschland wieder in eine Reihe von Kleinstaaten zerfällt wie früher. Sollte es dahin kommen, so wird Deutschland in einen Zustand der Machtlosigkeit verfallen, der ihm den Platz selbst noch hinter Mächten zweiter Klasse anweisen würde.

Aber selbst wenn dieses Äußerste sich vermeiden ließe, eins bleibt sicher: im Falle einer vollkommenen Niederlage Deutschlands wären die Tage des preußischen Militarismus gezählt.

Sollte Deutschland seine politische Stellung in der Welt verlieren, so würden auch sein *Handel* und seine *Industrie* einen gewissen Rückgang erfahren, da diesen der Rückhalt einer mächtigen Regierung fehlen würde. Trotzdem ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß Deutschlands Handel und Industrie nicht tödlich getroffen werden. Kein Friedensvertrag kann Deutschlands Entwickelung auf diesem Gebiet für die Dauer niederhalten, es wird aller Wahrscheinlichkeit nach in der Heimat zu einer neuen Blüte kommen. Der Unterschied zwischen den in dieser Beziehung vor und nach dem Kriege obwaltenden Verhältnissen wird nicht so bedeutend sein, wie angenommen werden könnte. Wenn die Ententemächte sich zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Deutschland entschließen und die deutsche Einfuhr durch hohe Zollschranken aussperren, so wird das selbstverständlich Deutschland in eine schwierige Lage bringen. Aber es ist absolut unmöglich für die Ententemächte, durch eine der-

Digitized by Google

artige Maßregel die Gesamtheit der in Deutschland erzeugten Waren zu treffen. Die Vereinigten Staaten werden sich zweimal besinnen, ehe sie sich einer solchen Politik anschließen, wenn sie Waren von guter Qualität von Deutschland billiger als von England und Frankreich beziehen können, und der Handel zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten wird bald wieder in voller Blüte sein. Auch China würde deutsche Waren nicht zurückweisen, und es wird sich auf den chinesischen Märkten eine große Nachfrage nach solchen entwickeln.

Was nun gar die deutsche Wissenschaft anlangt, so kann nicht angenommen werden, daß eine Niederlage Deutschlands sie ernsthaft beeinflussen könnte. Es gibt Leute, die die Ansicht vertreten, Blüte und Niedergang der Wissenschaft eines Landes stehe in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Steigen und Fallen seiner politischen Machtstellung. Aber das ist nicht immer richtig. Deutschland hat den hohen Stand seiner Wissenschaft keineswegs erst infolge der Konsolidierung seiner politischen Macht erreicht. Selbstverständlich ist nicht zu bestreiten, daß die deutsche Regierung durch ihre kräftige Unterstützung viel dazu beigetragen hat, den Fortschritt der deutschen Wissenschaft zu sichern. Aber ihr gegenwärtiger Hochstand ist doch in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Deutschen eine außerordentliche natürliche Befähigung für wissenschaftliche Studien besitzen. Die Deutschen verfügen im höchsten Maße über die Eigenschaft der Gründlichkeit im Verfolgen wissenschaftlicher Studien, eine Eigenschaft, die die wesentlichste Vorbedingung für wissenschaftliche Erfolge ist. Unter diesen Umständen wird, auch wenn das Kriegsglück gegen Deutschland entscheidet, dieses Land nicht aufhören, der Mittelpunkt der wissenschaftlichen Weiterentwickelung der Welt zu sein. Manche Leute glauben, die Vereinigten Staaten würden nach dem Krieg die bisher von Deutschland innegehabte Stellung als Mittelpunkt der Weltwissenschaft einnehmen, aber das scheint mir eine sehr oberflächliche Auffassung zu sein. Die Amerikaner sind ein Volk, das seiner Natur nach zu gründlichen wissenschaftlichen Studien schlecht geeignet ist. Es braucht nicht besonders darauf hingewiesen zu werden, daß die wissenschaftlichen Fortschritte Deutschlands allmählich auch wieder zu einer Hebung seiner politischen Stellung beitragen werden und daß sie auch auf die deutsche Industrie einen sehr erheblichen fördernden Einfluß ausüben werden. Um nur eins von vielen Beispielen anzuführen: Japan kann Farbstoffe in der Qualität, wie sie von Deutschland geliefert werden, nicht herstellen. Das Studium der Chemie der Farbstoffe erfordet die vereinigten Bemühungen vieler Gelehrter und die Hergabe reichlicher Geldmittel für experimentelle Zwecke. Es gibt nur sehr wenige japanische Gelehrte, die bereit wären, ein solches Spezialstudium mit Gründlichkeit zu betreiben, und die japanischen Erwerbsgesellschaften tun nichts, um solche Studien materiell zu unterstützen. Im Gegensatz hierzu sind selbst deutsche Privatbetriebe jederzeit bereit, in dieser Hinsicht große finanzielle Opfer zu bringen. Mir erscheint es danach klar, daß Deutschland seine wissenschaftliche Führerstellung nach wie vor behalten wird.

Digitized by Google

Wenn wir uns nun fragen, welche Änderungen die Beziehungen zwischen Japan und Deutschland erleiden werden, wenn Deutschland vollständig besiegt wird, so müssen wir gestehen, daß uns ein solcher Ausgang des Krieges nicht als in Japans Interesse liegend erscheint. Abgesehen davon, daß Kiautschou und einige Südseeinseln in unsern Besitz übergehen, wird Japan keinen erheblichen Nutzen davon erwarten können. Vom Marinestandpunkt aus betrachtet sind die Inseln strategisch für Japan kaum von Wichtigkeit, da wir ein Bedürfnis, dort Flottenstationen zu errichten, nicht als vorliegend erachten können. Andererseits aber wird eine vollkommene Niederlage Deutschlands England große Vorteile eintragen. Schon allein der Besitz der bisherigen deutschen Kolonien in der Nähe Australiens wird für England einen größeren Gewinn bedeuten als alle Vorteile, die Japan als Folge dieses Krieges erlangen könnte. Desgleichen kann England ungeheure Interessen in Afrika erwerben, wenn es die dortigen deutschen Kolonien mit Frankreich teilt. Und um die Liste seiner Beutestücke zu vervollständigen, sei noch die Erwerbung Ägyptens von der Türkei erwähnt. Wenn Deutschland endgültig besiegt wird, wird Englands weltbeherrschende Stellung nicht nur im Osten, sondern auch in Europa endgültig feststehen, weil man sich dessen wird bewußt bleiben müssen, daß der Krieg, der andernfalls gegen Rußland und Frankreich entschieden worden wäre, von den Alliierten dadurch gewonnen worden ist, daß England diesen beiden Ländern zu Hilfe gekommen ist. In Anbetracht des Kolonialbesitzes, der England ohnehin schon im fernen Osten gehört, wird es in diesem Teil der Welt vorherrschen. Während also Japan so gut wie nichts gewonnen haben würde, würde England, vom deutschen Druck befreit, der ihm bislang Zurückhaltung auferlegte, im fernen Osten eine neue Geschäftigkeit entfalten. Es würde seine wirtschaftlichen und politischen Ziele in China ohne jegliche Hemmung verfolgen und würde, da es in Indien und Australien ohne irgendwelche Rücksichtnahme auf die Interessen anderer vorgehen könnte, dem fremden Handel dort alle nur möglichen Hindernisse in den Weg legen, besonders aber dem japanischen, wodurch Japans Stellung im fernen Osten sowohl politisch als auch wirtschaftlich auf das schädlichste beeinflußt werden würde. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß dieser Zustand sehr lange anhalten würde: Rußland wird eine sehr rapide Entwicklung durchmachen, wenn es sich erst einmal auf seine nationalen Kräfte besinnt. Im Gegensatz zu Frankreich mit seinem beschränkten Staatsgebiet und seiner zurückgehenden Bevölkerung verfügt Rußland über ein ungeheures Gebiet, und es ist alle Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, daß seine Bevölkerung einen schier unbegrenzten Zuwachs erfahren wird. Unter diesen Umständen ist es nicht schwer vorauszusagen, daß über kurz oder lang England und Rußland um die Oberherrschaft zu kämpfen haben werden. Die Frage, ob in einem solchen Falle Japan auf die Seite Englands oder Rußlands sich stellen oder neutral bleiben sollte, kann späterer Prüfung vorbehalten bleiben. Aber was uns heute unmittelbar berührt, ist die Erkenntnis, daß Japan durch das

Digitized by Google

mit. Sicherheit im Falle eines vollständigen Sieges der Alliierten zu erwartende hochfahrende Auftreten Englands in sehr ernsthafte Schwierigkeiten geraten wird.

Selbst wenn der Krieg mit einer vollständigen Niederlage Deutschlands endigen würde, würde sich der japanische Bedarf an deutschen Erzeugnissen auch nach dem Krieg nicht wesentlich ändern. Auch wissenschaftlich wird Japan sich weiter an Deutschland um Unterweisung wenden müssen. Wie vor dem Krieg werden japanische Studierende nach Berlin zu eilen wünschen, um ihre wissenschaftliche Ausbildung dort zu vollenden.

Zum Schluß mag erwähnt werden, daß die Verfügnng über Kiautschou und die Südseeinseln Japans besondere Aufmerksamkeit bei den Friedensverhandlungen erfordern wird. Selbst wenn der Krieg unentschieden bleibt, muß Japan sich weigern, Kiautschou an Deutschland zurückzugeben. Deutschland hat, als es die Pachtung Kiautschous von China durchsetzte, unvernünftig gehandelt. Wenn es auch richtig sein mag, daß die Rückgabe der Liaotung-Halbinsel seinerzeit das Ergebnis der Intervention der drei Mächte war, so hat doch Deutschland eine führende Rolle dabei gespielt. Auch die Besitzergreifung von Port Arthur durch Rußland erfolgte nach vorheriger Beratung mit Deutschland. Die Einmischung Rußlands und Frankreichs in der Liaotung-Angelegenheit geschah auf Betreiben Deutschlands, und Deutschland hat denn auch als Belohnung für die damals geleisteten Dienste die Verpachtung Kiautschous von China verlangt. Japan hat sich damals von Deutschland in dieser beschämenden Weise bedrücken lassen müssen, und es muß nun seine Ansprüche auf Kiautschou bei der Friedenskonferenz mit allem Nachdruck geltend machen, da Deutschland es sonst verachten würde.

Abgesehen von dem praktischen Wert, den Kiautschou für uns hat, muß Japan selbst um den Preis eines neuen Krieges die Rückgabe dieses Gebiets an Deutschland verweigern, denn nur so kann es Deutschlands Achtung erzwingen. Dabei ist zu bedenken, daß die Gefahr eines Krieges mit Japan Deutschland in große Verlegenheit bringen würde, während Japan eine solche Eventualität mit verhältnismäßiger Ruhe ins Auge fassen könnte. Für die japanische Flotte würde es ein Leichtes sein, Deutschlands Handelsschiffe zu vernichten, so daß Deutschland, solange der Kriegszustand mit Japan andauerte, keinen Handel mit China treiben könnte. Wenn Japan es unternimmt, die zwischen Deutschland und China verkehrenden deutschen Handelsschiffe zu vernichten, wird Deutschland über kurz oder lang sich gezwungen sehen, unter Verzicht auf Kiautschou mit Japan Frieden zu schließen.

Was nun die Südseeinseln anlangt, die Japan besetzt hat, so wird es sie an Deutschland zurückgeben müssen, wenn England und Frankreich sich bereit finden lassen, die in ihrer Hand befindlichen deutschen Kolonien den bisherigen Eigentümern zurückzugeben. Aber die Rückgabe der Südseeinseln darf keine bedingungslose sein. Japan muß durchsetzen, daß Deutschland sich verpflichtet, keine Flottenstationen, keine

Digitized by Google

Kriegsschiffankerplätze daselbst zu errichten, keine militärischen Besatzungen daselbst zu unterhalten und die Zahl der nach dem Osten zu entsendenden Kriegsschiffe einzuschränken. Kurz, Japan kann in die Rückgabe unter der Bedingung willigen, daß Deutschland die Inseln nur für wirtschaftliche Zwecke benutzt.

Notizen

Finnische Charakteristik des Imperialismus der Entente. Eine finnische Zeitung widerlegte vor kurzem die Lehre, daß jedes kleine Land, das auf dem Wege eines größeren Landes zum Meere liege, seine Freiheit verliere und nur als Mittel für die Ausdehnungsgelüste der größeren dienen solle, durch den Hinweis auf die Karte Europas, daß auch viele Beweise für das Gegenteil vorhanden seien. Erhebe doch Deutschland, trotz seines so viel erörterten „Imperialismus", keinen Anspruch auf die Beherrschung Hollands oder Dänemarks, sondern lasse diese Staaten ihr Leben für sich leben und sich gemäß ihrer Eigenart entwickeln. Welches Recht habe also Rußland zu der Forderung, daß Finnland nur zur Befriedigung der strategischen und anderen Interessen des russischen Reiches leben solle?

England und die Neutralen. Die holländische Zeitung „Handelsblad" führt kürzlich aus, daß trotz aller Behauptungen Lloyd Georges über die wirksame Bekämpfung der U-Boote der verfügbare Schiffsraum fortwährend geringer werde. Die Entente wird darum bald dazu übergehen müssen, energische Maßregeln gegen die Neutralen zu ergreifen. So sei kein Zweifel, daß die holländischen Schiffe in den amerikanischen Häfen in den Dienst der Entente gestellt werden, denn schon hätten zwei in Holland ansässige Dampfergesellschaften ihre Dampfer abgeben müssen. Diese Schiffe seien mit holländischen Seebriefen versehen worden, so daß also die Rechte des holländischen Staates verletzt würden.

Das Ende des englisch-japanischen Bündnisses. Nach dem „Japan Advertiser" bedeutet Amerikas Teilnahme am Krieg vom Standpunkt der auswärtigen Politik die Annäherung Englands und Amerikas, also das Bündnis der englisch sprechenden Völker. Beide Staaten werden die Grundlagen aller britischen Industrie, Spinnerei und Schiffahrt, deren Niedergang den Niedergang des britischen Imperialismus bedeuten würde, in gemeinsamer Arbeit weiterhin zu sichern suchen und damit von selbst in Gegensatz zu Japan kommen, dessen zukünftiger Wohlstand von seinen Fortschritten auf diesen beiden Gebieten abhängt. „Japan versucht jetzt, Britanniens Handelsdomäne zu betreten. Wer kann bestreiten, daß Japan britischen Neid auf sich ziehen wird, wie es Deutschland tat." „Wenn das amerikanische Flotten- und Heeresprogramm ausgeführt sein wird, wird es für Britannien an der Zeit sein, das englisch-japanische Bündnis durch eine englisch-amerikanische Annäherung zu ersetzen, und die Bewachung von Australien und Neuseeland von der amerikanischen und nicht von der japanischen Flotte ausgeführt werden. Dann wird das englisch-japanische Bündnis beiseite geworfen werden, wie ein Fächer, wenn das heiße Wetter vorüber ist."

Das russische Furcht vor Amerika. Die „Torg. Prom. Gas." hält es für angebracht, über das Programm der von den amerikanischen Eisenbahningenieuren durchzuführenden technischen Veränderungen folgende aufklärende Notiz zur Beruhigung des Publikums zu geben: „Entgegen den im Publikum zirkulierenden Gerüchten wird festgestellt, daß die amerikanischen Ingenieure absolut nicht selbständig arbeiten, sondern nur den obersten Abteilungsleitern beigegeben sein werden zur Unterweisung in den amerikanischen Methoden und daß sie nach Erfüllung ihrer Mission wieder nach Amerika zurückkehren werden."

Nationalisierung der türkischen Wirtschaft. Die bulgarische Handelszeitung beschäftigt

Digitized by Google

sich in ihrer letzten Nummer mit dem „jähen Umschwung im Wirtschaftsleben der Türkei nach der Seite der Nationalisierung hin". In der letzten Zeit sind eine Reihe von nationaltürkischen Wirtschaftsgründungen entstanden; in wenigen Monaten sind allein in der Provinz, die bisher eigentlich Objekt des Wirtschaftslebens gewesen ist, 15 größere türkische Handelsvereinigungen (Aktiengesellschaften und Genossenschaften) gegründet worden. Davon entfallen 8 auf Anatolien (Smyrna, Eskischehir, Konia, Angora, Josgad), 7 auf Syrien (Beirut, Latakieh, Tripolis, Haifa, Cäsarea und Libanon). In Angora handelt es sich um eine „Handels- und Webereigesellschaft"; in Smyrna ist eine „Einfuhrgesellschaft und Ausfuhrgesellschaft"; in Beirut eine „Handels- und Industriegesellschaft"; in Latakieh eine „Gesellschaft für Tabakhandel"; in Tripolis eine „Landwirtschaftsgesellschaft"; im Libanon eine Korneinfuhrgesellschaft" ins Leben getreten. Ein Hauptzug, der durch alle diese Neuerungen der Türkei geht, ist die Betonung des nationalen Gedankens, Herr und Beamtenschaft sind fast rein türkisch umgestaltet worden, türkisch müssen die Geschäftsschilder verfaßt sein, türkisch die Sprache der kaufmännischen Unternehmungen. In diesem rein nationalen Sinne sucht man die Formen der Erwerbsgesellschaften, der Banken usw. zu gestalten und nach Möglichkeit türkisches Kapital zur Mitarbeit heranzuziehen. Jedenfalls ist die Betonung dieses Grundsatzes ein mächtiger Ansporn zu nationalen Fortschritten und Einigung.

Skandinavische Zusammenarbeit. „Morgenbladet" beschäftigt sich im Anschluß an die Könige- und Ministerbegegnung mit der Möglichkeit skandinavischer Zusammenarbeit. Bis jetzt seien die Aussichten zu solcher gemeinsamer Arbeit gering. Dänemark und Schweden neigten dem Süden, Norwegen dem Westen zu. Auch sei der schwedische Nationalismus skandinavischem Zusammengehen nicht günstig, die schwedische Goldpolitik direkt gegen Dänemark und Norwegen gerichtet. Dennoch könnten die drei Länder zusammengehen, ohne ihre verschiedene Individualität und Neigungen aufzugeben.

Neuerscheinungen

Bücher über Erziehung

Rudolf Eucken legt sein Buch über „Sinn und Wert des Lebens" in 5. Auflage vor. (Quelle & Meyer, Leipzig.) Zwischen ihr und 4. Auflage liegen Beginn und Verlauf des Weltkrieges. Nach E.s Meinung hat die durch den Weltkrieg erzeugte Lage für die Herausarbeitung eines dem deutschen Wesen gemäßen Typus folgende Aufgabe gestellt: „Wir haben im Verhältnis zu anderen Völkern schwere Enttäuschungen erfahren und sind auf die eigene Kraft zurückgeworfen. Das treibt dazu, unsere nationale Art stärker herauszuarbeiten und auch der Vergangenheit gegenüber mehr Selbständigkeit zu erringen. Aber es gilt dabei die Gefahr fernzuhalten, uns vom Ganzen der Menschheit abzusondern, die geistigen Aufgaben vor den Forderungen des Tages zurückzustellen, über einem Hangen am Augenblick zu vergessen, daß wahre Gegenwart nicht innerhalb des Zeitlaufs liegt, sondern nur in Erhebung über ihr entstehen kann. Früher ließ uns das Streben nach Weite des Lebens oft die Sorge um seinen Charakter vergessen, nun wollen wir über dem erstrebten und höchst notwendigen Charakter nicht die Weite verlieren! Daß wir so viele noch zu lösende Probleme in uns tragen, das zeigt, daß wir uns noch keineswegs ausgelebt haben, sondern uns noch im Werden befinden und noch weiter wachsen können, daß wir trotz einzelner greisenhafter Züge im Kern noch ein jugendliches Volk sind." Den Wandlungen, die der Krieg in unserer geistigen Einstellung hervorgerufen hat, geht auch Max Scheler nach, der eine „nationalpädagogische Erörterung" über „Die Ursachen des Deutschenhasses" (Kurt Wolff Verlag, Leipzig) veröffentlicht. Die Zukunft braucht: „Eine neue Ausbalanzierung des Marthahaften und Mariahaften in uns, auch des nördlichen und südlichen, des protestantischen und katholischen, der bisherigen übertriebenen Nurarbeitseinstellung mit Kontemplation, Freudenkunst, Gebet, Sinn für Gnade, Ruhekunst und mit Sinn für alles das, was sich nicht ‚machen' läßt, sondern wachsen muß. Betrachten wir den Geist der letzten vierzig Jahre nicht als einen ‚Höhepunkt' der deutschen Geschichte, sondern als eine schwere tragische Notwendigkeit, die das neue Zeitalter der Arbeit mit sich brachte, und als schmerzensreiche, hoffentlich nicht vergebliche Lehrzeit unseres welt-

Digitized by Google

politischen Daseins und Handelns. Nehmen wir die ‚notwendigen unabwendbaren Mißverständnisse' der diesem Wesen entsprungenen Institutionen und Lebensformen hin als einen tragisch, d. h. objektiv unabwendbar und subjektiv unentrüstet und eben darum demütig empfundenen Tribut an die menschliche Enge und die menschliche Sünde — ohne den falschen Versuch zu machen, sei es unsere Feinde zu unseren Institutionen zu bekehren oder uns den übrigen anzupassen. Suchen und heischen wir nicht und nirgends nach Liebe, sondern lassen wir den Haß der Welt sich langsam selbst verschlingen an der Anschauung der Werke, die wir in der kommenden Friedenszeit hervorbringen." Den beiden Zukunftsaufgaben, die Eucken bezeichnet: unsere nationale Art stärker herauszuarbeiten und die richtige Einstellung zum Ganzen der Menschheit zu finden, widmen sich eine Reihe von Büchern und Schriften. Es ist dabei ein Zeichen für gesundes Selbstbesinnen, daß das Nachdenken bei den Führern im geistigen Leben anfängt. So ruft Oskar Metzger gen. Hoesch zur Fortbildung der Lehrer in den höheren Schulen in einem auf den Grundlagen der Pädagogik und Philosophie Paulsens beruhenden Buch „Die Fortbildungsfrage im höheren Lehramt" (Quelle & Meyer, Leipzig 1917) auf. „Wir sollen uns vorläufig noch nicht auf ferne Ziele allein einstellen, sondern kräftig in dem Kreise wirken, der uns der nächste ist", sagt der Verf. Die große Pflicht der nächsten Zeit ist der innere Ausbau. Wie sich der Lehrer selbst erzieht, ist die Kernfrage aller Erziehungsprobleme. „Um uns die innere Gelegenheit über die Jugend zu wahren, bedarf es einer gewissen Lebenskunst, die mit Welt- und Lebenskenntnis als ihrer Voraussetzung notwendig verbunden ist; ihr Geheimnis heißt: Abstand gewinnen." Als oberstes Mittel hierzu ruft der Verf. seine Amtsgenossen zu philosophischer Vertiefung auf, die er nicht mit dem herkömmlichen Unterricht in der Philosophie gleichsetzt, sondern mit selbständiger Einkehr in das Maß der eigenen Kraft und Pflicht. Wie die Philosophie zur tieferen Erkenntnis, so soll dann gründlichere wissenschaftliche Bildung zu klarerem Wissen leiten. „Wir müssen den Sklavenstand, aus dem unser Beruf hervorgegangen ist, umschaffen zu einem Adelsstand." Im ganzen aber gilt es, „alle Energien zur Weiterarbeit nach innen zu sammeln, hier stark zu werden, um dann wieder mit neuer Kraft alle Anregungen, die von außen kommen, zu verarbeiten." Auch die „Neuorientierung der Volksschule" leitet W. Popp (Beyer, Langensalza, M. 0.70) nach innen. „Gewisse unangenehme und bedenkliche Erscheinungen in unserem staatlichen und besonders innerpolitischen Leben, an denen es schon lange nicht mehr fehlt, haben nicht darin ihre Ursache, daß die Volksmasse zuviel Bildung hätte, sondern darin, daß sie zu wenig hat. Eine Regierung von edlen Absichten und geschickter Hand wird niemals ein Zuviel an Volksbildung zu fürchten haben; was ihr allein ernste Schwierigkeiten machen, was das ganze Volksganze in Gefahr bringen kann, ist allemal nur ein Zuwenig an Einsicht und Intelligenz, die, unzureichend entwickelt, ihre Absichten nicht verstehen oder mißverstehen lassen." „Einheit großer Volksschichten aber setzt mindestens Bildungsnähe, wenn nicht Gleichheit voraus und nicht zuletzt eine gewisse Bildungshöhe." Und schließlich führt auch die Rede Ernst Bumms „Über das Frauenstudium" (A. Hirschwald, Berlin) in diese „Einheit großer Volksschichten". Er findet „die Schwierigkeiten des Frauenstudiums und die Bedenken, die ihm entgegenstehen" im Beruf, nicht im eigentlichen Studium. Er zitiert folgendes Beispiel: „Von unseren Studentinnen sind 649 zum Beruf gelangt, aber 528 von diesen, also 81 Proz., sind unverheiratet geblieben und haben ihrer natürlichen Lebensbestimmung entsagt. Und von den Verheirateten klagen manche, daß es ihnen schwer wird, die Pflichten des Berufes mit denen der Frau und Mutter zu vereinigen. Nicht einmal für den Beruf der Ärztin vermag B. sich einzusetzen, da die Frau den Anforderungen dieses Berufes weder physisch noch psychisch gewachsen sei. Es wäre also nicht gut, so schließt B., wenn das Frauenstudium Mode werden sollte. „Allen den Frauen, die das heilige Feuer in sich fühlen, sollen die Pforten der Universitäten weit offen stehen. Aber die Mehrzahl der Frauen, und gerade der Frauen der mittleren Stände, die der Anreiz zum Studium am ehesten trifft, muß ihrer natürlichen Bestimmung erhalten bleiben."

In den Kreis der nationalen Probleme der Schule führt die Frage nach dem „deutschen Gymnasium", die wieder vielfach erörtert wird. Rudolf Slawitschek greift zurück auf die Worte Kaiser Wilhelms auf der Schulkonferenz des Jahres 1890: Wir müssen als Grundlage das Deutsche nehmen. („Die Grundlagen der neuen Zeit", Verein zur Verbreit. gemeinnütz. Kenntnisse, Prag.) Von einer Untersuchung über den organischen Einbau des bisher so schwer vernachlässigten Unterrichtsfaches der Erdkunde in den Unterrichtsbetrieb der höheren Schulen („Das deutsche Gymnasium und die Erdkunde", Karlsruhe, Braun) kommt Neumann zu dem Schluß, „daß das Deutsche Gymnasium ohne Griechisch den durch den Krieg gezeitigten Bedürfnissen unseres Volkes hinsichtlich seiner allgemeinen Bildungsschule am besten Rechnung trage". Die Frage „Homer oder die Nibelungen" beantwortet Emil Fricke (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart) mit dem Satze: „Der deutsche Unterricht muß das Umfassendere sein." Ein Stück der Besinnung auf unsere nationalen Aufgaben ist auch die Stellung zum Reichsjugendwehrgesetz. Aus der Überlegung, daß die deutsche Weltaufgabe nicht zuletzt

Digitized by Google

eine geistige ist und daß wir uns nicht die hohen geistigen, sittlichen Traditionen unserer nationalen Erziehung rauben lassen dürfen, vereinigen sich unter der Führung von Fr. W. Foerster und Alex. v. Gleichen-Rußwurm eine Reihe deutscher Pädagogen, Philosophen, Mediziner („Das Reichsjugendwehrgesetz", Verlag Naturwissenschaften, Leipzig 1917). Programmatisch sagt der Philosoph Leonard Nelson zu Beginn der Sammlung: „Es wäre verfehlt, den jungen Menschen in eine Organisation zu pressen, deren Notwendigkeit er infolge mangelnder Reife nicht verstehen kann, und deren Anforderungen ihm daher als gewalttätige Eingriffe erscheinen könnten, deren Duldung für ihn eine Preisgabe seiner persönlichen Würde und damit auch seines Charakters bedeuten müßte. Er wird sich entweder angesichts der unüberwindlichen Widerstände dem Zwange fügen und somit sein Gewissen abstumpfen, oder er wird, seinen Charakter bewahrend, sich im Kampf mit der Gewalt aufreiben. Die Militärorganisation ist von solcher Art, daß sie keinen Widerstand zuläßt und auch keinen zulassen darf. Sie würde sonst die Stärke verlieren, deren sie nach außen bedarf, und durch deren Preisgabe sie sich ihrem eigenen Zwecke entfremden würde. Mit der Eigenart und der Wichtigkeit ihres Zweckes verträgt es sich nicht, ihre Einrichtungen aus dem Gesichtspunkt der Volkserziehung zu regeln. Gerade hieraus aber geht klar hervor, daß, je mächtiger der Staat wird und je tiefer er durch seine Machtorganisation in das Leben des einzelnen eingreift, wir desto dringender solcher Einrichtungen bedürfen, die die ohnehin schwachen und furchtsamen Menschenherzen stärken und stählen, damit sie nicht zu elenden Werkzeugen im Dienst einer seelenlosen Staatsmaschine werden. Treten die militärischen Anforderungen an den Menschen in einem Stadium seiner Entwicklung heran, wo sein Pflichtbewußtsein noch nicht genügend entwickelt ist, um ihn den Unterschied zwischen Pflichterfüllung und blindem Gehorsam verstehen zu lassen, wo sein Charakter noch nicht die Gelegenheit gehabt hat, die Probe der sittlichen Tapferkeit zu bestehen, und wo zudem seinem Verstande die Bedeutung und Notwendigkeit der militärischen Organisation noch nicht faßbar ist, so erwächst ihm eine unermeßliche Gefahr, Schaden an seiner Seele zu nehmen." Darum darf „die Schule nicht länger der Abrichtung der Menschen dienen, sondern sie soll ihn durch wahrhafte Erziehung zum Bewußtsein seiner Menschenwürde führen. Von so erzogenen Menschen würde das Wort Fichtes gelten, daß der Staat ‚an ihnen ein Heer hätte, wie es noch keine Zeit gesehen'."

Der Aufklärung über das Wesen unserer Staatsverfassung nach innen und außen widmet sich eine neue Schriftenreihe, die Wilhelm Heile und Walther Schotte unter dem Titel „Der Deutsche Volksstaat" im Buchverlag der „Hilfe" herausgeben. Die Reihe wird eröffnet mit einer Schrift von Naumann über den „Kaiser im Volksstaat". Naumann gibt in der Einführung das Programm der Sammlung: „Ruhig und sicher gehen wir unseren Schritt weiter zum deutschen Volksstaat, dabei das vollendend, was unserer Vorväter edelster Hoffnungstraum war. Die Ideen der deutschen Freiheitskriege beleben dabei unsere Seele, die Worte der Denker und Dichter sind unsere Begleiter. Aus dem Volke der Untertanen gestaltet sich auf Grund des 19. Jahrhunderts im blutigen Ringen des Weltkrieges am Beginn eines neuen und anderen Zeitalters ein Volk von Staatsbürgern, die für ihr Vaterland zu sterben aber auch zu denken und zu leben wissen. Nachdem ein Volksheer, wie es noch keins gab, unvergeßliche Proben seiner gleichmäßigen ruhigen Heldenhaftigkeit abgelegt hat, wird keine Macht der Welt diesem Volksheere nach seiner Heimkehr sein Bürgerrecht vorenthalten oder verkürzen wollen, und niemand wird behaupten, daß der Staat unsicher sei in den Händen der Gesamtheit seiner Glieder." Ziel und Richtung dieser neuen Rechte werden durch den Satz bestimmt, daß das deutsche Volk „weiter aufwärts steigen will im Rahmen der Lebensformen, die in der Werdezeit des Deutschen Reiches entstanden sind." Die heilsame Mischung der Zukunft quillt „aus der Zusammenarbeit von Kaiser und Volk, von monarchischen Ämtern mit parlamentarischen Vertretungen".

Briefkasten. Herr stud. phil. Otto Helmuth Burckhardt, zurzeit im Felde, wird gebeten, seine gegenwärtige Adresse anzugeben.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Diersch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Ententedämmerung 1497
Jesser, Nationale Autonomie 1502
Bamberger, Ständige Fachausschüsse des Reichstags . . 1510
Bäuerle, Volksheer und Volksschule 1516
Fischer, Zur Frage der militärischen Aufklärung 1521
Notizen / Neuerscheinungen 1524

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 23. November 1917 Heft 47

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Digitized by Google

A. Marcus & E. Webers Verlag (Dr. jur. Albert Ahn)
in Bonn

Grund- und Zukunftsfragen deutscher Politik

Von Dr. Fritz Stier-Somlo
Professor des öffentlichen Rechts

Preis: geheftet M. 6.—; gebunden M. 7.20
Feldpostausgabe in 2 Teilen geheftet: M. 6.—

Auszüge aus Besprechungen:

... In einer Zeit, wo sich die Gedanken aller Gebildeten in einer bisher kaum beobachteten Weise sowohl mit den Zielen und Methoden der auswärtigen Politik, sowie mit den nach dem Kriege der Erledigung harrenden Fragen der inneren und der Finanz-Politik beschäftigen, mußte es als eine Lücke in dem Schrifttum empfunden werden, daß es an einem handlichen, einheitlich geschriebenen Buche fehlte, das einen annähernd vollständigen Überblick über die bedeutsamsten Verfassungs- und Verwaltungsangelegenheiten, sowie über die wichtigsten Fragen der hohen Politik gegeben hätte. Diese Lücke ist das vorliegende Buch auszufüllen geeignet ... (Die Post, Berlin.)

... Es sei auf das wertvolle Buch Stier-Somlos verwiesen, der auch diese Frage in klarer Darstellung ziemlich erschöpfend beantwortet, und dadurch zugleich die Bedeutung der Politik und die Notwendigkeit der Politisierung nachweist. (Rheinisch-Westfäl. Zeitung, Essen-Ruhr.)

... Da ist denn nun ein Buch erschienen, das dem Deutschen Antwort geben will auf die Fragen, die auf ihn einstürmen, — ein Buch, das man mit besonderer Freude nennen kann ...
(Aus einem Aufsatz in der „Deutschen Warte", Berlin.)

... Wir wünschen seinem prächtigen Buche im Interesse des Vaterlandes die weiteste Verbreitung, da es ein vorzüglicher Erzieher zum politischen Deutschtum zu werden verspricht ... (Leipziger Tageblatt.)

... Jeder, auch der erfahrene Politiker, wird in ihm reiche Anregung und Anlaß finden, über manche Frage unter Berücksichtigung der Ausführungen des Verfassers sich von neuem Rechenschaft zu geben und die Fülle des Stoffes, die doch nirgends ermüdend oder erdrückend ist, begrüßen.
(Oberverwaltungsgerichtsrat Lotz im „Tag", Berlin.)

... Darum bedeutet dieser vollständige Überblick über alle hochwichtigen Fragen der inneren und der äußeren Politik eine freudig zu begrüßende Tat.
(Allgemeine Zeitung, Chemnitz.)

Digitized by Google

2. Jahrgang • 23. November 1917 • Heft 47

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

den 18. November 1917

Ententedämmerung

Von Dr. Paul Rohrbach

Die „Stimmen aus dem Osten", eine von unserem Mitarbeiter, Dr. Richard Bahr, herausgegebene Korrespondenz über russische, finnländische und baltische Fragen, enthält in ihrer jüngsten Nummer von besonders gutunterrichteter Seite eine Zuschrift über den vorläufigen Sieg der Maximalisten in St. Petersburg, in der ein Augenzeuge über die Anarchie berichtet, die schon vor den letzten Kämpfen um die oberste Gewalt in Rußland herrschte. Darin heißt es zum Schluß:

Mögen die Leute es nur so weiter treiben; es ist ja traditionell bei ihnen. Schon in den ersten Schuljahren wird ihnen in der Geschichtsstunde eingeprägt: „Unser Land ist groß und reich, doch es herrscht keine Ordnung in ihm. Kommt und regiert uns." Das galt damals den Warägern. Heute bezeugen Japan, Amerika und England große Lust, diese Rolle zu übernehmen. Doch ein Kosakenoffizier in Helsingfors hat mir gesagt: „Der einzige Mann, der bei uns noch Ordnung schaffen kann, ist der Kaiser Wilhelm II. Möge er bald kommen und das Reich vor dem Untergang retten."

Der demokratische russische Revolutionär, dem man das vorhält, wird antworten: Hier sieht man ja eben (die Kosaken gelten als die Schutztruppe der Gegenrevolution), wie die Gesinnung unserer Reaktionäre ist; ihnen wäre es am liebsten, wenn Wilhelm II. beim Einzug nach Petersburg gleich Nikolaus II. an der Leine mitbrächte! Es ist aber nicht nötig, bis zu den Kosaken zu gehen, um in Rußland die Einsicht zu treffen, daß die Lage nach jeder Richtung hin hoffnungslos ist. Wir brauchen jetzt nur noch den immer weitergehenden Fortschritt der Zersetzung zu erwarten. Privatnachrichten, die ich aus Rußland über Schweden erhalten habe, deuten die Möglichkeit an, daß Kerenski in einem Spiel auf Tod und Leben den Aufstand der Maximalisten absichtlich sich habe entwickeln lassen, um dann durch gewaltsames Durchgreifen die Lage zu heilen. Das wäre nicht unglaublich, aber wenn es richtig ist, so würde es zeigen, daß die Lage in Wahrheit auch mit solch desparaten Mitteln nicht heilbar, sondern überhaupt unheilbar ist. Die Wurzel des russischen Übels ist doppelter Art. Sie besteht erstens darin, daß der Geist des russischen Volkes nicht fähig ist, aus sich

Digitized by Google

heraus eine organisch-politische Ordnung zu erzeugen. Alles was an staatlichen Ordnungen in Rußland seit dem Ende der tatarischen Epoche unter Peter dem Großen geschaffen worden ist, geht auf die Hilfe ausländischer Elemente, in erster Linie deutscher zurück. Diese scheiden jetzt aus. Für uns in Deutschland, überhaupt für den Westeuropäer, der Rußland nicht aus eigener Erfahrung kennt, ist es sehr schwer, dies psychologische Moment in der Beurteilung des Russentums voll zu berücksichtigen. Unwillkürlich ist man geneigt, von ihm abzusehen, weil man sich nicht vorstellen kann daß es von solch entscheidendem Gewicht, ja, daß es überhaupt als wirksame Kraft vorhanden sein könne. Es ist auch nicht möglich, die russische Psychologie jemandem anzudemonstrieren, der sie nicht kennt, und im Verkehr mit der Petersburger Diplomatie oder der großen russischen Geschäftswelt lernt niemand sie kennen. Dazu muß man Rußland von innen heraus erfahren, das russische Volk und die russische Geschichte studiert haben. Unsere Staatsmänner und Politiker, die sich jetzt den Kopf über einen Frieden mit Rußland zerbrechen, werden dabei nie auf den richtigen Standpunkt kommen, solange sie glauben, für russisches Geschehen und russisches Handeln seien ohne weiteres dieselben Gesetze in Geltung, wie für abendländisches.

Der zweite unheilbare Schaden in Rußland ist das die Gesellschaft und den Staat zerstörende Verlangen der Bauernschaft nach Enteignung und Aufteilung des gesamten öffentlichen und privaten ländlichen Grundbesitzes zu gunsten der Bauerngemeinden. Wird das durchgeführt, so hört auf absehbare Zeit alle volkswirtschaftliche, politische und soziale Ordnung in Rußland auf, zumal die Bauern entschädigungslose Überantwortung des Landes verlangen. Das Bauerntum macht ungefähr vier Fünftel der Bevölkerung des eigentlichen Rußlands aus. Es ist eine dumpfe und ungebildete Masse, deren elementare Bewegung aber mit unwiderstehlicher Kraft wirkt. Mit ihrer Hilfe kann durch eine anarchische Opposition jede Regierung, die Rußland nach irgendwelchen Gesichtspunkten höherer Ordnung in der auswärtigen und inneren Politik leiten will, zersprengt oder niedergetreten werden. Kerenskis Regierung ist je länger, desto mehr zu einem Kampf gegen die Anarchie geworden, die sich ohne Rettung aus den Forderungen der Bauern für Rußland ergibt. Wer auch immer, sei es Kerenski, sei es ein Nachfolger in dem hoffnungslosen Bemühen, in Rußland Ordnung zu schaffen, aufstehen mag — er wird nicht dauernd gegen die Verbindung irgendwelcher uferlos radikaler Theoretiker mit den in ihrem Landhunger besinnungslosen Bauern aufkommen können. Die Dinge ständen noch etwas anders, wenn die Armee in der Hand der Regierung wäre oder dorthin zurückgebracht werden könnte. Das ist aber nicht der Fall, weil sich nicht nur alle Disziplin aufgelöst hat sondern die Armee auch selbst aus bewaffneten Bauern besteht, die nur auf den Augenblick warten, wo sie sich ihren Landanteil fordern können. Über die Zustände, die jetzt in der Armee und in der Hauptstadt herrschen, heißt es in dem bereits erwähnten russischen Brief an die „Stimmen aus dem Osten", die Soldaten übten eine geradezu

Digitized by Google

wahnsinnige despotische Macht aus und seien dabei von der furchtbarsten Roheit. Der Verfasser schreibt aus Petersburg:

Ich habe es selbst gesehen, wie ein Soldat einen Schutzmann seiner Stiefel berauben wollte. Er hatte ihn zu diesem Zweck bei den Beinen ergriffen und schleppte ihn, an den Stiefeln zerrend, durch den Straßendreck. Die Stiefel saßen jedoch zu fest. Da bat er einen vorübergehenden Soldaten, ihm zu helfen. Der bohrte einfach sein Bajonett dem Schutzmann durch die Brust und spießte ihn so an den Boden. Dann rissen sie dem immer noch lebenden Schutzmann die Stiefel von den Beinen und ließen den Bedauernswerten ruhig auf der Straße liegen. Dies war nur das Erlebnis eines Tages. Ähnliche Bilder habe ich häufig gesehen. Es ist in Petersburg Brauch, daß Lastwagen voller Soldaten oder Gesindel vor die wohlhabenden Häuser fahren und die Wohnungen ausräumen. Das geschieht am hellen Tage. Niemand denkt daran, es den Strolchen zu verbieten. — Viele reiche Damen gehen wie die Bäuerinnen mit einem Tuch um den Kopf gebunden auf die Straße, um nicht belästigt und beraubt zu werden. Unter diesen Umständen, und da die Anarchie im ganzen Reich von Tag zu Tag immer schlimmer wurde, hoffte man in Petersburg vielfach auf die Deutschen als die Erlöser und Ordnungbringer. Als Riga genommen war, flohen große Truppenteile kopflos über Dorpat hinaus. Viele Soldaten versteckten sich in den Sümpfen am Peipus-See. Hätten die Deutschen nicht halt gemacht, die Front stünde heute wohl schon bei Narwa—Pleskau—Dünaburg. Auch das Oberkommando hatte jede Hoffnung verloren. Ich habe in Petersburg selbst die Telegramme gelesen, die den Befehl an die Behörden enthielten, Livland und einen großen Teil Estlands zu räumen.

Wir sollten in Deutschland endlich begreifen, welch eine ungeheure, auf die Nachwelt fortdauernde weltgeschichtliche Tat es war, daß die Stärke unserer Heere und unsere innere Widerstandsfähigkeit gegen den Kriegsdruck Rußland zerschmettert haben. Dies riesenhafte Gebilde politisch nationaler Herrschaft einer Minderheit von Großrussen über eine zusammengenommen größere Anzahl nicht moskowitischer Stämme und Völker im Dienst moskowitischer Machtpolitik — ist es nicht mehr! Es ist nicht mehr, und es wäre politischer Wahnsinn, zu versuchen, es von uns aus wieder ins Leben zu rufen, indem man nach Mitteln ausschaut, mit dem Gesamtrußland, das in der Auflösung begriffen ist, doch noch zum Friedensschluß zu gelangen. Ein lebensfähiges Rußland wird nicht wieder entstehen, und wer es künstlich schaffen oder anerkennen will, der versündigt sich damit nur an denjenigen Völkern innerhalb der heutigen russischen Grenzen, die noch eine bessere Zukunft haben, als das anarchische Moskowitertum. Wir können jetzt nichts Besseres und nichts Klügeres tun, als dem Prozeß der Selbstzerstörung, in dem Rußland begriffen ist, seinen Fortgang lassen und gleichzeitig in geeigneter Weise dafür wirken, daß die lebensfähigen Bestandteile aus diesem wilden Wirrsal für sich gesondert herausgezogen und im Sinne einer haltbaren europäischen Zukunftsordnung organisiert werden. Ein Leser der „Deutschen Politik" in Hamburg schreibt mir hierzu:

Ich kenne Ihren Standpunkt, den Sie in unserer Ostmarkenfrage einnehmen seit langer Zeit und teile ihn vollkommen. Deshalb gerade wäre ich und vielleicht auch mancher andere Leser der Politik Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns in einer der nächsten Nummern der Zeitschrift einmal auseinandersetzen wollten, wie wir Deutschen uns beim Friedensschluß verhalten sollen,

Digitized by Google

wenn nach Ihrer Ansicht Großrussen, Polen, Ukrainer, vielleicht auch Finnen, Letten usw. als selbständige Vertragsschließende auftreten werden. Die Interessen all dieser Völker, zumal der Polen und Ukrainer, sind doch fast immer diametral entgegengesetzt; ich brauche bei den beiden letzteren doch nur an das sogenannte Cholmer Land zu erinnern, um die ganze Schwierigkeit des Fragenkomplexes an einem einzelnen Beispiel zu beleuchten. Liegt da nicht die Gefahr sehr nahe, daß bei wirklicher oder vermeintlicher Bevorzugung eines Einzelnen der andere Teil vor den Kopf gestoßen wird . . .?

Die Frage ist berechtigt, aber sie ist leicht zu beantworten. Der einzige wirkliche Gegensatz, der zwischen den nichtmoskowitischen Völkern des bisherigen Rußland besteht und ernsthaft bei der Neuordnung der östlichen Verhältnisse in Rechnung gezogen werden muß, ist der zwischen Polen und Ukrainern. Auch Letten und Esten, Letten und Litauer, Georgier und Armenier lieben sich nicht, aber die Maßstäbe sind hier so klein, daß man sich über diese Differenzen nicht den Kopf zu zerbrechen braucht. Was aber Polen und Ukrainer angeht, so ist die Lösung dieser Schwierigkeit dadurch gegeben, daß man Polen nach Nordosten hin so reichlich wie möglich mit weißrussischem Gebiet ausstattet, um ihm eine Entschädigung für alle sonstigen notwendigen Verzichte zu geben, und im übrigen unberechtigte Ansprüche des Polentums wie die Ukraine durch einander in den notwendigen Schranken hält. Daß nicht einer oder der andere Teil oder beide sich mit Moskau gegen uns vereinigen, dafür ist schon dadurch gesorgt, daß ein Anschluß Polens oder der Ukraine an den Moskowiter mit der Aufgabe der eigenen politischen Freiheit und des eigenen nationalen Besitzstandes zugunsten des früheren Unterdrückers beginnen müßte.

Der unermeßliche Wert, den die Zertrümmerung der russischen Macht für uns hat, zeigt sich darin, daß wir den glänzenden Sieg in Italien nicht nur erfechten konnten, sondern ihn auch zu verfolgen imstande sind. Der Niederbruch Rußlands und Italiens zusammengenommen ist das Ende aller Siegeshoffnungen für die Entente. Mit unzweifelhaftem Scharfblick haben die führenden englischen Politiker schon im Herbst 1915 erkannt, daß, wenn Rußland als Kampfgenosse ausscheidet, der Krieg für die Entente nicht mehr zu gewinnen ist. Im Sommer 1916 schien es noch einmal, als ob Rußland als kriegsfähiger Faktor sich würde geltend machen können. Die wiedergesammelte russische Kraft erschöpfte sich aber in dem an sich nicht unbedeutenden, aber rechtzeitig zum Stillstand gebrachten Erfolg der galizischen Offensive. Das war das Letzte von Bedeutung, was Rußland für die Entente tat. Als es ausschied, konnte man drüben hoffen, Amerika werde als kriegführende Macht Ersatz leisten. Schon diese Rechnung war zweifelhaft. Die Ereignisse in Italien aber, die, wie gesagt, nur dadurch möglich geworden sind, daß die russische Kriegführung zum praktischen Aufhören gebracht worden ist, haben offenbar die schwerste Krisis eingeleitet, der die Entente bisher ausgesetzt war. Man braucht sich dabei noch nicht einmal besonders an den Nachrichten zu freuen, daß der englische Botschafter in Petersburg einen Zug für seine Heimreise durch Schweden bestellt habe oder daß Lenin und Trotzky die

Digitized by Google

englische und französische Regierung aufgefordert hätten, ihr militärisches und ziviles Aufsichtspersonal aus Rußland abzuberufen. Das könnte ja rückgängig gemacht werden, falls Kerenski wieder in Petersburg einzieht. Die Kraft Rußlands wird er auch dann nicht wieder herstellen können, aber er wird vielleicht versuchen, doch noch bei der Entente zu bleiben. Wir können dem gleichmütig zusehen, wenn wir nur von dem unsinnigen Gedanken ablassen, von uns aus durch Friedensschlußversuche die russische Anarchie beenden helfen zu wollen, wo doch bei ruhigem Gewährenlassen und Nachhilfe im richtigen Augenblick aus dem jetzigen Chaos derjenige Stand der Dinge im Osten sich wie von selber entwickeln wird, an dem uns das meiste gelegen sein muß.

Italien ist für uns und ebensogut für Österreich-Ungarn von Rußland und nur von Rußland her gekommen, und der italienische Schlag wirkt jetzt auf die Entente im ganzen. Er äußert sich zunächst darin, daß der schon seit einiger Zeit sich anbahnende Konflikt zwischen dem englischen Regierungsdiktator Lloyd George und dem militärischen Oberbefehlshaber General Haig auch nach außen hin sichtbar wird. Lloyd George hat seine Kritik an der englischen Heeresleitung in die kostbare Form gekleidet, daß er sagt, man betrachte es zwar mit Recht in England als großen Erfolg und als Beweis hervorragender Tapferkeit und Geschicklichkeit, wenn man einige tausend Meter auf flandrischem Boden vorrücke und einige Gefangene mache, was aber würde man erst sagen, wenn es gelänge, so wie die Mittelmächte, 50 km (jetzt schon erheblich mehr) hinter die feindliche Front vorzustoßen, 200 000 Gefangene zu machen und über 2000 Geschütze zu erbeuten! Das ist bitter für General Haig zu hören. Sofort hat sich denn auch die Parlamentsopposition gegen Lloyd George bereit gemacht, die Erschütterung seiner Position, die durch die Zwietracht mit dem Militär sich zu ergeben scheint, auszunutzen. Es ist natürlich nicht daran zu denken, daß wenn etwa Asquith das Erbe Lloyd Georges antreten sollte, er imstande oder auch nur willens wäre, eine Wiederherstellung der militärischen Lage zugunsten Englands anzustreben. Damit ist es vorbei. Muß Lloyd George abtreten, so wird, wer nach ihm kommt, die Aufgabe übernehmen müssen, den Krieg zu liquidieren. Zu dem Ende wird alle Schuld auf Lloyd George geworfen werden, und zwar so, daß behauptet wird, er habe den Krieg verdorben; das Militär und die Heeresleitung seien untadelig gewesen und hätten sicher glänzend gesiegt, aber Lloyd Georges politische Fehler hätten es ihnen unmöglich gemacht.

Umgekehrt aber kann auch Lloyd George, wenn er wirklich den Gedanken fassen sollte, selber den Krieg durch einen, im englischen Sinne gesprochen, „faulen" Frieden zu beenden, und hinter dem Kriege sein großes Programm der inneren Demokratisierung und Sozialisierung Englands auf Kosten der oberen Zehntausend durchzuführen, sich dadurch zu helfen versuchen, daß er sagt: alles wäre gut gegangen, wenn nicht die Oberste Heeresleitung Ungenügendes geleistet hätte! Auf diesem Punkt sind die Dinge bei der Entente jetzt angekommen. Auch die Regierungskrisis in Frankreich,

Digitized by Google

die scheinbar über eine innerpolitische Angelegenheit ausbrach, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Widerspiegelung der russischen und der italienischen Katastrophe. Das Kabinett Clemenceau kann wirklich nur als ein Schritt der Verzweiflung gewertet werden. In England wie in Frankreich beginnen die Folgen dieses vernichtenden Doppelschlages, den die Entente erlitten hat, sich eben erst zu äußern — und wir werden schwerlich lange zu warten brauchen, bis die Fortsetzung erscheint.

Holländische Nachrichten aus England betonen, daß tatsächlich ein Konflikt zwischen Lloyd George und der militärischen Kriegsleitung bestehe, und weiterhin, daß Lord Northcliffe sich in dieser Angelegenheit an die Seite der militärischen Führer stelle. Man spreche davon, daß eine neue Regierung kommen werde mit Lord Lansdowne als Ministerpräsident. Asquith als Minister des Äußern, Balfour für die Kolonien, Smuts als Kriegsminister, Mc. Kenna als Finanzminister und Runciman als Marineminister. „Spectaror" sagt, daß der Rücktritt Lloyd Georges notwendig sei für die Sicherheit der Nation. „Diese Äußerung des gemäßigten konservativen Wochenblattes ist sehr wichtig, weil bis jetzt die Angriffe auf Lloyd George nur von den extremsten Elementen der Tories oder der Radikalen herrührten." Jedenfalls sind auch in England die Dinge jetzt in ein Entwicklungstempo gekommen, das der Entscheidung zustrebt.

Nationale Autonomie

Von Reichsratsabgeordneten Franz Jesser, Wien

Der Gedanke, durch Gewährung der „nationalen Autonomie" den nationalen Wirren in Österreich ein Ende zu machen, hat auch im Deutschen Reiche viele Freunde gefunden. In diesem guten Glauben an die Heilslehre werden die Reichsdeutschen dadurch bestärkt, daß nicht nur die deutsch-österreichische Sozialdemokratie, sondern auch manche deutschbürgerlichen Politiker und sehr viele politische Theoretiker sich zu ihr bekennen. Und als nun auch die Regierung das Schlagwort aufgriff und eine Verfassungsreform ankündigte, schien der Sieg dieser bestechenden Idee gesichert zu sein. Nur wenigen reichsdeutschen Beobachtern ist bekannt geworden, daß die Arbeiten des Verfassungsausschusses eingestellt sind, weil Tschechen und Südslawen die Mitarbeit verweigern. Ebenso unbekannt ist ihnen der diametrale Gegensatz zwischen den deutschen und slawischen Sozialdemokraten geblieben. Bekannter ist der energische Widerspruch der ungarischen Regierung gegen die slawischen Ansprüche auf ungarisch-kroatisches Staatsgebiet. Tatsächlich ist nie ein Karren so arg verfahren worden, als der, auf dem die Glücksfee „nationale Autonomie" in das Land geführt werden sollte. Aus dem Karren erheben sich alle bösen Geister der Monarchie — alte, die man längst gebannt glaubte, neue, die man nie geahnt hatte. Was ist nun diese vielgenannte „nationale Autonomie"? Vieldeutig ist sowohl das Wort „national" als

Digitized by Google

auch das Wort „Autonomie". Als „Nation" gilt den einen das Sprachvolk, den anderen das Staatsvolk. „Autonomie" wird als Selbstsatzung, Selbstbestimmung bald im Sinne der Selbstregierung, bald im Sinne der Selbstverwaltung ausgelegt. „Regierung" setzt volle oder doch weitgehende Souveränität eines politischen Körpers voraus, „Verwaltung" hingegen die Anerkennung einer übergeordneten Regierung, den Verzicht auf Souveränität. Die politischen Folgen der Zuerkennung der Souveränität an politische Körper sind entweder Auflösung des ursprünglichen Gesamtstaates in mehrere von einander unabhängige Staaten oder starke Lockerung des verbindenden Bandes. Auf das frühere Cisleithanien, jetzt Österreich, angewendet, müßte diese Lockerung eine radikale Verfassungsänderung im Gefolge haben. Die aber zieht eine Änderung des Verhältnisses zu Ungarn nach sich. Eine radikale Verfassungsänderung in Österreich ist stets auch eine Krisis der Gesamtmonarchie.

Selbstbestimmung im Sinne der Souveränität fordern alle slawischen Völker. Die tschechischen Sozialdemokraten haben in Stockholm den Grundsatz aufgestellt: „Jeder Nation ist das Recht zuzuerkennen, sich als selbständiges Ganze, ausgerüstet mit allen Attributen einer vollständigen Unabhängigkeit, zu konstituieren." „Wir fordern für den tschechischen Staat alle Attribute der Souveränität, auf die ein Bundesstaat Anspruch erheben kann, und dessen Grenzen nur durch das, was das Gesamtreich zur Führung einer einheitlichen auswärtigen Politik, zu seiner Verteidigung und zur Sicherung seiner notwendigsten (!) wirtschaftlichen und finanziellen Funktionen benötigt, also auch eine eigene nationale Vertretung und eine dieser verantwortliche vollziehende Gewalt." Ausdrücklich lehnen sie die Auffassung des Begriffes „nationale Autonomie" ab, wie sie der deutschen Sozialdemokratie eigen ist. Diese hat nämlich bisher diese Autonomie nur für national-kulturelle Angelegenheiten zuerkennen wollen, nicht aber für die wirtschaftliche, sozialpolitische und verkehrspolitische Gesetzgebung. Pro foro mundi anerkennt die tschechische Sozialdemokratie das Recht jedes Volkes auf Souveränität — pro foro interno aber spricht sie es den dreieinhalb Millionen Deutscher in den Sudetenländern ab. Sie operiert nämlich plötzlich mit einem anderen Begriffe „Nation", mit dem territorial-staatsrechtlichen.

Es ist übrigens allen slawischen Nationen eigentümlich. Zuerst wird von den Tschechen, Südslawen und Polen jener Raum abgesteckt, den sie für ihre Ausbreitung für nötig halten. Sodann verlangen sie für diesen „Staatsraum" das Recht der Selbstbestimmung und zwar als völkisches Recht des in diesem Raume ziffermäßig stärksten Volkes. Ihm gebühren die Rechte eines Herrenvolkes, den Angehörigen anderer Sprachvölker nur die Rechte eines beherrschten Volkes. Hier handelt es sich also nicht, wie bei der deutschen Forderung der Staatssprache für den Verkehr der k. k. Behörden untereinander um die gesetzliche Feststellung des Geltungsbereiches einer Sprache,

Digitized by Google

sondern um die der Vorherrschaft eines Sprachvolkes über Teile eines anderen. Diese Auffassung kommt in einer Rede Dr. Smerals, eines Führers der tschechischen Sozialdemokratie, am 14. Oktober d. J. klar zum Ausdruck: „Man müsse die Deutschen anzulocken verstehen, sonst kommen sie uns nicht in den Käfig herein." Ein anderer Führer, Dr. Meißner, setzt ebenfalls die Eingliederung der norddösterreichischen Deutschen in den tschechischen Staat als selbstverständlich voraus.

Dagegen haben die deutschen Sozialdemokraten der Sudetenländer Einspruch erhoben und das Recht der „nationalen Autonomie" für das deutsche Sprachvolk in Anspruch genommen.

Noch ausschweifender sind die Forderungen der tschechischen Politiker um Kramarz und Klofac. Sie beanspruchen die Grafschaft Glatz, Ratibor mit Umgebung, ganz Nordungarn bis unmittelbar vor Budapest und bis tief hinab in die Theißniederungen. Halten wir nun noch die südslawischen Forderungen daneben: Halb Steiermark und Kärnten mit zahllosen Deutschen, das ganze Banat und die ganze Batschka! Von Deutschösterreich bleibt nur ein jämmerlicher Torso übrig, von dem ungarischen Staate aber so gut wie nichts.

Die Forderungen der Polen sind in Deutschland bekannt; auch sie dehnen die „nationale Autonomie" auf Teile eines fremden Staatsgebietes aus. Nur einem Volke sprechen alle Slawen das Recht auf Selbstbestimmung ab — den Deutschen Österreichs. Daß auch sie Anspruch erheben könnten, mit den Deutschen im Reiche staatlich vereinigt zu werden, bestreiten die Slawen — denn die Deutschen in Böhmen sind eben Angehörige der „böhmischen" Nation, und jeder Versuch, sich dieser Beherrschung zu entziehen, gilt als Hochverrat gegen den „böhmischen" Staat, als alldeutsche Wühlerei und Preußenseuchelei. Die Slawen setzen alle Hoffnungen auf die Friedenskonferenz, die ja den „Völkern" Mitteleuropas die Freiheit bringen soll. Kann es einen schnöderen Mißbrauch das Wortes Freiheit geben als diesen freiheitlich umkleideten schrankenlosen Imperialismus?

Nun rechnen allerdings die Führer der Slawen mit der unangenehmen Möglichkeit, daß die Ententemächte doch nicht siegreich genug sein könnten, uns das slawische Joch aufzulegen. Für diesen Fall halten sie durch ihren Adel den alten Länderföderalismus als Durchgangsstation zu ihrem Endziele bereit. Auch würden sie im schlimmsten Falle mit einem nur auf das tschechische Sprachvolk beschränkten Bundesstaate vorlieb nehmen. Damit aber nähern sie sich der deutschen sozialdemokratischen Auffassung. Und hier erst wird die „nationale Autonomie" zu einem für die einheitliche, geschlossene Politik der Deutschen gefährlichen Schlagworte.

Was ist diese „reine nationale Autonomie" nach deutsch-sozialdemokratischer Auffassung? Leider können wir auch diesmal keine klare Erklärung geben, sondern müssen feststellen, daß innerhalb der Partei die größten Meinungsverschiedenheiten herrschen.

Digitized by Google

Das Brünner Programm lautet: „1. Österreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat. 2. An Stelle der historischen Kronländee werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes besorgt wird. 3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen nationaleinheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt." In diesem Programme stecken zwei Formen der nationalen Autonomie — die national-kulturelle und eine beschränkte wirtschaftlich-soziale. Die erste soll geübt werden von den zu einem Verbande zusammengefaßten völkischen Selbstverwaltungsgebieten, die zweite von jedem einzelnen dieser Gebiete, unabhängig von jedem anderen. Da solche Gebiete (Kreise) nur kleinräumig sein können, so kann sich das Gesetzgebungsrecht dieser Kreisparlamente nur auf Wirtschafts-, Verkehrs- und Wohlfahrtsangelegenheiten niederer Ordnung beschränken, während die Gesetzgebung großen Stiles dem Reichsparlamente vorbehalten bleibt.

Dagegen haben schon damals die Tschechen eingewendet, daß es nicht angehe, die Wirtschafts- und Verkehrsangelegenheiten nicht als nationale anzusehen. In der Tat! für einen Tschechen ist es wirklich eine sonderbare Zumutung, gerade in Wirtschafts- und Verkehrsfragen auf die Zusammenfassung aller tschechischen Kreise zu verzichten und sie nur auf das Schul- und Bildungswesen zu beschränken. Das tschechische Sprachgebiet bildet ein geographisch so wohl abgerundetes Ganze, ist ein so typisch zentralisiertes Land, daß die meisten Wirtschafts- und Verkehrsinteressen tatsächlich dem ganzen Volke gemeinsam sind, für die Tschechen gibt es also nationale Wirtschafts- und Verkehrsfragen. Aber auch die Verfasser des Programmes handelten streng sachlich als Deutsche, als sie eine nationale Gemeinsamkeit nur für national-kulturelle Angelegenheit für nötig hielten.

Die Siedelung des deutschen Volkes in Österreich ist in zwei, nur bei Taus zusammenhängende große Gruppen geteilt — die sudetenländische und die donau-alpenländische. Ihnen fehlt daher die unmittelbare Verkehrsgemeinschaft und ihre Wirtschafts- und Verkehrsinteressen sind nur insofern gemeinsam, als sie Reichsfragen sind. Aber selbst jedem einzelnen dieser Wohngebiete fehlt diese zwingende Gemeinsamkeit. In beiden haben wir es mit typischen dezentralisierten Räumen zu tun — in den Sudetenländern mit Randgebieten um einen tschechischen Kern, in den Alpenländern mit selbständigen Tallandschaften.

Das Brünner Rezept ist also auf die deutschen Verhältnisse zugeschnitten; denn das deutsche Westschlesien hat mit dem Egerlande so wenig unmittelbare wirtschaftliche Gemeinsamkeiten wie mit Tirol. Es ist daher nur logisch, daß das Brünner Programm den zu errichtenden nationalen Bundesstaaten keine Souveränität in wirtschaftlichen Angelegenheiten einräumt, weil sie nur formalen Wert hätte. Es ist aber ebenso lo-

Digitized by Google

gisch, daß die Tschechen die Beschränkung auf die national-kulturelle Autonomie als eine sachlich unbegründete Hemmung ihrer nationalen Entwicklung bezeichnen. Ähnliches gilt auch für die Südslawen; für sie ist die Adria das zusammenfassende wirtschaftliche und Verkehrsband.

Stärker als alle geistreichen Konstruktionen erweisen sich die geographischen Verhältnisse. Eine Verwirklichung des Brünner Autonomieprogrammes würde zwar die alten Kronländer zerreißen, viele geographische Wirkungen dieser Raumgebiete aber nicht außer Kraft setzen. Die tschechischen Kreise würden zuletzt doch gemeinsame nationale Wirtschafts- und Verkehrspolitik treiben und sich allmählich die wirtschaftliche Souveränität erstreiten. Das deutsche Randgebiet aber zwischen Oberberg und Eger kann es zu einer solchen Gemeinsamkeit niemals bringen — seine einzelnen Teile bleiben selbständig, ja abgeschlossen von einander und müssen endlich der Anziehungskraft des tschechischen Zentrums verfallen. Für diese dezentralisierten Landschaften gibt es nur eine wahre sachliche Gemeinschaft — die im Gesamtreiche. Darum sind die Deutschen das eigentliche Reichsvolk, die einzigen, für welche das Österreichertum mehr ist als ein dynastischer Begriff. Was für die norddösterreichischen Deutschen gilt, gilt auch für einen Teil der alpenländischen. Auch sie würden bei einer Staatsreform im Sinne des Brünner Programms in den wirtschaftlichen und politischen Bann der südslawischen Ländermasse um die Adria geraten. Tschechen uud Südslawen können sich daher mit der deutsch-sozialdemokratischen Auffassung befreunden, wenn wider Erwarten die Friedenskonferenz ihre staatsrechtlichen Ideale nicht erfüllen könnte. Ihr Endziel ist eben dann nur hinausgeschoben — für sie arbeitet die Zeit und die räumlichen Tatsachen.

Darum bedeutet jede Form der Föderalisierung Österreichs eine schwere Schädigung des Deutschtums als nationale Gesamtheit und politischer Faktor.

Nur andeutungsweise sei auf die praktischen Schwierigkeiten einer einverständlichen Auflösung der Kronländer hingewiesen. Landesschulden, Landesgarantien, Landesverpflichtungen, gemeinsame Einrichtungen u. a. m. sind wahrhaftig nicht leicht reinlich und gerecht aufzuteilen.

Die angedeuteten praktischen Schwierigkeiten steigern sich selbstverständlich, wenn die Umwandlung zu einem Bundesstaate im slawischen Sinne erfolgt — sie türmen sich zu Montblanc-Höhe, wenn Ungarn in dieses Experiment hineingezogen wird.

Sogar die einfachste Voraussetzung einer bescheidenen Verwaltungsreform im Rahmen der bestehenden Verfassuug — die Neueinteilung zahlreicher Amtssprengel der ersten Instanz nach nationalen Gesichtspunkten — ist eine mühselige Arbeit; denn schon hier sind Widerstände zu überwinden, die sich aus dem Handel und Wandel, dem bürgerlichen Leben und den Gesetzen des Raumes ergeben — Hindernisse des Alltagslebens der breiten Massen. Und selbst wenn ein Parlament die nationelle

Digitized by Google

Abgrenzung im ganzen Reiche, die Kreiseinteilung usw. endlich geregelt hätte — an einem Probleme würde zuletzt doch die radikale Reform scheitern: an dem Probleme der finanziellen Autonomie der Nationen. Sollen von nun an die armen Völker ihre Bedürfnisse aus ihren eigenen Steuereingängen bestreiten und jedes Zuschusses des Gesamtstaates entbehren? Und soll man den reicheren Völkern zumuten, aus ihrer Tasche zuzuschießen, ohne irgendeinen Einfluß auf die Gebarung mit diesen Zuschüssen zu haben? Die Liste läßt sich beliebig verlängern.

Eine zweite notwendige Auseinandersetzung ist die über den Minoritätenschutz. Soll er einheitlich für das ganze Reich durchgeführt werden, trotzdem die nationalen Siedelungsverhältnisse, das Alter und die Art der Minderheiten länderweise grundverschieden sind? Diesen Verschiedenheiten wird man noch keineswegs gerecht, wenn man hier das Personalitätsprinzip, dort das Territorialprinzip anwendet. Es ist ein anderes derlei Probleme auf dem Papiere zu lösen und ein anderes diese theoretische Lösung einem national, landsmannschaftlich und parteimäßig zerklüfteten Parlamente abzuringen.

Immerhin sind die Fragen der Abgrenzung, der Neueinteilung mancher Amtssprengel, der Kreiseinteilung, der Reform des Wahlrechtes in den Gemeinden, Kreisen und Ländern in absehbarer Zeit lösbar. Es wäre ein großer Gewinn, wenn sich die deutschen Freunde der nationalen Autonomie mit dem Möglichen bescheiden würden, d. h. mit der kronlandsweisen Regelung der nationalen Verhältnisse, der Reform des Wahlrechtes und der Einführung der Selbstverwaltung.

Es ist nicht wahr, daß dieser Weg über die Kronländer ungangbar ist. Mähren und die Bukowina haben einen großen Teil des Ausgleichswerkes durchgeführt, selbst in Böhmen stand man vor dem Abschlusse. Zerschlagen hat dort das Werk der tschechische Panslawismus. Wenn man es für unmöglich hält, die lokalisierten Schwierigkeiten zu überwinden, wie will man dann zur Einigung gelangen, wenn alle Schwierigkeiten Österreichs zusammengeballt dem Parlamente vorgelegt werden! Man traut sich die Kraft zu Österreich-Ungarn auf dem Wege parlamentarischer Abstimmungen in einen Nationalitätenbundesstaat umzuwandeln und vermag nicht einmal die proletarischen Parteien der Nationen über die grundsätzlichen Auffassungen von dem Wesen der nationalen Autonomie zu einigen. Die nächstliegende Aufgabe ist für die Deutschen die Durchführung der völkischen Selbstverwaltung in den verschiedensten Formen innerhalb der bestehenden Kronländer des Einheitsstaates.

Diese Autonomie gewährt den Angehörigen der Sprachvölker die Erhaltung und Pflege völkischer Eigenart und Kultur, vermindert die Reibungsflächen und dient dem nationalen Frieden besser als die Errichtung von Nationalstaaten, die niemals verzichten werden, die volle Souveränität zu erringen, daher stets bereit sein werden, die gesamtstaatliche Gemeinsamkeit auf Kosten der Souveränität der Einzelstaaten zu

Digitized by Google

verringern. Der nationale Kampf hätte nur eine andere und gefährlichere Form angenommen. Sobald sich aber die Deutschen für den Einheitsstaat und für diese Form der völkischen Selbstverwaltung aussprechen, müssen sie sich gegen jede gesetzliche Zusammenfassung sämtlicher Angehörigen eines Sprachvolkes, d. h. gegen die Konstituierung der „Nation" als Rechtssubjekt oder gar als „Staatlichkeit" aussprechen. Was ihnen versagt ist — der Zusammenschluß mit den Deutschen im Reiche — können sie nicht den anderen gewähren; täten sie es, so kämen sie unter die Räder.

Welche Stellung nimmt nun die österreichische Regierung ein? Eine so zweideutige, daß Wekerle sich am 30. Oktober d. J. zu folgender sehr deutlicher Drohung gezwungen sah: „Da die verantwortlichen Elemente in Österreich die tschechisch-südslawischen Aspirationen nicht energisch zurückweisen, so müssen die verantwortlichen Männer der Monarchie vor Seiner Majestät erscheinen und eine Klärung fordern. Der gegenwärtig ungeklärte Zustand darf nicht länger geduldet werden." Während die österreichische Regierung offiziell an dem Einheitsstaate und den Kronländern festhält und nur in diesem Rahmen nationale Autonomie gewähren will, deuten andere Vorgänge auf viel weitergehende geheime Versprechungen an die Slawen.

Welches Interesse hat nun aber das Deutsche Reich an all diesen Streitfragen? Die reichsdeutschen Sympathien für die sozialdemokratischen Vorschläge zur Verfassungs- und Verwaltungsreform beruhen auf der Meinung, daß nur auf diesem Wege die inneren Wirren in der Monarchie oder doch wenigstens in Österreich beendet werden können. Noch immer — trotz Posen und Westpreußen — herrscht die Legende — der nationale Kampf sei ein Kampf um die Sprache und Schule, ein Kulturkampf.

Der tschechische Sozialdemokrat Dr. Meißner hat schon vor dem Kriege in der Zeitschrift „Der Kampf" unumwunden erklärt, daß das natürliche Streben der Nationen nach Selbständigkeit und Selbstverwaltung sich auch auf Angelegenheiten ökonomischen und politischen Charakters erstrecke. Wenn man nicht auch diese Angelegenheiten national scheide (man bedenke: Eisenbahnen, Wasserstraßen, Bahntarife, Industrieförderung u. a. m.), werde der Kampf der Nationen um größeren Einfluß nicht aufhören ... es werde zur gegenseitigen Bekämpfung noch Stoff genug sein.

Die Verwirklichung der deutschen sozialdemokratischen Vorschläge beendet also den Kampf ebensowenig, wie die Einführung des allgemeinen Reichsratswahlrechtes „die geschlossenen Nationalparteien zur Auflösung gebracht und den Nationalismus zu einem ungefährlichen, untauglichen politischen Prinzipe" gemacht hat. Dr. Renner hat sich leider als ein umgekehrter Prophet erwiesen — der Nationalismus hat gerade durch das Wahlrecht eine solche Verstärkung erlangt, daß er die internationale Sozialdemokratie gesprengt hat. Auch die sozialdemokratische nationale Autonomie wird die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen — der individuelle nationale Kampf wird zu einem Kampfe der gesetzlich konstituierten Nationen werden. Dann aber

Digitized by Google

wird er erst recht ein Kampf um die Macht, vor allem aber ein erbitterter wirtschaftlicher Kampf werden. Reichsdeutsche Mitteleuropäer haben ihre Pläne auf der Überzeugung aufgebaut, daß die österreichischen Slawen wider ihr wirtschaftliches Interesse handeln würden, wenn sie die Vorteile eines großen Weltwirtschaftsgebietes unausgenützt ließen. Auch in diesem Falle war der Wunsch der Vater des Gedankens. Leider ist auch diese Voraussetzung falsch. Diese deutschen Mitteleuropäer unterschieben ihre eigenen Anschauungen und Wünsche den Slawen. Was für die deutsche Wirtschaft mit ihren weltwirtschaftlichen Interessen gilt, gilt nicht für die in den Anfängen der Industrialisierung begriffenen nichtdeutschen Völker. Es gilt aber auch nicht für die hochentwickelte tschechische Industrie, für die Handels- und Finanzkreise dieses Volkes; denn diese betrachten die slawischen Gebiete der Monarchie und den nahen Balkan als ihre Domäne, als das ihnen zustehende Expansionsgebiet. Die reichsdeutschen und deutschösterreichischen Unternehmer erscheinen ihnen daher als die gefährlichsten Konkurrenten. Die tschechische und südslawische Presse hat nie verhehlt und erstere hat es erst jüngst unter der neuen Leitung der tschechischen Politik durch Kramarz laut verkündet, daß die Errichtung des tschechischen und südslawischen Staates allein geeignet ist, Deutschland vom Balkan und Vorderasien abzuschneiden und so den deutschen „Weltherrschaftsplänen" ein Ende zu machen.

Tschechen und Südslawen haben vor dem Kriege rege politische und finanzielle Beziehungen zu den Ententestaaten besessen — sie werden sie nach dem Kriege noch inniger gestalten. Darum hat England so großes Interesse an dem „Selbstbestimmungsrechte der Völker" und an der „Demokratisierung und nationalen Autonomie" in Österreich.

Die Umwandlung Österreich-Ungarns in einen Nationalitätenstaat im Sinne der slawischen Forderungen ist gleichbedeutend mit dem Verluste des Krieges für Deutschland, sowie mit der Vernichtung von mehr als dreieinhalb Millionen Deutschösterreichern. Aber auch die Verwirklichung der deutschen sozialdemokratischen Vorschläge führt zu demselben Ergebnisse; denn die Zuerkennung des Rechtes auf Staatlichkeit in national-kulturellen Angelegenheiten wird sofort als ein ungenügendes Zugeständnis von den Slawen erklärt werden. Sie werden also den Kampf um die „volle Souveränität" weiter führen — jedoch in einer viel günstigeren Position. Es gibt nur eine Form der nationalen Autonomie, die den berechtigten Forderungen der nichtdeutschen Völker, aber auch des deutschen Volkes entspricht und „das alte Österreich nicht von Oberst zu Unterst kehrt": der nationale Ausgleich innerhalb der einzelnen Kronländer des Einheitsstaates! Der dornenvolle Ausgleichsweg muß wieder eingeschlagen werden, Hindernis um Hindernis beseitigt werden. Völker können nicht gleich einzelnen Genies oder himmelblauen Ideologen Hindernisse überfliegen. Nur diese Lösung kann unter der festen Führung der Regierung im Einverständ-

Digitized by Google

nisse der Parteien erfolgen — jede andere Lösung nur mit brutaler Vergewaltigung der Deutschen durch die Macht der siegreichen Feinde auf der Friedenskonferenz oder durch einen Staatsstreich der Krone mit Unterstützung der Entente. In einem österreichischen Parlamente wird nie über die Errichtung eines Bundesstaates abgestimmt werden!

Ständige Fachausschüsse des Reichstags

Von Justizrat Bamberger

Vielfach ist während des Krieges die Forderung erhoben worden, dem Reichstag müsse ein größerer Einfluß auf die Führung der Staatsgeschäfte des Reiches eingeräumt werden. Bestimmend für dieses Verlangen war anscheinend nicht sowohl ein kleinliches Streben nach Machterweiterung, als vielmehr die ehrliche Überzeugung, daß eine engere Fühlung zwischen Regierung und Volksvertretung für die bedrohten Interessen des Reiches auf dem Gebiete der inneren und auswärtigen Angelegenheiten zweckmäßig, ja notwendig sei. Aus diesen Erwägungen heraus entstand der Hauptausschuß des Reichstages in seiner gegenwärtigen Gestalt, aus denselben Erwägungen ergab sich das Bedürfnis nach Errichtung einer aus Vertretern verschiedener Parteien zusammengesetzten Körperschaft, die einen Beirat der Regierung bilden soll. Ein politischer Ausschuß des Reichstages, wie man ihn bezeichnen kann, wird namentlich während der Zeit, in welcher der Reichstag nicht versammelt ist, die Verbindung zwischen der Regierung und der Volksvertretung aufrecht erhalten. Er wird eine Verständigung der beiden Gewalten in großen politischen Fragen anbahnen und erleichtern. Vielleicht kann man darin den Ansatz zu einer Fortbildung des Reichsstaatsrechts erblicken. Dieselben und noch stärkere Gründe sprechen aber dafür, daß neben den politischen Ausschuß Fachausschüsse treten. Wiederholt habe ich die Errichtung eines ständigen Finanzausschusses und eines ständigen Justizausschusses befürwortet[1]. Die Zweckmäßigkeit der Maßregel ergibt sich nicht nur aus der Kriegslage, sondern aus den Erfahrungen, die in langer Friedenszeit gesammelt sind. Nach Artikel 5 der Reichsverfassung wird die Reichsgesetzgebung durch den Bundesrat und den Reichstag gemeinsam ausgeübt; Mehrheitsbeschlüsse beider Versammlungen sind erforderlich. Die gemeinsame Arbeit beider Versammlungen ist mithin notwendig. Sie wird auch stets geleistet. Doch geschah dies bisher nicht von vornherein, sondern nur am Schlusse der gesetzgeberischen Tätigkeit. Der Reichstag wird mit einer neuen Vorlage regelmäßig erst dann befaßt, wenn die Regierung ihre Arbeit beendet hat. Bei den Erwägungen, ob überhaupt ein bestimmter Gesetzentwurf eingebracht werden, welchem Zweck er dienen, welche Gestaltung er erfahren soll, ist

[1] Vgl. meine Aufsätze: „Ein ständiger Finanzausschuß" in den „Grenzboten" vom 31. Mai und 30. August 1916 und „Ein ständiger Justizausschuß" im „Recht" vom 16. Mai 1917.

Digitized by Google

die Volksvertretung unbeteiligt. Sie wird vielmehr vor eine abgeschlossene, fertige Vorlage gestellt. Lehnt sie sie ab, so ist die ganze darauf verwendete Arbeit der zuständigen Regierungsstelle unnütz gewesen. Kostbare Zeit ist verloren, die Kraft zahlreicher Beamten ist zwecklos in Anspruch genommen. Gleichzeitig hat sich eine gespannte Lage entwickelt. Die Ablehnung erscheint als ein Mißerfolg, eine Niederlage der Regierung. Die Mehrheit des Reichstags hat einen Sieg über die Regierung davongetragen, den ihre Presse schonungslos ausbeutet. Die Minderheit ist unzufrieden, weil sie in der Minderheit geblieben ist, unzufrieden aber auch mit der Regierung, die mit mehr Geschick und mit mehr Tatkraft vorgehen mußte. So sieht sich die Regierung von beiden Seiten angegriffen und mit Vorwürfen überschüttet. Nun erst erhebt sich die Frage, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, sich von vornherein vorbeugend mit dem Reichstag in Verbindung zu setzen. Unmittelbar läßt sich dies freilich nicht ausführen, da der Reichstag nahezu 400 Mitglieder zählt und ein berufenes Organ des Reichstags für den Zweck fehlt. In natürlicher Folge der Ereignisse treten Personenveränderungen, auch an leitenden Stellen, ein. Dadurch erwachsen neue Kosten für die Allgemeinheit. Die neuen Beamten sind mit den an sie herantretenden Aufgaben nicht so vertraut, wie die abgehenden es waren, sowohl nach der sachlichen wie nach der persönlichen Seite hin. Das Vertrauen, das durch lange Führung der Geschäfte, durch mannigfaltige Beziehungen, die sich daran knüpften, erworben war, überträgt sich nicht ohne weiteres auf einen Nachfolger. Daß eine solche Lage der Dinge zum Nachteil der Staatsgeschäfte Stockungen hervorruft, liegt auf der Hand. Die Zahl der im Laufe der Jahre abgelehnten Gesetzesvorlagen ist nicht gering. Eine statistische Nachweisung nach der Richtung wäre sicherlich lehrreich. Wie steht es aber, wenn es nicht zu einer Ablehnung kommt? Nach einer kurzen, selten eindringenden Beschäftigung mit der Vorlage überweist man sie einer Kommission. Diese Kommission ist nicht etwa eine seit Jahren bestehende Körperschaft, in der bewährte Sachverständige in ständiger Zusammenarbeit einander wechselseitig belehrt und persönlich schätzen gelernt haben, sondern sie wird ad hoc gewählt, um über den vorliegenden Gesetzentwurf innerhalb einiger Wochen ein Gutachten abzugeben. Gründliche Studien zu machen, fehlt es regelmäßig an Zeit. Bis die Mitglieder sich in einander eingearbeitet haben, ist die gegebene Frist verstrichen. Die Vertreter der Regierung, die als Fachmänner monate- oder gar jahrelang auf dem Gebiet gearbeitet und ein natürliches, eigenes Interesse an der Sache gewonnen haben, sind von vornherein im Übergewicht. Von Vorarbeiten, wie statistischen Materialien, legen sie aus naheliegenden Gründen nur dasjenige vor, was ihnen zweckmäßig erscheint. Gegen Änderungsvorschläge können sie jederzeit geltend machen, daß die Entscheidung nicht bei ihnen, sondern bei den verbündeten Regierungen stehe. So erklärt es sich, daß die Kommissionsarbeit, zumal wenn sich noch parteipolitische Interessen geltend machen, das gewünschte Ergebnis oft vermissen läßt. Der Reichstag selbst,

Digitized by Google

der schon seiner großen Mitgliederzahl wegen an ruhiger, sachlicher Behandlung gehindert ist, ist selten in der Lage, durch „Amendements", die schnell vorgeschlagen und schnell beschlossen werden, das Gesetzeswerk vollkommener zu gestalten. Parteipolitik und Rücksicht auf die Wähler macht sich bei den öffentlichen Verhandlungen im Reichstag noch störender geltend, als bei den vertraulichen Beratungen in der Kommission. Infolge dieses Verfahrens kommen nur zu oft Gesetze zustande, die nach Form und Inhalt mangelhaft sind, und schon nach kurzer Zeit Richtigstellungen und Abänderungen erfordern. So konnte es geschehen, daß der sogenannte Generalpardon (§ 68 des Gesetzes über den Wehrbeitrag vom 3. Juli 1913) vom Reichstag, wie vom Bundesrat beschlossen wurde, obwohl der Gegenstand dieser Bestimmung der Erlaß von landesgesetzlicher Strafe und Steuer, verfassungsmäßig nicht unter die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung fällt. Solche Übelstände werden vermieden, wenn ständige Ausschüsse für die verschiedenen Zweige der Gesetzgebung vorhanden sind, die in dauernder Fühlung mit der Regierung stehen, die nicht erst nachträglich zur Prüfung fertiger Entwürfe, sondern von vornherein herangezogen werden, um in gemeinsamer Beratung diejenige Verständigung über neue Vorlagen zu finden, die schließlich doch unter erschwerten Verhältnissen gefunden werden muß. Als das dringendste Bedürfnis auf diesem Gebiet erscheint mir ein ständiger Finanzausschuß. Hätte ein solcher der Regierung zur Seite gestanden, so wäre die Finanzgesetzgebung des Reiches während des Krieges voraussichtlich nicht so schleppend, wohl aber weit fruchtbarer gewesen, als es der Fall war. Man hätte den nationalen Aufschwung, die Begeisterung, die alle Kreise der Bevölkerung erfaßt hatte, im wohlerwogenen Interesse der so stark angespannten Reichsfinanzen nutzbar gemacht, wie dies in England geschehen ist, wo Lloyd George im ersten Kriegsjahr mit weitem Blick die Staatseinnahmen um 6 Milliarden jährlich vermehrt hat. Es war freilich bequemer für die Finanzverwaltung, im März 1915 zu erklären, neue Einnahmen seien nicht erforderlich, da man die Rechnung über die Kriegskosten beim Friedensschluß den Gegnern präsentieren könne. Dieser Standpunkt der Sorglosigkeit war aber so unhaltbar, daß wenige Monate später eine ganze Reihe Steuervorlagen eingebracht wurden. Wie lange hat sich die Regierung bitten und drängen lassen, bis sie unter beständigem Klagen über die Schwierigkeit der Aufgabe den Gesetzentwurf über die Besteuerung des Kriegsgewinns einbrachte! Die Aufgabe war nicht schwieriger zu lösen, wie eine andere. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die Besteuerung des Kriegsgewinns, die ich seit dem März 1915 befürwortete, in Dänemark, Schweden, Norwegen, in England, Frankreich und Italien längst Gesetzesvorschläge hervorgerufen hat, bevor der deutsche Entwurf im Frühjahr 1916 dem Reichstag zuging[1]. Auch noch in diesem Entwurf wurde die Verwirklichung des Steuergedankens bis zum Ende des Jahres 1916 hinausgeschoben, indem man im

[1] Vgl. v. Eheberg, „Die Kriegsfinanzen", A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung. Leipzig 1917.

Digitized by Google

Gegensatz zu allen übrigen Staaten nicht die im einzelnen Rechnungsjahre sich ergebende Einkommensvermehrung erfaßte, sondern nur den Vermögenszuwachs, der mit Ablauf des dritten Jahres etwa noch vorhanden sein würde. Damit wurde im Ergebnis zum Nachteil der Gesamtheit eine Belohnung auf Verschwendung, waghalsige Spekulation, Betätigung eines fragwürdigen Kunstsinnes und einer ebenso fragwürdigen Wohltätigkeitsliebe ausgesetzt und die Neigung zu Hinterziehungen und Schiebungen aller Art begünstigt. Selbstverständlich kommt das Reich auch um den Steueranspruch in allen Fällen, in denen der Pflichtige in Konkurs verfällt, selbst wenn dies erst im Jahre 1917 geschieht. Denn auch die Erhebung der Steuer geht ganz langsam, beinahe tropfenweise unter zartester Schonung der bedauernswerten Steuerpflichtigen vor sich[1]. Die Zukunft wird lehren, wieviele Millionen, wenn nicht Milliarden, die Reichskasse durch die verfehlte Ausgestaltung des Gedankens eingebüßt hat. Dieser Rückblick ist schon um deswillen nicht ohne praktische Bedeutung für die Gegenwart, weil die Besteuerung derjenigen Kriegsgewinne, welche seit dem 1. Januar 1917 erzielt sind, nicht mehr unter das erwähnte Gesetz fällt, sondern erst noch zu beschließen ist. Von weit größerer Bedeutung für unsere Frage ist aber das gewaltige Gesetzgebungswerk, das zum Wiederaufbau der Finanzen notwendig wird. Daß viel kostbare Zeit und Gelegenheit für diesen Zweck unwiederbringlich verloren ist, wurde oben schon hervorgehoben. Es ist ohne weiteres klar, daß ein längeres Zögern ernste Folgen nach sich ziehen würde. Nach Beendigung des Krieges können die dann erforderlichen Mittel unmöglich noch durch Kriegsanleihen aufgebracht werden. Dann kann man nicht erst in Erwägungen und Beratungen darüber eintreten, woher man die Milliarden nehmen will, die zur Bezahlung fälliger Ansprüche auf Pension, Zinsen der Anleihen und sonstiger unaufschiebbarer Ausgaben notwendig sind. Diese Fragen müssen dann längst erledigt, die Gesetze müssen erlassen und die Gelder beschafft sein. Schon unter diesem Gesichtspunkt ist die empfohlene Vereinfachung und Abkürzung der Gesetzgebungsarbeit geboten. Daß sie außerdem dazu dient, Reibungen und Streitigkeiten mittels sachlicher Tätigkeit im begrenzten Kreise von Sachverständigen vorzubeugen, ist ein weiterer Vorzug, der nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Heute weiß man aus vielen Erfahrungen, daß positive Arbeit in einer kollegialen Körperschaft wohl das beste Mittel ist, um parteipolitische Bestrebungen zurückzudrängen. Für die Regierung endlich vermindert sich nicht allein die Last der Verantwortung, wenn sie mit einem vom Reichstag bestellten Ausschuß in einen regelmäßigen Austausch der Ansichten tritt, sondern sie erlangt zu gleicher Zeit damit eine gewisse Bürgschaft dafür, daß die aus gemeinsamer Arbeit hervorgehende Vorlage nicht im Papierkorb verschwindet.

Was die Frage nach einem ständigen Justizausschuß anlangt, so könnte es schei-

[1] Vgl. meine Schrift: „Kriegsgewinn- und Kriegserbschaftssteuer" (Finanzwirtschaftliche Zeitfragen, her. von v. Schanz und Wolf, Heft 19, Ferd. Enke, Stuttgart 1916).

Digitized by Google

nen, als ob sie nicht brennend wäre. Doch braucht man sich nur zu vergegenwärtigen, wie viele Tausende von Kriegsverordnungen erlassen sind, die tief einschneiden in die Lebensbedürfnisse der gesamten Bevölkerung, wie jeder Tag neue Verordnungen bringt, — um auch diese Frage als sehr erwägenswert erscheinen zu lassen. In bezug auf das Justizwesen erließ der Bundesrat am 9. September 1915 eine Verordnung zur Entlastung der Gerichte, am 7. Oktober 1915 eine Verordnung zur Entlastung der Strafgerichte. Am 18. Mai 1916 folgte die Verordnung über Änderungen der Verordnung vom 9. September 1915. Sie hob verschiedene Teile der letzteren wieder auf, namentlich das ganze Mahnverfahren vor den Landgerichten, stellte die beseitigte Erstattungsfähigkeit der Kosten wieder her und regelte die eingeführte Beschränkung der Berufung anderweitig. Im März 1917 erschien ein Gesetzentwurf zur Vereinfachung der Rechtspflege. Er dient demselben Zweck, die Gerichte zu entlasten. In Artikel 14 hebt er die ganze Verordnung zur Entlastung der Strafgerichte auf. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der überaus schnelle Wechsel der Vorschriften und der damit verbundene Aufwand an Zeit und Arbeit vermieden wäre, wenn man vorher mit Richtern, Rechtsanwälten und Laien Fühlung genommen hätte. Es ist auch nicht zu bezweifeln, daß die Justizverwaltung dies getan haben würde, wenn ihr ein berufenes Organ für den Zweck zur Verfügung gestanden hätte. Nun fehlt es im Reichstag doch nicht an Richtern und Rechtsanwälten, noch an Vertretern von Industrie, Handel und Landwirtschaft, die in ihrer Berufstätigkeit Gelegenheit haben, sich über die Vorzüge und Nachteile des gerichtlichen Verfahrens ein Urteil zu bilden. Wenn ein so zusammengesetzter Ausschuß dauernd zur Verfügung des Reichsjustizamtes steht, um als die berufene Stelle den Wünschen und Bedürfnissen des rechtsuchenden Publikums Ausdruck zu geben und sich über die Richtlinien eines Gesetzentwurfes, dessen Ausarbeitung beabsichtigt wird, zu äußern, so wird eine solche Aussprache auch wenn die Mitglieder des Ausschusses kein entscheidendes Wort zu sprechen haben, in manchen Beziehungen zu einer Klärung und Einigung führen und den Boden für fruchtbare Arbeit vorbereiten. Dann wird auch der so oft gehörte Vorwurf, man hätte rechtzeitig Männer der Praxis befragen sollen, von selbst in Wegfall kommen. — Gilt das, was bisher aufgeführt wurde, von der Rechtspflege im allgemeinen, so gilt es insbesondere von der Strafrechtspflege unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen. Das drohende Gespenst einer starken Zunahme der Verbrechen läßt sich nicht verscheuchen. Denn die Gefahr liegt in der Natur des Krieges selbst begründet, zuma eines so erbitterten Krieges, von solcher Dauer, der so viel Millionen Männer ins Feld geführt, bei den Daheimgebliebenen soviel Entbehrungen mit ihren natürlichen Folgen hervorgerufen hat. Daher ist nicht nur für eine nahe Zukunft mit einer beträchtlichen Steigerung der Straffälligkeit zu rechnen, sondern diese Steigerung ist in bedenklichem Grade bei Erwachsenen, in erschreckendem bei Jugendlichen bereits eingetreten. In Friedenszeiten wurden jährlich 230000 Freiheitsstrafen in Deutsch-

Digitized by Google

land verhängt. Gesetzt den Fall, daß diese Zahl sich verdoppelt, so müssen ohne Verzug noch einmal so viel Gefängnisse gebaut, noch einmal so viel Gefängnisbeamte angestellt werden, um bei Gesetzesübertretungen die Männer hinter Schloß und Riegel zu bringen, die mit Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens das Vaterland verteidigt haben. Oder sollte es vielleicht andere, bessere Mittel geben, um Vergehen zu sühnen, Mittel, die nicht zu einer Strafe für die steuerzahlenden Bürger werden, die vielmehr der Staatskasse Einnahmen zuführen, die den Täter wirklich bessern, indem sie ihn zur Arbeitsamkeit anhalten, die vor allem nicht die furchtbare Wirkung haben, neue Verbrechen hervorzurufen? Die Lösung dieser Frage duldet keinen Aufschub[1]. Sie wird sich um so eher erreichen lassen, je schneller die Justizverwaltung in die Lage kommt, sich mit fachkundigen Vertrauensmännern des Reichstags über die einzuschlagenden Wege zu verständigen. Ein ständiger Justizausschuß wird zu diesem Zweck besonders wertvoll sein.

In dem Zusammenhang liegt vielleicht der Gedanke nahe, ob das, was für die Finanzen und die Rechtspflege angebracht erscheint, sich nicht auch für die Landwirtschaft empfiehlt. Die Frage dürfte zu bejahen sein. Gewiß wird es für eine gründliche und ersprießliche Behandlung der Vorlagen, die die Landwirtschaft angehen, nur nützlich sein, wenn die Beschlußfassung und Ausarbeitung durch die Regierung im Einvernehmen mit einem ständigen Landwirtschaftsausschuß vor sich geht, der aus Reichstagsmitgliedern zusammengesetzt ist, die den großen, mittleren und kleinen Grundbesitz vertreten. Das Gleiche gilt aber auch für alle übrigen der Mitwirkung des Reichstags unterliegenden Geschäfte. Daß endlich auch mehrere minder umfangreiche Gebiete demselben Ausschuß überwiesen werden können, bedarf keiner näheren Begründung.

Gegen die Bildung ständiger Fachausschüsse wurde das Bedenken erhoben, die Bedeutung des Reichstages könne dadurch verringert werden. Ich teile die Befürchtung nicht. Sollten aber wirklich einige Reden weniger „zum Fenster hinaus" gehalten werden, so wäre das wohl kein Unglück. Der innere Wert der parlamentarischen Tätigkeit kann durch die empfohlene Einrichtung m. E. nur erhöht werden. Man kommt auf diesem Wege zwar nicht zu einem politischen Parlamentarismus der Machtgelüste, wohl aber zu einem sachlichen Parlamentarismus ernster, positiver Arbeit.

[1] Vgl. meine Schrift: „Geldstrafe statt Gefängnis", Ferd. Enke, Stuttgart 1917.

Digitized by Google

Volksheer und Volksschule

Von Seminaroberlehrer Th. Bäuerle, Backnang (Württemberg), z. Zt. Leutnant d. L.

I.

Man sagt, der preußische Schulmeister habe die Schlacht von Königgrätz gewonnen. Das ist gewiß eine sehr übertriebene Behauptung. Nichts schadet der Schule mehr als eine Überschätzung ihrer Leistung. Es haben zu allen Zeiten und so gewiß auch bei Königgrätz noch ganz andere Dinge zum Gelingen beigetragen. Aber ein richtiger Gedanke liegt doch jener Behauptung zugrunde, nämlich daß die Leistungsfähigkeit eines Heeres wesentlich beeinflußt wird durch den Bildungsstand der Heeresangehörigen. Dies gilt in besonderem Maße für ein Volksheer.

Die Zusammensetzung und der Geist eines Heeres sind ein sicherer Maßstab für das Verhältnis zwischen Macht und Masse, d. h. zwischen Regierung und Volk. Das stehende Heer ist die Schule des Volksheeres. Volksheere selbst schafft nur der Krieg, bezw. der Kampf um die Macht. Zur dauernden Einrichtung wurden sie durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Wehrpflicht schließt die Anerkennung in sich, daß die Sache des Staates zugleich und grundsätzlich Sache des Volkes ist. Der Begriff des Volksheeres will zum Ausdruck bringen, daß das Volk in seinen verschiedenartigen Lebensäußerungen und in allen seinen Schichten eine Einheit ist, daß das Wohl der einzelnen Volksgruppen vom Ganzen abhängt und dem Ganzen nützen muß.

II.

Dem Entwicklungsgang des Heeres entspricht die Entwicklung der Schule. Während aber das Wort „Volk" in der Bezeichnung „Volksheer" die Gesamtheit aller Volksgenossen umspannt und als ein Ehrentitel aufgefaßt werden will, liegt die Sache bei dem Begriff der Volksschule offenbar wesentlich anders. Die Volksschule gilt im Gegensatz zu der „höheren" Schule als die Schule für das „niedere" Volk, für den großen Haufen, für die „Ungebildeten". Das ist von vornherein ein übler Beigeschmack, der an der Volksschule, ihrer Arbeit und ihren Lehrern hängt.

Und doch sind auch an der Wiege der Volksschule die wirtschaftlichen, religiösen und bürgerlichen Umwälzungen Pate gestanden: die großen Entdeckungen am Ende des 15. Jahrhunderts und die großen religiösen Umwälzungen des 16. Jahrhunderts. Und seitdem waren die großen Wandlungen des Kulturlebens für die Volksschule von entscheidendem Einfluß.

Daß die Volksschule die Teilnahme an der Volkskultur vermitteln solle, war freilich anfänglich nur die verschrobene Meinung einiger Sonderlinge und Querköpfe. Erst als durch die großen Volks- und Staatsumwälzungen Bedeutung und Gefahr der Masse erkannt wurden, ging man auch in der Volksschulbildung bewußt daran,

Digitized by Google

über das rein Technische hinaus ihr kulturelle Aufgaben zuzuweisen. So sind die Schulen die Gradmesser der Kultur, die Volksschulen insbesondere Maßstab für die in dem Staat vorhandene Wertung des Volkes geworden. Die allgemeine Schul- bezw. Bildungspflicht bringt zum Ausdruck, daß der Staat ein gewisses Maß von Können und Wissen als für sein Gedeihen unumgänglich nötig hält.

Seitdem in den Winkelschulen des Mittelalters der erste Sonnenstrahl einer, wenn auch sehr ungenügenden Bildung durch eine schmale Ritze in das Dunkel des Volkslebens gedrungen war, ist dieser Drang nach Licht und der Trieb aus der Enge stumpfen Dahinlebens mächtig gewachsen. Die Bewegung läßt sich nicht mehr aufhalten. Sie hat auch auf das Gebiet des politischen und staatlichen Lebens übergegriffen. Die wach gewordenen Volkskräfte drängen nach Verantwortung und Betätigung. Darum müssen wir durch planmäßige Einwirkung das heranwachsende Volk auch zum richtigen Verständnis und zur Wertung des Staates und der staatlichen Notwendigkeiten erziehen. Und da gerade unser deutsches Staatswesen — trotz des Geschreies unserer Gegner über unsere Barbarei — neben der Ausübung der Macht auch Schutz und Förderung vor allem der das Gemeinschaftsleben beeinflussenden Kultur auf seinen Schild geschrieben hat, so ist Erziehung zum Staat zugleich Erziehung zu deutscher Kultur und ist andererseits Vermittlung deutscher Bildung zugleich Erziehung zur Freude und zu stolzer Erhebung am Deutschtum und am Vaterland.

III.

So gehören Volksheer und Volksschule zusammen. Beide sind Kinder derselben geschichtlichen und kulturellen Entwicklung; beide stehen im Dienst der öffentlichen Erziehung, die Volksschule am Anfang, das Volksheer am Ende. Familie, Schule, Berufslehre, Heeresdienst sind die vier Stufen, auf denen sich die Erziehung zum Manne aufbaut.

Die Familie ist die Vermittlerin des in einem Volk vorhandenen und von den Eltern vererbten Rassen- und Kulturgutes. Sie ist die Quelle aller Volkskraft, Anfang und Ziel aller Erziehung. Der Staat steht und fällt mit der Gesundheit der Familien. Die Schule übernimmt von der Familie einen Teil ihrer Aufgabe: je unbefriedigender die Lage der Familie, um so größer ist der Anteil an den Erziehungsaufgaben, die die Schule übernehmen muß. Dadurch unterscheidet sich die Volksschule wesentlich von den sogenannten höheren Schulen, daß sie neben ihren andern Aufgaben noch ein großes Stück Erziehungsarbeit zu leisten hat. Ihre eigentliche Aufgabe ist eine technische und eine kulturelle; technisch, sofern die Schule den werdenden Mann mit den fürs Leben allgemein nötigen Kenntnissen und Fertigkeiten auszurüsten hat, kulturell, sofern sie das überkommene Kulturgut zu vermitteln und zur Teilnahme an dieser Kultur zu erziehen hat. Daß beides, die Einführung in das Arbeitsleben und in das Kulturleben eine Einführung in das nationale Leben ist und

Digitized by Google

daß für Arbeit und Kultur der Staat der sichere Hort und mächtige Förderer ist, das dem Schüler beizubringen, ist Erziehung zum Staat. In diesem Sinne dient aller Unterricht der staatsbürgerlichen Erziehung; Erziehung zum Staat muß daher vielmehr Unterrichtsgrundsatz als Unterrichtsfach sein. Im Beruf werden die von der Familie ererbten und gepflegten, von der Schule aus- und weitergebildeten Kräfte einem bestimmten Zweck innerhalb der Volksgemeinschaft nutzbar gemacht. Der Mensch wird dadurch ein Teil des Ganzen; aus der Weite allgemeiner Menschenbildung durch Familie und Schule kommt er nunmehr in die Enge des Berufslebens. In dieser Verengung verliert er dann gar zu leicht den Sinn und Blick für das Ganze, reißt der Faden ab, der ihn mit der Gesamtheit verbindet und verkümmert schon in den Anfängen das in den wenigen Volksschuljahren geweckte und vertiefte Gefühl von der Größe und Zusammengehörigkeit von Volk und Staat.

Und doch kommt hinter dieser Einführung in das Berufsleben und hinter jener durch den so frühen Abschluß der Volksschulbildung entstandene Lücke der Heeresdienst als Abschluß und Höhepunkt der Erziehung des Mannes. Hier tritt er in den unmittelbaren Dienst des Ganzen; hier dient er allen, indem er zum Schutz und zur Verteidigung des Vaterlandes ausgebildet wird; hier tritt jeder aus der Enge und Absonderung seines Berufslebens wieder heraus zur Ausübung des allen Männern gemeinsamen, weil für den Bestand jedes einzelnen Berufs gleich notwendigen Berufs des Soldaten.

Der Staatsbürger aber wird durch die Gründung eines eigenen Herdes die lebendige Brücke von der Gegenwart in die Zukunft.

IV.

Ich will versuchen, in groben Umrissen die Folgerungen aus den bisherigen Ausführungen zu ziehen.

Unsere Volksschule muß zur deutschen Schule werden; sie muß den Beigeschmack der Armenschule endgültig verlieren und zwar sowohl in ihrem Verhältnis zu den andern Schulen, als auch in ihrem eigenen Auf- und Ausbau. Die Volksschule muß aus ihrer Vereinzelung herauskommen. Es fehlt vielfach noch an jeder organischen Verbindung zwischen Volks- und „höheren" Schulen. Vom Standpunkt der Volkserziehung aus dürfen Stand oder Vermögen der Eltern für den Schulweg des Kindes nicht ausschlaggebend sein. Begabten Kindern muß der Weg zu den höheren Schulen und zu vertiefter Bildung von Rechts wegen nicht als Wohltat offen stehen. Es würde aber von nicht geringer Selbstüberhebung zeugen und eine ungeheure Verantwortung bedeuten, wenn etwa die Lehrer sich einbilden würden, die „Begabten" oder die „Tüchtigen" aus der Masse herausfischen zu können. Dagegen müßten die Eltern den schärfsten Einspruch erheben und mit ihnen alle die, deren Begabung und Tüchtigkeit trotz dem Urteil der Lehrer und trotz den Schulzeugnissen

Digitized by Google

im Leben sich durchsetzten. Wie im einzelnen die Frage einer größeren Vereinheitlichung unseres Schulwesens, auch die Frage der jetzt im Vordergrund des Interesses stehenden Einheitsschule gelöst werden soll, das ist vielmehr Sache der Politiker in Staat und Gemeinde, als des Pädagogen. Dieser muß aber überall seine Stimme erheben, wo Zweckmäßigkeitsfragen zu Prinzipienfragen gestempelt werden, und wo die Gefahr der Veräußerlichung droht. In dieser Gefahr sind wir heute.

„Freie Bahn dem Tüchtigen!" ist ein schönes Wort. Und doch wird's dem verflossenen Reichskanzler, der das Wort gesprochen, schon manchmal zumut gewesen sein wie jenem Mann, von dem Schiller sagt:

„Doch dem war kaum das Wort entfahren,
Möcht er's im Busen gern bewahren."

Man hat jenen Ausspruch in seiner Anwendung auf die Schule viel zu sehr aufs intellektuelle Gebiet hinübergespielt und hat es vielfach so ausgelegt, als ob jeder Begabte vermöge der Schulen auf der sozialen Leiter möglichst hoch steigen, kurz, womöglich Staatsbeamter und zwar höherer oder gar hoher Staatsbeamter werden müsse. Welche Überschätzung des Intellekts, welche Verachtung der andern Berufe, welche Verkennung der Tüchtigkeit! Wahrhaftig: Untüchtige sind nirgends etwas nutz, weder oben noch unten, oben allerdings noch weniger als unten; aber wir brauchen die Tüchtigen überall; jeder Beruf und jeder Stand braucht Führer. „Freie Bahn dem Tüchtigen!" heißt Anerkennung der Leistung in jedem Beruf und Stand, freie Bahn dem Tüchtigen auch im einfachsten Beruf. Sorgen wir nur dafür, daß der Tüchtige auch überall zu leben hat!

Es werden also nach wie vor noch eine sehr große Zahl von „Tüchtigen" auf die Volksschule angewiesen sein. Darum ist die wichtigste Forderung der Volkserziehung immer noch die: *Ausgestaltung und Ausbau der Volksschule zu einer den andern Schulgattungen gleichwertigen — nicht gleichartigen Anstalt.* — Das heißt vor allem: Weiterführung der Volksschule über das 14. Lebensjahr hinaus durch *Einrichtung und Ausbau der sogenannten Fortbildungsschulen.* Das ist die für die Zukunft weitaus wichtigste Forderung auf dem Gebiet des Erziehungswesens. Die Fortbildungsschulpflicht muß mindestens bis zum 18. Lebensjahr ausgedehnt werden, und auch für die Zeit zwischen 18 und 20 Jahren müssen noch freie Bildungsgelegenheiten geschaffen werden. Was aber vor allen Dingen gefordert werden muß, das ist die gründliche Beseitigung aller einengenden Schranken, die den Weg zu den Stätten der Bildung und zum sozialen Aufstieg versperren. Das ist der große Jammer der Volksschule und der Volksschüler: sie finden überall den Weg versperrt und den Aufstieg erschwert. Mit der inneren Vertiefung und Erweiterung der Volksschularbeit muß daher die Abschaffung aller unnötigen Schranken Hand in Hand gehen.

Vor allem verträgt sich der Einjährigen-Schein mit den hier gezeichneten Gedanken

Digitized by Google

nicht. Es darf in diesem Sinne keine zweierlei Volksgenossen, keine zwei Klassen von Soldaten geben. Die Tüchtigen und Fähigen findet man auch ohne Schein heraus und wieviel Unfähigkeit und Unbildung verbirgt sich oft hinter dem mühsam und mit viel Geld- und Zeitaufwand erhaltenen Stück Papier!

Darüber hinaus muß aber der Heeresdienst so gestaltet sein, daß er sein Ziel: Ausbildung zu voller Wehr- und Mannhaftigkeit und Erziehung zum Staatsbewußtsein auch erreicht. Das stellt hohe Aufgaben an die militärischen Führer aller Grade. Neben dem Drill brauchen wir Selbsttätigkeit, neben Disziplin und bedingungslosem Gehorsam die freie Pflichterfüllung des freien Mannes. Neben die körperliche und die militärisch-technische Bildung muß noch die geistige und die sittliche Bildung treten — auch in der Heereserziehung.

Das sind teilweise neue Aufgaben, die dem Heeresdienst gestellt werden. Sie ergeben sich aber aus der Stellung der Heereserziehung im Gesamtplan der Volkserziehung, ebenso wie aus den Erfahrungen dieses gewaltigen Krieges. Trotz der ungeheuren Massenheere und trotz der ins Riesenhafte gewachsenen Bedeutung der Technik für die Kriegführung stellt der Krieg an die Widerstandskraft, den moralischen Wert und die Selbsttätigkeit und Entschlußfähigkeit des einzelnen große Anforderungen. Das kommt auch in vielen Befehlen und Verfügungen unserer militärischen Führer immer wieder zum Ausdruck. Gleichzeitig aber ist die Zahl der Ausbildungszweige für den Soldaten, insbesondere den Infanteristen so gewachsen, daß ihre Bewältigung ohne weitgehende Spezialisierung schier unmöglich ist. Darum hat die Heereserziehung das größte Interesse an einer besseren geistigen und körperlichen Vorbildung des waffenfähigen Volkes. Nur dann kann der so nötige und unentbehrliche Drill zugunsten einer größeren Durchgeistigung der Ausbildung eingeschränkt werden, wenn unsere Rekruten geistig und körperlich beweglicher als bisher in das Heer eintreten.

Es hat sich in diesem Krieg gezeigt, wie mächtig der moralische Faktor ins Gewicht fällt. Wir sind unsern Gegnern in der Führung und in militärisch-technischer Hinsicht, sowie großenteils auch hinsichtlich unserer Rasseeigenschaften überlegen. Sind wir's auch hinsichtlich des Staatsbewußtseins? Dem Soldaten darf nie das Bewußtsein davon verloren gehen, wofür er kämpft, bezw. wofür er im Ernstfall zu kämpfen hat. Diese Erziehung zum deutschen Staatsbewußtsein ist auch eine wesentliche Aufgabe der Heereserziehung. Nie im ganzen Leben des Mannes ist die Gelegenheit dazu so günstig wie hier: alle Stände, Berufe, Konfessionen sind hier beisammen zu dem gleichen Zweck: ihre Kräfte für den Schutz und die Größe des Vaterlandes zu stählen. Dann muß ihnen aber auch durch entsprechende Belehrung — nicht bloß durch gelegentliche patriotische Ansprachen — die Größe und Schönheit, aber auch die Verwundbarkeit dieses Vaterlandes gezeigt werden. An Stoff dazu fehlt es wahrlich nicht: die deutsche Geschichte als die Verwirklichung jahrhunderte-

Digitized by Google

langen Sehnens, das deutsche Volk daheim und draußen, das deutsche Land und die deutsche Arbeit, die deutsche Kultur und der deutsche Staat: all das sind Wege zur Erziehung zu deutschem Soldatengeist wie zu Bürgersinn und Bürgerstolz.

Dann erst würde die Heereserziehung ihre Aufgabe ganz erfüllen, wenn sie nicht nur Formen, sondern auch Inhalte böte. Die von ihr schon bisher geleistete, so überaus wertvolle sozial-ethische Erziehung zum Gehorsam, zu Ein- und Unterordung und zur Autorität würde eine wesentliche Vertiefung erfahren, wenn der künftige Staatsbürger auch wüßte, warum und daß Ordnung, Gehorsam und Autorität nötig sind. Das alles stellt an die militärischen Führer aller Grade, besonders an Wissen, Können und Machtausübung der dem Manne zunächststehenden Unterführer besondere Anforderungen. Der Distanzbegriff ist hier oft bis in Groteske veräußerlicht, und der Unterschied zwischen dem, was mancher Vorgesetzte auf und unter dem Soldatenkittel hat, ist oft sehr groß. Doch das wäre ein Kapitel für sich, wert, einmal ausführlicher behandelt zu werden. Bei den Führern muß in Heer und Schule eingesetzt werden. Alle Volkserziehungsfragen sind Fragen nach Persönlichkeiten, und aus allen Forderungen ernster Männer ertönt immer und immer wieder der Ruf nach Persönlichkeiten, nach Menschen. Und der alte Diogenes geht immer noch um, um am hellen Tag mit seiner Laterne nach — Menschen zu suchen.

Zur Frage der militärischen Aufklärung

Von Johannes Fischer, Heilbronn

Die Debatten im Reichstag über die Frage der militärischen Aufklärung veranlassen mich dazu, ein paar Anmerkungen aus der praktischen Arbeit heraus zu machen. Vorausschicken möchte ich, daß ich diese Arbeit betrieb, lange ehe sie regelmäßig organisiert war und von oben herab angeordnet wurde. Das Bedürfnis dafür drängte sich mir von den ersten Stunden meines Soldatenlebens an immer stärker auf. Wenn es, mit einer leichten Übertreibung, auf eine Formel gebracht werden soll, so ist es die, daß, wenn ein Rekrut — jung oder alt — vor seinem Eintritt in das Militär nicht wußte, daß Deutschland um seine höchsten Lebensnotwendigkeiten im Kampfe steht, er es in der Kaserne nicht erfuhr und auch nichts davon merkte.

Für den gewöhnlichen Garnisondienst ist die ganze militärische Vorbereitungszeit Handwerk, das weithin nach alten Vorgängen weiterbetrieben wird, ohne viel danach zu fragen, ob da am Ende Besichtigung und Manöver steht, wie im Frieden, oder höchste Selbstverleugnung und Lebenshingabe, wie jetzt im Kriege. Das soll zunächst noch gar kein Vorwurf sein, aber es ist in weitem Umfang Tatsache.

Und nun möge man sich folgendes eigene Erlebnis dazu vergegenwärtigen. Ich trat als ungedienter Mann 35jährig ins Heer ein. Der erste Tag war mit Herumstehen und Warten ausgefüllt und jeder suchte damit auf seine Weise fertig zu werden. Neben

Digitized by Google

mir stand ein gleichaltriger, auch ungedienter Mann, der sehr freudlos und mürrisch in die Sache hineinging, während ich ein Soldatenlied vor mich hinsummte. Der neue Kamerad redete mich schließlich an: „Wie alt bist jetzt du und was bist du?" Ich teilte ihm beides mit und erhielt die höchst erstaunte Antwort: „Und du magst auch noch singen?" Dann kam eine Unterhaltung in Gang, die zeigte, wie dieser Mann sich bisher um Volk und Staat auch rein gar nicht gekümmert hatte. Der Staat war noch so gut wie gar nicht in sein Bewußtsein getreten, und es fehlte ihm auch jede irgendwie klare Vorstellung davon, was Volk und Staat für sein eigenes persönliches und berufliches Leben zu bedeuten hätten. So fühlte er es als eine unerhörte Vergewaltigung, daß dieser Staat nun zu ihm auf die Höhe des Schwarzwaldes hinauf kam und ihn aus seiner Familie und seiner Arbeit herausriß, für Zwecke, die ihm so gut wie nichts bedeuteten bisher. Und nun kam der Staat gleich mit den höchsten Anforderungen an ihn heran, die er überhaupt je einmal an seinen Bürger stellen muß; verlangte die Bereitschaft, unter Umständen das ganze Leben für ihn einzusetzen. Wer fühlt da nicht eine ungeheure, klaffende Lücke, die so nicht bleiben durfte, wenn für diesen Mann sein militärischer Dienst, innerlich gesehen, nicht einfach über sein Vermögen gehen sollte. Es ist doch völlig klar, daß hier nicht mit den Kriegsartikeln allein auszukommen ist, sondern daß eine staatlich-politische und volkswirtschaftliche Aufklärung unbedingtes Erfordernis ist. Sie ist aus Gründen der rein militärischen Leistungsfähigkeit und in Rücksicht auf die ganze seelische Verfassung des Heeres unentbehrlich, wenn man nicht von vornherein auf alle die Höchstleistungen auf allen Gebieten verzichten will, die nur ein inneres Erfülltsein von der Größe und Bedeutung der gestellten Aufgabe auslöst und auf die man im Kriege überall angewiesen ist.

Es war für mich vollständig klar, daß für Leute mit diesem geistigen Zuschnitt, mit dieser volkswirtschaftlich-politischen Unwissenheit die Kriegsaufgabe viel zu groß abgesteckt ist, und von dieser Seite aus drängte sich die Notwendigkeit, hier helfend einzugreifen, unerbittlich auf. Alles Moralisieren über mangelnden guten Willen, über schlechte Stimmung, Überdrüssigkeit usw. ist einem großen Teil der oben beschriebenen Menschen gegenüber ein grobes Unrecht und hilft gar nichts. Vielmehr muß man versuchen, diesen Volksgenossen im Soldatengewand zu helfen, mit ihrem Volk, seinem Staat, seiner Wirtschaft, seiner Kultur so in lebendigen innern Zusammenhang zu kommen, daß sie sich ihrer Beteiligtheit an dem allen klar bewußt werden und für ihren Bestand sich ebenso verantwortlich, wie daran lebhaft interessiert fühlen.

Das ist nicht mit Befehlen und Gesetzen, nicht mit Drohung und Strafe, auch nicht einfach mit patriotischen Aufforderungen und Mahnungen zu erreichen. Es helfen auch rein abstrakte Beweisführungen der politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit des Weiterkämpfens überhaupt und der Mitarbeit des einzelnen nicht allzuviel

Digitized by Google

Die großen politischen und wirtschaftlichen Linien verlaufen zumeist so vollständig außerhalb dessen, was bewußt in den Gesichtskreis sehr vieler Zeitgenossen in ihrer Tagesarbeit trat, daß sie ihnen zunächst noch nicht viel beweisen. Darum ist auch das Hereinnehmen der Kriegszielfragen in diese Aufklärungsarbeit vollständig überflüssig, ja sie belasten und verwirren nur die Arbeit und schädigen den Erfolg. Was aber wirklich nottut, ist, daß man — bildlich gesprochen — mit dem einzelnen Kameraden seine Lebenswanderung noch einmal rückwärts durchgeht, und ihm zeigt, wo und wie er selbst, sein Berufszweig, sein eigenes Heimatland und schließlich das ganze Volk in ihren verschiedenen Lebensbeziehungen entscheidend beeinflußt wurde, durch das Deutsche Reich und seine Ausgestaltung, durch den Staat und seine Tätigkeit. Man muß ihm helfen, so vieles, was in der hinter uns liegenden Friedenszeit, oft über die Köpfe, das Verstehen und den Willen breiter Volksschichten hinweg, von Gesetzgebung und Verwaltung des Staates geschah, nun in rückschauender Betrachtung in ihrer Wirkung und ihrem Erfolg sehen und entsprechend würdigen zu lernen. Man muß auch bemüht sein, dem Mann an einzelnen entscheidenden Wendungen des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Werdens zu zeigen, welchen Anteil an diesen Leistungen auch sein Stand, seine soziale Schicht hatte und was an günstiger Wirkung, für die beteiligten Zeitgenossen schon oder für später, davon ausging. Der Mensch muß ein lebendiges Bewußtsein davon bekommen, daß er nicht gewissermaßen „staatlos", „volklos" durch die Zeiten gehen kann, sondern daß er in seinen eigenen Möglichkeiten sehr weitgehend getragen oder gehemmt ist, durch Volk und Staat überhaupt und vor allem durch Geist und Art, die für beide bestimmend und in der Zielsetzung richtunggebend sind. Das ist dann erst der Boden, in dem die Millionen von Soldatenbürgern so fest verankert und verwurzelt sind, daß sie die ungewöhnlichen, alles bisherige Maß übersteigenden Anforderungen des Staates erfüllen können.

So gesehen, ist aber die ganze Aufklärungsarbeit auch im höchsten Maße im Interesse aller politischen Parteiarbeit gelegen. Unter diesem Gesichtspunkt betrieben, bietet die Aufklärungstätigkeit, die ja jetzt auch formell in der Bezeichnung Unterrichtstätigkeit heißt, auch keine zu großen Schwierigkeiten, und wird obendrein wirklich gern und dankbar aufgenommen von den Soldaten. Ich habe dabei immer eingeleitet damit, daß wir unser Verhältnis zum Krieg nicht in erster Linie als Soldaten, sondern als Bürger und Träger des Staates zu gewinnen suchen, aber auch sehr oft beobachtet, wie Menschen, die darüber ganz klar sahen, über manche äußeren Erschwerungen des Krieges sehr viel leichter wegkamen in ihren militärischen und bürgerlichen Verhältnissen. Das ist aber doch das Entscheidende, daß möglichst vielen geholfen werde, die innere politische Ausrüstung zu bekommen, die zu solch bürgerlich-staatlichen Höchstleistungen unerläßlich ist, wie sie jetzt von jedem verlangt werden. Es ist ein Glück, daß man dafür schon aus Tatsachen und Leistungen der Vergangen-

Digitized by Google

heit heraus all das holen kann, was notwendig ist und nicht zu Spekulationen greifen muß, die im Wogen des Kampfes doch noch alle unsicher sind. Und Menschen, die mit dem Werden ihres Volkes und Staates eins geworden sind, haben damit die Quellen gefunden, aus denen ihnen Kraft und Wille zuströmt für alles, was der Krieg auch noch auf ihre Schultern legen muß.

Notizen

Industrie und Presse in Italien. Die italienische Zeitung „Avanti" nimmt Ende Oktober die Angaben über Neuinvestierungen während der Kriegszeit im Betrage von 1082 Millionen in Industriebetrieben zum Anlaß, um die kapitalistische Großindustrie-Entwicklung anzugreifen. Der überwiegende Teil dieser Neuinvestierungen seien nicht etwa neues Kapital, sondern Gewinnrücklagen, komme also einer Entziehung der Kriegsgewinnsteuer gleich. Zugleich betont der „Avanti", daß die Großindustrie systematischen Einfluß auf die Presse des Landes suche und finde und daß sie sie ihren Zwecken dienstbar zu machen wisse. So unterstehe der „Corriere della Sera" dem Einfluß kapitalkräftiger Baumwoll- und Woll-Interessenten usw.; Hauptaktionär sei der Senator Pirelli, einer der größten Gummi- und Automobilreifen-Fabrikanten, während Parodi, Rolando-Ricci, Peronne und der Ingenieur Pontremoli den „Secolo" kontrollierten.

Der annektionistische Sonnino. Die „Nationalzeitung" in Basel berichtet am 28. Oktober, Sonnino habe sich in einer langatmigen Polemik gegen den Papst mit voller Deutlichkeit zum annektionistischen Programm bekannt: die Verbündeten seien zur Prüfung jedes ernsthaften Friedensvorschlages bereit, aber ernsthaft sei ein Friedensangebot nur dann, wenn es die verschiedenen Erwerbswünsche der Entente befriedige. Ob Sonnino auch heute noch auf dem annektionistischen Standpunkt steht?

Gedanken über die zukünftige auswärtige Politik Japans. Ein Professor der Universität Tokio gibt im „Japan Weekly Chronicle" folgendes Programm: China gegenüber empfiehlt der Professor Freundschaft, Vermeidung von Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten, ausgenommen wenn Chinas Integrität bedroht ist, Entwicklung der chinesischen Naturschätze in Verbindung mit China und Eröffnung von Schulen. Was Amerika anbetrifft, so meint er, daß es zu politischen Zusammenstößen kommen wird. Die Japaner dürfen nicht dulden, daß ihre wirtschaftliche Entwicklung auf dem Stillen Ozean und in China durch amerikanischen Druck (Amerikas Kriegsrüstungen) gehindert werde. Japans Herrschaft über die deutschen Südseeinseln möge einige Wirkung haben, um einen Krieg zu vermeiden, der sonst zwischen Japan und Amerika ausbrechen könnte. Betreffend England befürwortet der Professor eine Festigung des englisch-japanischen Bündnisses, doch denkt er sich dies so, daß Japans Macht seinen Willen gegenüber dem Bundesgenossen zur Geltung bringen muß. Der Verfasser glaubt, daß es in Zukunft infolge von Rußlands Vordringen in das Mittelmeer und den Indischen Ozean zu Zusammenstößen zwischen England und Rußland kommen wird und Japan dann die vorteilhafte Rolle eines Schiedsrichters wird spielen können. An eine Feindschaft zwischen Deutschland und Japan glaubt der Professor nicht, ebensowenig wie an eine Freundschaft. Er hält es für ausgeschlossen, daß sich Deutschland und Rußland vereinigen werden, um Japan anzugreifen.

Die „weiße Gefahr". „Paris-Genève" vom 11. Oktober gibt einen Artikel aus Tokio „Daily Messenger" wieder. In diesem wird gesagt: Wir dürfen diesen Völkern, die der Zufall der Lage einer deutschen Kolonie zu unseren Verbündeten gemacht hat, weder einen Mann noch einen Pfennig schicken. Unsere Rolle muß sich streng auf die Herstellung von Kriegsmaterial

Digitized by Google

beschränken. Man hat in Europa von der gelben Gefahr gesprochen. Wir Asiaten haben im Gegenteil das Recht, von der weißen Gefahr zu sprechen. Die Weißen wollen die ganze Erde zivilisieren. Ist zivilisieren nicht gleichbedeutend mit ausbeuten und selbst ausrotten? Das einzige Mittel für uns ist stark zu sein, um unseren Willen diktieren zu können, wenn der Krieg vorüber ist. Die Einmischung der Mächte Europas, wie auch Amerikas in die inneren Angelegenheiten Asiens muß aufhören und wird aufhören.

Afrikanische Zukunftspläne Englands. In einem kleinen Buche „Der Anteil der Schwarzen am Kriege" bespricht Sir Harry Johnston die etwa nötigen Änderungen in der Regierung über die schwarzen Völker nach dem Kriege. Der Verfasser ist überzeugt, daß die afrikanischen Stämme, die früher unter deutscher Herrschaft gestanden haben, nicht wünschen werden, unter diese zurückzukehren. Sollte es aber doch der Fall sein, so ist er der Meinung, daß man ihnen das gestatten müsse, möge der Krieg ausfallen wie er will. In allen Gebieten tritt der Verfasser für die ungeminderte Anerkennung der Rechte der Eingeborenen auf den Landbesitz, für die Vertretung der Eingeborenen in der Ortsverwaltung, für die Erleichterung der Erziehung und für die Benutzung der Landeseinkünfte ausschließlich für Land und Leute ein.

Ein nordischer akademischer Klub, der kulturelle Aufgaben verfolgt, ist in Stockholm begründet worden.

Englisch-schweizerische Ausstellungen. In englisch-schweizerischen Kreisen wird das Projekt erörtert, in London nach dem Kriege eine Ausstellung schweizerischer Meister und in der Schweiz eine Ausstellung englischer Maler zu veranstalten.

Neue Ansiedlung der wolhynischen Deutschen. Wohl kein Volksstamm dürfte in diesem Kriege so Schweres erduldet haben, wie die einige Hunderttausend zählenden wolhynischen Deutschen. Im Jahre 1915 wurden sie beim Herannahen der deutschen Heere in grausamster Weise vertrieben, einigen, die Angehörige im russischen Heere hatten, gelang es, auf kurze Zeit noch einmal in ihre schon ausgeräumten Wohnstätten zurückzukehren, bis nach einigen Monaten, im Februar 1916, auch der Rest, Greise, Weiber, Kinder, rücksichtslos nach Sibirien getrieben wurden. Tausende starben an Seuchen und vor Hunger, während sie von einem Gouvernement ins andere geschleppt wurden. Nur ein kleiner Teil war von den Deutschen erlöst und befindet sich jetzt durch die Hilfe des Fürsorgevereins für deutsche Rückwanderer vorwiegend in Deutschland. Nach Ausbruch der Revolution kehrten in den ersten Monaten des Freiheitsrausches Tausende aus Orenburg und Astrachan usw., die in Dörfern unter Tataren, Kirgisen und Kosaken, oder in Konzentrationslagern lebten, auf ihre ehemaligen Heimstätten zurück. Es kam zu blutigen Schlägereien mit denen, die inzwischen sich dort häuslich niedergelassen hatten, zum Teil galizischen Flüchtlingen. Jetzt haben dem „Russkoje Slowo" vom 10. August zufolge die Militärbehörden erneut angeordnet, daß die aus den Grenzkreisen verschickt gewesenen und dorthin wieder zurückgekehrten Kolonisten unverzüglich auszusiedeln seien. Die Aussiedlung hat bereits begonnen. So müssen sie zum dritten Male ihrer Väter Erbe verlassen. Auch den wolhynischen Deutschen gegenüber ist man so wieder in die Bahnen des zaristischen Rußlands eingelenkt; ein warnendes Beispiel für alle Deutschen in Rußland, die dort noch von einer deutschen Zukunft träumen, und eine scharfe Mahnung an uns Reichsdeutsche, für eine gesicherte Zukunft dieser Gehetzten, um ihres deutschen Namens willen Verfolgten, Vorsorge zu treffen. Eine Sicherstellung nicht nur der wolhynischen, sondern auch der übrigen deutschen Kolonisten in Rußland, (an der Wolga, in Südrußland und im Kaukasus) im ganzen etwa 2 Millionen Menschen, ist jedoch nur denkbar, wenn neues Siedlungsland gewonnen wird, das von großrussischen Eingriffen frei ist.

Finnischer Protest gegen Amerikas Neutralenpolitik. „Sedsenska Dagbladet" (Malmö)

Digitized by Google

vom 1. November teilt folgende Äußerung des finnländischen „Hufvudstadsbladet“ mit: „Der von der amerikanischen Regierung gefaßte Beschluß, den von Finnland gekauften und bezahlten Weizen nicht hinauszulassen, ist ein neuer Beweis der rücksichtslosen Politik, die Wilson trotz der großen Deklamationen über Menschlichkeit und die Existenzberechtigung der kleinen Nationen einschlagen zu können glaubt. Schon früher ist mit Recht hervorgehoben worden, daß, wenn auch Englands Auftreten gegen die Neutralen und auch seine Verbündeten sich durch große Rücksichtslosigkeit ausgezeichnet hat, diese Haltung Englands doch nichts ist im Vergleich zu dem, was Amerika, seitdem die Handhabung der Einkreisungs- und Aushungerungspolitik in seine Hände übergegangen ist, sich gegen Staaten herausnehmen zu können glaubt, mit denen es doch offiziell freundschaftliche Verbindungen aufrechterhält. Diese Politik, deren Wirkungslosigkeit gegen die Mittelmächte täglich deutlicher wird, schadet in hohem Grade den Lebensinteressen der neutralen und freundschaftlichen Staaten und erzeugt notwendigerweise eine feindliche Stimmung gegen den Verband, die sich schon bei Gelegenheit fühlbar machen wird. Jede solche Maßnahme muß unbedingt eine Steigerung der Sympathie für die Mittelmächte mit sich führen.

Für Finnland ist die amerikanische Maßnahme ein harter Schlag. Was besonders die Gefahr einer deutschen Besetzung betrifft, so wird Amerikas Vorgehen die Folge haben, daß man sich in Finnland eher nach dieser Besetzung sehnt, als sie fürchtet, da man weiß, daß Deutschland stets dafür gesorgt hat, daß die von ihm besetzten Gebiete keinen Mangel an Lebensmitteln leiden.“

Neuerscheinungen

Neuorientierung der Universitäten

Die Geschichtswissenschaft ist von der Methode und der Person Lamprechts abgerückt. Wenn man das noch nicht früher gewußt hätte, müßte man es jetzt aus dem Vorwort folgern, mit dem sein Schüler Dr. Arthur Köhler die Rektoratserinnerungen Lamprechts[1] einleitet. Dieses Vorwort ist eine einzige Entschuldigung. Der Auftrag sei „der letzte Wille Lamprechts, ein teures Vermächtnis und eine unabweisbare Pflicht vollempfundener Pietät“. Von dieser Pflicht habe ihn auch nicht die Rücksicht auf seine amtliche Stelle an der Universität entbinden können und dürfen. Lamprechts „zweifellos teilweise subjektiven Gedanken über Erlebtes (nicht einmal das Erlebnis soll der Gelehrte subjektiv wiedergeben dürfen, und schon daß er sie „teilweise subjektiv“ dargestellt, darf man wagen, einem Gelehrten zum Vorwurf zu machen!), seine Eindrücke und Empfindungen aus dem Rektoratsjahr sollen möglichst in voller Reinheit zur Darstellung kommen, mögen sie gleich diesem oder jenem nicht willkommen sein.“ Solche Erklärungen passen nicht in das Gebiet der Wissenschaft, deren Wesen Objektivität, also Sachlichkeit sein soll. Sie zeigen wieder, wie es um die Sachlichkeit als wissenschaftliches Prinzip innerhalb der Kreise bestellt ist, die ihr in ihrer Arbeit dienen sollen. Denn nicht den jüngeren Dozenten trifft die Schuld, wenn er am Ende des Vorworts seine vielen Entschuldigungen mit dem Urteil über Lamprecht krönt, das selbst nur eine große Entschuldigung ist: „Das Buch möge dem Andenken des großen Historikers dienen, dessen Genialität auch aus diesen persönlichen Dokumenten herausleuchtet“; sondern die einflußreichen Kreise, bei denen anzustoßen der jüngere Dozent befürchten muß.

Würden sich die Erinnerungen Lamprechts in den Skizzen der Feierlichkeiten, Feste, Zeremonien und Würden erschöpfen, die ihm während des Rektorats oblagen, hätte es solcher

[1] Erschienen bei F. A. Perthes, A.-G., Gotha.

Digitized by Google

Einschränkungen seines Herausgebers nicht bedurft. Es wäre ein hübsches frisches Erinnerungsbuch herausgekommen, das gezeigt hätte, daß auch der älter gewordene Historiker mit jugendlicher Empfänglichkeit Menschen und Erlebnissen begegnete. Weil aber Lamprecht auch als Rektor seinen wissenschaftlichen Neigungen nicht abschwören konnte, steht neben solchen persönlichen Erinnerungsbildern eine Reihe kühner Entwürfe zur Reform des Universitätsbetriebes und der versteckten und offenen Kämpfe, die sie ihm eintrugen. Lamprechts Pläne gingen auf die Umgestaltung des reinen Dozentenbetriebs an den Universitäten, auf eine persönliche Fühlung zwischen Lehrenden und Lernenden. Als einem frischen aktiven Menschen genügte ihm die unpersönliche Vorlesung nicht. Es drängte ihn, die strenge Scheidewand niedergelegt zu sehen, die gemeinhin den Studenten vom Lehrer trennt. Als Ideal schwebte ihm die Arbeitsweise von Laboratorien der modernsten Disziplinen, der Chemie und der technischen Wissenschaften, vor, weil da im Wechselspiel zwischen Lehrern und Schülern die Kräfte hüben und drüben freier und fruchtbarer sich entfalten. Lamprecht sagt darüber in seinen Erinnerungen: „Die Übung, bis dahin als Lehrform intimster Art aufgefaßt, wurde von einer Masse von Menschen überschwemmt, von denen viele nur Staatsexamensinteressen verfolgten. Aber wenn man nun diese abzog, so blieben immer noch Mengen von Studenten übrig, die wahrhaft hungrig waren nach wissenschaftlicher Betätigung und doch nur dann zu ihr gelangen konnten, wenn man die bisherige Praxis eines verhältnismäßig geringen Mitgliederkreises aufgab. Nun haben einzelne Universitäten oder wenigstens einzelne Disziplinen einzelner Universitäten die alte Praxis trotz alledem mehr oder minder beibehalten. Die Folge davon war, daß die Mehrzahl der Studierenden sozusagen wild aufwuchs ohne einen Unterricht in der zeitgemäßen Höhe, den ihnen die Universität eingestandenermaßen zukommen lassen konnte. Es war dies natürlich ein grober Mißbrauch, der mehr als alles andere auf die Notwendigkeit der Umbildung der Universität hinwies. Wo aber die Masse der Studenten zugelassen wurde, da schwollen natürlich die Übungen derart an, daß der mit ihnen verbundene Zweck kaum noch oder überhaupt nicht mehr erreicht werden konnte. Es war also klar, und die einfache Ehrlichkeit der Fortentwicklung gebot es: hier mußte die Zahl der Übungen vergrößert werden. Wenn man aber vergrößerte, konnte man da nicht zugleich staffeln? Und schloß dann diese Staffelung nicht erst die Organisation in sich ein, die nötig war, um den Studenten „systematisch" und nicht, wie bisher dem Zufall bei der Wahl preisgegeben, in richtiger Stufenfolge in die einzelnen Teile des ungeheuer angewachsenen Wissenschaftsstoffes einzuführen? So entwickelte sich zunächst aus dem treibenden Motiv der Frequenz heraus der Gedanke, aus dem einfachen Seminar ein Institut mit einer ganzen Anzahl von Übungen, von einem Dutzend oder vielleicht noch mehr bis zu zwei Dutzend herzustellen und diese Übungen so gegeneinander zu staffeln, daß ein gleichmäßiger Fortschritt der historischen Übungen erreicht werden konnte. Natürlich trat damit das Institut noch ganz anders wie bisher an die Stellung der Vorlesung, entwickelte aber auch zu gleicher Zeit einen Charakter, der eine um vieles vertiefte wissenschaftliche Bildung gewährleistete." Diese Forderungen klingen und sind natürlich. Man denke nur an die amerikanischen Universitäten, die den deutschen im Lehrbetrieb zweifellos überlegen sind. Professor Dr. Albrecht Penck hat in einem Bändchen Erinnerungen aus der Austauschprofessur sehr freimütig darüber gesprochen: „Bei uns steht der Hochschulbetrieb auf dem Boden der Lehre, in Amerika im Zeichen der Erziehung. Erziehung ist ein Schlagwort, das drüben in zahlreichen Gesprächen unendlich oft gebraucht wird. Man erörtert, wie man den besten Bürger des Staates erzieht, wie man am besten Gelehrte erzieht, wie man erzieht zu wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit. Der Professor steht nicht wie bei uns dem Studenten als Meister gegenüber, sondern als wissenschaftlicher Erzieher zur Seite. Viel vertraulicher ist der Umgang zwischen Professor und Studierenden als bei uns. Das wird schon wesentlich dadurch erleichtert,

Digitized by Google

daß die Anrede „Herr" entfällt, sobald man den Titel Professor gebraucht. Man wird im Laboratorium begrüßt mit den Worten: „Wie geht's, Professor?" — Das klingt viel herzlicher als das steife „Guten Morgen, Herr Geheimrat!" Aber nicht bloß in der Form, auch in Wirklichkeit ist das Verhältnis zwischen Professoren und Studenten in Amerika vertraulicher als bei uns. Viel mehr als bei uns wird der Unterricht in das Laboratorium verlegt. Schon für das ganz junge Semester gibt es praktische Übungen. Hier kommen sie in persönliche Berührung mit den Professoren oder wenigstens den Assistenten, die mehr, als es unsere Universitätsverfassung zuläßt, zum Unterrichte herangezogen werden. Weniger scharf als bei uns ist die Grenze zwischen Lernendem und Lehrendem, und zwar am wenigsten scharf an den großen Universitäten, wo dem leitenden Professor zahlreiche Hilfskräfte zur Verfügung stehen, die zwischen ihm und den Studierenden eine Brücke schlagen. Neben dem Ordinarius, dem Seniorprofessor, gibt es ein oder zwei Juniorprofessoren, die ihm untergeordnet und nicht nebengeordnet sind wie bei uns der Extraordinarius. Dann gibt es Instruktoren und Assistenten, ja, vielfach beteiligen sich schon ältere Studierende beim Unterrichte der jüngeren. So kommt der Student viel mehr als bei uns mit Lehrenden zusammen, die wenig älter sind als er, und fühlt weniger den Abstand vom Lehrer als bei uns. Das ist von großem Werte; denn kein Lehrender darf aufhören zu lernen, und die beste Übung des Lernens ist das Lehren. Aber es hat den Nachteil, daß der Student aus dem Gängelband des Lehrers oft nicht herauskommt und nicht lernt, ohne Assistenz zu arbeiten. Nicht nur die regelmäßigen Lehrer einer bestimmten Universität wirken auf den Studierenden; überall bemüht man sich, dessen Interesse möglichst allseitig zu erwecken und die wenig entwickelte Freizügigkeit zu ersetzen dadurch, daß man fremde Gelehrte zum Worte kommen läßt." Man höre zum Vergleich mit diesen Feststellungen nur ein paar Sätze aus dem Buch von Lamprecht: „Indem die Übungen so gestaffelt wurden, war zu gleicher Zeit auch die Kluft zwischen der Universität als Staatsanstalt und der als Bildungsinstitut überbrückt. Sehr leicht war in einem derart organisierten Institut eine Einrichtung zu treffen, wonach der Kreis der ersten, mehr elementaren Übungen denjenigen Anforderungen entsprach, die man etwa für die Erreichung eines wissenschaftlichen Lehrerzeugnisses zweiter Stufe aufstellen muß; und nicht minder ließen sich die höheren Übungen so ausgestalten, daß ihr ganzer oder teilweiser Besuch die Erreichung der Ziele gewäh leistete, welche in den Staatsprüfungsordnungen für ein Oberlehrerzeugnis (ein Zeugnis ersten Grades) aufgestellt sind." Man erkennt dann, daß Lamprechts Bemühen dahin zielte, die Universitäten aus Lehranstalten zu Bildungsanstalten zu machen. Lamprecht hat in seinem Institut für Kultur- und Universalgeschichte in Leipzig seine Gedanken zu verwirklichen Gelegenheit gehabt. Aber zwischen und in den Zeilen seiner Rektoratserinnerungen steht deutlich genug zu lesen, wieviel Widerstand und Mißverständnissen er bei seinen Fachgenossen ausgesetzt war. Er war es bis auf Kleinigkeiten hinunter. So wenn er eine akademische Auskunftsstelle errichten wollte, bei der die Studierenden sich Rats holen sollten. Von den großen Gesichtspunkten gar nicht zu reden, wie dem, den „recht eng gewordenen geistigen Horizont zu befreien und einem höherem Horizont zuzuführen" oder an den deutschen Universitäten „den internationalen und universellen Zug zu stärken. Die Möglichkeiten hierzu", resigniert Lamprecht, „seien nicht eben stark vertreten".

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Diersch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Thimme, Zur neuen Reichstagstagung 1529
Rohrbach, Kriegs- und Friedenswende? 1533
Ibrahim, Brief an Se. Heiligkeit den Papst Benediktus XV., Rom 1540
Jenny, Rußlands Imperialismus 1544
* * * Schweden und Finnland 1549
Saenger, Der Sieg über Italien 1554
Notizen / Neuerscheinungen 155

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 30. November 1917 Heft 48

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Geschenkwerke für den Weihnachtstisch

Westrußland in seiner Bedeutung für die Entwicklung Mitteleuropas. Mit einer Einleitung v. Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. R. Sering. Geh. M. 4.80, geb. M. 5.60.

„Das Werk ist für jeden, der sich mit den entscheidenden Fragen der uns benachbarten Gebiete befassen will, ein unentbehrlicher Begleiter." (Rhein.-Westf. Zeitung)

Rußland. Eine geographische Betrachtung von Volk, Staat und Kultur. Von Prof. Dr. A. Hettner. 3., erweiterte Aufl. Mit 23 Kart. Geh. M. 4.80, geb. M. 5.20.

„... Das Ergebnis sorgfältiger langjähriger Arbeit und Forschung, ergänzt durch die auf Reisen in Rußland gewonnene persönliche Einsicht in die Verhältnisse." (Export)

Englands Weltherrschaft und ihre Krisis. Von Prof. Dr. A. Hettner. 3., umgearbeitete Aufl. Geh. M. 4.20, geb. M. 5.—.

„H. hat ein schönes Beispiel gediegenster Forscherarbeit gegeben, wie man fremde Länder aus sich erfassen und doch uns zum Nutzen behandeln kann." (Z. f. lateinl. höh. Schulen)

Der britische Imperialismus. Ein geschichtlicher Überblick über den Werdegang des britischen Reiches vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Von Prof. Dr. F. Salomon. Geh. M. 3.—, geb. M. 3.60.

„... Eine unerschöpfliche Fundgrube zur Erkenntnis der englischen Art und Denkweise." (Deutsche Politik)

Die Großmächte der Gegenwart. Von Prof. Dr. R. Kjellén. 17. Aufl. 33.—34. T. Geh. M. 2.80, geb. M. 3.80.

„Wenige Bücher sind, wie dieses, geeignet, einen Einblick in den großen Zusammenhang der Dinge und Ereignisse zu ermöglichen." (Monatsschrift f. höhere Schulen.)

Die politischen Probleme des Weltkrieges. Von Prof. Dr. R. Kjellén. Übersetzt von Dr. Fr. Stieve. Mit 5 Kart. 6. Aufl. 24.—25. T. Geh. M. 2.40, geb. M. 3.40.

„Kjellén gehört zu den Künstlernaturen der Wissenschaft, er ist ein Meister der kraftvollen, geschaulichen Zusammenfassung, der inneren Beseelung der Stoffmassen."
(Die neue Rundschau)

Belgiens Volkswirtschaft. Von Prof. Dr. H. Waentig und Prof. Dr. H. Gehrig. Mit 1 Taf. Geh. ca. M. 6.—, geb. ca. M. 7.—.

Deutschland und der Weltkrieg. Tatsachen und Zahlen aus den drei Kriegsjahren 1914—17. Unter Benutzung neuester amtlicher Quellen zusammengestellt v. Prof. P. W. Fischer und Dir. Dr. P. Zühlke. Mit vielen Abb. und Zahlentaf. Kart. M. 1.60, 100 Exempl. und mehr je M. 1.40, 250 Exempl. je M. 1.30, 500 Exempl. je M. 1.20, 1000 Exempl. je M. 1.—.

Das Material ist aus amtlichen Statistiken, den Veröffentlichungen der Reichsbank und anderer Großbanken, wie aus der neueren Kriegsliteratur und Tagespresse in systematischer, durch Tabellen und graphische Zeichnungen anschaulich gestalteter Anordnung zusammengestellt.

Deutschkunde. Ein Buch von deutscher Art und Kunst. Herausgegeben von Dr. W. Hofstaetter. Mit 2 Kart., 32 Taf. und Abb. Geb. M. 2.70.

„Ein ganz vortreffliches Buch! Eine Art Kulturgeschichte Deutschlands." (Frankfurter Zeitung)

Schaffen und Schauen. Ein Führer ins Leben. 2 Bände. I: Von deutscher Art und Arbeit. 3. Aufl. II: Des Menschen Sein und Werden. 4. Aufl. Geb. je M. 6.—. Beide Bände zusammen geb. M. 12.—.

„Um Männer zu erziehen mit selbständigem Willen und Urteil gegenüber der wechselnden Massenmeinung — ich glaube, daß Ihr Buch in dieser Richtung ein sehr wertvolles Stück Arbeit darstellt."
(Staatsminister a. D. Dr. Graf von Posadowsky-Wehner)

Doktor Martin Luther. Ein Lebensbild für das deutsche Haus von Superint. D. G. Buchwald. 3 Aufl. Mit zahlreichen Abb. nach Kunstwerken der Zeit. Geb. M. 10.—, in Halbperg. M. 12.—.

„Wir haben kein Lebensbild Luthers für das evangelische Haus, das sich inhaltlich und erst recht nicht in der Ausstattung mit diesem messen könnte." (Kölnische Zeitung)

Luther im Lichte der neueren Forschung. Ein kritischer Bericht von Prof. Dr. H. Boehmer. 4., vermehrte und verbesserte Aufl. Mit 3 Bildn. Geh. M. 2.—, geb. M. 3.50.

„Das Buch ist eine Perle. Mit wunderbarer Plastik tritt das Bild Luthers uns entgegen." (Die Wartburg)

Geschichte der deutschen Dichtung. Von Dr. H. Röhl. 2. Aufl. Geb. M. 3.—.

„Ein Buch zum langsamen und besinnlichen Lesen, das ein Mann verfaßt hat, dem das volle Herz übergeflossen ist vom Guten u. Schönen unserer Dichtung!" (Päd. Archiv)

Gottfried Keller. Von Geh. Hofr. Prof. Dr. A. Köster. 3 Aufl. Mit 1 Titelb. Geh. (Feldausg. M. 3.20, geb. M. 3.80.

„Es gibt in so knapper Form kaum Treffenderes, als was hier über K.s Charakter und Eigenart wie über seine Werke gesagt ist." (Zürcher Zeitung)

Heidelberg und die deutsche Dichtung. Von Prof. Dr. Ph. Witkop. Mit 5 Taf., 1 farbigen Beil., Buchschmuck und Silhouetten. Geh. M. 3.60, in Pappb. M. 4.—, in Ganzperg. mit Goldschn. M. 8.40.

„Ein wertvolles und liebes Buch, so umfassend in der gediegenen Ausnutzung seines reichen historischen Quellenmaterials und dabei so farbenprächtig und künstlerisch feinsinnig mit seinen Schilderungen, daß einem das Herz aufgeht." (Leipz. Ztg.)

Die deutsche Malerei im 19. Jahrhundert. Von Prof. Dr. R. Hamann. Mit 57 ganzseitigen und 200 halbseitigen Abb. 1 Bd. Text, 1 Bd. Abb. Geh. je M. 2.40, geb. je M. 3.—, in Halbperg. geb. M. 7.—.

„H. gibt hier ein großzügiges klares Bild der Entwicklung unserer Malerei im vergangenen Jahrhundert. Reiches, gutes Anschauungsmaterial unterstützt den Text."
(Hamb. Corresp.)

Baumgarten — Poland — Wagner:

Die hellenische Kultur 3., verm. Aufl. Mit 479 Abb., 13 Taf., 1 Plan und 1 Karte. M. 10.—, geb. M. 12.50.

Die hellenistisch-römische Kultur. Mit 440 Abb., 11 Taf., 4 Kart. u. Plänen. M. 10.—, geb. M. 12.50.

„Was dem Werke einen hohen Wert verleiht, ist neben dem reichen, vorzüglich verarbeiteten Inhalte die geradezu glänzende, mit allen Mitteln der modernen Illustrationstechnik geschaffene Ausstattung." (Schweiz. Rundschau)

Tierbau und Tierleben. In ihrem Zusammenhang betrachtet. Von Prof. Dr. R. Hesse und Prof. Dr. F. Doflein. Mit über 1200 Abb. sowie 40 Taf. I: Das Tier als selbständiger Organismus. II: Das Tier als Glied des Naturganzen. Jedes Bild in künstlerischer Original-Ganzleinwand geb. M. 20.—, in elegantem Halbfranz M. 22.—.

„Ein in jeder Hinsicht ausgezeichnetes Werk. Es vereinigt sachliche, streng wissenschaftliche Behandlung des Gegenstandes mit klarer, jedermann verständlicher Darstellung."
(Lit. Jahresbericht des Dürerbundes)

Streifzüge durch Wald und Flur. Eine Anleitung zur Beobachtung der heimischen Natur in Monatsbildern von weiland B. Landsberg. 5. Aufl., neu bearbeitet von Dir. Dr. A. Günthart und Dr. W. B. Schmidt. Mit 24 Bild. u. 84 Textzeichn. nach der Natur. Geb. M. 5.40.

2. Jahrgang • 30. November 1917 • Heft 48

Deutsche Politik
Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Zur neuen Reichstagstagung

Von Friedrich Thimme

Als der Reichstag am 11. Oktober nach höchst unerfreulichen und unerquicklichen Debatten auseinanderging, herrschte eine schwüle Konflikts- und Krisenstimmung. Jetzt, wo er am 29. November wieder zusammentritt, hat sich das damals drohende Gewitter längst entladen. Der Reichskanzler Dr. Michaelis und der Vizekanzler Dr. Helfferich, die beide, der eine durch sein taktisches und rednerisches Ungeschick, der andere durch sein brüskes Auftreten, im Reichstage unmöglich geworden waren, sind beseitigt. An ihre Stelle sind in Graf Hertling, dem früheren Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages, und Herrn von Payer, dem Führer der freisinnigen Volkspartei, zwei unserer erfahrensten Parlamentarier an die Spitze der Reichsgeschäfte getreten. Ein anderer, nicht minder gewiegter Parteiführer, Geheimrat Dr. Friedberg, der Vorsitzende des Zentralausschusses der nationalliberalen Partei und Führer der nationalliberalen Landtagsfraktion, hat die Vizepräsidentschaft des preußischen Staatsministeriums übernommen. Die leitenden Stellen im Reiche wie im Staate Preußen sind sonach mit den ausgesprochenen Vertrauensmännern des Zentrums, der nationalliberalen und der freisinnigen Volkspartei besetzt worden. Auch der sozialdemokratischen Partei war ein Regierungssitz zugedacht worden, der aber von ihr aus der Besorgnis heraus, daß ihres Bleibens in der Regierung doch nicht sein werde, nicht angenommen wurde. Immerhin hat die Sozialdemokratie, da sie ihren moralischen Anspruch auf einen Regierungssitz nicht aufgegeben, sondern auf die freisinnige Volkspartei übertragen und ausdrücklich Herrn von Payer als ihren Vertrauensmann anerkannt hat, als indirekt an der Regierung beteiligt und für die Regierung mitverantwortlich zu gelten. Hinter der Regierung Graf Hertling—von Payer—Friedberg stehen also vier große Parteien des Reichstages mit rund 270 Mitgliedern, einer starken Mehrheit. Die vier Regierungsparteien, wie man sie wohl nennen darf, haben sich auch mit dem leitenden Staatsmann noch vor seiner Ernennung über ein gemeinsames außen- und innerpolitisches Arbeitsprogramm ge-

Digitized by Google

einigt. Danach wird in der auswärtigen Politik auch hinfort die deutsche Antwortnote an den Papst die Richtschnur bleiben. In der inneren Politik ist die loyale und rasche Durchführung der preußischen Wahlrechtsreform nach den kaiserlichen Manifesten, die Aufhebung der politischen Zensur, die schärfere Abgrenzung zwischen Militär- und Zivilgewalt, die Schaffung von Arbeitskammern und der freiheitliche Ausbau des Koalitionsrechts (Fortfall von § 153 der Gewerbeordnung) zur Grundlage genommen worden.

Der tiefere Sinn dieses Aktionsprogrammes liegt darin, daß die Mehrheitsparteien, einschließlich der nationalliberalen Partei, mit der Regierung darüber schlüssig geworden sind, unter Zurückstellung anderer Fragen den Burgfrieden von neuem aufzurichten und bis zum Schlusse des Krieges aufrecht zu erhalten. Es wird den Parteien der Linken gewiß nicht leicht geworden sein, auf weitergehende Wünsche und Forderungen im Sinne der Beschlüsse des Verfassungsausschusses des Reichstags zu verzichten. Aber ohne eine solche Entsagung wäre eine Einigung mit Graf Hertling auf der einen Seite, der sich insbesondere auf die Aufhebung des vielgenannten neunten Paragraphen der Reichsverfassung nicht einlassen wollte, mit der nationalliberalen Partei auf der anderen Seite, nicht zu erreichen gewesen. Daß die nationalliberale Partei sich an den Abmachungen der Mehrheitsparteien und damit an dem Regierungsblock beteiligt hat, ist von der größten Bedeutung für die Beschwichtigung der Bedenken, die sich unwillkürlich in einem Teil der protestantischen Bevölkerung gegen einen Zentrumskanzler erhoben hatten, für die Tragfähigkeit und die Dauer der neuen Regierung überhaupt, nicht zuletzt für die Verankerung des neuen Burgfriedens im Volke. Mit voller Zuversicht wird man jetzt, wo eine so starke Majorität hinter der Regierung steht, auf die rasche und glückliche Durchführung des gemeinsamen Aktionsprogramms rechnen dürfen. Das gilt selbst von den jetzt endlich herausgekommenen Vorlagen zur Reform des preußischen Landtages, wenngleich es noch keineswegs feststeht, ob die große Majorität der nationalliberalen Landtagsfraktion ihrem nun auf die Durchführung des gleichen Wahlrechts verpflichteten Führer Friedberg folgen wird. Mag es hierüber auch noch zu Schwierigkeiten und Kämpfen kommen, mögen auch im Schoße der Reichstagsmehrheit selbst manche Keime des Zwiespalts liegen — man denke nur an die verschiedene Auffassung der Friedensfragen in der nationalliberalen und der sozialdemokratischen Partei —, im ganzen ist doch durch die enge Fühlung zwischen der Regierung und einer großen Mehrheit des Reichstags, die sich aus der letzten Krise heraus ergeben hat, die größtmögliche Gewähr gegen ihre Wiederkehr gegeben worden.

So tritt der Reichstag am 29. November unter unvergleichlich viel günstigeren Aussichten als bei seiner letzten Tagung zusammen. An der Spitze der Reichsleitung treten dem Reichstag anstatt parlamentarisch ganz ungeschulter, durch ihr taktisches Ungeschick immer wieder von neuem Anstoß erregender Bureaukraten gewiegte Parla-

Digitized by Google

mentarier und Parteiführer von großer diplomatischer Gewandtheit gegenüber, die sich sicherlich als Meister in der Behandlung der Parlamente erweisen werden. Durch die Vereinbarung des gemeinsamen Aktionsprogramms, durch die Rücksichtnahme auf die gegenseitigen Anschauungen und Wünsche innerhalb der verbündeten Parteien ist von vornherein ein großes Maß von Konfliktsstoffen ausgeschaltet worden. Es verlautet, daß die Mehrheitsparteien überhaupt die Reden nach Möglichkeit auf kurze Erklärungen beschränken und die Arbeiten rasch abwickeln wollen. Nichts Besseres könnte geschehen, um dem Reichstag das Ansehen, von dem er nicht zuletzt durch die oft ganz unfruchtbaren Debatten und die in ihrem Gefolge auftretenden, immer wiederkehrenden Krisen in der Tat viel eingebüßt hatte, zurückzugewinnen. Man weiß, wie sehr in den letzten Zeiten das Argument gegen den Reichstag und insbesondere gegen die Linksparteien ausgespielt worden ist, daß sie gerade jetzt, wo des Reiches Schicksal auf dem Spiele stehe, Kämpfe um Verfassungsfragen hervorzurufen und in den Vordergrund zu stellen suchten. Indem die Mehrheitsparteien jetzt freiwillig im Einverständnis mit der Regierung sich auf ein Mindestprogramm festgelegt haben, das im Reiche bis zum Kriegsschluß im wesentlichen bloß sozialpolitische Reformen vorsieht, haben sie ihren Gegnern diese Waffe aus der Hand geschlagen. Man darf es hoffen, daß die Mehrheitsparteien in der beginnenden Reichstagstagung es sich stets vor Augen halten werden, von wie großer und fundamentaler Bedeutung der Ausfall dieser Tagung für den Reichstag selbst sein wird. Es ist doch nicht an dem, daß durch die Berufung von Parlamentariern an die Spitze der Reichs- und Staatsregierung das Regierungssystem bereits im Sinne des Parlamentarismus abgeändert wäre. Verfassungsrechtlich ist alles beim alten geblieben; die Krone ist mit dem einmaligen Betreten des neuen Weges, ihre Ratgeber im Einverständnis mit der Volksvertretung zu erwählen, noch keineswegs gebunden, bei späteren Gelegenheiten denselben Weg von neuem einzuschlagen und auf ihm fortzuschreiten. Sie wird es aber sicherlich tun, wenn die Erfahrung zeigt, daß es der rechte Weg ist, und daß er zu ersprießlichen Resultaten führt.

Man darf es geradezu heraussagen: das Maß des künftigen Einflusses des Reichstags wird ganz wesentlich von dem Maße abhängen, in dem sich die jetzige Vereinbarung zwischen der Regierung und den vier Mehrheitsparteien untereinander bewährt. Wird der geschlossene Burgfriede trotz aller in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten, trotz aller Versuche der von der Mehrheitsbildung ausgeschlossen gebliebenen Parteien, ihn zu untergraben, aufrecht erhalten, erweist sich die jetzt geschaffene Mehrheit als eine dauernde und konsistente, zunächst bis zum Schluß des Weltkrieges, bleiben uns bis dahin alle weiteren inneren Krisen erspart, so ist gar nicht daran zu zweifeln, daß wir auf dem eingeschlagenen Pfade zu dem deutschen Volksstaate, beruhend auf der Einheit zwischen Krone, Parlament und Volk, kommen werden, der unser aller Sehnsucht und Ideal ist.

Digitized by Google

Es ist aber nicht bloß eine Frage unserer innerpolitischen Zukunft, ob der gegenwärtige Reichstag alle weiteren Krisen von sich und der Regierung fernzuhalten weiß, es ist auch eine Frage unserer Existenz schlechthin. Mehr wie je ist offenbar geworden, daß unser Durchhalten im Weltkriege, unser Sieg abhängig ist von den seelischen Kräften unserer äußeren und inneren Front. Durch nichts vielleicht aber sind diese seelischen Kräfte so sehr beeinträchtigt worden, wie durch den steten inneren Hader und die Krisen daheim. Es ist gar nicht zu sagen, wie viel an Freude, an Vertrauen, an Hoffnung unserem kämpfenden und leidenden Volke durch den unseligen inneren Unfrieden geraubt ist. Tausendfältig kamen und kommen die Stimmen von der Front, die uns mahnen und beschwören: seht ihr denn gar nicht, wie sehr die Nachrichten von der Zerrissenheit und dem Hader zu Hause, der gerade in den Parteien und den Parlamenten so kraß zutage trat, uns quälen und niederschlagen? Der Deutsche Reichstag kann nicht von der Schuld freigesprochen werden, daß er ein nur zu günstiger und fruchtbarer Nährboden für diesen inneren Zank und Streit gewesen ist. Wir wollen nicht die leidige Schuldfrage aufwerfen, wer mehr dazu beigetragen hat, die Links- oder die Rechtsparteien mit Einschluß der Vaterlandspartei oder auch die Regierung. Es wird hier der Spruch der Bibel gelten: „Wir sind allzumal Sünder." Aber jetzt, wo das verheißungsvolle Einvernehmen zwischen der Krone, der Regierung und dem weitaus größten Teil des Reichstages hergestellt ist, muß dieses Einvernehmen durchaus festgehalten, muß jede fernere Krise unter allen Umständen vermieden werden, muß die Einheit und Geschlossenheit der inneren Front der erste und höchste Gesichtspunkt sein. Das gilt vor allem von den Mehrheitsparteien als den beati possidentes[1]. Wer von ihnen den Burgfrieden brechen würde, indem er mit Wünschen und Forderungen kommt, die durch das vereinbarte Aktionsprogramm ausgeschaltet sind, wer die Rücksichtnahme auf die verbündeten Parteien außer Acht läßt, der macht sich der schwersten Verantwortung schuldig.

Selbstverständlich würden auch die nicht in die Mehrheitsbildung einbegriffenen Parteien der Sünde am Vaterlande schuldig werden, wenn sie ihrerseits das Einvernehmen der Mehrheitsparteien untereinander und mit der Regierung zu stören unternähmen. Man wird es nachsichtig beurteilen, wenn sie sich so rasch nicht in die neugeschaffene Situation zu finden vermögen und gegen die Krone, gegen die Regierung und vor allem auch gegen die nationalliberale Partei noch immer Sturm laufen. Den Mehrheitsparteien darf geraten werden, solch Toben, das doch nur dem Wetterleuchten nach dem abziehenden Gewitter gleicht, nicht tragisch zu nehmen und sich möglichst wenig darum zu kümmern; sie sind ja die beati possidentes[1], und es liegt nur bei ihnen, es zu bleiben. Wenn erst die rechtsstehenden Parteien sehen, daß die Mehrheitsparteien gar nicht daran denken, über das vereinbarte Mindestprogramm hinaus eine radikale Parlamentarisierung und Demokratisierung durchzuführen, und

[1] den im Besitz (der Macht) Glücklichen.

Digitized by Google

wenn sie begreifen, daß ihr Widerstand gegen die festgefügte Phalanx der Krone, der Regierung und der großen Mehrheit der Volksvertretung machtlos bleibt, so werden sie schon in sich gehen. Sie können ja gar nicht anders, wenn es ihnen, wie sie sagen, in erster Linie um den Sieg zu tun ist; denn der Sieg hängt an der Nervenkraft unseres Volkes, und diese verträgt gewiß keine weiteren inneren Krisen und Erschütterungen mehr.

Unsere Mehrheitsparteien mögen es sich in jedem Falle gesagt sein lassen, daß jetzt nicht die Zeit zu müßigen Auseinandersetzungen, sondern zum Handeln innerhalb der selbstgezogenen Schranken ist. Je eher sie die mit der Regierung vereinbarten Reformen zu einem guten Ende führen, je mehr sie überhaupt rasche und zweckmäßige Arbeit leisten, um so mehr werden sie sich und dem Vaterlande nützen. Man sagt, ein jeder sei seines Glückes Schmied. Die Mehrheitsparteien haben es in der Hand, nicht nur sich selbst in dem Vertrauen ihrer Wähler zu befestigen, nicht nur dem Reichstage all das Ansehen zurückzugewinnen, das er angeblich schon ganz durch die wiederholten Krisen und durch das Drängen auf Verfassungsreformen verloren hätte, sondern es auch dahin zu bringen, daß das Volk aus den kommenden Verhandlungen des Reichstags neuen Mut, neue Kraft zur Ausdauer, neue Hoffnung auf ein sieghaftes Ende des Weltkriegs schöpft. In diesem Sinne rufen wir dem Reichstage ein mahnendes Glückauf zu!

den 25. November 1917

Kriegs- und Friedenswende?

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Nachrichten, daß die russische Maximalistenregierung und die mit ihr zusammengehenden Elemente ernsthaft bereit sind, Frieden mit den Mittelmächten zu schließen, verdichten sich in der Ententepresse und in den neutralen Blättern zusehends. Daß bei uns keine amtlichen oder halbamtlichen Stimmen die Verhandlungen bestätigen, ist weder ein Beweis für, noch einer gegen die Tatsächlichkeit derartiger russischer Anregungen und ihrer Aufnahme bei den Mittelmächten. Wenn überhaupt eine beiderseitige Fühlungnahme stattfindet, so würde sie vorläufig doch nicht offizielle Wege gehen, sondern nur durch gewisse parteipolitische Kanäle. Bevor man der grundsätzlichen Frage nähertritt, ob ein Friedensschluß mit den maximalistischen Machthabern erwägenswert ist oder nicht, muß natürlich Klarheit darüber bestehen, ob die Maximalisten imstande sind, sich so lange im Besitz der obersten Gewalt zu halten, bis ihre Vertreter mindestens den Vertrag unterzeichnet und die Demobilisierung der Armee durchgeführt haben. Solange das nicht feststeht, hat es eigentlich kaum Zweck, die Bedingungen zu untersuchen, unter denen der Friedensschluß mit Rußland möglich wäre. Vom Standpunkt der reinen Nützlichkeit aus wäre es für uns und unsre Verbündeten das beste, das russische Chaos auch weiterhin sich selbst zu über-

Digitized by Google

lassen. Wir haben oft betont, daß die Auflösung Rußlands das wirksamste, ja das allein durchgreifend wirksame Mittel zur Bewahrung Deutschlands und Europas vor dem Wachstum der russischen Gefahr ist. Wollten aber die Maximalisten wirklich selbst einen Frieden schließen, in dem die Selbständigkeit des zweiten und dritten Rußland — der Ukraine und der Westgebiete — gegenüber dem ersten, dem moskowitischen Rußland, nicht nur in Worten, sondern in Wahrheit anerkannt wird, so wäre das ja etwas anderes. Einstweilen haben aber neben Lenin und Trotzky auch noch der Kosakengeneral Kaledin samt den Politikern und Heerführern das Wort, die den Krieg an der Seite der Entente fortsetzen und auf jeden Fall die „Einheit Rußlands", d. h. die Herrschaft der Moskowiter über die Ukrainer und die Fremdvölker, bewahren wollen. Man kann sagen, daß hierin alles in Rußland einig ist, außer natürlich den Maximalisten und, ebenso natürlich, den Fremdvölkern. Aus Sorge um den maximalistischen Verzicht rufen diese Kräfte die Entente, die selber, weil Rußland aus dem Kriege ausscheidet, in den Grundfesten kracht, um ihre Hilfe an und halten z. B. Frankreich verzweifelt und beschwörend vor, was aus ihm werden würde, wenn Rußland eines Tages nicht mehr an Deutschland grenze. Am 11. Oktober dieses Jahres schrieb Professor Tarlo im „Djen" (Nr. 166) aus Anlaß der Anweisungen, die Skobelew wegen Kurland und Litauen unter der Formel: Anerkennung vollen Selbstbestimmungsrechts, in verzichtfreundlichem Sinne für die Pariser Konferenz bekam:

Für Rußland ist jedenfalls diese „volle Selbstbestimmung" mit dem völligem Verlust Kurlands und Litauens gleichbedeutend. Aber nehmen wir an, daß die Regierung der russischen Republik Kurland und Litauen aufgeben, und daß es Skobelew auf der Reise zur Konferenz gelingen wird, seine Begleiter von der Zweckmäßigkeit der Losreißung dieser beiden großen Gebiete von Rußland zu überzeugen. Allein wie wird sich dazu eine andere Republik, und zwar die französische, stellen? Denn wir dürfen nicht vergessen, daß Frankreich seine eigene Sache für verloren und hoffnungslos verspielt, seine nationale Sicherheit für ernstlich kompromittiert halten wird, falls der Krieg einigermaßen erheblich die politische Macht und die Zukunft Rußlands untergraben, namentlich aber, falls Deutschland sich vor Rußland durch eine Reihe von Staaten decken wird, die für das Deutsche Reich nicht so sehr Pufferstaaten, die die Verteidigung sichern, als Ausfallstore sein und neue Angriffe und Aufmärsche erleichtern werden. Wenn Kurland und Litauen in den Grenzen der russischen Republik verbleiben, so wird Rußland nicht aus der Reihe der Mächte entfernt, mit denen Deutschland zu rechnen haben wird. Falls aber die „vollständige Selbstbestimmung" zum Verlust dieser Gebiete führen sollte, so würde man über Rußland als eine Macht, der eine Stimme in europäischen Angelegenheiten zukommt, ein Kreuz stellen müssen. Über uns sind jetzt derartige Katastrophen hereingebrochen, daß das unmittelbare Bewußtsein uns bedrohender weiterer Prüfungen sich bereits abgestumpft hat. Der Verlust Kurlands und Litauens erscheint den Verfassern der Instruktion und vielleicht Skobelew selbst offenbar nicht als die schwerste Katastrophe, aber für die Franzosen bedeutet dies: den einzigen Bundesgenossen auf dem Kontinent durch einen Streifen selbstständiger Staaten von Europa getrennt zu sehen und an seinem völligen Zusammenbruche beteiligt zu sein.

Hier wird also vorausgesetzt, daß Polen sowieso als selbständiger Staat, nicht als ein zur Verfügung Rußlands stehendes politisches Schattengebilde, aus dem Kriege

Digitized by Google

hervorgeht. In dem Falle würde Rußland, falls Litauen und Kurland wieder russisch werden, noch mit einer schmalen Gebietsstrecke an Deutschland grenzen. Denken aber die Maximalisten ernstlich an Frieden, so müssen sie nicht nur auf Kurland und Litauen samt Riga und den baltischen Inseln, die ja schon verloren sind, als auf großrussische Untertanenländer verzichten, sondern sie müssen auch Finnland, Estland und Livland, vor allen Dingen das estnische Gebiet vom Finnischen Meerbusen bis über die livländische Mitte hinaus, das nichts von dem Fortdauer russischer Herrschaft wissen will, freigeben. Russisches, d. h. moskowitisches Land, liegt nur ganz am Ostende des finnländischen Busens, wo um Petersburg die ursprünglich den Finnen und Esten verwandte Bevölkerung durch eine russische ersetzt ist. Ein Verzicht der Maximalisten auf die weitere Beherrschung des nichtrussischen, von 1721 bis 1815 von Rußland unterworfenen Westgebiets, das sich von der finnischen Eismeerküste bis zur Weichselquelle ausdehnt, würde die dauernde Freiheit der Ukraine und wahrscheinlich auch die Autonomie der Kaukasusvölker zur natürlichen Folge haben. Wir können nur wiederholen, daß es jetzt die höchste Zeit ist, das Programm von der Selbstbestimmung der Völker und der Freiheit der kleinen Nationen dem moskowitischen Rußland gegenüber offen aufzustellen. Nehmen die Bolschewiki es an und schließen daraufhin wirklich Frieden, dann gut, immer vorausgesetzt, daß nicht morgen Kaledin, Kerenski, Nikolai Nikolajewitsch oder irgendein bisheriger Höchstkommandierender in Petersburg einzieht, der sich weigert, nach den Anweisungen der Maximalistenregierung den Waffenstillstand an der Front einzuleiten. Stürzen aber die Bolschewiki, so ist das erst recht kein Grund, die Verkündung des Programms der Selbständigkeit der Fremdvölker gegenüber Moskau hintanzuhalten. Hiermit darf schon deshalb jetzt keine Zeit mehr verloren werden, weil wir es sonst erleben, daß die Engländer diese Waffe erst in der Türkei gebrauchen, und sie uns dann in Rußland aus der Hand nehmen.

Die Fortschritte in Mesopotamien und Palästina werden von der englischen Politik konsequent unter dem Schema: Befreiung der dortigen nichttürkischen Völker von der Herrschaft der Türken behandelt. England stellt nicht etwa das Kriegsziel der Einverleibung von Bagdad, Jerusalem, Damaskus usw. in das englische Reich auf, sondern es sagt: diese arabische Bevölkerung und das zu schaffende autonome jüdische Gemeinwesen im Heiligen Lande dürfen nicht wieder den Türken ausgeliefert werden! Mit diesem Satz arbeiten die Engländer unermüdlich unter den dortigen Einwohnern, und sie werden, wenn die Dinge soweit sind, eine Wolke von Zeugen dafür herbeischaffen, daß diese Menschen auf keinen Fall wieder türkisch werden *wollen*. So macht man Politik im Kriege, wenn man sein Handwerk versteht. Nicht lange, und wir werden es erleben, daß, so wie es den Polen schon geschah und wie es den Finnländern durch den Vorschlag der schwedischen Besetzung Finnlands jetzt geschieht, auch den Ukrainern, Armeniern und Georgiern, den Esten und Letten ihre Befreiung von der Moskowiterherrschaft unter englischer Garantie statt unter der der Mittelmächte an-

Digitized by Google

geboten wird. Die Entente und Amerika lassen Rußland fallen und in Grund und Boden sinken, sobald keine Aussicht auf die Niederwerfung der Bolschewiki und die Rückkehr der Kriegspartei ans Ruder mehr ist. Dort auf der Gegenseite hat man aber auch ein feines praktisches Gefühl dafür, was politisch wertvolle und zukunftsreiche Kräfte sind. Das sind in Rußland die nichtmoskowitischen Völker, und darum wird die Ententepolitik sich alle Mühe geben, in nähere und nähere Fühlung mit diesen zu kommen, sobald die Würfel über das Schicksal Rußlands im ganzen gefallen sind.

So oder so — es wird offenbar bei der Richtigkeit des englischen Standpunktes sein Bewenden haben, wie er schon im Sommer 1915 im ersten Schreck über die schweren russischen Niederlagen und in besserer Kenntnis der damaligen russischen Notlage, als wir sie besaßen, geäußert wurde: ist Rußland erledigt, so ist der Krieg für die Entente nicht mehr zu gewinnen. Mit Rücksicht auf den italienischen Zusammenbruch ist er auch dann nicht mehr gewinnbar, wenn Amerika als Ersatz eintritt. Amerikas Mitwirkung am Kriege hat für England außerdem, wie früher schon bemerkt, die Gefahr, daß je länger der Krieg dauert, ein Sieg, wenn er wirklich zu erlangen sein sollte, nicht mehr Englands, sondern Amerikas Sieg wird. Das alles ist die Folge der Ereignisse in Rußland. Sie sind und bleiben das Größte, was unsere Waffen bisher geleistet haben und leisten werden. Hier ist diejenige überwältigende neue Tatsache geschaffen, deren es bedurfte, wenn der stockend gewordene Gang des Krieges eine Wendung erfahren sollte. Rußlands tatsächliches Ausscheiden (hätte uns doch ein guter Geist vor den Fehlern bewahrt, die verursachten, daß es nicht schon viel früher geschah!) ist von solcher Bedeutung, daß selbst ohne nähere Untersuchung der Einzelheiten gesagt werden kann: Ein Unternehmen, das auf Mitwirkung Rußlands bis zu Ende gebaut war, kann überhaupt nicht zu dem gedachten Ziele kommen, und fortgeführt werden, sobald Rußland versagt. Die Kriegs- und Friedenswende liegt ohne Frage in den — erst zum Teil erkennbaren Folgen, die sich von hier aus ergeben müssen.

Natürlich wird man versuchen, es Rußland entgelten zu lassen, was durch die Revolution an den Kriegszielen der Entente angerichtet ist. Wirklich beikommen kann Rußland aber nur eine Ententemacht: Japan. Überdies hält jede russische Regierung gegen die anderen Ententegenossen eine höchst wirksame Waffe in der Hand: den Staatsbankerott. Die Maximalisten werden sich kaum besonders scheuen, sie anzuwenden. Nur Japan braucht auch davor keine Angst zu haben — für seine Lieferungen an Rußland hat es sich gedeckt. Japan kann auf Kosten Rußlands sein Interessengebiet abrunden und im übrigen den gleichmütigen Zuschauer der Ereignisse spielen — kühl bis ans Herz hinan auch gegen die Entente. Dafür scheint uns ein Aufsatz in der offiziösen „Japan Times" so charakteristisch und überzeugend zu sein, daß wir ihn vollständig mitteilen möchten. Er ist ein Zeichen dafür, wie man sich drüben in Japan auf „Kriegs- und Friedenswende" einrichtet.

Digitized by Google

„Japan Times", Wochenausgabe vom 14. Juli 1917: „Mr. Adachis Article."

Das japanische Volk im allgemeinen und die japanische Armee und Marine im besonderen sind einer ganz ungeheuren Summe eines an Torheit grenzenden Heroismus fähig, zumal wenn sie es sich in den Kopf gesetzt haben, daß die nationale Ehre auf dem Spiel steht oder daß jemand in einer verzweifelten Notlage von ihnen Hilfe erwartet, besonders wenn dieser Jemand ein Verbündeter ist.

Aber der Gedanke, daß Japan seine Armee nach Europa in den Kampf entsenden könnte, erscheint bei einigermaßen kaltblütiger Betrachtung als ein ganz ungeheuerlicher Blödsinn, ja als ein geradezu selbstmörderischer Akt von Verrücktheit.

Wollte Japan eine Armee von einer Million Streitern nach Europa entsenden — und die Entsendung einer geringeren Truppenmacht könnte nur als ein herzloser und scheußlicher schlechter Witz sowohl für Japan selbst als auch für seine Verbündeten erachtet werden — wer würde die Ernährung, die Munitionsversorgung und die Beschaffung der Kleidung für eine solche Armee übernehmen? Japan selbst würde für seine Leute zu sorgen haben! Es gibt keine andere mögliche Antwort auf diese Frage. Und wenn Japan sich damit befassen müßte, die Herstellung und den Transport der Ausrüstung und der Lebensmittel für seine eigene Million Soldaten in Europa zu übernehmen, so soll man sich doch einmal überlegen, was das für die russischen Truppen an der Ostfront bedeuten würde. Es würde nichts weniger bedeuten als die Preisgabe der gesamten russischen Armee als ein höchst zeitgemäßes und willkommenes Opfer für die Geschütze der Deutschen . . .

Es ist leicht genug für einen Universitätsprofessor, bei einer Versammlung in irgendeinem Sommeraufenthaltsort, oder für einen beredten Vaterlandsfreund im Kongreß die zündende Frage an seine Zuhörer zu richten: Warum kämpft Japan nicht heute in Frankreich? Es hat doch eine Million Soldaten, ausgebildete Soldaten marschbereit daheim, oder etwa nicht? Warum also übernimmt Japan nicht sein Teil an der gemeinsamen Aufgabe in dieser Stunde der Not?

Ein Volksredner setzt sich mit Leichtigkeit über solche Kleinigkeiten hinweg, wie sie die Notwendigkeit der Beschaffung der Schiffe für den Transport einer Armee von einer Million Soldaten auf einen zehntausend Seemeilen entfernten Kriegsschauplatz darstellt. Aber für den Transport einer Armee nach Europa braucht man Schiffe, jedenfalls sind Schiffe das einzige Transportmittel, über das Japan zu diesem Zweck selbst verfügt.

Ende 1916 ergaben die amtlichen Angaben des Verkehrsministeriums folgende Zahlen: Japan besaß 2159 Dampfer mit einer Gesamttonnage von 1 696 631 Bruttotonnen. Aber wir hatten nur 447 Dampfer von mehr als 1000 Bruttotonnen und deren Gesamttonnage bezifferte sich auf 1 431 077 Tonnen. Aus der Zahl dieser größeren Schiffe und im Rahmen ihrer Tonnage würde Japan die Transportmittel für die Beförderung seiner Armee nach Europa zu suchen haben. Von der obengenannten Zahl von Dampfern entfallen 31 auf die regelmäßigen subventionierten überseeischen Linien. Diese stellen die Schiffe von 5000 bis 13 500 Tonnen, deren Dienste die japanische Regierung sofort in Anspruch nehmen könnte. Sie sind weitaus das Beste, was wir haben. Sie gehören den drei Hauptvertretern der ostasiatischen Schiffahrtsinteressen an: der Nippon Yusen Kaysha, der größten Schiffahrtsgesellschaft Japans und einer der größten der Welt, der Osaka Shosen Taisha und der Toyo Kisen Kaisha, die eine Flotte von allergrößten Dampfern in der Stille-Ozean-Fahrt unterhält.

Gesetzt, die Regierung requirierte für ihre Zwecke diese sämtlichen Dampfer der subventionierten Linien, so stünden ihr dadurch insgesamt rund 300 000 Tonnen Schiffsraum zur Verfügung.

Die nicht subventionierten Linien mögen über 272 Dampfer von mehr als tausend Tonnen

Digitized by Google

mit einer Gesamttonnage von 715 000 Tonnen verfügen. Man kann nicht gerade behaupten, daß diese Dampfer sehr geeignet für Truppentransporte sind. Eine Anzahl würde allenfalls für die Beförderung von Ausrüstungsgegenständen in Betracht kommen.

Die Frage ist also: wie viele Mannschaften könnten die vorerwähnten Schiffe von insgesamt 300 000 Tonnen von Japan nach Frankreich befördern und, was wichtiger ist, wieviel von dem Material können sie befördern, das notwendig ist, um diese Leute an der Front mit allem zu versehen, was sie brauchen. Und dann die wichtigste Frage, wieviel Zeit würden sie brauchen, um die verlangte Million hinüberzubringen? Es ist unmöglich, hierüber tatsächliche und genaue Zahlenangaben zu machen aus dem einfachen Grunde, weil Japan bis jetzt noch niemals in der unglücklichen Lage war, ein so verrücktes Experiment zu unternehmen. Irgendwo ist einmal konstatiert worden, daß auf jeden Mann bei Gelegenheit der Gallipoli-Unternehmung etwas über vier und eine halbe Tonne Schiffsraum benötigt wurde, um ihn und seine Ausrüstung auf den Kriegsschauplatz zu befördern. Legt man diesen Satz zugrunde, so würden wir mit den zur Verfügung stehenden 300 000 Tonnen zweiundeinhalbes Jahr brauchen, um eine Million Soldaten nach Frankreich zu schaffen. Und wenn der Krieg so lange dauern sollte, . . . so könnten wir von Glück sagen, wenn wir am Ende dieser zweiundeinhalb Jahre von unserer Million Soldaten noch 30 000 an der Front hätten, die am Leben und kriegsverwendungsfähig wären. Das wäre doch der ungeheuerlichste Unfug, der jemals im heiligen Namen der Vaterlandsliebe begangen worden wäre! . . .

Und was wird inzwischen aus der Aufgabe Japans, für den Frieden in Indien und dem fernen Osten zu sorgen? Und doch stellt diese Aufgabe, im fernen Osten nach dem Rechten zu sehen, die einzige Verpflichtung dar, die Japan aus der englisch-japanischen Allianz erwächst. Nur aus ihr läßt es sich überhaupt rechtfertigen, daß Japan am Krieg teilgenommen hat, und die Entsendung japanischer Truppen auf den europäischen Kriegsschauplatz würde bedeuten, daß als eine Folge von Japans Teilnahme am Krieg der Zweck vereitelt würde, um dessentwillen es teilgenommen hat!!

Und noch eins: für Japans Lebensnotwendigkeiten ist es unendlich viel wichtiger, daß in China Ordnung und Wohlstand herrsche, als daß Großbritannien Deutschland in Flandern besiege. Nun kann man wohl sagen, daß die augenblicklichen Zustände in China weit entfernt sind von denen, die in den märchenhaften Vorstellungen der Pazifisten über das Neue Jerusalem leben. Das Militärkabinett des Generals Tuan ist gestürzt, aber die Peiyang-Partei mit dem gewaltigen Chang Hsun und den Militärgouverneuren vieler nördlicher Provinzen an der Spitze wird nicht lange untätig zuschauen, wie Tuan chi jui im Staube liegt. Es wird berichtet, daß schon heute Peking und die umliegenden nördlichen Distrikte unter Kriegsrecht gestellt worden sind. Die beiden Yangtse-Provinzen Anhwei und Hupei, die Nachbarprovinz Honan und die beiden Ostprovinzen Fukien und Chekiang sowie die hauptstädtische Provinz Chili und vier weitere nicht genannte Provinzen sollen ihre Unabhängigkeit erklärt haben.

Es gibt ein kleines unscheinbares Wörtchen: Demokratie. Es dient einer Unsumme von Sünden in den Augen der freiheitliebenden Amerikaner als Deckmantel. Aber, was heutzutage in China alltäglich auf den Hauptblättern der Zeitungen im Namen der Demokratie in dicken Lettern gefordert wird, geht noch weit über diese amerikanischen Begriffe hinaus.

Die Vereinigten Staaten verfügen über eine beneidenswerte Dickfelligkeit, wenn sie beim Krachen aller dieser politischen Bomben und unterseeischen Torpedos in China den traumlosen Schlaf des Gerechten zu schlafen vermögen. Das erklärt sich nur daraus, daß Amerika China nicht kennt und, was wichtiger ist, daß es auch gar nicht nötig hat, China zu kennen. Aber Japan ist nicht in dieser glücklichen Lage: es kennt China zu gut, um sich angesichts der Ereignisse eine philosophische Gemütsruhe zu bewahren, und diese Kenntnis ist für uns eine

Digitized by Google

Lebensnotwendigkeit. Und uns erschiene — wenn selbst unsere militärischen Stellen keine Bedenken hätten — die Entsendung einer Million Truppen zur Teilnahme an den kriegerischen Ereignissen in Europa wie die Tat eines Narren, der eilt, um beim Löschen eines Brandes jenseits des Flusses zu helfen, während sein eigenes Haar brennt.

Japan ist ein verhältnismäßig kleines Ländchen und seine Hilfskräfte entsprechen seinem Umfang. Wahrhaftig, der eine Staat Texas kann das ganze japanische Reich einschließlich Korea und Formosa fassen und hat noch 2000 Quadratmeilen darüber. Und eine Million gut ausgerüsteter und bewaffneter Soldaten bedeuten für Japans Kräfte mehr, als zehn Millionen für die Vereinigten Staaten. Amerika hat keine Ahnung, welche schier übermenschlichen Anstrengungen es Japan gekostet hat, eine Armee, wie es sie besitzt, auf die Beine zu bringen. Amerika wird das nie begreifen können. Aber Japan weiß es!

Amerika könnte drei Millionen Tonnen an Handelsschiffen in einem Jahre aufbringen, wenn es sich das nur halbwegs ernsthaft vornähme. Für Japan würde das die heroischsten Opfer mehrerer Generationen bedeuten. Wir sollten eine Million Soldaten nach Europa senden? Sollten unsern ganzen nationalen Verteidigungsapparat, die Frucht einer fünfzigjährigen geduldigen Arbeit und unglaublicher Opfer verschiffen und unser eigenes Land vollständig verteidigungslos lassen — und wofür? Um uns am Leben zu erhalten, die wir andernfalls zum Untergang verdammt wären? Um für Japans Ehre einzutreten, die irgendjemand besudelt hätte? Nein, nichts von dem, sondern damit deutsche Geschütze nach Herzenslust unter ihnen aufräumen könnten, wenn sie nach monatelanger Fahrt untüchtig und im größten Durcheinander in Frankreich an Land kommen! Und all das just weil einige wohlmeinende Leute sich die herrliche hochmoralische Idee in den Kopf gesetzt haben, den Japanern vorzuerzählen, daß ihnen jetzt die eine nie wiederkehrende Gelegenheit sich biete, für die großen Prinzipien der — Demokratie zu kämpfen. Und selbst wenn die japanische Regierung bereit und entschlossen wäre eine solche Expeditionsarmee nach Europa zu entsenden, so würden nach meiner felsenfesten ehrlichen Überzeugung die japanischen Soldaten sich weigern zu gehen. Ich glaube nicht, daß die Regierung imstande sein würde, sie zum Mitgehen zu zwingen. Das Volk — und die Soldaten — in Japan haben die Gewohnheit angenommen, nach dem Warum zu fragen. Die abendländischen Begriffe des Individualismus haben in letzter Zeit bei uns gewaltig an Boden gewonnen. In Amerika hat man offenbar gar keine Ahnung davon, wie stark demokratische Vorstellungen und Ideen die politische Denkweise in Japan revolutioniert haben.

Japan ist auf dem besten Wege zu derselben Art von repräsentativer Verfassung, wie die, deren England sich erfreut. Das steht gewiß nicht in Einklang mit den Vorstellungen über das politische Leben Japans, die sich noch in den meisten amerikanischen Köpfen erhalten haben. Es bleibt aber darum nicht weniger wahr!

Kurz, der Gedanke der Verschickung der japanischen Armee nach Europa ist absurd und unausführbar. Das kann nicht oft und entschieden genug gesagt werden!!

Wir wollen zu der vielfältigen Ironie dieses japanischen Autors, sowohl was Amerika als auch was England und die Entente angeht, kein Wort hinzufügen. Wir sind auch weit davon entfernt, für Deutschland irgendwelchen Honig darin suchen zu wollen. Ein japanischer Politiker denkt an Japan und an nichts als Japan. Nur könnte es nach Lage der Dinge uns eine Zeitlang ja so ganz recht sein!

Digitized by Google

Brief an Se. Heiligkeit den Papst Benediktus XV., Rom

Von Iman Abdul Raschid Ibrahim[1]

Der Friedensappell Eurer Heiligkeit richtet in diesem Augenblick in den zivilisierten Ländern aller Glaubensbekenntnisse die Aufmerksamkeit der Völker auf den Zustand der allgemeinen gegenseitigen Vernichtung, in welchem sich die Menschheit mit steigender Wut seit mehr als drei Jahren und ohne die Hoffnung eines baldigen Endes befindet.

Jedoch, wenn es in Wahrheit als ein schrecklicher Zustand betrachtet werden muß, wenn sich Bürger feindlicher Staaten bewaffnet überfallen um sich gegenseitig zu vernichten, so besteht doch in solchem Falle die Hoffnung, daß die Schrecken einmal aufhören, wenn beide Teile Frieden schließen oder der eine Teil sich dem andern unterwirft. Als das größte der Greuel, weit schlimmer noch als die Schrecken und das Elend des grausamsten Krieges, muß angesehen werden, wenn die friedliche, unbewaffnete und loyale Zivilbevölkerung eines Landes durch die militärische Macht und durch den von der Regierung zu diesem Zwecke bewaffneten Pöbel des eigenen Staates ausgeplündert, verjagt, verfolgt, getötet und ausgerottet wird.

Ich alter Mann, der am Rande des Grabes steht, klage das christliche russische Volk und seine aufgeklärte Regierung vor Gott und den Menschen der erwähnten Greuel gegenüber meinen unglücklichen Glaubensgenossen an, und als mohammedanischer Geistlicher glaube ich keinen besseren Weg finden zu können, um an das schweigende Gewissen der christlichen Welt zu appellieren, als indem ich mich an die zentrale Persönlichkeit der abendländischen Christenheit wende.

Seit mehreren Jahrhunderten arbeitet Rußland an unserem Untergang: eines unserer Länder nach dem andern hat es unterjocht, um deren Bevölkerung vom Erdboden zu vertilgen.

Es hat die Krim-Tataren zum Teil ausgerottet, zum Teil aus dem Lande ihrer Väter in die Fremde getrieben, um den kümmerlichen Rest widerstandslos brutalisieren zu können.

Nachdem es die größere Hälfte der Kasan- und der Astrachan-Tataren, sowie der Völkerschaften des Wolga-Tartariens vernichtet hatte, hat Rußland die Reste dieser Völkerschaften einer jahrhundertelangen Knechtung und Verfolgung auf allen Lebensgebieten ausgesetzt.

Es zerstörte das turanische Königreich Sibirien, um die Völker dieses Landes teils mit den barbarischsten Mitteln auszurotten, teils in unwirtliche Gegenden zu vertreiben, wo sie der kulturellen Degradation, der physischen Degeneration, der grausamsten ökonomischen Ausbeutung und politischer Unterdrückung preisgegeben waren und sind. Das Land, das man den Einheimischen raubte, wurde zur welthistorisch

[1] Der Verfasser ist ein hoher mohammedanischer Geistlicher Rußlands.

Digitized by Google

berüchtigten Verbrecherkolonie gemacht, in welchem der Abschaum der russischen Verbrecherwelt jahrhundertelang auf Kosten der unterdrückten Reste der Ureinwohner die Rolle einer herrschenden und privilegierten Bevölkerungsgruppe spielte.

Dasselbe Rußland brach unter zahlreichen Feldzügen und Straferpeditionen von echt assyrischer Grausamkeit die Widerstandskraft der ritterlichen Baskiren, um ihr Land unter russische Abenteurer und Regierungsgünstlinge zu verteilen, während die beraubten und unterdrückten Ureinwohner massenweise an Hunger und Elend zugrunde gingen.

Rußland führte einen jahrzehntelangen Kampf gegen die Freiheit der Bergvölker des Kaukasus, deren Trümmer jetzt in der Fremde vegetieren müssen, während ihre Heimat geknechtet, ihre Brüder vernichtet und ihr Land von der russischen Regierung an fremde Kolonisten verteilt worden ist.

Als letztes Opfer in dieser langen Reihe unterjochter Länder und gemordeter Völker kam das vor einem Menschenalter eroberte Turkestan, dieses alte türkische Kulturzentrum und noch während des Mittelalters eines der zivilisiertesten Länder der Welt. Die Geschichte der kurzen russischen Herrschaft in Turkestan ist aber bereits, ebenso wie die Geschichte der übrigen unterdrückten Provinzen Rußlands, ein trostloser Bericht der Knechtschaft, der Brutalität, der Ausbeutung und der Greuel, deren Ende für die gepeinigte Bevölkerung noch immer nicht abzusehen ist.

Auch der Sturz des fluchbeladenen alten Regimes hat die verzweifelte Lage der unterdrückten Völkerschaften Rußlands in keiner Weise verbessert; die Berichte dieses letzten Sommers reden von derselben grausamen Verfolgung und erbarmungslosen Vernichtung der schutzlosen Bevölkerungen, wie dies dem russischen Volkscharakter und seinem traditionellen Haß gegen alle andern Völker entspricht.

In der Semiretschesk-Provinz von Turkestan wird nach dem Bericht des Kirgisen-Repräsentanten Kassymbrakof an den Mohammedaner-Rat Rußlands die traditionelle russische Nationalitätenpolitik auch unter dem neuen Regime fortgesetzt, das heißt, die Kirgisen mit Gewalt aus ihren Oasen in die Wüste oder in die unwirtlichen Berge vertrieben und das geraubte fruchtbare Land unter russischen Bauern und Kosaken verteilt. Industrielle Anlagen, Mühlen, Kulturanstalten, welche den Kirgisen gehören, werden dem Erdboden gleichgemacht; ihre Gärten werden von den Kosaken niedergehauen, die Häuser niedergerissen und auch die Gräber der Toten zerstört. Das auf diese Weise „frei" gemachte Land verteilen die Russen unter einander. Wenn sich die vertriebenen Besitzer in die Nähe ihrer früheren Wohnorte wagen, werden sie überfallen, mit Schlägen mißhandelt, ihrer letzten Kleidungsstücke beraubt und wie die wilden Tiere aus Flinten beschossen. Das Ganze geschieht unter den Augen der Petrograder Revolutionsregierung, ihrer örtlichen Kommissare und des lokalen russischen Arbeiter- und Soldatenrates, die alle rechtzeitig über die Vorfälle benachrichtigt worden sind.

Digitized by Google

Die russische Zeitung „Rjetsch“ — das Organ des früheren Ministers Miljukow — berichtet aus der zentralasiatischen Stadt Saissan, daß dort bewaffnete russische Soldaten am hellen Tage und auf dem Marktplatze, mitten in der Stadt eine friedliche Kirgisenmenge überfielen und eine förmliche Jagd auf die schutzlose Menge anstellten; als Opfer ihrer Flintensalven blieben viele Verwundete und Tote auf den Straßen liegen. Als Ursache dieses Blutbades gibt das russische Blatt an, daß ein Kirgise sich geweigert hat, sich von einem russischen Soldaten Geld erpressen zu lassen. Das Organ Miljukows („Rjetsch“ vom 8. September 1917) konstatiert, daß eine mohammedanische Depesche nach Petrograd über diesen Vorfall gar keine Folgen gehabt hat. Dabei charakterisiert dasselbe russische Blatt die Kirgisen als ein „gutes ehrliches und friedliches Volk“ und als die „eingeborene, im höchsten Grade anständige Bevölkerung des Landes“. Über das weitere Schicksal dieses Volkes, von dem auch das soeben zitierte führende Organ des russischen Imperialismus nichts als Gutes nachsagen kann, gibt näheren Aufschluß ein Bericht des Repräsentanten der Mohammedaner Russisch-Zentralasiens Herr Chodshajef aus Taschkent. Er berichtet auf dem II. allrussischen Mohammedanerkongreß wie folgt: Die Ausrottung der Mohammedaner wird fortgesetzt, wie unter dem alten Regime. Nachdem der Generalgouverneur Kuropatkin zu diesem Zwecke Waffen unter die russischen Kolonisten ausgeteilt hatte, wird die Metzelei immer größer. (General Kuropatkin wurde aus diesem Grunde von den Mohammedanern angeklagt, aber vom russischen Gericht des neuen Regimes freigesprochen.) Das Resultat ist, daß bis Ende Juli dieses Jahres (1917) bereits etwa 50000 waffenloser Kirgisen — Frauen und Kinder eingerechnet — niedergemetzelt sind. Auf die Bitten und Forderungen der Mohammedaner schickte die provisorische Regierung eine Untersuchungskommission und Soldaten zum Schutze der Kirgisen gegen die bewaffneten russischen Kolonisten aus. Aber die Soldaten der provisorischen Regierung begannen selber die Kirgisen auszurotten und ihre Habe zu rauben; um zu beweisen, daß die Kirgisen keinen Schutz auch bei der provisorischen Regierung finden können, töteten dieselben zum Schutze der Kirgisen eigens ausgesandten Regierungssoldaten vor den Augen der erwähnten offiziellen Untersuchungskommission der provisorischen Regierung 200 Personen in der Nähe der Stadt Pischbek und an einem andern Ort 40 Personen.

Wenn man auf dem Wege nach Przewalsk fährt, so sieht man auf beiden Seiten des Weges Massen von Leichen — Männer, Frauen und Kinder — stellenweise sogar ganze Leichenhaufen. Das alles ist das Werk russischer Soldaten und Kolonisten. Das Elend der verfolgten Bevölkerung ist unbeschreiblich; zahllose aus ihren Wohnsitzen vertriebene Kirgisen sterben des Hungers in der Wüste oder in den Bergen. Die Mohammedaner haben sich wiederholt an die provisorische Regierung, an den Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten und an die lokalen Behörden gewandt, aber alles vergeblich.

Digitized by Google

Der Repräsentant des Semiretschensk-Gebietes, Sabis Jussupof, bemerkte auf dem Kongresse zu diesem Bericht: „Ich bestätige alles das, was Chodshajef berichtet hat und teile nur noch folgendes mit. Die Regierungskommissariate des Bezirkes Saissan verhafteten eine Menge wohlhabender Mohammedaner und ließen sie nachher wieder frei, nachdem sie je 5000—15 000 Rubel Geld erhalten haben“...

Dies sind die Methoden der jahrhundertelangen russischen Expansion von dem Oberlauf der Wolga — die ja nur zum kleineren Teil ein russischer Fluß ist — nach dem Osten.

Im christlichen Abendlande aber hat man bisher von dem 400jährigen imperialistischen Vernichtungszug Rußlands gegenüber dem turanischen Orient nichts gewußt oder nichts wissen wollen. Angefangen von Iwan dem Grausamen bis zum modernen Demokraten Kerenski fanden und finden im russischen Völkergefängnis zahllose Torturen und Morde an den unterworfenen Völkerschaften statt — aber nur Gott und die Weltgeschichte kennen sie. Die meisten der Opfer schweigen für immer, und das christliche Abendland, welches Rußland als gleichberechtigten zivilisierten Staat anerkannt und damit die Mitverantwortlichkeit für alle russischen Verbrechen übernommen hat, hat nie ein Wort zu unserem Schutze gesprochen.

Auch in Europa tritt das moskowitische Rußland seinen unglücklichen Opfern gegenüber mit wilder Grausamkeit auf. Man braucht nur auf die Geschichte der russischen Herrschaft in Estland oder Finnland, in Polen oder in der Ukraina hinzuweisen. Man braucht sich nur der barbarischen Roheiten zu erinnern, welche noch vor einigen Wochen von den russischen Soldaten an der katholischen und uniierten Zivilbevölkerung der Stadt Kalucz begangen worden sind und welche nach dem Bekenntnis der offiziellen russischen Armeezeitung („Die Armee und Flotte des freien Rußland“) darin gipfelten, daß russische Soldaten den Frauen Brüste und Hände abschnitten oder kleine Kinder in Stücke rissen u. a. m. —

Aber alle diese grausamen Verbrechen erscheinen unbedeutend gegenüber dem, was Rußland im Laufe der letzten Jahrhunderte im turanischen Osten getan hat. Die „Fremdvölker“ von der Wolga bis zum Baikalsee sind bereits zum größten Teile vernichtet und die fortschreitende Vernichtung der Völker zwischen der Wolga und dem Amu-Darja können wir noch heute als Zeugen miterleben.

Das zivilisierte und christliche Abendland ist bis zu dieser Stunde ein schweigender Zeuge jener schrecklichen Verbrechen gewesen; es wird vielleicht weiter schweigen. Ich aber kann nicht länger schweigen und deswegen möchte ich so laut rufen, daß es im Lärm des Weltkrieges gehört werden soll: es gibt noch Gräßlicheres als alle Schrecken eines Weltkrieges, in welchem bewaffnete Männer feindlicher Staaten einander bekämpfen. Dies ist, wenn der eigene Staat mit bewaffneter Macht gegen eine schutzlose und loyale Zivilbevölkerung wütet, um sie erbarmungslos zu vernichten.

Ich klage das christliche Rußland an, dies im Laufe von Jahrhunderten getan zu

Digitized by Google

haben, und ich klage das aufgeklärte revolutionäre Rußland an, dies auch jetzt mit Bewußtsein weiter zu tun.

Auf das edle Friedenswerk Eurer Heiligkeit aber rufe ich den Segen Allahs herab, vor dessen Augen die guten Werke gleich gut sind, ob sie nun ausgehen von den Bekennern des Propheten von Mekka oder von denen des Jesus vnn Nazareth.

Abdul Raschid Ibrahim,
Achund der Mohammedaner des Gouvernements Tobolsk.

Stockholm, 2. Oktober 1917.

Rußlands Imperialismus

Von Dr. E. Jenny

Vorbemerkung: Dr. Jenny ist Schweizer, hat aber den größten Teil seines Lebens als Industrieller und Großgrundbesitzer in Rußland zugebracht, so daß er wie wenige geeignet ist, über die russische Agrarfrage ein eigenes Urteil abzugeben.

In die öffentliche Meinung Deutschlands schleicht sich nachgerade als ein gefährlicher Lehrsatz die Auffassung ein, mit dem Sturz des Zarentum sei der russische Ausbreitungsdrang niedergebrochen und unter dessen Trümmern begraben. Immer von neuem kehrt dieser Gedanke als nahezu feststehende Wahrheit wieder, bei Männern aller Parteien und selbst bei sehr feinen politischen Köpfen. Ein Satz, der ohne nähere Untersuchung hingenommen, in hohem Maße irreführend werden muß.

Ganz unbeschadet der vernünftigen Einsicht, daß mit Rußland nach dem Kriege ein erträgliches politisches Einvernehmen zu erlangen und rege wirtschaftliche Wechselbeziehungen zu pflegen Deutschlands wohlverstandenes Interesse ebensosehr erheischt wie die Rücksicht auf den unauslöschbaren deutsch-englischen Gegensatz, muß die Frage des Verschwindens oder doch Verwischens des russischen Imperialismus genau erkannt sein. Andernfalls würde sich das erstrebte Verhältnis zu Rußland auf falscher Voraussetzung aufbauen. Nur klare Erkenntnis aber bietet Gewähr gegen Fehlschlüsse und verhängnisvolle Mißgriffe, während ein Vorhandensein der geleugneten Ausbreitungstendenzen an sich noch lange nicht einer ersprießlichen Einrenkung der deutsch-russischen Verhältnisse nach dem Kriege zu widersprechen braucht: es handelt sich eben nur um richtige Behandlung. Diese wieder ist aber abhängig von durchaus nüchterner Beurteilung der wirklichen Sachlage. Darum ist es beängstigend, wenn selbst so hervorragende Leute wie Prof. Alfred Weber an weit sichtbarer Stelle („Voss. Ztg.") einem demokratischen Rußland schlechtweg ein nichtimperialistisches Rußland gleichsetzen können! Als ob irgendwie eine Garantie gegeben wäre, daß der Imperialismus gänzlich und für alle Zeiten ausgetilgt wäre und nicht unter den Trümmern des Zarismus hervor wieder auferstände!

Digitized by Google

Man schaue nur scharf und unbefangen hin, und siehe: er lebt[1]. Er lebt in der tiefsten Seele des Volks, in dessen Überlieferungen, in dessen Wirtschaftsweise fort; ja, er versucht sogar heute bereits empor zu kommen. Dieser Hinweis soll beileibe nicht gegen diejenige Richtung angeführt werden, wie sie z. B. Georg Bernhard so klar in jenem Blatt vertritt und ich sie völlig teile, und welche unter Betonung naturgegebener weitgehender wirtschaftlicher Ergänzungsmöglichkeiten beider Länder auf eine entsprechende Annäherung hinzulenken sucht. Das Weiterwuchern des Imperialismus in Rußland wäre an sich auch durchaus keine Behinderung solcher Wechselbeziehungen; nur muß solche Strömung richtig erkannt und in ein unschädliches Bett geleitet werden. Hierzu bedarf es jedoch eingehender Kenntnis der im russischen Volk lebenden Traditionen und der seine Lebenstriebe bestimmenden wirtschaftlichen Gewohnheiten. Denn aus diesen beiden Quellen erfließen die ins Weite strebenden Flüsse russischer Sehnsüchte, die zum breiten Strome des Imperialismus zusammenmünden und deren schweres Gefälle es einzudämmen gilt. Nicht aber darf man sich betören lassen von den inhaltlosen Phrasen, die Luftblasen gleich als flüchtige geistige Zersetzungsprodukte heute aus dem Sumpf der Revolution aufsteigen. Man vergesse nicht, daß das schöne Gerede vom annexionslosen Frieden und der Selbstbestimmung aller Volksstämme aus einem Lande erschallen, dessen kostbarste Provinzen in Feindesland gefallen sind! Man bedenke, ob die Propheten des neuen Völkerparadieses ihre Grundsätze noch verkünden würden, wenn ihre Heere etwa bis vor Berlin vorgerückt ständen?

Schon das Verhalten der ach, so „zeitweiligen" Regierung praktischen Fragen gegenüber wirft ein eigentümliches Licht auf ihre Lehrsätze. Wer anders als Kerenski wies die Finnländer darauf hin, daß Helsingfors unter den Kanonen der russischen Zitadelle liege? Maßt sich nicht die freiheitliche Regierung ausdrücklich alle Vorrechte der Hoheitsgewalt an, die der Zar unter Bruch der finnländischen Verfassung widerrechtlich an sich gerissen, und wirft sie nicht Truppen über Truppen nach Finnland? Und wer stemmt sich teils mit offenem Widerspruch, teils mit hinhaltend listigen Ausflüchten gegen die Forderungen der Ukrainer, wenn nicht die Petersburger Machthaber der glorreichen Revolution? Sieht dies nach Völkerbeglückung durch Selbstbestimmungsrecht aus?

Doch wir wollten tiefer in die Frage des Imperialismus eindringen, ohne uns bei diesen oberflächlichen und vielleicht vorübergehenden Äußerungen aufzuhalten, oder über sie zu rechten. Befragen wir die Geschichte, was dem Zarentum zugrunde lag, als es die

[1] Auch das gegenwärtige Friedensangebot der Maximalisten und die angebliche Zustimmung der Mehrheit des russischen Volkes dazu sind kein Gegenbeweis, obwohl den Fremdvölkern die Selbstbestimmung ihrer Geschicke freigestellt werden soll. Wenn das russische Volk jetzt derartigen Vorschlägen zustimmt, so äußert sich darin lediglich die Kriegsmüdigkeit und der Wunsch nach Frieden um jeden Preis.

Digitized by Google

territoriale Ausbreitung des Russenreichs vollzog, dann sehen wir, daß seit den ältesten Zeiten bis auf den gestrigen Tag die treibende Kraft im Neusiedlungsdrange des russischen Volks lag. In jenen grauen Zeiten, da Rjuriks Abkömmlinge „die russischen Länder sammelten", war es das russische Volk mit seinem länderhungrigen halbnomadischen Ackerbau gewesen, das über die Grenzen des Stammlandes in den grenzenlosen nordöstlichen Waldbereich eindrang, die ugro-finnischen Stämme ins eigene Volkstum verwob, dadurch Russenland schuf und manchmal unter Teilfürsten stellte, längst bevor die schwere Faust der Moskauer Zaren zwecks Einverleibung zugriff. Dieser Prozeß zieht sich durch die gesamte russische Geschichte hindurch nach allen Himmelsgegenden: nach Süden streifende entlaufene Leibeigene und Kosaken rangen den Tataren Provinz um Provinz ab; ländergierige Siedler zwängten sich als Keile nordwestlich zwischen die Siedlungen der Schmuden, Litauer, Letten ein; die Kosaken Jermaks durchzogen den Ural und ganz Sibirien, und unerschöpfliche Bauernschwärme quollen aus den mittelrussischen Gebieten in den noch volksärmeren Raum nach. Und dies setzte sich bis in die neueste Zeit fort. Wie ein riesenhafter Mollusk quoll Rußland immerfort über seine Grenzen hinaus, auf der Suche nach jungfräulichem Land, um dessen erste Kraft zu nehmen und dann ... den stäbernden unsteten Stab weiterzusetzen. Selbst entgegen dem Verbot der zarischen Obrigkeit; diese Versickerung drang durch die Siebmaschen der strengsten behördlichen Absperrungen hindurch, und noch am Ende des letzten Jahrhunderts fanden in der Mandschurei, im Küstengebiet, in Osturkestan die Beamten bei Inbesitznahme des Landes Hunderte von jeder Eroberung vorausgeeilten russischen Dorfsiedlungen vor. Ein ungeheurer innerer Druck scheint ständig, während vieler Jahrhunderte, die Volksmassen nach außen hin gepreßt zu haben; einen Ausdehnungsdrang erzeugend, der nichts anderes war, als ein instinktiver Imperialismus. Er war freilich nie in feste Begriffe, zu klingenden Losungen gefaßt; aber er wirkte unwiderstehlich, stumm und starr. Ein Imperalismus nicht durch Kriegszüge blinkender Heere, sondern durch ein unscheinbar sickerndes träges und doch zähes Gerinnsel grauer Menschen. So lehrt uns die Geschichte die Art russischer Ausdehnung. Der Zar mit seinem Erobererwillen sprach jeweils nur das nachträgliche Wort; war aber doch nur das Vollzugsorgan des Volksdranges.

Als den Ausgangspunkt dieses unbeholfenen, aber mit schwerfälliger Wucht sich durchsetzenden Ausdehnungsbedürfnisses finden wir die niedere Stufe landwirtschaftlicher Technik. Der Russe hing an ihr nicht sowohl infolge seines Phlegmas und aus Trägheit, als vielmehr, weil nie die Einengung durch unüberschreitbare Grenzen ihm einen Zwang zu besserem Landbau auferlegte. Auch ihn hätte unüberwindlicher Landmangel vermocht, sein Land in wirksamere Nutzung zu nehmen. Aber solange vor ihm noch unermeßliche Waldgebiete winkten, blieb er durchs Mittelalter hindurch bei der rohesten Brennwirtschaft; und nachher ging er über die wilde Feldgraswirtschaft und den Dreifelderbau nicht hinaus, weil er rings um sich herum

Digitized by Google

noch freies Land witterte. Dies nahm seinen Fortgang bis in dieses Jahrhundert hinein. Erstmals die Stolypinsche Agrarreform suchte nicht allein neues Siedlungsland zu beschaffen, sondern die Siedler zugleich zu intensiverem Landbau anzusetzen! Bis dahin konnte die ungepflegte, ja mißhandelte Scholle der wachsenden Familie den Unterhalt nicht mehr dauernd gewähren. Nur zwei Wege der Abhilfe gab es dann: entweder den Fortschritt zu intensiver Ackerkultur, oder die teilweise Aussiedelung. Ersteres kann nur eintreten bei Druck von außen, d. h. bei Landmangel. Im zweiten Falle, bei „Grenzenlosigkeit" des Nahrungsgebietes, stellt sich dem zentrifugalen Ausbreitungsdrang kein Gegendruck entgegen; es entstand jener „zerfließende Imperialismus", wie ich ihn nennen möchte, der seinen Urkern im russischen Bauertum und der Zurückgebliebenheit seiner Wirtschaft hat.

Und er wird so lange fortbestehen, unwiderstehlich trotz seiner unscheinbaren Weise, als der russische Bauer nicht dazu gelangt, sich zu höheren, ergiebigeren Formen der Landnutzung aufzuschwingen. Dies aber wird und kann nur erfolgen in dem Maße, als unübersteigbare Grenzdämme weiterer Ausdehnung ein Ziel setzen. Daß solche Schutzwehren im Westen Rußlands erstehen und den Schwall ostwärts lenken bis zu seiner völligen Abstauung, das muß ebensosehr Voraussetzung wie Ziel jedes dauernden Einvernehmens Deutschlands mit seinem östlichen Nachbar sein. Hier berührt sich die Frage des russischen Imperialismus aufs engste mit der künftigen Gestaltung deutsch-russischer Beziehungen. Ist erst der Kern- und Ausgangspunkt des ersteren richtig erkannt, dann kann die Quelle verstopft werden. Neben der Errichtung einer kräftigen Abwehrlinie und der Ableitung der unruhigen Triebe ostwärts kommt die bewußte Förderung eines gesunden wirtschaftlichen Aufschwungs Rußlands in Betracht, der in einem Agrarland bei der Hebung landwirtschaftlicher Erzeugung und bäuerlicher Konsumkraft anzusetzen hat. In dem Maße, als der russische Landmann sich auf seiner Scholle zu begnügen lernt, wird die Stoßkraft des bisherigen Ausdehnungstriebes abflauen. Hier ist der Angelpunkt jenes tief im Volke wurzelnden imperialistischen Dranges; von hier aus ist er allmählich zu beheben, einerlei ob seine offene Äußerung einer zaristischen oder demokratischen Regierung zufällt!

Um noch mit einem Wort auf die zweite Quelle einzugehen, aus der der russische Imperialismus bisher Kraft und Richtung erhielt. Es ist die mittelalterliche, mystische Sehnsucht nach der orthodoxen Metropole, Byzanz. Ihr volkstümlicher Name „Zarenstadt" besagt übrigens nicht sowohl Stadt der Zaren — die noch nie dort residierten — als vielmehr eine Bildung wie „Zar-Kanone" oder „Zar-Glocke", die etwa ein Weltwunder bezeichnen soll: die Glocke der Welt, die Stadt der Welt. Byzanz ist dieser Traum, die ewige und gewaltigste Stadt, das Weltenhaupt, umwoben vom Schein uralter Heiligtümer. In unzähligen Sagen, Heldenliedern lebt das Goldene Byzanz, einst die lockende Beute der fahrenden warägisch-russischen Korsaren, im Herzen der

Digitized by Google

russischen Massen fort. Die tiefe, dämmernde Mystik der russischen Volksseele ist jahrhundertelang mit brünstiger Sehnsucht auf Byzanz gebannt gewesen und bebt heute noch im Volke nach. Das ist der geistige Expansionsdrang, der der Volksseele eine Art von Imperialismus einhaucht. An ihn klammerten sich die allgemein bekannten, sehr realpolitischen Bestrebungen nach dem nächstliegenden warmen Meere, wie ihn die händlerische Bourgeoisie heute hegt. In letzterer Hinsicht könnte den wahren Bedürfnissen unschwer Genüge getan werden, durch Gewährung freien Schiffsverkehrs (sogar der Kriegsfahrzeuge, unter Sicherung völliger Gefahrlosigkeit für die Türkei). Dann würde der unklare traditionelle Zug nach Konstantinopel nicht mehr durch klare Erfordernisse genährt werden. Ohnedies ist er mählich schwächer geworden, schon durch die östliche Wendung der völkischen Siedlungstendenzen. Im übrigen muß wachsende politische Einsicht, vor allem die klare Erkenntnis der Unmöglichkeit, das Ziel zu erreichen, den mystischen Drang beheben, ihn ernüchtern. Im Tageslicht der Wirklichkeit verfliegen die Nachtgespenster munkelnden Spuks und raunender Sagen. Das war das Schicksal aller Völker; es wird auch einem modernen Rußland nach Abstreifen mittelalterlicher Zwangsvorstellungen beschieden sein. Der Prozeß wird beschleunigt werden, wenn beim Frieden an Rußlands Südgrenze einerseits den legitimen Bedürfnissen durch eine „völkerrechtliche Durchschleusung" der Meerengen Rechnung getragen wird, anderseits aber eine starke, unantastbare Türkei als starker Wall die russischen politischen Bestrebungen abdämmt.

Dann mag der vorhandene unstete Drang zur Ausdehnung sich ostwärts wenden. Er wird sich mit der Zeit mildern und allmählich ganz versiegen. Jedoch nicht eher als sein Urquell abgegraben wird, d. h. bis verfeinerte Bodenkultur und bessere landwirtschaftliche Technik den russischen Boden zu reichlicherer Ernährung des Volkes heranholt, letzterem erst wahre Seßhaftigkeit schenkt, seinen unsteten Wandertrieb in modernerer Wirtschaftsweise besänftigt und zum Absterben bringt.

Bis dahin wird der unsinnige Expansionsdrang in den Massen des russischen Volkes wühlen und, ganz gleich unter welcher Regierungsform immer, die Grundkraft seines Imperialismus abgeben. Das möge man einsehen; dann nur kann ein nachbarliches Einvernehmen deutscherseits in zweckmäßiger und dauernder Weise erzielt werden. Es wäre aber die größte Gefahr, statt dieser nüchternen Einsicht das leichtfertige und unüberlegte Axiom (Grundsatz) von der „nichtimperialistischen russischen Demokratie" zu setzen. Ganz abgesehen davon, wie lange diese Demokratie überhaupt vorhalten wird. . . .

Digitized by Google

Schweden und Finnland

Von * * *

Von einem Finnländer wird uns der nachstehende Aufsatz zum Abdruck zur Verfügung gestellt:

Der deutsche Vormarsch in Livland, die Eroberung von Riga, Ösel und Dagö und die Zurückdrängung der russischen Flotte aus dem Riga-Meerbusen haben auf die öffentliche Meinung in Schweden einen starken Eindruck gemacht. Allgemein wurde als der nächste Schritt der deutschen Seestreitkräfte die Besetzung der Alandsinseln erwartet, eine Maßnahme, die die Interessen Schwedens auf das nächste berühren müßte. Die ententefreundliche, liberale und sozialdemokratische Presse schlug sofort Alarm und ergoß sich in erregten Besprechungen der „deutschen Gefahr", die Schweden jetzt bedrohe und die nach ihrer Ansicht viel bedenklicher sei als die nach der russischen Revolution ganz in den Hintergrund getretene russische Gefahr. Gerade diejenigen Zeitungen, die die russischen Befestigungen auf den Alandsinseln als für Schweden wenig gefährlich erklärt hatten, sprachen jetzt mit der größten Besorgnis von der Eventualität, daß Deutschland auf dieser Inselgruppe dicht vor der Einfahrt nach Stockholm eine Marinebasis errichten würde.

Aber auch in konservativen, sonst deutschfreundlichen Kreisen empfand man ein Gefühl des Unbehagens. Was würde mit Schweden geschehen, wenn Deutschland mit seiner Flotte die ganze Ostsee unbestritten beherrschen würde? Würde nicht Schweden in vollständige Abhängigkeit von Deutschland herabsinken? Was müßte von Schweden getan werden, um dies zu verhindern? Die Antwort lag nahe: Schweden müßte selbst die Alandsinseln provisorisch besetzen, um einer deutschen Besitznahme zuvorzukommen. Dies wurde ausdrücklich von dem konservativen „Nya Dagligt Allehanda" in einem bemerkenswerten und viel besprochenen Leitartikel Anfang Oktober ausgesprochen. Freilich ging das Blatt von der Voraussetzung aus, daß Schweden nur mit der Einwilligung sowohl der Entente als der Zentralmächte die Inselgruppe besetzen sollte, um nicht seine Neutralität aufs Spiel zu setzen.

Die liberale Presse stellte sich zu diesem Vorschlag zunächst ablehnend, indem sie ihn als einen Ausdruck aktivistischer Bestrebungen bezeichnete. Aber im Grunde genommen war man dem Gedanken gar nicht so abgeneigt, wie es scheinen konnte. Hatte man doch schon im Sommer dieses Jahres in führenden liberalen Kreisen die Besetzung Alands im Einverständnis mit der Entente lebhaft erörtert und eine Kundgebung der ländischen Bevölkerung für die Wiedervereinigung mit Schweden zustande zu bringen versucht. Die sozialdemokratische Presse hielt ihr Urteil vorsichtig zurück. „Sozialdemokraten", Brantings Zeitung, zitierte den Artikel der „Nya Dagligt Allahanda" ohne Kommentar, indem sie nur seinen „hetzfreien Ton" rühmte.

Im Laufe der Diskussion machte sich aber die Auffassung geltend, daß Schweden

Digitized by Google

nicht nur die Alandsinseln, sondern ganz Finnland besetzen sollte. Es begegneten sich hier in merkwürdiger Weise die Aktivisten und Halbaktivisten einerseits, die Parteigänger der Entente andererseits. Die Aktivisten haben schon lange den Gedanken verfochten, daß Schweden als Befreier Finnlands auftreten und dadurch die Machtstellung Schwedens in der Ostsee heben sollte. Die Ententefreunde, eifrig unterstützt von französischen und englischen Agenten, arbeiteten für diesen Plan hauptsächlich aus dem Grunde, weil sie es auf jeden Fall verhüten wollen, daß Finnland unter den politischen Einfluß Deutschlands käme.

An die Öffentlichkeit kam dieser erweiterte Plan zuerst in einer kürzlich in Stockholm erschienenen anonymen Broschüre: „Der Weg der Linken. Die Verfassungsrevision und die Lösung der Ostseeprobleme", deren Verfasser „Ein Radikaler" sich zeichnet. Der leitende Gedanke der Schrift ist, daß die Linke, um die in den Wahlen besiegte Partei der Rechten in der inneren Politik noch weiter zurückzudrängen, eine energische nationale Politik nach außen treiben soll. Und zwar sei die wichtigste Aufgabe Schwedens in diesem Augenblick Finnland zu helfen. Dies könne auf zwei Wegen geschehen: einerseits indem man dem hungernden Bruderlande Lebensmittel schickt, andererseits indem Schweden Finnland militärisch zeitweilig besetzt.

Die letztere Maßnahme begründet der Verfasser mit dem Hinweis auf die Gefahr, die für Schweden dadurch entstehen würde, wenn Deutschland die Alandsinseln besetzt und wenn Finnland durch den Vormarsch der Deutschen gegen Petersburg von den russischen Truppen befreit wird und sich unabhängig erklärt. Dadurch würde Deutschland tatsächlich die ganze Ost- und Südküste der Ostsee von Tornea nach Kiel beherrschen, was für Schweden viel schlimmer wäre als die russische Gefahr. Diese Perspektive sei aber auch für Rußland äußerst gefahrvoll. Rußland würde Finnland zehnmal lieber in Vereinigung mit Schweden als in den Händen Deutschlands sehen. Auch für Frankreich wäre ein deutsches dominium maris baltici verhängnisvoll. Nach dem Zusammenbruch der russischen Macht müsse Frankreich als Gegengewicht gegen Deutschland im Osten Stütze bei Polen und Schweden suchen. Es müsse daher Frankreich sehr daran liegen, Schweden eine möglichst starke Stellung in der Ostsee zu verschaffen.

Für diejenigen — setzt der Verfasser fort — die somit von der deutschen Gefahr bedroht werden, gilt es, in derselben Stunde zu handeln, in der die deutsche Heeresmacht ernstlich gegen Petersburg vorgeht. Es steht außer jedem Zweifel, daß die russischen Truppen dann — mit oder ohne Widerstand — Finnland räumen werden. Wahrscheinlich kann die Festung Helsingfors — Sveaborg eine Zeitlang mit Erfolg verteidigt werden, aber angesichts einer deutschen Offensive dürfte das Schicksal auch dieser Festung bestimmt sein. Wieviel besser wäre es dann für Rußland, wenn es Finnland nach einer Verabredung mit einer neutralen Macht wie Schweden über die Besitznahme des Landes vorläufig räumen könnte! Eine Verabredung

Digitized by Google

könnte zwischen Rußland, Frankreich und Schweden darüber geschlossen werden, daß Schweden Finnland besetzt und das Land bis Friedensschluß besetzt hält. Für Rußland würde dies eine größere Möglichkeit bedeuten, sich gegen Südwest zu verteidigen, und eine Sicherheit vor jeder Bedrohung von der Grenze Finnlands her. Für Frankreich würde es ein beträchtlicher Schritt nach dem oben angegebenen Ziel sein, jenseits Deutschland eine neue, ansehnliche Macht zu schaffen. Schweden würde bei einer derartigen Politik in voller Übereinstimmung mit seiner während des ganzen Krieges getriebenen Neutralitätspolitik — oder richtiger gesagt, als eine Konsequenz derselben, — eine Aufgabe des Friedens und der Menschlichkeit in diesem unheilvollen Weltbrande, der in seinen späteren Phasen mehr als jemals die meisten anderen Völker Europas unter unfruchtbaren kriegerischen Anstrengungen zu Sklaven machen wird, erfüllen. Für Finnland schließlich würde ein derartiges Eingreifen Schwedens der einzige Weg zur Rettung vor Anarchie und Hungersnot sein.

„Aber — fragt der Verfasser — wie wird sich Deutschland zu dieser Politik stellen? Selbstverständlich müßte man der Einwilligung Deutschlands im voraus versichert sein, aber es sind offenbar wichtige Umstände vorhanden, welche Deutschland veranlassen würden, sich der hier vorgeschlagenen Maßnahme nicht zu widersetzen. Die rücksichtslosen alldeutschen Imperialisten werden allerdings nicht gern ihre Pläne auf eine deutsche Herrschaft von Kiel nach Torneo, es sei dann nominell nur bis an den Finnischen Meerbusen, fallen lassen. Aber die vereinigte Linke Deutschlands, die glücklicherweise, je länger der Krieg dauert, desto mehr die Führung der deutschen Politik übernimmt, hat sich wiederholt gegen Annexionen und imperialistische Abenteuer ausgesprochen und hat sich bekanntlich durch keine strategischen Überraschungen der von einseitig militärischen Gesichtspunkten geführten Kriegsleitung von diesem Standpunkte abbringen lassen. Der deutschen Regierung, die außerdem von der Schwere alter Versehen gegen Polen gedrückt wird, dessen „Befreiung" vom russischen Joch aus natürlichen Gründen alles andere als ein Vorteil für „den Befreier" geworden ist, dürfte ebenfalls eine schwedische Besetzung von Finnland bis auf Friedensschluß Vorteile bieten, die vielleicht nicht zu unterschätzen sind und deshalb nicht übermütig zurückgewiesen werden sollten. Die Angriffsfront gegen Rußland würde dadurch verkürzt und große, verlustreiche Kriegsoperationen würden erspart werden. Das Problem der Regierung Finnlands und die Fürsorge für das Land würden von den Schultern des deutschen Volkes genommen werden, die schon jetzt von vielen Sorgen und schweren Lasten gedrückt sind. Die alldeutschen Imperialisten würden vermutlich saure Mienen zeigen. Aber auch in Deutschland geht die Demokratisierung unerbittlich vorwärts und diesen sauren Mienen dürften die deutsche Regierung und die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes wenig Gewicht beimessen. Diejenigen, die in Deutschland jetzt die Verantwortung fühlen und tragen, werden vielmehr eine vollkommen neutrale Initiative Schwedens in der finnländischen Frage als eine Erleichterung begrüßen."

Digitized by Google

„Die einzigen Mächte, die möglicherweise ernsthaft etwas gegen diese Politik einzuwenden haben könnten, sind die anglo-sächsischen Mächte: England und die Vereinigten Staaten. Bei dem Gegensatz zwischen französischer und anglo-sächsischer Politik, der in den letzten Abschnitten des Krieges immer deutlicher zum Vorschein gekommen ist, hat sicherlich auch die Frage nach der Machtstellung in der Ostsee eine Rolle gespielt. Einer einmütigen französisch-russischen Forderung, die von Schweden und durch Vermittlung Schwedens auch von Deutschland gutgeheißen werden würde, können sich jedoch England und die Vereinigten Staaten schwerlich widersetzen. Zwar haben diese Mächte — nach verschiedenen Zeichen zu urteilen, — sich schon lange angeschickt, durch friedliche Vereinbarungen für eigene Rechnung das russische Erbe zu übernehmen, und es ist anzunehmen, daß sie wenig Lust haben würden, etwas davon abzugeben, wenn die Zeit ihnen gestatten würde, alles zu haben. Aber vor dem schnellen deutschen Vormarsch in den Ostseeländern müssen ihre natürlichen Bedenken dem unmittelbaren Bedürfnis weichen, dafür zu sorgen, daß die alte baltische Machtstellung Rußlands wenigstens nicht ungeteilt in die Hände Deutschlands fällt." — — —

„Wir sehen also, wie die immer größere deutsche Gefahr die schwedische Politik, die wahrhaftig national und gleichzeitig neutral sein will, direkt auf den Weg führt, den wir einschlagen müssen, um die Aufgabe zu erfüllen, die die drohende Notlage der Anarchie und Hungersnot in Finnland stellt."

Die Broschüre schließt mit einer Ausführung über die Rückwirkung dieser Außenpolitik auf die inneren Verhältnisse Schwedens. Diese Politik würde in weit höherem Grade eine nationale Politik sein als diejenige der Rechten und würde das zersplitterte schwedische Volk wieder einigen. Was Finnland betrifft, sei es nicht undenkbar, daß es, nachdem es durch Schweden befreit worden wäre, ein Interesse daran haben würde, auch für die Zukunft als selbstständiges und unabhängiges Land in nahem Anschluß an Schweden zu leben. Jedenfalls würde Schweden durch eine derartige Politik sich eine so geachtete Stellung erwerben, daß seine Neutralität in allen Phasen des Weltkrieges gesichert wäre. —

So weit der schwedische Verfasser. Seine außenpolitische Auffassung ist, wie man sieht, ganz von Entente-Gesichtspunkten bestimmt. Der Schrecken vor dem Gespenst der „deutschen Gefahr" beherrscht vollständig seine Gedanken und zwar liegen ihm dabei ebenso sehr Frankreichs als Schwedens Interessen am Herzen. Fast könnte man, wenn man seine Ausführungen liest, zweifeln, ob der Verfasser ein Schwede und nicht vielmehr ein Franzose ist. Jedenfalls steht er unter starker französischer Beeinflussung.

Die Naivität der Beweisführung der Broschüre liegt auf der Hand. Es kann doch wohl nicht vorausgesetzt werden, daß Deutschland der schwedischen Besetzung Alands seine Zustimmung geben könnte, wenn diese Maßnahme, wie der Verfasser wünscht, ganz im Interesse der Entente getroffen werden würde. Auch fällt es sehr auf, daß er

Digitized by Google

nach der Ansicht des am nächsten Beteiligten — Finnlands — gar nicht fragt. Er spricht zwar schöne und edle Worte über die Rettung Finnlands, vergißt aber, daß Finnland das Recht hat, den Weg selber zu wählen, auf dem es gerettet werden möchte.

Aber wie naiv und unpolitisch die Darstellung dieser Broschüre auch ist, sollte man die von ihr vertretene Richtung nicht unterschätzen. Es gibt in Schweden in allen Parteien ernste, erfahrene Politiker, die sich mit dem schwierigen Problem beschäftigen, wie man eine schwedische Besetzung Finnlands durchführen könnte, ohne es weder mit der Entente noch mit Deutschland zu verderben und zugleich die Interessen Finnlands zu wahren.

Als Beispiel mag ein Leitartikel des gemäßigten deutschfreundlichen „Aftonbladet" vom 8. November angeführt werden. Die Zeitung gibt unumwunden zu, daß die Idee von der Neutralisierung Finnlands durch die schwedische Okkupation ihr sehr sympathisch ist und zwar auch aus dem Grunde, daß ihre Ausführung den weiteren Zuwachs der Machtstellung Deutschlands in der Ostsee verhindern und die Stellung Schwedens stärken würde. Leider sei es sehr schwer, ja fast unmöglich, den verschiedenen sich berührenden Interessen der betreffenden Mächte Rechnung zu tragen. Für jeden Fall stellt das Blatt folgende Grundsätze auf:

1. daß eine friedliche schwedische Okkupation während des Krieges nur mit der Einwilligung der beiden kriegführenden Machtgruppen und außerdem mit der Zustimmung Finnlands in Frage kommen kann;

2. daß das Gebiet Finnlands nach dem Kriege entweder überhaupt nicht oder nur durch die Abtretung Alands an Schweden geschmälert werden darf, das letztere nur für den Fall, daß Finnland selbst sich bereit erklärt, aus historischen Gründen und um für das Risiko und die Aufopferungen Schwedens, für den Schutz und die Befreiung Finnlands einen Ersatz zu bieten, diese Inselgruppe Schweden zu überlassen;

3. daß das Endziel die Schaffung eines freien, finnländischen Staates ist, dessen künftige Unabhängigkeit durch einen internationalen Vertrag gesichert wird, wobei Schweden und die beteiligten Großmächte als Bürgen verpflichtet werden.

Es ist bemerkenswert, daß der Gedanke an die endgültige Abtretung der Alandsinseln an Schweden in diesem Artikel offen ausgesprochen wird. In Finnland hat man diesen Gedanken bisher sehr bestimmt zurückgewiesen. So schreibt die Helsingforser Zeitung „Hufvudstadsbladet" vom 30. Oktober anläßlich des oben angeführten Artikels der „Nya Dagligt Allehanda": „Es ist der schwedischen Zeitung nicht klar geworden, daß jedes Vorgehen, das auf eine Zerstückelung Finnlands abzielt, als eine gegen uns gerichtete feindliche Tat betrachtet werden muß."

Diese Befürchtung, daß Schweden die Alandsinseln für sich behalten wollte, muß die Finnländer gegen die geplante Besetzung der Alandsinseln oder des ganzen finnländischen Landgebietes stimmen. Außerdem spüren sie hinter dem Plan, wie er in der

Digitized by Google

oben angeführten Broschüre entwickelt wird, die Absicht, Finnland in das Interessenbereich der Entente hineinzuziehen, und dafür möchten sie sich höflichst bedanken.

Aber man darf diesen Plan doch nicht nur aus diesem Gesichtspunkte beurteilen. Ganz objektiv gesehen, ist Schweden das Land, das die Befreiung Finnlands am nächsten interessieren müßte. Anfang des Krieges hat man in Finnland auf die Hilfe Schwedens recht große Hoffnungen gesetzt, und wenn auch diese Hoffnungen bald betrogen wurden, indem die große Mehrheit des schwedischen Volkes die Aufforderungen der Aktivisten zurückwies und sich mit der passiven Neutralitätspolitik des Herrn Wallenberg abfand, so besteht doch die Tatsache, daß die weitere Gestaltung des Schicksals Finnlands Schweden auf das nächste berühren muß. Freilich, einem mit der Entente verbundenen Schweden würden die Finnländer mit dem größten Mißtrauen begegnen, weil sie sich längst davon überzeugt haben, daß die Rettung Finnlands in dem Anschluß an die Zentralmächte liegt. Um so wünschenswerter käme ihnen ein gemeinsames Vorgehen Schwedens und Deutschlands in Finnland. Leider ist an ein solches Zusammengehen Schwedens mit Deutschland vorläufig nicht zu denken, so lange der Geist Brantings die Politik Schwedens bestimmt.

Der Sieg über Italien

Von Alwin Saenger, München

„Der Schauer der Niederlage, der über alle hinwegstreicht, bringt Junker und Volk für Augenblicke näher."

Alfred Capus, de l'Académie française.

Es gibt, so dürfen wir aus tiefer Überzeugung schreiben, in diesen Tagen, da die Heere der verbündeten Kaiserreiche mit siegreichen Fahnen der Dogenstadt entgegenziehen, keinen Staatsbürger ihrer Nationen, der nicht den vorwärts stürmenden Soldaten in dem befreienden Gefühle eines großen Geschehens folgte. Die Einheit wie in der Stunde der Berliner Schloßrede kehrt wieder und führt den Deutschen in Schloß und Hütte, im Palast des industriellen Kapitalismus und im Hinterhaus des proletarischen Wohnens, in Rittergut und Kate nochmals auf dem Boden gemeinsamer Gedanken, Wünsche und Hoffnungen zusammen. Ich fühle als Sozialdemokrat in diesen Augenblicken, daß auch der preußische Junker ein deutscher Junker ist.

Sieg über Italien!

Was muß es dem Historiker bedeuten, die Blätter der Geschichte zu wenden und rückwärts schauend von den langobardischen Zeiten über die Epochen der Hohenstaufen und Ottonen seine Betrachtungen bis zu dem Tage zu vollenden, da Franz Josef nach Solferino erschüttert ausrief: „Lieber eine Provinz verlieren, als noch ein-

Digitized by Google

mal so Gräßliches erleben," bis zu dem Tage, da Ferdinand Lassalle seinen italienischen Krieg verfaßte, bis zur heutigen Stunde! Welche Anregung wird der Politiker gerade jetzt in dem Studium der großen österreichischen Frage finden, wo ihn über Grillparzers berühmtes Wort von Radetzky: „In seinem Lager ist Österreich" die Brücke zur Gegenwart führt. Der militärische Sachverständige wertet die unerhörten, beispiellosen Siege von seinem fachwissenschaftlichen Standpunkt aus. Uns sei all' dieses jetzt fern. Uns führen die Geschehnisse jenseits der Alpen zu der Frage nach dem deutschen Recht in diesem Weltkrieg. Denn dieser italienische Sieg, der uns tiefer und tiefer in Feindesland führt, bedeutet uns die ruhmvollste Verwirklichung der Hypothese von der Verteidigung Deutschlands. Die politische und rechtliche, die moralische und ethische Legitimität unserer Kriegsteilnahme ersteht in dem italienischen Siege in wahrhaft gigantischer Größe vor uns. Der glorreiche Sieg unserer Waffen ist ein Sieg der Sittlichkeit. Wir haben es oft und immer wieder gesagt, es weiter zu verkünden dürfen wir gerade in letzten Entscheidungen, so sehr wir einem Verständigungsfrieden nachstreben, nicht erlahmen: Der Verlauf des großen Krieges beweist es, daß wir ein großes Gut verteidigen mußten; der militärische Verlauf selbst zeugt für uns, für die Unantastbarkeit unseres Handelns. Kein Volk der Erde hätte sich gegen eine vernichtende Übermacht siegreich halten können, kein Volk der Welt hätte den Sieg gegen Frankreich, den russischen, serbischen, rumänischen und italienischen Sieg zu erkämpfen vermocht, wenn nicht in seinem Gewissen und Streben ein ewiges Recht lebte. Nur ein Volk, das in seinen Taten und Werken weiterleben soll, kann sich mit dieser ewigen Lebenskraft halten, wie wir es getan und wie wir es weiter allen Gewalten zum Trotz auch fürderhin tun werden. Es ist kein chauvinistisches Gejauchze, das wir in „Siegerstimmung" anheben wollen; aber wir wollen gegenüber einer Welt, die uns mit gemeiner Beschimpfung und Waffengewalt zu töten versucht, auch nicht die bescheidenen Lumpen sein.

Das Raubgelüst nach dem linken Rheinufer und unserem deutschen Lande Elsaß-Lothringen, nach Konstantinopel und dem deutschen Handel fand seine konzentrierteste Originalität in der Politik des italienischen Freundes. In Italien fand deutsche Sehnsucht menschliches Glück. Sein politisches Reich wuchs mit unserer und des Bundesgenossen Hilfe empor. Es brach um des Raubes willen die Treue; ihm durften wir seit den Maitagen 1915 mit dem stolzen, verachtenden Worte des 4. päpstlichen Paul über den spanischen Philipp entgegentreten: „Ja, mein Freund, der mich belagert hielt, der meine Seele suchte." Italien ist das weltgeschichtliche Symbol für die Niedrigkeit der Kriegsgründe der Gesamtkoalition gegen uns geworden. Kein Meißel wird aus den Tafeln der Geschichte den Eintrag kratzen: Italien, der Verräter.

Es beliebt einer landläufigen Darstellungsweise, dem italienischen Volke in stark betontem Gegensatze zu seiner Regierung ein besonderes Zeugnis seines Wohlverhaltens auszustellen; wir können dem nicht bei dieser Bewertung unseres Sieges voll

Digitized by Google

zustimmen. Gewiß stehen wir dem italienischen Volke innerlich anders, wie dem englischen oder französischen gegenüber. Aber jener so oft gehörten Gegenüberstellung können wir billigerweise nur so weit folgen, als uns dieselbe genügend charakterisiert erscheint, wenn wir dem italienischen — von der Entente ja auch für den Konzern der „westlichen Demokratie" reklamierten — Volke unser Bedauern über seine geringe Fähigkeit, einer verbrecherischen „militaristischen" Regierung erfolgreich zu widerstehen, aussprechen. Im übrigen wird auch Italien — so glauben wir bestimmt — den kriegverlängernden Weg des „nationalen Verteidigungs-Ministeriums" nach den Vorbildern seiner heutigen Bundesgenossen zunächst beschreiten und es wird sich nicht von dem Werte eines Verständigungsfriedens ad hoc bei einer noch so vernünftigen, diplomatischen Aktion überzeugen lassen. Auch das italienische Volk wird bis zur endlichen Erleuchtung noch weiter die Söhne seines Landes dem englisch-französischen Vernichtungswahnsinn opfern. So besteht auch kein Anlaß, die Bedeutung des italienischen Sieges nicht vor der Welt zu unterstreichen, die für uns mit der Niederlage des langjährigen Bundesgenossen gegeben ist. Die Katastrophe des Heeres gerade in dem Lande, dem wir nicht nur nichts nehmen, sondern in starkem, freundschaftlichen Friedenswillen in einem Augenblick eigenen bedrohten Lebens erhobene Wünsche, soweit es bei der Wahrung persönlicher Ehre möglich war, erfüllen wollten, muß mit der weiteren Entwicklung der Dinge grade auch bei den neutralen Mächten zu einer nachhaltigen Gesundung des Urteils über Verursachung und Verschuldung des Weltkrieges beitragen.

Wir können hungern und frieren, dulden und leiden, entsagen und harren, entbehren und überwinden, die schwarze Nacht eines einsamen Menschenlebens draußen irgendwo in der Welt ertragen, es scheint in dunkle Kerkerzelle noch das Licht der Sonne, wenn in der Brust der Imperativ wacht: es kommt der Tag, an dem du dir aus Unrecht dein Recht schaffen wirst. Vergeltung für Unrecht, das ist's, was auch die Volksheere im Süden zu weltgeschichtlichen Siegen führt. Es ist die Sprache der Vernichtung zwar, die gesprochen wird, und die wir für immer aus der menschlichen Gemeinschaft bannen zu können hoffen; aber diese Antwort auf eine wider unseren Willen gestellte Frage ist ihrer Rechtfertigung nach ethisch so hochstehend, wie die Verteidigungsrede des Unschuldigen vor dem Tribunal. Das Mittel stand nicht in unserer Wahl; der Zweck ist rein. Nach bald vierjährigem Leiden vollzieht sich ein Gericht, dessen Urteil in der neutralen Welt um so mehr zur Wirkung und Anerkennung gelangen wird, da die ganze Lügenorganisation des Feindes mit ihrer Rede über die zusammenbrechende Schwäche des Reiches noch unmittelbar vor dem Spruch wahre Orgien feierte. Und da so die Grundtendenzen dieses Weltkrieges klar wie selten in der Genesis des italienischen Sieges zum Durchbruch kamen, dürfen wir ihn wohl das größte Erlebnis dieser 3½ Jahre des Kämpfens, der Verleumdung, des Duldens, des Hoffens, des Siegens nennen.

Digitized by Google

Das deutsche Volk erlebt die Stunde seiner vollkommensten Rechtfertigung. Und wieder einmal steigen wir durch des Tages Gewölk hinauf auf den Berg der deutschen Einheit und deutschen Zukunft und schauen im Geiste das Land, in dem Goethe einst für die Menschheit schuf. Und wir dürfen als Vermächtnis für Kinder und Enkel dem Herzen einprägen, daß wir da drunten auf italienischem Boden kämpfen, sterben und siegen für heiliges deutsches Recht.

Notizen

Die Reform des osmanischen Eherechts. Vor einigen Wochen hat die Türkei einen weiteren Schritt auf dem Wege der Reform getan, den sie unter der Leitung ihres Justizministers begangen hat: mit der Reform des osmanischen Eherechts. Der „Osmanische Lloyd" berichtet hierüber: „Die gesamte Verwaltungsform, die als eine Errungenschaft dieses großen Krieges angesehen werden kann, bewegt sich in der Richtung auf die Umwandlung des alten theokratischen Staatsgefüges in einen modernen Einheits- und Reichsstaat. Es ist daher ganz natürlich, daß man die bisher noch fehlenden Rechtsgarantien zu schaffen sucht und vor allem der Familie, dieser Urzelle des Staates, eine festere Grundlage gibt, als sie bisher gehabt hat, dadurch, daß der Staat die Bürgschaften und Sicherheiten für die Institution übernimmt Die Eheschließung war bisher ausschließlich eine Angelegenheit des religiösen Rechtes, unter dessen Schutze sie abgeschlossen wurde. So war es bei den Mohammedanern wie bei den Nichtmohammedanern. Wie bei den ersteren der Imam, so war bei den letzteren der Priester oder der Rabbiner derjenige, der den Rechtskontrakt, den die beiden Ehegatten eingingen, abschloß und ihm die Weihe gab. Das neue Gesetz, das unter Hinzuziehung der angesehensten Rechtsgelehrten des Landes ausgearbeitet worden ist, bestimmt nun, daß der Ehevertrag ‚nikiah' bei den Mohammedanern — vor dem Hakim, dem Richter oder dessen Stellvertreter abgeschlossen werde. Die Ehe ist also künftig eine Rechtsangelegenheit, und daher wird sie auch von einem ernsteren und gleichzeitig dem Standpunkte der Frau aus humaneren Gesichtspunkte betrachtet. Der Leichtigkeit der Ehetrennung, die nach dem Urteil unserer osmanischen Zeitgenossen eine der Ursachen war, die der normalen Zunahme der Bevölkerung im Wege standen, wird dadurch ein starker Riegel vorgeschoben. Falls ein Ehemann sich von seiner Frau scheiden lassen will, was er bisher nach seinem souveränen Ermessen tun konnte, so muß er nunmehr zunächst vor einem Ehegericht die Notwendigkeit der Ehescheidung nachweisen. Wenn die Mitglieder dieses Einigungsgerichtes zu keinem übereinstimmenden Urteil kommen können, so fällt die Entscheidung einer höheren Instanz zu, die dann ausschlaggebend ist. Vom Standpunkt der positiven Frauenrechte aus ist diese Neuerung ein gewaltiger Fortschritt, der sich noch überdies auf die Urteile aller Theologen und Rechtsgelehrten stützt, so daß er auch nach dieser Seite hin einwandfrei ist. Diese neue Auffassung der Ehe gesteht der Frau Gleichberechtigung zu, die auch in den Bestimmungen über die Polygamie zum Ausdruck kommt. Ohne daß sie diese durch die Religion geheiligte Einrichtung ganz beseitigt, gesteht jetzt die neue Gesetzgebung der Frau das Recht zur Entscheidung zu, ob sie sich einer solchen Ehe fügen will oder nicht."

Die Durchdringung Südamerikas durch die Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten, so schreibt die „Nacion" in Buenos Aires, beginnen Südamerika „friedlich zu durchdringen". Als Wanderredner hat Charles L. Chandler von der Universität Harward, Bibliothekar für südamerikanische Geschichte und Literatur, an den Universitäten Argentiens Kurse abgehalten, die sich auf den Güteraustausch zwischen Argentinien und den Vereinigten Staaten bezogen und

Digitized by Google

der Erforschung der Bedürfnisse der modernen Märkte dienten. Im August d. J. kam Chandler nach Argentinien in Begleitung von drei Vertretern bedeutender industrieller Unternehmungen im Süden der Vereinigten Staaten, die einige Monate lang sorgfältig die Aussichten studieren wollen, die sich der nordamerikanischen Industrie für Erhaltung und Erweiterung der von ihr während des Krieges errungenen Stellung nach dem Kriege bieten werden. Chandler hat sich ausführlich hierzu geäußert: Er weist darauf hin, daß Lateinamerika in den Vereinigten Staaten immer größeres Interesse erwecke. Er sieht davon ab, trockene Ziffern über den täglich wachsenden Umfang des Handels der Vereinigten Staaten und Argentiniens zu geben, führt vielmehr die Art und Weise an, in der durch Maßnahmen auf geistigem Gebiete der wirtschaftlichen Durchdringung Argentiniens vorgearbeitet wird. Dahin gehöre vor allem die Pflege der spanischen Sprache. Er gibt hierfür folgende Belege: „In New York sind es zurzeit über 15 000 Schüler, die Spanisch lernen. An der Universität Princeton ist aus privaten Stiftungen von 100 000 Dollar eine Professur für spanische Sprache errichtet worden, und Kaufleute und Industrielle von irgendwelcher Bedeutung lassen da ihre Söhne Spanisch lernen. In Chattanooga besuchen 500 Schüler öffentliche Schulen, an denen der spanische Unterricht obligatorisch ist. Ein anderer Weg, um Lebensäußerungen Lateinamerikas in den Vereinigten Staaten zu erwecken, ist die Abhaltung von Kursen über argentinische Geschichte. So hat in Knoxville Herr José Léon Suarez (Sohn), ein argentinischer Student, hierüber Vorträge in der Sommerschule der Universität Tenessee vor 50 Lehrern gehalten, die das Gehörte nun an ihre Schüler weitergeben werden. Auch an der Universität von Nord-Carolina besteht ein Lehrstuhl für südamerikanische Geschichte mit 100 Hörern, den zurzeit Dr. W. A. Pierson einnimmt. Eine Reihe von jüngeren Argentiniern hält in den Vereinigten Staaten Spezialkurse ab, die den anerkennenswerten nützlichen Zweck verfolgen, ihr Land den Nordamerikanern bekannt zu machen." Chandler schloß die Unterhaltung mit dem Worten: „Ich bin gewiß, daß diese fleißige Kulturpropaganda mächtig dazu beitragen wird, die Beziehungen aller Art zwischen beiden Nationen enger zu gestalten."

Die Welthungersnot. Für den „Nieuwe Rotterdamsche Courant" entnimmt der Verfasser zweier Artikel über die drohende Welthungersnot dem „Ned. Landbouw Weekblad" Zahlen über die ungünstigen Getreidevorräte, die in der letzten Woche des August 1917 für die Vereinigten Staaten z. B. nur 1 320 000 Tonnen gegen 1 568 000 Tonnen im Vorjahr betragen hätten. Er sagt hierzu, „man könnte sich vielleicht wundern, daß gerade die Vereinigten Staaten eine so ungünstige Ziffer aufweisen, weil sie noch nicht lange Zeit direkt im Kriege seien. Aber die ungeheuren Munitionslieferungen an die Entente hätten auch schon früher eine Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in die Munitionsfabriken zur Folge gehabt." Dann wird auf den Mangel an Düngemitteln, Kali bei der Entente, Salpeter bei den Zentralmächten und den europäischen Neutralen hingewiesen. Auch in den südamerikanischen Staaten sowie in Indien seien die Ernteergebnisse ungünstig, und man müsse also annehmen, daß in der nächsten Periode Europa auf seine eigene Produktion angewiesen sein werde. Im zweiten Artikel weist der Verfasser auf die wachsende Sterblichkeit infolge des Krieges hin, bespricht dann den Militarismus, der gerade bei den Zentralmächten eine immer stärker werdende Gegenbewegung ausgelöst habe, und weist auf die friedensfreundlichen Bestrebungen des österreichischen Kaisers hin.

Der Schiffbau in Amerika. Nach dem Bericht des Nachrichtenamtes in Washington (committee of public information) ist der gegenwärtige Stand des amerikanischen Schiffbaues außerordentlich günstig. Im Auftrag des Schiffsbauausschusses befinden sich gegenwärtig 1039 Schiffe im Bau. Hiervon sind 353 mit 1 253 900 Tonnen Holzschiffe; 58 mit 207 000 Tonnen aus gemischtem Material; 225 mit 1 663 800 Tonnen Stahlschiffe; 403 Schiffe verschiedener Typen, alle über 2500 Tonnen, mit 2 800 000 Tonnen, die von in- und aus-

Digitized by Google

ländischen Privatunternehmungen bestellt wurden, sind während ihrer Herstellung beschlagnahmt worden. Das bringt die Gesamttonnage der zurzeit im Bau befindlichen Schiffe auf 5 924 700 Tonnen. Neuerdings sind Vorkehrungen und Ermächtigungen getroffen zum Bau von weiteren 5 Millionen Tonnen. Das bringt die dem Schiffbauausschuß unterstehenden Neubauten auf die Gesamthöhe von fast 11 Millionen Tonnen. Einen weiteren Zuwachs erfuhr die Flotte durch Übernahme von 103 internierten deutschen Schiffen mit insgesamt 611 799 Tonnen.

Neuerscheinungen

Die Feinde.

Die russische Gefahr wird weiterhin von dem Kreise der Rohrbach-Schule eindringlich gemacht. Zuletzt weist sie Richard Pohle in dem ersten Heft der von Rohrbach herausgegebenen Sammlung „Die russische Gefahr" („Rußlands Ländergier", Engelhorn, Stuttgart) aus dem Gedankenkreis Kuropatkins, „des Vertreters des russischen Eroberergedankens" und seiner „Denkschrift" nach. Er zieht aus der Geschichte der beiden vorausgegangenen Jahrhunderte russischer Geschichte die Lehre für die Gegenwart, daß es Rußlands Aufgabe sei, seine Grenzen zu erweitern, zur Herrschaft über die inneren Meere: die Ostsee, das Schwarze und das Kaspische Meer zu gelangen und die Grenzvölker mit der „kernrussischen Bevölkerung zu verschmelzen". „Eine Großmacht von der Stärke Rußlands", so begründet Kuropatkin seine Forderungen, „kann ohne die Erfüllung dieser Aufgaben nicht existieren, weil sie auf dem Wege ist, am Ende des 20. Jahrhunderts eine Bevölkerungszahl von nahezu 400 Millionen zu erreichen." „Das Gewicht dieser Ausführungen", sagt Rohrbach im Vorwort, „besteht darin, daß die entscheidenden Argumente aus dem feindlichen russischen Lager selbst kommen." An einem einzelnen Problem weist die russische Gefahr Wilhelm Knorr nach: „Die Donau- und die Meerengenfrage" (Gustav Kiepenheuer, Weimar 1917). Die Schrift beweist nach der Betonung der Wichtigkeit des Donauproblems für Deutschland und die europäische Politik, welch ein System von Hindernissen Rußland, solange es konnte, aufgebaut hatte, um die Donau nicht zu einem Handelsweg für Mitteleuropa werden zu lassen. Sie zeigt ferner, wie eng die Schiffahrt auf der Donau mit der durch die türkischen Meerengen zusammenhängt und wie zwischen der russischen und der englischen Meerengenpolitik Deutschland keine andere verfolgen darf, als: die Meerengen bleiben in türkischer Hand! Daraus ergibt sich, wie absolut das russische Interesse hier gegen das deutsche geht. Die Argumente dieser Schule werden gestützt von einer Reihe Draußenstehender. Der Geograph Albrecht Penck umschreibt in einem Heft der Sammlung Meereskunde „Die natürlichen Grenzen Rußlands" (E. S. Mittler, Berlin, M. 0.60). Er weist den Mangel an inneren Gründen für die Zugehörigkeit der nach Westen über die Grenzen des Russentums hinausgreifenden Gebiete zum eigentlichen Rußland nach. „Die herrschenden Großrussen haben weder die apathisch sich verhaltenden Weißrussen, noch die politisch regsameren Ukrainer sich anzugleichen vermocht." (Neuartig ist die Auffassung Pencks, daß allein die Autokratie, nicht das russische Volk den ungezügelten Eroberungsdrang Rußlands verursacht hat.) Die Ostsee als germanisches Territorium verlangt der Norweger Jon Alfred Mjöen („Germanen oder Slawen?" Curtius, Berlin). Er wünscht die Ostmark „als äußerstes Bollwerk des Germanentums gegen das Slawentum. Die politischen Vorteile, die Norwegen und Schweden haben würden, wenn Rußlands Grenze östlich der Narva, des Peipussees und Dünaburgs liefe, sind unschwer zu übersehen. Ein deutsch-finnischer Gürtel: Suwalki—Kowno—Kurland—Livland—Estland—Finnland — zwischen Rußland und der Ostsee. Ein Blick auf die Landkarte wird uns leicht überzeugen, daß ein solcher Gürtel, der sich im Laufe der Zeiten germanisieren ließe, eine Scheidewand zwischen die kleinen Nationen auf der skandinavischen Halbinsel und ihren einzigen Feind setzen würde." Max Böhm legt sich in einem in der Sammlung „Kurland in Vergangenheit und Gegenwart" erschienenen kleinen Bändchen über die äußere und innere Geschichte des Lettenvolkes („Die Letten") die Frage vor, wie sich die Letten, vor eine Wahl zwischen Rußland und Deutschland gestellt, verhalten würden. Die „weitaus überwiegende Landbau treibende Bevölkerung (zu der auch die Handwerker und Kleingewerbetreibenden in den Städten zu rechnen sind) wird bald erkennen, auf wessen Seite ihr Vorteil liegt. Sie werden sich willig in die neuen Verhältnisse fügen, weil sie sich der Wesensverwandtschaft mit der germanischen Rasse bewußt sind, weil ihre ganze Wirtschaftsmethode auf der deutschen fußt." Ein neuer Überblick über Litauen und sein Volk ist das Buch von Dr. W. Gaigalat (Mitglied des Abgeordnetenhauses, 1917, Frankfurter Vereins-Druckerei). Eine kurze, zusammenhängende Darstellung der „Großen russischen Revolution", ihren historischen Voraussetzungen und ihrem Verlauf bis zur zweiten Koalitionsregierung gibt nach russischen Quellen und mit zahlreichen Abbildungen versehen E. Berow im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin, heraus (M. 2.50).

Digitized by Google

Zur ostasiatischen Frage äußern sich Dr. Schrameier „Die deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen" und Alfred Manes „Die Südsee im Weltkrieg" (E. S. Mittler, Berlin, je M. 0.60). Schrameier untersucht die Sachlage: „Nicht mehr hat England den maßgebenden Einfluß; es hat ihn an Japan abtreten müssen. Das aufstrebende und unternehmende Volk hat den günstigen Augenblick benutzt, um sein Ideal eines Zusammengehens der ostasiatischen Länder zu verwirklichen. Natürlich ist der Zusammenschluß zunächst nur unter Japans Führung möglich. Englands Ansehen aber ist geschwunden, und wenn es Japan auch nur zurzeit als den mit Wahrung seiner Interessen im Osten Beauftragten bezeichnet, so tritt doch jetzt schon offen zutage, wie der Bevollmächtigte sich in seine neue Rolle als ausschlaggebender Faktor im Osten hineinfindet." Manes betrachtet die Sachlage in ihrem Verhältnis zu Deutschland: Mit keinem Volke ist der Abschluß auf kommerziellem wie auf politischem Gebiete leichter wie mit Japan. „Unerläßliche Voraussetzung für ein Einvernehmen mit Japan ist die Anerkennung seiner Vorherrschaft auf dem ostasiatischen Festland und mindestens in der nördlichen Südsee, wenn nicht gar in der gesamten Südsee einschließlich Australien und Neuseeland." Auch nach der Meinung von Justus Hashagen drohen der anglikanischen Welt von Japan Gefahr. („England und Japan seit Schimonoseki", Essen 1915, G. D. Baedeker.) In der pazifistischen Richtung (die nur für die nächste Zeit von Japan hinter die kontinental-asiatischen, d. h. chinesischen zurückgestellt worden sind) „stößt Japan notwendig nicht nur mit den Lebensinteressen der weißen Kolonien Englands und ihrer Annexe, sondern namentlich auch mit den Vereinigten Staaten zusammen." Sogar „bei einer Verfolgung der japanischen Ostpolitik in der bisherigen Weise hält Hashagen Zusammenstöße mit England für unvermeidlich." Die Literatur über England erhält eine (für die Beurteilung der U-Bootfrage) wertvolle Ergänzung durch die deutsche Bearbeitung eines Blaubuches, das dem englischen Parlament und anderen Interessenten ein Mittel in die Hand geben sollte, sich über die Lage der Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung zu orientieren. („Der Nahrungsmittel- und Rohstoffbedarf Englands", Jena, G. Fischer, M. 3.00.)

Im allgemeinen bemerkenswert ist die Meinung H. Herkners über unser Verhältnis zum Ausland („Die Reform der staatswissenschaftlichen Studien", M. 0.80). Darin wird die Anteilnahme der deutschen Volkswirte an den Fragen der Auslandspolitik mit derjenigen der feindlichen Volkswirte verglichen. „Es kann, so sagt Verf., nicht in Abrede gestellt werden, daß dieses Gebiet in England, Frankreich und Amerika mit größerem Erfolg angebaut worden ist. Das bezieht sich auf die Literatur nicht weniger als auf den Unterricht. Wir haben leider der London school of Economie and Political Science und der in gleicher Richtung hin wirksamen école libre des Sciences politiques, welche für die Ausbildung der Diplomaten eine besondere Section Diplomatique besitzt, nichts Gleichwertiges an die Seite zu stellen. Wir sind eben alle vor dem Krieg viel zu sehr geneigt gewesen, die ganze Auslandpolitik den zukünftigen Diplomaten als ausschließliche Domäne zu überlassen, obwohl deren Leistungen ein so unbedingtes Vertrauen schon längst nicht mehr rechtfertigten. Wenn unsere Volkswirte in Zukunft sich eindringlicher mit Weltpolitik beschäftigen sollten, so würden sie nur an die stolze Tradition anzuknüpfen haben, die gerade von unseren größten Volkswirten und Sozialisten ausgegangen ist." Unsere Generation hat auf diesem Gebiete unendlich viel nachzuholen, unsere ‚Unkenntnis des ausländischen Denkens' ist geradezu ‚erschreckend' gewesen." Auch Karl Meinhof spricht („Eiserne Zeit", Bertelsmann, Gütersloh, M. 0.20) über unser Verhältnis zum Ausland. „Wir müssen für das Ausland endlich den richtigen Maßstab gewinnen. Man möchte nun heute alles Ausländische beseitigen. Das war vor hundert Jahren ebenso und 1870 auch. Aber man irrt sich, wenn man glaubt, daß es damit getan ist, daß man einige Fremdworte abtut und einige fremde Sitten beseitigt. Die Hauptsache bleibt die Gesinnung. Wenn wir nichts weiter sein wollen, als Leute, die schlicht und einfach ihre Arbeit tun, dann sind wir nicht in Gefahr, den Fremden nachzulaufen und sie nachzuahmen. Im Grunde ist das nichts als Eitelkeit, daß man mehr vorstellen will, als man ist. Und diese Eitelkeit muß uns unser Pflichtbewußtsein verbieten. Aber auch vor dem entgegengesetzten Fehler haben wir uns zu hüten, daß wir tun, als wären nur die Germanen, nur die Deutschen rechte Menschen, — alle andern nicht. Das eben ist ja Englands Hochmut, daß es nur das eigene Volk gelten läßt. Diesen Fehler wollen wir nicht nachahmen, denn der ist nur eine neue Form der Eitelkeit."

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

△

Inhalt:

Thimme, Das neue Preußen 1561
Rohrbach, Der russische Schritt zum Frieden 1566
Stein, Englands kaufmännisches Gewissen 1571
Hübbe, Das Auslanddeutschtum und die Inlandschule . . 1574
Eucken, Aufstieg der Begabten, Bevölkerungspolitik und technische Gestaltung der Kultur 1578
Peiser, „Psychologie der Massen" 1581
Notizen / Neuerscheinungen 1585

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 7. Dezember 1917 Heft 4

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Bekanntmachung

Die Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen der VI. Kriegsanleihe können vom

26. November d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden. Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum 15. Juli 1918 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden. Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich. Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen. Mit dem Umtausch der Zwischenscheine für die 4½ % Schatzanweisungen der VI. Kriegsanleihe in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen kann nicht vor dem 10. Dezember begonnen werden; eine besondere Bekanntmachung hierüber folgt Anfang Dezember.

Berlin, im November 1917

Reichsbank-Direktorium

Havenstein v. Grimm

Digitized by Google

2. Jahrgang • 7. Dezember 1917 • Heft 49

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Das neue Preußen

Von Friedrich Thimme

I.

Zum dritten Male innerhalb weniger Menschenalter schlägt die Geburtsstunde eines neuen Preußen. In der Reformzeit von 1807—1813 hat das Hohenzollernhaus zum ersten Male das enge Bündnis zwischen Volk und Staat herzustellen gesucht. Das Revolutionsjahr 1848 hat an die Stelle des absoluten Preußen, das in der Zeit nach den Freiheitskriegen sich noch einmal im Sattel aufgerichtet hatte, das konstitutionelle Preußen treten lassen. Aber das neue Preußen, das damals entstand, war ein Klassenstaat; indem es sich auf das ganze Volk zu stützen vorgab, beließ es den bemittelten Klassen einen bevorrechteten Platz. Der Klassenstaat blieb bestehen, auch als der Norddeutsche Bund und das Deutsche Reich die Rechtsgleichheit aller Deutschen herstellte. Es klaffte seither ein tiefer Zwiespalt zwischen dem Reichsorganismus und dem preußischen Organismus. Jetzt, mitten in den Schauern des Weltkrieges, ist die Stunde gekommen, wo das, was in den Epochen der Freiheitskriege und der Revolution von 1848 nur angebahnt wurde, vollendet werden soll: in dem neuen Deutschland ein neues Preußen, in dem alle Glieder des Volkes in gleichem Maße, ohne Unterschied der politischen Rechte, zu der freien und freudigen Mitarbeit am Staatswesen berufen werden sollen. Am 24. November sind dem preußischen Landtage die drei Gesetzentwürfe zugegangen, die die Grundlage des neuen Preußen bilden sollen. Sie bringen für das Abgeordnetenhaus das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlrecht, das sich vom Reichstagswahlrecht nur durch einige Kautelen, das Erfordernis dreijähriger Staatszugehörigkeit und einjähriger Wohnsitzdauer, unterscheidet, für das Herrenhaus eine freiere und modernere Ausgestaltung, die sich vor allem auf das freilich nicht restlos durchgeführte Prinzip der berufsständischen Vertretung stützt, daneben für beide Häuser des Landtages einige etatsrechtliche Veränderungen, die auf eine Erweiterung der Rechte des Herrenhauses hinauslaufen. Auf den Inhalt der Vorlagen im einzelnen einzugehen, wird sich uns

Digitized by Google

noch öfter Gelegenheit bieten; jetzt gilt es vor allem den Geist zu kennzeichnen, von dem die Vorlagen erfüllt sind.

Der Geist, aus dem die Reformvorlagen geboren sind, kommt besonders wirkungsvoll in der dem Wahlrechtsentwurf beigegebenen Begründung zum Ausdruck. Es sind in erster Linie ethische Momente, auf die die Einräumung des gleichen Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten gestützt wird: „Der Krieg fordert von dem preußischen Volke die höchsten Opfer für die Allgemeinheit und ist zum Prüfstein für die Tiefe seiner Vaterlandsliebe und seines Staatsbewußtseins geworden. Er hat es opferwillig und staatstreu gefunden; das Maß der staatsbürgerlichen Beteiligung des Volkes an den staatlichen Geschäften muß daher vom Standpunkt gesteigerten Vertrauens nachgeprüft und neu gestaltet werden. Nicht um eine Belohnung des Volkes für die dargebrachten Opfer und die staatstreue Haltung kann es sich dabei handeln; es handet sich vielmehr um einen Akt des Vertrauens in das Volk, das in den schweren Schicksalen des Krieges seine Reife erwiesen hat." Mit diesem ethischen Moment der unumschränkten Vertrauenswürdigkeit des Volkes, das der Krieg in das hellste Licht gerückt hat, wird ein staatspolitisches verknüpft: die Tatsache, daß die Zeit nach dem Kriege den preußischen Staat vor Aufgaben stellen werde, deren Schwierigkeit alles bisher gekannte Maß übertreffe, Aufgaben, die an die Opferwilligkeit, an die Organisationskraft, an das soziale Empfinden, an die Arbeitsfreudigkeit des Volkes gewaltigste und völlig neue Anforderungen stellen würden. Es wird nicht ausdrücklich ausgesprochen, aber man liest es zwischen den Zeilen der Begründung, daß nur eine durchgehend gleiche Verteilung der politischen Rechte die unendlichen Kräfte auslösen könne, die nach einem schönen Worte Gneisenaus in dem Schoße der Nation schlummern. Ausdrücklich verwirft die Begründung aus den völlig gewandelten Voraussetzungen heraus, die der Weltkrieg geschaffen hat, ein abgestuftes Wahlrecht. „Die Jahre dieses Krieges haben von jedem Staatsbürger Leistungen gefordert, denen gegenüber quantitativ wie qualitativ jeder Versuch der Abstufung, der unterschiedlichen Bewertung versagen muß. Die Härten des Wirtschaftskrieges haben die gesamte Bevölkerung ohne Ausnahme getroffen, der Lebenshaltung eines jeden so fühlbare Opfer und Entbehrungen auferlegt, daß die Steuerzahlungen sowohl an objektivem Wert für den Staat, wie auch an subjektivem Wert für die individuelle Leistung gegenüber den Lasten und Leistungen gerade auf wirtschaftlichem Gebiet zurücktreten. Staat und Reich haben zur Kriegszeit restlos die Kraft und den Willen jedes einzelnen für die öffentlichen, die vaterländischen Zwecke ohne Unterschied und ohne jede Rücksicht auf physische und wirtschaftliche Beeinträchtigungen in Anspruch nehmen müssen. Der öffentliche Wert dieser allgemeinen Arbeitsleistungen und Opfer gestattet überhaupt keinerlei urteilende Bemessung. Hoch darüber stehen, jedem Maße entrückt, die Verluste kostbaren Menschenlebens, die unterschiedslos unheilbares Leid auf arm und reich gelegt haben. Das

Digitized by Google

dem Vaterlande geflossene Blut, diese letzte und höchste Leistung, die der Staat vom Bürger fordert, ist größten, unmeßbaren Wertes. Die preußischen Männer, die es auf dem Felde der Ehre vergossen, haben Zeugnis abgelegt dafür, daß die dem Staat gebrachten Opfer aller Bürger eines gleichen Wertes sind, daß der Staat auf den Unterschied öffentlicher Geldleistungen künftig Abstufungen der politischen Rechte nicht mehr gründen kann."

Das ist eine Sprache, wie man sie bisher in der Begründung preußischer Gesetzentwürfe nicht kannte. Nur unfreundlicher Wille kann ihren tiefen sittlichen Ernst, der auf das preußische Volk seinen Eindruck nicht verfehlen wird, in Phrasenhaftigkeit umdeuten; in Wahrheit ist sie ganz erfüllt von der Ehrfürchtigkeit, die nach einem Wort unseres Kaisers großes Erleben erweckt. Ungewöhnlich ist an der Begründung der Wahlrechtsvorlage auch der Ton stählerner Entschlossenheit und Zielsicherheit. Es ist die Sprache einer Regierung, die unbedingt auf dem gleichen Wahlrecht bestehen will, und alle Brücken, die etwa zu einem abgestuften oder berufsständischen Wahlrecht führen könnten, von vornherein hinter sich verbrannt hat. Hier tritt deutlich zutage, was die Gegner der Wahlreform mit Spott und Hohn abstreiten möchten: daß die Krone in dieser bedeutsamen Frage allerdings die Führung hat und behaupten will. Wer sich die bisherigen Verlautbarungen Kaiser Wilhelms zur Wahlreform seit der Thronrede von 1908 ins Gedächtnis ruft, wird daran nicht einen Augenblick im Zweifel sein können. Schon damals stellte sich der Monarch bewußt in den Vordergrund: „Es ist mein Wille, daß die auf der Grundlage der Verfassung erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren." Auch die Osterbotschaft und der Wahlrechtserlaß vom 11. Juli betonen die ganz persönliche Stellungnahme des Kaisers: „Mir liegt die Umbildung des preußischen Landtags und die Befreiung unseres gesamten innerpolitischen Lebens von dieser Frage besonders am Herzen. Für die Änderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause sind auf meine Weisung schon zu Beginn des Krieges Vorarbeiten gemacht worden ... Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr." Auch Graf Hertling hat es ja in seiner ersten Kanzlerrede mit voller Deutlichkeit unterstrichen: „Sie alle wissen, in welch großzügiger Weise in dem mächtigsten deutschen Bundesstaat von der höchsten Stelle die Initiative zu einer weitgehenden Reform ergriffen worden ist." Hiernach sollte von der beleidigenden Unterstellung, als ob dem Träger der Krone der Entschluß zur Wahlrechtsvorlage von den Linksparteien und ihrem Werkzeug Bethmann Hollweg geradezu abgepreßt worden sei, nicht mehr die Rede sein; sie ist einfach nicht wahr.

Die feste und entschlossene Haltung, die der Monarch und mit ihm die ganze Regierung in der Wahlrechtsfrage eingenommen hat, läßt erwarten, daß es gelingen werde, sie durch alle Schwierigkeiten und Gefahren der parlamentarischen Behandlung hin-

Digitized by Google

durchzusteuern. An schweren Kämpfen und Auseinandersetzungen wird es ja nicht fehlen. Von seiten der im Abgeordnetenhause überwiegenden konservativen Partei droht geschlossene Gegnerschaft; auch in der freikonservativen Partei wird die große Mehrzahl nicht für das gleiche Wahlrecht zu haben sein. Von den Mittelparteien, dem Zentrum und der nationalliberalen Partei, wird man annehmen dürfen, daß sie bis auf einen Bruchteil sich schließlich für die Vorlage entscheiden werden. Von den Linksparteien ist das selbstverständlich, obwohl auch sie manches gegen die Vorlage einzuwenden haben, so vor allem gegen die Kautelen, mit denen das gleiche Wahlrecht eingeschränkt werden soll. In der Tat erscheinen diese Bestimmungen als eine Anomalie in dem sonst so klaren, einfachen und geschlossenen Aufbau des Gesetzes. Wenn für die Gleichheit des Wahlrechts die gleichen Opfer maßgebend sind, die ein jeder Volksgenosse gebracht hat, so ist nicht wohl einzusehen, wieso erst eine bestimmte Aufenthaltsdauer in einer Gemeinde diese Opfer wirksam werden lassen darf. Mag es immerhin richtig sein, daß, wie die Begründung der Wahlrechtsvorlage ausführt, die fluktuierenden Elemente der Bevölkerung dem Staate nicht das gleiche Interesse oder Verständnis entgegenzubringen vermögen, wie der seßhafte Teil, so kann das doch nicht ins Gewicht fallen gegenüber der überragenden Tatsache der Gleichheit der gebrachten Opfer. Es kommt hinzu, daß die ausschließende Wirkung jener Bestimmung vor allem einen großen Teil unserer Feldgrauen treffen würde, die nach der Rückkehr aus dem Felde sich in zahllosen Fällen erst eine neue Existenz und einen festen Wohnsitz suchen müssen. So muß man hoffen, daß die Einschränkungen des gleichen Wahlrechts, auf die auch unsere Rechtsparteien nicht allzu viel Wert zu legen scheinen, aus der Vorlage wieder ausgemerzt werden. Freilich wäre es ein schlechter Tausch, wenn dafür andere Einschränkungen, etwa hinsichtlich der Steuerleistung durch die Rechte durchgedrückt würden. Im ganzen droht der Vorlage keine größere Gefahr, als wenn in langwierigen Kämpfen um Einzelheiten, die gegenüber den großen Gesichtspunkten nicht in Frage kommen sollten, die öffentlichen Leidenschaften immer mehr aufgepeitscht werden. Für die Freunde der Vorlage sollte es ebenso wie für die Regierung die Hauptsache sein, daß unser innerpolitisches Leben, um mit den Worten der Osterbotschaft zu reden, so rasch wie irgend möglich von dieser schwierigsten und dornigsten Frage entlastet wird.

Mit der Annahme der Wahlrechtsvorlage durch das Abgeordnetenhaus, die schon erhebliche Schwierigkeiten haben wird, ist das große Werk der Wahlreform erst zur Hälfte vollbracht; es gilt dann noch die Zustimmung des Herrenhauses zu gewinnen, in dem der Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht sicherlich nicht geringer sein wird als im Abgeordnetenhause. Zwar hat die Regierung gegen das Herrenhaus eine Waffe in dem Pairschub, d. h. in der Berufung einer größeren Anzahl neuer Mitglieder auf Grund allerhöchsten Vertrauens, in der Hand: eine Waffe, von der in früheren Fällen, z. B. bei der Kreisordnung von 1872, in der Tat mit Erfolg Gebrauch gemacht worden

Digitized by Google

ist. Ob aber die Regierung zu diesem Mittel in einem Augenblick greifen wird, in welchem sie vorschlägt, die bisher unbeschränkte Zahl der von der Krone aus allerhöchstem Vertrauen zu berufenden Mitglieder auf 150 festzusetzen, bleibt doch einigermaßen zweifelhaft. Schon jetzt beträgt die Anzahl der so berufenen Herrenhausmitglieder über 100; die Regierung könnte also, wenn sie sich innerhalb des Rahmens der neuen Vorlage halten will, bei einem Pairschub nur etwa 50 neue Mitglieder berufen, eine Anzahl, die, wenn das Herrenhaus energisch Opposition gegen die Wahlrechts- und vielleicht auch die Herrenhausvorlage machen will, nicht einmal genügen möchte. Doch darf man wohl vertrauen, daß das Herrenhaus, das auch in seiner konservativen Majorität immer den großen und weiten Gesichtspunkten des staatlichen Interesses mehr zugänglich gewesen ist als die wesentlich vom Parteistandpunkte beherrschte konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses, nicht eine kleinliche Obstruktionspolitik treiben wird.

Um die Herrenhausvorlage wird der Kampf allem Anschein nicht weniger entbrennen als um die Wahlrechtsreform. Zwar die Leitgedanken, die der Vorlage zugrunde liegen: die vorwiegende Begründung auf dem berufsständischen Prinzip, die stärkere Berücksichtigung der Selbstverwaltung im weiteren und modernen Sinne, also auch der ländlichen Selbstverwaltung usw., sind des allgemeinen Beifalls aller derer sicher, die nicht wie die Sozialdemokratie eine Erste Kammer grundsätzlich verwerfen. Auch daß die Vorlage in Anknüpfung an das geschichtlich Gewordene den bisherigen erblichen Mitgliedern und dem altangesessenen größeren Grundbesitz, die bisher zusammen das Gros der Herrenhausmitglieder stellten, eine freilich gegenüber der bisherigen sehr beschränkte Vertretung belassen will, wird kaum mit Fug beanstandet werden können. Die Öffentlichkeit darf nicht verkennen, daß namentlich den bisher erblich berechtigten Mitgliedern des Herrenhauses ein großes Opfer zugemutet wird. Die Schwere dieses Opfers sollte namentlich denen vor Augen stehen, die nun zu einer stärkeren Vertretung im Herrenhaus auf Kosten der bisher Berechtigten berufen werden. Aber leider scheint es, als ob die ziffernmäßige Begrenzung der einzelnen Berufsvertretungen auf allen Seiten Unzufriedenheit und Begehrlichkeit weckt. Schon melden sich innerhalb der Landwirtschaft und des Großgrundbesitzes mißvergnügte Stimmen. Handel und Industrie, die bisher eine gesetzliche Vertretung im Herrenhaus überhaupt nicht hatten, sind durch die ihnen nunmehr zugedachten 72 Sitze, wie die neuesten Beschlüsse des deutschen Handelstages lehren, noch nicht zufriedengestellt, ebensowenig der Handwerkerstand mit den in Aussicht genommenen 12 Sitzen. Vollends muß sich die Arbeiterschaft dadurch zurückgesetzt fühlen, daß für sie eine Vertretung überhaupt nicht vorgesehen ist. Man versteht diese Auslassung, über die auch in der sonst ausgezeichneten Begründung der Vorlage kein Wort verloren wird, einfach nicht. Wenn der Grund nur darin gesucht werden sollte, daß der Arbeiterschaft noch die staatlich geordnete Vertretung fehlt, so wäre dem bald abzuhelfen;

Digitized by Google

das Arbeitskammergesetz steht ja in naher Sicht. Anscheinend ist aber der Grund für die Nichtberücksichtigung der Arbeiterschaft in der Herrenhausvorlage darin zu suchen, daß die Arbeiterschaft als die zahlenmäßig stärkste Volksklasse erwarten darf, schon im Abgeordnetenhause zu einer kräftigen Einwirkung auf die Gesetzgebung zu gelangen. Würde der Arbeiterschaft nun auch im Herrenhause, das doch als ein Gegengewicht gegen die demokratischen und nivellierenden Kräfte und Strömungen gedacht war und ist, eine entsprechende Vertretung zufallen, so möchte sie nach den Erwägungen des Gesetzgebers ein förmliches Übergewicht über alle übrigen Stände gewinnen. Unsererseits sind wir der Ansicht, daß eine mäßige Vertretung der Arbeiterschaft im Herrenhause — und wenn sie auch nur 36 Sitze bekäme — der Ersten Kammer, die sonst mit einem Odium belastet bliebe, nur zum Vorteil gereichen könnte. Auch das Herrenhaus muß hinfort, wenn es nicht den Zusammenhang mit dem ganzen Staatswesen verlieren soll, mit einem Tropfen demokratischen Öls gesalbt sein.

Im großen und ganzen wird jedenfalls anzuerkennen sein, daß die drei Vorlagen zur Reform des preußischen Landtags ganz erfüllt sind von einem modernen und fortschrittlichen Geiste, von dem Geist auch der Augusttage 1914, und daß sie geeignet sind, die lebendigste Teilnahme des ganzen Volkes an der staatlichen Arbeit und den großen Zukunftsaufgaben Preußens zu gewährleisten. Und darum hoffen wir von ganzem Herzen, daß sie bald, möglichst bald unter Dach und Fach kommen. Wir verstehen es, daß viele das alte Preußen, dessen Neugeburt sich in den Stürmen des Weltkriegs vollzieht, mit aller Kraft festhalten möchten. Aber gegen die gewaltige Zeit kann kein Widerstreben helfen. „Hin ist hin!“ so schrieb Prinz Wilhelm von Preußen, der nachmalige Kaiser Wilhelm I., am 7. April 1848 an einen Vertreter des vormärzlichen Preußen. „Man kann darüber noch lange in preußischen Herzen trauern, aber zurückzubringen ist nichts; möge man jeden Versuch der Art aufgeben! Getrost das neue Preußen anzuschauen und wieder aufbauen helfen, das ist die Aufgabe jedes Patrioten.“

Möchten die Vertreter des vorauguſtlichen Preußen sich zu der Höhe und zu der Vornehmheit der Gesinnung des Prinzen Wilhelm aufschwingen! Dann werden sich das alte und das neue Preußen wahrhaft harmonisch miteinander vermählen.

Berlin, den 2. Dezember 1917

Der russische Schritt zum Frieden

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Ereignisse entwickeln sich so, wie das vor einiger Zeit hier als möglich angenommen wurde. Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und den in Rußland gegenwärtig im Besitz der Macht befindlichen Politikern haben begonnen, und der Reichskanzler, Graf Hertling, hat in seiner Rede am 29. November erklärt,

Digitized by Google

in den bisher bekannten Vorschlägen der russischen Regierung könnten „diskutable Grundlagen" für eine Besprechung über den Frieden erblickt werden. Welcher Art diese „diskutablen Grundlagen" im einzelnen sein sollen, ist nicht gesagt worden. Wenn die Worte den Sinn haben sollen, daß in Zukunft die eigentliche russische Gefahr für Deutschland und für Europa, das heißt die Oberherrschaft und das politisch-militärische Verfügungsrecht des Großrussentums über die nichtrussischen Völker des heutigen Rußland, beseitigt sein soll, so wäre zu schließen, daß die Maximalistenregierung in St. Petersburg sich mit der Anerkennung des Prinzips der freien Selbstbestimmungsrechte aller zum bisherigen russischen Reiche gehörigen Nationen einverstanden erklärt hat. Mehr brauchen wir für den Frieden mit Rußland, wie hier des öfteren ausgeführt worden ist, nicht. Dieses russische Zugeständnis aber brauchen wir allerdings. Vom Standpunkt der Maximalisten bedingt es im Augenblick auch keine großen inneren Schwierigkeiten, denn die Ideale dieser Richtung sind, im Prinzip wenigstens, nicht nationalistisch, sondern sozialpolitisch. Der Wunsch der russischen Maximalisten geht zurzeit weniger dahin, die großrussische Herrschaft über die 53 Proz. Nicht-Großrussen im alten Rußland aufrecht zu erhalten, als womöglich den sozialdemokratischen Gedanken in seiner radikalsten Gestalt über die ganze Welt, auch über Deutschland, zu verbreiten. Der Friedensschluß mit einem nichtsozialistischen Deutschland, mit einer deutschen Regierung von der Art der gegenwärtigen, bedeutet für die Maximalisten eine starke Selbstüberwindung, die sie nur notgedrungen zu üben bereit sind. Es kann aber wohl sein, daß Lenin, Trotzki und ihre Kollegen in der augenblicklichen obersten Gewalt in Rußland durch die innere Logik der Dinge nicht nur zum Friedensschluß mit Deutschland, sondern darüber hinaus vielleicht noch zu der Bitte an uns gebracht werden, ihnen irgendwie zu helfen, daß sie aus den Klauen der Entente loskommen. Das soll keine Prophezeiung sein, aber Möglichkeiten dieser Art sind nicht ausgeschlossen. Ebensowenig dürfen wir uns freilich einer Täuschung darüber hingeben, daß, soweit bei den jetzigen Bolschewiki das Großrussentum durch Persönlichkeiten oder geistige Einflüsse vertreten ist, über kurz oder lang auch der alte Gedanke der großrussischen Herrschaft über die unterworfenen „Fremdvölker" wieder aufkommen und mit den echten maximalistischen Prinzipien in Streit geraten wird. Vorläufig aber ist der Zwang zum Friedensschluß, der von der vollkommenen Auflösung aller Verhältnisse in Rußland, des Transportwesens, der Verpflegung, der Staatsautorität, der militärischen Disziplin, der Zahlungsmittel usw. ausgeht, so stark, daß das Verlangen nach Frieden auf jeden Fall die Herrschaft gewonnen hat. Es wird nun entscheidend sein, ob die Bolschewiki so lange am Ruder bleiben, bis die Freigabe des bisherigen russischen Westgebiets an seine Völker zur Ausübung ihres politischen Selbstbestimmungsrechts und die Entlassung der russischen Fronttruppen nach Hause zustande gekommen sind.

Die Vorstellung, daß in Rußland alsbald nach dem Friedensschluß geordnete Ver-

Digitized by Google

hältnisse wiederkehren werden, ist allerdings nicht glaubhaft. Es soll seitens einiger handelspolitischer Körperschaften in Deutschland an die Regierung die Bitte gerichtet worden sein, dafür zu sorgen, daß wir „sobald wie möglich" wieder in haltbare, dauerhafte Beziehungen zu Rußland kommen. Dieser Wunsch setzt voraus, daß es nach dem Friedensschluß bei einer anerkannten und verfügungsfähigen, dauernden Regierungsgewalt in Rußland bleiben wird — was wenig wahrscheinlich ist. Die inneren Auseinandersetzungen über die Enteignung des privaten Grundbesitzes, die Landverteilung an die Bauern, den Staatsbankerott, die Sozialisierung der industriellen Betriebe und eine Menge anderer tief einschneidender Fragen werden Rußland noch auf lange hinaus in starken inneren Zuckungen und Kämpfen festhalten. Es ist kaum denkbar, daß eine starke Staatsgewalt, sei es persönlicher, sei es republikanisch-demokratischer Art, in Kürze aufkommt, und die Kraft gewinnt, Ordnung zu schaffen, Ordnung in dem Sinne, daß die Landfrage geregelt wird, die begehrliche Masse sich einer starken Hand unterwirft und die Hilfsmittel des Staates, geistige wie materielle, wieder gesammelt werden. Alles das wäre möglich, wenn man es in der russischen Revolution mit einer Wiederholung der großen französischen zu tun hätte. Wer dergleichen glaubt, ist aber tief im Irrtum. In Rußland fehlen die organisatorischen Kräfte. Am Eingange der russischen Geschichte steht jener überlieferte Ruf der Slawen von Groß-Nowgorod an die schwedischen Wikingerfürsten jenseits der Ostsee: Kommt und seid Fürsten über uns, in unserem Lande herrscht keine Ordnung! Das ist in letzter Zeit über Rußland sehr häufig gesagt worden, wiederholt auch in der „Deutschen Politik". Aber weil es in Wahrheit das ABC alles Verständnisses für Rußland und die russischen Dinge ist, darum muß es immer von neuem gesagt werden. Wir können froh und glücklich sein, wenn die Gefäße, in die der Gedanke der Staatsordnung und Regierung gegenwärtig in Rußland gefaßt ist, solange heil bleiben, bis der Frieden fertig ist. Schon der Friedensschluß mit Rußland wird eine Art Wettlaufen mit dem Eintritt des nächsten Stadiums der russischen Anarchie sein. Darüber hinaus sich jetzt schon Gedanken über die Ordnung unserer wirschaftlichen Beziehungen zum zukünftigen Rußland und dergleichen machen zu wollen, ist ein Beweis nicht ganz geringer Naivität in der Beurteilung russischer Verhältnisse.

Das große Problem ist nun, wie das Ausscheiden Rußlands aus dem Kriege auf die Entente wirken wird. Rußland existiert nicht mehr, soweit es sich um sein Dasein als Kriegsfaktor handelt. Das kann schon heute gesagt werden, und es ist nicht einmal entscheidend für diese Auffassung, ob ein formeller Friedensschluß mit Rußland in nächster Zeit zustande kommt oder nicht. Auf jeden Fall hat die russische Kriegsfähigkeit aufgehört. Damit muß die Entente rechnen und damit rechnet sie schon heute. Kann sie daran denken, trotz Rußlands Ausscheiden und trotz der starken Schwächung Italiens, die sich möglicherweise noch durch weitere Niederlagen fortsetzen wird, den Krieg zu einem Ende zu führen, der ihren Sieg und Deutschlands

Digitized by Google

Niederlage bedeutet? Von uns aus gesehen, wird man natürlich geneigt sein, das für eine Unmöglichkeit zu erklären. Es kommt aber in diesem Falle nicht darauf an, was wir uns für Vorstellungen machen, sondern welches die Vorstellungen sind, von denen die maßgebenden Kräfte auf der Ententeseite beherrscht werden. Sie können objektiv falsch sein, aber sie können trotzdem imstande sein, die Entente noch weiter am Kriege zu halten. Daß Clémenceau die französische Regierung übernommen hat, hat man mit Recht einen Schritt der Verzweiflung genannt. Das war er. Aber die Verzweiflung im französischen Sinne ist doch nur so zu verstehen, daß durch dieses äußerste Mittel eben die Rettung erhofft wird. Vor allen Dingen muß Clémenceau selbst die Hoffnung haben. Niemand kann leugnen, daß er sich mit leidenschaftlichem Eifer und wirklicher Kraft auf die Arbeit gestürzt hat, Frankreich beim Kriege und bei der Kriegsfähigkeit zu erhalten. Von seinem hohen Alter ist dabei einstweilen nichts zu merken. Ebenso ist deutlich, daß er Gehilfen und Gefolgschaft findet. Von seiner Person und seiner Tätigkeit geht ein aufstachelnder Einfluß auf das Parlament und die Öffentlichkeit in Frankreich aus. Daraus läßt sich schließen, daß Clémenceau bestimmte Gründe für seine Hoffnung hat, den Krieg für Frankreich noch retten zu können. Die französischen Kräfte allein können es nicht sein, dies ist bekannt; man weiß, daß sie schnell nachlassen und daß auch die englische Hilfe weder imstande war, noch imstande sein wird, mit den Franzosen zusammen die Deutschen aus Frankreich hinauszudrängen. Es bleibt also nur der Glaube an die amerikanischen Leistungen im nächsten Jahre übrig. Wenn Clémenceau von diesen nicht überzeugt wäre, und wenn er es nicht verstanden hätte, seine Überzeugung auch dem übrigen Frankreich, das ihm jetzt weiter in den Krieg folgt, einzuimpfen, so wären weder sein Auftreten und die Übernahme der Geschäfte, noch der Erfolg, den er vorläufig gehabt hat, verständlich.

Man sagt bei uns, es sei unmöglich, daß die Amerikaner und die Entente genügend Transportmittel zur See aufbringen, um ein amerikanisches Millionenheer nach Europa zu bringen und zu versorgen. Dafür, daß es unmöglich sei, setzen sich bei uns sogar die gewichtigsten Autoritäten ein, und sie sind ohne Zweifel überzeugt, auf der Grundlage eines erschöpfenden Materials zu urteilen. Man mag aber mit soviel Nachdruck, wie man will, versichern, daß unsere Autoritäten recht haben — die Franzosen sind offenbar anderer Meinung. Sie glauben es nicht und sie berufen sich für ihren Unglauben darauf, daß man in Deutschland auch überzeugt gewesen sei, in befristeter Zeit mit Hilfe des uneingeschränkten U-Bootkrieges England niederzuzwingen, und diese Überzeugung habe getäuscht. Das ist, um das schwer erschütterte Vertrauen auf die schließliche Wendung des Krieges zugunsten der Entente wieder zu heben, ohne Zweifel ein starkes Argument, — zumal wenn dem französischen Volke gezeigt werden kann, wie große tatsächliche Vorbereitungen für die Landung amerikanischer Truppen und für ihren Transport an die Front für 1918

Digitized by Google

jetzt schon getroffen werden. Es ist nicht nötig, diese Vorbereitungen hier des Näheren zu beschreiben. Es genügt festzustellen, daß Arbeiten im größten Stile vor sich gehen, daß jeder Franzose, der in ihre Nähe kommt oder in ihrer Nähe wohnt, sie in eindrucksvoller Massenhaftigkeit vor Augen hat und daß er sich sagt: Ja, wenn das alles aufgewandt und geschaffen wird, dann müssen doch in der Tat die maßgebenden und verantwortlichen Stellen den festen Glauben an das Kommen der amerikanischen Hilfeleistung im Jahre 1918 haben! Das aber ist es, worauf es ankommt: Frankreich ist in einem Stadium, wo die ermattenden Kräfte des Volkskörpers nur noch durch die stärksten Reizmittel dazu gebracht werden können, daß sie sich neue Anspannungen zumuten lassen. Kein Mittel aber ist für einen müde werdenden Menschen oder für ein müde werdendes Volk so wirksam, wie der Anblick bedeutender Maßnahmen, die verwirklicht werden, um ihm Hilfe und Ablösung zuteil werden zu lassen.

Was für Frankreich gilt, gilt mehr oder weniger auch für England. Ein englischer liberaler Politiker, das Mitglied des Oberhauses Lord Courtney, hat im „Manchester Guardian“ vom 1. November einen offenen Brief an den deutschen Staatssekretär von Kühlmann veröffentlicht, der den Eindruck macht, als ob er ein sogenannter Friedensfühler sein könnte. Lord Courtney betont, wie alle englischen Stimmen, die Notwendigkeit, Belgien müsse wieder hergestellt werden. Er sagt, das Fehlen wichtiger, im voraus erteilter deutscher Zusagen in diesem Punkte sei vielleicht darauf zurückzuführen, daß England auch noch nicht zugesagt habe, seine Pläne des allgemeinen Handelskrieges gegen Deutschland bis über den Friedensschluß hinaus, aufzugeben. „Bei einer wirklichen Friedensannäherung muß eine solche Zurückhaltung auf beiden Seiten verschwinden und ich fahre in unserer Unterhaltung fort in der Voraussetzung, daß mit dem Frieden Belgien und die Handelsbeziehungen wieder hergestellt werden, so wie sie vor dem August 1914 bestanden.“ So heißt es bei Lord Courtney. Mit Recht ist darauf erwidert worden, das Angebot, auf die Fortsetzung des Handelskrieges als Entgelt für die Aufgabe Belgiens zu verzichten, verschiebe die wahre Sachlage. Diese sei vielmehr die, daß den Gegenwert für Belgien und Nordfrankreich die von England eroberten Gebiete im Orient und die deutschen Kolonien bilden. Lord Courtney versucht weiterhin, deutsche Zugeständnisse in der elsaß-lothringischen Frage, und sei es auch nur ein Minimum von solchen, in territorialer Beziehung zu erlangen. Man sollte sich aber hüten, die Erwähnung einer solchen Aussprache, selbst in der sicher nicht eindrucksloſen Form des Briefes eines englischen Oberhaus-Mitgliedes an den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen, höher als nötig einzuschätzen. Es bedeutet wenig, ja es bedeutet vermutlich überhaupt nichts für die gegenwärtige englische Regierung, für die Männer und die Parteien, die im Besitz der Macht sind und die den Kriegswillen haben. Lloyd George hat noch vor kurzem die Vernichtung des deutschen Handels, was nur ein anderer Ausdruck für die Vernichtung Deutschlands überhaupt ist, offen als das englische Kriegsziel hingestellt. Es war richtig und not-

Digitized by Google

wendig, daß der Reichskanzler, Graf Hertling, diese offizielle englische Regierungserklärung unterstrichen hat. Sie und was an englischen Äußerungen mit ihr in diese Richtung geht, ist für uns maßgebend, nicht was ein wohlmeinender Friedensfreund wie Lord Courtney schreibt.

Um ein geringes wichtiger als Lord Courtneys Brief kann der kurz darauf erschienene Brief Lord Lansdownes bewertet werden. Offenbar hält Lansdowne sich selbst für den kommenden Mann nach Lloyd George, und sein Brief kann so aufgefaßt werden, als ob er wünsche, sich als Friedensmacher anzukündigen. Optimisten gehen denn auch schon im Auslande so weit, zu sagen, er bedeute für den Frieden mehr als das Friedensangebot der russischen Maximalisten. Wir sind anderer Meinung. Um Lloyd George beseitigen und ein Ministerium des Friedens in England ans Ruder zu bringen, dazu gehören stärkere Leute mit stärkeren Kräften hinter sich. Lansdownes ist sicher ein Symptom, und daß er Lloyd George, dessen Stellung erschüttert ist, über kurz oder lang ersetzt, ist ja möglich — ob er aber dann imstande sein wird, eine Regierung des Friedens zu bilden, ist sehr fraglich. Solange England beim Kriegswillen bleibt, ist Lloyd George für uns der Zensor aller möglichen englischen Regenten. Er repräsentiert das unanständige, schlechte England und wirkt sowohl auf die Neutralen als auch auf unsere allzu freudigen Friedensoptimisten als das was er ist: der friedensverscheuchende, blutige Boxer und Gewaltmensch. Mit einem England, das auch unter einer Regierung Lansdownes vielleicht doch noch nicht moralisch reif geworden wäre, den Krieg zu beenden, aber ihn immerhin anständiger führen würde als unter Lloyd George, wäre der Krieg für uns schwieriger. Daher verstehe es sich nicht recht, weshalb der Staatssekretär v. Kühlmann merklichen Wert auf den Lansdowneschen Brief gelegt hat. So weit, wie es danach scheinen könnte, sind gerade in England die Dinge noch nicht.

Englands kaufmännisches Gewissen

Von Prof. Dr. Philipp Stein

Die Briten sind gute Geschäftsleute, vielleicht muß man hinzusetzen — gewesen. Zu Anfang des Krieges konnte man daher annehmen, und kluge Kenner der Briten haben es auch getan, sie würden den Weltkrieg nach Art eines Großkaufmanns, der seinen aufkommenden Konkurrenten aus dem Feld schlagen will, führen und etwa folgendermaßen rechnen: Mein Geschäftskapital beträgt soundso viel. Dazu kommt an offenen und stillen Rücklagen soundso viel. Davon kann ich in den Kampf gegen diesen bösartigen gefährlichen Konkurrenten Deutschland 25 Proz. hineinstecken, habe ich ihn dann noch nicht untergekriegt, dann geht's an das für die eigene Erhaltung notwendige Kapital, und es wird Zeit, sich mit ihm in den Markt zu teilen, sich mit ihm billig zu verständigen.

Digitized by Google

Britanniens Regierung, der Vorstand des Syndikats Britisches Weltreich G. m. b. H. rechnet heute nicht mehr. Aber sein Revisionsbeamter, den er als guter und großer Kaufmann — nur der Krämer scheut sich vor der Revision und scheut die Revisionsausgaben — eingesetzt und mit ausgezeichneten Hilfskräften und Einrichtungen ausgestattet hat, rechnet noch. Es ist dies der „Economist". Leider haben wir in Deutschland zwar eine Zeitschrift gleichen Namens, doch von ungleich geringerem Wert und Einfluß. Ein solches kaufmännisches Gewissen täte auch uns not und gut.

Der „Economist" hatte von Kriegsbeginn an den Mut der eigenen Meinung. Seitdem sein friedensfreundlicher Herausgeber gewaltsam entfernt worden ist, hat sich sein Widerstand gegen die Kriegspolitik der Regierung zwar abgeschwächt, sein kaufmännisches Gewissen und sein Feingefühl für gute oder schlechte Bilanzen sind ihm aber geblieben, wie die nachfolgende Satire beweist.

Am 30. Oktober hatte Bonar Law einen Nachtragskredit von 400 Millionen £ beantragt. In seiner begründeten Rede hatte er ausgeführt, daß davon 179 Millionen £ nicht als Ausgaben zu betrachten seien, da sie sich aus Darlehen an Bundesgenossen, aus Vorschüssen an die Kolonien oder für den Ankauf von Rohstoffen und Lebensmitteln zusammensetzten.

Schon in seiner Nummer vom 3. November hatte der „Economist" bezweifelt, daß diese Grundsätze einer gesunden kaufmännischen Bilanzierung entsprächen. Er schrieb damals abschließend, „kein Bücherrevisor, der etwas auf sich hält, würde geneigt sein, die Behauptung des Schatzsekretärs ohne eine Einschränkung anzuerkennen."

In seiner Nummer vom 10. November führt er dieses Bild weiter aus. Er läßt einen Bankdirektor und einen Bücherrevisor auftreten. Als „faule Schuldner" erscheinen in stummen Rollen die Firmen X. Y. Z. & Co., U. V. W. & Co. und schließlich R. St. & Co. Bei der großen Reihe zahlungsunfähiger Schuldner Britanniens hat der Leser die Qual der Wahl, welchen der Verbündeten er sich darunter vorstellen soll. Verhältnismäßig einfach ist die Lösung für R. St. & Co., hinter dem Rußland sich versteckt. U. V. W. & Co. soll wohl Belgien bezeichnen, da liebenswürdigerweise auf Deutschland als auf die Räuberbande, die das Eigentum dieses Schuldners genommen hat und noch im Besitz hält, hingewiesen ist. Für X. Y. Z. & Co. bieten sich Frankreich, Serbien, Rumänien und neuestens Italien zur Auswahl an.

Und nun sei Bonar Law als Bankdirektor und dem „Economist" als Bücherrevisor selbst das Wort gegeben.

„Ich bemerke," sagte der Bücherrevisor, „daß zwischen 30—50 % Ihrer Aktiva aus ausgeliehenen Geldern bestehen. Ich nehme an, daß Sie sich in jedem Falle von deren Vollwertigkeit überzeugt haben, denn Sie haben keine Rückstellungen für schlechte Schulden oder überfällige Zahlungen gemacht."

„Wir sind sie sorgfältig durchgegangen", antwortete der Bankdirektor, „und haben uns über-

Digitized by Google

zeugt, daß die Bewertung eine vorsichtige war. In keinem Falle haben wir die Papiere höher als mit dem Pariwerte eingesetzt."

„Lassen Sie mich die Posten einzeln durchgehen.

Ich sehe, Sie haben 50000 an X. Y. Z. & Co. geliehen, das sind ja wohl die Leute, deren Hauptfabrik abbrannte, wobei es sich herausstellte, daß sie nicht versichert waren. Viele ihrer besten Arbeiter kamen bei diesem Unglück um und seitdem hat die Firma meist von geliehenen Geldern gelebt. Das sind doch die Leute, denen Sie Vorschüsse gegeben haben?"

„Sie haben zweifelsohne mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt," antwortete der Bankdirektor.

„Einige der anderen Gläubiger haben meines Wissens voreingetragene Sicherheiten auf das Grundstück erhalten. Zählen Sie zu den gedeckten Gläubigern?"

„Nein."

„Dann kommen Sie also hinter einer großen Anzahl anderer, welche seit Jahren der Firma Geld geliehen haben und trotzdem setzten Sie das Darlehen in Ihre Aktiven mit dem vollen Betrage ein?"

„So ist es."

„Nun, jetzt kommen wir zu U. V. W. & Co., diesen haben Sie," fuhr der Revisor fort, „wie Sie sehen, rund 50000 geliehen. Sind das nicht die Leute, deren Eigentum vor 1 oder 2 Jahren von einer Räuberbande, welche noch im Besitze sich befindet, genommen wurde?"

„Jawohl, das ist die Firma."

„Und seitdem war sie natürlich gezwungen, von Ihren Freunden, von denen Sie wohl der mächtigste sind, zu leihen. Sind die Zinsen bezahlt worden?"

„Nun," antwortete der Bankdirektor, „sie haben ja wohl Zinsen bezahlt, aber offen gestanden, wurden diese neuen Anleihen entnommen."

„Aha, ich darf dann wohl annehmen, daß, bis sie ihr Eigentum wiederbekommen und den Schaden ausbessern werden — was allerlei Geld kosten wird und zu welchem Zwecke sie ziemlich stark werden borgen müssen — wenig Aussicht auf Zahlung der Zinsen oder Rückzahlung des Kapitals besteht. Gibt es andere Gläubiger, welche vor Ihnen stehen?"

„Jawohl," sagte der Bankdirektor, „meines Wissens ja."

„Und wie haben Sie Ihr Darlehen in Ihrer Bilanz angenommen? Zum vollen Wert? dann sind Sie allerdings ein Optimist. — Und wie steht es mit dieser anderen Firma R. St. & Co.? Ist das nicht die Firma, wo die Teilhaber untereinander einen großen, heute noch nicht beigelegten Krach hatten?"

„Es hat gewisse Reibungen gegeben," gestand der Banddirektor.

„Ich sehe, Sie haben der Firma eine ganze Menge Geld geliehen, fast 70000. Soviel ich höre, haben die Teilhaber untereinander große Streitigkeiten, und die Arbeiter streiken einen großen Teil des Jahres, die Erzeugung ist zurückgegangen und die Schulden der Firma steigen ständig. — Sie hatte immer eine große Anzahl auf Obligationen aufgenommen, so daß Sie naturgemäß hinter den Anleiheinhabern stehen. Wie ist heute der Kurs für die Obligationen?"

„Ich glaube, zwischen 60 und 70," antwortete der Bankdirektor.

„Und wie nehmen Sie nun in Ihrer Bilanz Ihr Darlehen an? Zum vollen Wert? Donnerwetter, wieder voller Wert? Ein bemerkenswerter Optimismus. — Nun, wie steht es mit Ihren Warenbeständen," fuhr der Revisor fort, „Sie haben ganz beträchtliche Bestände und setzen sie alle zum Einkaufspreise, wenn nicht gar höher ein. Sind nun alle diese Waren zur Hand, so daß sie sofort verkauft werden könnten?"

„Nun, natürlich gibt es gewisse Schwierigkeiten," sagte der Bankdirektor, „z. B. die Ver-

Digitized by Google

schiffungsgelegenheit. Es ist uns nicht immer möglich, die Ware gerade dann an den Markt zu bringen, wenn wir es möchten."

„Vermutlich nicht! Haben Sie nun kürzlich tatsächlich Verluste auf Ihre Warenbestände erlitten? Z. B. auf irgendwelche Artikel, die Sie nicht verladen konnten und bei denen dann eine Wertverminderung eintrat, ehe sie nach hier gebracht werden konnten?"

„Wir hatten allerdings mit einigen Partien Schwierigkeiten," gab der Bankdirektor zu. „Da war z. B. ein großer Einkauf in Australien und die Ware verdarb, ehe sie verschifft werden konnte."

„Und angesichts dieser Erfahrungen setzen Sie immer noch Ihre Warenbestände zum Einkaufspreis oder gar höher an und beabsichtigen 10% Dividende zu verteilen?"

„Zweifelsohne."

„Und Sie wünschen, daß ich Ihnen eine Bescheinigung ausstelle?" fragte der Bücherrevisor.

„Allerdings."

„Nun, ich glaube, ich kann Ihnen eine geben."

„Gott sei Dank," murmelte der Bankdirektor, der sich die Stirn wischte, „ich danke Ihnen, geehrter Herr, ich danke Ihnen tausendmal."

Der Revisor nahm seine Feder und schrieb:

„Mit der Einschränkung, daß obige Bilanz nach den Grundsätzen, welche Mister Bonar Law in seiner Budgetrede, gehalten im Parlament am 30. Oktober, aufgestellt hat, sich richtet, ist sie ordnungsgemäß aufgestellt und gibt ein wahrheitsgetreues und richtiges Bild des Standes der Gesellschaft laut deren Büchern."

Das Auslanddeutschtum und die Inlandschule

Von Erwin Hübbe, Hamburg

Den Verein für das Deutschtum im Auslande beschäftigen seit einem Jahre zwei durch den Krieg akut gewordene Sorgen. Die erste heißt: Das Ausland kennt Deutschland nicht; die zweite: Die Deutschen kennen das Ausland nicht. Diesem Zustande wollte ein Antrag der Ortsgruppe Hamburg in der Hauptversammlung des Vereins zu Jena am 25. Juni 1916 ein Ende machen. Der Antrag forderte die Einsetzung eines Ausschusses, der ein für die Auslandschulen bestimmtes Lehrbuch der deutschen Geschichte und ein für die Inlandschulen bestimmtes Lehrbuch des Deutschtums im Auslande schaffen sollte. Der Ausschuß, kurz Schulausschuß genannt, trat ins Leben und hielt schon am 30. Juni seine erste Sitzung in Berlin. Dort erfuhren die ihm von der Hauptversammlung mitgegebenen Pläne eine weitgehende, zum Teil ablehnende, zum Teil weiterführende Veränderung.

Es läßt sich nicht leugnen, daß ein Lehrbuch der deutschen Geschichte oder richtiger der Weltgeschichte mit deutschem Einschlag eine dringende Notwendigkeit für das Ausland ist, wenn anders Deutschland von ihm verstanden werden soll. Bis jetzt ist das Ausland im großen und ganzen mit Geschichtsbüchern überschwemmt, die ihre Verfasser in Frankreich haben, wie ja das Ausland zumeist und das romanische vollständig seine Gesambildung aus Paris holt. Natürlich gelten in ihnen England und

Digitized by Google

Frankreich als die Angeln der Welt, England als der Machtfaktor, Frankreich als das Kulturzentrum; von dem Bestehen Deutschlands hingegen nimmt man wohl Kenntnis, aber selbst die Hauptdaten seiner Geschichte werden verschwiegen, seine Bedeutung in den einzelnen Epochen der Geschichte wird teils unterschlagen, teils gefälscht. So muß ja der Ausländer ein ganz falsches Bild von Deutschland gewinnen, muß ihm fern bleiben, muß seine Arbeit und seinen Wert unterschätzen.

Das deutsche Schwert ändert darin nicht das geringste; es ist gegen diese Taktik unserer Feinde völlig stumpf. Dieser Kampf muß geistig ausgefochten werden. Und dennoch lehnte der Schulausschuß die Schaffung des beantragten Geschichtsbuches ab, weil dieser Weg als ungangbar erkannt wurde. Wie die noch immer wachsenden Kriegserklärungen zeigen, will nämlich das Ausland gar keine Belehrung. Seine Sympathien gehören naturgemäß aus langer Gewohnheit (denn was war Deutschland bei der Besiedelung des Auslandes?) dem älteren Kulturlande Frankreich. Das einzig Erreichbare an direkter Beeinflussung wird folgendes sein: Es soll nach dem Kriege eine Durchsicht der bestehenden ausländischen Geschichtsbücher vorgenommen und, wenn nicht anders, auf diplomatischem Wege die Abstellung der gröbsten Irrtümer und Fälschungen verlangt werden. Dazu werden dann auch geschickt geschriebene Artikel in der angesehenen Auslandpresse nicht ungelesen und nicht unbeachtet bleiben.

Eine indirekte Beeinflussung des Auslandes ist nicht ohne Erfolg schon durch die Austauschprofessoren versucht worden. Vielleicht läßt sich dies System erweitern, z. B. durch Redner, die mit Hilfe des Auslanddeutschtums mit dem Gesamtauslande in Verbindung treten. Es muß eine Aufgabe der interessierten Kreise nach dem Kriege sein, solche Persönlichkeiten planmäßig auszusenden. Sie gewinnen den Ausländer, weil sie nicht schulmeisterlich belehren, sondern durch den persönlichen Umgang auf ihn wirken; sie vermitteln zwar keine erschöpfenden Kenntnisse, aber sie bauen eine Brücke hinüber und herüber; und das ist es, was wir zunächst wollen.

So wichtig wie dieser Gedanke auch ist, dem Auslande die Kenntnis des Deutschtums zu vermitteln, so schwierig und so gänzlich ausgeschlossen ist seine Durchführung, wie ja auch schon der vorige Abschnitt zeigte, ohne die Wirkung auf den Deutschen selber, sei es im Auslande oder im Inlande. Auf den Auslanddeutschen wird im deutsch-völkischen Sinne durch die deutsche Auslandkirche und Schule gewirkt; gerade der Verein für das Deutschtum im Auslande hat ja an seiner Stelle Hervorragendes darin durch seine großzügige Unterstützungsarbeit geleistet, und er wird nicht verfehlen, mit demselben Eifer fortzufahren. Aber eins fehlt noch: der Inländer muß zum Auslanddeutschtum persönlich Stellung nehmen und mit seiner Hilfe das Ausland sehen lernen. Der Deutsche hat bisher die fremden Völker nicht verstanden. Es ist erstaunlich, wie groß die Unkenntnis des Auslandes bei uns Deutschen ist. Nur so erklärt sich das Gebahren vieler, die teils den Ausländer verhimmeln, teils ihn verspotten. Das wäre nicht der Fall, wenn wir das Ausland wirklich kenn-

Digitized by Google

ten, und zwar möglichst schon von früh auf, bevor wir mit dem Auslande selber in Berührung kommen; denn dann ist es meistens zu spät. Sollen wir nun aber das Ausland richtig einschätzen in seinem Verhältnis zum deutschen Wesen, so lernen wir das am besten und eindrucksvollsten an der Geschichte des Deutschtums im Auslande.

Zwar sind die 30 Millionen Auslanddeutschen in alle-Welt zerstreut und zum größten Teil in zusammenhanglose Partikel auseinandergerissen; aber es gibt doch überall Deutsche, die als Einzelpersonen so hervorgeragt haben oder gar dem Gastlande so große Dienste erwiesen haben, daß sie Zeugen des Deutschtums in der Fremde geworden sind, und daß ihre Gestalten wohl späteren deutschen Generationen als Richtschnur in der Fremde dienen können (Karl Schurz, v. Steuben, v. Koseritz u. a.). Die Zahl solcher Auslanddeutschen, die der Vergessenheit zu Nutz und Frommen der Nachfahren entrissen werden müssen, ist groß, und ihre Lebensbeschreibung mag wohl eine gute Geschichte von Auslanddeutschtum in der Zerstreuung geben.

Noch viel eindrucksvoller aber wird eine Geschichte geschlossener deutscher Siedelungen werden, wie wir sie von Deutschland politisch abhängig in unseren Kolonien, mit Deutschland als Vaterlandverbanden in Brasilien, Argentinien und Chile, von Deutschland unabhängig in der Schweiz, in Österreich, in den Ostseeprovinzen u. a. a. O. haben.

Dieser Geschichte muß sich nebenordnen eine erdkundliche statistische Darstellung des Auslanddeutschtums, die auch jene kleinen Enklaven umfaßt, die für eine „Geschichte" zu winzig sind. Sie soll eine Übersicht von dem Stand und der Verteilung des Auslanddeutschtums geben.

Diese Wünsche sollen auf zweierlei Weise Verwirklichung finden. Vor allem muß auf die Regierungen gewirkt werden, daß sie das Auslanddeutschtum im Lehrplan ihrer Schulen berücksichtigen, und zwar in folgenden Fächern: Deutsch, Geschichte, Erdkunde und Religion. Mit großer Freude ist da der jüngste Erlaß des preußischen Kultusministers zu begrüßen, der in der Behandlung der Kirchengeschichte die Diasporakunde fordert. Entsprechende Eingaben sind bereits an alle Unterrichtsverwaltungen des Deutschen Reiches gemacht.

Weiter will sich der Schulausschuß durch Schaffung eines umfassenden Werkes darum bemühen, dem Lehrer das nötige Material in die Hand zu geben. Das kann natürlich erst nach Kriegsende geschehen, wenn die zur Sammlung der Grundlagen mit dem Auslande nötige Verbindung wieder offen ist und die Entwicklung des Auslanddeutschtums wieder eine gerade Richtung angenommen hat. Die Vorarbeiten dazu werden aber schon jetzt mit Nachdruck betrieben.

Das genügt indessen nicht. Es muß und kann gerade während der Kriegszeit mehr geschehen, durch Wort und Schrift, durch Vorträge und Verbreitung geeigneter Bücher über die Schicksale des Auslanddeutschtums während des Krieges. Mit Vor-

Digitized by Google

trägen in den Schulen vor Schülern und Eltern hat man in Hamburg schon begonnen und großen Widerhall in der Bevölkerung gefunden, auch die warme Anerkennung der Behörde erzielt. Es besteht der Wunsch, diese Vortragstätigkeit auf ganz Deutschland auszudehnen, und Mittel und Wege dazu werden eifrig gesucht. Schon jetzt ist der Verein für das Deutschtum in Berlin, Kurfürstenstraße 105, in der Lage und bereit, Redner all den Schulen und Vereinen nachzuweisen, die sie wünschen; hoffentlich wird man bald durch einen umfassenden Plan jeder Schule die Möglichkeit und die Gelegenheit, von diesem Anerbieten Gebrauch zu machen, erleichtern können.

Diese Vorträge können natürlich nicht ein umfassendes Bild des Auslanddeutschtums zeichnen, sie sollen es auch nicht. Sie sollen lediglich ein scharf abgegrenztes Stück in möglichst konkreter Anschaulichkeit den jeweiligen Hörern vor Augen malen, ihre Begeisterung entflammen, das Zusammengehörigkeitsgefühl von draußen und drinnen in ihnen wecken und den Boden für gründlichere Unterweisung bereiten. Damit wird natürlich Hand in Hand gehen die Verbreitung zuverlässiger und ansprechender Fachliteratur, an deren Besorgung der Schulausschuß seine ganze Kraft setzt; soll sie doch den Eindruck der Vorträge nachhaltiger machen.

Das ist in großen Zügen das Programm des Schulausschusses. Die Wirkung auf das Ausland tritt naturgemäß vorläufig ganz zurück, im Inland soll desto mehr geschafft werden.

Von den Vorträgen und der damit verbundenen Schriftenverbreitung erhofft man, wenn sie im Volk Widerhall finden, den Entschluß der Unterrichtsverwaltungen, dem Auslanddeutschtum eine feste nicht zu nebensächliche Stellung im Lehrplan zu geben, und die Freudigkeit der Lehrer, den Schülern diesen so dankbaren Stoff zu vermitteln. Dann aber wird durch die Tätigkeit der Schule und des Vereins für das Deutschtum im Auslande die deutsche Jugend Verständnis für das Auslanddeutschtum und auch für das Ausland im allgemeinen gewinnen und damit einen weiteren Gesichtskreis sich erwerben, ja noch mehr. Sie wird gut vorbereitet sein, wenn sie einmal selber ins Ausland geht oder sonst mit ihm in Verbindung tritt; sie wird draußen weder ihr Deutschtum verleugnen, noch in protziger Großsprecherei das Gastland vor den Kopf stoßen; sie wird vor den verderblichen Mischehen sich hüten und doch in freier Liebenswürdigkeit die edlen Seiten der fremden Bevölkerung sich zu eigen machen. Sollen wir eine Führerrolle in der Welt übernehmen, so kann nur innere Fähigkeit uns ihrer würdig machen. Auch das Auslanddeutschtum in der Zerstreuung wird dadurch gewinnen; es wird einen Zuwachs aus der Heimat erhalten, der im Deutschtum fest gegründet ist und bewußt für seinen Zusammenschluß, seine Ausbreitung und sein inneres Wachstum eintritt. Kirche, Schule und alle Geisteskultur werden in jeder Beziehung durch ihn gehoben werden.

Auch das geschlossene Deutschtum anderer Nationen, das österreichische, schweize-

Digitized by Google

rische, russische, vlämische usw. wird aufhorchen und gerne in die Gemeinschaft treten, die rein völkisch-geistig und nicht im geringsten politisch arbeitet. Der alldeutsche Gedanke der politischen Suprematie oder der nationalen Vergewaltigung wird ausdrücklich abgelehnt; er ließe sich auf diese Weise auch gar nicht verwirklichen, weil die Ziele des Vereins für das Deutschtum im Auslande nur sich gründen können auf die vorhandene Einheit des deutschen Wesens, während politische Tendenzen nach jeder Seite hin eine andere Färbung annehmen müßten. Lokal ist der deutsche, ja der germanische Wesenszusammenschluß schon vielfach erreicht. Wo im Auslande ein Zentrum deutschen Lebens auf den genannten Gebieten und in den geselligen Klubs entstanden ist, da schließen sich wie selbstverständlich die Deutschösterreicher, Deutschschweizer, ja auch ebenso selbstverständlich die Holländer, Dänen, Norweger und Schweden an, selbst wenn sie die deutsche Sprache nur gebrochen beherrschen. Sollte sich wirklich nicht durch fleißige großzügige Arbeit im genannten Sinne diese lokal so selbstverständliche Erscheinung bis zu einem gewissen Grade verallgemeinern lassen? —

Möge dem Schulausschuß seine hohe Aufgabe gelingen! Möge die deutsche Schule vor allem ihm entgegenkommen und zu eigenem Frommen das annehmen, was ihr angeboten wird! Möge unser deutsches Volk tüchtig und geschickt werden zur Führerrolle in der Welt! Möge sich ohne Mißtrauen unter voller Ausnutzung aller Kräfte das von Ernst Moritz Arndts Seherauge geschaute größere Deutschland zusammenfinden und ein Segen werden in der Welt!

Aufstieg der Begabten, Bevölkerungspolitik und technische Gestaltung der Kultur

Von Rudolf Eucken

Das Problem, das uns hier vorschwebt, ist allgemeiner Art, den neuesten Anlaß, es aufzunehmen, bildet aber die vor kurzem erschienene „Ordnung der Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen“[1]. Manche Wünsche kamen dieser Neuordnung entgegen, namentlich der, die Bildung der höheren Lehrer in eine engere Beziehung zum gegenwärtigen Stande der Wissenschaft zu bringen, ferner der, das gegenseitige Verhältnis der einzelnen Prüfungsfächer zweckmäßiger zu gestalten, endlich der, für die pädagogische Ausbildung der künftigen Lehrer gründlichere Sorge zu tragen, als bis dahin geschah. Alle diese Wünsche hat die neue Ordnung in so vortrefflicher Weise erfüllt, daß sie vollste Anerkennung verdient. Durchgängig sind die Anforderungen in den einzelnen Fächern in echt wissenschaftlichem Geiste gehalten und gegen die bisherige Fassung vertieft; die gesamte Prüfung wird ferner dadurch gehoben, daß künftig ein Bestehen in zwei Lehrgegenständen als Hauptfächern, nicht nur wie bisher in

[1] Berlin 1917. J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger.

Digitized by Google

einem, gefordert wird. Auch in der näheren Gestaltung findet sich hier manche zweckmäßige Einrichtung, so z. B. die Einführung von „Zusatzfächern"; auch der Wegfall der bisher allgemein verbindlichen Prüfung in Religion und in deutscher Literatur ist als Aufhebung einer unnützen Beschwerung lebhaft zu begrüßen; es bleibt als ein allen auferlegtes Fach nur die Philosophie, und es werden für deren Behandlung umsichtige Vorschriften gegeben. Die Hauptänderung aber liegt in der Einführung einer besonderen pädagogischen Prüfung, die nach einer zweijährigen praktischen Vorbereitung der Kandidaten unter der Leitung bewährter Schulmännner und unter der Aufsicht des Provinzialschulkollegiums erfolgen soll. Am Schluß jener Vorbereitungszeit hat der Kandidat an der Schule, der er zu seiner Ausbildung zuletzt überwiesen war, eine pädagogische Prüfung abzulegen, die aus einer Hausarbeit besteht, deren Gegenstand der Kandidat sich selbst wählen kann, aus einer oder zwei Lehrproben und aus einer mündlichen Prüfung. Offenbar gelangt durch diese Einrichtung die pädagogische Seite der Ausbildung der Lehrer zu größerer Selbständigkeit als bisher. Natürlich wird bei einem so verzweigten Bau, wie ihn eine derartige Prüfungsordnung darstellt, der eine dieses, der andere jenes anders wünschen, aber niemand wird verkennen, daß sie eine wohltuende Verbindung von wissenschaftlichem Geist und geschickter Fürsorge für die Praxis enthält; auch erscheint den Kandidaten gegenüber eine humane Denkweise, z. B. darin, daß bei Nichtbestehen eines einzelnen Faches in der wissenschaftlichen Prüfung nicht mehr wie bisher die gesamte Prüfung für nichtbestanden erklärt, sondern eine Nachholung der noch fehlenden Teile innerhalb eines Jahres gestattet wird. Kurz, man kann von der Sache aus sich mit dieser Prüfungsordnung nur zufrieden erklären; da sie für alle künftigen Lehrer an höhern Schulen gilt, und da sie voraussichtlich nach dem Vorgange Preußens in den meisten Bundesstaaten ohne wesentliche Änderung eingeführt werden wird, so liegt hier ohne Zweifel ein wichtiger Schritt der gemeinsamen Kulturpolitik vor.

Aber — es muß leider doch ein Aber kommen — ein Aber wird unvermeidlich, sobald wir uns auf den Standort der jungen Männer versetzen, denen jener Bildungsgang vorgezeichnet wird. Eine bedeutende Erschwerung und zugleich Verlangsamung jener Laufbahn ist unverkennbar. Die Erschwerung betrifft zunächst die wissenschaftliche Prüfung, indem nicht nur jedes einzelne Fach weit größere Anforderungen stellt — man vergleiche z. B. nur die neuen Anforderungen in der Geographie mit den bis dahin gültigen —, sondern auch der Befähigungsnachweis statt in einem wie bisher künftig in zwei Hauptfächern verlangt wird. Die Erleichterung durch den Wegfall von Religion und deutscher Literatur als allgemeinbildender Fächer kommt gegen solche Vertiefung und Erschwerung des Hauptstudiums bei weitem nicht auf. Die Erschwerung wird von der Prüfungsordnung selbst dadurch anerkannt, daß künftig für die Zulassung ein mindestens vierjähriges Universitätsstudium statt des bisherigen dreijährigen gefordert wird. Wie in Wirklichkeit diese Mindestzahl durchgängig

Digitized by Google

erheblich überschritten zu werden pflegte, so wird es auch in Zukunft der Fall sein, um so mehr da die Lehramtskandidaten meist auch während der Studienzeit die philosophische Doktorwürde erwerben und dafür eine größere „druckwürdige" wissenschaftliche Arbeit zu liefern haben. Fünf bis sechs Jahre werden in Zukunft knapp reichen. Dazu kommt nun das Selbständigwerden der pädagogischen Prüfung. Insofern freilich bringt das keine Erschwerung, als auch bisher zwei Jahre auf den Vorbereitungsdienst verwandt werden sollten, aber durch die Einsetzung einer besonderen Prüfung wird diese Seite unverkennbar verstärkt und dem Kandidaten mehr Arbeit dafür auferlegt; noch weniger als bisher wird voraussichtlich eine Abkürzung dieser Vorbereitungszeit zugunsten einer früheren Anstellung stattfinden können. Rechnen wir nun zusammen: 5—6 Jahre wissenschaftliches Studium, 2 Jahre Vorbereitung, 1 Jahr Militärdienst, macht 8—9 Jahre, und was hat man erworben, wenn alles glücklich geleistet ist? Ein Zeugnis über seine Anstellungsfähigkeit, keineswegs aber eine Gewißheit seiner Anstellung, die ja in Wahrheit bei dem starken Wechsel der Verhältnisse von den leitenden Behörden unmöglich verbürgt werden kann.

Was in solcher Erschwerung und Verlangsamung der Laufbahn an Gefahren liegt, das muß eine Zeit besonders stark empfinden, welcher der Aufstieg der Begabten aus allen Volksklassen mit Recht so sehr am Herzen liegt, und welche von der Bevölkerungspolitik aus so sehr ein frühes Heiraten der jungen Männer wünschen muß. Wird die neue Einrichtung mit ihrer Steigerung der finanziellen Ansprüche nicht dahin wirken, minder Wohlhabende von dieser Laufbahn abzuschrecken? Und werden die höheren Lehrer nicht künftig noch später zum Heiraten gelangen als jetzt? Solche Fragen aufzunehmen lag einer Prüfungsordnung fern, immerhin hätten wir gern ausdrücklich bestimmt gefunden, daß, wenn die Kandidaten während des Vorbereitungsdienstes selbständigen Unterricht geben, sie dafür stets eine angemessene Entschädigung erhalten werden, und gern hätten wir die Bestimmung vermißt, daß der Kandidat bei der Meldung zur Vorbereitungszeit einen „amtlich beglaubigten Nachweis" zu liefern habe, daß er imstande sei, die Kosten für den Unterhalt während der Zeit der praktischen Ausbildung zu tragen. Dieser Nachweis ist in einem Zeitpunkt zu liefern, wo der Kandidat sein wissenschaftliches Studium und seine Militärjahre hinter sich hat, also die zur Verfügung stehenden Mittel der Familie wohl oft erschöpft sind; man hätte von ihm wohl um so mehr absehen können, da die Lebensbedürfnisse der jungen Männer sehr verschieden sind, und sich auch durch Privatunterricht, Korrekturen für Verlagsbuchhandlungen usw. vielfache Gelegenheit zur Ergänzung der eignen Mittel bietet.

Doch wir möchten an dem in Anlage und Ausführung hervorragend tüchtigen Werke nicht im einzelnen mäkeln, wir möchten nur von hier aus auf ein Problem nachdrücklich hinweisen, das weit über das besondere Fach hinaus durch das ganze moderne Leben geht: das ist der schroffe Widerspruch zwischen den Forderungen tech-

Digitized by Google

nisch gesteigerter Kulturarbeit und dem Befinden des Menschen; Objekt und Subjekt geraten hier in einen peinlichen Zwiespalt. Auf allen Gebieten zwingt uns der Stand der Arbeit zur Erhöhung der Anforderungen, immer mehr wird dem Menschen zugemutet, immer schwerer ihm der Weg zur Höhe gemacht; es läßt sich demnach ganz wohl von einem aristokratischen Zuge der Kulturbewegung sprechen. Auf der Seite des Menschen dagegen überwiegt, wie wir wissen, entschieden der demokratische Zug, wir möchten möglichst viele in die geistige Bewegung hineinziehen, und wir möchten die einzelnen möglichst früh zu eigner Arbeit bringen, sie auch wirtschaftlich selbständig machen und zur Begründung eines eignen Haushalts befähigen, das keineswegs allein ihrer selber wegen, sondern vornehm ich um frisches Blut in das Ganze des Lebens zu bringen und um ein Greisenhaftwerden der Kultur zu verhüten, wogegen alle technische Tüchtigkeit sie keineswegs genügend schützt.

Hier liegt ein ebenso wichtiges wie schwieriges Problem vor, das unbedingt mehr in den Vordergrund treten muß, wenn wir nicht, indem wir die eine Aufgabe fördern, einer anderen nicht minder wichtigen direkt entgegenarbeiten wollen. Es läßt sich hier gewiß manches tun, aber die Sache ist zu verwickelt und greift viel zu tief in unsere Gesamtlage zurück, um sich mit einigen Worten streifen zu lassen; so möchten wir uns hier darauf beschränken, diese Frage allgemeiner Erörterung zu empfehlen.

„Psychologie der Massen“

Von Herbert Peiser

Diesen Titel führt ein von einem Franzosen stammendes Buch[1], das leider wenig bekannt ist, dessen Durcharbeitung aber allen denen dringend ans Herz gelegt sei, die bei uns berufen sind, die öffentliche Meinung, vor allem die bei unseren Gegnern, zu beeinflussen. In einem viel beachteten Vortrage hat Herr Dr. Paul Rohrbach jüngst darauf hingewiesen, wie mangelhaft in bezug auf solche Beeinflussung unsere Kriegführung — er nennt es treffend unsere moralische Offensive — ist. Leider muß man sagen, daß diese Kunst bei unseren führenden Männern noch in den Kinderschuhen steckt. Man darf es schon als einen Gewinn ansehen, daß die Notwendigkeit, die Masse zu beeinflussen, langsam begriffen zu werden anfängt. Sollte es zum Lernen schon zu spät sein? Diese Frage drängt sich einem auf, wenn man sieht, wie ahnungslos man bei uns den Gesetzen gegenübersteht, durch die die Massen zu bewegen sind. Unsere bisherigen Verfahren versagen; darüber wundert man sich! Sie müssen versagen, denn die Seele der Masse folgt bestimmten Gesetzen und gegen diese Gesetze verstoßen wir bei fast jeder Gelegenheit. Geniale Männer, die intuitiv diese Gesetze erfassen und nach ihnen handeln, lassen sich nicht hervorzaubern, aber an die Stelle

[1] „Psychologie der Massen“ von Gustave Le Bon, deutsch von Dr. Rudolf Eisler, Leipzig. Verlag Dr. Werner Klinkhardt.

Digitized by Google

der Genialität kann Erlernen und Wissen treten, muß es treten, denn ohne Beeinflussung der Massen, der öffentlichen Meinung, können wir diesen Krieg nicht gewinnen.

Das oben angeführte Buch von Le Bon bietet eine Fülle von Gesichtspunkten und von Tatsachen, die jeder kennen müßte, der es unternimmt, öffentliche Meinung beeinflussen zu wollen. Einige Hauptgedanken des kleinen Werkes seien in zwangloser Zusammenstellung nachstehend wiedergegeben, soweit sie in den Rahmen dieser Darstellung gehören. Natürlich kann ein solcher Auszug niemals das Lesen des Buches selbst ersetzen, das einen ernsten Versuch macht, die Psychologie der Massen wissenschaftlich zu erfassen. Die meisten der Sätze sind wörtlich oder fast wörtlich herübergenommen; wenn sie als Zitate im einzelnen nicht kenntlich gemacht sind, so geschieht dies, um das Lesen des Artikels nicht zu unübersichtlich zu gestalten.

Der Verfasser prägt den Ausdruck der psychologischen Masse und versteht darunter eine Menge von Einzelpersönlichkeiten, deren Gefühle und Gedanken nach einer bestimmten Richtung eingestellt sind Sie bildet dann ein einziges Wesen, das dem Gesetze der geistigen Einheit der Massen unterliegt. Die bewußte Persönlichkeit schwindet: dafür erwirbt die Masse gewisse bestimmbare allgemeine Merkmale, die einer Untersuchung durchaus zugängig sind.

Das sonderbarste an der psychologischen Masse ist dies: Welcher Art auch die sie zusammensetzenden Einzelpersönlichkeiten sein mögen, wie ähnlich oder unähnlich ihre Lebensweise, Beschäftigung, ihr Charakter oder ihre Begabung ist, durch den bloßen Umstand der Umformung zur Masse besitzen sie eine Art Massenseele, vermöge deren sie in ganz anderer Weise fühlen, denken und handeln als jeder von ihnen für sich fühlen, denken und handeln würde. Das Beobachtungsvermögen und der kritische Geist eines jeden schwindet sofort; mögen sie selbst hervorragende Gelehrte sein, so nehmen sie insgesamt in allem, was außerhalb ihres Faches ist, alle Massenmerkmale an. Ähnlich wie beim einzelnen stellt bei der Masse das bewußte Geistesleben nur einen geringen Teil neben dem unbewußten Seelenleben dar. Gerade die allgemeinen, den normalen Individuen der Masse zugehörigen Charaktereigenschaften aber wurzeln im Unbewußten; daher kommt es, daß sich die gewöhnlichen Eigenschaften in der Masse vergemeinschaftlichen, während die geistigen Fähigkeiten des einzelnen sich verwischen und verschwinden. Deshalb werden die Massen niemals Handlungen ausführen können, zu denen eine besondere Begabung gehört. Es ist die Dummheit, nicht der Geist, was sich in den Massen aufspeichert.

Die Hauptmerkmale des in der Masse befindlichen Individuums sind demnach: Schwund der bewußten Persönlichkeit, Vorherrschaft der unbewußten Persönlichkeit, Orientierung der Gefühle und Gedanken in derselben Richtung durch Suggestion und Ansteckung. Tendenz zur unverzüglichen Verwirklichung der suggerierten Ideen. Durch die bloße Zugehörigkeit zur Masse steigt der Mensch mit dem Schwinden des Verantwortlichkeitsgefühls mehrere Stufen auf der Leiter der Zivilisation herab. Er besitzt

Digitized by Google

dann die Heftigkeit und Wildheit, aber auch die Begeisterung und den Heldenmut einfacher Wesen. So kann die Masse, stets an den Grenzen des Unbewußten umherirrend, allen Suggestionen leicht nachkommend, im Besitze der Gefühlsheftigkeit, die allen der Vernunft nicht zugänglichen Wesen eigen ist, allen kritischen Geistes bar, nur von einer außerordentlichen Leichtgläubigkeit sein. Für sie besteht das Unwahrscheinliche nicht; dies muß man in Erinnerung behalten, um die Leichtigkeit zu begreifen, mit der die unwahrscheinlichsten Legenden und Berichte zustande kommen und sich verbreiten. Ein ausgesprochener Verdacht wendet sich sofort in unzweifelhafte Gewißheit. Ein Keim von Abneigung oder Mißbilligung, der beim einzelnen nicht zur Reife käme, wird beim Massenglied sofort zu blindem Hasse.

Alle von der Masse geäußerten Gefühle, gute und schlechte, haben zwei Eigenschaften; sie sind sehr einfach und sehr übertrieben. Der Redner, der sie hinreißen will, darf mit starken Ausdrücken Mißbrauch treiben. Übertreiben, bekräftigen, wiederholen und niemals einen logischen Beweis versuchen, das sind die Mittel, mit denen ein Redner auf die Masse wirken kann. Nur in Bildern können die Massen denken, nur durch Bilder lassen sie sich beeinflussen; bloß diese schrecken oder verführen sie. Das Unwirkliche beeinflußt sie fast ebenso stark wie das Wirkliche, sie haben die sichtliche Neigung, zwischen beiden keinen Unterschied zu machen. Auf der Phantasie des Volkes gründet sich die Macht der Eroberer und die Kraft der Staaten, auf sie besonders muß man wirken, will man die Masse hinreißen.

Die reine, einfache, aller Vernünftelei und allen Beweises bare Behauptung ist also eines der sichersten Mittel, um der Massenseele eine Idee einzuflößen. Je bestimmter eine Behauptung, je freier sie von allem Scheine von Beweisen ist, desto autoritativer ist sie. Nimmermehr darf man glauben, eine Idee könne bloß durch den Beweis ihrer Richtigkeit, selbst auch nur bei dem Gebildeten, ihre Wirkungen erzielen. Schon beim einzelnen gewinnen, mag die Beweisführung noch so klar gewesen sein, die älteren gefühlsmäßig gewordenen Anschauungen rasch wieder die Oberhand. Wievielmehr bei der Masse! Daher kann eine Behauptung nur dann wirklichen Einfluß gewinnen, wenn sie immer wieder und ständig wiederholt wird, und zwar möglichst mit denselben Worten. Man versteht den Einfluß der Wiederholung auf die Massen, wenn man sieht, welche Macht sie über die aufgeklärtesten Geister ausübt. Diese Macht kommt daher, daß das Wiederholte sich schließlich in den tiefen Regionen des Unbewußten einlagert, wo die Ursachen unserer Handlungen ihr Spiel treiben. Nach einiger Zeit wissen wir nicht mehr, wer der Urheber der wiederholten Behauptung ist, und schließlich glauben wir daran. Bei genügender Wiederholung einer Behauptung und Einmütigkeit der Wiederholung bildet sich das, was man geistige Strömung nennt, und das mächtige Triebwerk der Ansteckung tritt ins Spiel.

Ist aber eine Idee auf diesem oder jenem Wege endlich in die Massenseele eingedrungen, dann besitzt sie eine unwiderstehliche Macht und entfaltet eine ganze Reihe

Digitized by Google

von Wirkungen, die man über sich ergehen lassen muß. So entstehen die großen Wahnvorstellungen, die großen Irrtümer, die ganze Volksgeschlechter beherrschen, denn niemals hatte die Masse Wahrheitsdurst. Mit Vernunft und Argumenten kann man gegen gewisse Worte und Formeln nicht ankämpfen. Man spricht sie mit Andacht vor der Masse aus und sogleich werden die Mienen respektvoll und die Köpfe neigen sich. Oft sind jene Worte die wirkungsvollsten, deren Sinn ganz unbestimmt ist. So zum Beispiel die vielfach mißbrauchten Ausdrücke: Demokratie, Sozialismus, Gleichheit, Freiheit und andere, deren Sinn ein ganz schwankender ist. Sie rufen in den Seelen großartige Bilder hervor; das Unsichere, das sie verwischt, vermehrt ihre anziehende Gewalt.

Bei der Aufzählung der Ursachen, die imstande sind, die Massenseele zu erregen, könnte man sich die Erwähnung der Vernunft ersparen, wenn es nicht notwendig wäre, den negativen Wert ihres Einflusses anzuführen. Daher wendet sich der geborene Redner stets an das Gefühl der Massen, niemals an die Vernunft. Die Gesetze der Folgerichtigkeit haben keinen Einfluß auf sie. Die logischen Köpfe, die gewohnt sind, durch knappe Schlußketten überzeugt zu werden, halten sich unwillkürlich an diese Methode, wenn sie sich an die Massen wenden und sind stets durch das Fehlschlagen ihrer Beweise überrascht. Handelt es sich darum, einen Gegner im Redekampfe zu vernichten, beispielsweise bei Wahlkämpfen, so wird nach der Ansicht Le Bons der den Erfolg davon tragen, der durch Behauptungen, Wiederholungen und Ansteckung festzustellen sucht, der Gegner sei ein Schuft, von dem ein jeder weiß, daß er mehrere Verbrechen auf dem Gewissen hat. Selbstverständlich darf man hierbei nichts vorbringen wollen, was einem Beweise ähnelt. Ist der Gegner ein schlechter Kenner der Massenseele, so wird er sich durch Beweise zu rechtfertigen suchen, statt sich damit zu begnügen, Behauptung mit Behauptung zu erwidern, und er wird dann keine Aussicht auf Sieg mehr haben!

Möge die Anführung der vorstehenden Gedanken und Sätze aus dem Buche Le Bons genügen. Führt die Anregung dazu, daß weitere Kreise sich mit dem Werke wie überhaupt mit dem bei uns fast unbeachteten Felde der Massen-Psychologie beschäftigen, so wäre der Zweck dieser Zeilen erreicht. Inzwischen kann der, der im wesentlichen an die Richtigkeit dieser Gedankengänge glaubt, nur mit Trauer empfinden, wie überlegen die Staatsmänner unserer Gegner sich den unsrigen in der Beherrschung der Massenseele erweisen, sowohl bei ihren eigenen Völkern als bei den Neutralen und denen, die einst neutral waren. Und doch verlangte unsere Lage das gerade Gegenteil. Abgeschnitten von der Welt und damit der Möglichkeit beraubt, die Presse des Auslandes zu beeinflussen, stehen wir vor der schweren Aufgabe, durch klare und einfache, dabei vorbehaltslose und zuversichtliche Darlegung unserer guten Sache und unserer gewiß nicht eroberungssüchtigen Pläne die öffentliche Meinung der Welt für uns zu gewinnen. Sicherlich eine gewaltig schwere Aufgabe, aber keine unmögliche, denn wir

Digitized by Google

haben einen mächtigen Bundesgenossen, und das ist die Friedenssehnsucht in den feindlichen Ländern. Hunderttausende dort lechzen, ob bewußt oder unbewußt, danach, psychologisch eine Annäherung an uns zu finden, um das befreiende Wort der Verständigung aussprechen zu können. Einsichtige Führer unter ihnen spähen aufs gespannteste nach uns aus, in der Erwartung der Schlagworte, die es ihnen ermöglichen, die Massen um sich zu sammeln mit dem einmütigen Ruf nach Frieden. So lange wir ihnen diese Handhabe, deren sie bedürfen, und auf die sie harren, nicht reichen, so lange muß die Demagogie eines Lloyd George, eines Kerenski triumphieren, die mit ihrer Meisterhaftigkeit in der Beherrschung der Massenseele die immer erneuten Vorstöße der Friedensfreunde zertrümmern. Möchten unsere Staatsmänner die tiefe Verantwortung erkennen, die nach dieser Richtung hin jedem Worte innewohnt, das sie aussprechen, jeder Zeile, die sie drucken lassen, aber auch jedem Worte, das ausgesprochen werden müßte und unausgesprochen bleibt, statt werbend in die Welt hinaus zu tönen. Fast könnte man sagen, daß das Bewußtsein unserer guten Sache hierbei eher ein Schaden sei, denn es wirkt anscheinend lähmend und verführt zu schwerfälligen, mühseligen Beweisführungen, denen höchstens diejenigen in Feindesland folgen könnten, die die Zusammenhänge durch eigenes Tun und Unterlassen kennen. Die aber überzeugen zu wollen, wäre vergebene Liebesmüh'. Mit haarscharfer Logik treten unsere offiziösen Stellen an, dementieren, widerlegen, entkräften und zwar fast ausnahmslos in der Form der langweiligsten vernunftgemäßen Schlußfolgerungen. Sie tun also gerade das Gegenteil von dem, was der Kenner der Massen empfiehlt und verstoßen zudem gegen ein wichtiges taktisches Gesetz, indem sie sich den Kampfplatz vom Gegner vorschreiben lassen.

So gewinnen wir die öffentliche Meinung in Feindesland nimmermehr für uns. Und doch müssen wir sie gewinnen, denn sie allein und nicht die englische Flotte oder die amerikanische Armee verlängert den Krieg. Hören wir, was Le Bon über die öffentliche Meinung, die Volksstimme, lange vor diesem Kriege sagte: Sie schreibt den Königen ihr Verhalten vor und sie ist es, die diese zu vernehmen streben. Nicht mehr in den Fürstenberatungen, sondern in der Seele der Massen bereiten sich die Völkerschicksale vor!

Notizen

Griechische Urteile über England. Wie die Zeitungen berichten, hat am 16. November im Mansion-House in London der englische Außenminister Balfour den griechischen Premierminister Venizelos für seine Dienstfertigkeit damit belohnt, daß er ihn als einen der größten Staatsmänner der Gegenwart und den größten lebenden Griechen feierte. In seiner Antwort beeilte sich Venizelos, seiner Erkenntlichkeit für diese schmeichelhafte Kritik und seiner begeisterten Liebe zu dem angebeteten England dadurch Ausdruck zu verleihen, daß er erklärte, alle wirklich griechisch gesinnten Staatsmänner seines Landes hätten erkannt, daß das britische Reich der größte politische Bau der Welt sei, ein Bau, der, obwohl er die Meere beherrsche,

Digitized by Google

niemals seine Macht zu selbstsüchtigen Zwecken mißbraucht habe, eine Macht, die bis in die fernsten Winkel der Erde die Kultur getragen.

Angesichts dieser tönenden Phrasen, die den Ohren der ihm lauschenden Briten gar wohl getan haben mögen, erscheint es nicht unangebracht, einmal zu hören, wie ein griechischer Patriot und vielleicht ein größerer Mann als Venizelos etwa ein halbes Jahrhundert vor ihm über das selbe England und seine Politik urteilte.

Vor mir liegt ein vergilbtes griechisches Buch von dem Richter und Politiker Alexandros Sutsos[1], betitelt Apomnemoneumata poietika epi ton anatolikon polemon (Dichterische Denkwürdigkeiten über den Orientalischen Krieg, Athen 1857). Ich blättere darin, und meine Augen bleiben an einigen Stellen[2] haften, die ich in wortgetreuer deutscher Übersetzung hier folgen lassen möchte:

„... Das rastlose England hält sich unter seiner schwerlastenden Atmosphäre verborgen und zeigt sich nun von Zeit zu Zeit in den Flammen seiner Fabriken. Es gleicht einem schwarzen Panther, der mit funkensprühenden Augen in seiner Höhle liegt und die Zähne fletscht.

Gott, der seine übrigen Geschöpfe vor England retten wollte, hat dieses Land scharf von dem übrigen Europa getrennt und dem furchtbaren Raubtier eine von Wolken verhüllte Klippe als Wohnsitz angewiesen. Großbritannien lebt in ständigem Kampfe gegen Europa, der vergleichbar ist dem Kampf zwischen Meer und Land. England nagt an Europas Küsten, aber deswegen trifft ihn dessen Haß ... Den Engländer grämt es, wenn Europa gedeiht; es ergrimmt ihn, wenn es in Frieden lebt ... Ich sah Palmerston[3]. Dieser Greis ist es, der die Erde in ihren Grundfesten zittern gemacht hat und die eine Hälfte von Europa gegen die andere bewaffnete. Brandstifter des Erdballs und Verhetzer der Völker, führt er seine Kämpfe nur mit dem Gelde Englands. Seine schönen Grundsätze von Moral und Freiheit stützen sich einzig und allein auf das Gold seines Landes. Wie der von Gott abgefallene Dämon des Homers der Briten[4], der vor Haß stöhnte und Tränen der Wut vergoß, als er Gottes Werk aus dem Nichts erstrahlen und die junge Schöpfung in Glückseligkeit dahinleben sah, so blickt der britische Lord von seiner schrecklichen Insel voll Tränen auf Europa, wenn es glücklich ist. Aber weine nicht, du Mörder der Völker! Du hast Italien von Mailand bis Sizilien in Brand gesetzt, hast Österreich in sieben Stücke zerrissen, in Frankreich Philipp von seinem Thron gestürzt und die Ungarn bewaffnet, indem du ihnen dein Mördergold schicktest. So bist du, wie einst Attila, die Geißel Europas geworden.

Teuflische Pläne beschäftigen Palmerston. Er sinnt über die Katastrophe von Europa. Er ist ihm gram aus Eifersucht, wie dieses Furcht vor seinen Ränken hat. Mag die Erde in Flammen aufgehen, so ruft er, wenn England nur lebt! — Er organisiert den gewaltigen Kampf Asiens und bewaffnet die einen Völker gegen die anderen. Er häuft Munition auf in den Zentren des Orients, wo er die Katastrophe Europas vorbereitet. Der römische Agitator Gracchus nahm vor seinem Tode Staub von der Straße auf und säte ihn aus. Daraus entstanden auf der ganzen die Erde Marius und Sulla[5], es entstanden daraus Revolten, Feuersbrünste, Metzeleien und Tränen. Der englische Lord, vom Alter überwältigt, folgte diesem Beispiele und säte den Staub der Zwietracht über die ganze Erde aus, indem er davon deren Umwälzung erhoffte ...

... Ich fliehe deinen Boden, du unbarmherziges modernes Karthago. Welche deiner zahlreichen Mordtaten soll ich an erster Stelle nennen? Du wäschest dich, aber alles Wasser der

[1] Alexandros Sutsos, geb. 1803, gest. 1863.
[2] Seite 43 ff.
[3] Lord Palmerston, britischer Staatsmann.
[4] Milton, Das verlorene Paradies.
[5] Durch ihre Skrupellosigkeit ausgezeichnete römische Feldherren und Parteiführer.

Digitized by Google

Welt würde nicht ausreichen, um von deinem Antlitz den alten Flecken des bedauernswerten Kopenhagen auszutilgen. Du schmiedest an einen Felsen[1] den gallischen Prometheus[2], der sich dir als Flüchtling nahte, den großen Kämpfer, der in deine Hände fiel. Und du Ungeheuer zwangst die Bevölkerung Chinas, dein Gift zu nehmen[3]. Du hast uns gekreuzigt um eines Judas, um eines Gottesmörders willen.

Meine Augen sehen betrübt das Getriebe von Schiffen auf der Themse, die den Griechen Ketten bringen sollen. Was ist es, das England will, indem es seine Kreuzer nach den Orient entsendet? Es will die russische Flotte zerstören, indem es sich das Recht vorbehält, danach die Arsenale der Franzosen zu vernichten; dann, nachdem Europa vernichtet ist, die Schiffe Amerikas zu versenken, als Herr des Erdballs seine Söhne zu Herrschern der Völker zu machen, der Welt seinen Willen aufzuzwingen und der Scherge des Weltalls zu werden."

So urteilte damals einer der geistigen Führer Griechenlands über das „selbstlose kulturbringende" Albion. Wenn der schlaue Kreter Venizelos jetzt in den Tönen höchster Begeisterung Englands Lob singt, so schließt dies keineswegs aus, daß er im tiefsten Innern seines Herzens die Ansicht seines England mit so schneidenden Worten anklagenden Landsmannes teilt und nur aus eigner Politik der Unterwürfigkeit besondere Vorteile für sich oder sein Land von der „Beherrscherin der Meere" erhofft.

Abtretung des Kreises Hadersleben an Dänemark. Professor N. A. Schröder-Hadersleben schreibt uns: Der unerfüllbare Wunsch der dänischgesinnten Nordschleswiger, an Dänemark abgetreten zu werden, ein Wunsch, der nunmehr bald 50 Jahre alt wird, ist während dieser langen Zeit oftmals bald mit größerer, bald mit geringerer Deutlichkeit an die Öffentlichkeit getreten und hat vielen unnützen Staub aufgewirbelt. Während des Krieges hat er aus bekannten Gründen nicht laut werden können, ist aber gerade deshalb im geheimen und stillen um so mehr gehegt und gepflegt, ja ohne Zweifel von den Pflegern auch gründlich besprochen worden. Neuerdings aber scheint derselbe Wunsch wieder frische Nahrung suchen zu wollen. Denn aus dem Haag wird dem „Berliner Tageblatt" telegraphiert:

Ein Mitarbeiter der „Independence Belge", die in London erscheint, meldet: Ich erfahre aus zuverlässiger Quelle (!), daß in Kürze zwischen Dänemark und Deutschland Verhandlungen zum Abschluß gelangen werden, in denen Deutschland einer Grenzverlegung zustimmt, durch die der Kreis Hadersleben an Dänemark abgetreten wird. Dieser Kreis machte einen Teil des Herzogtums Schleswig aus, das seinerzeit von Deutschland (soll heißen Preußen) annektiert wurde. Die Verhandlungen werden in Kürze abgeschlossen werden (aus dem obigen Satze fast wörtlich wiederholt). Die Abtretung dieses Kreises wird indessen erst nach Kriegsschluß erfolgen (wie gnädig!). Deutschland erhält als Vergütung 90 Millionen Kronen, die Dänemark beim Verkauf seiner Inseln (soll heißen seiner westindischen Inseln) an Amerika ausbezahlt wurden (dies kann doch nur aus englischen oder amerikanischen kaufmännischen Köpfen entsprungen sein).

Das „Berliner Tageblatt" selbst bemerkt dazu: An dieser Mitteilung der „Independence Belge" ist, wie wir erfahren, kein wahres Wort. Es handelt sich nur um einen Versuch, die deutsch-dänischen Verhältnisse zu trüben.

Zu dem Kaufmannsgeschäft bemerkt die „Schleswigsche Grenzpost", die nördlichste, in Hadersleben erscheinende deutsche Zeitung (denn es gibt im nördlichen Schleswig noch mehrere dänische Zeitungen), mit vollem Recht: Kein Fußbreit deutschen Bodens ist für irgend jeman-

[1] St. Helena.
[2] Napoleon.
[3] Bezieht sich auf den ausgedehnten Schleichhandel mit Opium, den England von 1820 ab nach China betrieb und der schließlich zu dem sog. „Opiumkrieg" führte.

Digitized by Google

den käuflich! Das mögen sich alle diejenigen, die hierauf irgendwelche Hoffnungen aufbauen, gesagt sein lassen!

Die wirtschaftliche Zukunft Österreich-Ungarns wird von Friedrich Hertz in einem Buche über „Die Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie vor und nach dem Kriege“ (Verlag für Fachliteratur, Wien) sehr günstig beurteilt. Wie der Siebenjährige Krieg den Anstoß zu der Industriepolitik in Böhmen, der Krieg gegen Napoleon eine rasche Entwicklung der Wirtschaftskräfte mit sich brachte, so werde auch der gegenwärtige Krieg zu einem neuen wirtschaftlichen Aufschwung führen, wenn auch „die kommenden Friedensaufgaben an Schwierigkeit alle Probleme der Vergangenheit ebensosehr überragen wie dieser Krieg seine Vorgänger“. Nach einer im Vergleich mit den deutschen Verhältnissen angestellten Untersuchung der Produktionsgrundlagen werden die beiden Hauptprobleme erörtert, die für die gesamte Wirtschaft bestimmend sind: Produktivität und Kaufkraft. „Eine Hebung der Produktivität kann durch bessere Organisationen von Industrie und Landwirtschaft erzielt werden.“ „Die großen Verluste an Arbeitskräften, die Steigerung der Kohlenpreise und die Verkehrsschwierigkeiten, die den Krieg überdauern werden, lassen eine Regelung der Kraftwirtschaft durch Ausbau der Wasserkräfte und Verteilung der Kraft durch ein weitverzweigtes Netz dringlich erscheinen, am besten in Form gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen mit wirksamer staatlicher Förderung. Vor allem muß die Überzeugung durchdringen, daß in der Volkswirtschaft die geistigen Faktoren eine Hauptrolle spielen.“ Freilich wird „die Produktivität aller vom Kriege betroffenen Volkswirtschaften eine wesentliche Abnahme erleiden, die aber auf der gegnerischen Seite im ganzen eher stärker sein dürfte, als bei uns.“ Noch bedeutender werden die Änderungen in der Zusammensetzung der Nachfrage sein, vor allem hinsichtlich der Verteilung des Volkseinkommens auf die einzelnen Klassen. Damit verschieben sich die Konsumrichtungen. Die verminderte Kaufkraft der unteren Schichten der Gesellschaft wird die Industrie nach einer Übergangszeit lebhaften Geschäftsganges am unmittelbarsten fühlen lassen. Hertz äußert sich weiterhin über die Möglichkeit der Annäherung Österreich-Ungarns und Deutschlands. Er kommt dabei zu folgendem Ergebnis: „Eine sofortige Zolleinigung würde die österreichische Industrie nicht vernichten, wohl aber dem Bestand mancher Zweige und dem weiteren Aufschwung eher abträglich sein. Die außerordentlichen Hoffnungen, die auf die Markterweiterung gesetzt werden, scheinen übertrieben. Eine allmähliche Verstärkung der freihändlerischen Tendenz durch Abbau der Zölle im Wege von Handelsverträgen mit Deutschland und anderen Staaten, durch Erleichterung des Veredlungsverkehrs usw. wäre nur zu begrüßen. Die Annäherung an Deutschland wird zunächst am besten durch die Ausgestaltung der Verkehrsmittel zwischen beiden Reichen, durch Vereinheitlichung des Wirtschaftsrechtes angestrebt, durch tunlichste Ausgleichung der fiskalischen und sozialpolitischen Bedingungen, vielleicht auch auf Währungs- und bankpolitischem Gebiet zu suchen sein. Zur Gewinnung von Rohstoffen und Absatzgelegenheiten könnte ein Zusammengehen im Orient und auf dem Balkan organisiert werden. Schließlich würde gegenseitige Anerkennung der Prüfungen und Diplome die Freizügigkeit zwischen den Hochschulen Deutschlands und Österreichs erhöhen.“

Der Handel nach dem Kriege. In einer in Manchester gehaltenen Rede sagte Professor L. T. Hobhouse über dieses Thema u. a. folgendes: „Wenn nach Kriegsschluß ein nicht auf wirtschaftlicher Basis, sondern auf Vorurteil und Gefühl aufgebautes Schutzzollsystem geschaffen wird, könne man nur von einem Waffenstillstand, aber von keinem sicheren Frieden sprechen. Auf der Basis der Pariser Konferenzbeschlüsse könne die Welt sich niemals des Friedens erfreuen, sondern nur bei dem ununterbrochenen Handel der Nationen untereinander. Das bedeute nicht notwendigerweise vollständigen Freihandel.“ („Manchester Guardian“ vom 2. November.)

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Wirtschaftliche Frage

Edgar Jaffé stellt in einer Schrift „Kriegskostendeckung und Reichsfinanzreform" (J. C. B. Mohr, Tübingen) folgende Forderungen für unser künftiges Steuersystem auf: 1. Möglichste Steigerung der Eigen-Einnahmen des Reiches aus wirtschaftlicher Tätigkeit (staatlichen Eisenbahnen, Einbeziehung der Binnenschiffahrt in die staatlichen Verkehrsunternehmungen). 2. Die Schaffung einer Reihe von Maßnahmen, die neben hohen Einnahmen für den Staat zugleich eine derartige Förderung und Verbilligung der Produktion in sich schließen, daß ihre Einführung auch nach Abzug der Staatsabgaben einen direkten Gewinn an Nationalreichtum ergibt. a) Staatliche Handelsmonopole nach Art der Zentraleinkaufsgenossenschaften der Mittelmächte. b) Staatliche Kraftmonopole. (Ausnützung der Wasserkraft und des elektrischen Stromes.) 3. Ersparnissteuern. (Stärkere Erhöhung aller indirekten Abgaben, eventuell durch Einführung finanzieller Monopole, wie Tabakmonopol, Branntweinmonopol usw., soweit diese auf entbehrlichem Verbrauch beruhen, verbunden mit Ausgestaltung der Warenumsatzsteuer zu einer gestaffelten Belastung alles Luxuskonsums mit stark progressiven Sätzen.) 4. Produktivitätssteuern: a) Zwangstartellierung in Handel und Gewerbe, b) staatliches Getreidemonopol. 5. Soziale Ausgleichssteuern. (Kriegsgewinnsteuer, Reichserbschaftssteuer und Erbrecht des Reiches.) „Unsere Finanzen nach dem Kriege" sind die Sorge einer weiteren Reihe von Schriften. Am weitesten umfaßt R. Kuczynski das Problem. Er entwirft ein umfängliches Programm für die Neuordnung der Finanzen: Vermögensabgabe von 20 Prozent, Ausbau der Besitzzuwachssteuer (insbesondere Heranziehung des Vermögenszuwachses durch Erbschaft), gleichmäßige Behandlung der Sätze für die Einkommensteuer mit scharfer Progression nach oben, Steigerung der Erträgnisse aus Zöllen, Verbrauchssteuern, Verkehrssteuern, Ertragssteuern, Monopolen. K. hält es für möglich, daß wir uns auf diesem Wege die Mittel zur Gesundung unserer durch den Krieg zerrütteten Finanzen beschaffen können, so daß es „töricht ist, zu behaupten, wir könnten sie überhaupt nicht ohne fremde Hilfe, d. h. ohne Kriegsentschädigungen, aufbringen." Er setzt nur voraus, daß sein Entwurf in der gegenwärtigen Legislaturperiode Gesetz wird. „Die Steuereinnahmen des Reiches betrugen im letzten Friedensjahre reichlich 2 Milliarden. In der gleichen Zeit erhöhte England seine Steuereinnahmen von 3 auf 10 Milliarden. England erhebt schon jetzt so viel an Steuern, daß es trotz seiner verfehlten Anleihepolitik seine Finanzreform ruhig vertragen kann, bis es volle Klarheit über seinen künftigen Bedarf und über die künftige Leistungsfähigkeit seiner Volkswirtschaft besitzt. Wollten wir so lange warten, so müßten wir inzwischen neue Anleihen aufnehmen, und die Schuldenlast würde um weitere 10 oder 20 Milliarden anwachsen. Das muß selbstverständlich vermieden werden, und deshalb duldet die Inangriffnahme der Reichsfinanzreform für die Friedenszeit keinen Aufschub." Um den weiteren Ausbau der Monopole bekümmern sich Prof. E. Ballod und O. Föhrenbach. Ballod errechnet annähernd 5 Milliarden Einnahmen aus den Monopolen von Bier, Branntwein, Tabak, Zucker, Tee, Kaffee, Kakao, Stickstoff, Kohle, Elektrizität, Brot, Fleisch, Schiffahrt und Versicherung; Föhrenbach aus einer kleineren Reihe von Reichsmonopolen $2^1/_2$ Milliarden. (Nach dem Plan von Kuczynski waren die Einnahmen aus den Monopolen in den $4^1/_2$ Milliarden enthalten.

Deutschlands Finanz- und Handelsgesetze im Kriege gibt in sachlich geordneten, schnell übersehbaren Gruppen zum Handgebrauch für Praxis und Wissenschaft der Bibliothekar der Reichsbank Joh. Notzke mit Anmerkungen und Hinweisen heraus. (Karl Flemming Verlag A.-G., Berlin-Glogau 1917, geb. M. 6. —.)

Ernst Kahn, der Handelsredakteur der „Frankfurter Zeitung", behandelt „Unsere Valutasorgen" (Ursachen, Wirkungen, Heilmittel. Veit & Co., Leipzig). Kahn sieht die Lage hoffnungsvoll an, wenn auch die Wiederherstellung der alten normalen Valuta viel Geschick und viel Arbeit erforderten.

Richard Schwarz will die Valuta- und Rohstoffrage einer einheitlichen Lösung entgegenführen. (Manz, Wien.) Er rät zu gemeinsamem Rohstoffeinkauf, Gemeinsamkeit der Devisenbeschaffung zu Zahlungszwecken beim Transport und der Verteilung der Rohstoffe, woraus sich vielleicht gewisse gemeinsame innerwirtschaftliche Institutionen ergäben, die den Boden für Mitteleuropa präparierten. Die erste planmäßige und verständige Beschreibung und kritische Vergleichung aller Möglichkeiten bargeldloser Zahlungen, Organisationen der Zahlungswege und der Zahlungsvermittler gibt Prof. Dr. F. Schmidt (Verlag B. G. Teubner, Leipzig M. 6.—.) Dabei wird eine Reihe von Organisationsfehlern aufgedeckt, zu deren Beseitigung geeignete Vorschläge gemacht werden. Die wesentlichsten darunter sind: 1. Für den Giroverkehr: Verschmelzung der Reichsbank mit den Scheckämtern zu einem Giroverband mit gemeinsamer, nur verrechnender Zentrale, die zwischen allen Konten beider Vermittler direkte Überweisungen ermöglicht. 2. Für den Scheckverkehr: Der Verrechnungsscheck

Digitized by Google

sollte im Verkehr den heutigen Barscheck ersetzen. Für Zahlungen an Dritte sind nur noch Verrechnungsschecks auszugeben.

Ein Gesamtbild der kriegswirtschaftlichen Einrichtungen und der Absatzregelung der Hauptlebensmittel entwirft Karl Heinrich Reentsen („Die Organisation des Lebensmittelverfsorgung im Krieg", Berlin, Leonhard Simion, M. 1.20). Er kommt zu den Folgerungen, daß bei der Lösung des Problems, wie am ehesten Reibungen und Härten bei der Ausführung unserer Friedenswirtschaft in die ohne staatliche Regelung nicht zu denkende Kriegswirtschaft vermieden worden wären, die vorhandenen Mittel und Kräfte zu freier Mitbetätigung des Handels und Gewerbes im Rahmen der staatlichen Organisation nicht in vollem Maße herangezogen worden seien, wenn auch, wie Verf. zugibt, Industrie, Landwirtschaft und Handel in allen Teilen nicht so organisiert waren, daß nun ihrer Wirtschaftsorganisation die notwendigen Aufgaben hätten gelöst werden können.

„Weltkrieg und Brotversorgung" betrachtet in ihrem Zusammenhang Dr. Eduard Senator (Franz Siemenroth, Berlin 1917). Er zeigt, daß Deutschlands Brotpolitik nicht nur durch Billigkeit und Sicherheit vorbildlich geworden ist, sondern daß auch die Absperrung vom Welthandel in bezug auf den Getreideverkehr „ihre guten Seiten hatte, die sich darin ausdrücken, daß andere Staaten ihre Bezüge aus den Produktionsgebieten mehr oder weniger stark einzuschränken gezwungen waren". „In Zukunft muß es die erste Aufgabe der Regierung sein, für den Kriegsfall die Brotversorgung der Bevölkerung nach zwei Seiten hin zu sichern, nämlich durch eine zweckentsprechende Vorratswirtschaf und durch innere Kolonisation im eigenen Lande und bei den Verbündeten."

Die Beiträge der Kriegswirtschaft, von der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamtes auf Anregung Batockis herausgegeben, verwerten das reiche Material der organisierten deutschen Kriegswirtschaft zu einer Reihe von Einzelheften über kriegswirtschaftliche Fragen (Preisbildung, Kartoffel, Futtergetreide, Nahrungsmittelwirtschaft großer Städte, Nahrungsmittelwirtschaft des Auslandes, Heeresverpflegung und Massenspeisungen usw.; Reimar Hobbing, Berlin, M. —.60). Sie wollen „die mangelhaften Grundlagen volkswirtschaftlicher Kenntnis bessern, die Behörden und Bevölkerung beim Eintritt in den Krieg befaßen". Die Feststellung dieser Notwendigkeit kann nicht oft genug wiederholt werden.

Heinrich Manstaedt betrachtet in einer bei G. Fischer, Jena, erschienenen Schrift das Verhältnis von „Hochkonjunktur und Krieg". Für die Zeit nach dem Friedensschluß ergibt sich dem Verf. folgendes Bild: „Nehmen wir an, es sei nur zum Teil geglückt, den Kapitalgüterverlust, den uns der Krieg hinterlassen hat, wieder aufzufüllen und die unterbrochenen Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen oder durch neue zu ersetzen, unsere Jahresproduktion entspreche infolgedessen, nur um eine Zahl zu nennen, derjenigen 15 Jahre vor dem Krieg. Dann hat unsere Gesamtlage durchaus nichts Niederdrückendes, wenn auch für die größere Volksmasse trotz scharfer Anspannung aller Kräfte ein kleiner Gütervertrag zur Verfügung steht. Die Entwicklung der 15 Jahre bis zum Kriegsausbruch werden wir dann infolge der reichen Erfahrung und des umfassenderen Wissens in wesentlich kürzerer Zeit durchlaufen, zumal wenn es gelingt, die weltwirtschaftlichen Beziehungen rascher wieder anzuknüpfen. Und der Zinsfuß wird sich dem Zeitmaß der Entwicklung anpassen; er kann also ganz gut, d. h. wenn sich die Entwicklung langsam genug durchsetzt, unter 5 Proz. stehen. Daran hindert die Masse der Anleihen keineswegs, denn es ist bei der vaterländischen Gesinnung unseres Volkes und, da auch andere Verwendungsmöglichkeiten kaum zur Verfügung standen, mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Anleihen durch die in der Kriegskonjunktur gebildeten Kapitalien zum weitaus größten Teil fest aufgenommen worden sind. Soweit sie ihre Unterbringung den frei gewordenen Betriebskapitalien verdanken, erfolgt, die Überführung in feste Hände bereits während der Hochkonjunktur nach dem Frieden. Wenn der Zins auch nach dem ersten Friedensaufschwung noch hoch stehen wird, so liegt der Grund darin, daß nicht nur wir weiterhin bestrebt sein werden, möglichst bald den Kapitalgüterverlust der Kriegszeit zu ersetzen, sondern auch unsere Bundesgenossen und Feinde, die zum Teil noch nicht einmal ihre Kriegskosten gedeckt haben, weil sie während des Krieges die Notenpresse benutzten, und die eine viel höhere Kapitalzerstörung in ihren Ländern erleiden mußten. Wenn der Zinsfuß hoch stehen wird, so ist das nur der sichtbare Ausdruck dafür, daß sich die Kapitalgütererzeugung auf Kosten der Verbrauchsgütererzeugung ausgedehnt hat, und somit entspricht dem hohen Zinssatz ein hoher Preisstand aller gebrauchsreifen Güter."

In die Leistungen der „deutschen Wald- und Forstwirtschaft" gewährt die Sammlung dreier Vorträge in einem Heft der Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft (Verlag Globus, Dresden, M. 1.80) einen Einblick. Wie auf allen Gebieten der Volkswirtschaft, so hat auch der Krieg für die Forstwirtschaft eine Betriebsumwandlung gebracht die ihr in der Zukunft eine von der Vergangenheit wesentlich verschiedene Rolle im staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen Leben zuweisen wird. Für die Zukunft des Holzhandels kommt einer der Vortragenden, Professor v. Mammen, zum Ergebnis: „Auch

Digitized by Google

vom forstpolitischen Standpunkt aus kommen wir zu einer Ablehnung eines Zollbündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, wobei die Frage, ob der geplante Abbau der Zölle ganz allmählich oder plötzlich erfolgen soll, für uns weniger von Bedeutung ist." Der bestmögliche Mittelweg dazu ist wechselseitige grundsätzliche Vorzugsstellung. „Auf diesem Wege würde es möglich sein, die Holzzölle für die von Österreich-Ungarn nach Deutschland zu gelangenden Nutzhölzer gegebenenfalls herabzusetzen und gleichzeitig das russische Holz, falls man dies wollte, mehr abzudämmen."

Arthur S. Wertheim stellt in einer Schrift über „Das falsche System" (Vita, Charlottenburg, M. 1.—) folgende Forderungen: 1. Unbedingte Wiederherstellung des freien Handels noch während des Krieges. 2. Verstaatlichung der Z.-E.-G. unter Ablösung der privaten Anteilseigner oder vollständige Rekonstruktion derselben unter Einsetzung einer dirigierenden, von der Reichsleitung selbständig zu erwählenden, vorwiegend aus Kaufleuten, Landwirten, Vertretern von Städten und mindestens drei Reichskommissaren bestehenden Kommission, die unter Wegfall der jetzigen ausländischen Einkaufs-Einrichtungen die Hereinschaffung ausländischer Lebensmittel dem freien Handel überläßt und sich lediglich auf die Preisregelung und Verteilungsfrage beschränkt. 3. Zurückführung der übrigen Kriegsgesellschaften auf reine Verteilungsstellen. 4. Aufhebung sämtlicher Kriegsgesellschaften bei Kriegsbeendigung. 5. Einsetzung einer ständigen, dem Reichsamt des Innern anzugliedernden engeren Handelskriegs-Kommission. 6. Errichtung eines selbständigen, genügend mit vorher geprüften kaufmännischen Kräften durchsetzten Reichs-Handelsamtes. Die Forderungen gipfeln in dem Satz: „Man räume endlich auch dem Kaufmann die ihm gebührende Stellung in der Reichsverwaltung und -Betätigung ein."

Ernst Neukamp bezeichnet „Die Ausschaltung unseres Handels durch das Kriegswirtschaftsrecht" als eine nationale Gefahr. (Otto Liebmann, Berlin.) Die Festsetzung von Höchstpreisen, schlägt er vor, solle nur mit Wirkung für das ganze Reichsgebiet erfolgen, die handelsrechtlichen Ausfuhrverbote aufgehoben werden. Die Zahl der Kriegsgesellschaften ist einzuschränken, um die Gewerbefreiheit nicht zu sehr zu beeinträchtigen. Die Kriegsgesellschaften seien mit Friedensschluß zu beseitigen.

Aufsätze zur „Wohnungsfrage vor und nach dem Kriege" hat Carl Johannes Fuchs neu zusammengestellt, ein Schüler Lujo Brentanos (Duncker-Humblot, München, M. 4.—.) In ihrer zeitlichen Folge geben sie ein Bild der Entwicklung, welche die Versuche einer Lösung des Problems seit zwölf Jahren erfahren haben, und führen vom Jahre 1904, wo „die traurige Kehrseite des großen wirtschaftlichen Aufschwunges", die Verschärfung der Wohnungsfrage, hauptsächlich durch das Verdienst Brentanos, zum erstenmal erkannt wurde, bis in die Zeit des Krieges, der für die Förderung der Reform nur dadurch fruchtbar geworden ist, daß er in der Notlage der Hausbesitzer „die fundamentalen Mängel des großstädtischen Wohnungswesens schärfer als je hat hervortreten lassen und mit dem Problem der Kriegsansiedelung die Wohnungsreform vor sehr erweiterte, auf das ganze Gebiet der Stadt und ländliche Ansiedelungen sich erstreckende Aufgaben gestellt hat". Als die dringendste Aufgabe der Stunde werden bezeichnet: „In Preußen neben der in Angriff genommenen Reform des Schätzungswesens die Erledigung des Wohnungsgesetzes bezw. Schaffung einer Landesbauordnung, und im Reich auf der einen Seite Einräumung einer allgemeinen Fristverlängerung für die Hypothekenschuldner und Beschränkung der Eigentümerhypothek im BGB., auf der anderen Seite aber — abgesehen von den Kriegerheimstättenfragen — Bereitstellung eines großen allgemeinen Reichswohnungsfonds und Schaffung einer Reichswohnungsfürsorgestelle, sowie Erlaß des Erbbaugesetzes und eines Reichsenteignungsgesetzes. Sollte sich, wie es fast den Anschein hat, die Reformtätigkeit in Preußen auf die beiden jetzt vorgelegten Gesetzentwürfe beschränken wollen, dann würde allerdings die frühere Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück praktische Bedeutung erlangen, daß das Reich eingreifen werde, wenn in Preußen und in anderen Einzelstaaten eine Wohnungsgesetzgebung nicht zustande käme: es müßte also auch ein Reichswohnungsgesetz geschaffen werden zur Regelung der Wohnungsaufsicht (und eventuell zugleich der Enteignung), und, wenn möglich, auch eine Reichsbauordnung." Alle diese Forderungen wünscht Fuchs bald erfüllt. „Wir dürfen unsere Krieger nicht für immer in das Wohnungselend zurückkehren lassen, aus dem sie ausgezogen sind zur Verteidigung des Landes, — geschweige denn in ein größeres! Erinnern wir uns einmal an die 400000 Wohnungen mit nicht mehr als 1 heizbarem Zimmer in Großberlin, neben etwa 300000 mit 2 und nur annähernd 250000 mit mehr als 2 heizbaren Zimmern, an die $1\frac{1}{2}$ Millionen Menschen, die hier in Wohnungen mit nur 1 heizbarem Zimmer lebten, und an die 600000 oder nach einer niedrigeren Berechnung 424000 Menschen (= 14,2 % der Gesamtbevölkerung von Großberlin), die in ‚überfüllten' Wohnungen, meist Einzimmerwohnungen, lebten; oder an die 1904—1907 in München ermittelten 24000 Menschen in Wohnungen mit einem einzigen Wohnraum, die 154000 (= 30 % der Bevölkerung) in Wohnungen mit nur 1—2 Räumen, die 40000, die weniger als 10 cbm Schlafraum hatten, während für einen Gefangenen wenigstens 16 vorgeschrieben sind, und die 80000 Menschen in ‚Teil-

Digitized by Google

wohnungen' — und dann fragen wir uns: soll das immer so bleiben oder gar noch schlimmer werden?" Ein Mahnwort gegen die Auswanderung nach Ländern unter fremder Flagge und zu seiner Verhinderung ist die Schrift von Julius Ligocki: „6 Millionen verloren" (Verlag Freie Bahn, Berlin M. 1.—). In einem Anhang wird, um das Nachwort eindringlich zu gestalten, auf einer graphisch-statistischen Tafel die deutsche Auswanderung nach Übersee in den Jahren 1815—1914 zusammengefaßt: „In diesem Zeitraum sind rund sechs Millionen (davon fast 90%) nach Amerika, die andern nach Brasilien, Kanada, Argentinien, Australien abgewandert."

Fragen der Übergangswirtschaft hat Dr. Fr. Fischl in zwei Vorträgen behandelt, die bei A. Haase, Prag, Annahof, herauskommen. Der Sinn, in dem es geschieht, bezeichnen die Sätze: Ihre höchste Aufgabe muß die Übergangsverwaltung in der Hebung der Produktivität unserer gesamten Wirtschaft sehen. Dazu wird eine Erhöhung der Arbeitsleistungen auf allen Gebieten der Wirtschaft notwendig sein. Wir werden, abgesehen von der Fürsorge für die Einfuhr jener Rohstoffe, die wir zur Erzeugung unserer Fabrikate brauchen, uns nach Friedensschluß unverzüglich auf die Steigerung der Produktionsmenge jener Exportwaren werfen müssen, bei deren Erzeugung wir vom Auslande unabhängig sind und die durch den Kriegszustand in ihrer Exportfähigkeit nicht dauernd gelitten haben. Intensivste Arbeit auf allen Gebieten des Wirtschafts- und des öffentlichen Lebens muß die Losung sein für Staatsverwaltung wie für die Bevölkerung. Richard Schwarz macht in einer Schrift „Preisbildung in der Übergangswirtschaft" (Franz Deuticke, Wien) den Versuch, den Unterschied „zwischen der natürlichen Preisbildung im Frieden und der Höchstpreispolitik während der gegenwärtigen Periode klarzulegen und Erwägungen anzustellen über die Beibehaltung der Höchstpreise für die Übergangsperiode zum Schutze und zur Stärkung des Konsums". „Eine gänzliche Abschaffung der während des Krieges entstandenen und für die Übergangswirtschaft noch zu schaffenden außerordentlichen Wirtschaftsinstitutionen wäre für die Wirtschaftsentwicklung das Reifezeugnis und die Großjährigkeitserklärung, denen zufolge die staatliche Bevormundung als nicht mehr angebracht erscheint." Dann drängt die natürliche Steigerung des Bedarfs — von den bevormundenden Fesseln befreit — nach Ausbreitung und Weiterentwicklung unseres Wirtschaftslebens."

„Die Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege" umschreibt Paul Hirsch, M. d. A. (Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin). Er prüft die Gemeindeverfassung auf die Möglichkeit hin, den Forderungen der eigenen Ära gerecht zu werden. In der Sozialisierung der Gemeindeverwaltung und Verfassung, der Finanzen, der Armen- und Waisenpflege, der Arbeitslosen-Fürsorge, des Schul- und Bildungswesens sieht er besondere wichtige Aufgaben, um die durch den Krieg gerissenen Lücken zu füllen.

Ludo M. Hartmann bekennt sich in einer Schrift über „Den Beruf unserer Zeit" (Anzengruber, Wien) zu einer weitgehenden Sozialisierung. Er wendet sich gegen den alten Machtstaat, gegen eine Schulpolitik, die „ein Ausdruck der Privilegien der herrschenden Klasse war" und die Produktivität des ganzen Volkes beeinträchtigt. Er verlangt eine moderne demokratische Einheitsschule, eine demokratische Verwaltung, eine verlebendigte Wissenschaft. „Wir haben die Synthese zu vollbringen von Historismus und Vernunft, von Realismus und Idealismus, von Individualismus und Sozialismus. Mit mitleidigem Blicke schauen wir zurück auf den Bodensatz der Geschichte, auf all die Mutlosen, die sich hinter der Historie oder hinter eine Ideale verstecken, die Diplomaten und Ränkeschmiede, die Bureaukraten und Schimmelreiter, die Pedanten und Wortgelehrten, die Kriegsgewinner und Provisionäre."

Eine Umgestaltung der Wirtschaftswissenschaft der Zukunft sieht Otto Neurath kommen. („Die Wirtschaftsordnung der Zukunft und die Wirtschaftswissenschaften", Verlag für Fachliteratur, Berlin). „Die Durchsetzung unserer Wirtschaftsordnung mit der Naturalrechnung wird die wichtigste Wirkung auf dem Gebiete der Wirtschaftswissenschaft sein. Auch die Finanzwirtschaft wird, da sie bisher allzusehr geldwirtschaftlich orientiert war, einer grundsätzlichen Umgestaltung bedürfen. Da Privatwirtschaft und Staatswirtschaft nicht mehr einander ausschließende Begriffe sein würden, würde Preisstaffelung und Steuerstaffelung vielleicht im selben Hauptabschnitt zu behandeln sein. Neben den theoretischen Interessen werden praktische zu ihrem Rechte kommen."

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 5.— Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Thimme, Graf Hertlings Debut 1593
Peus, Die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierungsverantwortlichkeit 1599
Macht und Wille der maximalistischen Regierung in Rußland 1604
Delbrück, Der Jammer Livlands 1610
Dresdner, Eine neue Wendung in der nordischen Frage . . 1610
Rotheit, Ein Musterstück der Geheimdiplomatie 1617
Notizen / Neuerscheinungen 1621

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 14 Dezember 1917 Heft 50

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berli-

Digitized by Google

C. F. Amelangs Verlag / Leipzig

Für unsere Zeit sind nachstehende Bände der

Literaturen des Ostens

wegen der starken Betonung des kulturhistorischen und ethnographischen Hintergrundes wie der geschichtlichen Zusammenhänge eine überaus wertvolle Fundgrube.

Geschichte der polnischen Literatur von Prof. Dr. A. Brückner (Berlin). Brosch. M. 12.—, geb. M. 13.—.
W. Rehring schreibt: „... Anders könnte das Buch wohl geschrieben werden, besser aber kaum."

Geschichte der russischen Literatur von Prof. Dr. A. Brückner (Berlin). Brosch. M. 10.—, geb. M. 11.—, im Halbfranzband M. 12.—.
„... Der größte Vorzug besteht in der erschöpfenden Bekanntschaft des Verfassers mit dem Gegenstande und in der gewinnenden Darstellung desselben, welche noch erhöht wird durch Einstreuung von kernigen Charakteristiken der russischen Gesellschaft und des russischen Volkes." (Studien z. vergl. Literaturgeschichte.)

Geschichte der ungarischen Literatur von Dr. J. Kont und **Geschichte der rumänischen Literatur** von Dr. G. Alexici (Budapest). Brosch. M. 9.—, geb. M. 10.—.

Geschichte der mittel- und neugriechischen Literatur von Dr. Karl Dieterich (Leipzig) und **Geschichte der türkischen Moderne** von Prof. Dr. Paul Horn (Straßburg). Brosch. M. 7.50, geb. M. 8.50.
„... Der Versuch Dieterichs den innigen Zusammenhang des alexandrinischen, byzantinischen und neugriechischen Schrifttums aufzuweisen, ihre gemeinsame Wurzel bloßzulegen, ist glänzend gelungen. Reiche Anerkennung verdient auch Horns Geschichte der türkischen Moderne."

Als Ergänzungsheft erschien 1916:

Die türkische Literatur des 20. Jahrhunderts von Dr. Otto Hachtmann. Brosch. M. 2.—.

Geschichte der südslawischen Literaturen von Prof. Dr. M. Murko (Leipzig). Brosch. M. 8.—, geb. M. 9.—.
„... Was die Darstellung selbst anbelangt, so ist sie die denkbar beste und die dem Gegenstand am trefflichsten angepaßte ... in dem mehr historischen Teile der Literaturgeschichte ist der Verfasser ein wahrer Meister." (Liter. Rundschau für die Kath. Deutschlands.)

Geschichte der tschechischen Literatur von Dr. J. Jakubec (Prag), Dr. Arne Novak (Prag). 2. Aufl. Brosch. M. 7.50, geb. M. 8.50.
„... Das vorliegende Buch ist eine Enzyklopädie alles Wissenswerten über die Vergangenheit und die kulturellen Zukunftsideale des böhmischen Volkes." (Wiener Zeitung.)

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Zu Weihnachten erscheint:

LUDWIG VON HOFMANN HANDZEICHNUNGEN

Herausgegeben von DR. E. REDSLOB

Das vorliegende Werk versucht, die schaffensfreudige Welt des Künstlers in ihrer Eigenart, Entwicklung und Bedeutung für die neue Generation zu erschließen. Der Herausgeber wählt dazu nicht den üblichen Weg der Reproduktion von Gemälden, die doch unzulänglich bleiben müßten, sondern will an Hand sorgfältiger Wiedergaben von annähernd 150 Handzeichnungen die Fülle eines Materials, das schon lange nach einer Zusammenfassung in der Öffentlichkeit verlangte, sowie durch eingehenden Text die Persönlichkeit L. von Hofmanns in ihrer umfassenden künstlerischen Bedeutung darstellen.

PREIS DES BUCHES:

in Pappband mit einer Vignette von L. von Hofmann in Golddruck M. 25.—
in Halbpergament gebunden ..... M. 35.—

PROSPEKTE stehen kostenlos zur Verfügung.

Durch jede gute Buchhandlung oder, falls keine am Platze, direkt vom

VERLAG GUSTAV KIEPENHEUER, WEIMAR

2. Jahrgang • 14. Dezember 1917 • Heft 50

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Graf Hertlings Debut

Von Friedrich Thimme

Am 29. November hat sich Graf Hertling als Reichskanzler im Reichstage, am 5. Dezember als preußischer Ministerpräsident im Abgeordnetenhause eingeführt. Beide Antrittsreden haben in und außerhalb der Parlamente einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen. Allenthalben bricht sich die Überzeugung Bahn, daß das Staatsruder in die Hände eines denkbar erfahrenen und geschickten Staatsmanns gelegt sei, der es sicherlich verstehen werde, das Schiff an den zahlreich drohenden Klippen vorbei unbeschädigt in den Hafen eines wirklich ehrenvollen Friedens zu steuern. Es war ein förmlicher Genuß, die vollendete Kunst und Sicherheit zu beobachten, mit der Graf Hertling nicht bloß im Reichstage, dem er ja mehr als dreißig Jahre angehört hat, sondern auch im Abgeordnetenhause, wo er als ein völliger Neuling erschien, auftrat. Klar und deutlich zeigte es sich, wie viel ein gewiegter Parlamentarier und Parteiführer an der Spitze der Reichsleitung vor dem gescheitesten Bureaukraten voraus hat, sobald es die Herstellung und Erhaltung des Einvernehmens zwischen der Regierung und der Volksvertretung gilt. Klar und deutlich trat es auch in Erscheinung, wie große Vorzüge es hat, wenn die verantwortlichen Staatsmänner vor ihrer Ernennung sich des Vertrauens der Volksvertretung und ihrer Zustimmung zu dem Regierungsprogramm soviel wie immer möglich versichern. Wie mit einem Schlage ist durch den jüngsten Regierungswechsel eine wohltuende Entspannung der Lage eingetreten. Während seit Jahr und Tag jede neue Reichstagstagung neue Konflikte heraufführte, hat die jüngste kurze Tagung, genau wie es hier vor vierzehn Tagen verlangt wurde, ganz in dem Zeichen des wiederhergestellten Burgfriedens, des völligen Einverständnisses zwischen der Regierung und der überwältigenden Mehrheit des Reichstags gestanden. Es ist eingewandt worden: die ruhige Glätte, mit der alles verlief, sei nicht selbstverständliche Auswirkung innerer Einmütigkeit aller Beteiligten gewesen, sondern habe offensichtlich den Charakter sorgfältiger vorheriger Vereinbarung für den besonderen Fall getragen. Nun, die Verab-

Digitized by Google

redung gilt doch weit über den nächsten Fall hinaus, zu mindest für die ganze Kriegszeit. Sie gilt in bezug auf das ganze zwischen dem Kanzler und den Parteien vereinbarte Mindestprogramm, positiv, insofern die sozialpolitischen Reformvorlagen, die in der nächsten Tagung eingebracht werden sollen, ihrer Annahme durch die Reichstagsmehrheit im voraus gewiß sind, negativ, insofern alle Verfassungsreformen, von der preußischen Landtagsreform abgesehen, ausgeschaltet bleiben sollen. Ohne Widerspruch seitens der Mehrheit zu finden, durfte der Kanzler in seiner Rede feststellen: an den Grundlagen unserer Reichsverfassung, die recht eigentlich aus dem geschichtlich gewordenen Charakter des deutschen Volkes und seiner verschiedenen Stämme hervorgewachsen sei, könne und solle nichts geändert werden. Ein Wiederzusammentreten des Verfassungsausschusses, der den Stein der Verfassungskämpfe ins Rollen gebracht hatte, ist denn auch für die weitere Dauer des Krieges nicht zu erwarten. Damit wäre vom innerpolitischen Gebiete her, das in den letzten Zeiten so oft im Reichstage die eigentliche Gefahrenzone für Burgfrieden und innere Eintracht wurde, die Aussicht auf neue Krisen beschworen.

Fast scheint es, als sollte es der geschickten Hand des Grafen Hertling, dessen Domäne in den langen Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit nicht umsonst die auswärtige Politik gewesen ist, gelingen, auch in den so heiß umstrittenen Fragen der Kriegs- und Friedensziele eine Annäherung unter den feindlichen Parteien herbeizuführen. Zwischen der Regierung und der Reichstagsmehrheit war unschwer eine Verständigung durch die Berufung auf die dem Papst am 19. September erteilte Antwort, die in Graf Hertlings Reichstagsrede neu bekräftigt wurde, zu erzielen. Indem der Kanzler dieser Berufung das Wort hinzufügte, daß damit der Entente kein Freibrief für eine freventliche Verlängerung des Weltkrieges eingeräumt werden solle, indem er sich weiter zu der zuversichtlichen Hoffnung bekannte, daß der U-Boothandelskrieg das ihm gesteckte Ziel schließlich erreichen werde, indem er dann noch in seiner Abgeordnetenhausrede besonders betonte, er werde keinem Frieden zustimmen, der nicht eine bündige Sicherung der Grenzen des Deutschen Reiches und des preußischen Staates mit sich bringe, hat er zugleich mit Klugheit und Feinheit versucht, eine Annäherung zwischen den Mehrheits- und Minderheitsparteien einzuleiten. In der Frage der Stellungnahme zu dem russischen Waffenstillstands- und Friedensverhandlungsangebot, das der Reichstagsrede des Grafen Hertling eine besondere Bedeutung verlieh, ist die Annäherung rasch erreicht: einstimmig hat der Reichstag durch eine besondere von seinem Referenten für auswärtige Angelegenheiten, dem Prinzen Schönaich-Carolath, abgegebene Erklärung sein volles Einverständnis mit der Politik kundgegeben, die die Reichsregierung nach der Rede des Reichskanzlers und den ihr folgenden Ausführungen des Staatssekretärs von Kühlmann gegenüber der russischen Regierung zu befolgen beabsichtigt. Auch gegen die bedeutsame Festlegung des Kanzlers, daß die deutsche Regierung in bezug auf die ehemals dem Szepter des Zaren

Digitized by Google

unterworfenen Länder Polen, Litauen und Kurland das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker achten werde: eine Erklärung, die die neuerlich mit solcher Bestimmtheit aufgetretenen Nachrichten über eine vorzeitige austrophile Lösung der polnischen Frage auf das richtige Maß zurückführte, hat sich auf keiner Seite im Reichstage Widerspruch erhoben. Die außergewöhnliche Geschicklichkeit, mit der Graf Hertling solchergestalt gerade die Fragen der auswärtigen Politik im Reichstage behandelt hat, läßt hoffen, daß es ihm gelingen werde, nicht bloß die Mehrheitsparteien, sondern auch die Minderheitsparteien auf die Parole Abwarten, Ausharren, Durchhalten!, die in der Tat nach der derzeitigen Lage des Weltkrieges die einzig gegebene ist, zu einigen. Wie es scheint, will unser Freund Wilson sein Möglichstes tun, um dem Reichskanzler in dieser Beziehung in die Hände zu arbeiten. Die Aussicht auf die volle Schwere des amerikanischen Krieges, die uns in Wilsons neuester Botschaft an den Kongreß näher rückt, müßte uns, wenn wir es nicht ohnehin schon wüßten, vollends darüber aufklären, daß, um mit Graf Hertling zu reden, nur in einträchtigem Zusammenstehen Heer und Heimat den Sieg, den uns Wilson zu entreißen droht, endgültig erringen können.

Leider scheint es aber, als sollte dem einträchtigen Zusammenstehen, das im Reichstag durch Graf Hertlings Antrittsrede so erfolgreich angebahnt war, von der preußischen Wahlrechtsvorlage her Eintrag geschehen. Mit vollem Grund hat der Präsident des Abgeordnetenhauses in seiner Eröffnungsansprache am 5. Dezember nachdrücklich darauf verwiesen, daß die Wahlreform nicht die einzige, ja wohl nicht einmal die entscheidendste Schicksalsfrage darstelle, vor welche unser Volk heute gestellt sei, daß aber auch heute noch eine ganze Welt von Feinden mit gespanntester Begier nur darauf warte, die eigene sinkende Kraft und Siegeshoffnung durch unseren innern Zwist neu belebt zu sehen. Auch Graf Hertling hat in seiner taktisch außerordentlich geschickten und gewinnenden Antrittsrede im Abgeordnetenhause die wärmsten und eindringlichsten Töne angeschlagen. Vor allem hat er betont, daß es gelte, ein feierlich gegebenes Königswort einzulösen. Daß die damit einsetzende entscheidende Veränderung in den inneren Verhältnissen Preußens in vielen Kreisen schmerzliche Gefühle und schwere Bedenken entfachen werde, hat Graf Hertling vollauf gewürdigt, nicht minder, daß es sich für diese Kreise darüber hinaus um eine Gewissensfrage handeln möge. Für seine Person hat sich Graf Hertling, der doch auch den Anspruch erheben darf, eine konservativ gerichtete Natur zu sein, vollkommen auf den Boden der Vorlage gestellt, die er durch das Bedürfnis des Volkes, die Entwicklung und die politische Gesamtlage als gerechtfertigt erklärt. Seine kurze Rede schloß mit der Mahnung: „Bringen Sie dem Vaterlande dieses Opfer, wenn es ein Opfer ist, stimmen Sie der Vorlage im Interesse der gedeihlichen, friedlichen Entwicklung des Staates zu, möglicherweise sogar zur Verhütung schwerer Erschütterungen."

Der Antrittsrede des Grafen Hertling im Abgeordnetenhause ist unmittelbar die des

Digitized by Google

Ministers des Inneren Dr. Drews und am zweiten Verhandlungstage die des Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums Dr. Friedberg gefolgt. Von der Rede des ersteren gilt, was der nunmehrige Führer der nationalliberalen Landtagsfraktion Dr. Lohmann der Begründung der Wahlrechtsvorlage nachrühmte, daß sie klassisch schön, geradezu erhebend sei. Staatsminister Dr. Drews hat sich mit der Ausarbeitung der Reformentwürfe, der Begründung namentlich der Wahlrechtsvorlage, die offenbar sein eigenstes Werk ist, und nicht zuletzt mit seiner Antrittsrede einen Platz unter Preußens großen Reformern gesichert. Man hat bemängelt, daß der Minister die Forderung des gleichen Wahlrechts in erster Linie ethisch mit der Tatsache zu begründen gesucht hat, daß draußen auf der Walstatt alle Männer unseres Volkes den gleichen Kampf kämpfen, in gleicher Weise ihr Leben in die Schanzen schlagen: im Staatsleben müsse aber nicht die Ethik, sondern die Logik den Ausschlag geben. Als ob sich das Dreiklassenwahlrecht, das Bismarck doch nicht bloß das elendeste, sondern auch das widersinnigste aller Wahlrechte genannt hat, irgendwie logisch begründen ließe! Als ob sich nicht auch gegen ein abgestuftes Wahlrecht und ebenso gegen ein berufsständisches Wahlrecht die schwerwiegendsten praktischen Bedenken erhöben! Die Leser dieser Zeitschrift wissen, daß ich selbst — ich habe mich darüber in Heft 8 vom 23. Februar 1917 ausgelassen — mir die erdenklichste Mühe gegeben habe, einen halbwegs brauchbaren Schlüssel zu finden, um den Wert und die Bedeutung jedes einzelnen Staatsbürgers für das Staatsganze in einer Anzahl von Stimmen zutreffend zusammenzufassen. Aber es stellte sich alsbald heraus, daß auf der Grundlage des Versuchs, die staatliche und soziale Leistung und Bewährung in ihren hauptsächlichen Momenten zum Grund- und Eckstein des Wahlrechts zu erheben, eine Einigung der Parteien nicht herbeizuführen war. Dem damaligen Minister des Inneren habe ich ohne weiteres zugeben müssen, daß bei einer Zurückdrängung des pekuniären Moments, wie ich sie für schlechthin erforderlich hielt und halte, ein Mehrstimmenrecht eine antidemokratische Wirkung nicht auszuüben vermöge. Mit der Feststellung aber, daß nur eine große Anzahl offener und versteckter Mehrstimmen für Einkommensteuer oder Besitz ein weniger demokratisches Ergebnis als beim gleichen Wahlrecht sichern kann, ist heute jedes Pluralwahlrecht gerichtet. Nicht besser aber steht es um ein berufsständisches Wahlrecht. Es hat seinen guten Grund, wenn der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg den Gedanken an ein solches berufsständisches Wahlrecht, wie er noch immer in der konservativen Presse spukt, kurzerhand als eine „abgestandene Sache" beiseite schob. Liegt es denn nicht auf der Hand, daß auch nur der Versuch einer Kontingentierung der Abgeordnetenmandate auf die einzelnen Berufsstände alle wirtschaftlichen Interessengegensätze bis zur Unerträglichkeit aufpeitschen würde? Einen Vorgeschmack davon bekommt man, wenn man verfolgt, wie sehr schon der Gedanke, das Herrenhaus mehr als bisher auf dem berufsständischen Prinzip aufzubauen, Sonderwünsche auf allen Seiten wachruft. Daß es im übrigen ein völ-

Digitized by Google

liges Unding wäre, beide Häuser des Landtages auf ein und dasselbe berufsständische Prinzip zu gründen, ist so klar und einleuchtend, daß darüber kein Wort zu verlieren ist. Ein berufsständisches Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus anstreben, heißt, dem Herrenhaus jede Existenzberechtigung, jede Existenzmöglichkeit absprechen!

Mir scheint, daß sich auch vom logischen Gesichtspunkte aus gerade so viele und gerade so gewichtige Argumente für das gleiche Wahlrecht wie für irgendein anderes anführen ließen. Das Gewicht der ethischen und moralischen Erwägungen kann in jedem Falle nur zugunsten des gleichen Wahlrechts in die Wagschale fallen. Wir wissen heute, daß die ethischen Gesichtspunkte die Entscheidung der Krone maßgebend beeinflußt haben. Es ist ein Verdienst Ministers Friedbergs, daß er uns Aufschluß über die Motive der Krone bei dem Wahlrechtserlaß vom 11. Juli gegeben hat. Es mag sein, daß für den Erlaß vom 11. Juli auch noch der Beweggrund eine Rolle gespielt hat, Herrn von Bethmann Hollweg, wenn möglich, am Ruder zu erhalten. Aber das war doch nicht etwa ein unerhörter Vorgang, wie der nationalliberale Sprecher Dr. Lohmann behauptete. Es ist nicht wahr, daß Herr von Bethmann Hollweg sich an sein Amt geklammert habe. Wenn der Träger der Krone und sein verantwortlicher Ratgeber bis zum letzten Momente den Kanzlerwechsel zu vermeiden gesucht haben, so leitete sie dabei offensichtlich das klare, rein sachliche Gefühl, daß ein solcher Wechsel in einer Zeit, wo das unauflösbare Reichsparlament alle Trümpfe in der Hand hatte, der Krone teuer zu stehen kommen und ihr, zumal bei einem öfteren Wechsel, leicht die Macht zugunsten des Parlaments aus den Händen winden könne. Ist dieses Gefühl etwa so ganz grundlos gewesen? Wahrlich, die Konservativen, die so heftig gegen die Vorgänge bei der Ernennung Graf Hertlings, v. Payers und Friedbergs wettern, sollten an ihre Brust schlagen und auch in dieser Beziehung nicht bloß das mea culpa[1], sondern das mea maxima culpa[2] aussprechen. Zum wenigsten aber müßten sie anerkennen, daß die Wahlrechtsfrage nicht bloß für sie selbst, sondern auch für die Krone zu einer Gewissensfrage geworden ist. Es ist doch ein unehrliches Beginnen, der Krone einreden zu wollen, daß sie, rein formal betrachtet, ihr Wort gar nicht gegeben habe. Nicht darauf kommt es an, ob die Zusage des Königs ihn formal bindet, mehr zu tun, als nur die Wahlrechtsvorlage einzubringen, sondern ob er seine Zusage vor seinem Gewissen als ein feierlich gegebenes und heiliges Wort empfindet. Und in dieser Beziehung kann nach den wiederholten Versicherungen des Grafen Hertling und der Minister Drews und Friedberg irgendein Zweifel nicht obwalten. Welch armseliges Manöver der Wahlrechtsgegner, den Ministern vorzuwerfen, als ob sie sich damit hinter der Krone verschanzten. Es ist der Wille der Krone selbst, daß alle Welt wisse, daß sie ihr Königswort als verpfändet betrachte und alles aufbieten werde, um es durchzusetzen.

Was sich aus dieser Sachlage an Pflichten für jede monarchische und namentlich

[1] Meine Schuld. [2] Meine große Schuld.

Digitized by Google

für die konservative Partei ergibt, liegt auf der Hand. Es gilt, wie Dr. Friedberg wieder mit Recht ausgeführt hat, der Krone dazu zu verhelfen, ein Wort, das sie gegeben hat, einzulösen. Dazu genügt es nicht, eine sorgfältige Prüfung der Vorlage zuzusagen, wie es der Abgeordnete von Heydebrand getan hat, am wenigsten dann, wenn das Ergebnis dieser Prüfung gleich dahin vorweggenommen wird, daß die konservative Fraktion unter allen Umständen das gleiche Wahlrecht ablehne. Wenn die konservative Partei nicht ein Mehreres tun will, wenn sie nicht völlig vorbehaltlos prüft, ob nicht weitere Kautelen, wie z. B. die Einführung der Verhältniswahl, die ja auch von liberaler Seite erstrebt wird, die Einführung der Wahlpflicht und etwa auch besondere Bestimmungen für die national gemischten östlichen Landesteile nach Art der in Österreich zum Schutz der nationalen Minderheiten getroffenen Einrichtungen die Einführung des gleichen Wahlrechts auch für sie erträglich macht, so provoziert sie den völligen Bruch mit der Krone. Schon einmal hat die konservative Partei es auf einen solchen Bruch ankommen lassen: bei der Kanalvorlage im Jahre 1899. Vielleicht gibt ihr dieses Beispiel doch zu denken. Denn in Sachen der Kanalvorlage, in der sich der König von Preußen mit solch leidenschaftlicher Wärme eingesetzt hatte, hat der Gang der Weltgeschichte doch nicht der konservativen Partei, sondern dem Könige recht gegeben. Was würden wir heute nicht darum geben, wenn wir den Mittellandkanal hätten! Die enormen Transportschwierigkeiten, unter denen wir seit dem Sommer leiden, die Kohlennot, die sich bis in jede Hütte hinein fühlbar macht, reden die lauteste und beredteste Sprache. Kaum ein Deutscher wird noch daran zweifeln, daß der König damals völlig im Rechte mit seiner Stellungnahme gewesen ist und daß sein „Gebaut wird er doch" bis auf den heutigen Tag eine wahrhaft prophetische Bedeutung hat. Es kann gar keine Frage sein, daß auch das gleiche Wahlrecht, nachdem einmal die Krone sich zu ihm bekannt hat, auf die Dauer nicht mehr abzuwenden ist, selbst wenn die Konservativen wie damals bei der Kanalvorlage zunächst über die Krone triumphieren sollten. Wenn die Krone sich dann entschlossen auf die breiten Massen des Volkes stützt — und was bliebe ihr anderes übrig, wenn jetzt ihr fester Wille durchkreuzt werden sollte? — so ist sie schlechthin unwiderstehlich.

Wir teilen die pessimistischen Befürchtungen nicht, die man an den bisherigen Verlauf der Wahlrechtsverhandlungen geknüpft hat. Es ist anzunehmen, daß bei den Kommissionsverhandlungen, bei denen es sich rasch zeigen wird, wie unmöglich die Konstruktion eines vernünftigen, das Volk zufriedenstellenden Mehrstimmen- oder gar eines berufsständigen Wahlrechts ist, das Schwergewicht der Gründe sich mehr und mehr zugunsten des gleichen Wahlrechts geltend machen wird. Für den Grafen Hertling und seinen Stellvertreter im Präsidium des Staatsministeriums bedeutet die Wahlrechtsvorlage die hohe Probe ihres staatsmännischen Könnens. Ihr verheißungsvolles Debut läßt uns hoffen, daß sie die Probe bestehen werden. Für Preußen und für Deutschland hängt unendlich viel, um nicht zu sagen alles, davon ab.

Digitized by Google

Die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierungsverantwortlichkeit

Von H. Peus, Dessau

„Die Sozialdemokratie ist die alte geblieben." So sagt sie in bestimmtem Sinne selbst, so sagen in anderem Sinne die rückschrittlichsten unter ihren Gegnern. „Die Sozialdemokratie hat alle ihre Grundsätze verraten", so sagen ihre Ankläger von links. Bleibt man nicht in Worten hängen, geht man auf die Dinge selber zurück, so kommt man zu voller Klarheit. Die Sozialdemokratie will nach wie vor Sozialismus und Demokratie, Befreiung der Arbeit von der Herrschaft und Ausbeutung des Kapitalismus und Selbstregierung und Selbstverwaltung des Volkes.

Anders geworden ist die Taktik der Sozialdemokratie, weil anders geworden sind die Verhältnisse, Umstände und Bedürfnisse der Zeit, in der die Sozialdemokratie wirkt.

Bebel sagte 1903 auf dem Dresdener Parteitag: „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen." Stürmischer Beifall! heißt es im Protokoll S. 313. Scheidemann erklärte 1917 auf dem Würzburger Parteitage: „Die Proletarier haben überall das Bewußtsein gewonnen, daß der Staat, für den sie kämpfen, nach dem Kriege nach weniger als vorher bloß staatlicher Klassengegner sein wird . . ." Und weiter erklärte er: „Die organisierte Arbeiterklasse kann sich aus tausend Gründen nicht gegen den Staat stellen und hat es nirgends getan." Auch diesen Ausführungen ist stürmischer Beifall zuteil geworden. Der „Vorwärts" vom 19. Oktober 1917 stellte in seinem Leitartikel fest: „Scheidemanns Rede über die nächsten Aufgaben der Partei war knapp, fesselnd, im Aufbau sich steigernd und riß den Parteitag zu stürmischem Beifall hin." Damit ist der Wandel im taktischen Verhältnis der Sozialdemokratie zum gegebenen Staat deutlich gekennzeichnet. Bebel war in seinem Grundwesen Agitator. Er rühmte sich einmal, nicht lange vor seinem Tode, in seiner 40jährigen parlamentarischen Tätigkeit nicht ein einziges Mal mit einem Regierungsvertreter verhandelt zu haben. Scheidemann aber erklärte in Würzburg: „Wir dürfen nach dem Kriege nicht mehr Theoretiker und Agitatoren bleiben, sondern müssen Praktiker des Sozialismus werden." Lebhafter Beifall unterstrich auch diese Worte. „Wir stehen", so sagte Scheidemann weiter, „erst am Anfang der ungeheuren Machtverschiebung zugunsten des Proletariats, die der Krieg hervorgerufen hat, und dadurch hat die sozialdemokratische Partei die unmittelbare Anwartschaft auf die Macht im Staate." „Bei der nächsten Reichstagswahl geht es um die wirkliche politische Macht, um dem entscheidenden Einfluß im Staat, um die Regierung selbst. Wir müssen an jedem Tag, an dem uns das Volk dazu beruft,

Digitized by Google

bereit sein, die sozialistischen Grundsätze in die Wirklichkeit zu übertragen". Man vergleiche mit allen diesen Worten Scheidemanns wieder, was Bebel 1903 in Dresden erklärte: „Es soll sich um Machtzuwachs handeln: das ist ja überhaupt die Frage des Revisionismus man will schließlich in der Regierung Macht erwerben, so denkt man hüben wie jenseits der Vogesen; wenn wir mal erst einen sozialdemokratischen Geheimrat in einem Ministerium hätten, oder einen Unterstaatssekretär! Was wäre denn dann? Nehme man einmal an, man nehme den tüchtigsten aus Ihren Reihen und machte etwa Vollmar zum Staatssekretär des Innern. Glauben Sie, daß er dann Gesetzentwürfe machen könnte, wie er wollte? Da steht die ganze Bourgeoisie, die heute kaum ihre eigenen Männer in der Regierung hat, und die sollte einen Sozialdemokraten hineinkommen lassen! Das wäre doch nur dann denkbar, wenn sie ganz genau wüßte, daß sie dadurch die Sozialdemokratie von innen heraus zertrümmern und zu etwas anderem machen könnte, als sie jetzt ist." Das war der ungeschminkte Ausdruck eines absoluten Mißtraues gegen den Staat. Bebel blieb in seinem Denken immer außerhalb des Staates, nach dessen katastrophalem Zusammenbruch er erst die Zukunft des Sozialismus erwartete. Scheidemann aber sagte in Würzburg: „Der Aufbau und die Erholung nach dem Kriege ist anders überhaupt nicht denkbar als durch planvolle Anwendung sozialistischer Grundsätze und die methodische Durchdringung der ganzen Wirtschaft mit dem sozialistischen Prinzip." Im gegebenen Staat und in der gegebenen Gesellschaft will er diese Arbeit getan wissen. Die Erwartung der befreienden Katastrophe ist abgetan. Nur von der schrittweisen Umwandlung wird alles erwartet.

Die parlamentarische Regierung ist ein Stück Demokratie, ein kleines Stück, wenn auch kein bedeutungsloses. Sie kann mit so stark antidemokratischen Zuständen und Einrichtungen verbunden sein, daß durch die parlamentarische Regierung allein herzlich wenig Demokratie gegeben ist. Wohl aber besteht Gefahr, daß durch das parlamentarische Regime eine Demokratie vorgeschützt wird, die leerer Schein ist, und daß die Entartung der Demokratie, die Demagogie, sich breit macht.

Es ist die Aufgabe aller Ehrlichen, einschließlich der konservative Denkenden, alles zu tun, daß keine Scheindemokratie, keine Demagogie Platz greife. Vor allem aber hat die Sozialdemokratie die Pflicht, in dieser Beziehung das äußerst Mögliche zu tun, weil ihr politisches Ziel, die Demokratie, durch nichts mehr diskreditiert werden kann, als wenn korrupte Demagogie, parlamentarische Cliquenwirtschaft das Vorhandensein einer Demokratie vorheucheln will. Bebel wollte von einer Beteiligung an einer Regierung von heute nichts wissen, weil er das Heil nur von derjenigen Ordnung der Dinge erwartete, die nach der Katastrophe der kapitalistischen Gesellschaft zu schaffen sei. Die Sozialdemokratie von heute aber, die überzeugt ist, der heutige Staat und die heutige Gesellschaft könnten nur durch Demokratie und Sozialismus gerettet werden, muß umgekehrt, von dem Gedanken beseelt, daß ohne ihr Mitwirken nichts

Digitized by Google

Gutes zustande kommen könne, darauf drängen, die Regierungsmacht mit in die Hände zu bekommen. Die Sozialdemokratie hat mit vollem Recht ihre Anhänger vor Überschätzung der bloßen parlamentarischen Regierung und der bloß parlamentarisch regierten Republik zu bewahren gesucht. Sie legte immer großes Gewicht auf die Verbindung des Sozialismus mit der Demokratie. Und der in den Gewerkschaften und Genossenschaften sich betätigende Teil der Sozialdemokratie hat mit dieser seiner Tätigkeit die Erkenntnis an den Tag gelegt, daß politische Formen ohne wirtschaftliche Macht als ihr Fundament leere Schemen sind, die keinerlei Garantie für beglückenden Inhalt bieten. Darum ist dieser Teil der Sozialdemokratie, heute ihr größter Teil, auch davor bewahrt, den Formen der Staatsverfassung ein zu großes Gewicht beizumessen. Unten im Volke selber ist das Glück des Volkes zu bauen. „Aller Segen kommt von unten" ist auch ein gutes Sprichwort.

Wenn durch solche Auffassung aller Überschätzung des parlamentarischen Systems, ja des Parlamentarismus selbst, vorgebeugt ist, so ist aber andererseits auch klar, daß, wenn die parlamentarische Regierung Platz greifen und insbesondere durch die politische Macht der Sozialdemokratie mit herbeigeführt werden soll, es von größter Bedeutung ist, daß die Sozialdemokratie selber mit ganzer Aktivität dabei sei. Wenn das Volk durch die Selbstregierung sein Schicksal sich selber schulden soll, wenn es selber die Verantwortung tragen und keinen anderen als sich selber soll anklagen können, dann darf natürlich auch die Sozialdemokratie sich der Verantwortung nicht entziehen. Mit der Regierung Hertling-Payer ist der Anfang zu einer Volksregierung gemacht, und es besteht kein Zweifel, wenn der Reichstag will, wenn er dafür sorgt, daß ein geschlossener Arbeitswille da ist, dann ist keine Regierung möglich, die der Reichstag nicht will. Dazu gehört aber, daß die in ihm vertretenen Parteien die Verpflichtung in sich fühlen, nur so weit Partei zu sein, als es die Pflicht, einen festen Mehrheitswillen des Reichstags zu bilden, gestattet.

Die Sozialdemokratie hat bei der Lösung der letzten Ministerkrise deutlich den Willen bekundet, den Mehrheitswillen des Reichstags mitbilden zu helfen, sie hat der Regierung Hertling-Payer-Kühlmann ihre Unterstützung versprochen, wenn diese im Sinne der Reichstagsmehrheit regiert. Sie hat es aber abgelehnt, durch Annahme eines Staatssekretärpostens unmittelbar an der Regierung teilzunehmen. Die übrigen Mehrheitsparteien haben sie zu dieser Teilnahme aufgefordert. Die Sozialdemokratie hat die Ablehnung dieser Teilnahme damit begründet, daß dann doch weit mehr Zugeständnisse gemacht werden müßten. Insbesondere müsse der Belagerungszustand erst vorher fallen. Man kann auch nicht leugnen, daß der § 9 der Reichsverfassung, der es verbietet, gleichzeitig Mitglied des Bundesrates und des Reichstags zu sein, der Sozialdemokratie es noch sehr erschweren muß, einen Ministerposten ihrerseits zu besetzen. Aber in derselben Lage befinden sich die bürgerlichen Parteien, die ehrlicherweise eine parlamentarische Regierung wollen. Warum sollen

Digitized by Google

sie können, was die Sozialdemokratie nicht zu können glaubt? Trugen daher diese kein Bedenken, durften sie sogar nach Meinung der Sozialdemokratie kein Bedenken tragen, in die Regierung einzutreten, die im Sinne des Reichstags regieren soll, so ist nicht einzusehen, warum die Bedenken der Sozialdemokratie größer sein sollen. Gerade um darauf hinzuwirken, daß dem Reichstage die volle Verantwortung zugewiesen werde, hätte ein Sozialdemokrat sehr nachdrücklich helfen können. Der Wandel der Dinge wäre dann auch mit aller Deutlichkeit in die Erscheinung getreten. Das Volk hätte gesehen, daß wirklich eine neue Regierungsart begonnen habe.

Nun ist allerdings richtig, es gibt im Volke, insbesondere in der Masse der Sozialdemokratie, noch viele, von denen solch ein Wandel der Dinge als ein zu starker empfunden würde. Die insbesondere von Bebel genährte Volksstimmung hat eine Tradition geschaffen, nach der solche Teilnahme an der Regierung eines im Geiste des Kapitalismus verwalteten Staates als ein Verrat an allen Grundsätzen der Sozialdemokratie empfunden wird. Die „Unabhängigen" sind der Ausdruck dieser traditionellen Stimmung. Diese Sozialdemokraten bringen es nicht fertig, nachdem sie während Jahrzehnten eine agitatorisch feindliche Stellung gegen den gegebenen Staat eingenommen haben, sich nunmehr zu ihm bejahend zu verhalten. Sie vermögen die Bedeutung der Taktik gegenüber prinzipiellen Zielen noch nicht zu begreifen, ihr Denken ist nicht beweglich genug, um sich den veränderten Dingen anzupassen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Rücksicht auf solche Gefühle es auch mit gewesen ist, weshalb man den Schritt noch nicht glaubte tun zu können, in die Reichsregierung mit einzutreten. Eine solche Rücksicht auf Tatsachen im Denken der Parteianhänger ist sicher nicht ohne weiteres abzuweisen. Jede Partei braucht die innere Zustimmung der Masse ihrer Anhänger. Andererseits ist auch das richtig, was von den Parteigenossen ohne weiteres noch nicht verstanden wird, kann mit der nötigen Anstrengung verständlich gemacht werden. Und das ist nicht so schwer wie man glaubt. Die Millionen, die für Sozialismus und Demokratie interessiert sind, haben viel stärkeres Interesse an positiven Erfolgen als an negativer Kritik. Für dogmatische Prinzipienstarrheit sind im allgemeinen nur Klubfanatiker; das Volk lobt, was ihm wirklichen Vorteil bringt.

Eine andere Frage ist die, ob ein Sozialdemokrat schon alles das verantworten kann, was eine heutige Regierung noch zu tun sich für berechtigt hält. Will aber ein Sozialdemokrat erst dann in die Regierung treten, wenn er alles billigen kann, was die Regierung tut, dann kann die Teilnahme an einer Regierung leicht überhaupt unmöglich werden. Es ist die Meinung ausgesprochen worden, ein Sozialdemokrat könne nicht in die Regierung treten, solange der Belagerungszustand noch nicht aufgehoben sei. Was ist aber am Belagerungszustand geändert, wenn, solange er besteht, ein Sozialdemokrat nicht an der Regierung teilnimmt? Jetzt wird der Belagerungszustand durch äußeres Eingreifen der sozialdemokratischen Leitung vielfach gemildert,

Digitized by Google

manches Zeitungsverbot durch sie wieder zur Aufhebung gebracht. Sicher würde dieser Einfluß durch einen Sozialdemokraten als Mitglied der Regierung direkt wie indirekt noch stärker ausgeübt werden können. Wollte man aber sagen, ein sozialdemokratisches Mitglied der Regierung sei immer für alles, was die Regierung tue, mitverantwortlich, so kann das auch wieder nicht stimmen, denn wir setzen ja immer voraus, daß wir es nicht mit einer rein sozialdemokratischen Regierung zu tun haben, sondern daß die Regierung eine Regierung der Mehrheit des Reichstags ist, bei der jede Partei Opfer bringen muß, um ein geschlossenes Zusammengehen der Parteien zu ermöglichen. Es muß endlich einmal voll begriffen werden, daß zwischen dem Ideal, das vom begrifflichen Denken gestellt wird, und dem Ziel, das die Wirklichkeit der Tatsachen ermöglicht, ein Unterschied ist, und daß, wer am Ideal festhält, in der Idee alles, in der Wirklichkeit aber nichts erreicht. Politik ist die Kunst des Möglichen, die Kunst, durch Geschick dem Möglichen eine rechte weite Ausdehnung zu geben.

Man darf annehmen, daß die Führung der Sozialdemokratie geglaubt hat, die Dinge seien noch nicht reif genug, man müsse sich mit dem bisher Erreichten begnügen. Man kann aber auch meinen, die Not des Vaterlandes fordere, daß die Sozialdemokratie sich ihrer Pflicht nicht mehr länger entziehe. Eine Dreiteilung des Reichsamts des Innern ist angeregt. Da wäre ein sozialdemokratischer Vertreter weitgehender Sozialreform sehr am Platze. Man kann auch meinen, daß ein Sozialdemokrat im Auswärtigen Amt sehr brauchbar wäre. Wollen wir mit der russischen Demokratie zum Frieden kommen, um für den Bund Kontinental-Europa in den Mittelmächten mit Rußland zusammen ein starkes Fundament zu gewinnen, so würde ein auf ein gerechtes Verhältnis der Völker untereinander hinsteuernder Sozialdemokrat sicher wertvolle Dienste leisten können.

Vielleicht hat bei der Ablehnung des Eintritts in die Regierung auch dies mitgewirkt, daß man dem Vorwurf entgehen wollte, als greife man hastig nach der Gelegenheit, einen gut bezahlten Ministerposten zu erhalten. Solche Bescheidenheit ist aber wenig angebracht. Ein sehr hohes Staatsamt ist heute kein Vergnügen, sondern harte Arbeit. Die Inhaber hoher öffentlicher Ämter gehören heute sich selber am wenigsten an, sondern stehen von früh bis spät in der Tretmühle der Ansprüche der Öffentlichkeit. Die organisierte Arbeiterschaft, welche durch ihre Presse über die gesetzgeberische Tätigkeit und die Arbeit der Verwaltung einigermaßen unterrichtet ist, hat wohl auch kaum die Meinung, daß es ein Vergnügen sei, Staatssekretär oder Minister zu werden. Höchstens glaubt sie, daß der Ehrgeiz durch solches Emporsteigen seine Befriedigung finde. Doch wird der Gedanke an das reichliche Maß von Kritik jeder Färbung, das sich die Inhaber hoher Staatsämter alle Tage gefallen lassen müssen, wohl auch geeignet sein, die Vorstellung von der hohen Befriedigung des Ehrgeizes erheblich herabzustimmen. Und wer fällt, nachdem er gestiegen ist, genießt ja wohl das Gegenteil des Rausches befriedigten Ehrgeizes.

Digitized by Google

So kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Konsequenz der von der Sozialdemokratie erstrebten Demokratie es fordert, daß auch die Sozialdemokratie selber ihren Pflichtanteil übernehmen muß, indem auch sie mit in eine Regierung eintritt, der sie ihre Unterstützung angedeihen lassen will. Die weiteren Konsequenzen, die das für das Verhalten zum Etat usw. hat, müssen mutig gezogen werden. Furcht davor zu haben, besteht gar kein Anlaß. Der Sozialismus, der eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist, kann nicht dadurch aufgehalten werden, daß Sozialisten ihre Auffassung in ein Regierungsamt hineintragen, und die Demokratie kann nicht gefährdet werden, wenn die Sozialdemokratie ihr Teil Verantwortung an der Regierung des Volkes mit übernimmt. Unten im Volke und in der Wissenschaft mag die Gedankenwelt der Theorie daneben weiter begeistrungsfrohe Befruchtung finden.

Macht und Wille der maximalistischen Regierung in Rußland

Der nachfolgende Stockholmer Brief ist vor dem Abschluß der Waffenruhe geschrieben und findet in manchen Punkten seine Ergänzung durch die seitdem eingetretenen Ereignisse. Er zeichnet aber den immer noch bestehenbleibenden Kern der russischen Dinge, die Unsicherheit über das Kommende, so gut, daß seine Charakteristik der Lage in Rußland uns noch für eine ganze Weile als Führung für unser Urteil wird dienen können. Red.

Stockholm, den 30. Nov. 1917.

Trotz des Entschlusses der Maximalisten, Friedensverhandlungen zu beginnen, ist der herrschende Zustand in Rußland doch eine Art von latentem Bürgerkrieg, d. h. die Parteien stehen sich als feindliche Mächte gegenüber und warten auf den günstigen Moment, gegen einander vorzugehen. Außer den Maximalisten können wir gegenwärtig folgende Parteigruppen als bedeutsam erkennen:

1. Der linke Flügel des Sozialismus, linke Sozialrevolutionäre und Internationalisten mit ihrem Anhang, die sich um das Programm des allrussischen Eisenbahnerverbandes geschart haben, dessen Zentralkomitee „Wikshel" gegenwärtig eine ziemlich entscheidende Macht ausübt. Sie verlangen eine friedliche Beilegung des Konfliktes durch Vereinbarung zwischen allen sozialistischen Parteien einschließlich Maximalisten, ferner sozialistische Koalitionsregierung, Fortsetzung der maximalistischen Friedenspolitik und Einberufung der konstituierenden Versammlung. Sie erkennen zwar die gegenwärtige maximalistische Regierung nicht als rechtmäßig an, sympathisieren aber stark mit ihr und scheinen ziemlich im Einklang mit ihr zu handeln. Der „Wikshel" beherrscht den größten Teil des russischen Eisenbahnnetzes, verwaltet das Verkehrsministerium selbständig, ohne Anerkennung des maximalistischen „Volkskommissars"; sein Programm scheint in einem großen Teile Rußlands Anklang gefunden zu haben; so haben sich z. B. die Parteien in Moskau nach den bluti-

Digitized by Google

gen Kämpfen am 12. November auf das Programm des „Wikshel" geeinigt; der von ihnen eingesetzte Wohlfahrtsausschuß verwaltet, soweit wir darüber unterrichtet sind, Moskau und ein ziemlich weites Gebiet der Umgebung ebenfalls selbständig, d. h. ohne Anerkennung der maximalistischen Regierung, aber doch in einem gewissen Einvernehmen mit ihr. Der „Wikshel" war es hauptsächlich, der am 14. und 15. November Kerenskis Operationen gegen Petersburg verhinderte und zur Auflösung seines Korps beitrug. Das maximalistische Zentralkomitee hat das Programm des „Wikshel" formell anerkannt; ehrlich für seine Verwirklichung wirken zu wollen scheint aber nur ein Teil der Maximalisten unter Sinowjew und Kamenew, der allerdings die meisten intelligenten Kräfte der Partei umfaßt; unter den Massen hat er aber weniger Anhänger, als Lenin und seine „Keule" Trotzki, die trotz aller Versicherungen, daß sie sich mit den übrigen sozialistischen Parteien einigen wollen, faktisch nach der Alleinherrschaft streben. Bekanntlich ist der unter Sinowjews und Kamenews Führung stehende Teil der Maximalisten aus der maximalistischen Regierung, dem „Rat der Volkskommissare" und dem maximalistischen Zentralkomitee, ausgetreten, hat somit Lenin offen die Feindschaft erklärt.

2. Das Zentrum des Sozialismus, das hauptsächlich aus den Sozialrevolutionären und Minimalisten besteht und das sich anfänglich um das „Komitee zur Rettung des Vaterlandes und der Revolution" in Petersburg gruppierte. Diese Leute sind erbitterte Gegner der Maximalisten, wollen aber keine blutige Beseitigung, weil sie fürchten, daß eine solche bei der in weiten Kreisen latenten Mißstimmung gegen den Sozialismus überhaupt leicht von den bürgerlichen Parteien dazu ausgenutzt werden kann, um plötzlich den Sozialismus niederzuwerfen. Sie verlangen eine reinsozialistische Koalitionsregierung unter Ausschluß der Maximalisten, die sogenannte „aktive Politik für den Frieden", d. h. eine Revision der Kriegsziele durch die Entente und gemeinschaftliche Friedensverhandlungen, verwerfen aber, wie es scheint, zunächst noch den Gedanken an einen Separatfrieden und an die maximalistischen Methoden der Friedensstiftung durch sofortigen Waffenstillstand. Sie wollen gleich alles Land der Gutsbesitzer zur Verfügung der Agrarkomitees stellen, die endgültige Lösung der Agrarfrage aber der konstituierenden Versammlung vorbehalten. Anfangs erschienen sie fast als Verbündete Kerenskis, dem sie die Regierungsbildung auf Grund ihres Programms anvertrauen wollten, allmählich aber wandten sie sich immer mehr von ihm ab, je mehr der Einfluß Tschernows, des alten Gegners und Rivalen Kerenskis, bei ihnen durchdrang. Gegenwärtig wissen wir über ihren Herrschaftsbereich nur, daß die bekanntesten Führer dieser Richtung, Tschernow, Gotz und Zeretelli sich im Hauptquartier befinden. General Duchonin[1] steht in engstem Einvernehmen mit dieser Richtung. Am sichersten scheint ihr Rückhalt an der Westfront zu sein, wo in den ersten

[1] Der Obertommandierende Duchonin ist inzwischen von dem neuen Oberkommandierenden Leutnant Krylenko ersetzt und bei den Kämpfen um das Hauptquartier gefallen. Die Schriftleitung.

Digitized by Google

Tagen der maximalistischen Revolution ein besonderes Wohlfahrtskomitee den Versuch des maximalistischen A. S.-Rates in Minsk vereitelte und die Leitung der Front übernahm.

3. Kerenski und seine Anhänger, zu denen die kleinen, aber durch ihrer Führer bedeutsamen Parteien der Volkssozialisten, Staatssozialisten, der minimalistischen und sozialrevolutionären Verteidigungsfreunde und Radikaldemokraten gehören. Bisher waren diese für die unbedingte Aufrechterhaltung einer Koalition mit den Bürgerlichen und Weiterführung des Krieges, allerdings unter Revision der Kriegsziele durch die Entente. Wie weit sie ihren Standpunkt inzwischen geändert haben, wissen wir nicht, doch ist es als sicher anzunehmen, daß sie in der Friedens- und Agrarfrage Zugeständnisse an die herrschende Richtung des Sozialismus gemacht haben. Kerenski selbst, sowie sein damaliges Expeditionskorps gegen Petersburg und das Armeekomitee beim Hauptquartier, bevor es unter den Einfluß Tschernows geriet, haben erklärt, daß sie das Programm des Komitees zur Rettung des Vaterlandes und der Revolution anerkennen und nur im Einverständnis mit ihm die maximalistische Revolution unterdrücken wollen. Am 11. November hätte Kerenski die Möglichkeit gehabt, mit seinem damals siegreichen Expeditionskorps in Petersburg einzumarschieren; die maximalistischen Truppen gingen bereits in Scharen zu ihm über. Er wurde daran zunächst durch das Programm des Komitees zur Rettung verhindert, das eine blutige Niederwerfung des Aufstandes unbedingt verhindern wollte; später durch das Eingreifen des „Wikshel", das ihm die Verbindungen sperrte. Unterdessen hatten die Maximalisten eine eifrige Agitationstätigkeit im Expeditionskorps gegen Kerenski eröffnet, und am 16. November erklärte sich plötzlich der Befehlshaber dieses Korps General Krasnow gegen Kerenski. Dieser mußte flüchten, allerdings nicht, wie anfangs berichtet wurde, in der Verkleidung eines Matrosen, sondern auf eine für einen Höchstkommandierenden würdigere Weise, in einem Panzerzug. Wo er sich jetzt befindet und ob er einen Machtbereich besitzt, ist unsicher. Es wurde gemeldet, daß die rumänische und die Südwestfront sich für ihn erklärt hätten und daß Kerenski sich dort aufhalte. Nach anderen Nachrichten soll er noch treue Truppen irgendwo südlich von Petersburg besitzen, von denen es heißt, daß sie bei Luga oder bei Staraja Russa stehen. Jedenfalls verhält er sich abwartend. Völlig als Machtfaktor ausgeschaltet ist er noch nicht.

4. Die bürgerlichen Parteien, die allerdings gegenwärtig nur einen einzigen Machtbereich zu besitzen scheinen, nämlich das Gebiet der südöstlichen Kosakenföderation mit dem Dongebiet als Hauptstütze. Es scheint aber, ob der Hetmann Kaledin, auf den die Bürgerlichen so große Hoffnungen setzen, durchaus nicht gewillt ist, die Gefahren eins Eingreifens in die allgemeine russische Politik auf sich zu nehmen, sondern sich damit begnügt, seine Herrschaft im Südosten zu konsolidieren. Ob Kaledin überhaupt eine mehr als lokale Rolle spielen wird, erscheint fraglich.

Digitized by Google

5. Als selbständige Herrschaftsbereiche müssen wir noch die drei großen Grenzmarken Finnland, die Ukraine und den Kaukasus[1] erwähnen. Der finnländische Landtag hat die maximalistische Regierung nicht anerkannt, sondern beschlossen, die höchste Regierungsgewalt im Lande selbst auszuüben. Da er aber nicht imstande war, alle Parteien des Landes gegen die russische Garnison zu einigen, ja bisher bei der gegenseitigen Erbitterung der Parteien nicht einmal eine Regierung hat bilden können, so ist die Selbständigkeit Finnlands vorläufig nur in der Theorie vorhanden. Die ukrainische Rada soll beschlossen haben, daß die Ukraine eine Republik ist, die in einem gewissen Verhältnis zu Rußland stehen soll, ohne damit die „Einheit" des Russischen Reiches antasten zu wollen. Sie hat die maximalistische Regierung zwar, wie es scheint, nicht anerkannt, befindet sich aber jedenfalls in einem gewissen Einverständnis mit ihr, da die Ukrainer bereits seit einiger Zeit als Bundesgenossen der Maximalisten auftreten, obgleich sie innerpolitisch eigentlich bedeutend mehr rechts als diese, ja selbst als das Zentrum des russischen Sozialismus stehen. Der Bund mit den Maximalisten war für sie nur das Mittel, um eine möglichst weitreichende Selbständigkeit zu erlangen, die sie von den übrigen russischen Parteien nicht erwarten konnten! Über den Kaukasus wissen wir am wenigsten. Er wurde bisher von einer Koalition des grusinischen Sozialismus mit den tatarischen Stammeshäuptlingen regiert, und zwar im Namen der russischen Regierung, da der Führer dieser Koalition, Tsch'chenkeli, Kommissar der russischen Regierung ist und auch bisher die Zugehörigkeit des Kaukasus zu Rußland stark betont hat. Bereits im Sommer wiesen aber gewisse Erscheinungen darauf hin, daß Tsch'chenkeli bestrebt ist, sich eine selbständige nationale Stellung zu schaffen. Die letzten Meldungen, daß der Kaukasus selbständig sei, werden wohl nur bedeuten, daß seine Regierung die Herrschaft der Maximalisten nicht anerkennen, aber auch nicht mit dem benachbarten südöstlichen Kosakenbunde zusammengehen will, so daß sie also zunächst völlig selbständig ist.

Über den Machtbereich, der danach der maximalistischen Regierung übrig bleibt, wissen wir soviel, daß sie die Herrschaft in Petersburg besitzt und daß die Garnison von Finnland, die Ostseeflotte, die Garnison von Estland und eine Reihe nord- und ostrussischer und sibirischer Städte ihre Herrschaft anerkannt haben. Eine Regierung im eigentlichen Sinne des Wortes üben die Maximalisten überhaupt noch nicht aus, höchstens eine politische Führung, da sie, wie es scheint, nicht ein einziges Ministerium in ihrer Gewalt haben. Das Verkehrsministerium wird, wie oben gesagt, vom „Wikshel" verwaltet, das Kriegsministerium von General Manikowski, der sich ausbedungen hat, daß sich die maximalistische Regierung nicht in seine Anordnungen einmischt, das Verpflegungsministerium von den Ministergehilfen, die die Herrschaft

[1] Den letzten Nachrichten z folge haben sich auch die Esten, d. h. das Gouvernement Estland und Nordlivland als selbständig erklärt. Zu Anfang der Revolution waren diese beiden Gebiete unter dem Namen Estland vereinigt worden und hatten eine beschränkte innere Ökonomie erhalten. Die Schriftl.

Digitized by Google

der Maximalisten nicht anerkennen. Außerdem arbeiten noch einige Abteilungen des Finanzministeriums und der Reichsbank, aber ebenfalls ohne Anerkennung der neuen Regierung. Alle anderen Ministerien streiken, liegen also völlig still. In Petersburg selbst hat sich bisher die Stadtduma geweigert, die neue Regierung anzuerkennen; sie ist allerdings dafür mit einem Auflösungsdekret bedacht worden, doch haben wir noch nichts davon gehört, daß die Maximalisten es gewagt hätten, dieses Dekret durchzusetzen. Überhaupt ist die Lage der maximalistischen Regierung selbst in Petersburg so, daß sie nur da Gehorsam findet, wo sie ihre Soldaten hinschickt und den Gehorsam mit physischer Gewalt durchsetzen kann.

Trotzdem ist es unter zwei Voraussetzungen wohl möglich, daß die Herrschaft der Maximalisten sich noch ziemlich lange hält, nämlich:

Entweder, wenn es Lenin gelingt, durch eine Art Schreckensherrschaft den Gehorsam zu erzwingen und gleichzeitig die Armee durch den Waffenstillstand auf seine Seite zu ziehen. Die Anfänge dazu sind ja bereits in beiden Richtungen gemacht. Die Soldaten sind aufgefordert worden, ihre Generäle abzusetzen und durch eigene Delegierte mit den Deutschen in Verbindung zu treten. Eine solche Herrschaft würde natürlich die rücksichtsloseste Ausnutzung aller demagogischen Möglichkeiten ohne auf die dadurch für das Reich entstehenden Gefahren zu achten, voraussetzen.

Oder aber Lenin wird gestürzt und die Partei versucht daraufhin, sich mit den im „Komitee zur Rettung des Vaterlands und der Revolution", sowie im Hauptquartier vereinigten Sozialisten zu verständigen. Wenn die Aufforderung an die Soldaten, selbst Waffenstillstand zu schließen, Erfolg haben wird, so wird das sozialistische Zentrum augenscheinlich geneigt sein, darauf einzugehen, und wenn die Bewegung auf den Frieden hin noch weitere Fortschritte macht, so wird das die Stellung der Maximalisten allen anderen Richtungen gegenüber auf solange stärken, wie der Friedensgedanke mächtiger als alle anderen schwebenden Fragen in Rußland ist.

Früher oder später aber wird sich mit Sicherheit gegen die Maximalistenherrschaft alles in Rußland einigen, was festen Besitz irgendwelcher Art zu verteidigen hat. Es ist möglich, daß schon bei den Wahlen zur Nationalversammlung die Maximalisten weniger Stimmen erhalten, als man in Deutschland und auch in Schweden zurzeit denkt. Von den bürgerlich-liberalen Parteien werden die Kadetten die Sammelstelle abgeben, an die sich von rechts und links her alles anschließt, was entweder von der sozialpolitischen oder von der russisch-nationalen und imperialistischen Seite her gegen die Unentwegten Front machen will. Entweder auf der Nationalversammlung oder im Lande, vielleicht auch an beiden Stellen, wird der Kampf zwischen den Gemäßigten und den Radikalen entbrennen, und es ist so gut wie sicher, daß die Auseinandersetzung eines Tages gewaltsam und blutig wird. Die Zeit des eigentlichen Schreckens steht Rußland noch bevor.

Die Maximalisten haben einerseits das Bestreben, den Frieden unter Dach und Fach

Digitized by Google

zu bringen, damit sie dann ihre Kraft ganz gegen die inneren Gegner wenden können. Andererseits aber, und das gehört entscheidend zum Verständnis der maximalistischen Gedankenwelt, verfolgen sie mit ihrem Friedensangebot auch starke politische Propagandazwecke nach außen. Sie wollen die soziale Revolution nicht nur für Rußland, sondern auch für das übrige Europa, nicht zum wenigsten für Deutschland, und sie erwarten, daß wenn sie ein Friedensangebot an Deutschland und alle übrigen kriegführenden Völker machen, die Wirkung davon eine Niederlage der kriegsfreundlichen bürgerlich-militaristischen Regierungen durch das den Frieden heischende Proletariat sein wird. Gerade in Deutschland versprechen sie sich viel von dieser Politik. Sie halten die Lage bei uns für reif dazu, daß die dem Sozialismus ergebenen und nach Frieden verlangenden Massen den Kriegswillen der oberen Schichten und der Regierung hinwegfegen, sobald diese nicht auf die maximalistische Friedensformel eingehen wollen. Ihr Gedanke ist, womöglich gegen Regierung und Heeresleitung in Deutschland das Bündnis mit den deutschen radikalen Sozialdemokraten zu proklamieren und diese aufzurufen, gemeinsam gegen den deutschen Militarismus zu marschieren. Das erst wäre nach ihrem Herzen. Solche Leute wie Lenin und Trotzky vergessen keinen Augenblick, daß für sie die Befreiung Rußlands von der „bürgerlichen" Reaktion nur der Anfang und nur ein Mittel für die allgemeine Weltbeglückung ist. Friedensvorschläge sind für sie Schritte auf dem Wege ihrer Weltmission. Das Heil ist in Rußland erschienen; an sie, die russischen Maximalisten, sollen die Gesinnungsgenossen in aller Welt sich anschließen.

Kommt es zu Besprechungen und schickt Deutschland Unterhändler, die mit den maximalistischen Vertrauensleuten zusammenkommen, so sollen die Deutschen sich darum vorsehen. Allerdings sitzt die Not Rußland im Nacken, und es kann sein, daß sie auch die Maximalisten zwingt, ohne viel Besinnen zuzugreifen und zu nehmen, was sie bekommen, nur um sich zu retten; ihre Absicht aber ist es, „das Messer des Friedens dem deutschen Militarismus in den Rücken zu stoßen". Soviel man sieht, glauben die Männer der sogenannten Maximalisten-Regierung in Petersburg daß die Massen in Deutschland bereit sein werden, auf ihren Ruf zu hören, wenn die deutschen „Machthaber" sich sperren. Die seit Jahr und Tag verbreiteten englischen, französischen und amerikanischen Darstellungen der herrschenden Notlage in Deutschland wirken trotz der Beweise deutscher Kraft, die in jüngster Zeit gegeben worden sind, immer noch fort. Außer auf Deutschland rechnet man auch auf die Gesinnungsgenossen in Italien, wo der Militarismus seinen großen Zusammenbruch erlebt hat und die materielle Not der Massen steigt. Nach Italien sind aber die Verbindungen schwer. Nach Deutschland hofft man sie ohne weiteres zu bekommen, sobald Verhandlungen beginnen, und ebenso nach Österreich, für das man sich von der geistigen Verfassung gewisser sozialdemokratischer Führer, durch die zuerst Fühlung mit Petersburg genommen wurde, dort ganz etwas besonderes verspricht.

Digitized by Google

Der Jammer Livlands

Von Hans Delbrück

Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß, wenn die Zustände in Rußland furchtbar sind, es in Livland noch schlimmer aussieht. Jede Ordnung hat aufgehört, hungrige Soldatenbanden durchziehen brennend und mordend das Land, und es gibt keinen Schutz dagegen. Die Russen, kaum fähig auf eigenem Boden der Anarchie zu steuern, haben hier unter dem fremden Volkstum nicht nur nicht die Fähigkeit, sondern nicht einmal den guten Willen, das Leben der Deutschen, die als die Besitzenden und Gebildeten die Angegriffenen sind, zu schützen. Auch die lettischen und estnischen Bauernhöfe unterliegen der Ausraubung, da für die ganze russische Nordfront infolge des Zusammenbruchs der Eisenbahntransporte die Verpflegung versagt. Das Land droht eine Wüste zu werden.

Unsere Truppen stehen in der Nähe. Sollen sie eingreifen? Dann könnte vielleicht der Gedanke an politische Absichten entstehen und die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen stören, vielleicht zerreißen. Mit verschränkten Armen zuzusehen, wie vor unseren Schützengräben das Furchtbare geschieht, ist aber nicht erträglich. Wenn kein anderer Ausweg gefunden wird, so wäre es möglich, daß Deutschland und die gegenwärtige russische Regierung zusammen Schweden auffordern, das Land in Verwahrung zu nehmen, bis es sich politisch organisiert hat. Die Kosten könnte es erstatten. Die Maximalistenregierung hat sich ja bereit erklärt, Livland und Estland selbständig werden zu lassen. Durch die schwedische Besatzung könnte man sich in Petersburg sogar militärisch in gewisser Hinsicht beruhigt fühlen, und Deutschland würde beweisen, daß es der freien Entscheidung der Bevölkerung im baltischen Gebiet nicht vorgreifen will, vielmehr es ihr überläßt, sobald sie erst die Möglichkeit bürgerlicher Ordnung gewonnen hat, über ihre eigene Zukunft zu bestimmen.

Eine neue Wendung in der nordischen Frage

Von Albert Dresdner

Als Trotzky die Veröffentlichung der Geheimurkunden ankündigte, wurde alsbald von Paris die Parole ausgegeben, sie sei nicht zu fürchten, da nur allbekannte Dinge darin enthalten seien. Die Angst des bösen Gewissens spricht aus dieser gemachten Gleichgültigkeit — das verstand man im Augenblicke, als die Urkunden vorlagen. Nein, was sie enthalten, sind keineswegs allbekannte Dinge. Auf einem Gebiete wirken sie sogar mit der vollen Wucht der Überraschung, werfen sie mit der Grellheit des Scheinwerfers ein jähes Licht auf die Schleichwege der russisch-englischen Politik. Das ist die nordische Frage.

Sehen wir zu, was sie darüber besagen und bedeuten.

Digitized by Google

Von Anfang des Krieges an hatten einsichtige Politiker in Schweden vor der russischen Gefahr gewarnt. Hatten sich dahin ausgesprochen, daß Rußland den Weg an den Atlantischen Ozean keinen Augenblick aus dem Auge lasse und daß man vor dem Griffe des Bären auf der Hut sein müsse. Es waren nicht nur die „Aktivisten", die diese Ansicht vertraten; die russische Sorge hielt in Schweden doch weite Volkskreise wach. Auch in Norwegen fehlte es nicht an Stimmen, die sich im gleichen Sinne aussprachen, und Norwegen wäre es ja gerade gewesen, das vor allem die Kosten des russischen Vormarsches zum offenen Meere hätte tragen müssen. Aber es war, als ob das norwegische Volk in seiner politischen Unerfahrenheit — erst seit einem Jahrzehnte hat es politisch zu denken begonnen — allen Ernstes glaubte und hoffte, Rußland, welches seit zwei Jahrhunderten nach Ost und West, nach Nord und Süd erobernd vorgedrungen war, werde vor Norwegen achtungsvoll halt machen. Und die Ententefreunde in Norwegen wie in Schweden bekräftigten diese unschuldige Auffassung. Rußland sei ja jetzt vollauf beschäftigt, so hieß es; es werde sich an deutschem Gebiete schadlos halten, überdies winke ihm Konstantinopel, da sei um Narvik keine Gefahr. Auch kämpfe die Entente ja bekanntlich für die Freiheit der kleinen Nationen. Nur keine „aktivistische" Politik aus unbegründetem Mißtrauen gegen Rußland! Aus Norwegen ergingen scharfe Absagen an den schwedischen Aktivismus, in Schweden selbst bemühte sich besonders die Sozialdemokratie, sowie ein großer Teil des Liberalismus um die Beruhigung der öffentlichen Meinung vor der russischen Gefahr. Und nicht ohne Erfolg.

Aber da wurde bekannt, daß Rußland die Aaland-Inseln befestige. Man wurde in Schweden doch unruhig. Die Regierung fragte an. Sie erhielt die beruhigende Antwort, die Befestigungen seien nur für die Kriegszeit bestimmt; nach Beendigung des Krieges kehre Rußland wieder zu seiner Verpflichtung zurück. England als Mitbürge des Aaland-Vertrages gab Versicherungen im selben Sinne ab: keinerlei Grund, sich Sorge zu machen. Und die schwedische Regierung nahm — zur lebhaften Zufriedenheit der Linkenparteien — diese Versicherungen an.

Pokrowskis Geheimdepesche vom 30. Januar 1917 beweist, daß Rußland damals gelogen hat. Darin fordert Rußland, daß nach dem Schlusse des Krieges „die Servitut über die Aaland-Inseln", d. h. die Verpflichtung, die Inselgruppe nicht zu befestigen, aufgehoben werde. Während Rußland in Stockholm versicherte, daß es nach Friedensschluß die Aaland-Inseln wieder entfestigen werde, war es entschlossen, dies nicht zu tun, und forderte von seinen Verbündeten die ausdrückliche Entbindung von seiner vertraglichen Verpflichtung. Während England in Stockholm die russische Erklärung bestätigte, wußte es, daß sie den Zukunftsabsichten seines Verbündeten zuwiderlief. Beide haben vereint Schweden amtlich belogen. Beide haben vereint die skandinavischen Staaten über die ihnen drohende Gefahr hinwegzutäuschen versucht.

Digitized by Google

Das ist eine Enthüllung. Aber nicht die einzige.

Rußland wollte also die Aaland-Inseln befestigt halten. Zu welchem Zwecke? Man werfe einen Blick auf die Karte. Die Inselgruppe liegt hart an Schwedens Küste. Sie beherrscht die Einfahrt zu Stockholms Schärenhof. Befestigt bildet sie ein Ausfalltor gegen Schweden, eine Pistole, die auf Schwedens Herz gespannt ist. Diese Pistole wollte Rußland dauernd in der Hand halten, um sie im Falle eines Konfliktes sogleich abfeuern zu können; in einem solchen Falle konnten dann binnen wenigen Stunden russische Truppen an der schwedischen Küste gelandet und Stockholm von der See abgesperrt werden. Unter welchen Bedingungen war ein solcher Konflikt möglich oder wahrscheinlich? Es gab und gibt nur eine: wenn Rußland zum Atlantischen Meere durchbrechen wollte. Dann freilich müßte Schweden zum Schwerte greifen. Die durch die Pokrowski-Depesche enthüllte Aaland-Politik Rußlands beweist daher implizite, daß Rußland den Plan, nach Narvik durchzustoßen, keinen Augenblick aus dem Auge verloren, vielmehr ihn bereits während des Krieges umsichtig vorbereitet hat. Es kann dabei, weil in diesem Zusammenhange nebensächlich, dahingestellt bleiben, ob es plante: Konstantinopel *oder* Narvik, oder: Konstantinopel *und* Narvik. Nie sind Politiker so schnell, so gründlich, so glänzend gerechtfertigt worden, wie die vielgescholtenen Aktivisten, Russophoben oder wie man die Warner vor der russischen Gefahr im Norden sonst zu benennen beliebte. Die Gefahr bestand höchst wirklich und höchst drohend. Was sie für Norwegen bedeutete, hat Aall meisterlich auseinandergesetzt: England hätte Rußlands Festsetzung in Narvik zugelassen, zugleich aber „zur Erhaltung des Gleichgewichts" selbst einen brauchbaren norwegischen Hafen besetzt. Und was das freie und selbständige Reich Norwegen angeht: fuit Ilium!

Aber Norwegen ließ sich völlig einschläfern. Schweden freilich blieb doch immer etwas mißtrauisch, und Rußland war seiner nicht ganz sicher. Wenn es von den russischen Plänen Wind bekäme? Wenn es dem Frieden doch nicht traute und für sein Leben, seine Zukunft, seine Sicherheit zu den Waffen griff? Auch für diesen Fall war vorgesorgt: Geheimdepesche Ssasonows vom 9. März 1916. Man müsse „rechtzeitig an Maßnahmen denken, Norwegen auf unsere Seite zu bringen für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, einen Krieg mit Schweden vorzubeugen". Ein neues Licht!

Norwegen, der gute Freund, dem die Entente zugestandenermaßen mehr verdankt als irgendeinem andern Neutralen, ausgenommen die weiland neutralen Vereinigten Staaten, Norwegen sollte zur Belohnung gegebenenfalls in den Krieg hineingezogen werden, zu dessen Vermeidung es die schwersten und demütigendsten Opfer brachte! Die Fürsorge für seine Ehre, Freiheit und Selbständigkeit, deren man es zu versichern nicht müde wurde, bestand darin, daß man es als Stein im Spiele der Entente betrachtete und auszunutzen gedachte. Für sie sollte es den Bruderkrieg gegen Schweden führen. Damit blieben England-Rußland ihrer skandinavischen Politik treu, für die

Digitized by Google

ich wiederum auf Aall hinweise[1]. Diese Politik bestand von je darin, zwischen die skandinavischen Völker Uneinigkeit zu säen, sie gegeneinander zu hetzen. Ein politisch geeintes und starkes Skandinavien ist der imperialistischen Politik Rußlands und Englands von je als eine Gefahr erschienen: es hätte sie vielfach hemmen und binden können. Ein politisch geeintes und starkes Skandinavien wäre auch während dieses Krieges den Ententemächten sehr unbequem gewesen: es hätte der Erdrosselungspolitik Englands gegen Norwegen und Schweden mit Erfolg Widerstand leisten, ja sie unmöglich machen können; und so groß war Englands Sorge hiervor, daß es in der Furcht, Norwegen könnte am Ende doch den natürlichen Anschluß an Schweden suchen, die Schlinge, die es ihm um den Hals warf, nur ganz allmählich anzog, um es nicht etwa zur Besinnung auf seine ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel kommen zu lassen. Es ist auch wirklich nicht zur Besinnung gekommen, und nun meinte man es so weit zu haben, daß man es auch zum Äußersten, zum Kriege gegen das schwedische Brudervolk würde bringen können.

Aber wäre das wirklich gelungen? Wer die englische Agitationstechnik und die Widerstandslosigkeit der norwegischen Presse und öffentlichen Meinung dagegen kennt, wird nicht einen Augenblick im Zweifel darüber sein. Ja, die Sache war gar nicht einmal schwierig zu machen.

Setzen wir: Schweden beharrte auf seinem Widerspruche gegen die Befestigung der Aaland-Inseln. Rußland versichert würdig, sie werde nach Kriegsabschluß alsbald geschleift werden. Schweden gibt sich nicht zufrieden und erklärt den Krieg. Alsbald erklärt die englische Propaganda: Schweden erklärt den Krieg den feierlichsten Versicherungen Rußlands zum Trotze. Es kann sich ihm also unmöglich um die Aaland-Inseln handeln. Es hat vielmehr geheime Ziele, hat einen Bund mit Deutschland geschlossen, verfolgt Eroberungsabsichten. Der Krieg richtet sich mithin nicht etwa gegen Rußland — sein Ziel ist Norwegen. Schweden will die Gelegenheit benutzen, um sich für 1905 zu rächen; es will Norwegen erobern: das ist seine wahre Absicht. Wegen des bißchen Aaland-Inseln würde Schweden sonst nie und immer Krieg machen — Norwegen ist bedroht; es kann seine Freiheit nur retten, wenn es an Englands und Rußlands Seite Zuflucht sucht, die ja überhaupt für die kleinen Völker fechten. Und ich zweifle nicht daran, daß Herr Professor Collin, die Herren Thomessen und Genossen alles getan hätten, um ihre Landsleute davon zu überzeugen, daß Norwegen um Lebens und Sterbens willen mit England und Rußland für seine Freiheit und die der Welt kämpfen müsse — gegen Schweden.

Nun, der treffliche Plan ist vorläufig vereitelt: Rußland ist zusammengebrochen. Aber wieso ist es zusammengebrochen? Infolge der deutschen Siege. Deutschlands Waffen haben die Freiheit und Selbständigkeit der beiden skandinavischen Staaten

[1] Sein Buch „Das Schicksal des Nordens" werde ich in einiger Zeit bei Gustav Kiepenheuer in Weimar in deutscher Ausgabe veröffentlichen.

Digitized by Google

gerettet, während Rußland mit seinem englischen Bundesgenossen heimliche Anschläge gegen sie schmiedete. Übrigens aber ist Rußland doch noch immer nicht ganz erledigt. Das ist es erst dann, wenn sämtliche Randstaaten, Finnland, die Ostseeprovinzen, Litauen, Polen, die Ukraine, von ihm abgelöst sein sollten. Erst dann sind ihm menschlichen Ermessen nach auf absehbare Zeit Zähne und Klauen ausgebrochen. Und wiederum ist dies Ziel nur durch und mit Deutschland zu erreichen.

Inzwischen aber bleiben die Aaland-Inseln befestigt. Nur sitzt jetzt statt Rußland — England auf ihnen! Und dasselbe England setzt sich gleichzeitig an der Murmanküste, in Alexandrowsk, in Archangelsk, in Estland nach Kräften fest. Der Vorgang bleibt, nur der Hauptakteur hat gewechselt: an Rußlands Stelle ist England getreten, das gemeinsam mit diesem die skandinavischen Staaten angelogen hat. Die Gefahr für sie besteht weiter — aber sie ist jetzt vielleicht noch größer geworden. Vorher sahen sie sich zwischen zwei Mächten eingeklemmt: da blieb doch immer noch die Möglichkeit, daß diese sich auch einmal veruneinigen könnten und so der Druck auf die skandinavischen Staaten entlastet werden könnte. Jetzt umklammert sie von Osten wie von Westen eine einzige Faust, eine Faust, die einem Willen gehorcht. Sie kann sich jederzeit, wann es nützlich scheint, schließen und Schweden-Norwegen wirtschaftlich und militärisch abschnüren und erdrosseln. England schickt sich an, das Erbe Rußlands in der Ostsee anzutreten — und England in der Ostsee bedeutet das Ende eines selbständigen Skandinaviens. Freilich, freilich, es ist ja das großmütige England, der treue Freund der kleinen Völker, der aus Liebe zu ihnen die Burenstaaten vernichtet, Portugal zum wehrlosen Vasallen entmannt, Griechenland vergewaltigt hat. Vielleicht erscheint dies den Anglomanen in Norwegen und Schweden als eine hinlängliche Bürgschaft der Freiheit beider Staaten.

In Wahrheit: Englands Stellung dem Norden gegenüber ist durch die Veröffentlichung der Geheimurkunden sehr peinlich geworden. Gelingt es nicht, die Tatsachen zu verwischen und die Logik zu verdrehen, so erscheint es als Rußlands Mitschuldiger an dem Attentate auf die skandinavischen Staaten und jetzt als der Fortsetzer dieser Attentatspläne. Es muß also versucht werden, diesen Sachverhalt zu verdunkeln. Und schon hat sich die in diesem Punkte musterhaft arbeitende englische Politik an diese Aufgabe gemacht. Der Fall ist ein Schulbeispiel, und verdient gut studiert zu werden.

Die „Times“ bringt im Hinblick auf die Dreikönigszusammenkunft in Christiania die folgende Meldung „aus Kopenhagen“: Der jetzige Augenblick sei für die nordischen Reiche sehr interessant. „Schweden ist durch die letzten Ereignisse in Rußland von starken Befürchtungen vor Rußland entlastet worden. Zwar ist es unmöglich, zu sagen, wie lange das Chaos in Rußland noch anhalten wird. Aber in Schweden herrscht die Überzeugung vor, daß eine bereits deutlich erkennbare Folge des Krieges die sein wird, daß Rußland aufhören wird, eine Großmacht zu sein.“ Kann etwas

Digitized by Google

sachlicher, unschuldiger, wohlwollender sein als diese Meldung? Aber sehen wir ein wenig näher zu ...

Nur beiläufig erinnern wir daran, daß der Zusammenbruch Rußlands eine Wirkung der deutschen Siege ist. England hat ihn wahrlich nicht gewollt. England wollte Rußland stark und militärisch leistungsfähig. Es hätte dem Bundesgenossen auch den kleinen Gefallen wegen des „Servituts" der Aaland-Inseln nicht verweigert — hätte ihn ihm nicht verweigern können. Wenn sich also Schweden entlastet fühlt, so ist das gegen Englands Willen geschehen und ist Deutschland zu verdanken. Darauf möchte die „Times" nicht hinweisen. Aber wir möchten es.

Indes: „Schweden fühlt sich entlastet". Sagt nämlich der „Times"-Berichterstatter in Kopenhagen. Seine Meldung wird dann durch Reuter an die skandinavische Presse weitergegeben. Der norwegische, der schwedische Leser liest sie und sagt erleichtert: also Schweden fühlt sich entlastet. Die Gefahr ist also vorüber. England zeigt sich darüber auch befriedigt. Es ist großmütig wie immer. Es trägt nichts nach. Breiten wir, sagt es, einen Schleier über die Vergangenheit, alles ist vergeben und vergessen, Rußland wird infolge des Krieges aufhören, eine Großmacht zu sein, und damit ist die Skandinavien drohende Gefahr glücklich beseitigt. Wir können wieder frei atmen.

Man beachte das hier angewandte Verfahren der Suggestion. Was England verbreiten will, wird als die schwedische Meinung ausgegeben. Was als die schwedische Meinung ausgegeben wird, dient dazu, die Spuren der englischen Politik und ihrer Anschläge zu verwischen. Der schwedische und norwegische Leser darf nicht dazu kommen zu erwägen, daß doch Rußlands Zusammenbruch ganz gegen den Willen Englands erfolgt ist. Man muß ihm suggerieren, daß er sich erleichtert fühlt — so übersieht er, daß England jetzt die Aaland-Inseln selbst in der Hand hält und die Drohung Rußlands mit gefährlicheren Mitteln fortsetzt. Und dann kann England jetzt in der Stille auf eigene Rechnung das Spiel gegen die skandinavischen Staaten fortsetzen, das es bisher als Partner Rußlands gespielt hat. Die „Times"-Meldung hat den Zweck, eine Bearbeitung der öffentlichen Meinung im Norden vorzubereiten, die diesem Ziele gilt.

Die Frage ist: wird es erreicht werden? Schweden und Norwegen haben sich einmal von Rußland und England düpieren lassen — werden sie sich jetzt von England zum zweiten Male düpieren lassen? Soll ich die Frage frei heraus nach meiner Überzeugung beantworten, so muß ich sagen: es scheint mir nicht unwahrscheinlich. Augenblicklich ist der Sachverhalt der folgende:

In Schweden haben die Geheimdepeschen Pokrowskis und Ssasonows über die Aaland-Inseln und die etwaige Einbeziehung Norwegens in den Krieg großes Aufsehen erweckt. Eine gewisse Erregung ist unverkennbar. Die vor Rußlands Absichten gewarnt haben, stellen mit Ernst und Nachdruck fest, daß ihre Auffassung die vollkommenste Rechtfertigung gefunden hat. Nationale Kreise haben die Forderung aufge-

Digitized by Google

stellt, daß die Aaland-Inseln zu fernerer dauernder Sicherung des Reiches an Schweden abgetreten werden müssen. Die Linke will davon natürlich nichts wissen.

Nun aber Norwegen. Bei der Lektüre der norwegischen Presse fällt es auf, daß sie die russischen Geheimurkunden überhaupt nur mit spitzen Fingern anfaßt. Während die großen schwedischen Blätter sie im vollen Wortlaut gebracht haben, haben die norwegischen Zeitungen sie zum Teil gar nicht, zum Teil nur verkürzt und auszugsweise veröffentlicht. Und doch sollte es, will uns dünken, für einen neutralen Staat nicht ohne Wert sein, einen vollen Blick in die Eroberungs- und Intrigenpolitik der Ententemächte zu tun. Aber selbst den beiden Depeschen von Pokrowski und Ssasonow gegenüber, die doch unmittelbare Lebensfragen der nordischen Völker berühren, wird das gleiche sonderbare Verfahren angewandt. So ist in der Drahtmeldung aus Petrograd, die „Morgenbladet" und „Tidont Tegn" am 26. November über die Veröffentlichung der Geheimurkunden brachten, beider Depeschen keine Erwähnung getan; „Aftenposten" brachte am 27. aus der Londoner „Times" (!) eine kurze Bemerkung über die Ssasonow-Depesche, aber nichts über die Aaland-Angelegenheit. „Tidens Tegn" ließ sich bis zum 30. Zeit, um der Aaland-Depesche Erwähnung zu tun, wickelte aber dann diese Erwähnung in einen Stockholmer Bericht ein, in dem sie so gleichsam nebenher erschien. Zum Vergleiche sei bemerkt, daß „Politiken" in Kopenhagen schon am 27. November beide Depeschen im Auszuge gebracht hat und daß sie am 28. in den Berliner Blättern im Wortlaute zu lesen waren. Man darf hiernach behaupten, daß die norwegische Presse sich bemüht, die durch die Geheimurkunden an den Tag gebrachten, für die nordische Politik hochwichtigen neuen Tatsachen dem norwegischen Publikum, wenn nicht ganz zu verschweigen, so doch jedenfalls in möglichst abgeschwächter und wirkungsloser Art und Form beizubringen.

Aber noch mehr! Am 28. bringt „Tidens Tegn", ein in der Wolle ententefreundlich gefärbtes Blatt, das sich bestens bemüht hat, Mißtrauen zwischen Norwegen und Schweden zu säen, eine Meldung über den „neuen Aktivistenrummel" in Schweden. Damit bezeichnet es die Forderung der schwedischen Nationalisten auf Abtretung der Aaland-Inseln an Schweden. Der Leser des Blattes wußte damals noch nicht, wodurch sie verursacht ist. Er wußte nicht, daß Rußland feierlicher amtlicher Versicherung zum Trotze sie dauernd befestigt halten, daß es gegebenenfalls Norwegen zum Kriege gegen Schweden veranlassen wollte. Folgerichtig zieht er den Schluß, daß die schwedischen „Aktivisten" ein gefährliches Element der Unruhe, der Eroberungs- und Großmachtspolitik seien, gegen das man auf der Hut sein müsse. Wie dringend die Gefahr für den norwegischen Norden gewesen ist, welch verlogenes Spiel Rußland und England mit den skandinavischen Völkern gespielt haben: davon erfährt er nichts.

Das norwegische Volk hat seine Politik allein zu machen. Wenn es damit zufrieden ist, daß ihm die wichtigsten Tatsachen über seine Lebensfragen vorenthalten werden,

Digitized by Google

so ist das seine Sache[1]. Aber es bildet sich dann natürlich eine Meinung, ohne das erforderliche Tatsachenmaterial zu beherrschen. Es wählt seinen politischen Kurs, ohne das Fahrwasser zu kennen. Für den, der dem norwegischen Volke wohl will, ist es ein trauriges Schauspiel zu beobachten, wie es ihm systematisch erschwert wird, Klarheit über die ihm drohenden Gefahren und die natürliche Lagerung seiner Interessen zu gewinnen. Die Geschichte wiederholt sich: der „Fall Norwegen" ist schon einmal dagewesen. Er hieß da der „Fall Portugal". Auch Portugal begann (1703) als der „große Freund" Englands. Dann wurde der Freund immer fester geknebelt, bis er zum Gefolgsmanne, schließlich zum willenlosen Sklaven Englands herabsank, der auf dessen Wink Krieg zu erklären oder Frieden zu schließen hat. Die Knebelung erfolgte durch wirtschaftliche Maßnahmen. Durch wirtschaftliche Maßnahmen hat England während dieses Krieges — mit Erfolg — auch Norwegens Handlungsfreiheit zu lähmen versucht. Die Politik von „Tidens Tegn" und Spießgesellen führt das freie Volk des Nordens auf den Schicksalsweg Portugals.

Ein Musterstück der Geheimdiplomatie

Von Rudolf Rotheit

Das Bemerkenswerteste an der Veröffentlichung der russischen Geheimakten ist die vor aller Welt vollzogene Zergliederung des lebenden Leichnams der Geheimdiplomatie auf Herz, Hirn und Nerven. Der Einblick, den man dabei gewinnt, muß und wird überall, in Freundes- wie in Feindesland, die Überzeugung kräftigen, daß es so, wie bis jetzt, nicht weitergehen kann. Es muß ein Ende gemacht werden mit der verhängnisvollen Tatsache, daß eine Handvoll Personen hinter den Kulissen gefälschte Karten mischt und in bewußt unehrlichem Spiel über Länder und Völker verfügt. Schon der Suchomlinow-Prozeß enthüllte einen Gipfelpunkt von Gewissenlosigkeit, eine auf Lug und Trug aufgebaute Verschwörung zarischer Kreaturen gegen die Friedensneigung ihres Herrn. Um dem Kriegsgott die blutige Bahn zu öffnen, wurden in Rußland Offiziersehrenwort und militärischer Diensteid gegen den Träger der Krone gemordet, wurde in Frankreich der vor dem nahenden Unheil mutvoll warnende Jaurès durch einen Schuß aus dem Hinterhalt beseitigt. So stehen in Petersburg wie in Paris Verbrechertaten an der Schwelle des Weltkrieges.

Nicht der — mehr oder weniger vorher schon bekannte — Inhalt der russischen Dokumente ist das Entscheidende für ihre Beurteilung, sondern die Methode, die in voller Nacktheit darin zum Vorschein kommt. Über den Inhalt kann man insofern zur Tages-

[1] Das Verfahren ist in der norwegischen Presse bereits wiederholt angewandt worden. Der für Norwegens Würde ganz bedenkliche Fall Casement wurde beschwiegen. Die von deutscher Seite veröffentlichten belgischen Gesandtschaftsberichte wurden nicht abgedruckt. Die Tatsache britischer Zollkontrolle in Norwegen wurde lange Zeit mit Stillschweigen übergegangen.

Digitized by Google

ordnung übergehen, als er sachlich durch den Kriegsverlauf erledigt ist. Der Befriedigung über das völlige Fehlschlagen der feindlichen Absichten wird erhöht durch eine gewisse Schadenfreude bei dem Gedanken, mit welch unendlichem Kopfzerbrechen man vorgreiflich an der Beuteverteilung gearbeitet hat, um schließlich auf der ganzen Linie zu einem grandiosen Versager zu gelangen. Die Unmoral dieser Geschichte aber erfordert einige Beleuchtung, und hierfür eignet sich am besten der mit dem Namen des russischen Kriegsministers Poliwanow unterzeichnete Schriftsatz vom 20. November 1916, worin von den rumänischen Kriegsereignissen die Rede ist. Das ist ein wahres Musterstück hinterhältiger Geheimdiplomatie. Hier ist in engem Rahmen, gleichsam als Extrakt, alles vereinigt, was zwei vertragschließende Teile in der Tiefe ihrer Herzens an Niedertracht gegen einander aufzubringen vermögen. An diesem abschreckenden Schulbeispiel ist am deutlichsten zu erkennen, wie die Gifttränklein gebraut werden, die aus der Hexenküche der Geheimdiplomatie hervorgehen.

Herr Poliwanow erzählt die Umstände und Folgen des Eingreifens Rumäniens in den Krieg. Zunächst erhalten wir ein Charakterbild des rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu und eine Schilderung der rumänischen Geistesverfassung überhaupt. Sinngemäß decken sich diese Ausführungen Poliwanows mit der Äußerung des Herrn v. Bethmann Hollweg aus der Reichtagsrede vom 28. September 1916, daß Jon Bratianu, als er den Zusammenbruch der Mittelmächte vor sich zu sehen glaubte, den Entschluß gefaßt habe, „sich an dem vermeintlichen Leichenraub zu beteiligen". Wir sehen Herrn Bratianu in der Darstellung Poliwanows je nach der Kriegslage bald nach der einen, bald nach der anderen Seite schwanken, um „nicht zu spät zu kommen zur Aufteilung Österreichs" und um „möglichst viel auf Kosten der Kriegführenden zu verdienen". Als sich die Wage zugunsten der Russen zu senken scheint, leitet er mit ihnen Verhandlungen über die Gebietsteile Österreich-Ungarns ein, die er mit russischer Hilfe dem rumänischen Königreiche anzugliedern wünscht. Wir sind da bereits mitten drin im Schachern und Feilschen, wobei wohl zu beachten bleibt — was in Poliwanows Berichte nicht steht — daß Bukarest zu gleicher Zeit auch mit Wien über freiwillige Gebietsabtretungen Verhandlungen pflog. Die Russen, deren Hoffnungssegel damals noch geschwellt sind, zeigen sich spießig. Siebenbürgen — nun ja, sie haben nichts dagegen, daß die Rumänen sich Siebenbürgens bemächtigen, aber die Bukowina möchten sie doch lieber für sich selbst behalten, und das Banat möchten sie doch eher ihren lieben Freunden, den Serben, als den unzuverlässigen Rumänen zuschanzen. Da kommt der Russenrückzug aus Galizien und Polen in die Quere, Serbien wird zerschmettert, Bulgarien stellt sich als Bundesgenosse an die Seite der Mittelmächte, und Herr Bratianu, von Angst erfaßt, wird den Russen gegenüber kühl bis ans Herz hinan. Vielleicht ist mit den Mittelmächten doch noch das bessere Geschäft zu machen?

Damals kam in Bukarest, aus den Reihen der mitteleuropäischen Kolonie von einem

Digitized by Google

gründlichen Kenner der Verhältnisse in Umlauf gesetzt, das bissige Wort auf: „Die Rumänen sind so gemein, daß sie am Ende noch mit uns gehen werden!" Schleunigst schloß Herr Bratianu mit Deutschland und Österreich-Ungarn das bekannte Handelsabkommen auf Lieferung von Getreide und anderen Nahrungsmitteln, wodurch sich Rußland so verschnupft fühlte, daß es die eigene Grenze für die Ausfuhr nach Rumänien sperrte. Aber noch einmal ermannt sich Rußland. Brussilows Offensive greift mit bedeutenden Erfolgen durch — und flugs biedert sich Rumänien von neuem an Rußland an. Nur ist man sich im Ententelager noch nicht im klaren darüber, ob es lohne, Rumänien als Waffenbruder in den Bund aufzunehmen. Nach Ansicht der Russen wäre die Beibehaltung der Neutralität Rumäniens vorteilhafter, nämlich der bewaffneten Neutralität mit der drohenden Front gegen die Mittelmächte, wodurch starke Beobachtungstruppen der Mittelmächte gebunden werden, während für Rußland die Notwendigkeit, Hilfstruppen nach Rumänien zu entsenden, sich erübrigt. Schließlich gelangt man jedoch zu der Ansicht, daß die rumänischen Waffen geeignet wären, die Entscheidung zu bringen, und so wird im August 1916 der Bündnisvertrag unterzeichnet.

Zu erweiterten Zugeständnissen ist man nunmehr bereit. Ganz Siebenbürgen plus Bukowina sollen den Rumänen zufallen. Poliwanow kritisiert dieses Übereinkommen. Der Handel sei ungünstig, Rumänien erhalte zu viel, da es seine eigenen Verpflichtungen zu eng umgrenzt habe. Rumänien weigerte sich nämlich, seine Kriegserklärung außer an Österreich-Ungarn auch an Deutschlaud und Bulgarien zu richten, und es erklärte ferner, unbekümmert um die schon damals sagenhafte Einheitsfront, militärisch nur gegen Siebenbürgen vorgehen zu wollen.

In der Tat gaben sich die kleinhorizontigen Gehirne der rumänischen Staatsmänner der Vorstellung hin, daß Rumänien nur gegen Österreich-Ungarn zu kämpfen haben würde und von deutschen und bulgarischen Truppen unbehelligt bleiben werde. Darin waren sie Schüler ihres großen romanischen Vorbildes, der Italiener, die sich gleichfalls eingebildet hatten, ohne große Gefahr im Rahmen des Weltkrieges einen Sonderkrieg für eigene Rechnung führen zu können. Herr Bratianu fiel nachher wie aus den Wolken, als die Bulgaren gegen Tutrakan vorgingen und die Rumänen bei Kronstadt und Hermannstadt auf deutsche Truppen stießen.

Nachdem sie den Schaden gehabt, brauchten die Rumänen für Spott nicht zu sorgen. Ende Augnst 1916 schlugen sie los, und schon im November berichtet Herr Poliwanow, wie sehr man sich in ihnen getäuscht und wie man ihr Eingreifen überschätzt habe. Ihr Unglück sei „eine natürliche Folge der völligen militärischen Nichtbereitschaft unter der zweiseitigen Politik Bratianus; ihre leichten Siege von 1913 (gegen Bulgarien) und ihr diplomatischer Erfolg nach dem Balkankrieg haben in bedeutendem Maße zur Selbstüberschätzung von Gesellschaft und Regierung beigetragen". Das ist ein russisches Urteil über Leute, zu deren Selbstüberschätzung vielleicht niemand so

Digitized by Google

sehr beigetragen hat, wie die Russen selbst, die die Rumänen zu jenem „leichten Siege von 1913" angeeifert haben, der in Wirklichkeit nichts anderes war, als ein gefahrloser, unblutiger Raubzug, die Russen, deren Zar nach jenem „leichten Siege" auf rumänischem Boden in Constanza als Gast erschien, deren mit der Königin nahe verwandte Großfürsten sich zur Förderung der Kriegslust im Bukarester Schlosse einfanden und deren von Frankreich geliehenes Gold die Taschen rumänischer Politiker, Straßenagitatoren und Zeitungsleute füllte.

Aber mit alledem nicht genug: Rumänien hatte Unglück, folglich — so fährt die russische Kritik fort — verdient es außer den Schlägen, die es von den Mittelmächten empfing, auch russische Prügel. Nach revidierter russischer Auffassung ist die Niederlage Rumäniens sogar ein Vorteil für Rußland. Man stelle sich vor, sagt Herr Poliwanow, daß auf dem Balkan ein sehr starker Staat mit einer Bevölkerung von nahezu 13 Millionen entstanden wäre, der seine Träume auf Beßarabien nicht aufgegeben, der dem Einfluß Rußlands auf dem Balkan entgegengearbeit und unter starker politischer Einwirkung Italiens und Frankreichs gestanden hätte; „infolgedessen widerstreitet der Zusammenbruch der Großmachtpläne Rumäniens nicht besonders den politischen Interessen Rußlands".

Kann man sich eine ärgere Niedrigkeit der Gesinnung denken, als in diesen Worten steckt? Diese Gesinnung richtet sich sowohl gegen den rumänischen „Freund", von dem man im Vorhinein weiß, daß er bloß auf den Augenblick lauert, um seinerseits mit Niedertracht gegen den russischen „Freund" aufzutreten, als auch gegen die anderen beiden romanischen Bundesgenossen, deren Einfluß in Rumänien man zu bekämpfen trachtet. Die Russen empfinden Befriedigung über Rumäniens Zusammenbruch, weil sonst Gefahr vorgelegen hätte, daß es zu mächtig würde, und weil dieser Zusammenbruch eine Handhabe bietet, die Zusagen, die man den Rumänen gemacht hat, zurückzuziehen. „Die jetzt in Rumänien vorgefallenen Ereignisse (November 1916) haben die Bedingungen des Vertrages von Grund aus geändert... Die militärische Hilfe für Rumänien hat jetzt solchen Umfang angenommen, daß das in dem Vertrage vorgesehene Versprechen der Landentschädigung Rumäniens für seinen Eintritt in den Krieg unzweifelhaft einer Nachprüfung unterzogen werden muß." Doch still, vorläufig nicht darüber reden, empfiehlt Poliwanow; die Rumänen sollen noch nicht erfahren, daß man entschlossen ist, sie zu betrügen, vielmehr soll das Unglück Rumäniens bis auf weiteres „ausgenutzt werden, um die erzwungenen Bande, die Rumänien mit Rußland verknüpfen, auf möglichst lange Zeit zu befestigen".

So sieht dies Musterstück der Geheimdiplomatie aus. Es trieft von Unehrlichkeit, es kennzeichnet den russisch-rumänischen Vertrag — von anderen, ähnlichen Verträgen ist hier abgesehen — glattweg als das, was er in Wahrheit ist, als einen Vertrag zwischen Schelmen, die einander nicht über den Weg trauen. Solche Verträge und solche Erläuterungen scheuen das Licht; aus tiefem Dunkel kommen sie und in tiefem

Digitized by Google

Dunkel nur können sie gedeihen. Die durch den Weltkrieg mündig gewordenen Völker aber werden dafür zu sorgen haben, daß sie befreit werden von der grauenhaften Unmoral diplomatischer Schleichhändler, deren unehrliche Rechnungen sie mit ihrem Blute zu begleichen haben.

Notizen

Englische Menschlichkeit im Kriege. Auf die Mitteilung in meinem Artikel in Nr. 45 über den „Blutdurst" eines englischen, militärischen Instruktionsheftes sind mir briefliche Zweifel und die Bitte geäußert worden, womöglich den dokumentarischen Beleg für die Echtheit der Sache zu bringen. Ich habe daraufhin von maßgebender Stelle die folgende Abschrift aus einem erbeuteten Unterweisungsheft des englischen Generalstabs vom Februar 1917 (in wörtlicher, deutscher Übersetzung) bekommen:

„S. 12. Bajonettfechten erzeugt Blutdurst (lust for blood) . . .

Grabensäuberer arbeiten in Paaren unter ihrem eignen Führer . . . sie töten jeden Feind, den sie im Graben antreffen . . .

S. 14. Der Zugführer gewinnt das Vertrauen seiner Leute dadurch, daß er:

a) . . . . . .

b) . . . . . .

. . . . . .

h) blutdürstig (blood-thirsty) und immer darauf bedacht, wie er den Feind töten und seinen Leuten dabei behilflich sein kann."

Zur weiteren Kennzeichnung dieser Art von englischer Denkweise wird es genügen, wenn ich hinzufüge, daß in einem gleichfalls erbeuteten Verzeichnis militärischer Codeworte die Bezeichnung für Deutsche „swine" lautete, auf deutsch: Sau! Es geht doch nichts über englische Menschlichkeit und Anständigkeit! Paul Rohrbach

Die Entente und die russischen Fremdvölker. Unsere Zeitschrift hat seit Beginn des Weltkrieges auf die entscheidende Bedeutung der Fremdvölkerfrage in Rußland hingewiesen. Seitens Prof. O. Hoetzsch in der „Kreuzzeitung" und S. Bernhard in der „Vossischen Zeitung" wurde leidenschaftlich dagegen angekämpft, weil das möglicherweise die Moskowiter verschnupfen könnte. Das war an sich schon völlig verfehlt. Seit Antritt der Herrschaft durch die Maximalisten wurde diese Theorie aber direkt unsinnig, weil letztere überhaupt kein Staatsgefühl besitzen, sondern nur darauf ausgehen, ihre internationalen sozial-anarchistischen Träume zu verwirklichen, für die sie zufälligerweise in Rußland den Stützpunkt gefunden haben. Die Liebe zu den Russen ist aber bei diesen beiden Herren so festgewurzelt, daß selbst der Leitartikler der „Kreuz-itung" mit diesen Todfeinden des Kapitalismus Freundschaft zu schließen bereit ist. Vielleicht aber wird ihr nicht viel geringerer Englandhaß sie stutzig machen, wenn sie hören, daß die Entente jetzt drauf und dran ist, sich der russischen Fremdvölkerfrage zu bemächtigen: Die Kopenhagener „Politiken" melden nämlich aus Paris:

„In parlamentarischen Kreisen behauptet man, weder England noch Frankreich hätten auch nur einen Augenblick daran gedacht, feindliche Maßnahmen gegen Rußland zu treffen, oder ihm zu drohen. Die Verbündeten unterscheiden sorgfältig zwischen der Nation und den Aufrührern. Selbst wenn sie die Anerkennung von Lenin und Trotzki verweigern, sind sie doch bereit, mit jeder gesetzmäßigen Regierung, die man als Ausdruck des Volkswillens betrachten kann, in Verbindung zu treten und sie zu unterstützen. Sollte es nicht gelingen, eine reguläre Regierung zu bilden, deren Autorität sich über ganz Rußland erstreckt, so sind die Alliierten bereit, mit den Staaten zu verhandeln, die imstande sind, sich selbständig zu machen.

Digitized by Google

Die Alliierten haben bereits früher ihre Sympathie für Polen und Finnland bewiesen, und sie werden auch gegen die Errichtung eines selbständigen lettischen Reiches und einer selbständigen Ukraine keine Einwendungen erheben."

Da naturgemäß für die russischen Fremdvölker in erster Linie die Forderung der Unabhängigkeit von Rußland steht, so würden sie sie auch aus der Hand der Entente in Empfang nehmen, zumal seit letztere mit dem russischen Staate in Konflikt geraten sind. Damit ist für Deutschland die höchste Gefahr im Verzuge. Denn erhielten die Finnländer, Ukrainer usw. ihre Freiheit nicht durch unsere Unterstützung, sondern durch die Entente, so würden sie ganz von selbst nach dem Kriege auch in deren Fahrwasser verbleiben. Damit würde aber, statt einer Verbreiterung der mitteleuropäischen Grundlage, eine Quelle stetiger Beunruhigung an unserer Ostgrenze geschaffen werden, für die es sich wahrlich nicht gelohnt hätte, soviel kostbares deutsches Blut zu vergießen. Nicht einmal die von Hoetzsch & Co. angestrebte freund-nachbarliche wirtschaftliche Annäherung Deutschlands an Rußland wäre erreicht, weil sich zwischen beide Staaten ein von der Entente abhängiger Fremdvölkergürtel einschöbe. All diese Fehler könnten vermieden werden, wenn endlich die deutsche Regierung und das deutsche Volk die richtige Stellungnahme zum russischen Fremdvölkerproblem fände, wie es die Staatsrechtslehrer Berlins mit ihrem Gutachten zur Frage der Selbständigkeit Finnlands in so überzeugender Weise aufgezeigt haben.

Neuerscheinungen

Kriegsziele

Die Probleme, die der kommende Frieden aufwirft, gehen immer mehr ins allgemein Organisatorische der nationalen und internationalen Politik. Begriffe, wie sie der Fortgang der politischen Diskussion des Krieges aufwirft, werden untersucht, mit der Neugier, mit der man neuen Dingen entgegensieht, mit dem Eifer, mit dem man an die Lösung neuer Fragestellungen herangeht. Die Fragen nach den konkreten Kriegszielen werden weniger oft aufgeworfen. Die nach den Kriegszielen im Osten stellt die Schrift „Die Grundlagen des Ostenhandels und seiner Zukunft", die Erich Wallroth bei E. S. Mittler & Sohn, Berlin, herausgibt. „Der Besitz Livlands und Estlands und seiner für Rußland so wichtigen Häfen Riga, Libau, Windau und Reval, meint er, würde Deutschland in den Besitz dieser wichtigen Handelsbrücke zum russischen Markt setzen. Er würde Deutschland in wesentlich verstärktem Maße etwa die Vorteile sichern können, welche bisher Belgien und Holland als die Brückenmächte des Rheines besessen haben."

Davis Trietsch nimmt den Gedanken der Entschädigung durch Kolonien auf, untersucht von neuem die Forderungen und Möglichkeiten eines mittelafrikanischen Reiches („Afrikanische Kriegsziele", Verlag Süsserott, Berlin 1918), wodurch der koloniale Gedanke belebt wird.

Schriften dieser Art treten zurück vor den Erörterungen der Grundlagen, die für den Frieden vorbereitet werden müssen: Ein Beitrag hierzu ist die Diskussion über den Begriff der „Länderautonomie", d. h. das Problem der Stellung der Kronländer im Gefüge der österreichischen Verfassung, in der die bedeutendsten Gelehrten aller in österreichischen Hochschulen vertretenen Nationalitäten sich äußern. (Sonderheft der österreichischen Zeitschrift für öffentliches Recht, Manz Wien). Bei aller Verschiedenartigkeit der Auffassung von den einzelnen staats-, national-, verwaltungs- und rechtspolitischen Gesichtspunkten aus ist deutlich zu ersehen, wie selten die Selbstverwaltung eine gleich gerichtete staatliche Fürsorge entbehrlich macht und wie wenig es den Frieden im Innern der einzelnen Volksstämme an sich verbürgt, wenn die Verwaltung den Händen der Volksgenossen anvertraut ist. Aus den Reden tönt ferner die eindringliche Warnung, nicht die Finanzpolitik fortzusetzen, die der Staat bis heute den Ländern gegenüber eingehalten und die schließlich die seltsame Folge gezeitigt hat, daß er ihnen Steuern zuweisen muß, die ihm nicht bezahlt werden. Insbesondere verschafft sich aber die Überzeugung Ausdruck, daß eine unbedingte Selbstherrlichkeit der Länder mit der heutigen Auffassung der Staatsaufgaben kaum mehr vereinbar ist. „Wie jeder Organismus eine Stelle hat, in der Sein und Beschaffenheit des Lebens für ihn beschlossen ist, so laufen geschichtlich in der staatlichen Verwaltung stets die jeweils wichtigsten allgemeinen und gemeinsamen Interessen zusammen. Da sie sich in neuerer Zeit beständig vervielfältigen, ist es nach immer mehr Seiten für den

Digitized by Google

Staat von höchstem Belange, daß sie nirgends vernachlässigt oder gar vollständig ausgeschaltet werden. Über diese biologische Staatsnotwendigkeit können sich politische Programme und Ansprüche nicht hinwegsetzen. In der Form der Geschäftsbehandlung sind Zugeständnisse denkbar, auf keiner Stufe der Verwaltung darf jedoch dem Staate die Gelegenheit entzogen sein, über die Berücksichtigung des für die Gesamtheit Wesentlichen, Vorteilhaften und Wünschenswerten wirksam zu wachen. Die gewaltige Erweiterung der Staatszwecke wird übersehen, wenn das unveränderte Aufrechterhalten der Autonomie aus der Rechtsstaatszeit verteidigt wird. Wenn sich der Staat jene oberste Aufsicht, die mit aller Schonung für die Selbstverwaltung geübt werden soll, in einem Verwaltungszweige nun entwinden läßt, legt er Hand an seine Wurzeln, denn gerade das enge Verknüpftsein des Staates mit den Lebensinteressen der Gesellschaft ist jetzt einer der Hauptpfeiler seiner geistigen Geltung. Hier muß schon sein Erhaltungstrieb der Nachgiebigkeit oder Freigebigkeit Grenzen ziehen." In bezug darauf, was aus der gegenwärtigen Landesverwaltung werden soll, weichen deren Freunde und Gegner selbstverständlich sehr voneinander ab. Die Anregungen der letzteren gehen insgesamt auf eine Verbindung staatlicher und freigewählter gesellschaftlicher Organe, deren Zusammenarbeiten sich auch auf Landessachen erstrecken sollte, die derzeit der landesfürstlichen Verwaltung vorbehalten sind. Es prägt sich in den meisten Äußerungen ein starker Zug zum Staate aus, der mächtiger ist als die Erinnerung an die Beschwerden, die während des Krieges nicht selten gerade über die Leistungen der staatlichen Verwaltung erhoben wurden. Man findet es nicht einmal nötig, Wunsch und Unzufriedenheit durch lebhafteres Betonen der künftigen Mitarbeit des Volkes einigermaßen zu versöhnen. Es ist daher den Anhängern der Autonomie zum Verdienste anzurechnen, daß sie — eine gleichfalls zwingende Begrenzung — darauf aufmerksam machen, wie sehr seinerzeit die Selbstverwaltung der Länder als Erlösung von der Herrschaft der staatlichen Behörden begehrt und begrüßt wurde und welche schwere Bedenken es hätte, wenn etwa auch die unleugbaren Vorzüge und Vorteile der freien schöpferischen Volkskraft zugunsten einer „staatlich-bureaukratischen" Verwaltung preisgegeben würden, der zu entrinnen einst als beglückender Fortschritt galt. „Da wir auf eine folgerichtige und natürliche Entwicklung hoffen, ist es diesen Erörterungen möglicherweise vom Schicksale bestimmt, ein doppeltes zu sein: der Schwanengesang eines zur Neige gehenden Abschnittes der inneren österreichischen Geschichte und zugleich der erste Beitrag, den Jahrzehnte des Suchens und Ringens zu einem Werke liefern, das einstweilen nur in schwachen Umrissen sich vorstellen läßt. Da vorweg zu besorgen ist, daß dabei die Teile allzusehr an sich denken werden, ist es Sache aller staatstreuen Bürger, zu verhüten, daß nicht über dem Behagen der Teile an die Stärkung und an das Wohl des Gesamtstaates vergessen werde. Wider Erwarten scheinen die Lehren des Krieges allein hierzu nicht völlig zu genügen."

„Vom Völkerbund zur Staatengemeinschaft" heißt die zweite Schrift der bei Georg Müller, München erscheinenden Sammlung „Fehler und Forderungen" (Schriften zur Neugestaltung deutscher Politik.) Die demokratische Einrichtung der Volksheere, so führt der Verf. F. Liszt, aus, hat überall die demokratische Idee siegen lassen. „Die Anwendung des demokratischen Gedankens auf die auswärtige Politik bedeutet das Selbstbestimmungsrecht der Völker in ihren Beziehungen zu den übrigen völkern." „Der Sieg des demokratischen Gedankens bedeutet aber zugleich die Anerkennung der Gleichberechtigung aller übrigen Staaten, der großen wie der kleinen und kleinsten, und die unbedingte Zurückweisung eines entarteten Nationalismus, der bisher, nicht von den Völkern selbst, sondern von einer dünnen intellektuellen Zwischenschicht vertreten, in allen Staaten in derselben typischen Gestaltung wiederkehrend, das eigene Volk für das auserwählte und darum zur Weltherrschaft berufene hielt." „Der allgemeine Sieg der Demokratie, als das sicherste Ergebnis dieses Krieges, wird den Staatenverband zur Völkergemeinschaft umgestalten. Für Schiedsgerichte und Völkerbund macht Joseph Popper-Lynkeus (Anzengruber, Wien) folgende Vorschläge: „In einer vielleicht fernen Zukunft wird den einzelnen Ländern, oder noch besser, durch ihre Vertreter, auf einem Staatenkongreß beschlossen, für die militärische Ausbildung wohl alle tauglichen Staatsangehörigen ohne jede Ausnahme heranzuziehen, geradeso wie es heute geschieht; aber, wenn ein Krieg beabsichtigt wird, nur Freiwillige aufzurufen, die sich eben aus jenen militärisch Ausgebildeten zum Felddienste melden wollen. Sehr zweckmäßig wäre auch eine allgemeine Abrüstung, indem man die Anzahl der zur bloßen militärischen Ausbildung verpflichteten Jahrgänge nach Möglichkeit reduziert. Notwendig ist aber, und ganz unabhängig davon, ob und wie man abrüstet, die Abschaffung der Wehrpflicht und deren Ersatz durch die Freiwilligkeit. Ferner sollen alle Meerengen und Kanäle, die nicht innerhalb eines selbständigen, zusammenhängenden Staates liegen, sowie die Kriegsflotten, bis auf einen für die Küstenverteidigung zugelassenen Rest, desarmiert werden. Matrosen und Seesoldaten sind ebenfalls nur als Freiwillige einzureihen." Aus der Entwicklungsgeschichte der völkerrechtlichen Verträge führt Archivar J. Lulvès „einen unwiderleglichen Beweis für den Mangel an Vertrauen und Verläßlichkeit im internationalen politischen Verkehr". „Diese Ent-

Digitized by Google

wicklungsgeschichte lehrt die wachsende Bedeutung des Faustpfandes als Realgarantie für Kriegsentschädigungen." (Berlin 1918. Heymanns Verlag.) Für die nächste Zeit freilich meint Richard Zorn, muß sich „die internationale Schiedsgerichtsbarkeit" bescheiden mit einer Art obligatorischer Vermittlung, die zweckmäßig in einer Weiterbildung des Artikels 8 des Schiedsgerichtsabkommens niedergelegten Gedankens (nach dem bei Streitfällen jeder Streitteil einen Vermittlerstaat wählt) zu bestehen hätte." „Damit wäre der Sicherung des Weltfriedens ein Dienst von unendlich großer Bedeutung geleistet." (Hannover 1917, Helwingscher Verlag.)

Zur „Vermittlung und Intervention als völkerrechtliche Mittel zur Vermeidung eines Krieges" macht Albert Leser (Verlag F. A. Perthes, Gotha) folgenden Vorschlag: Die Vermittlung muß ausgehen von Subjekten, die das uneingeschränkte Vertrauen sämtlicher Staaten besitzen. „Die Vertreter der Staaten werden nicht von den Regierungen der betreffenden Staaten bestimmt, sondern von den fremden Staaten gewählt." Die Aufgabe ihrer Konferenz ist das Eingreifen in bestimmte akut gewordene Fragen, die Beseitigung einander entgegengesetzter Strömungen in den einzelnen Ländern. „Daneben wäre ein ständiger Ausschuß im Haag zu errichten, der aus fünf bis zehn Delegierten eines jeden Landes bestände, die sich in einem bestimmten Turnus abwechselten. Diesem Ausschuß fiele die Aufgabe zu, als Zentrale der ganzen Organisation zu dienen und in enger Fühlung mit allen anderen Delegierten die wichtigen politischen und sozialen Ereignisse der ganzen Welt zu verfolgen." Schöne Gedanken zu einer „Neuordnung der Menschenliebe" entwirft Admiralitätsrat Dr. Felisch (E. S. Mittler, Berlin). Er zeichnet neue Grundlinien für pflegerische Hilfeleistung und Volkswohlfahrt, im Anschluß an den von der Reichsmarine-Stiftung geschaffenen Wohlfahrtsverband. Er ruft schließlich zu einem Zusammenschluß aller Wohlfahrtsvereinigungen innerhalb des Deutschen Reiches auf.

Von den Zukunftssorgen Deutschlands wird die nach der „Zukunft des deutschen Außenhandels" am regsten behandelt. H. Herkner macht sie von der vielerörterten Frage: Mitteleuropa oder Weltpolitik abhängig (E. S. Mittler, Berlin). „Wird uns der handelspolitische Kampf durch unsere Gegner aufgenötigt, dann wird allerdings die mitteleuropäisch-levantische Wirtschafts-Gemeinschaft, der jetzt noch alle Angriffsabsichten fern liegen, so ausgebaut werden können und müssen, daß sie sich zu Schutz und Trutz bewährt. Auch dann darf es sich aber nicht um einen schwächlichen und schmählichen Verzicht auf die glanzvolle Stellung handeln, welche wir uns vor dem Kriege auf dem Weltmarkt erworben hatten, nicht um einen verzagten Rückzug auf die Linie Berlin—Bagdad, nicht um eine Preisgabe unserer kolonialen Interessen, um einen förmlichen Abschluß von der ganzen übrigen Welt. Wir dürfen nicht ruhen und nicht rasten, bevor wir uns unseren Handel nicht in vollem Umfange wiederhergestellt und einen unserer Volkszahl, unserem Volkswachstum und unseren volkswirtschaftlichen und kulturellen Leistungen angemessenen Anteil an der kolonialen Expansion und dem Seeverkehr erhalten haben." Einen entgegengesetzten Standpunkt macht Leo Gottstein „Der Weg zum Frieden" (O. Elsner, Berlin) geltend. „Die erneute tönende Ankündigung unserer Absicht, die Ausfuhr wiederum in den Vordergrund zu stellen, statt vor allem den heimischen Markt zu pflegen, ruft zum mindesten die gleiche Beunruhigung und Abwehr hervor, wie unvorsichtige Redensarten über das Ziel hinausschießender Eroberungspolitiker. Dabei sind die letzteren eine verschwindende Minderheit, und werden nicht ganz ernst genommen."

Joseph Rosenmeyer sieht „den besten Weg zur Sicherung und Ausdehnung unseres Welthandels" (M. Paschke, Berlin) in der Einverleibung Belgiens, der Errichtung eines großen Seekanals vom rheinisch-westfälischen Industriegebiet bis nach Antwerpen und eines Rhein-Nordkanals nach Baden, für die er Pläne entwirft. Für den „Wiederaufbau der deutschen Handelsschiffahrt" verlangt K. Isermeyer (E. S. Mittler, Berlin) „sofortige Vorentschädigung, um die notwendige Aktionsfähigkeit der deutschen Reederei nach dem Kriege zu gewährleisten. Diese vorläufige Entschädigung müßte die bislang mit Sicherheit feststellbaren Schäden in Höhe von reichlich 900 Millionen Mark fassen. Grundlage eines solchen Vorentschädigungsgesetzes würde ein Feststellungsgesetz sein, das die sämtlichen Verluste, Schäden und Auslagen aufführen muß, für welche die Reederei Ersatz zu verlangen berechtigt ist. Neben diesen beiden gesetzgeberischen Maßnahmen, dem Feststellungs- und Vorschussungsgesetz, muß dann nach Beendigung des Krieges das endgültige Reederei-Entschädigungsgesetz treten."

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 10, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 10, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 1.— Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Diersch & Schröder in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Ein Friedensgesicht? 1625
Rede des Prinzen Max von Baden in der Ersten Badischen Kammer 1632
Das neue amerikanisch-japanische Abkommen . . 1640
Kolbe, Lettow Vorbecks kolonialpolitischer Beweis 1648
Notizen / Neuerscheinungen 1654

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 21. Dezember 1917 Heft 51

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Digitized by Google

Die neuesten Bände der

Memoirenbücherei

Karoline Bauer:
Aus meinem Bühnenleben

Mit 4 Bildnissen in Mezzotinto und Mattautotypie

Es ist das Leben einer schönen, geistvollen, an den Prinzen von Koburg, spät ren Belgierkönig, unglücklich verheirateten und tragisch vereinsamten Künstlerin, aus deren lebendigen Erinnerungen heraus sich uns ein Bild aus der Kultur- und Theatergeschichte Berlins unter Devrient und des Theaterlebens der übrigen europäischen Zentren entwickelt. An dem Leben dieser geistvollen, mit allen bedeutenden Persönlichkeiten ihres Jahrhunderts vertrauten Frau sollte man nicht länger vorübergehen. — Das Buch ist herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von Karl von Hollander. — Es enthält 8 Bilderbeigaben.

Pappband Mark 7.—, Halbleder Mark 10.—, Ganzleder Mark 20.—

Prinz Louis Ferdinand von Preußen

Ein Lebensbild in Tagebüchern und Briefen

Ausgewählt und mit einer Einleitung versehen von Dr. Hans Wahl. Mit zahlreichen Bildnissen, einem Faksimile der Handschrift und einem Faksimile einer Komposition des Prinzen.

Es ist das Ziel dieses umfassenden Buches, die geniale und heldenhafte Gestalt des Fürsten so hinzustellen, daß er nach Möglichkeit selbst das Wort hat oder die, die ihm im Leben, Empfinden und im Tode nahe standen. Dieses Leben, das reich war durch Freundschaften und Begegnungen mit großen Menschen wie Goethe, Fouqué, Madame de Stael, Rahel Varnhagen, von der Marwitz — reicher noch durch seine in glühenden Briefen zum Ausdruck kommende Liebe zu der schönen Pauline Wiesel. Die Briefe des Prinzen an sie gehören mit zu den temperamentsprühendsten Liebesbriefen, welche wohl je geschrieben sind. Auch im politischen Leben seiner Zeit stand er im Mittelpunkt. Über die letzten Stunden und den Heldentod des Prinzen bei Saalfeld erhalten wir völlig neue Kunde aus dem stimmungsschweren Bericht seines treuen Adjutanten, aus einer Urkunde, die hier zum erstenmal aus dem Königlichen Hausarchiv ans Tageslicht tritt. — Historische Überleitungen verbinden die Dokumentenreihen zu einer der anregendsten Gesamtbiographien unserer Literatur.

Pappband Mark 7.—, Halbleder Mark 10, Ganzleder Mark 20.—

Der Dichter und die Welt
Briefe von Hans Christian Andersen

In elegantem Pappband Mark 7.—, in Halbleder Mark 10.—
Ausgewählt, übertragen und herausgegeben von Else v. Hollander
Mit einem Bildnis nach einem alten Stahlstich

Die Sammlung bietet eine Auswahl aus dem ungeheuren Briefmaterial, aus welchem uns neben dem lebendigen Bild der Persönlichkeit des Märchendichters ein hochinteressantes zeitgeschichtliches Dokument des vorigen Jahrhunderts gegeben wird. Andersen, der stark beteiligt war an der geistigen Entwicklung seines Volkes und mit Fürsten, Dichtern und Politikern von Bedeutung in engster Fühlung lebte, war auch in Deutschland ein hochgeehrter Gast. Unter seinen Freunden, mit denen er in häufigem Briefwechsel stand, waren unter anderen Großherzog Carl Alexander von Weimar, Franz von Dingelstedt, Klaus Groth, Adalbert von Chamisso und Björnsterne Björnson. Das Buch wird allen Freunden des Dichters eine willkommene Gabe sein, denn dieses „Märchen seines Lebens" bietet nicht den schlechtesten Teil seiner künstlerischen Produktion.

Die Memoirenbücher sind durch jede gute Buchhandlung zu beziehen oder direkt vom

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar

Digitized by Google

2. Jahrgang · 21. Dezember 1917 · Heft 51

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

den 16 Dezember 1917

Ein Friedensgesicht?

Von Dr. Paul Rohrbach

Bereits vor einigen Wochen wurde der Brief Lord Lansdownes an den Herausgeber des „Daily Telegraph" auszugsweise in der deutschen Presse bekannt und mehrfach als Friedensfühler bewertet. In der „Deutschen Politik" habe ich demgegenüber darauf hingewiesen, daß derartige Kundgebungen englischer, zurzeit inaktiver Staatsmänner natürlich immer eine gewisse Bedeutung beanspruchen können, daß aber im vorliegenden Falle doch starke Zweifel daran beständen, ob Lord Lansdowne mit seinen Gedanken über den Frieden eine genügende Anhängerschaft hinter sich hätte, und daß es daher mindestens stark verfrüht war, wenn der Brief von deutscher amtlicher Stelle als bedeutendes Ereignis begrüßt wurde. Diese Beurteilung entscheidend abzuändern, liegt auch heute noch kein Anlaß vor. Immerhin ist ein neues Moment hinzugetreten, nämlich, daß Asquith zu dem Lansdowneschen Brief das Wort genommen und mit einigen verbindlichen Wendungen sich (nach der Wiedergabe der deutschen Presse) folgendermaßen über Lord Lansdowne geäußert hat:

Ich wußte von seinem Briefe nicht mehr als irgend ein Mitglied der Regierung, bis ich ihn in der Presse sah, und ich trage keine Verantwortung für seinen Inhalt weder direkt noch indirekt, aber ich muß bekennen, daß viel von der Kritik, die dem Brief widerfahren ist, mir daher zu rühren scheint, daß Meinungen und Absichten hineingelesen worden sind, die ich nicht darin finde. Wenn Lansdowne vorgeschlagen hätte, daß wir unsere Kriegführung abschwächen oder die Sache eines oder mehrerer unserer Verbündeten preisgeben sollen oder daß wir den Feinden, die es bisher ständig ablehnten, ihre Bedingungen anzugeben oder auch nur anzudeuten, mitteilen sollen, daß wir bereit sind, um Frieden zu bitten — und ich sehe, daß alle diese Auslegungen seinem Briefe entweder im Inland oder in anderen Ländern zugeschrieben worden sind — so sind wenige unter uns, die sich von irgendwelchen derartigen Vorschlägen nicht abwenden würden.

Asquith fuhr dann fort, er nehme an, Lansdowne habe beabsichtigt zu sagen, daß die Alliierten, indem sie den Krieg kraft- und zielvoll fortsetzten, der Welt gleichzeitig immer klarer machen sollten, sie kämpften nur für „nationale und uneigennützige

Digitized by Google

Ziele", um durch diese eine dauernde Friedensbürgschaft zu erreichen, begründet auf „die gemeinschaftliche Autorität eines internationalen Bundes". Um mit Wilson zu sprechen, sei das Ziel „die Teilnahme nicht allein der Regierungen, sondern auch der Völker, die fortan den Weltfrieden verbürgen müssen". Nicht die Regierungen, sondern die Völker der feindlichen Länder würden über Englands wahre Absichten „hinsichtlich des Krieges wie des Friedens" künstlich im Dunkeln erhalten, und er, Asquith werde weiter tun, was er könne, „um den Schleier zu lüften und womöglich einige Lichtstrahlen hineinzulassen".

Über die Redensart, das deutsche Volk und seine Verbündeten würden von oben herab über Englands Kriegsziele künstlich im Dunkel gehalten, ist kein Wort weiter zu verlieren. Asquith und Lord Lansdowne, der etwas Ähnliches sagt, wissen, daß der diktatorische Leiter der englischen Regierung immer noch Lloyd George heißt, und sie wissen auch, daß dieser gegenwärtige Herr Englands in den verschiedensten Wendungen Deutschland die Vernichtung angekündigt hat; zuletzt noch, indem er sagte, dem deutschen Handel müsse ein Ende gemacht werden. Das heißt nichts anderes als Vernichtung Deutschlands. Es ist eine gar zu schnelle Art, über dergleichen hinwegzugehen, als wäre es von der verantwortlichen und alle Macht ausübenden Stelle nie gesagt, und so zu tun, als ob unsere verbündeten Regierungen sich nicht besondere Mühe zu geben brauchten, vor ihren Völkern das wahre Gesicht des verantwortlichen England abzumalen. Diese blutrünstige und gewalttätige Boxerphysiognomie streckt sich so breit und brutal aus der englischen Haustür heraus, daß niemand auf der Welt an ihr vorbeisehen kann. Wenn Männer wie Herr Asquith und Lord Lansdowne sich ihrer schämten, so wäre es ein erfreuliches Zeichen. Wenn sie es aber nicht wagen, offen heraus zu bekennen, daß nicht die Regierungen der Mittelmächte, sondern Lloyd George und seine Gefolgschaft, wie Northcliffe und Genossen, dem deutschen Volk täglich die Überzeugung beibringen, mit diesem England sei kein Friede möglich, so ist das nur ein Beweis für den von uns vertretenen Standpunkt: diese mehr oder weniger friedensfreundliche Richtung in England ist nicht nur schwach, sondern sich ihrer Schwäche auch wohl bewußt. Darum verschleiert sie die wahren Hindernisse und darum wäre es ein Fehler, sie dafür zu nehmen, was sie nicht ist, und vermutlich noch lange nicht ist, nämlich eine ernsthafte Chance für die Annäherung des Friedens.

Nachdem aber durch die Asquithsche Rede die Debatte über den Brief Lord Lansdownes einen erneuten Antrieb erhalten hat, mag es sich rechtfertigen, den Brief selbst, der bisher in der deutschen Presse nur in unvollständigen, teilweise recht falschen Auszügen wiedergegeben worden ist, in seinen wichtigsten Stellen wörtlich (daher auch mit einigen durch die unmittelbare Anlehnung an das Original bedingten Härten) wiederzugeben.

Die einleitenden Abschnitte enthalten die beiden Gedanken, die „mutwillige Verlängerung" des Krieges werde ein Verbrechen sein, das sich nur „dem Grade nach

Digitized by Google

von dem der Verbrecher unterscheidet, die ihn provoziert haben", und ferner: England habe nicht gezögert, „eine allgemeine Beschreibung" seiner Kriegsziele auszusprechen; der Feind dagegen beschränke sich auf „unbestimmte und unaufrichtige Beteuerungen seiner Bereitwilligkeit, zu unterhandeln". Ein solcher Satz in englischem Munde ist entweder Blindheit vor den Tatsachen, oder er mag gleichfalls dienen, um die Schwäche des eigenen Standpunkts zu bemänteln und den Versuch, ihn zu offenbaren, den Instinkten des von Lloyd George geführten Kriegspöbels erträglich erscheinen zu lassen. Lord Lansdowne meint dann, von einer Vereinbarung über die Gebietsfragen, die zur Regelung kommen müßten, sei man offenbar noch weit entfernt. Sie seien aber keineswegs die einzigen von Wichtigkeit, und es lohne zu erwägen, ob es nicht noch andere Fragen „von erster Bedeutung" gäbe, bezüglich derer die Aussichten für eine Vereinbarung weniger fern lägen. Danach heißt es[1]:

Prüfen wir eine oder zwei derselben: Wofür kämpfen wir? Um die Deutschen zu schlagen? Sicherlich, aber das ist kein Zweck an sich. Wir möchten den Zentralmächten eine weithin sichtbare Niederlage beibringen, nicht aus bloßer Rachsucht, sondern in der Hoffnung, der Welt eine Wiederkehr des Unheils zu ersparen, das unsere Generation betroffen hat. Was ist es denn, was wir haben wollen, wenn dieser Krieg vorüber ist? Ich kenne keine bessere Formulierung als die, welche mehr als einmal unter allgemeiner Zustimmung Mr. Asquith in den Reden gebrauchte, die er von Zeit zu Zeit gehalten hat. Er hat seinen Zuhörern wiederholt gesagt: „Wir führen den Krieg mit dem Zweck, Reparation und Sicherheit zu erlangen." Beides sind wesentliche Ziele, aber von beiden ist vielleicht die Sicherheit das unerläßlichere. Was die Reparationen angeht, so kann zweifellos viel geschehen, aber die äußersten Anstrengungen, all die Verwüstungen dieses Krieges wieder gutzumachen, müssen der Vollständigkeit ermangeln und werden es nicht fertig bringen, das schwere Unrecht, was der Menschheit geschehen ist, ungeschehen zu machen. Es wird indessen vielleicht möglich sein, in gewissem Sinne für die unvermeidliche Unvollkommenheit der Reparation einen Ersatz zu geben, wenn die Sicherheit nach menschlichem Ermessen vollkommen wird. Den Krieg ehrenhaft zu vollenden, hieße etwas Großes vollbringen; vorzubeugen, daß der gleiche Fluch über unsere Kinder komme, hieße etwas noch Größeres vollbracht zu haben.

Und dies ist unser angekündigtes Ziel; seine Größe kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Denn grade wie dieser Krieg fürchterlicher gewesen ist, als irgendein früherer in der Geschichte, geradeso können wir sicher sein, daß der nächste sogar noch fürchterlicher sein würde. Die Prostitution der Wissenschaft für die Ziele der reinen Zerstörung dürfte kaum ihren Abschluß erreicht haben. Die meisten von uns sind indessen überzeugt, daß es möglich sein müßte, die Nachwelt gegen die Wiederholung einer solchen Gewalttat, wie es die von 1914 war, sicherzustellen. Wenn sich die Mächte durch einen feierlichen Pakt selbst dahin binden wollten, daß sie künftige Streitfragen einem Schiedsgericht unterbreiteten; wenn sie sich verpflichten wollten, eine jede unter ihnen politisch und wirtschaftlich in die Acht zu erklären, die sich weigerte, einem solchen Pakt beizutreten; von ihren gemeinsamen Heeres- und Flottenstreitkräften zu dem Zweck Gebrauch zu machen, eine Macht, die sich von den übrigen losreißen will, dem Zwang zu unterwerfen, dann werden sie in der Tat auf der Straße, die zur Sicherheit führt, eine weite Strecke zurückgelegt haben.

Wenigstens werden wir recht daran tun, die Sicherheit an die erste Stelle unter unseren Frie-

[1] Die Kerngedanken des Briefschreibers sind von mir im Druck hervorgehoben.

Digitized by Google

densforderungrn zu setzen, und es gewährt eine gewisse Befriedigung, daß wir feststellen können: grundsätzlich scheint über diesen Punkt vollkommene Einigkeit zu herrschen.

Lord Lansdowne stellt dann fest, daß der Präsident Wilson, der deutsche Reichskanzler, der Papst, die österreichische Regierung und dazwischen auch Mr. Balfour den Grundsatz zukünftiger feierlicher Vereinbarungen und Schiedsgerichte zur Vermeidung einer erneuten Weltkatastrophe formell ausgesprochen oder ihm zugestimmt hätten. Ein Mittel, um solch einem Schiedsgericht die notwendige Gewalt des Zwanges gegen den „Angreifer" zu sichern, sei der Druck einer überlegenen Heeres- und Flottenmacht; ein anderes sei der wirtschaftliche Boykott. Die Androhung eines solchen würde gerechtfertigt sein, falls Deutschland sich als „gänzlich unvernünftig" erwiese, aber kein verständiger Mensch würde wünschen, den Handel der Zentralmächte zu zerstören, wenn sie sich zu einer Erklärung bereit finden, Frieden zu halten und uns nicht durch eine feindselige Kombination in einen Konflikt hineinzutreiben. Der Handelskrieg sei weniger grausig als der mit den Waffen, aber er würde die wirtschaftliche Erholung aller beteiligten Nationen verzögern. Weiter:

Niemand wird daran zweifeln, daß wir uns gegen fiskalische Feindseligkeiten der anderen sicherstellen müssen, daß wir die Wiederkehr jener Bedingungen verhüten müssen, unter denen wir bei Ausbruch des Krieges an unentbehrlichen Waren Mangel litten, weil wir gewisse Industrien und gewisse Versorgungsquellen gänzlich in die Kontrolle unserer Feinde hatten übergehen lassen. Immerhin müssen wir diesen Vorbehalt machen, daß es sicherlich in unserem Interesse sein wird, den Strom des Handels, soweit es unsere eigenen fiskalischen Interessen erlauben, stark und unbehindert in seinen natürlichen Kanälen fließen zu lassen.

Hier wird also ein gewisser vorsichtiger Widerspruch gegen Lloyd Georges Formulierung des Krieges laut, Deutschlands Handel müsse zerstört werden. Gleichzeitig wird eine Warnungstafel gegen den mitteleuropäischen Gedanken aufgerichtet und mit einer unnachahmlichen Geste, die Englands Zurückbleiben im industriellen Wettbewerb in der Metallurgie, Farbenchemie, Elektrotechnik usw. verdecken soll, der Ausgleich der englischen Unterlegenheit auf diesen Gebieten durch besondere Friedensbedingungen in Aussicht gestellt. Mit diesem Vorbehalt, und falls die „feindselige Kombination" unterbleibt, soll, so scheint es nach Lord Lansdowne, Handelsfreiheit herrschen.

Es bleibt noch die Frage der territorialen Ansprüche. Die autoritativste Feststellung derselben findet sich in der Note der Alliierten vom 10. Januar 1917. Diese Erklärung muß offenbar als ein allgemeiner Umriß der Wünsche der Alliierten angesehen werden. Wird aber irgend jemand sich auf den Standpunkt stellen wollen, daß diese Skizze vollständig sei, oder daß sich nicht die Notwendigkeit ergeben könnte, sie einer neuen Prüfung zu unterwerfen? Mr. Asquith hat in einer Rede in Liverpool im vorigen Oktober die folgende Wendung gebraucht:

„Niemand kann behaupten, es würde für eine der beiden Seiten recht oder opportun sein, ein Ultimatum zu formulieren mit erschöpfenden genauen Einzelheiten, mit Klauseln und Unterklauseln, die verbatim und literatim anzunehmen wären, Kapitel und Vers, als die unentbehrlichen Präliminarien und Bedingungen des Friedens.

Digitized by Google

Es gibt viele Dinge (so fügte er hinzu) in einem weltumspannenden Konflikt wie diesem, die notwendigerweise der Diskussion und der Unterhandlung überlassen bleiben müssen, um im späteren Stadium vereinbart und gegen einander abgewogen zu werden."

Es ist sicherlich überaus wichtig, daß man sich diesen weisen Ratschlag vor Augen halte.

Einige unserer ursprünglichen Desiderata sind vermutlich unerreichbar geworden. Anderen würde man wahrscheinlich jetzt einen weniger hervorragenden Platz einräumen, als zur Zeit, da man sie zuerst vorbrachte. Aber andere, insbesondere die Belgien gebührende Reparation, bleiben an erster Stelle und werden es immer bleiben; wenn es sich aber um die Neueinrichtung im großen für die Landkarte Südosteuropas handelt, dann dürfen wir wohl den Antrag stellen, das Urteil zurückzuhalten und die Aufklärung abzuwarten, welche ein offener Austausch der Standpunkte zwischen den alliierten Mächten allein herstellen kann.

Denn alle diese Fragen gehen unsere Alliierten ebenso wie uns an, und wenn wir einen Rat der Alliierten haben wollen zum Zwecke der Anpassung unserer Strategie im Felde an die ständig wechselnde Entwicklung des Krieges, dann ist die Annahme wohl billig, daß auch in betreff der Friedensbedingungen die Alliierten es sich zur Aufgabe machen werden, ihre territorialen Forderungen und Bedürfnisse zu prüfen und, falls nötig, zu revidieren.

Lassen Sie mich mit der Auseinandersetzung schließen, warum ich diesen Betrachtungen so viel Bedeutung zumesse. Wir werden diesen Krieg nicht verlieren, aber seine Verlängerung bedeutet den Ruin der zivilisierten Welt und eine unendliche Vermehrung der Bürde menschlichen Leidens, die jetzt schon auf ihr lastet. Sicherstellung wird einer Welt unschätzbar sein, welche noch die Lebenskraft hat, davon Vorteil zu ziehen; was für einen Wert werden aber die Segnungen des Friedens für Nationen haben, die so erschöpft sind, daß sie kaum die Hände ausstrecken zu können, um nach ihnen zu greifen?

Es ist meine Überzeugung, daß, wenn der Krieg beizeiten, um eine weltumspannende Katastrophe zu verhüten, zum Abschluß gebracht werden soll, dies darum geschehen wird, weil auf beiden Seiten die Völker der beteiligten Länder es sich klar machen, daß er bereits zu lange gedauert hat.

Es kann keine Frage sein, daß dieses Gefühl in Deutschland, Österreich und der Türkei in ausgedehntem Maße vorherrscht. Wir wissen mit absoluter Bestimmtheit, daß der wirtschaftliche Druck in diesem Ländern bei weitem das übersteigt, was uns hier auferlegt ist. Von Ministern wird uns in ihren Reden Mitteilung gemacht über „beständige Bemühungen" seitens der Zentralmächte, „Friedensbesprechungen in Gang zu bringen". (Sir E. Goddes im Manslon House am 9. November.)

Wenn noch nicht deutlicher von Frieden geredet wird, und nicht in so bestimmten Ausdrücken, daß es Seiner Majestät Regierung in der Stand setzte, es als etwas Ernstliches zu behandeln, so läßt sich die Erklärung dafür vermutlich erstens in der Tatsache finden, daß der deutsche Despotismus eine unabhängige Meinungsäußerung nicht duldet, und zweitens darin, daß die deutsche Regierung sich wahrscheinlich mit Erfolg bemüht hat, die Ziele der Alliierten falsch darzustellen, denen man unterstellt, daß sie die Vernichtung Deutschlands einschlössen, die Aufzwingung irgendeiner Regierungsform, die von seinen Feinden bestimmt würde, seine Zerstörung als große handeltreibende Gemeinschaft und seinen Ausschluß vom freien Gebrauch der See.

Hier haben wir wieder die entweder aus Furchtsamkeit oder aus einer beinahe unglaublichen Blindheit gegenüber dem Offenbaren entstehende Fiktion der vom

Digitized by Google

deutschen Despotismus gehinderten unabhängigen Meinungsäußerung und der das eigene Volk über die englischen Kriegsziele irreführenden deutschen Regierung. An unsrer Regierung ist leider ein vollgerütteltes Maß von Kritik in auswärtigen Dingen notwendig, und ich glaube der Letzte zu sein, der mit dieser Kritik hinter dem Berge gehalten hat. Der Vorwurf aber, den Mr. Asquith und Lord Lansdowne erheben, ist so offenbar verkehrt, daß es nicht lohnt, weiter auf ihn einzugehen. Er hätte nur Sinn, wenn statt der deutschen Regierung die Regierung des Herrn Lloyd George gemeint und genannt wäre. Nun der Schluß des Lansdowneschen Briefes. Er lautet:

Der Friedenspartei in Deutschland würde vermutlich ein ungeheurer Auftrieb gegeben werden, wenn man begriffe:

1. daß wir nicht die Vernichtung Deutschlands als Großmacht wünschen;

2. daß wir nicht versuchen, Deutschland irgendeine Regierungsform aufzuerlegen, die nicht aus der freien Wahl des deutschen Volkes entspringt;

3. daß — außer als legitime Kriegsmaßnahme — wir nicht wünschen, Deutschland seinen Platz an der Sonne unter den großen handeltreibenden Volksgemeinden der Welt zu versagen;

4. daß wir nach Schluß des Krieges bereit sind, im Verein mit anderen Mächten die Gruppe internationaler Probleme zu prüfen, die, zum Teil jüngsten Datums, mit der ‚Freiheit der Meere' verknüpft sind;

5. daß wir bereit sind, einem internationalen Pakt beizutreten, der weitgehende Möglichkeiten zur Beilegung internationaler Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln böte.

Ich habe den Eindruck, daß man für die meisten dieser Vorschläge Betätigung durch die Autorität ministerieller Reden finden könnte. Seit die obigen Zeilen geschrieben sind, hat unser Minister des Auswärtigen Punkt 1, 2 und 3 bei der öffentlichen Versammlung zu Ehren von M. Venizelos im Mansion House behandelt.

Die Frage der ‚Freiheit der Meere' gehörte zu denen, die unsere amerikanischen Alliierten anfangs aufgeworfen hatten. Die Formel ist zweideutig, fähig mehrerer einander widersprechender Deutungen, und ich bezweifle, ob man ernstlich wird vertreten wollen, daß sie keine Möglichkeit für vorteilhafte Diskussion bieten könnte.

Daß ein Versuch gemacht werden sollte, die Art von Pakt zuwege zu bringen, von dem der Vorschlag unter 5 handelt, ist, wie ich glaube, bei allen Kriegführenden gemeinsamer Boden, und vermutlich bei allen Neutralen auch.

Ist einmal als feste Tatsache anerkannt, daß es keine unüberwindlichen Schwierigkeiten auf dem Wege zu einer Vereinbarung über diese Punkte gibt, dann ließe sich vielleicht der politische Horizont mit besseren Hoffnungen von denjenigen absuchen, welche beten, aber in diesem Augenblick kaum zu erwarten wagen, daß das neue Jahr uns einen dauerhaften und ehrenvollen Frieden bringen möge.

Fünf Punkte also nennt Lord Lansdowne, über die nach seiner Ansicht im deutschen Volke Zweifel und Beunruhigung herrschen und durch deren Sicherstellung wir bereit gemacht werden sollen, auf den Frieden, so wie ihn Lord Lansdowne meint, einzugehen. Wir wollen auf die Aufzählung im einzelnen nicht eingehen, und wir sind auch gern bereit, anzunehmen, daß sie aufrichtig in der Absicht gemacht worden ist, das zu umfassen, was nach der Ansicht des Verfassers unsere Sorge ausmachen könnte. Lord Lansdowne hat aber einen, und zwar einen sehr wichtigen Punkt ausgelassen — ohne Zweifel, weil er ihn nicht gesehen hat, aber daß er ihn nicht gesehen

Digitized by Google

hat, zeigt, daß er trotz alles Bemühens die Wurzel unserer Besorgnisse für die Zukunft nicht erkannt hat. Vermutlich kann er sich gar nicht vorstellen, daß, entgegen allen Verkündigungen auf Seiten der Entente, das deutsche Volk sich in diesem Kriege als den angegriffenen und am Leben bedrohten Teil fühlt, gegen den vom Beginn der Einkreisungspolitik König Eduards bei seinen Pariser Besuchen (Lord Lansdowne möge hierüber die Zeugnisse in den belgischen Gesandschaftsberichten lesen!) bis zu der Nacht, in der Ssuchomlinow und Januschkewitsch ihr Verbrechen vollendeten, Krieg und Erstickung seiner wachsenden Lebensnotwendigkeiten von den Machthabern der Entente geplant worden ist! Es mag Lord Lansdowne schwer fallen, zu glauben daß dies bei der überwältigenden Mehrzahl unserer 70 Millionen die Grundstimmung gegenüber England ist — und mehr als eine Stimmung: eine auf Material von überwältigender Fülle gestützte Überzeugung!

Wie alle englischen Politiker, die öffentlich das Wort ergreifen, hat auch Lord Lansdowne sicherlich mit seinem Brief nicht dem bloßen Bedürfnis nachgegeben, seine Meinung über irgend etwas zu äußern, sondern er hat eine Wirkung hervorbringen wollen. Es gibt Leute, in Deutschland und auch in anderen Ländern, die glauben, der ganze Brief sei hauptsächlich an Rußland gerichtet und solle vor den Russen das Gespenst einer englisch-deutschen Verständigung auf ihre Kosten erscheinen lassen. Eine andere Meinung ist die, daß die Stellen, wo von der Überprüfung gewisser Ententeforderungen und von dem Verzicht auf gewisse früher aufgestellte Ziele die Rede ist, den Franzosen andeuten sollen, daß sie in betreff Elsaß-Lothringens wohl würden nachgeben müssen. Die verschleierte Anspielung auf Mitteleuropa mag an Österreichs Adresse gehen und vieles — selbstverständlich — auch innerpolitische Zwecke verfolgen. Der eingeweihte politische Leser in England wird zwischen den Zeilen in mehr als einer Wendung die Gegnerschaft gegen Lloyd George und die Bereitschaft, ihn zu ersetzen, erkennen. Nehmen wir aber an, das alles seien Nebendinge und der Wunsch, eine dem Frieden dienende Wirkung in Deutschland zu erzielen, die Hauptsache. Dann bleibt es dabei, daß der deutsche Leser erstens bemerken wird: es steht keine politische Macht hinter den Worten des Briefes, sondern die Macht in England ist bei den Anbetern des Kriegsmolochs, Lloyd George und Lord Northcliffe, und zweitens: wer zum deutschen Volk mit der Wirkung moralischer Aufrichtigkeit und objektiven Einblicks in das deutsche Empfinden sprechen will, der darf nicht vergessen, daß man in Deutschland keine Volkstribunen hat ermorden lassen, wie Jaurès, und keinen Herrscher belogen hat, wie Nikolaus II., bloß damit der ersehnte Krieg den Kriegsmachern nicht noch im letzten Augenblick entschlüpfe. Das ist es, worüber bei Lord Lansdowne zu Punkt 1—5 noch ein Punkt 6 fehlt!

Schließlich könnte man noch sagen, daß Lord Lansdowne selber die Bedeutung seines Briefes dadurch stark einschränkt, daß er am Anfang die Gebietsfragen als solche, über die doch noch keine Einigung zu erwarten sei, ausschaltet. Wenn er sie selbst auf diese Weise an die Spitze stellt — wozu dann alles Weitere? Was will er überhaupt

Digitized by Google

damit sagen? Meint er, daß die Mittelmächte oder daß die Ententegenossen die unüberwindlichen Schwierigkeiten machen? Meint er Belgien? Meint er die angeblich fehlende deutsche Erklärung, Belgien solle an Gebiet und souveränen Rechten ungeschmälert wiederhergestellt werden? Diese Erklärung ist abgegeben, denn der Staatssekretär v. Kühlmann hat feierlich und verantwortlich erklärt, es gäbe kein Hindernis des Friedens, als das Verlangen der Entente, Deutschland Elsaß-Lothringens zu berauben. Das ist deutlich genug, denn es heißt: an Belgien wird Deutschland den Frieden nicht scheitern lassen, sobald es zu Verhandlungen kommt. Wer es anders meint, und spräche so, der wäre kein ehrlicher Mann, und das wird ein Ehrenmann wie Lord Lansdowne von einem anderen Ehrenmann nicht sagen wollen. Also scheint nach Lord Lansdownes Meinung das Hindernis bei den Gebietsforderungen der Ententemächte zu liegen. Dann aber wäre nicht Deutschland, sondern die Entente die richtige Adresse seines Briefes — wo er auch übel genug aufgenommen worden ist. So bleibt die Unklarheit über Zweck und Wirkung — und sie scheint uns daher zu rühren, daß der Verfasser zwar Gutes gewollt, aber nicht Macht und Einfluß genug hinter sich hat, um deutlicher zu sprechen und seinen Worten die Wirksamkeit einer politischen Tat zu geben.

*

Unmittelbar nachdem diese Zeilen geschrieben wurden, hielt Lloyd George seine Antwortrede an Lord Lansdowne. Sie zeigt, daß Lord Lansdowne doch einigen Eindruck gemacht hat — aber zugleich, daß Lloyd George mit äußerster Kraft die bedrohte Einheit der englischen Heimatfront wiederherzustellen bemüht ist. Was bisher an englischen Stimmen verlautet, scheint durchaus dafür zu sprechen, daß es ihm gelingen wird. Von der deutschen Politik wird es jetzt abhängen, ob, wie zu erwarten, Lloyd George, oder ob vielleicht doch noch Lord Lansdowne den Sieg in der begonnenen Debatte davonträgt.

Rede des Prinzen Max von Baden in der Ersten Badischen Kammer

am 14. Dezember 1917

Diese Rede ist etwas Neues. Sie ist ein Programm, bei dem es darauf ankommt, ob sich die vorhandene Gefolgschaft der Gesinnung deutlich zum Ausdruck bringt. Sie bedeutet den Anfang der moralischen Offensive gegen den Feind. Sache der Regierung ist es jetzt, die Fortsetzung zu bringen. Das Erfrischende an den Worten des badischen Thronfolgers ist gleichzeitig die Selbstkritik an Deutschland. Das Aufgeben der forcierten Unfehlbarkeit, die die wirkliche Stärke unserer Stellung nur beeinträchtigt, ist eine Vorbedingung dafür, daß die moralische Offensive gelingt. Wir stellen uns rückhaltlos auf den Boden der Forderung, Deutschland müsse zuverlässig sein in Menschheitsfragen. Diese Forderung darf der Redner stellen, denn er ist eine treibende Kraft für die Anerkennung des Humanitätsprinzips in der Gefangenenfürsorge gewesen.

Red

Digitized by Google

Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren!

Das Vertrauen seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs und seiner Regierung hat mich wiederum an diese Stelle berufen. Dankbar, ein so ehrenvolles Amt in dieser ernsten und großen Zeit übernehmen zu dürfen, begrüße ich Sie mit dem Wunsche, daß auch während dieser Tagung die Arbeit der Ersten Kammer unserer geliebten badischen Heimat zum Wohl dienen möge. — Wo Deutsche zu gemeinschaftlichem Tun sich jetzt versammeln, muß das erste Wort unseren Brüdern an der Front gelten. Vor allem nenne ich hier die Helden des Ausharrens und der selbstlosen Hingabe, die unsere Westfront decken. Unsere Herzen schlagen höher von heimatlichem Stolz erfüllt, weil wir wissen, daß badische Regimenter und Divisionen dort an Brennpunkten der Schlacht Taten vollbracht haben und vollbringen, die überall da, wo von deutscher Treue und Tapferkeit gesprochen wird, mit an erster Stelle stehen. Der Name Cambrai wird in der Geschichte Badens immer einen stolzen, aber tiefernsten Klang haben. Drum neigen wir uns in Ehrfurcht vor diesen Kämpfern und weihen denen, die nicht mehr heimkehren, unsere Treue über den Tod hinaus. Es ist draußen ein gegen sich hartes Geschlecht gewachsen. Aber den Daheimgebliebenen ziemt es nicht, sich gegen die Leiden der Kämpfenden abzuhärten. Sie halten die Schrecken der Schlacht von unserem Lande fern, wir aber dürfen sie nicht von unserer Seele fernhalten, wir dürfen keinen Augenblick vergessen, aus welchem namenlosen Ringen und Leiden jene lebendige Mauer gefügt ist, die uns schützt. Unsere Leute nehmen täglich auf sich, was niemand vor dem Kriege der Menschenkraft hätte zutrauen mögen. Wenn sie heimkehren, so dürfen sie keine Stumpfheit und Oberflächlichkeit vorfinden, sondern eine Kraft des Miterlebens, wie sie ihnen hier in unserem Lande entgegentritt — so dürfen wir wohl bekennen — und wie sie allein die Brücke zwischen Heimat und Front schlägt. Das Ausharren unserer Truppen im Westen hat einer genialen Führung die Erfolge von Riga und Ösel und im Verein mit unseren tapferen Verbündeten den Sieg in Venetien ermöglicht. Daß grade Italien, dessen schnöder Verrat an der Bundestreue uns tief verletzt hat, die ganze Schwere des Krieges zu fühlen bekommt, die eine feile Minorität auf ein betrogenes und fanatisiertes Volk heraufbeschworen hat, erscheint uns mit Recht als das Walten der Nemesis.

Und dieses Walten ewiger Gesetze erblicken wir auch anderwärts. Mit Dankbarkeit erleben wir es, wie die Wahrheit, die vielgeschändete, langsam, aber stetig durch den schweren Dunst der Lüge und Verleumdung zum Tageslicht vordringt. Und in ihrem Gefolge müssen schließlich einmal Friede und Gerechtigkeit nahen, denn Wahrheit, Friede und Gerechtigkeit können dauernd nicht geschieden werden.

Wir erleben es in diesen Tagen, wie aus den russischen Archiven die geheimen Raubpläne unserer Feinde sich vor aller Welt offenbaren.

Meine Herren! Der Landtag tritt in einem denkwürdigen Augenblick zusammen.

Digitized by Google

Zum erstenmal seit drei langen Jahren suchen die Vertreter einer feindlichen Großmacht den direkten Meinungsaustausch und wollen feststellen, ob nicht die Differenzen zwischen ihr und uns schon so weit geschwunden sind, daß Verhandlungen sie überbrücken können. Die russische Revolution macht bittern Ernst mit den Schlagworten des Westens und ihr unerbittlicher Pazifismus trifft diejenigen, die den Pazifismus als Phrase mit der Politik der gewaltsamen Eroberung so schlau zu verbinden trachteten.

Von unseren westlichen Feinden kommt eine neue Kriegserklärung. Sie wollen keinen Frieden durch Unterhandlungen, sondern suchen nach wie vor die Entscheidung auf dem Schlachtfelde. In den letzten Reden von Lloyd George, Clémenceau und Präsident Wilson wird die Knock-Out-Politik, die Politik des Niederschmetterns, von neuem beschworen. Vor einem Jahr wurde sie in England Regierungsprogramm. Nun soll die Kampagne von 1918 ihre Durchführung bringen. Da ist es gut und ermutigend, wenn wir zurückblicken und feststellen, wie sich im Jahre 1917 die Hoffnungen unserer Feinde erfüllt haben. Die Engländer und Franzosen wollten in ihrer Frühjahrsoffensive den konzentrischen Durchbruch durch unsere Linien erzwingen. Die Sommer- und Herbstoffensiven hatten ein begrenzteres Ziel: Erreichung der deutschen U-Bootbasis.

Dann wurde triumphierend die Parole ausgegeben: zum erstenmal in der Geschichte dieses Krieges sei Deutschlands strategische Iniative gelähmt.

Die Schlacht von Cambrai war ein erneuter Versuch, die Hindenburglinie zu durchbrechen. Er ist fehlgeschlagen, wie alle anderen zuvor.

Noch eine andere große Hoffnung unserer Feinde ist zuschanden geworden. Sie glaubten, einen Riß zwischen Regierung und Volk in Deutschland wahrzunehmen und hofften, einen Keil hineintreiben zu können, der unsere Heimatfront durchbrochen hätte.

Der Anschlag mißglückte. Er war unternommen ohne Achtung vor der Eigenart und dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Der vertrauensuchende Einheitswille von Krone und Volk hat die Antwort gegeben. Alles Krisenhafte ist beseitigt, unsere Heimatfront steht fester denn je.

Meine Herren! Den Enttäuschungen unserer Feinde steht ein Erfolg gegenüber, den wir offen zugestehen müssen. Sie haben den politischen Feldzug zu unserer moralischen Diskreditierung mit einem ungeheuren Apparat der Verleumdung und suggestiven Täuschung durchgeführt; es ist ihnen gelungen, eine Zwangsidee nach der anderen in ihre Völker einzuhämmern. Im Vordergrund steht immer noch die Behauptung, die demokratischen Völker der Entente hätten aus freiem Willen zu den Waffen gegriffen, um den unprovozierten Angriff des autokratischen Deutschlands gegen die Freiheit der Welt abzuwehren. Das ist der Eckpfeiler der moralischen Offensive unserer Feinde. Darum halte ich es für die Pflicht eines jeden

Digitized by Google

Mannes, der heute von irgendeiner verantwortlichen Stelle aus spricht, grade hier den Kampf aufzunehmen und unsere Ankläger vor die Schranken zu fordern. Dieser Kampf geht um unser gutes Gewissen. Durchlauchtigste Herren! Ich muß Sie daher um Nachsicht bitten, wenn ich hier Ihnen längst Bekanntes wiederhole. Ich will mich begnügen, einige Tatsachen aus der Zeit unmittelbar vor Ausbruch des Krieges herauszustellen. Jene verhängnisvollen Tage sind die untrügliche Probe geworden für die Aufrichtigkeit der demokratischen Parole der westlichen Regierungen. Damals hat es sich erwiesen, ob die Völker frei waren, oder ein Spielball ihrer Regierungen.

Ende Juli 1914 stand in Frankreich der Volkswille hinter Jean Jaurès, der forderte, daß Frankreich sein ganzes Schwergewicht in die Wagschale des Friedens werfe. Jean Jaurès wurde auf Befehl der Kriegshetzer ermordet. Der französischen Regierung gelang es, der nunmehr aufrührerischen Haltung des Volkes dadurch Herr zu werden, daß sie Deutschlands Ankündigung der Kriegsgefahr veröffentlichte, ohne die russische Gesamtmobilmachung bekannt zu machen. Englische Quellen berichten, wie dadurch der deutsche Akt der Notwehr gegen Rußland als Angriffsakt gegen Frankreich erschien. Da wandte sich natürlich das französische Volk vom inneren Feinde ab, um das bedrohte Vaterland zu schützen. Es kam der Kriegswille des Volkes zustande. Er war gefälscht.

Grade so hilflos war das englische Volk in der entscheidenden Stunde seiner Regierung gegenüber. Es gab sich keine Rechenschaft darüber, daß Grey das unfehlbare Machtmittel zur Erhaltung des Weltfriedens in der Hand hielt. Er hätte nur hinter seine Warnung vom 25. Juli: Rußland sollte nicht durch seine Gesamtmobilmachung die diplomatischen Verhandlungen zerschlagen, die Worte zu setzen brauchen, die Herr von Bethmann Hollweg am 30. Juli in Wien hatte sagen lassen: „Wir weigern uns, in einen Weltbrand hineingerissen zu werden, dadurch, daß unsere Verbündeten unseren Rat mißachten", und er hätte der Welt den Frieden gerettet. Statt dessen erhielt Petersburg die Sicherheit, daß England in jedem Falle mitmarschieren würde, mochte sein Rat gehört werden oder nicht. Nur so konnte die Kriegspartei in Rußland der Friedenspartei Herr werden.

Das englische Volk wußte nicht, daß es gebunden war. Rußland und Frankreich aber wußten es.

Meine Herren! Die Pose der überfallenen Unschuld können die französischen und englischen Regierungen heute, nach dem Suchomlinow-Prozeß, nur noch mit Mühe vor ihren eigenen Völkern aufrecht erhalten. Aber nach drei Kriegsjahren nimmt der Präsident der Vereinigten Staaten noch einmal die Legende vom unprovozierten Angriff wieder auf, ja, er rafft noch einmal all die abgestorbenen Schlachtrufe der Entente von 1914 zusammen und proklamiert einen Kreuzzug gegen den Friedensstörer Deutschland im Namen der Menschlichkeit, der Freiheit und der Rechte der kleinen Nationen.

Digitized by Google

Das sind große Namen und wir dürfen uns darüber nicht täuschen: Sie wenden sich an den Idealismus von Millionen.

Durchlauchtigste Herren! Auch hier halte ich es für richtig, daß wir nicht einfach unserer Neigung folgen und unter dieser großen Anklage stillhalten, im Vertrauen auf das Urteil der Nachwelt.

Ich stelle die Frage: Hat der Präsident der Vereinigten Staaten ein Recht, als Weltenrichter aufzutreten?

Präsident Wilson hat kein Recht, im Namen der Menschlichkeit zu kämpfen. Denn er hat geduldet, daß sich ein großer Teil der amerikanischen Friedensindustrie in Werkstätten des Todes verwandelte, zu einer Zeit, wo Amerika mit Deutschland noch im Frieden war. Er hat dieses formale Recht, unseren Feinden Munition zu liefern, peinlich gewahrt, während er Amerikas Menschenrecht, unsere Nichtkombattanten, besonders die Schwachen und Kranken, zu versorgen, kampflos preisgab. Präsident Wilson hat ferner den übernommenen Schutz unserer Kriegsgefangenen in Rußland lässig und herzlos verwalten lassen. Unter dem alten Regime sind in Rußland unsere Kriegsgefangenen zu Tausenden elend umgekommen, ohne daß Amerika sich seiner ungeheuren Druckmittel bedient hätte, um eine Besserung zu erzwingen. Auch in Frankrich duldete Amerika, daß die Grausamkeit des Volkes unseren Landsleuten jede erdenkliche Qual und Schande auferlegte.

Präsident Wilson hat kein Recht, im Namen der Demokratie und der Freiheit zu sprechen, denn er war der mächtige Kriegshelfer des zaristischen Rußlands und hatte taube Ohren für den Hilferuf der russischen Demokratie, man möge ihr erlauben, Friedensbedingungen zu diskutieren oder wenigstens keine Offensive anbefehlen, damit sie ihre Freiheit befestigen könne.

Präsident Wilson hat kein Recht, im Namen der kleinen Nationen zu kämpfen, denn die Fremdvölker, die unter der russischen Gewaltherrschaft unterzugehen drohten, die Finnländer, die Polen, die Ukrainer, die Balten, die Litauer haben sich einmal über das andere vergeblich an ihn gewandt, auch Griechenland hat umsonst seinen Schutz angerufen, als ihm seine nationale Selbständigkeit durch Amerikas Bundesgenossen geraubt wurde.

Aber täuschen wir uns darüber nicht: das amerikanische Volk glaubt wirklich, der Krieg müsse weitergehen, um alle diese großen Ideale sicherzustellen. Denn das ist die tragische Tatsache dieses Weltkrieges, daß für die breite amerikanische Öffentlichkeit Europa historisch, psychologisch und politisch ein unentdeckter Erdteil ist. Jeder Aufklärungsversuch wird unterdrückt — jede Regung von Gedankenfreiheit tyrannisch niedergehalten. Dazu bedient sich, wie Lord Northcliffe soeben bewundernd erzählt, die amerikanische Regierung eines Spitzelsystems, das noch wirksamer arbeiten soll, als die russische Ochrana.

Digitized by Google

So ist die demokratische Parole im Munde der westlichen Allianz zu einer ungeheueren Lüge geworden. Vox populi vox dei sagen die westlichen Demagogen, und sie lästern dabei ihren Gott und ihr Volk. Sie sind wie die Priester, die ihren Götzen zu betrügen wagen, weil sie in Wirklichkeit nicht an ihn glauben.

Durchlauchtigste, hochgeehrteste Herren! Wenn ich auch jeden Anspruch der Feinde auf eine Richterstellung ablehne, so wollen wir doch nicht unkritisch gegen uns selbst sein. Wir wissen es wohl: es gab auch eine deutsche Unfreiheit, aber sie lag nicht in den Institutionen des Deutschen Reichs, sie lag vielmehr in einer gewissen geistigen Haltung breiter Schichten des deutschen Volkes.

Die Feinde sprechen von Autoritäten, die einem widerstrebenden Volk ihren Willen aufzwängen und maßen sich die gradezu groteske Rolle an, das deutsche Volk von diesen Tyrannen befreien zu wollen. Wir können darüber nur lachen. Der Fehler lag vielmehr an der großen Bereitwilligkeit vieler Deutscher; den Autoritäten indolent gegenüberzustehen ohne Sehnsucht nach eigener Verantwortung für die Sache des Vaterlandes.

Wir begegnen nur zu oft in den Jahren vor dem Kriege jenem selbstzufriedenen Individualismus, der sich auf Kosten des Staates pflegte, der Kritik übte, ohne den Willen zur Hilfe. Viele der Besten hielten sich vom politischen Leben fern, weil ihnen die Mittel des Kampfes nicht gefielen. Das deutsche Volk aber braucht das Opfer der Besten für die gemeinsame Sache im Frieden wie im Kriege. Heute gilt mehr denn je Platos Forderung: Wer seinem Volke helfen will, muß die Kraft des Denkens mit dem Willen zur Tat vereinigen.

Freilich ist auch vom Volk nicht die Atmosphäre geschaffen worden, in der Führer sich leicht entwickeln. Das billige Verschenken der Volksgunst ist wahrlich nicht nachahmenswert, das die Blendenden und Gewandten emporträgt auf Kosten der Tüchtigen und Echten. Aber ich vertraue, daß diese Gefahr in Deutschland nicht vorliegt, es gibt starke Sicherungen im deutschen Charakter gegen die Demagogie. Sicher aber ist das eine: Führerkraft kann auch verkümmern unter dem Druck der Mißgunst und Verkleinerung. In den Jahren vor dem Kriege fehlte oft jene Hingabe und Gefolgschaft, die gerade den Führer stützt und ihn in den Stand setzt, über sich selbst hinauszuwachsen.

Aber der Krieg ist gekommen als ein großer Erwecker. Überall haben sich die verborgenen Volkskräfte geregt, all die versunkenen Möglichkeiten unserer Geschichte sind von neuem auferstanden. Draußen im Felde hat unser Volk erfahren, wie sich viele und bunte Kräfte zur Kraft zusammenfinden. Das Volk in Waffen kehrt dereinst zurück mit gestählter Kraft und gestähltem Recht.

Von dem großen Gemeinschaftswillen, der draußen erstanden ist, dürfen wir alles für die deutsche Zukunft erwarten. Der Geist unserer politischen Reformatoren, der Geist Steins und Hardenbergs steigt heute mahnend und verheißend aus der deutschen Vergangenheit herauf. Ob diese Verheißung in Erfüllung geht, darüber

Digitized by Google

wird allein der Charakter unseres Volkes entscheiden. Es muß in dieser Periode verworrenen Phrasentums mit aller Schärfe gesagt werden: Nicht Institutionen allein können die Freiheit eines Volkes verbürgen. Es gibt nur eine reale Garantie, das ist der Charakter des Volkes selbst. Aber darüber kann kein Zweifel sein, je länger der Krieg dauert, desto schwerer wird die Erneuerung sein. Nicht nur bei uns, auch in Feindesland. Auch dort fallen gerade die Besten. Wer möchte darüber frohlocken? Es kann dazu kommen, daß Europa nicht mehr die Heilkraft wird aufbringen können, die notwendig ist, um seine furchtbaren Wunden zu schließen.

Heute hat es den Anschein, als ob der Krieg bis zur letzten Erschöpfung Europas durchgefochten werden muß. Das ist Amerikas Wille und auch der Wille der französischen und englischen Regierung. Sie stoßen dreist jene allgemeinen Menschheitsziele ab, weil sie in ihnen die Pfeiler sehen, auf denen die große Brücke zwischen den Völkern gebaut werden könnte.

Lloyd George will nichts von einem Handelsfrieden wissen. Er stellt die Zerstörung des deutschen Handels als englisches Kriegsziel in den Vordergrund und lehnt die Freiheit der Meere ab. Clémenceau sagt sich von der „Liga der Nationen" zur Vermeidung künftiger Kriege los, ohne Rücksicht auf das alte amerikanische Programm, und Lord Northcliffe beruft sich auf Präsident Wilson als auf seinen nächsten Gesinnungsgenossen. Präsident Wilson will nicht unser Gebiet, wohl aber unsere Seelen amerikanisieren.

Das sind Kundgebungen, an denen es nichts zu deuteln gibt. Aber wir dürfen uns nicht von Clémenceau und Lloyd George täuschen lassen. Die Einigkeit hinter ihren Fronten, von der sie sprechen, existiert nicht. Sowohl in Frankreich, wie in England sind Kräfte am Werk, die keinen Gewaltfrieden wollen, sondern nur einen Frieden, der sich mit der Ehre und Sicherheit ihres Landes vereinigen läßt. Erst die feindlichen Minister haben uns verraten, wie stark diese Kräfte sind. Warum bedroht sonst Clémenceau alle Anhänger eines Verständigungsfriedens mit dem Kriegsgericht? Warum führt sonst Lloyd George den Terrorismus der Zensur selbst in das englische Parlament ein? Darüber kann kein Zweifel sein: Es ist im Feindesland eine Gesinnung im Wachsen, vor der die Kriegshetzer sich fürchten. Ihre Vertreter sind mögliche Träger der Macht. Aber wir dürfen uns auch keine Illusionen machen. Heute sind sie noch zur politischen Ohnmacht vorurteilt und sie mögen es noch lange bleiben.

Aus dieser Tatbestandaufnahme ergibt sich eine doppelte Pflicht: daß wir einmal unsere ganzen nationalen Kräfte zusammenraffen für den schweren Kampf, der uns noch bevorsteht, und daß wir zugleich danach streben, Klarheit zu schaffen, mit welcher Gesinnung wir im Gegensatz zu den feindlichen Regierungen an die Ordnung der Dinge heranzutreten entschlossen sind. Wollen wir diese Klarheit schaffen, so dürfen wir allerdings nicht den Kampf der Meinungen in Deutschland

Digitized by Google

scheuen. Das wäre ein falscher und trügerischer Burgfriede, wollte man die auch im Kriege unvermeidlichen Anschauungen zwischen den entgegengesetzten Weltanschauungen abdämpfen und in die Heimlichkeit verbannen. Der echte Burgfriede aber fordert, daß Menschen nicht miteinander rechten in einem verachtenden und verhetzenden Geiste. Wir wissen, meine Herren, daß das mit gutem Willen durchgeführt werden kann. Als am 1. August 1914 unser Kaiser das befreiende Wort sprechen konnte: „Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur Deutsche", da war unstreitig ein Höhepunkt deutscher Geschichte erreicht. Hinter uns lag jahrzehntelanges Elend der Verhetzung. Mit tiefem Schmerz haben wir das gleiche Schauspiel jetzt wieder erleben müssen, daß Deutsche sich mit denselben vergifteten Waffen bekämpft haben, wie vor dem Kriege. Aber die Erinnerung an das große, befreiende Gemeinschaftsgefühl der ersten Kriegsmonate fordert uns heute mit aller Eindringlichkeit auf, das Kaiserwort zu erneuern und es so zu fassen, wie es verstanden sein will: Wohl gibt es Parteien, aber es sind alles Deutsche.

Meine Herren! Ich komme zum Schluß. Eine furchtbare Verantwortung ruht heute auf denen, die die Geschicke der Völker zu lenken haben. An dieser Last haben alle mitzutragen, die daheim mit wachen Sinnen und brennenden Herzen den Krieg miterleben. Überall horchen heute die heiligen Kräfte auf einander hin, überall wird man des Moratoriums der Bergpredigt müde. Die Menschheit sehnt sich nach seiner Kündigung noch ehe der Krieg endet. Der eben verstorbene Christ, Sir William Byles, der diese furchtbaren Worte von dem Moratorium der Bergpredigt, d. h. der Außerkraftsetzung, sprach, dachte dabei nicht an die unvermeidlichen Schrecken, die auf dem Schlachtfelde geschehen, sondern an die heidnische Sinnsart, zu der sich so viele geistig hervorragende Männer aller Länder während des Krieges fast mit Stolz bekannten.

Es ist nötig, daß noch während des Krieges eine Abkehr von dieser Kriegsverrohung stattfindet. Auch hier kann uns der beste Geist der Armee Führer sein. Für einen christlichen Soldaten gehört der Geist des Roten Kreuzes zum Heere grade wie der Offensivgeist. Für ihn verletzt derjenige, der nicht alles zur Vernichtung des kämpfenden Feindes einsetzt, ebenso seine Pflicht, wie derjenige, der einen wehrlosen Feind nicht schont. Ähnliche Stimmen kommen heute aus England, die berichten, wie englische Geistliche von der kämpfenden Truppe die Achtung vor dem Feinde gelernt haben, welche die Diktatur der Hetzpresse in der Heimat nicht duldet. Aus dieser Gesinnung heraus kam auch das Haager Abkommen über den Austausch der Gefangenen zustande. Noch ist es nicht ausgeführt worden, noch bedarf es des Ausbaues und der Nachahmung.

In dem Aufruf der „Auskunfts- und Hilfsstelle für Deutsche im Ausland und Ausländer in Deutschland" befindet sich ein Satz, den ich hier zitieren will: „Auch im Kriege ist die Feindesliebe das Zeichen derer, die dem Herrn die Treue halten." Ich

Digitized by Google

möchte gern dieses Wort dahin ergänzen: Es ist auch das Zeichen derer, die Deutschland die Treue halten.

Man hat behauptet, Haß sei notwendig zur energischen Fortsetzung des Krieges. Die Antwort hierauf hat eine deutsche Fürstin gegeben: „Die Liebe zum Vaterland reicht aus, um das Beste herzugeben."

Macht allein kann uns die Stellung in der Welt nicht sichern, die uns nach unserer Auffassung gebührt. Das Schwert kann die moralischen Widerstände nicht niederreißen, die sich gegen uns erhoben haben. Soll die Welt sich mit der Größe unserer Macht versöhnen, so muß sie fühlen, daß hinter unserer Kraft ein Weltgewissen steht. Diesem Ausspruch stimme ich zu. Um dieser Forderung zu genügen, brauchen wir nur die Pforten unseres innersten Wesens aufzutun, denn durch die ganze deutsche Geistesgeschichte leuchtet das Verantwortungsgefühl gegenüber der Menschheit. Dieses Zeichen soll Deutschland getrost auf seine Fahnen schreiben. In diesem Zeichen werden wir siegen.

*

Der Wortlaut der Rede ist nach dem stenographischen Kammerbericht gegeben.

Das neue amerikanisch-japanische Abkommen

Am 3. November d. J., am Geburtstag des unter dem posthumen Namen Meiji Tenno verehrten Vaters des jetzigen Kaisers von Japan, wurde in Washington durch Notenaustausch ein neues amerikanisch-japanisches Abkommen über China abgeschlossen. Über den Inhalt des Abkommens macht ein Telegramm des Reuterschen Bureaus folgende Mitteilungen:

1. Die Vereinigten Staaten geben zu, daß Japan infolge der Nähe seines Gebietes besondere Interessen in China hat, vor allem in dem Gebiete, an das seine Besitzungen grenzen.

2. Die territoriale Integrität Chinas bleibt trotzdem unverletzt. Die Vereinigten Staaten von Amerika setzen vollständiges Vertrauen in die wiederholten Versicherungen Japans, daß es, obwohl seine Lage besondere Interessen mit sich bringt, bezüglich des Handels der anderen Nationen keinen Unterschied zu machen und die bisher von China in den Handelsverträgen zugestandenen Rechte nicht zu bestreiten wünsche.

3. Japan und die Vereinigten Staaten beabsichtigen nicht, in irgendeiner Weise die Unabhängigkeit oder die territoriale Integrität Chinas zu beeinträchtigen. Sie sind noch immer Anhänger des Grundsatzes der offenen Tür und der Gleichberechtigung im Handel und der Industrie Chinas. Japan und die Vereinigten Staaten erklären sich beiderseits gegen die Erwerbung von Privilegien durch irgendeine Macht, durch die die territoriale Unabhängigkeit Chinas berührt oder die Untertanen oder Bürger eines Landes in dem vollen Genuß der gleichen Rechte in Handel und Industrie Chinas beeinträchtigt würden.

Nach einer weiteren Reutermeldung hat sich Lansing über das Abkommen wie folgt geäußert:

Die japanische Mission hat ihr Ziel erreicht, was für den Augenblick für die Welt von größter

Digitized by Google

Wichtigkeit ist. Die Mission drückte den herzlichen Wunsch Japans aus, mit den Vereinigten Staaten in der Kriegführung gegen Deutschland zusammen zu arbeiten. Die Beratungen, die sich auf militärische, maritime und wirtschaftliche Gebiete bezogen und die in gebührender Weise den Hilfsquellen und dem Vermögen beider Länder Rechnung tragen, wurden durch den Geist der Aufrichtigkeit und Wahrheit gekennzeichnet, die auch die Verhandlungen charakterisiert haben, die zu dem Austausch der Noten geführt haben. Im Augenblick ist es nicht zweckentsprechend, über diese Verhandlungen näheres mitzuteilen. Die amerikanische Regierung nimmt jedoch mit Genugtuung von den Versicherungen Ishiis und seiner Kollegen Kenntnis, wonach die japanische Regierung den Wunsch hegt, ihrerseits bei der Unterdrückung des preußischen Militarismus mitzuhelfen und diese Hilfe praktisch zum Ausdruck zu bringen. Die zwischen den Vertretern der japanischen Marine, die der Sondermission beigegeben waren, und den Vertretern der amerikanischen Marine gepflogenen Unterhandlungen haben eine vollständige Übereinstimmung über die Zusammenarbeit auf maritimem Gebiet im Stillen Ozean erzielt, um das gemeinschaftlich gegen Deutschland und seine Verbündeten gerichtete Ziel zu erreichen.

Auch der japanische Sonderbotschafter Baron Ishii hat es für nützlich gehalten, bei seiner Abreise aus den Vereinigten Staaten einige Redensarten in ähnlichem Sinne zu machen. Er hat durch die japanische Botschaft in Washington die Erklärung veröffentlichen lassen, er fühle sich in dem Gedanken glücklich, daß er jetzt, wo die Einigkeit und das Zusammenarbeiten unter den Alliierten so notwendig sei, dazu habe beitragen können, die Politik Japans und der Vereinigten Staaten in China gütlich zu regeln. Das neue Abkommen sichere eine dauernde harmonische Übereinstimmung zwischen den beiden Nationen, werde die unheilvollen Bemühungen der deutschen Agenten für immer vereiteln und die Bande der Freundschaft weiter kräftigen.

Versucht man über diese Phrasen hinweg den eigentlichen Sinn des Abkommens zu ergründen, so wird man erkennen, daß es für Japan einen gewaltigen Fortschritt auf dem Wege zur Befestigung seiner politischen und wirtschaftlichen Vormachtstellung auf dem asiatischen Festland bedeutet.

Auch dem mit ostasiatischen Dingen weniger Vertrauten muß jetzt klar werden, was die Kenner schon im Augenblick des Eingreifens Japans in den Weltkrieg auf Seite der Entente vorausgesagt haben: Japan benutzt den Krieg ausschließlich zur Erreichung seiner eigenen Ziele, die von jenen seiner Verbündeten himmelweit verschieden sind. Aus dem Umstand, daß England schon seit geraumer Zeit alle, auch die scheinbar wichtigsten Interessen dem Hauptziel, der Vernichtung der deutschen Weltmachtstellung untergeordnet hat, hat Japan schon längst kaltblütig die letzten Folgerungen für sich gezogen. Ebenso erscheint ihm nun der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg als der geeignete Augenblick, um sich von den Hemmungen zu befreien, die seine ostasiatische Politik bisher von jenseits des Stillen Ozeans erfahren hat.

Was es mit seinen Gegenleistungen für eine Bewandtnis hat, das läßt die Meldung erkennen, daß die japanischen Staatsleute mit nicht mißzuverstehender Offenheit auch neuerdings wieder erklären, die Entsendung japanischer Truppen auf einen der europäischen Kriegsschauplätze könne nicht in Frage kommen. Bezeichnender aber ist viel-

Digitized by Google

leicht die zweite Meldung, daß die Verhandlungen über die Lieferung von Kauffahrteischiffen im Austausch gegen amerikanischen Stahl für Schiffsbauzwecke von japanischer Seite abgebrochen worden seien, weil man mit den von Amerika angebotenen Bedingungen sich nicht einverstanden erklären könne[1]. Die Ententemächte werden sich also damit abzufinden haben, daß Japans Hauptleistung in einer Verstärkung der Beteiligung seiner Kriegsflotte an den Abwehrmaßregeln gegen die deutsche U-Bootsgefahr bestehen wird. Daß auch hier nicht mit einer rücksichtslosen Einsetzung seiner gesamten Seestreitkräfte gerechnet werden kann, ergibt sich aus dem von einem der Oppositionsführer bei der letzten Parlamentstagung unternommenen Vorstoß gegen die Entsendung japanischer Zerstörer ins Mittelmeer. Er betonte mit verblüffender Unverfrorenheit die Notwendigkeit, Japans Seemacht für die nach dem Krieg zu erwartende Auseinandersetzung mit seinen jetzigen Alliierten intakt zu erhalten.

Ist es sonach nur wenig, was Japan zu leisten bereit ist, so haben die neuesten Nachrichten gezeigt, daß es aus den ihm gemachten Zugeständnissen rücksichtslos und unverweilt die weitesten Folgerungen zu ziehen sich anschickt. Schon am 25. Oktober d. J. sandte der Pekinger Korrespondent der „Chicago Daily News" ein Telegramm an seine Zeitung des Inhalts, Japan habe von der chinesischen Regierung neuerdings die Unterzeichnung eines Abkommens gefordert, durch das China Japan folgende Rechte einräumen solle: 1. Ein Monopol für alle Waffenlieferungen an das chinesische Heer, 2. Heranziehung japanischen Kapitals beim Ausbau der chinesischen Regierungsarsenale, 3. Anstellung japanischer militärischer Ratgeber, 4. Überlassung der Eisenlager in der Umgebung von Nangking.

Der Korrespondent weist mit Recht auf die Ähnlichkeit der Lage mit der von 1915 hin, und es wird nicht uninteressant sein, die damaligen Vorgänge, über die seiner-

[1] Ein amtliches Communiqué aus Tokio besagt: „Japan war gezwungen, die Verhandlungen, die in Washington für die Aufhebung des Embargos auf die Stahlausfuhr stattfanden, abzubrechen, weil es unmöglich war, die Gegenforderungen der Vereinigten Staaten zuzugestehen. Die Vereinigten Staaten waren einverstanden, die Ausfuhr von 175 000 Tonnen Stahl als Gegenleistung für 250 000 Tonnen von Japan zu liefernden Schiffsraums freizulassen. Aber sie setzten als Altersgrenze für Schiffe sieben bis neun Jahre fest und den Preis auf 175 Dollars für die Tonne für alte Schiffe und 200 Dollars für im Bau befindliche. Da sonach Japan wieder auf seine eigenen Hilfsquellen angewiesen ist, glaubt es jene in Kenntnis setzen zu müssen, die seit langem an dieser Angelegenheit interessiert sind." Es würde zu weit führen hier die wirtschaftlichen Fragen eingehend zu erörtern, die in diese Entscheidung hineinspielen. Nur so viel sei bemerkt: der japanische Schiffsbau hat im Krieg einen ungeheuren Aufschwung genommen. Die erbaute Tonnage betrug 1912 17000, 1913 34000, 1914 66000, 1915 dagegen über 200 000 Tonnen. Für 1916 und später sind hier noch keine Ziffern bekannt, doch unterliegt es keinem Zweifel, daß die Erzeugung weiter erheblich zugenommen hat. Japan ist aber ein eisenarmes Land und ist daher auf die Einfuhr von Stahl angewiesen oder doch mindestens auf die Einfuhr von Eisenerzen zur Verhüttung in seinen Stahlwerken. Die Bestrebungen, sich von der fremden Stahleinfuhr unabhängig zu machen, äußern sich in zwei Richtungen: Stärkung der einheimischen Stahlwerke durch Zoll- und Steuer-Befreiungen und Erwerbung von Eisengruben in China. Auf letzteren Punkt wird im weiteren Verlauf dieses Aufsatzes eingegangen werden müssen.

Digitized by Google

zeit in Deutschland nicht allzuviel Zuverlässiges bekannt geworden ist, aus dem jetzigen Anlaß noch einmal näher zu betrachten.

Dies wird erleichtert durch den Umstand, daß die damalige japanische Regierung nicht nur die schließlich zustande gekommenen Pekinger Verträge vom 25. Mai 1915, sondern auch eingehende dokumentarische Mitteilungen über den Gang der Verhandlungen im japanischen Staatsanzeiger vom 9. Juni 1915 veröffentlicht hat.

Am 3. Dezember 1914 erhielt der zu diesem Zweck nach Tokio berufene japanische Gesandte in Peking, Herr Hioki, vom Minister des Äußeren, Baron Kato, die Entwürfe mehrerer mit China abzuschließender Abkommen mit folgender Instruktion:

Um eine Neuordnung der Angelegenheiten, die sich als Folgen des deutsch-japanischen Kriegs ergeben haben, in die Wege zu leiten und um einen dauernden Frieden im fernen Osten durch Stärkung der Stellung Japans zu gewährleisten, hat die japanische Regierung beschlossen, an die chinesische Regierung wegen des Abschlusses einer Reihe von Verträgen und Abkommen heranzutreten, die sich im wesentlichen an die Grundlinien der ersten vier Gruppen der beigeschlossenen Vorschläge halten sollen. Hiervon bezieht sich die erste Gruppe auf die Regelung der Schantung-Frage, die zweite Gruppe bezweckt hauptsächlich eine Klärung der Stellung Japans in der Südmandschurei und der östlichen Innenmongolei, insofern als diesmal von der chinesischen Regierung eine volle Anerkennung der aus der Natur der Dinge sich ergebenden Sonderstellung Japans in diesen Gegenden erwirkt werden muß, da das Fehlen einer solchen ausdrücklichen Anerkennung bisher zu verschiedenen Zwischenfällen geführt hat, die geeignet waren, die beiden Völker unter einander zu entfremden. Der Zweck der dritten Gruppe ist, der tunlichste Schutz der Interessen der Hanyang Gesellschaft, an der japanische Kapitalisten in hervorragendem Maße beteiligt sind. Es wird ohne weiteres erkennbar sein, daß die in den vorstehenden drei Gruppen zusammengefaßten Vorschläge nichts sonderlich Neues enthalten, während bezüglich der vierten Gruppe zu bemerken ist, daß sie lediglich bezweckt, den Grundsatz der territorialen Unverletzlichkeit Chinas zu unterstreichen, zu dem sich die Kaiserliche Regierung schon so häufig bekannt hat.

Da die Kaiserliche Regierung es nicht nur zur Stärkung Japans in Ostasien, sondern auch zur Wahrung der allgemeinen Interessen der in Betracht kommenden Länderstriche für absolut unerläßlich hält, Chinas Einverständnis zu diesen Vorschlägen zu erlangen, so ist sie fest entschlossen, dies Ziel unter Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden Mittel zu erreichen. Sie werden daher angewiesen, bei der Führung der Ihnen hierdurch anvertrauten Verhandlungen kein Mittel unversucht zu lassen.

Was sodann die in der Gruppe fünf enthaltenen Vorschläge anlangt, so stellen sie nur Wünsche der japanischen Regierung dar. Die Materien, die darin behandelt werden, sind durchaus verschieden von denen in den ersten vier Gruppen. Da aber eine Regelung dieser Angelegenheiten, von denen einige seit geraumer Zeit den Gegenstand von Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen gebildet haben, bei dieser Gelegenheit sowohl zur Förderung der gegenseitigen guten Beziehungen wie zur Wahrung der gemeinsamen Interessen in hohem Grade erwünscht wäre, werden Sie angewiesen, auch für die Durchsetzung dieser Wünsche mit all Ihrem Können einzutreten.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß im Lauf dieser Verhandlungen die chinesische Regierung sich bemüht zeigen wird, über die Haltung der japanischen Regierung bezüglich der Frage der Verfügung über das Pachtgebiet von Kiautschou Aufklärung zu erlangen. Wenn die chinesische Regierung sich bereit zeigen sollte, auf unsere Vorschläge einzugehen, so könnte die ja-

Digitized by Google

panische Regierung in Berücksichtigung des Grundsatzes der territorialen Unverletzlichkeit Chinas und im Interesse der Freundschaft zwischen den beiden Ländern sich ihrerseits bereit finden lassen, die Frage der Rückgabe dieses Gebiets in Erwägung zu ziehen für den Fall, daß Japan bei den Friedensverhandlungen mit Deutschland bezüglich der Verfügung über dieses Gebiet freie Hand erhält. Da es aber, falls es zur Rückgabe des Gebiets an China kommt, absolut notwendig sein wird, diese an gewisse Bedingungen, zu knüpfen wie z. B. die Öffnung des Gebiets für den Außenhandel, die Errichtung einer japanischen Niederlassung usw., so würden Sie weitere Weisungen nachzusuchen haben, sobald Sie der chinesischen Regierung hinsichtlich der Bereitwilligkeit der japanischen Regierung über diesen Punkt in Verhandlungen einzutreten eine Erklärung abzugeben beabsichtigen.

Die beigefügten Entwürfe behandeln folgende Angelegenheiten:

Gruppe I. Die chinesische Regierung soll sich schon jetzt verpflichten, die Abmachungen gutzuheißen, die Japan beim Friedensschluß mit Deutschland hinsichtlich des Pachtgebiets von Kiautschou treffen wird. Gleichzeitig soll sie sich verpflichten, unter keinen Umständen irgendeiner dritten Macht in der Provinz Schantung einen Stützpunkt zu verpachten oder abzutreten. Endlich soll sie der japanischen Regierung die Konzession für eine Zweigbahn einräumen, die Tschifu oder Lungkou mit der Schantungbahn verbinden soll.

Gruppe II betrifft die Festigung der japanischen Vormachtstellung in der Südmandschurei und in der östlichen Innenmongolei, insbesondere die Verlängerung des Pachtvertrages betreffend Port Arthur und Dairen (Dalny) und der Eisenbahnkonzessionen für die südmandschurische und die Antung—Mukden Bahn um neunundneunzig Jahre, sowie die Überlassung des Betriebs der Kirin—Tschangtschun-Bahn gleichfalls für neunundneunzig Jahre.

Gruppe III beschäftigt sich mit dem Ausbau der japanischen Interessen am Stahlwerk von Hanyang und will die chinesische Regierung verpflichten, über die benachbarten Erzläger nicht ohne Einwilligung der Stahlwerksgesellschaft, in der Japan sich schon längst einen überragenden Einfluß hat sichern können, zugunsten anderer als der genannten Stahlwerksgesellschaft in irgendeiner Weise zu verfügen.

Gruppe IV will China die Verpflichtung auferlegen, überhaupt keinen Hafen, keine Bucht und keine Insel an der Küste Chinas irgendeiner Macht abzutreten oder zu verpachten.

Gruppe V, die heute von besonderem Interesse ist, lautet wörtlich wie folgt:

1. Die chinesische Zentralregierung soll einflußreiche Japaner als politische, finanzielle und militärische Ratgeber anstellen.

2. Die chinesische Regierung soll japanischen Spitälern, Tempeln und Schulen das Recht des Grundbesitzes einräumen.

3. Angesichts der zahlreichen Polizeistreitigkeiten, die sich zwischen Japan und China ereignet und zu höchst unerquicklichen Zuständen geführt haben, soll an solchen Plätzen in China, an denen dies erforderlich erscheint, die Polizei unter gemeinsame Verwaltung gestellt werden, oder es sollen Japaner in den Polizeiämtern solcher Plätze angestellt werden, deren Aufgabe es gleichzeitig sein soll, an der Verbesserung des chinesischen Polizeiwesens mitzuwirken.

Digitized by Google

4. China soll von Japan eine gewisse Menge von Waffen beziehen oder es sollen Arsenale unter gemeinsamer chinesischer und japanischer Leitung errichtet werden, denen Sachverständige und Material von Japan zu liefern sind.

5. Um die Entwicklung der Nantschang—Kiukiang-Bahn zu sichern, an der japanische Kapitalisten besonders interessiert sind, und in Berücksichtigung der auf die Entwicklung des Eisenbahnnetzes in Südchina seit Jahren zwischen Japan und China schwebenden Verhandlungen, soll China sich damit einverstanden erklären, Japan das Recht der Erbauung einer Verbindungslinie zwischen Wutschang und der Nantschang—Kiukiang-Linie und einer Eisenbahnlinie zwischen Nantschang und Hangtschou, sowie einer solchen zwischen Nantschang und Hangtschou, sowie einer solchen zwischen Nantschang und Tschaotschou zu überlassen.

6. Angesichts der nahen Beziehungen zwischen der Provinz Fukien und Formosa und des Abkommens über die Nichtabtretung von Gebietsteilen dieser Provinz soll Japan zuerst zu Rate gezogen werden, wenn in Verbindung mit Eisenbahn-, Bergbau- oder Hafenwerken (einschließlich Schiffswerften) in der Provinz Fukien Kapital benötigt wird.

7. China soll japanischen Untertanen des Recht der religiösen Propaganda in China zugestehen.

Die Verhandlungen haben sich lange hingezogen. China hat mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln den Hals aus der Schlinge zu ziehen gesucht, bis schließlich Japan in einem vom Gesandten Hioki am 7. Mai 1915 der chinesischen Regierung übergebenen Ultimatum die sofortige Annahme der in den Gruppen I bis IV formulierten Forderungen mit gewissen durch die bisherigen Verhandlungen festgestellten Abänderungen verlangte, dagegen sich bereit erklärte, die Forderungen der Gruppe V mit Ausnahme des auf die Provinz Fukien bezüglichen Abschnittes vorläufig zurückzustellen.

Angesichts der drohenden Sprache des mit 48 Stunden befristeten Ultimatums blieb China nichts übrig, als nachzugeben.

Auf diese Weise kamen zustande:

1. Das Abkommen betreffend die Provinz Schantung vom 25. Mai 1915, das von den ersten japanischen Vorschlägen in keinem wesentlichen Punkte abweicht.

2. Das Abkommen betreffend die Südmandschurei und die östliche Innenmongolei vom gleichem Tag, das gleichfalls in allen wesentlichen Punkten den ursprünglichen japanischen Forderungen entspricht, und

3. eine Serie von diplomatischen Noten vom selben Datum, die den weiteren Forderungen der japanischen Regierung Rechnung tragen, soweit sie durch das Ultimatum aufrechterhalten worden sind. Die wichtigsten von ihnen betreffen die nicht in die vorerwähnten beiden Verträge aufgenommenen japanischen Forderungen aus den Gruppen I bis IV und die Verpflichtung der chinesischen Regierung, unter keinen Umständen irgendeiner fremden Macht das Recht der Errichtung von Werften, militärischen Kohlenniederlagen, Marine-Stationen oder irgendwelcher sonstiger militärischer Anlagen in der Provinz Fukien einzuräumen oder solche Unternehmungen mit Beteiligung fremden Kapitals selbst zu betreiben aus Gruppe V. Der letzte Notenaustausch endlich bezieht sich auf Kiautschou. Die von der chinesischen Regierung bestätigte Note des japanischen Gesandten in Peking lautet:

Digitized by Google

„Im Namen der Kaiserlich Japanischen Regierung beehre ich mich der Kaiserlich Chinesischen Regierung folgendes zu erklären:

„Sollte nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges die japanische Regierung in der Lage sein, über das Pachtgebiet von Kiautschou absolut frei zu verfügen, so wird sie dieses Gebiet unter den nachstehenden Bedingungen an China zurückgeben:

1. Ganz Kiautschou soll als Handelshafen eröffnet werden.

2. An einer von der japanischen Regierung näher zu bezeichnenden Örtlichkeit ist eine japanische Niederlassung zu errichten.

3. Errichtung einer internationalen Fremdenniederlassung, falls die Mächte dies wünschen sollten.

4. Es sollen, ehe die Rückgabe tatsächlich stattfindet, noch nähere Abmachungen zwischen der japanischen und der chinesischen Regierung getroffen werden, die sich auf die Verfügung über deutsche staatliche Anstalten, über Staatseigentum sowie auf sonstige Bedingungen und auf das zu beobachtende Verfahren beziehen sollen.

Von den japanischen Forderungen der Gruppe V, die unerledigt geblieben sind, werden durch den am 25. Oktober d. J. gemeldeten Vorstoß in Peking offenbar die Ziffern 1 und 4 (Anstellung japanischer Ratgeber, Lieferung von Waffen und Beteiligung japanischen Kapitals beim Bau chinesischer Regierungsarsenale) wieder aufgegriffen. Ferner wird eine Forderung bezüglich des Hanyang-Stahlwerks, die im Verlauf der früheren Verhandlungen fallen gelassen werden mußte, die nämlich, daß die chinesische Regierung sich verpflichte, über die dem Stahlwerk benachbarten Erzläger nicht ohne Einwilligung der Stahlwerksgesellschaft zugunsten anderer zu verfügen, in veränderter, aber verschärfter Form aufs neue geltend gemacht. Es wird angenommen werden dürfen, daß die in dem Telegramm des amerikanischen Korrespondenten genannten Eisenläger in der Gegend von Nangking dieselben sind, auf die sich die Wünsche der japanischen Regierung bei Gelegenheit ihres Vorstoßes zugunsten der japanischen Interessenten an der Hanyang-Gesellschaft gerichtet hatten.

Wie reich das Erzvorkommen in diesen Lägern ist, kann zurzeit von hier aus nicht überblickt werden, indessen wird man berücksichtigen müssen, daß japanische Minensachverständige schon seit einer ganzen Reihe von Jahren in allen Teilen Chinas auf Kohlen und Metalle geschürft haben. Es wird behauptet, daß zum Teil infolge der Einstellung der japanischen Lieferungen an Rußland die in Japan vorhandenen Stahlvorräte ausreichen, um den Materialbedarf der japanischen Werften bis zum kommenden Frühjahr zu decken. Bis dahin hofft man also wohl die Zufuhren von Stahl und Eisenerzen aus China auf eine solche Höhe zu bringen, daß man von den Vereinigten Staaten unabhängig wird.

Die Bedeutung des Ishii-Abkommens wird also weniger in dem zu finden sein, was Japan zugestanden, als in dem, was es erlangt hat, und das ist die Anerkennung einer Art Monroe-Doktrin zugunsten Japans in bezug auf China. Man wird sich entsinnen, daß die Vereinigten Staaten im Frühjahr dieses Jahres China den Rat gegeben haben, bevor es an eine über den von Amerika selbst betriebenen Abbruch

Digitized by Google

seiner diplomatischen Beziehungen mit den Mittelmächten hinausgehende Beteiligung am Weltkrieg denke, sein Haus in Ordnung zu bringen. Dieser Schritt ist von der japanischen offiziösen Presse als eine unerhörte Einmischung der Vereinigten Staaten in Angelegenheiten angesehen worden, deren Leitung Japan wegen seiner besonderen „nachbarlichen" Beziehungen zu China als Vorrecht für sich in Anspruch nehmen zu dürfen glaubt. Der Presselärm ist damals bald verstummt und die Opposition hat diese Gelegenheit benutzt, um die Regierung wegen ihrer Duldung und Förderung des ergebnislosen Entrüstungsrummels anzugreifen. In Wirklichkeit hat aber, wie wir gesehen haben, die japanische Regierung ihr Ziel nicht aus dem Auge verloren und durch das Ishii-Abkommen erreicht. Natürlich ist der Grundsatz der offenen Tür und gleicher Handelsmöglichkeiten ebenso wie der Grundsatz der Unverletzlichkeit des chinesischen Staatsgebiets aufs neue ausgesprochen. Dieser zuerst vom amerikanischen Staatssekretär Hay im Jahre 1899 aufgestellten Grundsätze kehren seit jener Zeit in allen auf Ostasien bezüglichen Abmachungen immer wieder. Sie haben nicht gehindert, daß Japan Korea annektiert hat, daß es in der Südmandschurei in einer Weise festgesetzt hat, die von der chinesischen Souveränität nur noch einen Schatten übrig läßt und daß es im Yangtse-Gebiet und in Fukien sich immer sicherer einnistet. Japans Ziel ist schwerlich eine gewaltsame Eroberung, wohl aber eine auf seine überlegene Macht sich stützende politische Bevormundung Chinas, die es ihm ermöglichen soll, die ungeheuren Hilfskräfte dieses so gut wie unerschlossenen Landes im eigenen wirtschaftlichen Interesse auszunützen und den Wettbewerb der anderen Welthandelsnationen auszuschalten. An der Erreichung dieses Ziels arbeiten alle Parteien Japans mit gleichem Eifer und die Angriffe der jeweiligen Opposition auf die auswärtige Politik der Machthaber entspringen vorwiegend innerpolitischen Motiven. Für uns ergibt sich die Frage, auf was das alles letzten Endes hinausläuft. Es ist klar, daß Japans Machtstellung auf dem asiatischen Kontinent tief in die Interessen aller anderen dort beteiligten Handelsnationen eingreift, am tiefsten in die Englands und der Vereinigten Staaten, und daß die Leiter der japanischen Geschicke sich nicht darüber im Zweifel sind, gegen wen sie nach Beendigung des Weltkriegs ihre durch seine Gunst erlangte Stellung zu verteidigen haben werden. So falsch es war, wenn bei uns die Erwartung gehegt wurde, Japan könne in Erkenntnis gewisser Zukunftsmöglichkeiten auf unserer Seite in den Krieg eingreifen oder Japan werde das Eintreten der Vereinigten Staaten in den Kreis unserer Feinde benutzen, um sich offen von der Entente loszusagen — solche Erwägungen gründeten sich zumeist auf eine Verkennung der oben geschilderten wahren politischen Ziele Japans, die, unter Duldung von Seitenströmungen zur Irreleitung und zur Schaffung von Tauschobjekten für etwaige diplomatische Verhandlungen, tatsächlich immer nur auf dem asiatischen Festland gesucht wurden — so sicher ist es, daß Japan die Notwendigkeit erkennt, sich auf die bevorstehende Abrechnung mit dem jetzt auf Gedeih und Verderb verbundenen

Digitized by Google

Angelsachsentum vorzubereiten. Es weiß, daß diese Abrechnung darüber, daß es den Weltbrand benutzt hat, um die „ältesten Freunde" — die Amerikaner — und die Verbündeten in China aus dem Sattel zu heben, kommen muß. Und wenn man auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit seine Bereitwilligkeit erklärt, an der Vernichtung des preußischen Militarismus und an der Vereitelung deutscher politischer Intrigen mit allen verfügbaren Kräften mitzuarbeiten, so hütet man sich doch wohlweislich, den Gegnern von morgen ihre Aufgabe gegenüber dem Gegner von heute ungebührlich zu erleichtern. Das hindert nicht, daß wir noch mancherlei, scheinbar mit dieser Ansicht im Widerspruch stehende, Überraschungen erleben könnten. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß Japan sich von seinen Verbündeten das Mandat geben läßt, Rußland durch Bedrohung in Ostasien an der Verfolgung seiner immer dringlicher werdenden Friedenswünsche zu verhindern. Die See von Japan ist heute noch kein „mare clausum". Erst der Besitz von Nordsachalin und der Küstenprovinz mit Wladiwostok — der Perle des Ostens — würde sie dazu machen. Japan sträubt sich zwar aus gewichtigen und naheliegenden Gründen dagegen, seine guten Beziehungen zu Rußland aufs Spiel zu setzen. Aber ein ganz auf Heilung der tausend Wunden, die ihm der Weltkrieg geschlagen, und auf die Ordnung seiner zerfahrenen inneren Verhältnisse sich einrichtendes Rußland würde vielleicht eine solche kleine Amputation im äußersten Osten verschmerzen, ohne dadurch zu neuer Feindschaft gegen den starken Nachbarn sich reizen zu lassen. Wenn Japan sich zu solchem Schritte entschließt, so wird es mit der Überzeugung geschehen, daß die Drohung die von der Entente erhoffte Wirkung nicht hat und daß Japan auch hier wieder nur gewinnen kann. Die Entente kann sich nicht genug darin tun, den Abschluß des Ishii-Abkommens als eine neue erfolgreiche Maßregel gegen deutsche Intrigen hinzustellen. Sollte sie wirklich so kurzsichtig sein, nicht zu erkennen, daß das Abkommen im Gegenteil einen Schritt auf einem Wege bedeutet, auf dem Japan und Deutschland nach dem Kriege einander wieder näher kommen könnten, und zwar nicht, weil Deutschland Japans Hilfe dann brauchen wird, sondern weil Japan sich vielleicht doch noch nicht stark genug fühlen wird, um in glänzender Isolierung einer Welt zu trotzen?

Lettow Vorbecks kolonialpolitischer Beweis

Von Franz Kolbe

England triumphiert: Jubelnd verkündet seine Presse einen amtlichen Bericht des Oberbefehlshabers der in Deutsch-Ostafrika gegen die Deutschen kämpfenden Truppen, General van Deventer, Aufklärungsabteilungen hätten endgültig die Tatsache festgestellt, daß Deutsch-Ostafrika jetzt vollständig frei von deutschen Truppen und daß damit auch die letzte der deutschen überseeischen Besitzungen in ihrer Gesamtheit in die Hände Englands und seiner Verbündeten gekommen sei.

Digitized by Google

Das erste Gefühl, das uns bei Empfang dieser Meldung befällt, ist ein Gefühl tiefer Trauer. Auch Deutsch-Ostafrika, die letzte unserer Kolonien, in der Gewalt des Feindes! Aber selbst diese Trauerbotschaft ist für uns durch einen Hoffnungsschimmer verklärt — es ist den Engländern nicht gelungen, den Rest unserer deutsch-ostafrikanischen Schutztruppen und ihren tapferen Kommandeur, General von Lettow Vorbeck, gefangen zu nehmen — letzterer hat es vielmehr verstanden, sich der ihm von allen Seiten drohenden Umzingelung zu entziehen und die feindlichen Reihen im Süden zu durchbrechen. Er befindet sich mit dem Rest seiner nach der „Frankfurter Zeitung" noch immer auf 6000 Askaris und 600 Europäer geschätzten Truppe südlich des Rovuma auf portugiesischem Gebiet.

Ob die Hoffnung der Engländer, auch den Rest der deutschen Streitkräfte in kurzer Zeit unschädlich zu machen, in Erfüllung gehen wird, bleibt abzuwarten. Haben sie doch seit Jahren von Monat zu Monat mit der endgültigen Eroberung Deutsch-Ostafrikas gerechnet und sich immer wieder enttäuscht gesehen. Portugiesisch-Ostafrika ist für die Truppen Lettow Vorbecks kein unbekanntes Gebiet — schon im Jahre 1916 haben deutsche Abteilungen den Rovuma überschritten und sind bis an die Grenze von Britisch-Nyassaland dort vorgestoßen, was einen Aufstand der Eingeborenen in der Kolonie Mosambik zur Folge hatte. Die Ausdehnung der portugiesischen Kolonie bis zum Sambesi ist nicht viel geringer als die Deutsch-Ostafrikas; an Gelegenheiten, sich zu verproviantieren, dürfte es also der deutschen Abteilung nicht fehlen und Widerstand der portugiesischen Truppen dürfte ihnen kaum gefährlicher werden, als im vorigen Jahre. So ist es nicht ausgeschlossen, daß Lettow Vorbeck sich noch geraume Zeit im Felde halten kann.

So groß unser Schmerz über den vorläufigen Verlust unserer letzten Kolonie ist, neben der Genugtuung darüber, daß die deutsche Flagge noch immer ungebeugt in Ostafrika weht, tröstet uns vor allem der Gedanke, daß das Schicksal der deutschen Kolonie nicht in Afrika entschieden wird, sondern in Europa auf den Schlachtfeldern Frankreichs. Dort bereitet sich jetzt die Entscheidung vor, und wir zweifeln nicht, daß, wie Hindenburg uns wiederholt versichert hat, der Ausgang dieses Kampfes für uns ein siegreicher sein wird und daß nicht nur unsere früheren deutschen Kolonien, sondern ein geschlossenes großes deutsches Kolonialreich in Mittelafrika den Preis des Sieges bilden wird.

Hat England nun eigentlich Grund, auf den Verlauf der 40monatigen Kämpfe in Deutsch-Ostafrika mit besonderer Befriedigung zurückzusehen? Das werden selbst die englischen Schönredner nicht behaupten wollen. Wohl aber haben wir allen Grund darauf stolz zu sein, daß es gelungen ist, die von Anfang an von fast jeder Verbindung mit dem Mutterlande abgeschlossene Kolonie gegen eine zeitweise fünffache Übermacht, die mit allen technischen und sonstigen Hilfsmitteln der Neuzeit überreichlich ausgerüstet war, länger als drei Jahre zu halten.

Digitized by Google

Das Verdienst, das scheinbar Unmögliche möglich gemacht zu haben, gebührt den tapferen Führer der ostafrikanischen Schutztruppe, General von Lettow Vorbeck. Deshalb ist das Hauptgefühl, das durch die Nachricht von der Besetzung Ostafrikas durch die Engländer in uns ausgelöst wird, ein Gefühl des Dankes — ein Gefühl des Dankes gegen unseren obersten Kriegsherrn, der auch hier wie im Falle Hindenburg es verstanden hat, den rechten Mann an den rechten Fleck zu stellen, gegen alle Verteidiger Ostafrikas, ob Weiße, ob Farbige, vor allem aber ein Gefühl überquellenden Dankes gegen unseren ostafrikanischen Helden von Lettow Vorbeck. Was Lettow Vorbeck geleistet hat, ist geradezu staunenswert. War doch die Kolonie in keiner Weise auf einen feindlichen Angriff vorbereitet, war doch die ihm zur Verfügung stehende Streitmacht, bestehend aus der Schutztruppe (68 Offiziere, 34 Sanitätsoffiziere, 4 Beamte, 144 weiße Unteroffiziere mit 2472 farbigen Mannschaften), wozu noch die Polizeitruppe in Stärke von 4 Offizieren, 48 weißen Polizeiwachtmeistern und Beamten und 2140 andern farbigen Mannschaften hinzukam — insgesamt nicht viel über 5000 Kombattanten — nur zur Aufrechthaltung der Ordnung im Innern bestimmt. An die Möglichkeit eines Angriffes von außen her hatte niemand gedacht, zumal Deutsch-Ostafrika in das Gebiet des konventionellen Kongobassins gehört, dessen Neutralisierung im Falle eines europäischen Krieges vertraglich vorgesehen war. Lettows erste Aufgabe mußte also sein, seine Streitkräfte zu vermehren, wozu ihm die im Schutzgebiet vorhandenen wehrpflichtigen Europäer, die Besatzungen der in den Häfen liegenden deutschen Handelsschiffe, des Vermessungsschiffes „Möwe" und des kleinen Kreuzers „Königsberg", sowie die entlassenen, aber noch dienstpflichtigen Askaris zur Verfügung standen. Außer diesen meldeten sich noch in großer Zahl die Eingeborenen zum Heeresdienst und auch die Araber stellten ein eigenes Hilfskorps auf. So mag es ihm gelungen sein, seine Streitkraft auf etwa insgesamt 20000 Mann zu bringen. Und mit diesen hat er fast 3½ Jahre lang das Schutzgebiet gegen alle Angriffe der Feinde, die zuletzt mindestens 100000 Mann auf die Beine gebracht hatten, gehalten.

General von Lettow Vorbeck hat sich als mustergültiger Organisator und Stratege erwiesen. Nach Organisierung seiner Streitkräfte hieß es für deren Verpflegung, für die Beschaffung von Munition und Ausrüstungsstücken Sorge zu tragen. Alles das ist, wie Dr. Krenkel in der „Kölnischen Zeitung" geschildert hat, in erstaunlicher Weise gelungen. Die Art und Weise aber, wie er den Widerstand der Kolonie zu organisieren verstand, wie er mit seiner geringen Truppenzahl, die über ein Gebiet von der doppelten Größe Deutschlands verteilt war, es verstanden hat, den Gegner überall zu treffen, Angriffe weit überlegener feindlicher Streitkräfte vernichtend abzuschlagen und über zwei Jahre lang die Kolonie im wesentlichen vom Feinde frei zu halten, bis der Gegner nach einheitlichem Plane mit weit überlegenen Kräften den konzentrischen Angriff begann, hat auch den Gegnern Bewunderung eingeflößt. „Manchester Guardian" schreibt am 5. Dezember: „Mit dem Abschluß der langsamen

Digitized by Google

Säuberung der südöstlichen Ecke Ostafrikas von den Deutschen ist der letzte Fußbreit deutschen Bodens außerhalb Europas in die Hände der Alliierten übergegangen. Mehrere Faktoren haben diese zu der langwierigsten aller kolonialen Operationen gemacht .... Aber billigerweise muß zugegeben werden, daß der lang hingezogene Widerstand von Deutschlands letzter Kolonie in der Hauptsache der Kunst und Hartnäckigkeit zu danken ist, mit welcher der deutsche Befehlshaber, von Lettow Vorbeck, einen hoffnungslosen Kampf geführt hat. Ein britischer, in jenem Feldzug verwundeter Offizier hat ihm kürzlich eine schöne Anerkennung gewidmet. Während mehr als zwei Jahren haben seine Streitkräfte einer Überlegenheit von über 3 : 1 gegenüber gestanden. Er selbst hat unter sehr erschwerenden Umständen gekämpft. Im Boxeraufstande hatte er ein Auge verloren, zweimal wurde er in diesem Feldzug verwundet und ist von den meisten der in Ostafrika herrschenden Fiebererkrankungen befallen worden. Er hat seine Streitkräfte und seine Vorräte ohne Hoffnung auf jegliche Hilfe stetig dahinschwinden sehen. Dennoch hat er niemals einen Fußbreit aufgegeben, wo ein Kampf möglich war; hat mehr als einmal ein strategisches Genie entwickelt, das den Geist von Smuts und van Deventer auf die Probe stellte, und hat, solange es der Menschenkraft möglich war, das völlige Verschwinden des deutschen Kolonialreiches aufgehalten."

Hier einen Überblick über den Verlauf der Kämpfe zu geben, erübrigt sich, da die Presse nach amtlichen Nachrichten alles darüber gebracht hat, was bis jetzt gesagt werden kann. Eins aber verdient noch hervorgehoben zu werden: Es ist Lettow Vorbecks besonderes Verdienst, durch die Tat den Nachweis geführt zu haben, daß auch eine gänzlich von der Außenwelt und vom Mutterlande abgeschlossene Kolonie sich jahrelang gegen einen übermächtigen Feind halten kann. Wäre Deutsch-Ostafrika auf einen Kampf nach Außen vorbereitet gewesen — nie wäre den Engländern die Eroberung der Kolonie gelungen.

Wie Hermann Oncken in seinem Buche „Das alte und das neue Mitteleuropa" schreibt: „Wir dürfen nach diesen Erfahrungen sagen, daß ein Deutschafrika, das quer über den Leib des afrikanischen Kontinents sich erstrecken würde, noch in viel höherem Maße eine wirkliche Verteidigungsfähigkeit besitzen würde; ja, durch eine zweckmäßige Organisation der militärischen Verkehrsmittel und der Eingeborenenkräfte, durch Marine- und Kohlenstationen in Verbindung mit der neuen Waffe der Unterseeboote, könnte ein zusammenhängendes Gebiet größeren Umfangs so gut wie unangreifbar gemacht werden. War die Zersplitterung unseres Kolonialgebietes eine Schwäche unserer Weltposition vor dem Kriege, so wird seine Zusammenlegung eine Stärkung von innen heraus bedeuten, die sich auch nach außen hin machtpolitische Geltung verschaffen wird. Es steht demnach nicht so, daß wir ohne die Verfügung über die flandrische Seeküste und ihre maritimen Folgen überhaupt nicht eines sicheren Kolonialbesitzes froh werden könnten: daß wir, um unsere Kolonien gegen England verteidigen

Digitized by Google

zu können, unter allen Umständen die bekannte auf das Herz Englands gerichtete Pistole in die Hand nehmen müßten. Es gibt dazu noch einen anderen und sicheren Weg."

Für diesen Beweis gebührt Lettow Vorbeck noch der besondere Dank des Vaterlandes.

Notizen

Die Freie Vaterländische Vereinigung und die Wahlrechtsfrage. Die Berliner Ortsgruppe der Freien Vaterländischen Vereinigung hat in einer zahlreich besuchten Versammlung vom 13. d. M. unter dem Vorsitz des Prof. D. Dr. Kahl einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

„Die Freie Vaterländische Vereinigung hält das Zustandekommen der preußischen Wahlrechtsreform für eine dringende Notwendigkeit. Da sie sich aus Mitgliedern aller Parteien zusammensetzt, muß sie davon absehen, sich für bestimmte Vorschläge auszusprechen. Dagegen erklärt sie für heilige Verpflichtung jedes einzelnen, die beste Kraft für ein zeitgemäßes und wahrhaft volkstümliches Wahlrecht einzusetzen und bittet eindringlich alle Beteiligten, den unvermeidlichen Kampf um die Reform im Geiste vaterländischen Einheitsbewußtseins zum Austrag zu bringen."

Finnlands Selbständigkeit und Deutschland. Am meisten auf uns gehofft hat Finnland: kämpfte doch sogar eine finnländische Legion auf unserer Seite. Aber auch dort hat man in letzter Zeit immer mehr das Gefühl, als ob Bethmann Hollwegs Wort von den „Fremdvölkern, die nicht mehr unter Rußlands Joch geraten sollen", liquidiert sei, weil man mit so großer Beflissenheit den Russen erklärte, sich nicht in innerrussische Verhältnisse einmischen zu wollen. Jetzt hat es den Anschein, als ob die Finnländer, an der Hoffnung verzweifelnd, Deutschland zu einer klaren Stellungnahme in der Fremdvölkerfrage zu bewegen, die Gelegenheit, wo die Entente mit dem maximalistischen Rußland auf gespanntem Fuße steht, benutzen will, um sich mit deren Hilfe die Selbständigkeit zu verschaffen. Laut einem Havas-Bericht aus Helsingfors hat der neue Präsident des finnländischen Senates Svinhuvfud folgendes Schreiben an Frankreich und die übrigen Ententeregierungen gerichtet:

„Gestützt auf Artikel 38 des Verfassungsgesetzes von 1772 hat der finnländische Landtag beschlossen, die souveräne Gewalt zu übernehmen, und demgemäß einen vollziehenden Senat ernannt. Kraft dieses Entschlusses hat das Haupt der finnländischen Regierung im Landtag einen Entwurf zu einem Verfassungsgesetz unterbreitet, wonach Finnland sich als unabhängige Republik erklärt. Der Präsident des Senats beruft sich auf den von den Mächten proklamierten Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und erklärt namens der finnländischen Regierung feierlich, daß das finnländische Volk ein Anrecht hat, seine Geschicke selber zu bestimmen und die fremden Mächte um die Anerkennung seiner Unabhängigkeit zu ersuchen. Rußland besitzt keine Regierung mehr, seine Vertreter haben die Ausübung ihrer Obliegenheiten in Finnland eingestellt. Es ist keine rechtmäßige russische Behörde mehr vorhanden. Die Truppen, die noch im Lande weilen, verbreiten Schrecken und reizen die revolutionären Elemente der Bevölkerung zu verbrecherischem Tun an. Die russische Anarchie zwingt das finnländische Volk, sich von nun an von jeder Abhängigkeit gegenüber Rußland frei zu machen. Endlich steht Finnland vor der Hungersnot. Indem der finnländische Senat sich auf die hochherzige Erklärung der französischen Regierung über das Recht der kleinen Völker auf nationale Selbständigkeit beruft, ersucht er die Regierung der französischen Republik ehrerbietig um die Anerkennung der finnländischen Republik und um die Ermächtigung, eine Delegation nach Paris zu entsenden." Da man nicht annehmen kann, daß unsere Re-

Digitized by Google

rung ein solches Schreiben, wenn sie es erhalten hätte, unveröffentlicht lassen würde, so ist leider anzunehmen, daß Finnland ernstlich darauf aus ist, eine Brücke zur Entente zu schlagen, weil alle Rufe ans deutsche Ufer bisher unerwidert geblieben sind. Unsere Regierung scheint aber augenblicklich so mit der Jagd auf den maximal-stischen Hasen beschäftigt zu sein, daß sie für alle anderen Vorgänge kein Auge hat. Das könnte aber um so bedenklicher werden, weil der kadettische Hund möglicherweise den Hasen erledigen wird, bevor der deutsche Jäger überhaupt zu Schusse kommt. Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung scheinen nämlich trotz des maximalistischen Terrors nicht allzu günstig verlaufen zu sein, würde doch sonst die russische Regierung nicht das zweischneidige Mittel in Erwägung ziehen, die kadettischen Mandate wegen anti-revolutionärer Haltung dieser Partei zu annullieren. Was die englische Regierung tut, sich den maximalistischen Machthabern wieder zu nähern und trotzdem die russische Fremdvölkerfrage aufzurollen, — sollte sich Deutschland zum Beispiel nehmen. Geschieht aber nicht bald etwas Entscheidendes seitens Deutschlands in der Fremdvölkerfrage, so besteht nicht nur die Gefahr, daß die Finnländer gezwungermaßen ins Entente-Fahrwasser geraten, sondern uns auch die ukrainischen Sympathien verloren gehen könnten.

Kolonial- und Moralkrieg. Auch Herr Asquith, der Führer der englischen Liberalen und früherer Premierminister Englands, hat in seiner letzten Rede es sich nicht versagen können, Deutschland wieder als das Land zu bezeichnen, „welches die Gewalt als die oberste Macht auf den Thron gesetzt hat und welches sich selbst bei der Verfolgung seiner vermeintlichen Interessen die Freiheit zuerkannt hat, je nach den Bedürfnissen der Stunde die feierlichsten Verträge zu fälschen, zu verhöhnen oder aufzuheben". Deshalb müsse die Maschine des deutschen Militarismus und der Bureaukratie vernichtet werden.

Auf diese Redefloskeln des britischen Staatsmannes hat gewissermaßen vorausahnend der Lüderitzbuchter Kaufmann Ludwig Scholtz in den „Baseler Nachrichten" eine treffende Erwiderung gegeben. Offenbar gewarnt durch die Erfahrung, daß die fortgesetzten Verleumdungen unserer Gegner vielfach trotz ihrer offenbaren Widersinnigkeit doch auf die neutralen Bewohner selbst der deutschen Schweiz vielfach großen Eindruck gemacht haben, hatte Herr Scholtz, um zu zeigen, daß nicht nur von deutscher Seite gesündigt worden sei, in den „Baseler Nachrichten" einen Aufsatz veröffentlicht: „Was beweisen der Welt die Kriegsereignisse in den deutsch-afrikanischen Kolonien?" Er hatte gar nicht erst versucht, Deutschland gegen die Vorwürfe der Gegner zu verteidigen, da er sich von vornherein darüber klar war, daß bei der Art, in der viele Schweizer den Begriff „Neutralität" auffassen, jeder derartige Versuch aussichtslos sein würde. Dagegen hoffte er durch den Nachweis, daß auf beiden Seiten Fehler gemacht worden sind und von der Schuld am Blutvergießen keine Seite ganz freigesprochen werden kann, einem moralischen Ausgleich und einer Verständigung als Vorbedingung eines gerechten und dauerhaften Friedens die Wege ebnen zu können. „Man wird einsehen, daß es wirklich eine Verkettung unglückseliger Umstände war, die eines Tages zu diesem Kriege führen mußte, bei denen die gegenseitige Furcht voreinander in den sich wechselseitig überwindenden Rüstungen ihren Hauptausdruck fand . . . Man wird zugeben müssen, daß nicht nur Verbrechen jeder Art, Brutalitäten und Verleumdungen, sondern noch mehr herrliche Taten der Vaterlands- und Nächstenliebe, von Aufopferung und Pflichterfüllung auf jeder Seite verzeichnet werden können, und daß daher keine Kriegspartei das Recht für sich in Anspruch nehmen kann, daß ihre Völker allein für Recht und Freiheit, Zivilisation und Menschlichkeit in diesen Krieg gezogen sind."

In sehr wirksamer Weise werden gegenübergestellt der englische Vorwurf, Deutschland habe sich durch den Einmarsch nach Belgien für alle Zeiten vertragsbrüchig gemacht und einerseits

Digitized by Google

der Überfall der deutschen Kameruner Posten Bonga und Singa durch die Belgier im Gegensatz zur internationalen Kongoakte (also während in Europa Verhandlungen zwischen Belgien und Deutschland über Neutralisierung des konventionellen Kongobeckens schwebten), andererseits die Erklärung E. D. Morels, daß im Frühjahr 1911 infolge der Verletzung des Algesirasvertrages durch Frankreich England, Frankreich und Deutschland am Rande eines Krieges standen. Weiter stellt Scholtz in fünf Fragen den Vorwürfen der Entente gegen Deutschland ähnliche Vergehungen oder Vorgehen ihrerseits gegenüber, dem preußischen Militarismus die Rüstungsausgaben Rußlands und Frankreichs, die Queenshall-Rede Lloyd Georges vom 28. 7. 1908, die Feststellung des Oberst A. Boucher („L'Allemagne en Péril"), daß Deutschland in allen seinen Grenzen bedroht sei, der deutsche Kaiser aber positive Beweise von seinem Wunsche, den Frieden zu erhalten, gegeben habe. Den angeblichen brutalen Kriegshandlungen deutscher Soldaten in Belgien und Frankreich stellt Scholtz gegenüber den Protest der Deutschen Kolonial-Gesellschaft vom 30. 6. 1917 über die Behandlung deutscher Zivilgefangener in den Gefangenlagern von Dahomey, Marokko und Südafrika, sowie die Russengreuel in Ostpreußen, der Versenkung der „Lusitania", die Gewissenlosigkeit derer, welche trotz deutscher Warnung auf dem mit Kriegsmaterial beladenen Dampfer Passagiere beförderten, den angeblichen Weltherrschaftsgelüsten Deutschlands die durch die russischen Enthüllungen bekannt gewordenen Kriegsziele der Entente usw. — Scholtz fordert zum Schluß, daß ebenso wie er nicht versucht habe, die Deutschen rein zu waschen von allen Sünden, die andern das gleiche tun mögen, um zu gegenseitiger Verständigung die Wege zu ebnen.

Neuerscheinungen

Innere Politik

Mit der „deutschen Staatsidee" und ihrer Geburt aus dem Erziehungs- und Entwicklungsgedanken beschäftigt sich Ernst Krieck in einem bei Eugen Diederichs, Jena, erschienenen Buch (geh. M. 6.—). Aus einer Ideengeschichte der letzten hundert Jahre deutscher Entwicklung in Geschichte, Politik und Pädagogik wächst der Begriff der deutschen Staatsidee in folgender Form: „Die Deutschen haben die Idee der Nation zu einem festen und führenden Bestandteil der Weltanschauung entwickelt. Weil sie ohne gemeinsames Staatsleben zu einer Nation erwachsen sind, mußten sie das nationale Band in einer inneren, geistigen Macht suchen und haben es da gefunden. Die anderen Völker haben den Begriff der Nationalität nur von außen gekannt im Zusammenhang mit ihrer nationalstaatlichen Entwicklung. Erst von den Deutschen haben sie, am deutlichsten die Russen, diese geistige Nationalidee übernommen und sind sich damit ihrer Nationalität als einer geistigen Macht erst bewußt geworden. Wir haben uns nun künftig nicht in einem ebenso starren und leeren wie hochmütigen Nationalismus zu verlieren, noch weniger aber den Verwerb der Vergangenheit zu verzetteln." Der Verfasser hofft hierbei vornehmlich auf die Erstarkung des Liberalismus zur geistigen Vormacht in der Nation, zum vermittelnden Glied zwischen links und rechts. Verfasser stellt an den Liberalismus die Forderung: „Es wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als das zu tun, was die Nation in anderen Teilen schon getan hat, was Zurückgebliebene immer tun müssen, zu repetieren. Neben den Neukantianismus und Neuidealismus jeder Art, neben Neuromantik, Neuklassik, und wie die Repetitionsformen alle heißen, muß als Spätling notwendig ein geistig begründeter Neuliberalismus treten, damit er in Anknüpfung an eine bessere Vergangenheit das Leben in der Idee und den Weg zur Zukunft wiedergewinne." „Ebenso notwendig aber ist es für die Nation, daß die Humanitätsidee weitergebildet werde: sie ist die geistige Grundlage für unsere künftige Weltstellung und Weltgeltung. Deutschland muß den Völkern, die sich seiner Führung anschließen, etwas Vorbildliches zu bringen haben: seinen Reichtum an Ideen, der größer und der Anpassung fähiger ist als jeder andere, seine Arbeitsweise, seine Erziehung und Schule, ein mustergültiges Staatswerk. Es muß als Führer mit den Völkern zusammenarbeiten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und Wechselwirkung, nicht aber sie beherrschen, nicht sie benachteiligen, nicht sie aussaugen. Deutschlands Gleichheitsbegriff verlangt und ermöglicht, daß wie die einzelnen so auch die Völker durch gegenseitige Förderung wachsen, im Austausch, im Geben; es empfängt von ihnen in einer Art, die ihr geistiges und materielles Eigentum mehrt; es gibt nicht auf Gegengabe, sondern weil die Produktivkraft wächst mit der Möglichkeit, sich

Digitized by Google

zu entfalten. Die Humanitätsidee in dieser Ausprägung als übernationale Völkergemeinschaft, als Ziel der geschichtlichen Entwicklung, als Wachstum der Völker aus ihrer Wechselwirkung: das ist die geistige Grundlage der deutschen Vormachtstellung in der Welt. Mögen andere Völker nach dem Krieg eine Politik der Abschließung treiben, wenn sie wollen. Deutschland hat nicht die Aufgabe, Gleiches mit Gleichem zu vergelten; es hat sich nicht zum eigenen Schaden mit einer chinesischen Mauer zu umgeben; es hat nicht die Aufgabe, die Geschichte irgendwie zurückzuschrauben oder sich durch Geschehenes in seiner Handlung leiten zu lassen. Die französische Revanchepolitik hat nur ihren eigenen Mann geschlagen. Wie die Würfel auch fallen: Deutschland hat nicht zu richten über das Tun und Lassen der Völker, sondern seiner Bestimmung nachzugehen. Es hat in der Vergangenheit von den Völkern gelernt und ist dabei zur Eigenheit herangewachsen; es wird in Zukunft unbeirrt weiterlernen und daran weiterwachsen. Damit wird es, weit hinaus über Zu- und Abneigung der Völker, auch für diese zum Gesetz werden. Wer sich abschließt, spricht sich selbst das Urteil. Nur der blöden Ausländerei, dem Zurschautragen fremder Manieren und Moden, dürften wir entwachsen sein."

Um die richtige Einstellung zum nationalen Gedanken und um das rechte Verhältnis zur Weltidee bekümmern sich denn auch, dieser Problemstellung Kriecks gemäß, die Bücher und Schriften über das Wesen und die Aufgabe der deutschen Staatsidee. Die Diskussion über *das parlamentarische System* ist dafür des öfteren der Ausgangspunkt.

Erich Kaufmann gibt einen nachträglichen Beitrag zu den innerpolitischen Sturmtagen des Juni und Juli 1917, in dem er die Berufung einzelner Parlamentarier in die Regierung staatsrechtlich begründet, den „Sonderausschuß" theoretisch vorwegnimmt und mit der Begründung einer starken in sich geschlossenen, dem Reichstag gegenüber selbständigen Stellung des Bundesrats sich beschäftigt. („*Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung*", Berlin, Julius Springer, M. 2.80.) Auf dem Boden des von Bismarck vertretenen „bündischen Unitarismus" als der natürlichen und festen Grundlage unseres Verfassungsbaues und unter der Voraussetzung, daß das von Bismarck durch den Bundesrat um die Einzelstaaten und ihre Dynastien geschlungene Band unter keinen Umständen gelockert werden darf, lehnt er Reichsministerien und parlamentarisierte Reichsregierung ab (abgesehen davon, daß es nichts gibt, was unserer Geschichte und Eigenart mehr widerstrebt, als das Zentralisierende und Gleichmachende des Parlamentarismus.) Er befürwortet als „Erzieher und zum Gegengewicht des Reichstags den verwaltungs- und verfassungsrechtlichen Ausbau der außerparlamentarischen Organisationen der Gesellschaft (in der kommunalen und „gesellschaftlichen" Selbstverwaltung, in den berufsständigen Korporationen der Landwirtschafts-, Handels-, Handwerkerkammern und in ähnlichen Bildungen) zu einem hochentwickelten wirtschaftlichen privaten Genossenschaftswesen. Schon das bloße Dasein solcher Organisationen wird auf das Parteileben und -Streben heilsam einwirken und sie werden ein aus der Gesellschaft selber hervorgegangenes genossenschaftliches Korrektiv sein, das sicher stärker zu wirken vermag, als die in herrschaftlichen Organisationen liegenden Gegengewichte. Der Staatsgedanke selber wird so bereichert und vertieft, und das Beamtentum zu gesellschaftlichem Denken gezwungen und erzogen, wie die Organisationen selber zu staatlichem Denken. Organisch aus dem Kriege selbst bereits erwachsene Forderungen an die „*Reform des deutschen Beamtentums*" stellt dem gegenüber Adolf Grabowsky (F. A. Perthes, Gotha, M. 3.—) mit Fachleuten, die er sich über die beamtenpolitische Neuorientierung, über soziale, wissenschaftliche, rechtliche, wirtschaftliche Stellung des Beamtentums sich aussprechen läßt. Den Geist, in dem es geschieht, bezeichnet der Herausgeber: „freiheitliche Ausgestaltung unserer inneren Einrichtungen, Umgestaltung unserer Bureaukratie zu einem Instrument, das den Aufgaben der Zeit gewachsen ist, heißt jetzt die Forderung. Wir brauchen seine Entwicklung in unseren, nicht in fremden Bahnen, doch wir brauchen eine wirkliche Entwicklung, nicht Scheinreform. Nur ein freies Volk ist ein mächtiges Volk, nur ein Volk, in dem sich jeder Teil verantwortlich fühlt für das Ganze". „Es wäre", so fährt Erich Kaufmann fort, „eine echtdeutsche Weiterbildung unseres öffentlichen Rechts, die von der undeutschen Vorstellung, die Volksstaat und Parlamentsstaat gleichsetzt, weit entfernt ist: Es wäre die Wiederanknüpfung an die besten genossenschaftlichen Traditionen des deutschen Mittelalters, an die Ideen von Stein und Humboldt, ja auch an die gesunden Gedanken aus der Ideenwelt Friedrich Wilhelms IV. und nicht zuletzt Bismarcks." Grundsätzlich wendet sich gegen das parlamentarische System Julius Borchardt („Friede, Freiheit, Brot und das parlamentarische System", W. F. Grunow, Leipzig, M. —.40). Demokratisierung sei „ein großartiges Blendwerk, für die Masse des Volkes sei sie gleichgültig. Die Interessen des Volkes seien Friede, Freiheit, Brot; ein parlamentarisches System biete nur eine Rollenvertauschung der Diplomaten. An der wahren Lage ändere es nicht das mindeste". Zur Ablehnung einer weiteren Demokratisierung kommt auch Albert Arnstadt, M. d. R., in einer Schrift „*Demokratie und Landwirtschaft*" (Wendt & Klauwell, Langensalza). „Die ländliche Bevölkerung wird der Demokratie sich mit aller Macht entgegenstemmen, aus nationalen und monarchischen Gründen, und weil es wirtschaftlich eine Lebensfrage für sie ist." Eine indirekte Unterstützung

Digitized by Google

erfahren solche Gedankengänge durch die Berufung auf den demokratischen Charakter des deutschen Staates schon von den Maßnahmen zur Parlamentarisierung und die Forderungen an den nationalen Sinn in der Zukunft. Aus einem Vergleich zwischen „der staatlichen Arbeiterfürsorge bei uns und bei unseren Feinden“ (E. Grüninger, Stuttgart) kommt z. B. K. Wehe zu dem Schluß, daß mit Deutschlands Sieg zugleich „der Sieg des sozialen Gedankens in der Welt sei, daß ohne diesen Sieg in der staatlichen Arbeiterfürsorge Stillstand und Rückschritt eintrete“. In einem Buche „Die Wenigen und die Vielen“ (Verlag E. Matthes, Leipzig) vertritt der ungenannte Verfasser als obersten Grundsatz für die kommende Gestaltung des Staatswesens die Forderung: allen Lebensfähigen „das Bewußtsein der Verpflichtung gegen den Staat anzuerziehen“. In der „allgemeinen Hingabe an den Staat, in dem kameradschaftlichen Wirken und Gemeinsamkeitsbewußtsein“ sieht er „das größte Ziel für die Zukunft“. Vor dem Krieg hat „Ichsucht alle Schranken überrannt“, eine heimlichen Mächten gefügige Presse „die Verruchtheit hinter tönenden Phrasen ins Unglaubliche wachsen lassen, die Geldherrscher waren auf dem besten Wege, alle Regierungen der Welt an ihren geheimen Seilen zu leiten, die blinde Selbstsucht der Massen war zu jener gehäuften Raffsucht emporgewachsen, die uns ganze Völker verpöbelt und verrottet offenbart hat. Das Menschenmörderische der aufgegangenen Saat liegt jedem Auge offen, darum gilt es, einen höheren Organismus herauszubilden, das „Individuum Nation“. Den in diesen Sätzen liegenden Keim zur Bestimmung des Verhältnisses zwischen nationaler Forderung und internationalen Gegebenheiten entwickeln zwei Bücher ethisch-religiöser Richtung: die Schriften von H. Cohen: „Was einigt die Konfessionen?“ (Hutten-Verlag, Berlin) und Rudolf Molwitz „Luthers Kirche inmitten der Kirchen und Völker im Jubiläumsjahr 1917“ (C. Ungelenk, Dresden). Der erstere kommt zu dem Schluß: „Das Menschentum ist nicht nur das Wahrzeichen der inneren, der sozialen Politik, sondern nicht minder auch der Weltpolitik. Mag die Erfahrung dieser Jahre noch so trübselig sein, noch so demütigend für den Gläubigen der Humanität: wir wollen uns doch nicht abdrängen lassen von dem deutschen Geiste unseres klassischen Weltbürgertums, welches mit der glühenden Vaterlandsliebe innerlichst verbindet den Glauben an die Menschheit, die geschichtliche Pietät und das Mitgefühl daher und die Achtung für die fremden Nationen, und die Hoffnung einer trotz allen Widerständen doch künftig zu erlangenden, vorab pflichtmäßig zu erstrebenden Verständigung und Einigung mit ihnen. Die Einigung der Konfessionen zieht diese weiten Kreise von den Konfessionen zu den Völkern, in deren Bewußtsein nicht weniger religiöse als nationale Konfession regsam ist. Wir müssen in allen Bekenntnisformen, in den politischen wie den religiösen, Einigung anstreben. Und die wahrhafte Aufklärung, die philosophische, wie sie in Deutschland ihren klassischen Boden hat, muß uns den Weg weisen. Wir halten fest an der Hoffnung, daß die Verschwisterung von Aufklärung und Toleranz, welche die Humanität erzeugt, das messianische Ziel der Menschheit erreichen wird.“ Der letztere sieht in den Taten der Gegenwart die Frucht der „stilleren und gründlicheren Arbeit des Luthertums“, die mehr vermöge „als alles zähe und doch oft oberflächliche Wirken der großen reformierten Völker“. Es hat an Anzeichen nicht gefehlt, als ob wir in den Fehler unserer Feinde verfallen wollten, uns für das auserwählte Volk zu halten. Bei vaterländischen Predigten und kirchlichen Ansprachen konnte man hier und da schon früher derartige Verirrungen beobachten. Im Kriege haben wir alle die Versuchung empfunden, die in diesem Gedanken lag, zumal die ganze Entwicklung des Kampfes uns täglich mehr in die Rolle der Streiter für Recht und Gerechtigkeit drängte. Aber zugleich haben wir doch merken müssen, was für eine Gedankenlosigkeit und Anmaßung darin liegt, wenn wir auch nur im Schwunge einer begeisterten Stunde diese sittliche Grundlage unserer Zuversicht zu einer natürlichen, uns selbstverständlich beschiedenen erheben wollten. Nie, auch bei Siegesfeiern, auch nicht bei Ansprachen vor der Front der Truppe sollte unsere Kirche vergessen, daß unser Herr Christus, da er spricht: Tut Buße, will, daß das ganze Leben seiner Gläubigen eine beständige Buße sein soll. Das ist es ja freilich, was sie so weltfremd und dem modernen Menschen unsympatisch erscheinen läßt. Aber sie würde nicht Kirche bleiben und müßte ihrem einigen Herrn untreu werden, wenn sie auch nur einen Augenblick den Menschen zu gefallen trachten wollte. Nicht Sklavin des Staates, wie die anatolische Kirche, nicht Herrin der Gewissen, wie Rom es will, sondern die willig dienende, aber zugleich an ihren Herrn allein und sein ewiges Wort gebundene Freundin unseres Volkes soll sie sein.“

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Vereinigung des „März" mit der „Deutschen Politik" 1657
Rohrbach, Kommt uns das Heil von den Maximalisten? 1658
Delbrück, Der Krieg nach dem Kriege 1664
Solf, Die Zukunft Afrikas 1666
Herre, Italiens Lage 1675
Schmidt, Estnische Proteste gegen die Russengreuel in Estland 1683
Notizen 1685

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 28. Dezember 1917 Heft 52

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Be

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

unter ständiger Mitarbeit von:

Prof. Dr. Paul Arndt, Berlin; Prof. Dr. Auhagen, Dahlem-Berlin; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. C. H. Becker, Berlin; Professor D. Deißmann, Berlin; Prof. Dr. Rudolf Eucken, Jena; Prof. Dr. Eulenburg, Leipzig; Anton Fendrich, Freiburg-Zähringen; Prof. Dr. E. Franke, Berlin; Prof. Dr. O. Franke, Hamburg; Oberbürgermeister Dr. Geßler, Nürnberg; Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig; Prof. Dr. Harms, Kiel; Oberbürgermeister Dr. Külz, Zittau; Prof. Dr. Lampe, Berlin; Dr. Freiherr von Mackay, München; Wilhelm v. Massow, Berlin; Prof. Dr. F. Meinecke, Berlin; Dr. Adrian Molin, Stockholm; Geh. Reg.-Rat Dr. Muthesius, Berlin; Geh. Justizrat Prof. Dr. Niemeyer, Kiel; Prof. Dr. Oncken, Heidelberg; Dr. Alfons Paquet, Frankfurt a. M.; Prof. Dr. Pohl, Greifswald; Justizrat Dr. Rhode, Berlin; Prof. Dr. Roloff, Gießen; Prof. Dr. von Rümker, Berlin-Nikolassee; Jakob Schaffner, z. Z. Tiefurt; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schiemann, Berlin; Axel Schmidt, Berlin; Geh. Rat Dr. Schneider, Frankfurt a. O.; Geh. Admiralitätsrat Dr. Schrameier, Berlin-Halensee; Prof. Dr. Schumacher, Bonn; Reichstagsabgeordneter Geh. Rat Prof. Dr. v. Schulze-Gävernitz, Freiburg; Geh. Regierungsrat Prof. Dr. M. Sering, Berlin-Grunewald; Dr. Somary, Berlin; Prof. Dr. Martin Spahn, Straßburg; Dr. Friedrich Thimme, Berlin; Dr. lic. theol. Gottfried Traub, Dortmund; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Troeltsch, Berlin; Admiral z. D. Gouverneur v. Truppel, Berlin; Prof. Dr. Georg Wegener, Berlin; Dr. Fritz Wertheimer, Berlin; Prof. Dr. Wiedenfeld, Halle; Geh. Rat Prof. Dr. Wohltmann, Halle; Kgl. Ministerialrat Zahn, München; Regierungsrat Zache, Hamburg.

Einsendungen (mit Rückporto) für die Schriftleitung sind zu richten nach Berlin W 50, Augsburger Str. 74II. Telephon: Amt Lützow 5723./ Einsendungen, welche den Versand und Inseratenteil der Zeitschrift betreffen, dagegen nur an den Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburger Str. 74II, Telephon: Amt Lützow 5723; oder Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar, Wörthstraße 43. Telephon 53.

Gustav Kiepenheuer Verlag, Abt. „Deutsche Politik", Berlin

Bezugspreis vierteljährlich vom 1. 1. 1918:
Bei jeder Buchhandlung M. 4.—, Einzelnummer 40 Pfg.
Bei der Postanstalt Inland M. 4.35, Feldpost M. 4.50.
Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50.

Digitized by Google

2. Jahrgang · 28. Dezember 1917 · Heft 52

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Vereinigung des „März" mit der „Deutschen Politik"

Die Herausgeber und die Redaktion der „Deutschen Politik" dürfen sich an ihren bisherigen Leserkreis mit der erfreulichen Mitteilung wenden, daß die Zeitschrift „März" vom 1. Januar 1918 an mit der „Deutschen Politik" verschmolzen wird und daß der Herausgeber des „März", Herr Reichstagsabgeordneter Conrad Haußmann, an seine Leser die herzliche Aufforderung gerichtet hat, fortan die „Deutsche Politik" zu beziehen. Der Redakteur des „März", Herr Dr. Theodor Heuß, tritt in die Redaktion der „Deutschen Politik" ein. Wir begrüßen den Leserkreis des „März" aufrichtigen Herzens und sind überzeugt, daß er auch bei uns die Hauptsache finden wird, die jeder Deutsche in dieser Zeit überall dort suchen muß, wo es sich um deutsche Politik handelt. Verschiedenheiten der Auffassung in Nebendingen (und was müssen wir beim Übergang vom Weltkriege zum Weltfrieden nicht alles zu den Nebendingen rechnen!) sind unter uns allen möglich und finden statt. Das gilt ohne Frage auch vom Verhältnis der „Deutschen Politik" zu ihren Lesern und es wird auch für die Tausende gelten, die jetzt hoffentlich vom „März" zur „Deutschen Politik" herüberkommen werden. Wir sind und wir bleiben aber, hinweg über alle vielleicht trennenden Verschiedenheiten der Auffassung im einzelnen, in dem Bekenntnis einig, daß wir sittlich-nationale Politik nach außen, freiheitliche nach innen mit einander treiben wollen.

Digitized by Google

den 21. Dezember 1917

Kommt uns das Heil von den Maximalisten?

Von Dr. Paul Rohrbach

Aus dem Vertrag mit den russischen Maximalisten über den Waffenstillstand soll sich nach beiderseitiger Absicht der Friede mit Rußland entwickeln. Ein Friede mit Rußland soll es werden; daß die Verhandlungen und der Waffenstillstandsvertrag schon „mit Rußland" zustande gebracht worden seien, wird man bei richtiger Einschätzung der russischen Dinge nicht behaupten können. Was bei ihrer richtigen Beurteilung von Anfang an voraus gesagt werden konnte, ist eingetreten: die Maximalisten haben bei den bisherigen Wahlen zur Nationalversammlung nur 25 Prozent der Mandate erhalten. 50 Prozent sind auf die radikalen Bauernstimmen entfallen, und der Rest auf die Kadetten und auf den Maximalisten feindliche sozialistische Gruppen. Es ist möglich, daß die Maximalisten vom linken Flügel der Sozialrevolutionäre noch Zuzug erhalten. Auch diese ganze große Partei ist im Prinzip einverstanden damit, daß Friede geschlossen wird. Sie ist aber keineswegs damit einverstanden, daß die Maximalistenführer das Land regieren und alles nach ihrem Belieben anordnen. Die Bürgerlichen vollends sind Gegner der augenblicklichen und der von den Sozialisten auch für die Zukunft angestrebten „Ordnung" auf Tod und Leben.

Angenommen, die jetzigen Machthaber bleiben am Ruder, bis der Friede abgeschlossen und die Demobilisierung erfolgt ist, so fragt sich, was dann wird. Ihre gegenwärtige Stärke beruht darauf, daß der größte Teil der Soldaten Frieden haben will, um nach Hause zu kommen. Im Frühjahr, zur Felderbestellung soll das Land der Großgrundbesitzer, des Staats und der Kirche an die Bauern verteilt sein, und vorher will jeder selbstverständlich bei seiner Gemeinde für seinen Anteil sorgen. Die Maximalisten geben dem Mann, wenn er nach Hause geht, sein Gewehr und seine Patronen mit, damit er, falls nötig, die „Errungenschaften der Revolution" verteidigen helfe. Es wird also in jedem Dorf einige Dutzend oder mehr Gewehre mit reichlicher Munition geben, um die Eigentümer, die anders wollen als die Bauern, zu überzeugen. Natürlich wird es nicht bei der Landenteignung bleiben, sondern die bewaffneten und in der Front als Soldaten völlig verwilderten Bauernmassen werden weit und breit ein Schreckensregiment führen und auch abgesehen von den Ländereien enteignen, was ihnen in den Sinn kommt. Die Maximalistenregierung ihrerseits verfügt unter der Formel der staatlichen Übernahme die Enteignung der Fabriken, Banken, Bergwerke und sonstigen „kapitalistischen" Unternehmungen. Sie will die Minister und Ofenheizer im Ministerium gleich entlohnen und auch in allem übrigen nach solchen Grundsätzen verfahren. Demgegenüber ist es ausgeschlossen, daß alles, was ein Stück beweglichen oder unbeweglichen Besitzes, was Einkommen, Bildung und höhere persönliche Ansprüche an Gegenwart oder Zukunft zu verteidigen hat, sich

Digitized by Google

ohne Widerstand in die Zerstampfung und Einknetung in den furchtbaren Brei fügt. Es werden sich Mittelpunkte des bewaffneten Widerstandes bilden, Führer und Kämpfer, freiwillige und geworbene, werden sich finden, die bessere Organisation, die besseren Talente, die Tapferkeit und Wildheit des verzweifelten Kampfes um das Eigentum werden voraussichtlich bei den Bürgerlichen sein, und man kann sich wohl denken, wie unter furchtbarem Blutvergießen und entsprechenden Zerstörungen die bürgerlichen Parteien die Wiedereroberung Rußlands von den Sozialisten versuchen und vielleicht am Ende durchführen.

Es fragt sich, was in dem Fall die weitere Entwicklung sein wird, und wie sich die Leiter der deutschen Politik im Hinblick auf die Zukunft beim bevorstehenden russischen Frieden verhalten sollen. Niemand wäre glücklicher als wir, wenn diese Frage mit dem einfachen Ausdruck des Vertrauens beantwortet werden könnte, daß unsere führenden Staatsmänner schon den richtigen Einblick in die Dinge hätten und die richtigen Entschlüsse für den Frieden fassen würden. Da wir nicht das Glück haben, politisch von Männern geführt zu werden, die seit lange am Staatsruder stehen und den Beweis ihrer Herrschaft über die Verhältnisse durch die Tat haben führen können, so suchen wir unwillkürlich in dem politischen Material, das sie bisher zur Beurteilung ihrer Einsicht und ihres Könnens geliefert haben, ob wir etwas darin finden, was uns Mut macht, dem Zuge unseres Herzens zu folgen und der Nation zuzurufen: Vertraut nur, sie werden es schon machen! Es ist möglich, daß sie es machen, aber den Erweis der Wahrscheinlichkeit, daß sie es machen werden, haben sie noch nicht geliefert. Die gegenwärtige Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten hat manches offenbar nicht ungeschickt angefangen, aber zu anderem, was sie getan hat, gehören Fragezeichen oder eine entschieden ablehnende Kritik. Das letztere ist zum Beispiel bei dem Versuch, im September d. Js. mit England in Verhandlungen zu kommen, der Fall. Selbstverständlich ist nicht das Bestreben oder der Versuch an sich zu tadeln, wohl aber die Vorstellung, es könne mit einer englischen Regierung unter Lloyd George zu Verhandlungen auf einer für Deutschland annehmbaren Grundlage kommen. Ganz gleichgültig, wie beim deutschen Auswärtigen Amt die Meinung entstanden ist, England sei zu Verhandlungen bereit — die Meinung, daß Leute wie Lloyd George im Ernst dahinter steckten und im Ernst an den Ausgleich mit uns dächten, durfte nicht entstehen! Hat sie doch existiert, so ist das ein Beweis unzutreffenden Urteils in derjenigen Frage, die für die Beendigung des Weltkrieges im ganzen eine der entscheidenden, vielleicht die entscheidende ist. Lloyd George und seine Helfershelfer wollen nicht zurück und wissen auch, daß sie gar nicht zurück können. Sie haben alles auf den Krieg bis zur Niederkämpfung Deutschlands gesetzt, und haben keine Möglichkeit mehr umzuschwenken, selbst wenn sie einsehen, daß ihr Spiel verloren ist. Solange das englische Volk Lloyd George als Diktator schalten läßt, solange verweigert es uns damit jede Verhandlung über den Frieden, solange erklärt es uns damit, daß es

Digitized by Google

keinen Ausgleich will, sondern darauf hofft, uns den Fuß auf den Nacken zu setzen. Das ist verhängnisvoll für den Friedensgedanken, verhängnisvoll für die Menschheit, besonders verhängnisvoll vermutlich auch für England, aber wir können nichts daran ändern, und wer sich darüber getäuscht hat, hat den Beweis des Irrtums in einer Fundamentalfrage der gegenwärtigen Kriegspolitik geliefert. Lloyd Georges letzte Rede bedeutet ein Bekenntnis zum Krieg bis aufs äußerste, wie es stärker nicht zu denken ist. Sie verbindet mit dem Ausdruck des Kriegswillens und der Drohung des wütenden Boxers die erneute und unauslöschliche Beschimpfung Deutschlands als einer verbrecherischen und strafwürdigen Nation. Der Reichskanzler hat jetzt die Unmöglichkeit des Verständigungsfriedens mit der Regierung Lloyd Georges dankenswert klar unterstrichen. Daß es so kommen würde, das hätte man aber im Auswärtigen Amt schon vor der Hertlingschen Zeit nicht nur voraussehen können, sondern auch voraussehen müssen. Wie planmäßig Lloyd George mit seiner Rede gehandelt hat, geht ja auch daraus hervor, daß unmittelbar danach sein Bundesgenosse Clémenceau für den Fall, daß die Kammer sich weigern sollte, Caillaux' Immunität aufzuheben und ihn einem Gericht auszuliefern, mit seinem Rücktritt, d. h. mit einer Katastrophe der Regierungsgewalt in Frankreich gedroht hat.

Das Beispiel mit England macht es uns auch einigermaßen schwer, im voraus daran zu glauben, daß, soweit unser Auswärtiges Amt in Frage kommt, der richtige und sichere Einblick in das Notwendige und Mögliche gegenüber Rußland vorhanden ist. Aus den veröffentlichten Bedingungen über den Abschluß des Waffenstillstandes jetzt schon zu schließen, daß alles, was darin nicht vorgesehen erscheint, auch bereits verloren und verspielt ist, wäre vielleicht voreilig. Für mindestens ebenso voreilig müßten wir es aber leider halten, wenn jemand sagen wollte, für das Notwendige, was nicht darin steht, werde schon gesorgt sein oder werde gesorgt werden. Das Notwendige ist die Erkenntnis, daß jetzt die entscheidende Gelegenheit da ist, zur Fremdvölkerfrage in Rußland eine den deutschen und mitteleuropäischen Interessen und unsrer Zukunft entsprechende Stellung einzunehmen. In dieser Sache irrt man in Deutschland fast allgemein, und in dieser Sache gibt es sogar — wir nehmen an unbewußte — Treibereien gegen das deutsche Interesse. Unsere konservativen Kreise hoffen immer noch auf die Wiederkehr eines Rußland, das von neuem als Hort der konservativen Idee in politisch möglichen Formen bündnisfähig und zugleich ein Partner Deutschlands gegenüber dem — vermeintlich gemeinsamen — Gegner England sein könnte. Das aber ist eine reine Utopie. Ein Rußland, mit dem unter konservativen Gesichtspunkten zu paktieren wäre, kommt nie wieder, und es ist ganz und gar verlorene Liebesmühe, von hier aus dafür einzutreten, daß es so wenig wie möglich geschwächt werden müsse. Das merkwürdige Seitenstück zu den konservativen Freunden Rußlands bilden unsere Sozialdemokraten, nur daß sie im Unterschied von den Konservativen nicht mit Rußland, wie es sein sollte, sondern wie es ist, rechnen,

Digitized by Google

d. h. mit dem sozialistischen Rußland. Vor allen Dingen unsere „unanhängige" Sozialdemokratie sieht in dem maximalistischen Rußland den großen, zwar noch etwas schwankenden, aber hoffnungsvollen Bruder, und sie wünscht, daß dieser Bruder möglichst wenig geschädigt werden und möglichst kräftig sich entwickeln möge, damit in seinem Schatten auch der deutsche Maximalismus der Zukunft emporwachse und gedeihe. Solche Gedanken reichen mit verschiedenen Schattierungen sicher auch in die mehr oder minder national gesinnten Kreise der deutschen Sozialdemokratie hinein. Man ist dort natürlich nicht so kritiklos gegen die Maximalisten, wie es die Radikalen bei uns sind, aber man kann sich auch nicht ganz dem Eindruck der Tatsache entziehen, das der sozialistische Zukunftsstaat, wenn auch unter stark beängstigenden Umständen, in Rußland angefangen hat, sich zu verwirklichen. Dies Experiment fürchtet man durch eine entschiedene kriegspolitische Schädigung des geschlagenen Rußland zu gefährden. Damit soll nicht gesagt sein, daß dies die einzigen Gründe sind, die unsere Sozialdemokraten bei ihrer Haltung gegenüber dem russischen und überhaupt dem östlichen Problem bestimmen, aber auf jeden Fall spielen sie sehr stark mit. Zwischen Konservativen und Sozialdemokraten kann es weiter ein Teil unserer Großindustrie und unseres Großkapitals nicht erwarten, recht schnell wieder ins russische Geschäft zu kommen. Eine russische Regierung, so meinen diese Herren, die nicht zu sehr geschwächt ist und nach außen nicht zu viel Autorität verloren hat, wird am ehesten die Wiederkehr des Geschäfts mit Rußland verbürgen, und je mehr Deutschland dazu mithilft, desto besser. Auch dieser Standpunkt ist falsch. Die Sozialdemokraten werden es erleben, daß von den kommenden Ereignissen in Rußland, die das russische Land und Volk in ein Meer von Blut und Feuer tauchen werden, zugleich mit der ersten „Verwirklichung" des Zukunftsstaates auch seine eindrucksvollste und furchtbarste Diskreditierung ausgehen wird, und die deutsche Industrie samt dem deutschen Kapitel würden, wenn sie klug wären, begreifen, daß der wahre für Deutschland und für die Völker Rußlands andauernde und gesunde Wirtschaftsvorteil erst dann zustande kommen wird, wenn die neuen Staaten, die innerhalb des heutigen Rußland jetzt nach nationaler Entstehung ringen, sich herausgebildet haben und nach wirtschaftlicher und finanzpolitischer Konsolidierung durch die Hilfe Mitteleuropaus ausschauen werden. Bei der Entente denkt man schon heute so praktisch. Der französische Botschafter in Petersburg hat den ehemaligen ukrainischen Sekretär für Finanzangelegenheiten, Professor Tukan-Baranowski, als Vertreter der ukrainischen Regierung zu sich eingeladen, um mit ihm einige auf die Autonomie und die politische Lage der Ukraine bezügliche Fragen zu besprechen. Im Gespräch betonte der französische Botschafter, daß sowohl die französische Regierung als auch die Gesellschaftskreise Frankreichs sich zur ukrainischen Bewegung mit tiefer Sympathie verhalten und der künftigen staatlichen Gestaltung der Ukraine eine große Bedeutung beimessen. Die Kapitalisten Frankreichs seien gern bereit, in die Industrieunternehmen

Digitized by Google

der Ukraine Kapitalien zu investieren. Um die Sympathien der Franzosen zur Ukraine deutlicher zum Ausdruck zu bringen, wies der französische Botschafter darauf hin daß augenblicklich eine finanzielle Unterstützung der Ukraine seitens Frankreichs sich als durchaus zeitgemäß und möglich darstelle; der Botschafter empfahl daher der ukrainischen Regierung, sich an die Finanzkreise Frankreichs und die Regierung zwecks Unterstützung zu wenden!

In Rußland ist es nicht denkbar, daß die verhältnismäßig kleine maximalistische Proletarierpartei, die augenblicklich nur dadurch herrscht, daß sie die nach Frieden begehrende Armee auf ihrer Seite hat, dauernd an der Regierung bleibt. Über kurz oder lang wird sie von anderen Kräften gestürzt werden, unter denen der Nationalismus sich höher erheben wird. Er wird das doppelte Programm der Herrschaft des Großrussentums über die Fremdvölker und der Eroberung der türkischen Meerengen wieder aufnehmen. Das mag zeitlich angesichts der heutigen Zustände in Rußland noch gute Wege haben, aber wozu sollen wir denn Rußland gegenüber heute eine Politik machen, die zukünftig einmal die großrussischen Gewalt- und Eroberungspolitiker wieder in die Höhe bringt? Das könnte geschehen, wenn wir es versäumen, beim bevorstehenden Friedensschluß mit Rußland die Fremdvölkerfrage in dem Sinne zu regeln, wie die Maximalisten das formell selbst für die russischen Fremdvölker zugeben und verkünden: vollkommenes Selbstbestimmungsrecht bis zur staatlichen Trennung für alle eigenen Nationalitäten, die innerhalb der heutigen russischen Grenzen wohnen! Die Ukrainer haben vorläufig ihre Autonomie erklärt, aber die entschiedene Mehrheit unter ihnen will weiter bis zur eigenen souveränen Staatlichkeit. Finnland hat verkündet, daß es diese Staatlichkeit kraft eigenen Rechts annimmt, und es hat bei Frankreich darum nachgesucht, daß seine Souveränität anerkannt werden möge. Die Finnländer haben alles versucht, um von uns ermutigt, unterstützt und anerkannt zu werden. Sie wollen unter allen Umständen ein souveränes Volk werden, und sie wollen dies Ziel, wenn irgend möglich, mit unserer Hilfe erreichen und auch weiterhin mit uns zusammengehen. Sie bekommen aber darauf (ganz neuerdings durch die schwedische Zeitung „Stockholm Dagbladet") die Antwort, die in Schweden allgemein als deutsch-offiziös aufgefaßt wird: man verfolge zwar in Deutschland die Selbständigkeitsbestrebungen Finnlands mit großer Sympathie, sei aber gleichzeitig überzeugt, eine kluge finnländische Politik werde sicher die Anerkennung Rußlands finden, und die drei Ostseemächte Deutschland, Schweden und Rußland seien zusammen berufen, die finnländische Frage zu lösen. Und das, nachdem Lenin vorher erklärt hatte (vergl. die Notiz in dieser Nummer weiter unten), er werde nur ein maximalistisches Finnland anerkennen und keine Beseitigung der russischen Truppen aus Finnland dulden!

Auch das estnische Volk hat seine Unabhängigkeit von Rußland proklamiert. Darauf, daß alle diese nationalen Willenserklärungen im Friedensvertrag mit der maxi-

Digitized by Google

malistischen Regierung anerkannt und festgelegt werden, müssen wir bestehen. Im entgegengesetzten Falle arbeiten wir selbst dafür, daß sich irgendeinmal in Zukunft das riesenhafte, großrussische, von Feindschaft gegen Deutschland und das deutsche Wesen durchtränkte, über Hunderte von Millionen Kräfte gebietende Rußland im Bunde mit dem Angelsachsentum diesseits und jenseits des Ozeans von neuem gegen uns erheben kann.

Wir müssen auch darauf bestehen, daß im Friedensvertrag und möglichst schon vorher das baltische Gebiet zwischen Riga und dem Finnischen Meerbusen von den Russen geräumt und freigegeben wird, damit hier tatsächlich eine freie Entscheidung der Völker, vor allem des estnischen stattfinden kann. Freilich werden die Esten nach ihrer eigenen Unabhängigkeitserklärung und nach den Erfahrungen, die sie gleich den Letten in Süd-Livland mit den plündernden und mordenden russischen Maximalistensoldaten gemacht haben, schwerlich große Lust haben, für die Wiedervereinigung mit Rußland zu stimmen. Die Vorgänge in Livland und Estland, die in dem Artikel über estnische Proteste gegen russische Greuel in dieser Nummer weiter unten wiedergegeben sind, liegen zeitlich vor der Erklärung der Unabhängigkeit des estnischen Landes und haben sie mit hervorgerufen. Wir aber haben unter allen Umständen ein starkes Interesse daran, daß Livland und Estland, an deren Selbstbestimmung und freiem Vereinbarungsrecht für ihre Zukunft wir nicht rütteln wollen, auch nicht in einen verwüsteten und geschändeten Zustand versetzt und ohne Rücksicht auf die ihnen zugesprochenen Rechte — auch das baltische Deutschtum ist doch eine Nation mit gewissen Rechten — bei Rußland festgehalten werden.

Die Leitung unserer auswärtigen Politik hat in der Frage der Fremdvölker Rußlands bisher, wenn nicht mit geringer Überlegung und Einsicht, so doch mit geringem Geschick und Glück operiert. Die Behandlung der Fremdvölker ist auch einer von den Gründen, die es uns einstweilen nicht möglich machen, den Führern unserer auswärtigen Geschäfte mit dem Vorschuß an Vertrauen zu folgen, den wir wirklich gern aufbrächten, wenn es möglich wäre. Auch das veröffentlichte Ergebnis der Waffenstillstandsverhandlungen, bei denen man, wie wir fürchten, nicht einmal gewagt haben wird, Sicherheiten für die Freigabe der Selbstentscheidung an das baltische Gebiet rechtzeitig und entscheidend zu fordern, kann uns nicht veranlassen, mit größerem Vertrauen als bisher auf das Auswärtige Amt zu blicken. Wir werden bei der Führung der Geschäfte im Osten ebenso wie nachträglich bei dem Septembervorfall im Westen ein Gefühl des Unbehagens und der Beunruhigung nicht los, von dem niemand lebhafter wünschen kann als wir, daß es sich zuguterletzt doch als unbegründet herausstellen möge. Rußland gegenüber ist durch die wiederholten vorzeitigen Bemühungen um den Sonderfrieden viel gefehlt und viel Schaden verursacht worden. Unsere Waffen, unser Glück und nicht zum wenigsten die Russen selbst haben schließlich das Schlimmste verhindert und manches wieder gut gemacht. Bei

Digitized by Google

diesen drei Faktoren wird man aber wenigstens von den beiden letzteren kaum behaupten können, daß sie die berufsmäßige Aufgabe haben, für die Korrektur unserer politischen Fehler nach dem Osten zu sorgen. Bei dem jetzt ausgebrochenen Kampf zwischen den Maximalisten und Ukrainern in Südrußland werden wir ja wieder eine Probe davon zu erleben bekommen.

Der Krieg nach dem Kriege

Von Hans Delbrück

Graf Reventlow hat in der „Deutschen Tageszeitung" (15. Dezember) eine neue Beweisführung gefunden, wie er sich in seiner burgfriedlichen Sprache ausdrückt, daß „die Hungerfriedensmehrheit die deutsche Bevölkerung täusche und einschläfere"; „sie soll erst aufwachen, wenn nichts mehr zu ändern ist". Die Methode dieser Beweisführung ist für die patriotische Demagogie so charakteristisch, daß es sich lohnt, sie etwas näher zu beleuchten.

Von englischen Staatsmännern, Cecil, Carson, Bonar Law, Lloyd George, ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Entente den Krieg nach dem Kriege fortsetzen könne, indem sie Deutschland den unentbehrlichen Rohstoffbezug abschneide, es dadurch wirtschaftlich ruiniere und zur Ohnmacht verdamme. Deutschland, hat Lloyd George gesagt, habe zuerst über die vielen Kriegserklärungen der überseeischen Kleinstaaten gelacht, „jetzt klingt das Lachen hohl, Deutschland fängt an zu begreifen, was es bedeutet. Jene Staaten stehen jetzt auf Seiten der Verbündeten, und selbst wenn der deutsche Militärmechanismus siegen sollte, was sicherlich nicht eintreten wird, kann der Bund freier Völker die Preußen niederzwingen, indem sie ihre Produkte zurückhalten." Zu diesem Zweck ist in dem britischen Parlament bereits ein Gesetz eingebracht worden, welches den Handel mit Metall, ausgenommen Eisen, mit allen Angehörigen solcher Mächte verbietet, die am Kriege mit der Entente teilgenommen haben. Diesen großen Böykott nach dem Kriege gegen Deutschland durchzuführen, hat ja auch schon im Juni 1916 in Paris eine eigene allgemeine Konferenz der Ententemächte getagt, und daß ein solcher Boykott Deutschland aufs schwerste schädigen, vielleicht wirtschaftlich erwürgen könnte, ist klar.

Was ist dagegen zu tun? Wie können wir uns gegen eine so schwere Bedrohung schützen?

„Wir setzen dem entgegen," spricht Graf Reventlow, „daß der U-Bootkrieg und seine Durchführung in diesem Kriege, und zwar bis zum Ende, das einzige Mittel bildet, um dem Deutschen Reiche in Zukunft Rohstoffbezug in ausreichender Menge zu verschaffen und aus eigener Kraft zu sichern. Der U-Bootkrieg ist nicht nur das einzige Mittel, sondern das wirksamste Mittel."

Ungeheuer tapfer, aber was sollen wir uns dabei denken? Die Durchführung des

Digitized by Google

U-Bootkampfes in diesem Kriege soll das Mittel und zwar das einzige sein, um uns den Rohstoffbezug nach dem Kriege zu sichern? Das kann doch nur heißen, daß wir durch den U-Bootkrieg England und mit England alle unsere Feinde so weit niederringen sollen, daß sie uns die ungehinderte Zufuhr von Rohstoffen nach dem Kriege nicht bloß versprechen — denn was würde uns ein solches Versprechen helfen? — sondern daß wir sie jeden Augenblick mit der Gewalt der Waffen zwingen können, dies Versprechen auch zu halten. Wir müssen sie also so weit niederzwingen, daß eine bloße Kriegsdrohung unsererseits — wir wollen doch nicht gleich einen neuen Krieg führen — genügt, die Ententemächte unserem Gebot gefügig zu machen. Die Ententemächte sind beinahe gleichbedeutend mit der Welt. Die Welt also soll durch den U-Bootkrieg dazu gebracht werden, daß sie dem deutschen Machtgebot gehorche. Es genügt dem Grafen Reventlow nicht, daß sie freiwillig und aus irgendwelchen anderen Gründen uns Rohstoffe liefere, denn diese Lieferungen könnte sie ja eines Tages einstellen, sondern unsere militärische Machtstellung muß derart sein, daß wir die Lieferung, falls sie nicht freiwillig erfolgt, befehlen können. In der Sprache anderer Leute nennt man das eine Weltherrschaft. In der Sprache der Alldeutschen ist das nichts als eine Verteidigung und eine Sicherung.

Existierte wirklich die Gefahr des Weltboykotts, wie die englischen Staatsmänner ihn uns androhen und Graf Reventlow sie wonnetrunken begrüßt, um den Krieg fortsetzen zu können, so wäre guter Rat teuer: Hungerfriede, unaufhörlicher Krieg, Weltherrschaft — wofür sollen wir uns entscheiden?

Aber das Ganze ist nichts als Gespensterseherei. Die englischen Staatsmänner haben den Mund vollgenommen und Graf Reventlow, so tapfer er sich stellt, hat sich unnötigerweise bange machen lassen. Schon in den kaufmännischen Kreisen der Entente selber hat sich gegen die Pariser Konferenz sofort der stärkste Widerspruch erhoben. Ist es richtig, daß die Entente über Rohstoffe verfügt, deren wir bedürfen, so haben auch wir gewisse Waren, die unsere jetzigen Gegner nicht dauernd entbehren möchten, z. B. haben französische Wirtschaftsverbände schon erklärt, daß sie die deutsche Kohle nicht entbehren könnten. Gehört auch jetzt ein sehr großer Teil der Welt zur Entente, so gibt es auch immer noch eine ganze Anzahl Neutraler, die den Boykott durchlöchern würden, und ein durchlöcherter Boykott ist bekanntlich kein Boykott mehr. Ein nicht ganz unwichtiges Mitglied der Entente war ja auch Rußland — sollte Rußland geneigt sein, dem Lloyd George-Reventlowschen Wirtschaftsplan zuzustimmen? Auch China und den südamerikanischen Staaten traue ich zu, daß ihre Kaufleute, so gern sie den Engländern gefällig sein mögen, doch auch sehr gern am Handel mit Deutschland etwas verdienen. Auch die Italiener stehen in dem Ruf, für das Geldverdienen nicht unempfänglich zu sein, und wie ist es mit den Yankees? Graf Reventlow schwört nicht höher als auf die angelsächsische Gemeinbürgschaft. Es gibt gute Amerikakenner, die da meinen, daß dieser angelsächsische

Digitized by Google

Bundesteppich große Risse habe, sowohl die politischen wie die wirtschaftlichen Interessen sollen sehr stark gegeneinander streben. Sollte nun schließlich noch Deutschland, wie doch zu hoffen ist, mit einem ansehnlichen Kolonialreich aus dem Weltkriege hervorgehen, so ist auch das ein Rüstzeug gegen den Weltboykott, mit dem wir ein gut Stück unseres Wirtschaftskörpers decken könnten.

Wer die Dinge nicht mit den flackernden Augen des Schwärmers ansieht, dem erscheint unsere wirtschaftliche Zukunft zwar gewiß von mancherlei Widerwärtigkeiten bedroht, aber weder sind sie so groß, wie die Engländer und Graf Reventlow sie uns ausmalen, noch wäre die Verlängerung des Krieges das geeignete Mittel, sie zu überwinden. Der politisch organisierte Weltboykott gegen uns ist von vornherein undurchführbar. Die Lücken, die er zeigen würde, sind so groß und so offenbar, daß auch diejenigen Personen und Handelskreise, die vielleicht nicht abgeneigt wären, ihn über uns zu verhängen, sie von vornherein sehen müßten, und in der Erkenntnis, daß sie ihre Kosten vergebens aufwenden müßten, davon Abstand nehmen würden. Was uns tatsächlich droht, ist, daß so viele unserer früheren Weltverbindungen zerstört sind und nicht so leicht wieder aufgebaut werden können. Der durch die Lügenpropaganda unserer Feinde erregte Haß wird ebenfalls unserem zukünftigen Welthandel erhebliche Schwierigkeiten machen. Das beste Gegenmittel dagegen ist ein großes Kolonialreich, das uns von den Ländern, wo die Kaufmannschaft sich uns wirklich zu einem großen Teil verschließt, unabhängig macht, und an dieser Stelle kann ich mich nun mit dem Grafen Reventlow wieder vertragen. Auch ich sage: wir müssen den U-Bootkrieg so lange fortsetzen, bis uns England das genügende Kolonialreich bewilligt. Darüber hinaus zu fechten, haben wir keine Veranlassung. Mit dem allgemeinen Weltboykott lassen wir uns nicht bange machen.

Die Zukunft Afrikas

Rede von Staatssekretär Dr. Solf
am 21. Dezember 1917 in der Deutschen Kolonial-Gesellschaft in Berlin

Ein dauerhafter Friede, das ist das Ziel, das heute die kriegführenden Mächte sowohl als die Neutralen auf ihre Fahnen schreiben. Selbst Kriegshetzer wie Lord Northcliffe und Lloyd George können sich nur dadurch vor ihren Völkern halten, daß sie als das wahre Ziel ihrer Bestrebungen die Vermeidung künftiger Kriege hinstellen. Überall freilich, in Feindesland wie auch bei uns, scheiden sich die Geister, wenn es sich darum handelt, die Grundlagen zu nennen, auf denen sich dieser dauerhafte Friede aufbauen soll. Die einen sagen: die einzige Bürgschaft für einen dauerhaften Frieden liegt darin, das eigene Land so stark zu machen, daß in jedem künftigen Kriege jede denkbare feindliche Kombination sich mit Sicherheit eine Niederlage holen muß. Sie finden sich damit ab, daß unsere Feinde von dem Willen beseelt bleiben, es bei nächster Gelegenheit noch einmal mit uns zu versuchen und bauen auf die eigene Fähigkeit, die Feinde in einem Zustande von Ohnmacht zu halten, so hilfloser Ohnmacht, daß sie an der Ausführung ihres kriegerischen Willens verhindert werden.

Digitized by Google

Dem gegenüber sehen andere die einzige Grundlage eines dauerhaften Friedens in der Ausschaltung des Willens zum Kriege auf absehbare Zeit hinaus. Hierfür ist es einmal nötig, stark zu sein, damit die Gegner nicht in Versuchung geführt werden. Aber diese Vorbedingung allein reicht zur Vermeidung künftiger Kriege nicht aus! Selbstbewußte Völker scheuen sich auch vor großen Wagnissen nicht, wenn es um ihre Ehre geht. Wir brauchen mehr zur Ausschaltung des Kriegswillens der anderen als unsere eigene Stärke! Der Friede, der zustande kommt, muß die Aufräumung aller jener Krankheitsherde zuwege bringen, welche die Weltkatastrophe von 1914 möglich gemacht haben. Bei diesem Heilungsprozeß wird die Sicherstellung der kolonialen Zukunft Deutschlands eine große Rolle spielen. Mir liegt nun daran, gleich zu Anfang als Ergebnis meiner Ausführungen vorwegzunehmen, daß das koloniale Problem, wie ich es sehe und Ihnen des weiteren entwickeln werde, unlösbar ist, wenn die Mächte nicht an die Gesamtordnung der Dinge in einem Geiste herantreten, der einen Frieden der Zufriedenstellung, der gerechten Zufriedenstellung schaffen will.

Eine Beruhigung der internationalen Beziehungen wäre nicht zu erwarten, falls bei der Regelung der kolonialen Frage lediglich der Status quo ante wiederhergestellt würde — die Möglichkeit einer Verewigung der jetzigen Kriegskarte schalte ich selbstverständlich aus.

Ich werde mich heute abend lediglich mit Afrika beschäftigen, möchte jedoch ausdrücklich betonen, daß ich mit dieser Beschränkung auf Afrika die Bedeutung unseres kolonialen Besitzes in der Südsee in keiner Weise herabmindern will.

Meine Herren! Die Stellung Afrikas hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte in überraschender Weise in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht gewandelt. Afrika ist nicht mehr der schwarze Erdteil, nicht mehr der unerforschte Kontinent mit einer verwirrenden Fülle von dunklen Möglichkeiten, sondern ist heute ein Vorland Europas, dessen Gegenwartswerte berechenbar sind.

Afrika wird in der Entwicklung des Erdkreises eine Rolle von rasch wachsender Bedeutung spielen. Der steigende Bedarf an Rohmaterialien, bald auch die Sorge um den Absatz von Fabrikaten werden zu einem verstärkten Wettbewerb um die Erschließung der Hilfsquellen dieses Erdteils führen.

Die gegenwärtige Verteilung Afrikas unter die europäischen Kolonisationsstaaten ist das Produkt einer relativ jungen Entwicklung, in der, neben antiquierten Herrschaftsansprüchen, mehr oder weniger zufällige Ereignisse die entscheidenden Faktoren gewesen sind. Wir erinnern uns, wie oft Kühnheit und politischer Instinkt einzelner unternehmungslustiger Männer durch den Abschluß geschickter Verträge mit eingeborenen Machthabern ihren Heimatsstaaten einen Vorsprung im Wettlauf um den Besitz afrikanischer Gebiete verschafft haben. Von einem organischen Werden ist hier nie die Rede gewesen. Kein Wunder, daß diese Verteilung in weitem Umfange der inneren Berechtigung entbehrt! Wir sehen Staaten im Besitz von riesigen Ländermassen, die das Achtzigfache des Mutterlandes erreichen und von ihnen aus Mangel an Menschen und an Mitteln gar nicht entwickelt werden können, wenigstens nicht so, wie die Kulturmenschheit es erwarten muß. Belgien, Frankreich und Portugal sind in einer solchen Lage. England, das in anderen Erdteilen schon ungeheuere Gebiete seinem Weltreich eingegliedert hatte, hat es verstanden, sich einen bedeutenden, dem französischen Afrika nahekommenden Anteil auch an Afrika zu sichern. Auf der anderen Seite sehen wir Deutsche uns auf erheblich kleinere, verstreute Besitzungen beschränkt. Wer einen dauernden Frieden, wer einen Frieden der gerechten Zufrieden-

Digitized by Google

stellung anstrebt, kann die Aufrechterhaltung der heutigen Besitzverteilung in Afrika nicht wollen, denn sie entspricht in keiner Weise weder dem kolonisatorischen Können, noch dem Kräfteverhältnis der beteiligten Nationen.

Was soll an die Stelle der alten Verteilung treten? Soll etwa mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auch in Afrika Ernst gemacht werden? Wollen wir es den Eingeborenen überlassen, sich selbst zu organisieren? Das ist schlechterdings unmöglich und wird als Ziel von keinem ernsthaften Politiker vertreten. Es hieße, die Eingeborenen grausam in die chaotischen Zustände zurückstoßen, in denen sie sich vor Einsetzen der modernen Kolonisation gegenseitig aufrieben.

Von gewissen philantropischen Kreisen Englands wird der Gedanke der vollständigen Internationalisierung der Tropengebiete mit einer gemeinschaftlichen Verwaltung der europäischen Schutzstaaten propagiert. Die schärfsten Gegner einer solchen Internationalisierung würden in England selbst erstehen. Aber, ganz abgesehen davon, eine derartige Organisation läßt sich nur durchführen, wenn das Solidaritätsbewußtsein der europäischen Staaten sie trägt. Ein solches Solidaritätsbewußtsein wird sicher als Sehnsucht aus den Trümmern dieses Krieges hervorgehen, ja auch in internationalen Abmachungen als eine Grundforderung des neuen Geistes festgelegt werden. Aber, bevor man den heute kriegführenden Mächten, ja dem ganzen heutigen Europa, jene ungeheure Aufgabe zutrauen darf, überseeische Gebiete einträchtig und gemeinsam zu regieren, hat sich erst das internationale Gewissen in internationaler Praxis in Europa zu entwickeln und zu bewähren. So wird man also festhalten müssen an dem bisherigen Grundsatz der Kolonisierung und der Verteilung der Tropen unter die zivilisierten europäischen Staaten. Es wird sich nur darum handeln können, im Friedensvertrage eine neue Verteilung vorzunehmen. Und doch liegt in der Forderung einer internationalen Kontrolle, ja auch in der grotesken Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen ein gesunder Grundgedanke, ein Körnchen Wahrheit! Ich möchte das Wort „Selbstbestimmungsrecht" etwas umwandeln, ich möchte sagen: Die Eingeborenen haben ein Selbstzweckrecht, sie haben den Anspruch, von den höher entwickelten Rassen jederzeit zugleich als Zweck und nicht bloß als Mittel betrachtet zu werden. Zu dieser Kantischen Forderung muß sich heute jede Macht bekennen, die Kolonialpolitik treiben will. Wir müssen es, einmal, nun, sagen wir es ohne Scheu, weil es ein Postulat unserer Weltanschauung ist, weil unser politisches Gewissen es fordert; sodann aber müssen wir es im wohlverstandenen nationalen Interesse. Hier werden wir, wie die Kolonialverwaltungen aller Länder, nach dem Kriege einen harten Kampf mit jenem kurzsichtigen Egoismus zu bestehen haben, der in England heute schon seine Ansprüche anmeldet. Wir, damit meine ich uns und die sämtlichen europäischen Staaten, wir werden kaum einen Überschuß an unternehmungslustigen jüngeren Leuten haben, um Afrika zu besiedeln, ganz abgesehen von der noch ungeklärten Frage, wie weit Afrika für die mittelländische Rasse besiedlungsfähig ist. Das erschöpfte Europa wird aber einen gewaltigen Hunger nach den Produkten der Tropen haben. Diese Notlage wird für gewisse Interessentengruppen eine große Versuchung sein, ohne Rücksicht auf das Gedeihen und die Wohlfahrt der afrikanischen Stämme, ohne Schonung des afrikanischen Bodens und seiner reichen Bestände, Raubbau zu treiben. Eine gewissenlose Ausbeutepolitik könnte sich zwei Opfer suchen: einmal die natürlichen Schätze des Landes, sodann aber seine Menschenkraft. Die zweite Form des Raubbaues, die mit der ersten auf das innigste zusammenhängt, ist die gefährlichere: Afrika ist in weiten Strichen dünn bevölkert.

Digitized by Google

Stammeskämpfe, Hungersnöte, Seuchen haben die Völkerschaften periodisch dezimiert, oft bis an den Aussterbeetat gebracht. Da aber der Europäer für alle seine Unternehmungen in Afrika die schwarze Arbeitskraft nicht entbehren kann, so ist die gesunde Entwicklung der afrikanischen Volksstämme höchstes europäisches Interesse. Eine Verschiebung der bisherigen Zufallsgrenzen Afrikas sollte gerade unter dem Gesichtspunkte vorgenommen werden: „Was fordert Europas und Afrikas gemeinsames Interesse?" Diejenigen Länder sollen bei der Verteilung bevorzugt werden, die bewiesen haben, daß sie die Menschheit auch in den Farbigen achteten und die Kraft gefunden haben, in diesem Geiste zu leiten und zu organisieren. Den deutschen Ansprüchen stehen starke Widerstände entgegen. Gerade jene Interessengruppen in England, die am allerleidenschaftlichsten den Ausbeutestandpunkt vertreten, sind rastlos an der Arbeit gewesen, um einen Verleumdungsfeldzug gegen uns zu organisieren und die philanthropische Phrase, hier und da auch ehrliche philanthropische Gesinnung in ihren Dienst zu stellen. Wir hätten, so heißt es, nach unserer kolonialen Vergangenheit jedes Recht verwirkt, die afrikanischen Stämme nach dem Kriege wieder in unsere Obhut zu nehmen. Pathetisch ruft Lord Robert Cecil: „Und wenn wir in irgendeinem Grade erfolgreich sind, würde ich mit Schaudern den Gedanken fassen, Eingeborene zurückzuerstatten, die von einer derartigen Regierung befreit worden waren."

Man wundert sich wirklich, woher der englische Staatssekretär des Auswärtigen Amts seine Informationen bezieht. Ist es immer dasselbe Greuelbureau, das ihm auch das Märchen von der deutschen Leichenverwertungsanstalt zur Verfügung gestellt hat und neuerdings das Glanzstück von der geplanten Einführung der Doppelehe in Deutschland? Hat aber Lord Robert Cecil ehrliche englische Kenner kolonialer Verhältnisse befragt, so sagt er mit Bewußtsein die Unwahrheit. Es wäre undeutsch und pharisäisch, wollten wir leugnen, daß auch unsere koloniale Vergangenheit Flecken aufzuweisen hat. Aber unser Sündenregister ist bei weitem nicht so lang und schwarz wie das englische. Es wäre ein Leichtes, bei einem Wettstreit im Aufzählen von feindlichen Missetaten der Vergangenheit die Engländer zu schlagen, aber ich lehne diese historische Greuel-Schnüffelei als eine oberflächliche und unsachliche Kampfmethode ab. Wollen wir auf den Kern des Problems durchstoßen: Wer hat ein Recht, Kolonialpolitik zu treiben? Dann müssen wir die Frage aufwerfen: Wie dachten und handelten Haupt und Glieder der Kolonialverwaltungen vor dem Kriege? Darauf ist zu antworten:

Alle Kolonial-Sachverständigen wissen, daß der Grundsatz, den ich vor Jahren im Reichstag so formulieren durfte: „Kolonisieren heißt Missionieren", sich in der englischen wie in der deutschen Kolonialpolitik durchgesetzt hatte. Wir standen erst am Anfang der Reform-Entwicklung, aber Deutschland war seit Dernburg auf dem rechten Wege. Die große Probe auf unsere Eingeborenen-Politik ist der Krieg gewesen. In allen unseren Kolonien sind unsere Schutzbefohlenen zu uns gestanden, obgleich den meisten klar war, daß es nur galt, einen verlorenen Posten zu verteidigen.

Ich habe das Thema der Eingeborenenbehandlung oft mit Gouverneuren der englischen Kolonien besprochen und weiß, wie sie über die deutsche Eingeborenenpolitik denken. Ich will mich im Interesse der Herren Gouverneure enthalten, ihre damaligen Aussagen wiederzugeben, denn es gilt im heutigen England schon fast als Hochverrat, den Feind auch nur vor dem Kriege einmal gerecht beurteilt zu haben. Nur soviel möchte ich sagen: Die Engländer wissen ganz genau, daß ihre Anklagen

Digitized by Google

gegen unsere koloniale Vergangenheit auf trügerischem Boden gebaut sind, und sie wissen auch, wie viele Zeugen zu unsern Gunsten in England selbst vorhanden sind. Zwar ist es gelungen, diese Zeugen durch einen ungeheueren Terrorismus mundtot zu machen, aber hier und da haben sie sich doch mit einem schüchternen Protest ans Tageslicht gewagt, soweit sie nicht wie Morel wegen Wahrheitsagens im Gefängnis sitzen. Aus diesem Grunde hat das englische Propagandabureau neuerdings befohlen, nicht unsere koloniale Vergangenheit, sondern unsere Behandlung der Eingeborenen während des Krieges in den Vordergrund zu stellen. Hier kann sich die Phantasie ungestört tummeln. Wir stehen nicht in Verbindung mit unseren kämpfenden Landsleuten und vermögen sie nicht zu verteidigen, geschweige denn, daß sie es selbst könntern Eine ideale Situation für Reuter, um ohne Furcht vor Gegenbeweisen an die Ab.eit zu gehen!

Sicher aber ist dieses Eine: Viele Engländer, die gegen unsere afrikanischen Truppen gekämpft haben, schämen sich, daß man sich nicht scheut, ihren tapferen Gegner mit Schmutz zu bewerfen. Oft ist es ihnen schwer genug geworden, gegen ihre Kameraden von gestern, gegen ihre Mitarbeiter an einer großen Kulturaufgabe schwarze Armeen führen zu müssen. Ich vertraue, daß die Gestalt des Generals v. Lettow-Vorbeck in den feindlichen Annalen dieses Krieges dereinst eine ebenso sagenhafte Größe haben wird, wie in den unsrigen. Wir haben das größte Interesse daran, nach dem Kriege die gesamten Greuelbehauptungen der Engländer einer internationalen Untersuchung und Aufklärung zuzuführen — aber heute dürfen wir nicht still halten Wir sind es unseren kämpfenden Truppe draußen schuldig, ihre Verleumder an den Pranger zu bringen. Wir haben wahrhaftig keine Neigung zu Greuelpropaganda, wir haben uns lange genug vielleicht allzu spröde geweigert, mit unserem Anklagematerial herauszukommen, um nicht mitschuldig zu werden an der entsetzlichen Völkerverhetzung. Heute aber stehe ich nicht an zu erklären, und ich werde für diese Erklärung den Beweis bringen: Sollte Englands Gesinnung und Praxis in den Kolonien *während des Krieges* als Kriterium herangezogen werden für sein Recht, noch weiter die Vormundschaft über farbige Völkerschaften zu führen, — wohlgemerkt, ich erkenne dieses Kriterium nicht an — so wäre im Namen der Menschheit zu fordern, daß England seine sämtlichen Kolonien herausgibt und unter internationale Kontrolle stellt! Meine Anklage ruht auf unangreifbarem Grunde. Ich führe nur das an, was englische Untersuchungen selbst festgestellt haben und was als Grundsatz der *neuen* englischen Kolonialpolitik aus den amtlichen Handlungen während des Krieges selbst hervorgeht.

Vor mir liegt der Bericht des Gouverneurs von Ceylon aus dem „Manchester Guardian" vom 2. 11. d. J., der einen kurzen Auszug veröffentlicht über die Maßnahmen der englischen Lokalbehörden zur Unterdrückung der Unruhen in Ceylon im Frühling 1915. In Wahrheit aus religiösen Streitigkeiten zwischen Moors und Singhalesen entstanden, wurden sie als Aufruhr gegen die britische Herrschaft umgefälscht und ein erbarmungloses Strafgericht wurde ins Werk gesetzt. Nachdem längst alles beruhigt war, wurden Singhalesen ohne irgendeine Art von Verhör erschossen. In keinem der untersuchten Fälle von Hinrichtung konnte selbst auf Grundlage des Kriegsrechts eine gesetzliche Berechtigung festgestellt werden. Straferpeditionen zogen im Lande umher, überfielen kleine Ortschaften und wüteten willkürlich unter der Bevölkerung, derart, daß der amtliche Bericht selbst erklärt, der Regierungskommissar schiene seinen Auftrag so aufgefaßt zu haben, daß er die Lynchjustiz in

Digitized by Google

seinem Gebiete einführen und sich mit seiner Patrouille so betragen dürfe, wie man es in Schauerromanen aus dem wilden Westen zu lesen pflege. Das Bezeichnende an der ganzen Sache ist, daß die amtlichen Leiter dieser Menschenschlächtereien keinerlei Bestrafung außer der Enthebung aus ihrer Tätigkeit als Friedensrichter erlitten haben, trotz ihres „ekelhaften und abscheuerregenden Betragens", wie der Bericht es nennt. Das also, fragt „Manchester Guardian", solle das Wort jener berühmten Gerechtigkeit sein, auf der angeblich das Britische Reich begründet sei und fährt dann fort: „Wenn so große Ungerechtigkeiten geschehen konnten, so ist vernunftgemäß anzunehmen, daß in kleinem Maßstabe viele andere begangen worden sind."

Sollte die englische Regierung sich auf den Standpunkt stellen, das Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen in den deutschen Kolonien zu fordern, so möchte ich heute schon die Gegenforderung anmelden, eine Volksabstimmung in Ceylon über den Fortbestand der englischen Herrschaft zu veranstalten. Über das Ergebnis bin ich so sicher wie über den Ausfall eines Referendums in Ostindien und in Singapore, wo während des Kriegs auch ein furchtbares Blutregiment an der Arbeit war. Daß wir es hier nicht mit Einzelerscheinungen zu tun haben, sondern daß eine grundsätzliche Wandlung in Englands Auffassung seiner kolonisatorischen Pflichten und Methoden gegenüber Farbigen und Weißen vorliegt, beweisen grundlegende Beschlüsse, die in Westminster gefaßt worden sind. Ich erinnere nur an die skrupellose Verwendung farbiger Truppen auf dem europäischen Kriegsschauplatze. England ist hier immer mehr in das Fahrwasser der Franzosen geraten. Noch hat England nicht die Wehrpflicht für seine farbigen Untertanen eingeführt, aber schon finden Zwangsaushebungen statt, und eine der ausschlaggebenden Figuren des Lloyd Georgeschen Kabinetts, der „Stratege" Winston Churchill, erhofft noch immer die Entscheidung auf dem europäischen Kriegsschauplatz von einer rücksichtslosen Versklavung der farbigen Bevölkerung für die militärischen Zwecke Englands. Wie ein furchtbarer Hohn auf die Gesinnung des heutigen England klingt das Wort, das vor einigen Monaten General Smuts sprach: „Nur fair play, Gerechtigkeit und die gewöhnlichen christlichen Tugenden dürfen die Grundlage unserer Beziehungen zu den schwarzen völkerung bilden."

Die Engländer legten ehedem und wie ich glaube, mit Recht noch einen zweiten Prüfstein an das moralische Recht einer Nation, Kolonialmacht zu sein, das war die Auffassung von der Stellung des Weißen gegenüber dem Eingeborenen und von den Pflichten gegenüber den weißen Schwesternationen. Auch diese Probe fällt für das heutige England moralisch vernichtend aus. Mit einem Zynismus ohnegleichen wurde das Ansehen der weißen Rasse in Afrika preisgegeben und damit alle Grundlagen des europäischen Missions- und Erzieherberufs untergraben. Ich erinnere an die Auspeitschung von Deutschen vor Schwarzen und durch Schwarze und die Austreibung unserer Missionen, der sich oft unter raffinierter Grausamkeit und Demütigung vollzog. Auch hier wiederum keine Einzelvergehen minderwertiger Personen, die ohne Aufsicht handeln, sondern die methodische Ausführung einer Kriegspolitik, mit dem Endzweck, auch nach dem Kriege zu wirken.

Zu demselben Endzweck wurde eine dritte Grundlage der zivilisierten Kolonialpolitik zerstört, eine Grundlage, die früher England als notwendig erachtet hatte, um das Wesen der Kolonialmacht moralisch zu rechtfertigen. Sir Harry Johnston schrieb vor dem Kriege:

„Nur, weil die britische Handelspolitik bisher so prächtig fair und frei gewesen ist

Digitized by Google

aller Welt gegenüber in allen britischen Besitzungen, hat die übrige Welt ohne ungebührliches Murren erlaubt, daß eine Bevölkerung von nur einigen 40 Millionen in Nordwesteuropa sich die Beherrschung der besten Teile Afrikas, Asiens, Australiens und Amerikas angemaßt hat. Aber eine Umkehrung dieser Politik würde meiner Meinung nach gelegentlich all die andern großen handeltreibenden Mächte der Welt zu einer Liga gegen uns vereinigen."

Meine Herren! Soweit ist es jetzt gekommen! Die britische Handelspolitik hat sich in der Tat umgekehrt. Das England, dessen Söhne so stolze Sätze aussprechen konnten, ist heut ohnmächtig. Bisher galt die englische Oberhoheit in einem überseeischen Gebiete auf der ganzen Welt als Garantie für die Rechtssicherheit der Person und des Eigentums. Besonders der deutsche Kaufmann steckte seinen Fleiß, seine Intelligenz und sein Kapital fast ebenso gern in Kolonial-Unternehmungen auf englischem Hoheitsgebiet wie auf deutschem, im Vertrauen auf Englands Kaufmannsehre und auf die Billigkeit seiner Rechtsprechung. Noch zu Anfang des Krieges war mancher unserer Kaufleute bereit zu schwören, daß sein Vermögen während des Krieges in Englands Schutz sicher aufbewahrt wäre. Es ist anders gekommen! Der deutsche Kaufmann, die ganze Welt hat in diesem Punkt gewaltig umlernen müssen. Die Liquidationen des deutschen Besitzes in den Kolonien Englands sind mit unerhörter Rücksichtslosigkeit unter Vernichtung großer Werte vor sich gegangen: die Ausnutzung des Gesetzes über den Handel mit dem Feinde, um sich geschäftlichen Verpflichtungen zu entziehen, die Vernichtung von Geschäftsbüchern nach gründlicher Durchstöberung zum Zwecke des Aufspürens von Geschäftsgeheimnissen, alles unter der Maske einer behördlichen Aufsichtführung, das hat gezeigt, wie die Regierung, die heute in England an der Macht ist, diesen Krieg in der Tat zur Vernichtung des deutschen Handels führt. Lloyd George hat es kürzlich in seiner großen Offenherzigkeit selbst eingestanden!

Meine Herren! Ich bin mir dessen voll bewußt, mit dieser Gesinnung bei unseren Feinden bleibt der Wunsch und die Hoffnung nach dem gemeinsamen Aufbau der kolonialen Zukunft, auf die Neuschaffung der verlorenen ideellen Werte eine Utopie! Es bleibt der Krieg im Frieden, d. h., auf Afrika angewandt, es bleibt das bisherige System eifersüchtigen Wettbewerbs der Kolonialmächte, unter dem die Entfaltung der produktiven Kräfte des Landes und der Aufstieg der Eingeborenen naturnotwendig gelähmt wird. Unter diesen Voraussetzungen wird Afrika nicht den allseits ersehnten Dauerfrieden sichern helfen, sondern im Gegenteil weiterhin gefährliche Reibungsflächen bieten, an denen sich nur zu leicht ein neuer Weltbrand entzünden kann.

Meine Herren! Das ist aber nicht die Zukunft Afrikas, von der ich heute abend sprechen will. Zu dem Bilde Afrikas, wie es mir vorschwebt, brauche ich hellere und freundlichere Farben. Die unerfreulichen und pessimistischen Gedanken, die uns die Haltung Englands während des Krieges förmlich aufdrängt, mache ich mir nicht zu eigen. Meine Herren! Ich lehne diese Gedankengänge ab, weil kein Friedensschluß denkbar ist mit der Gesinnung, die heute in England am Ruder ist. Es ist kindlich, zu glauben, Deutschland könne sich mit dem Exponenten der kriegsvergnügten Vorgesinnung — des game dog spirits — an den Verhandlungstisch setzen. Wir brauchen einen Umschwung in allen Ländern zu den besten Aspirationen der Vergangenheit, und ich darf denjenigen für einen unverbesserlichen Pessimisten erklären, der einen solchen Umschwung nicht auch in England für möglich hält: der Umschwung muß und er wird kommen! Denn die Knockout-Politiker können sich nur unter einer Voraussetzung

Digitized by Google

halten: nämlich unter der Voraussetzung, daß sie ihr Versprechen erfüllen, uns militärisch niederzuringen und dem deutschen Volk einen englischen Frieden zu diktieren! Es ist möglich, daß wir noch lange kämpfen müssen, bis alle Illusionen, die zum Bestande dieser Knockout-Politik gehören, zusammengebrochen sind, aber sie werden zusammenbrechen! Unsere Waffen können und werden den Gesundungsprozeß beschleunigen, schließlich aber muß sich wie überall die Natur des Patienten selbst helfen.

Wenn ich also im folgenden die afrikanische Zukunft schildere, wie ich sie mir denke und wie Deutschland sie sich wünschen muß, nicht nur um Deutschlands, sondern um der Menschheit willen, so setze ich dabei immer voraus, daß noch vor Kriegsende, in allen Ländern, die Gesinnung zur Herrschaft kommt, mit der allein das neue Europa, mit der allein das neue Afrika gebaut werden kann.

Das neue Afrika soll hervorgehen aus der im Friedensvertrage niederzulegenden Verständigung der beteiligten europäischen Staaten. Die Neuverteilung soll aber nicht das einzige sein, was diese Staaten in gemeinschaftlicher Arbeit leisten. Über die Verteilung hinaus ist für die gemeinschaftliche Arbeit nach zweifacher Richtung Raum: einmal ist es möglich, die territorielle Abgrenzung der Hoheitsgebiete dadurch in ihrer Einseitigkeit zu mildern, daß den Schutzmächten Beschränkungen zum Zwecke der gleichmäßigen Berücksichtigung der eigenen und der Interessen der anderen Staaten auferlegt werden, und sodann kommt in Betracht, für die Lösung gewisser großer Probleme, die das ganze Afrika angehen, die Mitarbeit aller Schutzmächte zu sichern und Richtlinien aufzustellen, nach denen sich diese Mitarbeit vollziehen soll. In beiden Beziehungen gilt es nur längst Begonnenes fortzuführen. Im Anfang der letzten Aufteilung Afrikas steht die Kongoakte, die in Berlin unter den Auspizien Bismarcks zustande gekommen ist. Handelsfreiheit in Zentralafrika, Schiffahrtsfreiheit auf den Stromsystemen des Kongo und des Niger, Bekämpfung des Sklavenhandels und Neutralisierung des Kongobeckens, das sind die großen Gegenstände, für die sie in kühnem Wurfe eine internationale Regelung gesucht hat. Andere Verträge, die die Mächte zum gemeinsamen Kampfe gegen die Sklaverei, gegen die Abgabe von Branntwein und Feuerwaffen vereinigten, sind der Kongo-Akte gefolgt. Deutschland hat an diesem großzügigen System internationaler Verträge auf das loyalste mitgearbeitet und für die peinliche Durchführung Sorge getragen. Der Versuch, an der Neutralität des Kongobeckens auch während des Weltkrieges festzuhalten, ist, wie Sie wissen, an dem Willen der Gegner gescheitert. Vor dem Kriege war die Notwendigkeit immer deutlicher hervorgetreten, noch weitere Probleme, wie sie sich aus dem Zusammenleben der verschiedenen europäischen Nationen auf dem afrikanischen Kontinent ergeben, einer internationalen Regelung zu unterwerfen. Ich denke da vor allem an die Schaffung großer gemeinschaftlicher Verkehrsinteressen durch die Besitzungen verschiedener Mächte, sowie an die Bekämpfung gefährlicher Volksseuchen, wie z. B. der Schlafkrankheit. Wir wollen auf der Bahn der internationalen Verträge in den beiden bezeichneten Richtungen fortschreiten und darüber hinaus Einrichtungen schaffen helfen, durch die die Beobachtung der Abmachungen gewährleistet wird. Wenn das in ein solches Vertragssystem einbezogene Gebiet dadurch in weiterer Zukunft allmählich den Charakter einer gemeinschaftlichen Kolonie der europäischen Staaten annehmen müßte, in der die Besitzer der Einzelgebiete zu Treuhändern der Gesamtorganisation werden, so kann die Aussicht auf eine derartige Entwicklung uns in der gekennzeichneten Haltung nicht wankend machen.

Eine besondere Betrachtung erfordert das Problem der Militarisierung der eingebo-

Digitized by Google

renen Stämme Afrikas, ein Problem, das der Krieg erst in seiner ganzen fürchterlichen Tragweite bloßgelegt hat. Frankreich ist es, das die Welt mit diesem Geschenk bedacht hat. Nachdem es schon seit Jahren den Gedanken der Ergänzung der eigenen Streitkräfte durch eine „schwarze Armee" gepflegt, ja in ihm geradezu geschwelgt hatte, ist es gleich nach Ausbruch des Krieges zu Aushebungen großen Stils in seinen afrikanischen Kolonien geschritten und hat Tausende von Eingeborenen auf die europäischen Kriegsschauplätze geworfen. England, das früher solche Gedanken mit Entrüstung von sich gewiesen hätte, ist dem Verbündeten anfangs etwas schüchtern, später aber, wie Sie an dem eben zitierten Ausspruch Winston Churchills erkannt haben, recht energisch gefolgt. Kein Zweifel, daß die Möglichkeit des Zurückgreifens auf farbige Massenheere in Zukunft eine neue drohende Gefahr für den europäischen Frieden bilden wird. Kein Zweifel auch, daß die Militarisierung der Eingeborenen die Entwicklung der afrikanischen Kolonien schwer beeinträchtigen würde. Es liegt deshalb im gemeinschaftlichen Interesse der europäischen Mächte, die plötzlich hervorgetretene neue Gefahr zu beseitigen. Die Gefahr wird auch von unseren Feinden anerkannt. Aber mit der ihnen eigentümlichen Behendigkeit verdrehen sie den Tatbestand, beschuldigen uns der Vorbereitung des Kolonialkriegs von langer Hand und malen zum Zwecke der Abschreckung fürchterliche Vergewaltigungen und Angriffe an die Wand, deren sich die Welt künftig von uns zu versehen hätte, wenn wir afrikanische Kolonialmacht bleiben würden und der preußische Militarismus sich in Afrika austoben dürfte. Das erste Instrument in diesem mißtönenden Konzerte spielt Sir Harry Johnston. Derselbe Sir Harry, den ich vorher als Wortführer der Politik der offenen Tür zitiert habe. Im „Manchester Guardian" vom 4. Juli d. Js. hat er sich auszuführen erkühnt: „Deutsche, noch im Amt befindliche Minister haben indirekt noch deutlich genug gesagt, wenn sie Tropisch-Afrika wieder unter Kontrolle hätten, so würden sie daraus einen riesigen Sklavenstaat machen, in welchem Millionen Schwarzer zu Heloten des weißen Mannes gemacht und zu unbesiegbaren Armen und unermüdlichen Arbeitern gedrillt werden sollten, um Deutschland zum Herrn der Hilfsquellen des schwarzen Erdteils zu machen." Ich bin der einzige deutsche, im Amt befindliche Minister, der über die Militarisierung Afrikas gesprochen hat, neulich in Leipzig, und ich habe genau das Gegenteil gesagt, nämlich, daß wir die Militarisierung der farbigen Stämme Afrikas nicht wollen! Das beste Mittel, der Militarisierung vorzubeugen, ist die geforderte Neuverteilung des Erdteiles. Dadurch, daß sie einen Ausgleich der Machtverhältnisse an Stelle der bisherigen ungleichmäßigen Verteilung schafft, wird der einzelnen Kolonialmacht die Möglichkeit genommen, farbige Streitkräfte nach Europa zu überführen, ohne von der Entblößung eine Gefährdung der Kolonie durch den gleichstarken Nachbar befürchten zu brauchen. Das Interesse an der Aufstellung von Eingeborenen-Heereskörpern wird aber stark verringert werden, wenn mit ihrer Verwendung in Europa oder sonst außer Landes nicht gerechnet werden kann. Bei unserer grundsätzlichen Haltung zu der ganzen Frage werden wir aber darüber hinaus jede vertragsmäßige Einschränkung der militärischen Rüstungen in Afrika fördern.

Fassen wir die Ergebnisse der Gedanken über die Zukunft des afrikanischen Kontinents zusammen! Afrika wird auch nach dem Weltkriege in den Händen einer Anzahl europäischer Kolonialmächte bleiben. Die von uns geforderte Neuordnung der Besitzverhältnisse wird aber dafür sorgen, daß die Anteile der einzelnen Mächte ihren wirtschaftlichen Interessen und ihren wirtschaftlichen und kulturellen Kräften an-

Digitized by Google

gepaßt sind. Für den ganzen Erdteil oder wenigstens für die tropischen Gebiete ist das Vertragssystem auszudehnen und auszubauen, dessen Grundlagen bereits in den Anfängen des neueren kolonialen Zeitalters geschaffen worden sind. Diese Verträge sollen die Beteiligung der Weißen an dem Erschließungswerke in den afrikanischen Kolonien unter gleichen Bedingungen gewährleisten und Grundlinien aufstellen für die gemeinschaftliche Lösung der großen Probleme der kolonialen Verwaltung. Mit allen Mitteln ist dafür zu sorgen, daß die Militarisierung der Eingeborenen von Afrika ferngehalten wird. Gelingt es diese Forderungen zu verwirklichen, so sind die Voraussetzungen für eine glückliche Entwicklung Afrikas und seiner Bewohner in den kommenden Jahrzehnten vorhanden. Dann können und werden die besten Kräfte Europas mit der Gewähr des Gelingens an die der Kulturmenschheit gestellte große Aufgabe herangehen. Dann werden die einzelnen Stämme Afrikas, die durch Jahrtausende im Schatten der Geschichte vegetiert haben, in geduldiger Erziehungsarbeit dem Lichte unserer Gesittung und unserer materiellen Kultur entgegengeführt werden. Dann werden die noch schlummernden ökonomischen Schätze der überreichen Länder nach den Methoden europäischer Wissenschaft, Technik und Organisation gehoben werden, zum Segen der einheimischen Bevölkerung, zum Segen auch der übrigen Welt. Dann erst wird Afrika erstehen als ein vollwertiger Teil des Erdkreises! Wir Deutsche aber fühlen uns berufen, ein gutes Stück Arbeit an dieser gewaltigen Aufgabe auf uns zu nehmen!

Italiens Lage

Von Professor Dr. Paul Herre, Leipzig

Die schwere Niederlage, die die italienischen Waffen in diesem Herbste erlitten haben, ist nicht nur militärisch, sondern auch politisch von der größten Bedeutung. Das ist eine feststehende Tatsache, die durch keine Erklärungen und Kundgebungen aus der Welt geschafft werden kann. Die Lage Italiens hat sich dadurch von Grund auf gewandelt, denn das Mißverhältnis zwischen den weitgesteckten Kriegszielen, um deren Verwirklichung willen man in den Krieg eingetreten ist, und der unzulänglichen Kraft, die zu ihrer Erreichung zu Gebote steht, ist zu unmittelbarem Ausdruck gebracht. Eine folgerichtige Lösung muß aus diesem unüberbrückbaren inneren Widerspruch hervorwachsen.

Das ist um so bestimmter anzunehmen, als schon vor dem militärischen Zusammenbruch am Isonzo und in der Friauler Ebene die Entwicklung sich in dieser Richtung bewegte. Bereits im Hochsommer dieses Jahres war selbst für den weniger eingeweihten Beobachter deutlich zu erkennen, daß sich die Verhältnisse Italiens seit dem Mai 1915 innerlich wie äußerlich außerordentlich gewandelt hatten, und bereits damals lag die Ursache dafür in dem unerwarteten Verlauf der militärischen Operationen. Statt der Promenade nach Wien, an die man leichtsinnig geglaubt hatte, und in deren Gewißheit man bereit gewesen war, den verächtlichen Verrat an den Verbündeten auf sich zu nehmen, war es zu einem erbitterten Kampf unmittelbar an der Grenze gekommen, der das Land nötigte, allmählich seine ganze Volkskraft einzu-

Digitized by Google

setzen. Statt des schnellen Zusammenbruches der Mittelmächte, dessen man sicher gewesen war, hatte sich eine Gefährdung des eigenen Daseins ergeben, die schließlich alle Berechnungen umstürzte. Die schon im Herbst 1914 vollzogene Besetzung Valonas hatte nur vorübergehend weiter ausgenutzt werden können und in der 1911 gewonnenen tripolitanischen Kolonie war die italienische Herrschaft bald auf einige Küstenstädte eingeschränkt worden. Es liegt auf der Hand, daß schon diese bedeutende Verschiebung der Voraussetzungen tiefe Spuren hinterließ. Nach innen wie außen machten sie sich deutlich bemerkbar.

Seitdem der Eintritt in den Krieg auf der Seite der Entente vollzogen war, hatten die innerpolitischen Kämpfe ein Ende gefunden. Mochte es auch eine kleine Minderheit gewesen sein, die den verhängnisvollen Entschluß mit Hilfe der Straße erzwungen hatte: wo er einmal gefaßt war, fügten sich auch die neutralitätsfreundlichen Mehrheitsparteien der Einheitsfront ein und die Regierung konnte ohne innere Widerstände ihren Eroberungskrieg führen. Nur die Sozialdemokratie verharrte in ihrer Opposition. Dagegen unterwarfen sich die Anhänger Giolittis, des politischen Altmeisters, der die italienischen Ansprüche in friedlicher Verständigung mit der verhaßten Donaumonarchie zum Ziele führen wollte, den Kriegstreibern, und in dem Taumel einer leichtfertigen Siegesgewißheit verstummten die Stimmen politischer Ehrenhaftigkeit und Besonnenheit.

Man könnte meinen, daß damit auch das Spiel derjenigen Kreise sein Ende gefunden hatte, die den Eintritt in den Krieg erzwungen hatten. Aber obschon ihr Ziel erreicht war, setzten sie als „Interventionisten" ihre Wirksamkeit fort. Es war ihnen nicht genug, daß der Kampf nur dem österreichisch-ungarischen Nachbarstaate galt, und sie ruhten nicht, bis auch die Kriegserklärung gegen Deutschland ausgesprochen war. Zwei in sich durchaus gegensätzliche Parteien waren die Wortführer dieser eifrigen Kriegspolitik. Der Block der Linken, der die Radikalen mit den Republikanern und Reformsozialisten umfaßte, fühlte sich im romanischen Gemeinschaftssinne als Vorkämpfer der Demokratie gegen die vermeintlichen Autokratien Mitteleuropas und führte, in engem Zusammenarbeiten mit der Nachbarrepublik, einen haßverblendeten Feldzug gegen diese grundsätzlichen Widersacher. Auf der andern Seite waren die monarchischen Interventionisten, die in der Kammer nur mit wenigen Stimmen vertreten waren, aber die Presse beherrschten, durchaus keine Freunde Frankreichs, sondern erstrebten eine weitgehende Selbständigkeit Italiens innerhalb des Ententebündnissystems. Indessen auch sie bekämpften erbittert die beiden Zentralmächte, in denen sie die Hauptgegner ihres imperialistischen Programms erblickten. Sie zumal waren die Träger der irredentistischen Bewegung, deren Einfluß immer wieder den ruhigen Gang der italienischen Politik gestört und ihr den Stempel der Unaufrichtigkeit aufgedrückt hatte. Hinter beiden Gruppen aber stand treibend und hetzend das englische und französische Gold, das sich in reichen Strömen in die unergründlichen Taschen

Digitized by Google

gewissenloser Politiker und in die weitgeöffneten Türen der Redaktionsstuben ergoß. Der rücksichtslose Druck der interventionistischen Kriegstreiber blieb auch in der Folgezeit bestimmend für die Haltung Italiens. Auf ihn geht der Fall des Kabinetts Salandra zurück, das den Eintritt in den Krieg vollzogen hatte, aber durch alte Dreibundtraditionen belastet schien; auf ihn die Nachfolge des Ministeriums Boselli, das dem imperialistischen Verlangen ein größeres Entgegenkommen bezeigen sollte. In der Tat erfüllte die neue Regierung die ihr zugedachte Aufgabe und als gefügiges Werkzeug der Interventionisten arbeitete sie an der Verwirklichung eines umfassenden imperialistischen Programms. Dem entsprach ihr innerpolitisches Vorgehen. Mit unerbittlicher Strenge hielt sie die besonnenen Elemente nieder, die vordem für die Wahrung der Neutralität eingetreten waren und nun angesichts der geringen militärischen Erfolge vor einer Überspannung des Bogens warnten. Folgerichtig erwuchs jener Zustand einer Diktatur, wie er in keinem andern Lande sich stärker entwickelt und unerschüttert bis vor kurzem bestanden hat.

Indessen die Vorgänge seit dem Hochsommer beweisen, daß die Periode der unumschränkten interventionistischen Herrschaft ihren Höhepunkt überschritten hatte. Einen zuverlässigen Rückhalt in der Volksvertretung hatten die Kriegstreiber niemals gehabt, und ihr Bestreben war deshalb darauf gerichtet, durch die Erzwingung einer fast ununterbrochenen Reihe von Geheimsitzungen die Öffentlichkeit in einer Täuschung über die Volksstimmung zu erhalten. Mit dieser Politik stand die Hetze in Zusammenhang, die man im Hochsommer dieses Jahres gegen den damaligen Minister des Innern Orlando unternahm und die zum Ziel hatte, den aus Giolittis Kreisen stammenden Staatsmann zu beseitigen, bevor das Parlament wieder zusammentrat, in dem Orlando einen starken Anhang besaß.

Eben dieser Vergewaltigungsversuch aber rief zusammen mit der bedrohlichen Zunahme revolutionärer Stimmung, die in den Straßenkämpfen in Turin offen zutage trat, eine unerwartete Wendung hervor. Der fanatischen Kriegspartei stellte sich endlich entschlossen eine Partei der besonnenen Elemente entgegen, die es nicht länger zulassen wollte, daß eine kleine Minderheit maßloser Politiker willkürlich über die Geschicke des italienischen Volkes entschied und die verfassungsmäßigen Rechte mit Füßen trat. Der Zusammenschluß von 45 Abgeordneten, die sich vorwiegend aus Giolittianern sowie einigen Katholiken zusammensetzten und Anfang Oktober mit einem Manifest zum Schutze der verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments hervortraten, leitete die Niederlage der interventionistischen Ultras ein. Sie erweiterte sich nach der Wiedereröffnung der Parlamentsverhandlungen schnell durch die Verbindung der neuen, bald auf mehr als 100 Mitglieder angewachsenen Partei mit den Sozialisten, die von Anfang an den interventionistischen Bestrebungen den heftigsten Widerstand geleistet hatten, und fand in dem Sturze des Kabinetts Boselli und der Nachfolge des Ministeriums Orlando ihren Abschluß.

Digitized by Google

Die hohe Bedeutung dieses Regierungswechsels, der kurz vor dem Beginn der siegreichen Offensive der Mittelmächte am Isonzo erfolgte, springt in die Augen. Aber es wäre ein Fehlschluß, aus der Zurückdrängung der Interventionisten zu folgern, daß eine grundsätzliche Schwenkung der italienischen Politik sich angeschlossen hätte. Zwar war es im geschichtlichen Sinne ein wichtiges Eingeständnis, daß der Handelsminister Nitti in einer der ereignisreichen Parlamentssitzungen von der kleinen Minderheit sprach, die für den Eintritt Italiens in den Krieg die Verantwortung trage, doch dachte niemand daran, aus dieser Erkenntnis in der Richtung einer Verständigung mit den einstigen Verbündeten die Konsequenz zu ziehen. Schon das Verbleiben Sonninos, des unmittelbar schuldigen Staatsmanns, im Amte sprach dafür, daß man entschlossen war, an der Seite der Entente auszuharren, um mit deren Hilfe doch noch die Hauptziele zu erreichen, die der früheren Regierung vorgeschwebt hatten und die allein noch auf dem Wege einer Besiegung der Mittelmächte zu verwirklichen schienen. Nur daß man jetzt bestrebt war, diese Politik auf der Mehrheit des Volkes zu gründen und in den Grenzen zu halten, die angesichts der Kriegslage nicht überschritten werden konnten, wenn man sich nicht in Widerspruch zu den Verbündeten wie zu den besonnenen Elementen im eignen Lande setzen wollte. Nicht erst der militärische Zusammenbruch in Friaul hat den Burgfrieden geschaffen, von dem die italienische Presse in diesen Wochen so viel geschrieben hat und der eine Spanne Zeit zur Tatsache geworden ist. Er war bereits durch die Neuordnung der inneren Verhältnisse vorbereitet und stellt schließlich eine Phase dar, die die Entwicklung folgerichtig durchschreiten muß, bevor sie sich der letzten Gestaltung zuwendet. Die große Bedeutung der militärischen Niederlage besteht darin, daß sie, im Sinne der Vereinfachung, diesen Fortgang zur Lösung beschleunigen wird, d. h. zum Verzicht auf jedes Eroberungsziel. Mancherlei Anzeichen lassen schon in diesen Tagen erkennen, daß die Dinge dahin im Flusse sind.

Was für die innerpolitischen Verhältnisse ausgeführt worden ist, gilt erst recht für die außerpolitischen. Auch für sie bildet nicht erst die Katastrophe am Isonzo den Einschnitt. Schon seit langen Monaten läßt sich eine Rückentwicklung verfolgen, deren einzelne Phasen sich zwar noch nicht greifen lassen, die jedoch in ihrem Gesamtverlauf deutlich erkennbar ist. Man vergegenwärtige sich, daß die große Mehrheit des italienischen Volkes nach Kriegsausbruch geneigt gewesen war, sich in friedlicher Verständigung mit der Donaumonarchie auseinanderzusetzen, daß ein Staatsmann wie Giolitti das schließlich von seiten Österreich-Ungarn gezeigte Entgegenkommen im staatlichen Interesse für hinreichend erachtete. Dem Interventionismus waren die Landabtretungen, zu denen sich die Donaumonarchie bereit erklärte und die sich zuletzt auf das vorwiegend von Italienern bewohnte Südtirol und auf das habsburgische Gebiet westlich des Isonzo sowie auf Valona erstreckten, längst nicht genug. Noch während der Verständigungsverhandlungen forderte Sonnino selbst das ganze, auch

Digitized by Google

von Deutschen bewohnte Südtirol, dazu das gesamte Isonzogebiet mit Gradisca, Görz und Monfalcone sowie einen Streifen Kärntens, weiter die völlig slawischen Curzolari-Inseln und neben der Verselbständigung Triests und seines Hinterlandes die Anerkennung der italienischen Souveränetät über Valona und das gänzliche Desinteressement Österreich-Ungarns in Albanien. Im Grunde gingen seine Wünsche noch sehr viel weiter, und getragen vom machthungrigen Irredentismus, ließ er sich in dem Londoner Abkommen vom 26. April 1914, das Italiens Anschluß an die Entente besiegelte und dessen Wortlaut uns jetzt die Bolschewiki-Regierung aus dem Petersburger Geheimarchiv bekanntgegeben hat, den Eintritt in den Krieg mit der Zusicherung des gesamten Südtirol bis an den Brenner, des österreichischen Küstenlandes, Istriens, der dalmatinischen Inseln und des dalmatinischen Festlandes sowie Valonas bezahlen; kaum daß er sich dafür hatte gewinnen lassen, das kroatische Gebiet bei Fiume zu respektieren und Serbien einen Zugang zum Meere vorzubehalten. Mit der Hoffnung auf die Verwirklichung seines Adriaprogramms trennte sich Italien von seinen bisherigen Verbündeten.

Was diese Vereinbarung bedeutete, liegt auf der Hand: sie war auf die Zertrümmerung Österreich-Ungarns aufgebaut. In der Tat ist die Beseitigung der Donaumonarchie als Großmacht das eigentliche Kriegsziel Italiens. Ihm allein strebte man zunächst zu, und man begnügte sich — im Widerspruch zu den ausdrücklichen Bestimmungen des neuen Vertrags — gegenüber Deutschland damit, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen. Aber die Aufrichtung einer Alleinherrschaft in der Adria kehrte sich zugleich gegen die südslawischen Bestrebungen. So wie sich in den Stürmen der Balkankrise des Jahres 1912 das Bundesverhältnis zu Österreich-Ungarn neu gefestigt hatte, weil Italien gemeinsam mit dem Nebenbuhler das größte Interesse daran hatte, keinen starken südslawischen Staat an der Adria emporkommen zu lassen, schien es auch jetzt, wo man gegen die Donaumonarchie im Kampfe stand und an ihrer Vernichtung arbeitete, im Sinne der italienischen Machtpolitik geboten zu verhindern, daß ein serbisches oder kroatisches Staatswesen sich aus den Trümmern des Habsburgerreiches erhob. Es ist wohl sicher, daß sich der Entschluß, den Ententemächten zur Seite zu treten, nur deswegen solange hinauszögerte, weil diese sich scheuten, die weitgehenden Ansprüche Italiens anzuerkennen, die den Verpflichtungen gegenüber dem mitverbündeten Serbien entschieden widersprachen; erst als sie der Mitwirkung Italiens unbedingt bedurften, gaben sie dem Machthunger des italienischen Irredentismus nach.

Es steht fest, daß keine der Ententemächte Italiens Ansprüche als berechtigt anerkannte. Dem Gefühl nach, das sich von nationalen Gesichtspunkten bestimmen ließ, wie dem Interesse nach, das in einem ostadriatischen Staate ein heilsames Gegengewicht gegen das ausbreitungslüsterne Italien erblickte, erwärmten sie sich für das Südslawentum. Von Frankreich her unterhielt man neuerdings lebhafte kulturelle

Digitized by Google

Beziehungen zu den slawischen Nationalitäten der Donaumonarchie. Rußland hielt namens des von ihm vertretenen Panslawismus seine schützende Hand über das in unbekümmertem Kraftgefühl sich dehnende Serbien und wehrte sich besonders heftig gegen die Anerkennung der italienischen Forderungen. In England aber warb eine Gruppe angesehener Politiker eifrig für die berechtigten nationalen Interessen der von allen Seiten bedrückten südslawischen Stämme, die ihrerseits durch ein nach London verlegtes Komitee eine umfassende Propagandatätigkeit in den Ententeländern entfalteten. Wenn man dem begehrlichen Apenninstaat schließlich trotzdem mehr zugestand als berechtigt schien, so sprach neben der Zwangslage wohl die Hoffnung, daß sich die bestehenden großen Spannungen leichter ausgleichen lassen würden, wenn man erst die sichere Beute in Händen habe.

Aber wie in der nördlichen Adria, so schuf auch in der südlichen Italiens Teilnahme am Kampfe schwere Konflikte. Hier stieß das italienische Ausdehnungsverlangen auf den erstarkten griechischen Staat, der seinerseits bestrebt war, das gesamte Griechentum der Balkanhalbinsel und Ägäis zu einer nationalen Einheit zusammenzuschließen. So wie Istrien und Dalmatien gegenüber den Südslawen, waren Südalbanien und Nordepirus die Kampfgegenstände gegenüber den Griechen, und zu ihnen traten kleinasiatische Gebiete. Denn nicht genug mit den Bestrebungen nach Gewinnung der Adriaherrschaft: auch an der türkischen Beute forderte Italien einen Anteil. Vom Tripoliskriege her besaß es noch die Zwölfinseln, die es unter den verschiedensten Vorwänden in der Hand behalten hatte, und es verlangte darüber hinaus nach Kolonialgebiet auf dem kleinasiatischen Festlande: all das Länder, die von Griechen bewohnt werden und auf die der griechische Nationalstaat gleichfalls Ansprüche erhob. Indessen Italien war mit der Begründung seiner Forderungen schnell bei der Hand. Schon der auswärtige Minister San Giuliano hatte im Anschluß an die Weigerung, den Dodekanes zu räumen, im Februar 1913 erklärt, man könne im eigenen nationalen Interesse nicht auf alle möglichen ethnographischen und geographischen Bedingungen der Länder und Völker eingehen, und in unseren Tagen fügte der republikanisch-nationalistische Abgeordnete Colajanni die Formel hinzu, das Nationalitätsprinzip müsse da, wo es bestritten sei, ausgeschaltet werden zugunsten der höheren Kultur und höheren Bildung. So stellte sich der italienische Imperialismus in aller Offenheit den Ansprüchen der kleinen Völker entgegen, und wenigstens den Besitz der Zwölfinseln ließ sich Sonnino noch im Grundvertrag mit der Entente zusichern, während über das strittige Gebiet Südalbaniens und Nordepirus', wie über das kleinasiatische Festland zunächst Vereinbarungen unterblieben. Es hängt mit der doppelten Gegnerschaft auf dem Balkan und in der Ägäis zusammen, wenn die römische Regierung sich immer wieder der Hereinziehung Griechenlands in das Ententelager widersetzte und inbezug auf die Kriegführung im Balkan lange Zeit eigene Wege ging.

Überhaupt blieb das Kennzeichen der italienischen Kriegspolitik: sich gegenüber den

Digitized by Google

neuen Verbündeten eine Art Selbständigkeit zu bewahren. Indessen war das auf die Dauer nur möglich, wenn Italien für sich große Waffenerfolge erntete und der Entente ausschlaggebende Hilfsdienste leistete. Da aber trotz ständig gesteigerter Anstrengungen das Gegenteil der Fall war, verschob sich Schritt für Schritt das Verhältnis zu den überlegenen Bundesgenossen und schließlich wurde aus der freien Stellung eine völlige Abhängigkeit. Nicht wenig wirkte dazu die wirtschaftliche Unselbständigkeit mit, die mit den Erfolgen des deutschen Unterseebootkrieges immer fühlbarer wurde, zumal hinsichtlich der unentbehrlichen Kohlenzufuhr, und der leidenschaftliche Ansturm der Interventionisten lenkte die Dinge in dieselbe Richtung. So vollzog sich die weitere Entwicklung in doppelter Weise. Auf der einen Seite schloß sich die Regierung immer enger dem Ententesystem an, auf der andern ließ sie sich jede einzelne Nachgiebigkeit mit neuen Zugeständnissen an ihr imperialistisches Programm bezahlen. Durch die inneren und äußeren Verhältnisse gedrängt, trat sie am 30. November 1915 dem Londoner Abkommen vom 5. September 1914 bei, das den Partnern den Abschluß eines Sonderfriedens untersagt, und nach langem Sträuben tat sie am 28. August 1916 den letzten Schritt und erklärte auch Deutschland den Krieg. Das bedeutete zugleich die Beteiligung an dem Balkanunternehmen der Entente, aber in welchem Geiste diese erfolgte, zeigte deutlich die Rücksichtslosigkeit, mit der sofort die griechischen Ansprüche beiseite geschoben wurden, indem italienische Truppen nicht nur das gesamte Südalbanien, sondern auch das nördliche Epirus und Janina besetzten.

Wie die Gegengaben im einzelnen aussehen, die für diese engere Einordnung Italien von seiten der Ententemächte gewährt wurden, entzieht sich bisher der öffentlichen Kenntnis. Kein Zweifel jedoch, daß sie sich auf die Gebiete erstrecken, die von vornherein auf dem imperialistischen Programm standen. Koloniale Erwerbungen, die im Grundvertrag vom 26. April 1915 Italien nur für den Fall einer Erweiterung des englischen und französischen Kolonialbesitzes in Afrika auf Kosten Deutschlands grundsätzlich zugesprochen waren, werden in den späteren Abmachungen näher umschrieben sein, doch ist diesen Konzessionen wohl keine große Bedeutung beizumessen. Um so wichtiger dürften die Zugeständnisse sein, die nun, über die Zwölfinseln hinaus, Italien inbezug auf die türkische Beute gemacht werden mußten. Sie bildeten nicht nur die Entschädigung für die engere Bindung, die der Appeninstaat gegenüber der Entente einging, sondern waren zugleich die Kompensation für die großen Gewinne, die die Verbündeten sich in den inzwischen bekannt gewordenen geheimen Raubverträgen gegenseitig einräumten. Die endgültige Abfindung Italiens scheint auf der Konferenz von St. Jean de Maurienne am 21. April 1917 erfolgt zu sein. Die Anerkennung der italienischen Ansprüche auf die kleinasiatischen Vilajets Smyrna, Konia und Adana, die damals ausgesprochen sein dürfte, war namentlich als Gegenpreis für die Zuweisung Konstantinopels an Rußland gedacht, dessen Erscheinen im

Digitized by Google

Mittelmeer man doch, in Erinnerung an die während des Krimkrieges und der Balkankrisen von 1887 und 1897 beobachtete Haltung, mit größtem Unbehagen entgegensah.

Damals im Frühjahr 1917 erreichte die imperialistische Stimmung Italiens ihren Höhepunkt, aber die Siege, die man errungen haben wollte, standen nur auf dem Papier. Praktisch mußte man im näheren Bereiche der Adria schon zurückpfldcken. Denn so wie Venizelos für Griechenland genötigt wurde, sich mit der Überlassung griechisch-kleinasiatischen Gebietes an Italien abzufinden, mußte die römische Regierung der gegen König Konstantin gerichteten Neuordnung der griechischen Verhältnisse zustimmen und die bereits besetzten Gebiete von Janina und Argyrocastro wieder fahren lassen. So groß war jedoch das Mißtrauen gegen das den Balkanvölkern bezeigte Wohlwollen der Ententemächte, daß sie glaubte, wenigstens auf das albanesische Gegengestade fest die Hand legen zu müssen; am 3. Juni überraschte sie die Welt mit der Verkündigung des italienischen Protektorats über Albanien. Damit aber war eine Handlung getan, die sich nicht mehr auf dem Boden geheimer vertraglicher Abmachungen hielt, sondern die Öffentlichkeit vor eine vollzogene Tatsache stellte. Es war die Aufrollung der adriatischen Frage und so konnten auch die Südslawen nicht dazu schweigen. In der Korfuer Kundgebung vom 7. Juli, die am 20. Juli bekannt gegeben wurde, erteilten Pasitsch und Trumbitsch als Wortführer der serbischen Regierung und ihren kroatischen Bundesgenossen die Antwort. Gegenüber dem Bestreben Italiens, die Alleinherrschaft in der Adria zu erlangen, wurde das Programm eines südslawischen Gesamtstaates demokratischen Charakters verkündet, der die territorialen Ansprüche des Apenninstaates bekämpfte und die volle Gleichberechtigung mit diesem forderte; wie es der Artikel 10 aussprach: „das Adriatische Meer wird im Interesse der Freiheit und der gleichen Rechte aller Völker allen und jedem frei und offen sein."

Dieser Schritt war um so bedeutungsvoller, als in der Kundgebung lediglich diejenige südslawische Ordnung zu Worte kam, mit der sich Italien noch am ehesten abfinden konnte, denn die andern hatten mehr oder weniger den Fortbestand der Donaumonarchie zur Voraussetzung. Selbst von der Seite, mit der man gemeinsam siegen wollte, war dem italienischen Imperalismus auf dem Balkan ein lautes Halt geboten worden, und die publizistische Auseinandersetzung wie das Verhalten der Regierungen ließen in der Folgezeit erkennen, daß die südslawischen Forderungen nach wie vor die Unterstützung der Verbündeten fanden. Das war ein Wendepunkt. In derselben Zeit, da im Innern Italiens die Politik interventionistischer Maßlosigkeit einer Politik besonnenen Maßhaltens Platz machte, setzte sich auch nach außen die Bereitwilligkeit, mehr auf die Wirklichkeit einzugehen, siegreich durch. Auch in außenpolitischer Hinsicht, d. h. bezüglich Italiens Verhältnis zu den Verbündeten, gewann eine Art burgfriedlicher Gesinnung Boden, die zwar dem italienischen Pa-

Digitized by Google

trioten Besorgnis erregen konnte, weil sie Italien immer fester in das Ententesystem einfügte, aber gerade deswegen seine Loslösung von den Verbündeten zu gesondertem Ausgleich unmöglich machte. In lebhafter Aussprache hüben und drüben gab man trotz aller beiderseits bewiesenen Halsstarrigkeit einzelne Punkte des nationalistischen Programms auf, und mit englischer Vermittlung zumal näherten sich die beiden Parteien. Es läßt sich heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen, ob die endgültige Verständigung zwischen Italien einerseits und Griechenland sowie Serbien anderseits zustandegekommen ist, von der die Ententepresse in diesen Wochen berichtet hat. Sie liegt, wenn auch vielleicht nicht mit dem Anspruch auf dauernde Geltung, sehr wohl im Bereich der Möglichkeit und man darf in diesem Falle annehmen, daß die schwere italienische Niederlage Italien noch in besonderem Maße willfährig gemacht hat. Auch in diesem Zusammenhange jedoch bildete sie nur das Schlußglied militärischer Einwirkungen. Die Dinge waren mit dem Kriegsverlauf schon dahin im Werden und erhielten durch den großen Sieg der Mittelmächte nur die Weihe. Deutlich wird die Situation durch die schon seit Sommer 1917 zu verfolgenden Bemühungen gekennzeichnet, ein enges Bündnis mit Frankreich zustandezubringen, das Italien den für erforderlich erachteten Schutz gegen die unbesiegbaren Mittelmächte gewähren soll und seinerseits den Weg zu Konzessionen weist, im engeren Bereich der Adria wie im weiteren Mittelmeerraum.

Auch in außenpolitischer Beziehung war die Periode vor der zwölften Isonzoschlacht eine Stufe, die durchschritten werden mußte, bevor die Entwicklung für die Lösung reif war, die die Mittelmächte und ihre Verbündeten erstreben. Der militärische Zusammenbruch Italiens, der nur im Zusammenhang mit den sonstigen militärischen Erfolgen beurteilt werden darf, hat mit gewaltiger Sprache die Schlußperiode des großen Ringens eingeleitet. Der Vorgang Rußlands gibt einigen Anhalt, wie man sich den weiteren Verlauf zu denken hat.

Estnische Proteste gegen die Russengreuel in Estland

Von Axel Schmidt

Als Illustration der warmherzigen Worte, die Professor H. Delbrück in der vorigen Nummer der „Deutschen Politik“ „dem Schicksal Livlands“ widmete, seien folgende estnische Proteste gegen die Russengreuel veröffentlicht. Auf Vorschlag des Ältestenrates des estnischen Landtages wurde folgende Resolution angenommen:

„Da die verwüstende Welle sich immer drohender über Estland erhebt und der Hunger dem Lande infolgedessen in allernächster Zeit droht, schließt sich der estnische Landtag der Resolution des Kiewer Nationalitätenkongresses an, wonach die Verwüstungen durch die Truppen durch Schaffung nationaler militärischer Organisatio-

Digitized by Google

nen bekämpft werden sollen und beauftragt die Landesverwaltung, das Land in dieser Hinsicht zu schützen und durch unverzügliche Schaffung estnischer militärischer Organisationen das Volk zu retten."

Dieser energische Protest des estnischen Landtages wird verständlich, wenn man die Schilderungen der estnischen Presse über das Brennen und Morden der russischen Soldatenhorden liest:

„Mit dem Näherrücken der Frontlinie ist die Verwüstung des Landes zu einer allgemeinen Vernichtung ausgeartet, die systematisch betrieben wird. Die Scharen russischer Soldaten ziehen von Dorf zu Dorf, von Gut zu Gut, alles vernichtend, alles zertrümmernd, was ihnen vorkommt. (Nach einem späteren Bericht sind im Kreise Wieck nur noch 10 Güter unversehrt geblieben.) Vieh und Pferde werden in die Stadt getrieben oder verkauft, oder es wird ihnen an Ort und Stelle oder im Stall die Gurgel abgeschnitten und die Kadaver auf den Düngerhaufen geworfen. Das Korn wird fortgeschleppt, und was nicht fortgeschleppt werden kann, wird verbrannt oder in den Fluß geworfen. Die Häuser werden in Brand gesteckt ... Wenn die Einwohner versuchen, dagegen aufzutreten, werden sie ohne viel Federlesens getötet. Es sind Fälle vorgekommen, wo alte Weiber getötet wurden, ohne daß sie irgendeinen Anlaß dazu gegeben hätten. Im Verlaufe von wenigen Tagen sind in der Wieck und in Harrien Dutzende von Bauernhöfen und Gütern verwüstet und eine Menge Menschen getötet worden. Das alles tun ‚unsere' Truppen in einem Lande, wohin sie geschickt worden sind, um es gegen den ‚äußeren' Feind zu verteidigen ... Wenn diesen sinnlosen Verwüstungen kein Einhalt geboten wird, so erwartet uns ein anderes Gespenst, der Hunger ... In eigner Sache noch ein paar Worte: der Verwüstung gegenüber darf es keinerlei Standes- oder Klassenunterschiede geben. Ob Knecht, Bauer oder Gutsbesitzer, aller Leben und Vermögen ist von gleicher Gefahr bedroht. Gleichmäßig und in der gleichen Gesinnung muß deswegen auch in allen solchen Fällen Hilfe geleistet werden."

Das estnische Blatt schlägt also hier nichts anderes vor, als daß sich der deutsche Gutsbesitzer mit dem estnischen Bauer vereinigen soll, um gegen den gemeinsamen „inneren Feind", den russischen Soldaten, Front zu machen. Unter solchen Umständen ist es nicht weiter verwunderlich, daß ein estnisches Blatt, der „Päewaleht", vom 7. November sehr freundliche Worte für die deutschen Truppen auf Ösel findet.

„In Estland geht das Gerücht, daß sich das Leben auf Dagö seit der Besetzung durch die Deutschen schon bedeutend angenehmer gestaltet habe! Der Brotpreis sei gefallen und es litte niemand Not. Viele aus Dagö und Ösel Geflüchtete haben daraufhin Schritte getan, um in die Heimat zurückkehren zu dürfen. Weiter wird dann berichtet, daß die Deutschen in Dagö kein Großvieh, wohl aber Kleinvieh, Gerste, besonders aber alle Gegenstände aus Metall und Stiefel requiriert haben. Es seien dafür wohl Bons ausgestellt worden, wer aber Deutsch verstehe, habe gesehen,

Digitized by Google

daß darauf nur Blödsinn geschrieben war, sie also keine Gültigkeit hätten. Dagegen wird ausdrücklich betont, daß keinerlei Brandstiftungen vorgekommen sind, auch nichts von Gewalttaten gegen Frauen, noch auch sonst von besonderen Roheiten oder Grobheiten gemeldet werde. Pferde und Rindvieh sind den Bauern gar nicht oder nur in ganz geringer Zahl weggenommen worden. Wohl aber wurde das Vieh requiriert, das herrenlos in den Wäldern umherlief. Trotz aller Feindschaft bewiesen die Deutschen den Esten gegenüber ein viel größeres Entgegenkommen, als den Russen, ‚denn letzteren sind sie offenbar feindlich gesinnt'."

Nach diesen Proben scheint es allerdings höchstwahrscheinlich, daß die Esten, würde ihnen die Möglichkeit geboten, vom Selbstbestimmungsrecht der Völker Gebrauch zu machen, für eine Abgliederung von Rußland stimmen würden.

Notizen

Vaterlandspartei und politische Beamte. Der Erlaß des preußischen Ministers des Innern Dr. Drews vom 1. Oktober, der besagte, daß es den Beamten seines Ressorts, insbesondere den politischen Beamten, wie jedem anderen Staatsbürger freistehe, der Vaterlandspartei beizutreten, daß es aber unerwünscht sei, wenn sie in Wort oder Schrift für ihre Bestrebungen einträten, hat am 12. Dezember zu einer großen Debatte im Abgeordnetenhause Veranlassung gegeben. Die Richtlinien, die der Minister bei der Erörterung des Antrags Fuhrmann, wonach das den Staatsbeamten verfassungsmäßig zustehende Recht der politischen Betätigung „unter Zurücknahme neuerdings versuchter Einschränkungen" sicher gestellt werden sollte, in Anlehnung an den bekannten Erlaß vom 7. Januar 1882 für die politische Betätigung der Beamten entwickelte, können nur restlose Zustimmung finden. Es ist zunächst hocherfreulich, daß der Minister sich auf den Standpunkt vollkommener Objektivität gegenüber jeder Partei, selbstverständlich auch gegenüber der Vaterlandspartei, stellte: „Die Regierung steht heute noch zu dem Wort unseres Königs: ‚Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche'. Die Regierung glaubt, daß alle Parteien, die für des Staates und Reiches Leben und Freiheit eintreten, von gutem und ehrlichem Willen beseelt sind, jede auf ihre Weise mit den Mitteln, die sie für recht hält, das Ziel zu verwirklichen. Es sei denn, daß eine Partei den Beweis führt oder daß der Beweis erbracht wird, daß sie Verrat am Vaterlande treibt." Damit ist in aller Form anerkannt, daß sich die Staatsbeamten auch zur Sozialdemokratie bekennen und bei den Wahlen für sie stimmen dürfen. Etwas anderes ist es um die nach außen in Erscheinung tretende Betätigung der Beamten für eine politische Partei Es ist alte preußische Tradition, daß vor allem die Beamten der inneren Verwaltung vermöge der Natur ihres Beamtenverhältnisses eine besondere Zurückhaltung in ihrer nach außen hin erkennbaren Betätigung für eine politische Partei und ihrem Eintreten mit Wort und Schrift für politische Parteien an den Tag legen. An dieser Tradition festhaltend, wünscht Minister Drews, daß die Beamten der inneren Verwaltung sich an der Agitation für bestimmte politische Parteien, mithin auch für die Vaterlandspartei, nicht beteiligen. Für die politischen Beamten speziell also namentlich Regierungspräsidenten, Landräte usw., hält Minister Drews ganz im Sinne Bismarcks die Verpflichtung aufrecht, die Politik der Regierung nach außen zu vertreten: „Das weiß jeder, das ist ihre Aufgabe, das ist ihre Beamtenpflicht, und deshalb müssen die politischen Beamten auch klipp und klar das vertreten." Es ist begreiflich, daß diese von dem Minister des Innern wohl im Hin-

Digitized by Google

blick auf die Wahlrechtsvorlage (für die demnach jeder politische Beamte mit aller Entschiedenheit einzutreten hat), scharf betonte Pflicht des politischen Beamtentums der konservativen Partei nicht eben lieblich in die Ohren klang. Man versteht auch, daß die konservativen Parteien an der hergebrachten Befehdung der sozialdemokratischen Partei, die die preußische Regierung fallen gelassen hat, festgehalten sehen möchte. „Es gibt Parteien, die wir bekämpfen müssen und die auch die Beamten bekämpfen müssen. Wir wünschen, daß der Minister entsprechende Weisungen gibt," sagte der Abgeordnete v. Hennigs-Techlin. Also eine Ausnahmestellung gegen die sozialdemokratische Partei! Andererseits beansprucht die Rechte eine Ausnahmestellung zugunsten der Vaterlandspartei, weil diese angeblich eine andere Stellung einnähme als die politischen Parteien, und nicht Politik, sondern sozusagen Patriotismus treibe. Aber eine solche Argumentation verkennt völlig, daß die Vaterlandspartei ihre besonderen Ziele verfolgt, Ziele, die sie nicht nur in scharfen Gegensatz zu anderen politischen Parteien, sondern auch zu der Regierung selbst bringt. Es ist doch keineswegs an dem, daß die Vaterlandspartei nur den Siegeswillen der Nation stärken und beleben will; vielmehr hat sie, wie man aus den Reden des Großadmirals von Tirpitz weiß, ein ganz bestimmtes Kriegsziel sowohl in der belgischen wie in der östlichen Frage, ein Ziel, das mit der Politik der Reichsleitung, soweit es erkennbar ist, keineswegs im Einklang steht. Es ist merkwürdig, daß in der Debatte des Abgeordnetenhauses, die in ihrer Oberflächlichkeit und Fahrigkeit einen wenig erfreulichen Eindruck hinterließ, — der Minister des Inneren vermied es absichtlich, sich auf ein Urteil über die Vaterlandspartei einzulassen — gar nicht von den Kriegszielen dieser Partei die Rede war. Wäre dieser Punkt, wie es notwendig gewesen wäre, scharf herausgehoben worden, so hätte sich sofort gezeigt, daß die Regierung, wenn sie die Bismarckschen Traditionen festhalten will, allerdings das Eintreten der Beamten in Wort und Schrift für eine Partei für unerwünscht erklären müßte, die in den Kriegszielen, soweit ersichtlich, weit über die Absichten der Regierung hinausschießt und dieser durch die Agitation erhebliche Schwierigkeiten bereiten kann. Denn Bismarck hat in seiner berühmten Rede vom 24. Januar 1882, die eine authentische Interpretation des Erlasses vom 7. Januar 1882 geben wollte, ausdrücklich verlangt, daß die Beamten sich anstandshalber jedweder Agitation, „feindlichen oder nicht, aber der Agitation gegen die Regierung des Königs" enthalten sollten. Also bleibt es dabei, daß mindestens von dem Augenblick an, wo die Kriegszielpolitik der Vaterlandspartei nicht mehr der der Regierung konform ist — und es wird schwerlich bestritten werden können, daß sie es überhaupt nicht ist — nach guter alter, durch Bismarck sanktionierter Tradition die Beamten der inneren Verwaltung nicht für diese Partei eintreten dürfen. Die Erregung, die von den vaterlandsparteilichen und rechtsstehenden Blättern gegen den Minister Drews entfacht ist, ist mithin unbegründet; der Minister ist durchaus und restlos durch die Bismarcksche Autorität gedeckt. Fr. Th.

Kriegssiedlungen vergangener Zeiten. Friedrich von Schwerin, einer unserer ersten Kenner auf dem Gebiete des Siedlungswesens, hat in einer Broschüre die durch den Krieg wieder brennend gewordene Siedlungsfrage historisch behandelt. Die „Militärkolonisation der Römer", die „österreichische Militärgrenze", die „Indelta in Schweden", die „britisch-deutsche und schweizerische Legion des Krimkrieges", „Söldneransiedlungen in Brasilien" und „Militäransiedelungen in Rußland". In knappen, aber festen Strichen umreißt der geschätzte Verfasser die wichtige Siedelungsfrage, so daß die Schrift denen zu empfehlen ist, die dem Siedlungswesen Interesse entgegenbringen. Das aber sollte heutzutage, wo es der Krieg zum Greifen deutlich gemacht hat, daß Deutschlands zukünftige Entwicklung nach Osten weist, jeder Gebildete sein.

Finnlands Kampf gegen die Maximalisten. Ähnlich wie in Estland haust auch in Finn-

Digitized by Google

land die russische Soldateska im Bunde mit dem extremsten Flügel der dortigen Sozialdemokratie. Jetzt scheint aber für das unglückliche Land sich eine Möglichkeit eröffnet zu haben, seine Feinde durch eine Geldabfindung loszuwerden. Erfreulicherweise hat sich auch, wie aus dem Abstimmungsresultat zu ersehen, der größere Teil der finnländischen Sozialdemokratie mit dieser Lösung einverstanden erklärt, da nur 21 von 88 Sozialisten gegen den Vorschlag des Senates gestimmt haben. Über die Vorgänge im Landtage liegt uns folgender Bericht der „Dagens Press" vom 12. 12. vor: Im Landtage wurde ein Antrag des Senats über das Valutabedürfnis des russischen Militärs verlesen. Der Antrag war durch ein Schreiben des russischen Rayonkomitees an den Senat des Arbeiter- und Soldatenrates in Finnland veranlaßt, worin das Komitee mitteilte, daß für Finnland bestimmte, aus dem Ausland kommende Lebensmittel nicht beschlagnahmt werden sollen, und daß für den Abzug der russischen Truppen aus Finnland finnländisches Geld nötig ist. Das Rayonkomitee fordert deshalb den Senat auf, nötige Maßnahmen zu treffen, um dem Komitee hundert Millionen Mark zu liefern und teilt weiter mit, daß es in der nächsten Zukunft für notwendige Auszahlungen an die russische Rentei in Helsingfors 20 Millionen nötig hat. Der Senat macht daher den Vorschlag, daß die finnländische Staatsbank unter der Voraussetzung, daß die versprochene Evakuierung zustande kommt, die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohprodukten gefördert wird und die zurückgehaltenen Warensendungen freigegeben werden, für diesmal den Auftrag bekommen soll, russisches Geld zu einem Werte von 20 Millionen Mark einzuwechseln.

Der Landtag beschloß mit 163 Stimmen gegen 21, diesen Vorschlag des Senats gutzuheißen.

Das Leninsche Organ, „Prawda", freilich will von solch einer Lösung der finnländischen Frage nichts wissen, indem es am 10. 12. noch wütend gegen die Intrigen des finnländischen Bürgertums zu Felde zieht: „Die finnländische Bourgeoisie ist unzufrieden damit, daß die im Lande stehenden russischen Truppen Partei für die Arbeiterklasse nehmen und die finnländische maximalistische Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen die Kapitalisten unterstützen. Die bürgerlichen Parteien in Finnland verhandeln unter sich über eine Forderung, daß die russischen Truppen aus dem Lande gezogen werden sollen. Aus diesem von Kontrarevolutionären entworfenen Plane soll selbstverständlich nichts werden." Trotzdem ist zu hoffen, daß die Sehnsucht der russischen Soldaten in Finnland, durch dieses Abkommen nach Hause kommen zu können, so stark sein wird, daß es über Lenins Kampfansage gegen Finnlands Bürgertum den Sieg davontragen wird.

Für Deutschland sollte dieses Abkommen ein Fingerzeig sein, wie es auch die furchtbaren Zustände in Estland beheben könnte.

England und die nordischen Staaten. „Lunds Dagblad" vom 15. 11. schreibt im Leitartikel: Die außenpolitische Lage des skandinavischen Nordens ist wenig beneidenswert. Der Verband hält uns völlig isoliert, um uns mürbe zu machen und schließlich ganz in seine Gewalt zu bekommen. Nur von Süden her haben wir dank unserer Verbindungen mit Deutschland noch etwas Luft. Am schwersten hat es Norwegen, obwohl es England die größten Opfer gebracht und dafür durch den U-Bootkrieg unersetzliche Verluste erlitten hat; trotzdem gilt auch ihm gegenüber die gleiche Aushungerungspolitik wie gegenüber Schweden. Die schwierige Lage Norwegens ist aber weder für Dänemark, noch für Schweden gleichgültig. Sie kann leicht politische Folgen zeitigen; denn je mehr durch das Vordringen der Deutschen der Einfluß Englands in der Ostsee sinkt, desto eifriger ist England bemüht, sich im Norden andere Stützpunkte zu sichern. Hierfür käme nur Norwegen in Frage, und die Folge wäre, daß dann Schweden zwischen den beiden kämpfenden Mächtegruppen in der Klemme säße. So weit dürfen wir es

Digitized by Google

nicht kommen lassen, sondern müssen alles tun, damit der ganze Norden seine völlige politische Unabhängigkeit behält. Dänemark und Schweden müssen gemeinsam versuchen, den angesächsischen Hungerdruck auf Norwegen zu erleichtern, und Norwegen täte klug, diese Bestrebungen dadurch zu unterstützen, daß es die Mißverständnisse zu beseitigen suchte, die sich zwischen ihm und dem wirklichen Beherrscher der Meere, Deutschland, aufgetürmt haben. Jetzt ist nicht länger die englische Flotte Herrin der skandinavischen Gewässer, sondern es sind die deutschen U-Boote, und mit dieser Wirklichkeit müssen die Politiker des Nordens rechnen.

Protest der ukrainischen Rada gegen die polenfreundliche Haltung Mitteleuropas. Schon mehrfach ist von der „Deutschen Politik" darauf hingewiesen worden, daß Mitteleuropas polenfreundliche Politik ihre Grenze finden müsse an seinem Interesse an der Ukraine. Da aber Österreich-Ungarn eine immer polenfreundlichere Politik zu treiben beginnt, so beginnen jetzt Mitteleuropa die ukrainischen Felle fortzuschwimmen. So meldet z. B. die Moskauer Zeitung „Utro Ross." vom 27. 11.: „Die Rada protestiert gegen die Einbeziehung Galiziens, des Cholmlandes und der westlichen Teile des Poleßje-Gebiets in die Grenzen des polnischen Staates, die von den Mittelmächten begünstigt wird. Es ist zu hoffen, daß ebenso wie in der finnländischen Frage auch in der ukrainischen in zwölfer Stunde Regierung und Reichstag erkennen werden, daß bei der russischen Fremdvölkerfrage höchste deutsche Belange auf dem Spiele stehen."

Österreichische Kolonialpläne in Afrika. Schon im Jahre 1916 hatte die zwar wenig zahlreiche, aber höchst rührige „Österreichische Kolonial-Gesellschaft" eine als Handschrift gedruckte Denkschrift betreffend die Notwendigkeit eines überseeischen Kolonialbesitzes für die österreichisch-ungarische Monarchie und die Richtlinien einer solchen Kolonialpolitik herausgegeben. Im Frühjahr dieses Jahres hat der Österreichische Flottenverein eine bedeutend erweiterte Neuauflage dieser Denkschrift veranstaltet. Während bisher aber die Propaganda in internen Kreise betrieben wurde, tritt man jetzt mit dieser Forderung an die Öffentlichkeit. In Nummer 536 der Wiener „Reichspost" veröffentlicht Otto von Gertner Gedanken über den Endsieg. Er erinnert an die Entbehrungen, die jeder Haushalt sich zurzeit auferlegen muß, weil die Mittelmächte durch die englische Blockade vom Welthandel abgeschnitten sind und keine eigenen Kolonien besitzen, er erinnert an die durch die Aufwendungen des Krieges aufgelaufenen Kriegskosten und sträubt sich gegen den Gedanken, deren Zinsen einzig und allein durch Steuern und Vermögensabgaben aufzubringen. Um die Schäden des Krieges zu heilen, den Volkswohlstand zu stärken, die finanzielle Kraft des Staates auch jenseits der Steuerschraube zu heben, verlangt er neben höchster Entwicklung der Industrie und des Außenhandels direkten und daher billigsten Bezug aller Rohprodukte und Rohstoffe aus eigenen Kolonien. Der Artikel schließt: „Wir fordern zu diesem Zwecke, daß uns die feindlichen Groß- und Kleinmächte aus der Fülle ihres Überflusses an Kolonien so viel überlassen, daß wir nach dem Kriege unseren Bedarf an Rohstoffen und Kolonialwaren gesichert aus eigenem Besitz decken können. Wir müssen nachdrücklich das fordern, dessen wir zum Leben in den schweren Zeiten des drohenden Wirtschaftskrieges unbedingt benötigen und wodurch wir auch erst wirklich zur gleichberechtigten Großmacht werden. Und das sind: „Eigene Kolonien".

Von deutscher Seite können wir diese Bestrebungen unseres Bundesgenossen nur begrüßen. Sache unserer Diplomaten wird es sein, entsprechende Wünsche unseres Bundesgenossen auf der Friedenskonferenz mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.– Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

3 0000 116 452 024

Digitized by Google

Digitized by Google